BÖHM:
IM KREUZFEUER ZWEIER REVOLUTIONEN

IM KREUZFEUER ZWEIER REVOLUTIONEN

VON

WILHELM BÖHM

KRIEGSMINISTER
IM KABINETT KÁROLYI UND OBERKOMMANDANT
DER UNGARISCHEN ROTEN ARMEE



1 9 2 4

VERLAG FÜR KULTURPOLITIK MÜNCHEN

Druck: Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, München

Dem Andenken Béla Somogyis,
Nikolaus Cservenkas, Oskar Lévais,
Franz Lajkós, Frau Géza Deáks und
ihrer Märtyrergefährten

Hier sind die Tränen bitt'rer,
Die Schmerzen lasten böser,
Tausendfach sind Erlöser
Magyarische Erlöser.

Sie sterben tausend Tode,
Kein Kreuz kann Heil uns geben.
Vergeblich war ihr Leben,
Vergeblich war ihr Leben.

Ady.

Vorwort.

Der schwungvolle Ausbruch der ungarischen Revolution im Jahre 1918 und 1919 war von erheblichem Einfluß auf die sozialen und nationalen Revolutionen der mitteleuropäischen Staaten. Ihr furchtbarer Zusammenbruch bedeutet für die demokratische Entwicklung Europas eine Katastrophe.

Welche Kräfte waren es, die den Sturz der Revolutionen verursachten und die Gefahr der Gegenrevolution herbeiführten? Welche gesellschaftlichen Klassen belastet die Verantwortung für dieses Unheil, das die europäische Demokratie und den sozialen Fortschritt mit Vernichtung bedroht? Das sind Fragen, deren Beantwortung die europäische Demokratie, deren Vorkämpferin, die Arbeiterklasse, in erster Reihe aber das in seinem Freiheitskampfe gefallene ungarische Volk mit Recht fordern können.

Die meritorische Antwort auf diese Fragen wird die objektive Geschichtsschreibung geben. Von den an der Revolution Beteiligten ist im dritten Jahre nach ihrem Sturze eine sachliche, vorurteilsfreie Schilderung der Ereignisse nicht zu erwarten. Trotzdem ist es die Pflicht der revolutionären Führer und Hauptakteure, der objektiven Geschichtsschreibung zumindest die Daten zu liefern, denn nur sie kennen die Kraftquellen der Revolution, ihre inneren Triebkräfte und den logischen Zusammenhang.

Doch der Erfüllung dieser Pflicht stellen sich die schwersten Hindernisse entgegen. Nicht genug daran, daß der Barbarismus der Gegenrevolution die verstreuten, meist unersetzlichen Archive der Revolution vernichtete, sind die von gegenrevolutionärer Seite stammenden Darstellungen der Revolution — trotz bestechender Namen wie Gustav Gratz, Karl Huszár, Julius Andrássy — wertlose, unernsthafte Pamphlete: die Produkte dieser Art von Geschichtsschreibung bestehen fast durchwegs aus einer talentlosen Aneinanderreihung von Unwahrheiten und Entstellungen.

Als anderes Extrem sind die Propagandaschriften der kommunistischen Partei da, die sich aus reinen Parteiinteressen mit ganz ähnlichen Mitteln gegen die Revolution wenden und von jenen Darstellungen der Gegenrevolution kaum zu unterscheiden sind.

Die Arbeiten ernster und wertvoller Kenner der Revolution — die Bücher Garamis, Jászis, Göndörs — können nicht als Sammelwerke geschichtlicher Daten betrachtet werden. Alle die erwähnten Bücher enthalten theoretische Kritiken, subjektive Eindrücke und eine Menge individueller Erlebnisse, sie schildern die Rolle, die Auffassung führender Persönlichkeiten, mit einem Wort, sie sind memoirenartig geschrieben und befassen sich mit den sozialen, wirtschaftlichen und Massenkräften der Revolution überhaupt nicht.

Memoiren zu schreiben, unternehme ich hier nicht. Die Schilderung persönlicher Erfahrungen, Beobachtungen und Erlebnisse mag interessant sein, doch das Spiegelbild verzerrt das Wesentliche der Ereignisse. Ich schreibe hier aber auch nicht Geschichte. Dies muß ich berufeneren Federn überlassen. In solch zeitlicher Nähe der stürmischen Geschehnisse, in der Emigration, fern vom Schauplatz der Revolution wie von allen Behelfen freier Forschung kann und darf man nicht Geschichte schreiben.

So stellt sich meine Arbeit als ein Mittelding zwischen Geschichtsschreibung und Memoirenliteratur dar: Eine die Ereignisse schildernde Tatsachensammlung für den Historiker.

Mein überaus wertvolles Aktenmaterial erleichterte mir meine Aufgabe wesentlich. Schon lange vor der Revolution hatte ich eigene Aufzeichnungen sowie Briefe und Akten leidenschaftlich gesammelt. Mit Hilfe dieses Materials begann ich zu Ende des Jahres 1919 mein Buch zu schreiben. Doch der ganz Europa durchgellende Schmerzensschrei der Märtyrer in den Händen der Gegenrevolution ließ mich in meiner Arbeit innehalten. Tausende meiner Kameraden und Gesinnungsgenossen schmachteten im Kerker, über den Köpfen anderer schwebte das Henkerbeil der Blutgerichte. Unter diesen Umständen mußte ich darauf achten, keine Zeile niederzuschreiben, die den Opfern der Gegenrevolution — die ja auf Vorwände lauerte — schaden konnte. Es war nicht die Zeit, Tatsachen sachlich darzustellen.

Die Verfolgung und Unterdrückung dauert in Ungarn zwar unverändert an, doch die Hauptakteure der Revolution sind zum Teil geflüchtet und leben — dank der russischen Austauschaktion — zum andern Teil jenseits der Landesgrenzen, so daß einem wahrheitsgetreuen Bericht — bei dem allenfalls ein paar Namen ungenannt bleiben — heute nichts mehr im Wege steht.

Trotz der dreijährigen Verzögerung sind einzelne Kapitel meines Buches in der Fassung des Jahres 1919 erschienen.

Vor allem will ich hier die Wahrheit sagen.

Nur dieses Prinzip: das der absoluten Wahrheit, vermag ein getreues Bild der Revolution zu ergeben, die mit geschwellten Hoffnungen anhob und in tragischem Sturz endete. Aus dem Wirbel der Ereignisse habe ich nur jene herausgegriffen, die auf den Gang und die Richtung der Revolution von Einfluß waren. Meine Darstellung stützt sich überall auf meine damals gemachten Aufzeichnungen und auf meine Akten. Wo es nötig war, habe ich mit Angabe der Quelle auch das Datenmaterial anderer Werke in Anspruch genommen.

Bei der kritischen Schilderung der revolutionären Führer und ihrer Taten durften die bewegenden Kräfte sozialer und wirtschaftlicher Natur nicht unerörtert bleiben.

Auch die begangenen Fehler sind weder verschwiegen noch beschönigt. Mit schmerzlichsten Gefühlen und gequältem Gewissen, doch der Wahrheit ergeben, stellte ich fest, daß wir, wenngleich in reinster Absicht, vielfach irrten. Wir alle, die wir an der Spitze der Revolution standen, begingen Fehler: Alle, ohne jegliche Ausnahme. Passivität, furchtsames Zögern und Unentschlossenheit sind in revolutionären Zeiten nicht geringere Sünden als kühn beschwingtes Vorwärtsstürmen, das über das Ziel hinausschießt. Im Sturm der Revolution begeht nur der keinen Fehler, der sich auf den bequemen Standpunkt der Untätigkeit zurückzieht . . .

Die größte Sünde, die wir begingen, war unsere Niederlage. Der aufmerksame Beobachter der Revolutionsgeschichte wird die sündigen Kräfte erkennen, denen diese Niederlage zuzuschreiben ist, und er wird das Fehlen jener Kräfte feststellen, die imstande gewesen wären, die Katastrophe abzuwenden. Wodurch die began-

genen Fehler gewiß nicht entschuldigt werden und nur ihre Bedeutung gemildert wird.

Doch habe ich mein Buch nicht geschrieben, um auf die Sünden und Ungerechtigkeiten hinzuweisen, unter denen die organisierte Arbeiterschaft und das Volk Ungarns nun zu leiden hat; denn mein unerschütterlicher Glaube sagt mir, daß die seither eingetretenen historischen Ereignisse dies besser tun, als ich es vermöchte.

Die Geschichte wird der organisierten Arbeiterschaft und dem ungarischen Volk Verständnis und Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Es wird noch einmal Oktober . . .

Wien, im März 1923.

Wilhelm Böhm.

I.

Ungarn vor dem Weltkrieg.

Die ersten schwachen Wellen der aus dem Wirrwarr des Zusammenbruches in Mitteleuropa aufgetauchten revolutionären Strömung hatten die vom eisernen Reifen des Militarismus künstlich zusammengehaltene österreichisch-ungarische Monarchie gesprengt. Das Habsburgerreich löste sich in seine Bestandteile auf. Die Armee zerfiel, die Bureaukratie wurde der betäubenden Furcht vor den Folgen des verlorenen Krieges preisgegeben. Die vom einheitlichen Reich abgefallenen Länder gerieten unter die Führung der Revolution.

Selbst die stärkste und verläßlichste Stütze des Habsburgerreiches, das unter feudaler Herrschaft schmachtende Ungarn, verjagt seine alten Machthaber: sein Klassenparlament, seine Regierung und sein Herrscherhaus, räumt mit der friedenstörenden, militaristischen Politik der ungarischen Feudalherrschaft auf und ist bestrebt, sich auf dem Wege der pazifistischen Revolution mit seiner wiedererlangten Unabhängigkeit der europäischen Demokratie anzupassen. Die überschwengliche Freude eines vom Schicksal unverdient heimgesuchten Volkes an der errungenen Freiheit, seine Sehnsucht nach friedlichem und freiem Staatsleben, der tiefe sittliche Ernst der Führer seiner Revolution, und deren eiserner Wille, der Revolution Ziele zu stecken, all diese Kräfte zerschellen an den Klippen wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Widerstände. Die pazifistisch-demokratische ungarische Revolution wird — im Gegensatz zu den übrigen mitteleuropäischen Revolutionen — durch innere Kräfte bald der Anarchie zugeführt, deren augenblickliche, aber keineswegs letzte Station zur Zeit ein — der Oktoberrevolution schroff entgegengesetzter — militaristischer Bolschewismus ist.

Die katastrophale Richtungsänderung der ungarischen Revolution, das Wesen und die Geschichte dieser Revolution kann nur begriffen werden, wenn wir die den Verlauf der die Revolution störenden,

ihre Ziele verwirrenden, den Fortschritt hemmenden Kräfte, das politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Vorleben Ungarns einiger Betrachtung unterziehen.

Ungarn ist trotz allen politischen Errungenschaften der 1848er bürgerlichen Revolution, trotz der formellen Abschaffung des Lehensrechtes und der Leibeigenschaft, im Grunde ein agrarfeudaler Staat geblieben. Die herrschende ungarische Oligarchie hatte sich während ihrer tausendjährigen Herrschaft aller Mittel zur Sicherstellung und zum Ausbau der Klassenherrschaft bemächtigt. Ihr Wesen, ihre Macht und Mentalität unterscheiden sich erheblich von dem Typus der übrigen feudalen Staaten Europas. Die preußischen Junker, die polnische Schlachta, die rumänischen Bojaren zwangen ihre Fronbauern mit ziemlich ähnlichen Mitteln ins Joch. Die Klasse der ungarischen Magnaten und Gentrys rief neben der sorgfältigen Pflege des Junker- und Bojarengeistes die ungarische Form der feudalen Agrarierherrschaft ins Leben. Sie ist faul, ungebildet und konservativ, ihr Hunger nach Grundbesitz und Geld ist unermeßlich; Boden und Vermögen vermehrt sie durch Verrat und Schacher, sie stemmt sich, gleich allen anderen agrarfeudalen Herrscherklassen, gegen jeden Fortschritt und jede Kultur. Überdies ist sie zu jeder Zeit aggressiv und kampflustig veranlagt.

Dieser Kampfwille sicherte ihr die Führung und den tausendjährigen Besitz des Landes. Sie hüllt ihre wirtschaftliche und Staatsmacht in ein rotweißgrünes Gewand. Galt es ihre Vorrechte, so zog sie gegen die unterdrückte Bauernklasse, im Notfall sogar gegen die ihre Interessen gefährdende Dynastie ins Feld. Sie verstand es von jeher, ihren für die eigenen Vorrechte geführten Kampf dem im Klassenkampf unorientierten Volk als nationales Interesse hinzustellen. Bis zum 16. Jahrhundert kämpfte sie gegen die Türken, eine Zeitlang mit den Türken gegen die Dynastie, und rottete die von ihr aufgewiegelten Bauern mit Waffen aus, sobald diese im Laufe des Aufstandes zum Bewußtsein ihres Interesses erwachten und Grundbesitz verlangten. Sie führte Revolutionen und Aufstände im Namen der Demokratie und Rechtsgleichheit, wenn ihre Vorrechte bedroht wurden, und verriet die Revolution, wandte sich gegen sie, erstickte sie im Blut, sobald die Massen der Revolution das Recht des Volkes und nicht das des Adels forderten.

Mit ihrem kriegerischen Geist lenkte sie jederzeit den Klassenkampf der Massen. Die Klassenkämpfe der die Leibeigenschaft und das Lehensrecht bekämpfenden Bauernschaft werden von dem mit scharfer Witterung versehenen Adel geführt. Er feuert die Bauern gegen die — um dynastische Interessen und gegen die Vorrechte des Adels kämpfenden — Habsburger auf, er reitet an der Spitze aller Freiheitskämpfe und sichert sich durch diese Taktik für Jahrhunderte seine Hegemonie.

Die Herrschaft der adeligen Vorrechte und des Großgrundbesitzes wird mit den Gewaltmitteln einer raffiniert zusammengesetzten politischen Organisation unterstützt. In einem verhältnismäßig kleinen Land wird das Kleinkönigtum der 63 Komitate ins Leben gerufen und tausend Jahre hindurch aufrechterhalten. Jedes Komitat steht als eine unbezwingliche Burg der um die zentrale Macht kämpfenden Dynastie und dem nach Demokratie strebenden Volk gegenüber. An der Spitze des Komitates, der Stadt, der Gemeinde wacht der Adel mit genau bestimmten Vorrechten über den Besitzstand des Feudalismus.

Es ist höchst lehrreich, die politische und wirtschaftliche Machtverteilung und Organisation des Adels zu untersuchen. Das Lager der Adeligen besteht aus 700 000—800 000 Seelen, denen eine Gesamteinwohnerzahl von 18 Millionen — ohne Kroatien — gegenübersteht. Es gliedert sich in zwei Teile: In den Hochadel, bestehend aus 3000—4000 Individuen (den Magnaten), der mit dem hohen Klerus über den großen und gebundenen Grundbesitz verfügt, und in den Kleinadel, der zum Teil aus mittleren Grundbesitzern, zum Teil aus ganz Besitzlosen besteht. Die Letztgenannten aber füllen die Ämter des Staates, des Komitats, der Stadt und geben den Offiziersstand der Armee, der Gendarmerie und der Polizei ab. Sie haben die Bureaukratie, die ganze Brachialgewalt des Staates in der Hand. Der Adel konnte sich mit Recht rühmen: L'état c'est moi . . .

Im Jahre 1914 hatte der Staat 315 428 Zivilbeamte. Zu diesen kommt noch die nach mehreren Zehntausenden zählende Armee der Komitats- und Gemeindebeamten, der Gendarmerie- und Militäroffiziere. Diese halbe Million kampflustiger Gentrys wacht sorgsam über die politischen und wirtschaftlichen Vorrechte des Adels. Diese adelige Wirtschaft drückt ihr Merkmal allen Aktionen und

Äußerungen des Staates auf, formt sein wirtschaftliches und kulturelles Leben. Diese adelige Wirtschaft macht aus dem Lande, in dem Milch und Honig fließt, ein einziges großes Elendquartier. Bei dieser Wirtschaft bereichert sich der Großgrundbesitzer, hungert auf der fruchtbarsten Ebene Europas der landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter, wandern Millionen von Arbeitern aus einem entwicklungsfähigen, doch geflissentlich jeder Entwicklungsmöglichkeit beraubten, stellenweise sogar an Arbeitermangel leidenden Staate aus.

Von einem 23,89 Millionen Hektar großen Ackergebiet entfallen 7,59 Millionen auf 2 496 461 kleine Betriebe (bis 20 Hektar). Hingegen sind 7 451 640 Hektar — 31,2 Prozent der ganzen bebauten Fläche — in 3977 Großbetrieben (über 1000 Hektar) in den Händen von 1945 Großgrundbesitzern konzentriert. (In Deutschland macht der Großgrundbesitz über 500 Joch nur 7,8 Prozent des ganzen Ackergrundes aus.) Mithin befindet sich ein Drittel der bebauten Fläche des Landes im Besitze von 1945 Großgrundbesitzern, ebensoviel als das Gebiet, auf dem 2,4 Millionen kleiner Betriebe ihr Leben fristen. 3,5 Millionen Landarbeiter besitzen nicht einen Quadratmeter Boden. Diese gewaltige Armee der landlosen Bauernschaft steht mit der gesetzlichen Gebundenheit des modernen Fronbauers im Dienste der feudalen Großgrundbesitzer.

Das ganze Staatsleben erschöpft sich in der Auftreibung und Sicherstellung billiger, gehorsamer und ausreichend vieler Arbeitskräfte für die Großgrundbesitzer. Schule, Justiz, Staats- und Gemeindebureaukratie, Gesetzgebung, Gendarmerie und Militär stehen insgesamt im Dienste dieses Zweckes. Jede Organisation des landwirtschaftlichen Arbeiters ist verpönt. Alle derartigen Versuche wurden in Blut erstickt. Die Bauernaufstände der Jahre 1895 bis 1898 und 1905 verfolgten keinen anderen Zweck, als den der Organisation gegen feudale Unterdrückung, des Kampfes um ein Stückchen Brot. Immer gelang es dem Adel, diese schwachen Versuche mit Ausnahmsgesetzen, mit Maschinengewehren und Kerkern niederzuschlagen.

Millionen des Volkes wurden für ihre harte Arbeit mit dem almosenhaften Jahreslohn von 300—400 Kronen entlohnt, dem ein Millioneneinkommen der Großgrundbesitzer gegenüberstand.

Kultur und Gesundheitswesen sind durchaus vernachlässigt. 33 Prozent der Bevölkerung über 6 Jahre, 1,3 Millionen von den 3,9 Millionen der Männer über 24 Jahre, 2,4 Millionen der 4 Millionen Frauen über 24 Jahre können weder lesen noch schreiben. Im Jahre 1910 konnten 381 117 Kinder von 6 bis 14 Jahren in keine Schule aufgenommen werden, weil die Gemeinde entweder keine Schule oder keinen Lehrer hatte. Zur Unterstützung der steinreichen, über Majorate verfügenden Kirchen werden Hunderttausende ausgegeben, hingegen hat der Staat für die Zwecke des Gesundheitswesens kein Geld übrig. Vor dem Kriege bezifferte sich die Zahl der Tuberkulösen mit 500 000. Jährlich sterben 70 000 Menschen an Tuberkulose, einer Statistik des Professors Korányi zufolge zweimal soviel wie in England, Dänemark, Belgien oder Deutschland. Und das ungarische Klassenparlament votiert jährlich — von einem Budget von über 2 Milliarden — 700 000 Kronen zur Bekämpfung der Tuberkulose. Folglich werden der Heilung jedes einzelnen Tuberkulosen jährlich 1,40 Kronen zugewendet. Nach Professor Nékam betrug die Zahl der Geschlechtskranken vor dem Kriege 2 000 000, die Sterblichkeit und Kindersterblichkéit war nur noch in Rußland größer. Bei einer Zahl von 19 059 Geisteskranken und 36 598 Kretins stehen im ganzen 6 Irrenhäuser mit 2926 Krankenbetten zur Verfügung.

Tausende von Gemeinden stehen ohne Arzt da. Von hundert Verstorbenen wurden im Jahre 1914 49 keiner ärztlichen Behandlung teilhaftig. Es fehlt an Ärzten, es fehlt an Hebammen, Zehntausende von Neugeborenen und Erwachsenen müssen jämmerlich zugrunde gehen, hingegen können die verschiedenen Konfessionen mit staatlicher Unterstützung 30 072 Geistliche erhalten, während es nur 5800 Ärzte gibt.

Das Schicksal der unterdrückten Millionen liegt durchaus in den Händen der Feudalklassen, von denen die Bevölkerung — und zwar sowohl die magyarischen wie die anderssprachigen Nationen — im Zustand völliger Sklaverei gehalten wird. Die bezahlten Historiker des Hochadels erzählen dem gebildeten Europa immer wieder Märchen von den paradiesischen Zuständen auf dem ungarischen Globus, von der ungarischen Freiheit und Ritterlichkeit. Dabei wurden alle politischen Errungenschaften der 48er Freiheitskämpfe von den Vollzugsorganen der hochadeligen Machthaber vernichtet.

Die Preßfreiheit wurde durch die Institution der Präventivzensur, durch eine unendliche Reihe von Prozessen wegen Aufreizung und Störung der öffentlichen Ruhe, durch Anerkennung des Rechtes der Verwaltungsbehörden zur Unterdrückung von Preßprodukten illusorisch gemacht. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit ist der Willkür der lokalen Potentaten, der Oberstuhlrichter und Vizegespane, ausgeliefert. Das Organisationsrecht der in der Landwirtschaft bzw. in den großen Industriegebieten und Bergwerken beschäftigten Arbeiter wird von der Zentralgewalt konfisziert. Jeder Streik wird mit Waffengewalt im Blut erstickt.

Der gesetzliche Schein der Macht hatte das längst überholte Wahlrecht des Vermögenszensus zur Basis. Mit Ausnahme Vorkriegsrußlands hatte Ungarn das reaktionärste Wahlrecht. In einem Lande von 20 Millionen hatten von den 10,74 Millionen Einwohnern über 21 Jahre bloß 1,2 Millionen, 25,4 Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung und im ganzen nur 11,9 Prozent der Gesamtbevölkerung über 21 Jahre das Wahlrecht für das Parlament. Von den 1,2 Millionen Wählern beteiligten sich an den letzten Wahlen vor dem Kriege nur 800 000.

Noch schlechter war das Wahlrechtsverhältnis bei den Komitats- und Gemeindewahlen, wo eine Hälfte der vertretenden Körperschaft auf Grund eines Wahlrechtes erwählt wurde, das noch beschränkter war als das Parlamentswahlrecht, während die zweite Hälfte von den die größte direkte Steuer zahlenden Bürgern der Gemeinde oder des Komitates aus ihrer eigenen Mitte erwählt bzw. ernannt wurde. Dabei wurden alle Wahlen unter der Kontrolle der Oberstuhlrichter und Gendarmerieoffiziere durch öffentliche Abstimmung vorgenommen. Die Wähler wurden auf Kosten des Kandidaten zu Wagen nach dem Wahlzentrum gebracht (die Abstimmung erfolgte nicht gemeindeweise), das in der Regel die Hauptortschaft des Bezirkes war. Mit Terror, polizeilicher und militärischer Gewalt, Korruption, freiem Schmausen und Saufen, nicht selten durch öffentlichen Ankauf der Stimmen sorgte man dafür, daß der offizielle Kandidat der jeweiligen Regierung siegreich aus der Wahl hervorging.

Die Eroberung jedes einzelnen Wahlbezirkes beanspruchte einen Aufwand von 30 000—100 000 Friedenskronen. Angesichts dieser Kosten konnte das teuere Mandat nur von den steinreichen Guts-

besitzern oder deren Lakaien erworben werden. Im Jahre 1914, da bereits in allen mittel- und westeuropäischen, ja selbst in den russischen, bulgarischen und serbischen Parlamenten Vertreter der Arbeiterschaft saßen, konnte in Ungarn die Arbeiterschaft, d. h. die verhältnismäßig starke sozialdemokratische Partei, keinen einzigen selbständigen Vertreter ins Parlament entsenden. Sogar die Vertreter der Kleinbürgerschaft wurden aus dem Parlament hinausgedrängt, von 413 Abgeordneten wurde die 6 Millionen starke Bauernschaft durch zwei Abgeordnete, die 10,5 Millionen starken nationalen Minderheiten durch eine aus 5—6 Abgeordneten bestehende Partei vertreten.

Dieser aus Gewalt und reaktionärem Wahlrecht hervorgegangene Pseudoparlamentarismus bemühte sich, nach außen den einheitlichen Nationalstaat vorzutäuschen. In Wirklichkeit aber war Ungarn ein Nationalitätenstaat, in dem die Herrscherklasse der ungarischen Minderheit die in der Mehrheit vorhandenen Nationalitäten unterdrückte. Nach den Daten der im Jahre 1910 erfolgten Volkszählung waren von der Gesamteinwohnerschaft rund 10 Millionen, mithin nur 48,1 Prozent Magyaren, die übrigen 51,9 Prozent gehörten den anderen Nationalitäten an.

Die Nationalitäten lebten unter der brutalsten administrativen und kulturellen Unterdrückung. Die Sprache der Verwaltung und der Justizpflege war die magyarische. Die Beamten stammten aus dem ungarischen Kleinadel. In den Schulen wurde unentwegt drauflos magyarisiert — sofern man den Nationalitäten überhaupt Schulen zubilligte. Von den 16 929 Volksschulen wurden für die bloß 48 Prozent der Gesamteinwohnerzahl darstellende magyarische Einwohnerschaft 13 608 Schulen, d. i. 80 Prozent aller Schulen erhalten. Die 1,9 Millionen slowakischen Seelen, 10,5 Prozent der Gesamteinwohnerzahl, hatten nur 365 Schulen, mithin 2,1 Prozent aller Volksschulen. Auf ähnliche Weise trug man auch den Kulturbedürfnissen der übrigen Nationen, der Rumänen, Serben, Ruthenen Rechnung. Jede Lebensäußerung, jede wirtschaftliche, kulturelle und politische Bewegung der Nationen wurde als Hochverrat gebrandmarkt und mit neuen Bedrückungen bestraft.

Schritt für Schritt mit der inneren nationalen Unterdrückung ging die dem Agrarierinteresse des Großgrundbesitzes entsprungene, von der magyarischen Gentryherrschaft diktierte monarchistische

Außenpolitik. Die Agrarier wollten die hohen Vieh- und Getreidepreise aufrechterhalten, ließen daher die Grenze nach Serbien und Rumänien absperren, und verhinderten die Ausfuhr der beiden Staaten nach dem Meer. Sie wollten zunächst die unglücklichen Balkanvölker im eigenen Fett ersticken lassen, um sie dann zu gehorsamen Dienern ihrer imperialistischen Pläne zu machen.

Der Zündstoff des Weltkrieges wurde ohne Zweifel vom imperialistischen Wettbewerb der Großmächte angehäuft, das unmittelbare Sprengmittel des Krieges aber war die ungarische Agrarierherrschaft. Die eine Erhöhung der Lebensmittelpreise anstrebende Zollpolitik, der gegen Serbien und Rumänien eingeleitete wirtschaftliche Krieg, die mit der Okkupation Bosniens angebahnte Balkanpolitik, die Unterdrückung der Nationen, kurz: der ganze Komplex ungarischer Agrarpolitik unterminierte Europa, bereitete den Weltkrieg vor.

So wird das an Naturschätzen reiche Land seinem Verhängnis zugeführt. Die wirtschaftliche, kulturelle und politische Unterdrückung der Nationen erweckt deren Separationsbestrebungen und schafft so die Vorbedingungen für die Zerstückelung des Landes. Die übermäßige Klassenunterdrückung, die einseitige Großgrundbesitzerherrschaft, die Verrammelung aller demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten, die brutale Niederhaltung der Demokratie, und die Tatsache, daß einige zehntausend Familien ein Volk von 20 Millionen mit Hilfe der Bajonette und der Bureaukratie im Zustand der Leibeigenschaft und Sklaverei zu erhalten vermögen, lassen in dieser Atmosphäre des Klassenhasses die Möglichkeit des Bürgerkrieges aufkommen und züchten so eine zur Aufnahme des Bolschewismus geeignete Mentalität. Eine, die den Wahlspruch der ungarischen Agrarierherrschaft nun umkehrt, ganz wie diese die Zweckmäßigkeit der Demokratie bezweifelt und bei der erstbesten Gelegenheit mit Gewalt eine andere Minderheitsherrschaft errichtet.

II.

Die ungarische Arbeiterklasse.

Ungarn war bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts ein reiner Agrarstaat. Nur stufenweise entwickelte sich die Klein- und Handgewerbeproduktion. Industrielle Arbeiter gab es nur in den größeren Städten. Anfangs standen die Arbeiter durchwegs unter dem wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß der Meister, nur später entwickelten sich schwache, dem Ziel nach unbestimmte, mehr den Charakter von Selbstbildungsvereinen aufweisende Arbeiterjunggesellenvereine.

In den sechziger Jahren sowie zu Anfang der siebziger Jahre erstarkte auch die industrielle Produktion, das Handwerk wurde von der Mittel- und Großindustrie abgelöst, und dementsprechend sogen die Städte eine immer größere Menge Arbeiter in sich auf.

Im Zusammenhang damit entsteht in den größeren Städten die wirtschaftliche und politische Bewegung der industriellen Arbeiter. Den Zwecken der Organisationsform und ihrer Taktik nach schließt sich diese der Arbeiterbewegung des mit Ungarn in enger Wirtschaftsgemeinschaft lebenden Österreich an. Im Jahre 1872 erscheint bereits das erste sozialistische Organ Ungarns, das die wertvollsten Elemente der im Banne der Ideen des modernen Sozialismus stehenden industriellen Arbeiterschaft um sich sammelt.

Geistig stand die Arbeiterbewegung unter der Wirkung der deutschen sozialistischen Ideen. Die jungen ungarischen Arbeiter kommen zur Vermehrung ihrer Fachkenntnisse nach Deutschland und Österreich, lernen dort Ziele, Mittel und Taktik der sozialistischen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sowie die sozialistische Literatur kennen und verpflanzen diese Kenntnisse nach Ungarn. Dieser geistige Zusammenhang mit Deutschland blieb bis in unsere Tage bestehen.

Die Regierungsmacht unterdrückte jede Äußerung der immer stärkeren sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mit den brutal-

sten Mitteln. Nach der französischen Kommune von 1871 wollte man die Führer der noch unentwickelten ungarischen Arbeiterbewegung im Rahmen eines Kommunistenprozesses unschädlich machen. Von diesem Zeitpunkt an war man unaufhörlich bestrebt, die Arbeiterbewegung mit Verhaftungen, Ausweisungen, schweren Kerker- und Geldstrafen niederzuringen. Unter dem Vorwand der Aufreizung, der öffentlichen Ruhestörung, der Majestätsbeleidigung und anderer Delikte wurden die Führer und Kämpfer der Arbeiterbewegung nicht selten unter Zuhilfenahme von Ausnahmegesetzen fast bis zum Tage der Revolution verfolgt.

Vom März 1912 bis März 1913 — mithin innerhalb eines Jahres — wurde in 916 Fällen gegen die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei auf gerichtlichem oder administrativem Wege mit Prozessen vorgegangen, in 64 Fällen wurden die Preßprodukte der Partei beschlagnahmt und die Verfolgten mit Kerkerstrafen im Ausmaß von 24 Jahren 11 Monaten und 25 Tagen und mit Geldstrafen von 8130 Kronen bedacht.

Die Struktur der sozialdemokratischen Partei entwickelte sich unter der Einwirkung des in Ungarn herrschenden politischen und wirtschaftlichen Systems und bei der beispiellosen politischen Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft auf eine von der gesamten europäischen Arbeiterbewegung durchaus verschiedene Weise. Eine Großindustrie gab es nur in einigen größeren Städten. Es gab ferner Eisen- und Bergbauanlagen. Der größte Teil des Landes behielt seinen agrarischen Charakter. In Budapest aber strebte eine mit Riesenbetrieben in beinahe amerikanischem Stil arbeitende Großindustrie vorwärts.

Eine Organisations- und Versammlungsfreiheit hatte die Arbeiterschaft bis zum Tage der Revolution schlechterdings nicht. Die industrielle Arbeiterschaft schuf trotzdem unter ständigen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen ungeachtet aller Regierungsverbote ihre Gewerkschaften.

In einem Agrarland fällt der industriellen Arbeiterklasse der historische Beruf zu, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter der Arbeiterbewegung zuzuziehen. Die ungarische Arbeiterklasse wurde dieser Verpflichtung rechtzeitig gewahr und trachtete mit großen materiellen Opfern, das landwirtschaftliche Proletariat für die auf

der Basis des Klassenkampfes stehenden Organisationen zu gewinnen.

1895 entwickelte sich in den Komitaten Békés und Csanád sowie in anderen Ortschaften der Tiefebene eine mächtige landwirtschaftliche Arbeiterbewegung. 1905 haben die landwirtschaftlichen Organisationen schon über 70 000 Mitglieder. All diese Versuche wurden jedoch von der Klassenherrschaft der Agrarier, die die Organisation der Bauernschaft und der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft im Interesse der Aufrechterhaltung des Großgrundbesitzes im Keime ersticken wollten, mit aller Gewalt, mit Blut und Waffen, unterdrückt.

In Ermangelung einer Agrarierbewegung und der politischen Rechte blieben die Gewerkschaften nach wie vor die Pfeiler der Arbeiterbewegung.

Allein die gewerkschaftliche Bewegung war, im Gegensatz zu den übrigen Arbeiterbewegungen Europas, gleichzeitig auch die ausschließliche Grundlage des sozialdemokratischen Parteilebens. Wirkende Parteiorganisationen hatten wir im europäischen Sinne des Wortes nicht. Die Partei zählte im Jahre 1912/13 31 628 Mitglieder in Budapest und 41 162 in der Provinz, insgesamt 72 700 Mitglieder, die als Gewerkschaftsmitglieder mit dem Gewerkschaftsbeitrag auch einen Parteimitgliedschaftsbeitrag entrichteten und auf diese Art der sozialdemokratischen Partei angehörten. Von den Gewerkschaftsparteimitgliedern Budapests, 31 000 an der Zahl, hatten die Parteiorganisationen in Budapest und Umgebung — also in den Städten, die 50 Prozent der ganzen industriellen Arbeiterschaft des Landes und der Gewerkschaftsmitglieder umfaßten — bloß 3921 Mitglieder. Mithin gehörten nur 12 Prozent derjenigen, die einen Parteimitgliedschaftsbeitrag leisteten, der Parteiorganisation an.

Die einzige Erklärung dieser Erscheinung ist, daß die Parteiorganisationen keine wie immer gearteten politischen Funktionen erfüllten, da die Arbeiterschaft weder über ein Gemeinde- noch über ein Parlamentswahlrecht verfügte. Von den 413 Abgeordneten des ungarischen Parlaments hatte die Arbeiterschaft keinen einzigen Vertreter, von den mehr als 150 000 Gemeinderatsmitgliedern der 13 000 Gemeinden Ungarns gab es nur 247 sozialistische Gemeinderäte, mithin kaum 1,5 pro Mille der Gesamtheit. Im Gemeinderat Budapests befand sich kein einziger Arbeitervertreter. Die Partei-

organisationen konnten in Ermangelung einer Funktion nicht erstarken, und so fristeten sie ihr Leben als bloße Rahmen einer zukünftigen Parteibewegung.

Die politische Bewegung der sozialdemokratischen Partei erschöpfte sich durch Jahrzehnte im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht. Solange die Arbeiterschaft dieses elementare Menschenrecht nicht erkämpft hatte, war sie außerstande, auch anderen wichtigen Zwecken der politischen Arbeiterbewegung nachzugehen.

Dieser gewaltige Sisyphuskampf verschlang die besten individuellen und Massenkräfte der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterschaft ganz Europas veranstaltete insgesamt nicht soviel politische Massenstreiks. wie die ungarische Arbeiterschaft zur Herbeiführung des allgemeinen Wahlrechtes. Am 12. September 1911, am 4. März 1912, am 23. Mai 1912 wie auch an anderen denkwürdigen Tagen legten Hunderttausende von Arbeitern die Arbeit nieder, zogen massenhaft zur Demonstration um das Wahlrecht, setzten angesichts der aufgebotenen brutalen militärischen und Polizeigewalt ihr Leben aufs Spiel. Manch teuere Märtyrer fielen den blutigen Kämpfen zum Opfer, Hunderte von Arbeitern wanderten in die Kerker, jede Anstrengung zerschellte jedoch am Widerstand der herrschenden Klasse.

Dieser jahrzehntelange ergebnis- und aussichtslose Kampf rieb die Kraft der Partei auf, lähmte die Arbeit des Ausbaues der Parteiorganisationen, lenkte die Gewerkschaften von den Zielen der wirtschaftlichen Bewegung ab, schwächte die Arbeit der sozialistischen Erziehung und zwang alle Kräfte in den ewigen Wirbel des Wahlrechtskampfes.

Unter solchen Umständen mußte das Arbeitsgebiet und die Wirkungsmöglichkeit der führenden Vertrauensmänner und Parteimitglieder sehr beschränkt sein. Die Tausende von Versammlungen, die Hunderte von Massenstreiks und Demonstrationen — in bewegteren Zeiten gab es ganze Wochen mit täglichen blutigen Demonstrationen — konnten die Schule der praktischen Arbeit nicht ersetzen. Auch hatte die praktische Arbeit keinen anderen Wirkungskreis als die Gewerkschaft, stellenweise die Arbeiterkrankenkasse, und so konnten weder die Parteiführer noch die Vertrauensmänner ihre organisatorischen, administrativen, gemeindepolitischen und legislativen Fähigkeiten entfalten.

Die der Partei beigetretenen Intellektuellen verließen zum großen Teile die Partei früher oder später wegen des Mangels politischer Betätigungsmöglichkeit, oder aber sie schlossen sich den Extremen an. Der größte Teil der übrigen Führer wurde als gewerkschaftlicher Faktor in den nervenspannenden Einzelheiten der gewerkschaftlichen Kleinarbeit aufgerieben, und so hatten wir keine Kräfte mehr für die Zwecke der politischen Führung der Organisation, des Unterrichtes und der sozialistischen Erziehung übrig.

Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die ungarische Arbeiterbewegung einige hervorragende Köpfe, aber keinen Nachwuchs aufzuweisen hatte. Wir hatten Generale, aber es fehlte an gebildeten Offizieren und Unteroffizieren.

Zur Steigerung dieses Mangels trugen außer den allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnissen auch gewisse innere Lücken des Parteilebens bei. Der Zahl nach wurden in den verschiedenen Gewerkschafts- und Parteiorganisationen viele Vorträge gehalten, doch konnten wir den systematischen Unterricht und die individuelle Ausbildung nicht einbürgern. Wir hatten keine Parteischulen sowie keine entsprechenden Seminarien.

Dazu kam noch das in der europäischen Arbeiterbewegung fast beispiellos dastehende Privilegium, daß die Leistung der hervorragendsten, gelehrtesten, mithin zum Unterricht geeignetsten Führer an Parteiarbeit unverhältnismäßig gering war. Jedes einzelne Buch oder Heft konnte diesen gebildeten Führern nur mit den größten Schwierigkeiten abgepreßt werden. Die auf eine mehr als 40jährige Vergangenheit zurückblickende ungarische Arbeiterbewegung verfügte bis zum Sturz der Revolution über keine ungarische Übersetzung des Marxschen Kapitals, während die Übersetzung des Werkes unter der schwach organisierten bulgarischen, serbischen und rumänischen Arbeiterschaft längst verbreitet war.

Es gab in der Partei Führer — und zwar unter den Gebildetsten —, die durch mehr als ein Jahrzehnt in keiner öffentlichen Volksversammlung gesprochen und jahrelang keinen einzigen Vortrag gehalten haben. Andere erfüllten ihre Pflicht wohl auch über ihre Kraft, doch konnte dies alles den Mangel an praktischer Schulung und die minimale Arbeitsleistung der gebildeten Kräfte nicht ersetzen.

Die Engherzigkeit und der Egoismus der herrschenden Klassen machten der Arbeiterklasse die Aneignung der politischen, wirtschaftlichen, organisatorischen, städtischen und gesetzgeberischen praktischen Kenntnisse unmöglich. Unter diesem Druck erlahmte die sozialistische Erziehungsarbeit der Partei, und dieser Mangel lastete während der Revolutionen fluchartig auf der Partei. Wir gelangten an die Macht, und unter der Führung ungeübter, unerfahrener Kräfte fiel uns die Sorge und Bürde zu, ein großes Land zu regieren. Inmitten der einige Monate währenden praktischen Arbeit entfaltete sich zwar die der Arbeiterschaft innewohnende Urkraft und Urfähigkeit, doch konnte dies alles das durch Jahrzehnte Versäumte nicht nachholen.

Eine — wenn auch nicht die wichtigste — Ursache des Sturzes der ungarischen Arbeiterklasse ist auch in diesem Umstande zu finden.

III.

Im Weltkrieg.

„Endlich!" . . . mit diesem Ausruf begrüßten im ungarischen Parlament Apponyi, Andrássy und die übrigen Grafen die Kriegserklärung. Die Arbeiterschaft hatte im Parlament keinen einzigen Vertreter, und so erhob sich dort keine Stimme gegen den Krieg und seine Anstifter.

Die sozialdemokratische Partei protestierte in ihrer Presse bis zum letzten Augenblick energisch gegen die Kriegshetze.

> „Unsere Aufgabe, unsere Pflicht ist es, Einspruch gegen die blutige Hetze der Kriegspartei zu erheben, damit sie sich nicht etwa rühmen könne, das ganze Land stehe in ihrem Lager. . . . Das ungarische Volk hat nicht den geringsten Grund, die Waffen gegen seine serbischen Brüder zu führen, selbst zu morden, oder der mörderischen Kugel zum Opfer zu fallen . . . Der Kriegshetze gegenüber müssen wir die internationale Solidarität der Arbeiterklasse verkünden . . . Die werktätige Bevölkerung Ungarns will und duldet kein Blutvergießen." . . .

So schreibt das offizielle Organ der Partei in den Stunden vor der Kriegserklärung. Leider waren die internationalen Kräfte mächtiger als wir. Nach der Kriegserklärung trat eine drakonische Zensur in Kraft, die Vereins- und Versammlungsfreiheit wurde vollständig abgeschafft, die Arbeiterschaft verstummte, sie konnte ihrem Protest keinen Ausdruck mehr geben.

Allein das Schweigen wider Willen dauerte nur einige Augenblicke. Die „Népszava" („Volksstimme") wandte sich immer heftiger gegen den Krieg und die die Arbeiterschaft unterdrückenden Ausnahmegesetze.

Die Fabrikarbeiterschaft wurde unter militärische Aufsicht gestellt. Jede Lohnbewegung wurde mit Waffengewalt unterdrückt. Die Vertrauensmänner wurden gemaßregelt, einberufen und an die Front geschickt. Doch stellte sich jede Unterdrückung als unnütz

heraus. Bereits Anfang 1915 treten die Arbeiter der Waffenfabrik gegen das militärische Streikverbot in den Lohnkampf. In rascher Folge machen es ihnen die Arbeiter der verschiedenen Fabriken nach. Infolge der Einrückungen verminderte sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaft um 50 Prozent, dessenungeachtet gewinnen die Organisationen ihre alte Beweglichkeit wieder und führen die Bewegung der Arbeiterschaft zielbewußt vorwärts.

Die mit der Macht der Waffen vergewaltigte Arbeiterschaft schöpft zuerst in geheimen Werkstattdebatten, Betriebsversammlungen, Gewerkschaftszusammenkünften, endlich in heimlichen Kongressen neue Kräfte.

Neben der sich erholenden wirtschaftlichen Bewegung entfaltet sich allmählich auch die politische Bewegung.

Am 8. Juni fordert die sozialdemokratische Partei im Bündnis mit den Gruppen Károlyi und Vázsonyi in einer selbst in Budapest einzig dastehenden gewaltigen Demonstration den sofortigen Frieden und die sofortige Zusicherung des demokratischen Wahlrechtes. Die Dynastie erschrickt. Tisza wird verjagt, an seine Stelle wird Graf Moritz Esterházy zum Ministerpräsidenten ernannt, der für das allgemeine Stimmrecht einzustehen vorgibt und Verbindungen mit der sozialdemokratischen Partei anzubahnen sucht. Die ewig lauernde Gefahr der jeweiligen ungarischen Politik, die Intrige hinter den Kulissen stürzen Esterházy, und seine Stelle wird vom schlauen Wekerle übernommen, der sich möglichst rasch unter die Hut des reaktionären Stephan Tisza und seiner Genossen begibt. Das werktätige Volk wird wieder einmal verraten, geprellt und um das mit königlichem Versprechen zugesagte demokratische Wahlrecht betrogen.

Im Januar 1918 verschärfte sich infolge der Ernährungsschwierigkeiten die Gärung in den Massen, und die immer größere Zugespitztheit der sozialen Gegensätze führte in Verbindung mit dem Wiener Generalstreik zu einem Massenstreik. Der unmittelbare Anlaß war die jämmerliche Approvisionierung. Auf der einen Seite sammelten die Kriegslieferanten gewaltige Vermögen und entfalteten einen aufreizenden Luxus, auf der anderen schmachteten die Soldaten und die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter im furchtbarsten Elend.

Der Streik dauerte drei Tage, zuletzt schloß die Parteileitung unter Vázsonyis Vermittlung (der anfangs mit Prozessen wegen Aufreizung und Störung der öffentlichen Ruhe drohte, es aber am Ende doch für besser fand, den Weg der Nachgiebigkeit zu beschreiten) ein Übereinkommen mit der Regierung ab, demzufolge sich diese vor den Vertrauensmännern der Betriebe in einer der Öffentlichkeit vorzulegenden Erklärung für den Frieden, die gerechte Approvisionierung und das demokratische Wahlrecht aussprach.

Es ist fast überflüssig zu sagen, daß Wekerle auch dieses Versprechen nicht hielt.

Jener Streik führte aber zu einer schweren Parteikrise. Eine Gruppe der unzufriedenen Intellektuellen drängte sich in die Organisationen, die Parteileitung wurde auf Flugblättern des Verrats bezichtigt. Die gewissenlose und unverantwortliche Wühlarbeit fand unter den in die Partei geströmten neuen Massen einen fruchtbaren Boden. Die Parteileitung demissionierte, doch nahm der Parteitag einmütig gegen die Frondeure und für die Parteileitung Stellung.

Nach der Krise richtete der damals noch den jeweiligen Parteiführern treu ergebene und stark rechts orientierte Josef Pogány in der Zeitschrift „Szocializmus" einen scharfen Angriff gegen die der Parteileitung feindlich gesinnten „ungarischen Bolschewiken". Dieser allgemeines Mißfallen erregende Servilismus läßt das spätere Auftreten Pogánys in einem noch merkwürdigeren Licht erscheinen.

Einige Wochen später, am 15. März, kam es in der überhitzten sozialen Atmosphäre neuerdings zu einer Explosion. Die Eisen- und Metalldreher leiteten eine Bewegung für den Achtstundentag ein. Wegen dieses „Verbrechens" sperrten die Eisen- und Maschinenfabrikanten 70 000 in der Eisenindustrie beschäftigte Arbeiter von Budapest und Umgebung aus. Die Aussperrung währte acht Tage. Ihr ergebnisloser Abbruch rief große innere Kämpfe in der größten Arbeiterorganisation des Landes, im Eisen- und Metallarbeiterverband, hervor.

Mitte Juni beschwor die militärische Brutalität einen neuen, gewaltigen, auf das ganze Land ausgedehnten Kampf. In der staatlichen Maschinenfabrik traten die Gießer in den Ausstand. Die Gendarmen beschossen sie, vier Tote und einige Verwundete blieben auf dem Hof der Fabrik liegen. In sämtlichen Eisen- und Maschinenfabriken Budapests stellten die Arbeiter die Arbeit ein,

am folgenden Tage proklamierte die Parteileitung und der Gewerkschaftsrat den allgemeinen Streik für das Gebiet des ganzen Landes.

In Verbindung mit diesem Streik konstituierte sich der erste Arbeiterrat. Er setzte sich aus den Mitgliedern der Parteileitung und des Gewerkschaftsrates sowie aus den Vertrauensmännerobleuten der größeren Betriebe zusammen. Dieser Arbeiterrat führte den Streik. Die Regierung, vor allem Handelsminister Szterényi, drohte mit Abbruch und Erdrosselung der Arbeiterbewegung. Die Vertrauensmänner der größeren Branchen wurden verhaftet.

Dieser Streik wurde vom Arbeiterrat nach achttägigem Ausharren ohne jede Verhandlung und Vereinbarung für abgeschlossen erklärt. Die Verfolgungen gingen weiter, doch kann man sich vorstellen, wieviel Haß, Zorn und Erbitterung sich der Seelen bemächtigte.

Doch mehr als der durch Arbeiterverfolgungen gezüchtete soziale Haß vergiftete die Atmosphäre des Landes die Erbitterung, die der Front und den Kasernen entströmte und sich in einer Massenflucht der Soldaten offenbarte.

Die ungarische Nation wurde von Tisza und Genossen zu den sogenannten verläßlichen Völkern der Dynastie gezählt. Diese „Auszeichnung" hatte zur Folge, daß von der männlichen Bevölkerung Ungarns 46,6 Prozent, 4 183 000 an der Zahl, zur Wehrmacht gehörten. 3 400 000 von ihnen standen im Feld. Gefallen sind 670 000, 580 000 gerieten in Kriegsgefangenschaft, die Zahl der Invaliden, Kriegswitwen und Kriegswaisen betrug Zehntausende. Überdies hatte noch die männliche Bevölkerung Ungarns weitere 400 000 Opfer zu beklagen.

Die unaufhörlich erneuten Aushebungen, die wiederholte Verschickung der Kranken, Invaliden und Untauglichen ins Feld hielt die Soldatenmassen in ständiger Gärung. Der Kriegszweck war ihnen vollkommen fremd. Keinerlei erkennbares nationales oder wirtschaftliches Interesse war mit dem Krieg verbunden, und selbst die Mengen der Analphabeten waren sich dessen bewußt, daß der Krieg ausschließlich um die gehaßten dynastischen und monarchistischen Interessen geführt wurde.

Bereits Anfang 1916 betrug die Zahl der flüchtigen Soldaten mehrere Tausende. Aus der Hauptstadt wurden die Truppen bereits mit bewaffnetem Geleit nach der Front geschickt. Eine Marsch-

kompagnie des I. Honvédinfanterieregiments erbrach Ende 1916 bei Stuhlweißenburg die Eisenbahnwaggons, die Soldaten nahmen Reißaus und verzogen sich in ihre Dörfer. Sowohl die Bauern wie auch die Stadtbevölkerung versteckten die Deserteure, versorgten sie sogar mit Proviant, da offenbar jeder mit ihnen fühlte.

Die Zahl der Deserteure wuchs von Jahr zu Jahr. 1918 ernannte die Armeeleitung den durch seine blutigen Grausamkeiten berüchtigten Generalobersten Lukachich zum Stadtkommandanten Budapests, um standrechtlich gegen die Deserteure vorzugehen. In Budapest allein wurden deren 16 hingerichtet, mit derselben Grausamkeit wurden die Urteile auch in der Provinz vollstreckt. Von den ersten Hinrichtungen wurden offizielle Meldungen herausgegeben, die ungeheure Aufregung hervorriefen, als es sich herausstellte, daß man anständige Familienväter ermordet habe, nur weil sie ihr Leben nicht länger für fremde Zwecke aufs Spiel setzen wollten.

Das Verhältnis der Deserteure war sowohl in der städtischen wie in der Landbevölkerung dasselbe. Dies war allen bekannt, die in den Kasernen lebten.

Dazu kam, daß die fremdsprachigen Nationen — die Hälfte der Landbevölkerung — durch die dauernden Kriegsroheiten gegen die verwandten Serben, Rumänen und Ruthenen in unversöhnliche Feindschaft getrieben wurden. 1914 wurden Tausende der rumänischen und ruthenischen Bevölkerung auf Grund verlogener und hirnverbrannter Denunziationen hingerichtet, 1916 wurden Rumänen massenhaft gehenkt und Tausende von Männern, Frauen und Kindern interniert.

Das zunehmende Elend und die Hungersnot, die Selbstsucht und Engherzigkeit der herrschenden Klasse, die zwar Millionen an die Front schickte, doch selbst den kämpfenden Soldaten keine politischen Rechte zubilligen wollte, ließ in Millionen Seelen Erbitterung, Haß und Zorn wachsen.

Mitte Juni wußte man bereits allgemein, daß der Zusammenbruch unvermeidlich sei. Eines war klar: Stemmten sich die organisierten Massen der Arbeiterschaft nicht rechtzeitig dem Strom von Haß und Wut entgegen, den soziale und politische Unterdrükkung, wirtschaftliches Elend und Vergewaltigung so mächtig anschwellen ließen, so mußte das Land im Augenblick des Zusammenbruches im Blutmeer der Anarchie versinken.

IV.

Der Zusammenbruch.

a) Die letzten Rettungsversuche Tiszas.

Die allgemein bekannte und berüchtigte „Dolchstoßlegende" wurde von Leuten erfunden und verbreitet, die wohl wußten, daß sie für die Folgen des von Anfang an aussichtslosen Krieges verantwortlich seien. Nicht von Sozialisten und Pazifisten, vielmehr von nationalistischen und militaristischen Sachverständigen wurde festgestellt, daß der Beginn und die endlose Fortsetzung des Krieges sowie die militärische, politische und individuelle Gewissenlosigkeit der Staats- und Heerführer es waren, die der Monarchie das Grab schaufelten.

General Krauß, den selbst seine politischen Gegner als einen der hervorragendsten Generäle der österreichisch-ungarischen Armee anerkennen, weiß an der Hand empörender Daten den kritischen Nachweis zu führen, daß die österreichisch-ungarische Armee vom Augenblick der Kriegserklärung an durch die Unwissenheit und Untauglichkeit ihrer Generäle und Offiziere, die Mangelhaftigkeit der Ausrüstung, die jeder Kritik spottende Approvisionierung, den Mangel an Organisation, die Enteignung, ja den Raub der Vorräte, durch die gewissenlose Aufopferung des Menschenmaterials und — in erster Reihe — durch den Haß der einzelnen Nationalitäten untereinander, die Gefahr der unvermeidlichen Niederlage lief.

Einige anschauliche Daten:

Die kroatische Landsturmbrigade bestand aus vier Regimentern zu drei Bataillonen. Alle Bataillone bestanden aus über 33jährigen, durchwegs verheirateten Männern. Nach Mitteilung des Brigadiers besaßen die Familienväter eines solchen Bataillons um 9000 Kinder. In den Regimentern waren nur die Regiments-, Bataillons- und einige Kompagniekommandanten aktive Offiziere. Diese Brigade von 12 Bataillonen hatte nur

eine Batterie zu sechs Geschützen, so daß auf zwei Bataillone ein Geschütz entfiel. Was das bedeutet, wird jeder begreifen, der hört, daß zur selben Zeit eine deutsche Division zu zwölf Bataillonen 72 Geschütze, somit sechs Geschütze auf ein Bataillon zählte[1].

Und das zu Beginn des Krieges, im September 1914! Die Zustände verschlimmerten sich von Monat zu Monat.

An Artilleriemunition waren bei Kriegsbeginn nur etwa 500 Schuß für das Geschütz vorgesorgt. Diese waren bald verbraucht, so daß schon in den ersten Wochen des Krieges Mangel eintrat. Maßnahmen zur Einleitung einer außerordentlichen Massenerzeugung hatte der Mobilisierungsplan nicht vorgesehen[2].

Die Infanterie hatte dies mit Blut zu bezahlen, da sie den ungenügend erschütterten Feind angreifen mußte...

Als der Krieg ausgebrochen war, erwies sich unser Verpflegssystem schon in den ersten Operationstagen als unbrauchbar. Das war die Ursache, daß Verpflegung in Massen verschwendet wurde, und daß die Ausnützung des Landes, die Requisition, gleich anfangs die Formen des Raubes annahm, was zur Verlotterung der Truppen und zum Verfall des moralischen Gehaltes beitrug[3].

Die Kriegspläne wurden von den mehrere tausend Kilometer hinter der Front sitzenden Stabsoffizieren mit der größten Geheimnistuerei, willkürlich, ohne Befragen der an der Front befindlichen Truppenleiter, ohne Kenntnis der Verhältnisse, der Leistungsfähigkeit der Truppen und der Operationsbasis ausgearbeitet. Die Front erhielt die unausführbaren Befehle erst im letzten Augenblick — ein Vorgehen, das jederzeit Tausende von Menschenleben kostete. Hingegen soll General Krauß seiner eigenen Angabe nach den ungemein geheimnisvoll behandelten Kriegsplan gegen Serbien einmal in einem Straßengespräch mit einem Offizier gehört haben, der ihn im Wiener Café Schwarzenberg in einer Offiziersgesellschaft erfahren hatte.

---

[1] Vgl. Alfred Krausz: Die Ursachen unserer Niederlage, S. 92.
[2] Vgl. Alfred Krausz, a. a. O., S. 95.
[3] Vgl. Alfred Krausz, a. a. O., S. 104.

Und zu diesem Konglomerat von Unfähigkeit, Unwissenheit, Gewissenlosigkeit und Korruption kam der Umstand, daß der größte Teil der Nationen dank der innerpolitischen Lage nur seinem Selbsterhaltungsinstinkt folgend, nur dem eisernen Zwange der Disziplin gehorchend, am Kriege teilnahm. Zehntausende von Tschechen, Rumänen, Kroaten, Ruthenen, Italienern ergaben sich dem Feinde. Die „Pfeiler" der Monarchie, Deutsche und Ungarn, verbluteten haufenweise für die Sache einer ihnen fremden Dynastie, sie bluteten und darbten, während ihre Unterdrücker, die ungarischen Oligarchen, schacherten und schwelgten. Der schon im Frieden bestehende Haß und die Erbitterung gegen die ungarische Oligarchie nahm im Kriege täglich zu. Hinter der mit allen Gewaltmitteln aufrechterhaltenen Disziplin warf das blutige Nachspiel des nahenden Zusammenbruches seinen Schatten voraus.

* *
*

Die Vorgänge an der Front, das epidemisch um sich greifende Überlaufen der nationalen Truppenkorps zum Feinde, die tägliche Zunahme der Zahl der Deserteure, die unerhört minderwertige Ernährung der im Felde stehenden Soldaten, die brutale innere Militärdiktatur, die mit Waffengewalt erfolgte Unterdrückung der Arbeiter und Bauern, die ständigen Assentierungen, Einberufungen, die bereits auf Haushaltungsmittel ausgedehnte Requisition, die jeder Beschreibung spottende Behandlung der Angehörigen der Frontsoldaten, die Familienunterstützungen von 72 Hellern und die häufigen Unterschlagungen der Kriegsunterstützungen, die ehrlose Behandlung der Invaliden, der Hunger und das Elend der Hinterlandsbevölkerung angesichts der zügellosen Verschwendung der Kriegslieferanten und neuen Reichen sowie der unaufhörliche Blutverlust an der Front bringen den Augenblick des Zusammenbruches täglich näher. Die unter der Asche glimmende Glut verrät sich schon in verschiedenen Volksbewegungen, in Ausständen, in der massenhaften Flucht der Soldaten, doch die Staatsgewalt ist noch immer stark genug, die Macht der Dynastie und der herrschenden Klasse zu verteidigen und den Krieg weiter zu führen.

Mitte 1918 spielt sich die Junioffensive in Italien bereits im Zeichen des Zusammenbruches ab. Die österreichisch-ungarische

Armee muß sich zurückziehen. Es wird amtlich zugegeben, daß die Anzahl der Toten mehr als 100 000, der Verlust an Verwundeten und Gefangenen 200 000 beträgt. Von der deutsch-französichen Front treffen ähnliche Nachrichten ein; die deutschen Soldaten beschimpfen die nach der Front gehenden Verbände als Streikbrecher. Jedermann in der Monarchie fühlt, daß der Anfang vom Ende, der Augenblick der Abrechnung nahe ist.

Am 15. Sepember schließen die Bulgaren Waffenstillstand mit der Entente. Einen Tag später bittet Ministerpräsident Wekerle die Schriftleiter der Budapester Tageblätter zu sich.

> Wekerle erzählt zynisch, daß er den Ausfall der Bulgaren für ein zwar unangenehmes, doch nicht sehr bedeutungsvolles Ereignis halte. Die Monarchie sei zwar zum Friedensschlusse bereit, allein sie sei nicht geneigt, sich einen erniedrigenden Frieden gefallen zu lassen. Des weiteren führte er aus, daß aus Sebastopol ein ungarischer Truppenverband durch das Schwarze Meer geschickt wurde, er glaube aber nicht, daß man die betreffenden ungarischen Truppen unter den gegenwärtigen Verhältnissen wiedersehen werde. Übrigens betont er die Notwendigkeit des weiteren Durchhaltens.

So sprach man sechs Wochen vor der Revolution.

Es folgen schicksalsschwere Zeiten. Immer noch versucht die ungarische Oligarchie und die Regierung, das Rad der Zeit zu wenden.

Keinerlei Darstellungskunst, nicht die glänzendste Redegewandtheit vermöchte die Hinterlist der ungarischen Oligarchie, ihre eiserne Entschlossenheit, alle Vorrechte und Privilegien zu behalten und ginge darüber das Land, das Volk, Hunderttausende von Menschenleben zugrunde, so treffend zu charakterisieren, wie es die trockene Beschreibung der innenpolitischen Vorgänge des letzten Monates vor dem Zusammenbruche vermag.

Die bulgarische Front bricht zusammen, die Armeen der Ententemächte schlagen die Deutschen zurück. Von Tag zu Tag wird der Sieg der Entente offenbarer. Die österreichisch-ungarische Armee zieht sich in ungeordneten Reihen aus Serbien zurück. Der Feind nähert sich der Südgrenze des Landes. In Deutschland wird eine demokratische Regierung gebildet, nach jahrzehntelangem

Widerstand wird Preußen das allgemeine geheime Wahlrecht zugesichert. Österreich löst sich in Nationalstaaten auf.

Und die ungarische Oligarchie? Sie klammert sich auch jetzt noch krampfhaft an ihre bisherige nationale und Klassenunterdrückungspolitik. Sie will von ihren Vorrechten kein Jota lassen, die Vorschläge zur Revision des Wahlrechtsgesetzes werden von dem mit Blindheit geschlagenen Tisza zurückgewiesen.

Die Bulgaren schließen am 30. September Waffenstillstand. In Österreich legt die österreichische sozialdemokratische Partei dem Parlament die Friedensbedingungen des deutschen Volkes vor. Die Redner der österreichischen Nationen erklären nacheinander, daß sie von ihrem in den Wilsonschen Friedensbedingungen gesicherten Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen wollen, lösen sich von Österreich ab, fordern den sofortigen Friedensschluß.

In Ungarn werden am 30. September Ilona Ducynska zu zweijährigem und Theodor Sugár zu dreijährigem Kerker verurteilt, weil sie an einer Demonstration im Interesse des Friedens teilgenommen hatten.

Zu gleicher Zeit, als im österreichisch-ungarischen Außenministerium an einem Telegramm an Wilson gearbeitet wird, worin das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt wird, erzwingt Stefan Tisza, der reaktionärste Führer der ungarischen Oligarchie, eine königliche Vollmacht, geht nach Serajewo, erklärt,

> daß die Verwirklichung des südslawischen Staates den Staatsgesetzen widerspreche, der Spruch über die Selbstbestimmung der Nationen eine leere Phrase sei, daß Serbien nach dem Kriege so klein und schwach werde, daß es, wenn es sich zu rühren wagt, von Bulgarien niedergetreten und zum Frühstück verzehrt werde, und traktiert die Südslawen mit allerlei Drohungen.

Die Bitte um Frieden kann nicht länger aufgeschoben werden. Im letzten Augenblick erkennen sie zum Schein die Bedingung Wilsons über das Selbstbestimmungsrecht der Völker an, und diejenigen, die die stärksten Stützen der deutschen Waffenfreundschaft und weltbekannte Vertreter der nationalen Unterdrückung waren, bleiben an der Macht, wollen den Friedensverhandlungen beiwohnen. Sie sind ernstlich der Meinung, daß die Entente zwar die Beseitigung Kaiser Wilhelms und des deutschen Kriegssystems

fordern, aber die Kriegsanstifter Apponyi, Andrássy, Tisza und Wekerle als Kontrahenten annehmen werde.

Im österreichischen Parlament erklärt der tschechische Abgeordnete Klofac am 4. Oktober, daß der Friede solange unmöglich sei, als der deutsche und ungarische Geist herrsche. Zu gleicher Zeit werden in ungarischen politischen Kreisen Verhandlungen zur Bildung eines Konzentrationskabinetts unter Teilnahme Tiszas, Andrássys, Apponyis, Wekerles, mithin der bisherigen Vertreter des Systems der nationalen Unterdrückung, in die Wege geleitet.

Unterdessen erreicht die Erregung im Lande ihren Höhepunkt. Am 16. Oktober wird ein Attentat gegen Tisza verübt. Von der Front kommen Schreckensnachrichten. Jedermann fühlt, daß die zwölfte Stunde geschlagen hat, wenn man das Land noch retten will — aber die Grafen? Sie lehnen jede ihre Macht gefährdende Lösung mit fataler Beharrlichkeit ab.

Am 17. Oktober erscheint König Karls Manifest, worin er Österreich verspätet zu einem Bundesstaat umzubilden sucht. In Berlin werden große Streiks und Demonstrationen veranstaltet. Tisza erklärt im Parlament, daß wir den Krieg verloren haben. Und angesichts all dieser Vorgänge besteht die einzige politische Tat darin, daß die zwei reaktionärsten Parteien des ungarischen Parlamentes fusionieren. So will man die in Wilsons Telegramm vom 14. Oktober enthaltene Forderung erfüllen, derzufolge „alle willkürlichen Gewalten überall abzuschaffen sind, die den Frieden allein, insgeheim und nach eigenem Gutdünken stören können".

Wilson fordert Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Am 5. Oktober werden die Friedensbedingungen Wilsons angenommen, die Washingtoner Regierung hiervon telegraphisch verständigt, und am 17. Oktober erklärt Stephan Tisza im Abgeordnetenhaus, daß

> das tschechoslowakische Problem nichts anderes sei, als die Raublust der Tschechen; es sei ein Irrtum, daß wir die Nationen beherrschten, es sei nur eine verschwindende Minderheit, die sich den Prinzipien der ungarischen Nation entgegenstelle . . . wir müssen bestrebt sein, den Feind mit den Waffen der Wahrheit zu überzeugen, daß die hiesigen Verhältnisse den Postulaten Wilsons näherstehen, und daß es hier keiner gründ-

lichen Änderung bedarf ... Bei uns tue keine Demokratisierung not, da wir uns inmitten der Demokratie befänden[4].

Während man so von Demokratie und Freiheit sprach, wurden am 18. Oktober das um Demokratie kämpfende sozialistische Organ, „Népszava", sowie später noch einige Zeitungen unter Präventivzensur gestellt.

Und was man nach innen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verstand, führte Wekerle am 18. Oktober im Abgeordnetenhaus aus:

„Ich verwahre mich dagegen, daß irgendein äußerer Faktor hier darüber entscheiden könnte, wie wir unser Verhältnis zu unseren Nationalitäten gestalten sollen. In der Friedensverhandlung können wir nur einen Vertreter haben, den des ungeteilten einheitlichen ungarischen Staates[5]."

Auf dieses verbrecherische und hinterlistige Spiel trifft bald die Anwort Wilsons ein, worin

der tschechoslowakische Nationalrat als kriegführende Regierung und auch die Berechtigung der Bestrebungen der Südslawen nach nationaler Freiheit in weitestgehendem Maße anerkannt wird[6].

Diejenigen, die einige Tage früher erklärten, „sie verwahren sich dagegen, daß äußere Faktoren das Verhältnis Ungarns zu den Nationen entscheiden", die der Meinung waren, daß es „in Ungarn keiner gründlichen Änderung bedürfe, da man hier inmitten der Demokratie lebe," und daß „eine über die Grenzen der ungarischen Krone hinausgehende Vereinigung Kroatiens mit den südslawischen Staaten unstatthaft sei", sie bekamen nun zwar von Wilson die gebührende Antwort, doch leider traf die schwere Erniedrigung nicht sie, sondern das Land.

Und derselbe Andrássy, unter dessen Assistenz Wekerle erklärt hatte, daß er keinen tschechoslowakischen Staat, keine Berechtigung zur Vereinigung der Südslawen, keine nationalen Bestrebungen anerkenne, derselbe Andrássy richtet fünf Tage später eine Note an Wilson, in der die Rechte der Tschechoslowaken und Jugoslawen

---

[4] Vgl. „Népszava" vom 18. Oktober 1918.

[5] Vgl. „Népszava" vom 19. Oktober 1918.

[6] Vgl. „Népszava" vom 22. Oktober 1918.

anerkannt werden. Sie geben alles hin, verraten alles, weil sie so die Herrschaft zu behalten hoffen. Sie erklären sich selbst mit der Zerstückelung des Landes einverstanden, wenn sie nur die Staatsagenden weiterführen dürfen, wenn nur die Macht in ihrer Hand verbleibt und ihr Vermögen nicht gefährdet wird.

b) Die Auflösung der Front.

Während Tiszas Gesinnungsgenossen um die Macht ringen, bricht die Front allmählich zusammen. Schon seit der Junioffensive treffen haufenweise Briefe ein, in denen Soldaten die fortschrittlichen Parteien auf die Vorzeichen der nahen Auflösung aufmerksam machen.

Überzeugender aber als alle Privatbriefe sprechen die offiziellen Meldungen der Armeeführer, die den unumstößlichen Beweis dafür liefern, daß die Reihen der Front, die Verbände der vielgepeinigten Armee durch die Kriegsmüdigkeit der Soldaten, die jämmerliche Approvisionierung, den fruchtlosen und für fremde Interessen geführten Krieg sowie durch die Unzufriedenheit wegen der Klassen- und Nationalitätenunterdrückung aufgelöst wurden. Über die Lage der Front im September schreibt General Hugo Kerchnawe wie folgt:

> Immerhin, noch hielt die teilweise allerdings von Entbehrungen und teilweise auch vom Hunger zermürbte Front, besonders die Hauptfront des österreichisch-ungarischen Heeres, die Südwestfront, unverrückbar fest. Aber es war vorauszusehen, daß das Ausspringen eines Bundesgenossen nicht nur auf das Hinterland von übler Einwirkung sein mußte, sondern daß es auch auf die Front, der sie zum Ersatz für den ausgesprungenen Kräfte entziehen mußte, materiell wie moralisch nicht ohne Folgen bleiben konnte ...[7].

Es war also vorauszusehen, welche Folgen der Ausfall eines Verbündeten haben müsse. Man wußte aber auch im voraus, daß Bulgarien einen Sonderfrieden schließen werde. Das Belgrader Militär-General-Gouvernement meldet bereits am 26. Juli das bevorstehende Ausscheiden Bulgariens. Ebensogut wußte man später,

---

[7] Vgl. Hugo Kerchnawe: Der Zusammenbruch der Österr.-Ungar. Wehrmacht im Herbst 1918, S. 7.

daß es im September einen Waffenstillstand schließen werde — aber trotzdem schloß man keinen Frieden, wartete den vollständigen Zusammenbruch der Front, die entscheidende Katastrophe ab, weil das böse Gewissen der Herren die Folgen des verlorenen Krieges fürchtete. Zum Schaden des Landes verzögerten sie die Entwicklung, um mit heiler Haut davonzukommen.

Die Stimmung und Versorgung der Truppen hätte übrigens auch ohne den bulgarischen Zusammenbruch die Herbstkatastrophe der Front herbeigeführt. Das Armeeoberkommando stellt am 28. September fest, daß die österreichisch-ungarische Armee in einigen Wochen jeden Reservevorrat verzehrt haben werde. Am 4. Oktober meldet der Verbindungsoffizier der Isonzoarmee dem Armeeoberkommando folgendes:

> Dem Armeeoberkommando ist hinlänglich bekannt, daß von den fünfzehn Einheiten der Isonzoarmee sieben über weniger als ein Drittel, drei über die Hälfte und nur fünf Divisionen über zwei Drittel der vorgeschriebenen Feuergewehrbestände verfügen.
>
> Der tägliche Abgang von 600—800 Kranken läßt noch ein rapides Schwinden der Stände infolge Malaria in nächster Zeit voraussehen.
>
> Eine wahre Ständenot herrscht bei der Artillerie und bedroht bei einzelnen Brigaden ihre Verwendungsfähigkeit, da sie nicht mehr in der Lage sind, den vollen Geschützstand zu bedienen . . .
>
> . . . an Stelle der Siegeszuversicht ist Sorge vor der Zukunft in unsere Reihen eingezogen, da in den folgenden entscheidenden Wochen niemand eine radikale Abhilfe erwartet . . .
>
> Jeder Mann besitzt durchschnittlich eine Garnitur Wäsche. Es kommen aber Fälle vor, wo nicht einmal mehr eine volle Garnitur vorhanden ist, da Hemd oder Unterhose fehlen.
>
> Man muß diese Wäsche gesehen haben, um einen Begriff von dem Elend zu bekommen. Der eine hat keine Ärmel am Hemd, dem andern fehlt der Rückenteil, der dritte besitzt nur halbe Unterhosen oder Fragmente von Fußfetzen.
>
> Schwerkranke in den Marodezimmern oder Divisionssanitätsanstalten tragen verwahrloste, zerrissene Wäsche. Malariafiebernde müssen nackt warten, bis ihre Fetzen gewaschen

und getrocknet sind. Von soldatischem Ehrgefühl kann da nicht mehr gesprochen werden, die einfachste Menschenwürde ist da verletzt.

Es kann niemand vor seinem eigenen Gewissen und der Geschichte verantworten, daß rückwärts Hunderttausende von Kriegsgewinnlern Dutzende von Wäschegarnituren besitzen, daß Gastwirtschaften mehr als ausreichend über Tisch- und Bettwäsche verfügen, während unsere Besten hier zerfetzt und halbnackt das Vaterland schützen müssen . . .

Bei einem Frontregimente fehlt jedem dritten Manne der Mantel; auch traf ich Abteilungen, bei welchen infolge Mangels an Monturstücken einzelne Mannschaften nicht ausrücken konnten . . .

Das Selbstbewußtsein von Offizier und Mann ist hierdurch arg bedroht, denn auch der letzte Bosniak schämt sich vor unseren Feinden im Okkupationsgebiete, die mit Befriedigung unser Elend beobachten.

Bezeichnend für die materielle Lage ist, daß mir von Mannschaften aus den ärmsten Gegenden Dalmatiens gesagt wurde: „Wir sind keine Helden, sondern Bettler“ . . .

Die Unterernährung hat bereits militärisch schädliche Folgen gezeitigt, da die Mannschaften eine normale mehrstündige militärische Schulung körperlich nicht mehr aushalten können. Die Ausbildungszeit am Tage mußte daher gekürzt werden.

Eine noch größere Gefahr liegt in der geringen Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen Krankheiten. Auf diesem Gebiete sind dermalen schon schädliche Symptome feststellbar. Das Auftreten einer ansteckenden Krankheit — ähnlich der Malaria — könnte katastrophale Folgen zeitigen . . .

Die Führung ist nie sicher, ob die Truppe am nächsten Tage nicht darben wird. Eine rationelle Wirtschaft ist unmöglich und Nervosität der Leitung unvermeidlich . . .

Ein fleischloser Tag bei der Armee war in den Monaten Juli und August einem Hungertage vergleichbar. Früh und abends leerer schwarzer Kaffee, mittags ein inhaltloses Dörrgemüse — wegen seiner Ungenießbarkeit von der Mannschaft „Drahthindernisse“, „Maskierung“, „Truppenkraut“ genannt — hierzu bestenfalls 60 Gramm Käse oder Kürbis.

Die Zahl der fleischlosen Tage nimmt in letzter Zeit zu.

Die rosige Stimmung an solchen fleischlosen Tagen kann man sich leicht vorstellen.

Die Mannschaften gestehen offen, daß die Ursachen der eigenmächtigen Entfernungen und Desertionen nicht allein in der Kriegsmüdigkeit, sondern hauptsächlich in der schlechten Ernährung zu suchen seien, da jeder Deserteur im Hinterlande, selbst wenn er in den Wäldern versteckt leben muß, sich besser ernähren kann, als der Soldat an der Front.

Es wurde mir von der Mannschaft versichert, daß der Bauer alles für die Armee hergeben würde, wenn er die Gewähr hätte, daß die requirierten Vorräte auch faktisch der Armee zugeführt werden; aber er sieht nur Schleich- und Kettenhändler und wuchernde Zentralen, vergleicht seine Bezahlung mit dem zehnfachen Wucherpreise am Markte und versteckt daher lieber die Ware, als sie requirieren zu lassen . . .

Die Verpflegs- und Bekleidungsverhältnisse sind auf die Dauer unerträglich; sie sind der Herd jeder Unzufriedenheit und drohen der Ausgangspunkt des Versagens der militärischen Disziplin zu werden...[8].

Und aus allen Meldungen hört man die Klage heraus, daß die Zehntausende der Frontsoldaten hungrig, elend, unzufrieden sind, daß sie von der Not zu Raub und Mord gezwungen werden, und daß sie den Frieden herbeisehnen. Wer die Meldungen dieser Generäle liest, muß die Feststellung machen, daß die Front bereits längst aufgelöst war und die Soldaten nur des Augenblicks harrten, da sie den immer noch als „Feld der Ehre" geltenden Schauplatz ihres Elends verlassen könnten.

Und diese Lage, dieser Zustand der endgültigen Frontauflösung, der unvermeidlichen Anarchie wurde wieder von denselben Personen hervorgerufen, die den Krieg selbst verursacht hatten, wie aus den Meldungen maßgebender Generäle feststellbar ist.

Am 24. Oktober meldet Generaloberst Boroevic:

Ich fühle mich verpflichtet zu melden, daß das Manifest Seiner Majestät und die Reden der Volksführer in den

---

[8] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 27—30.

Parlamenten und Nationalversammlungen bei diversen Truppen höchst verwirrend gewirkt haben. Der Ausspruch Tiszas, wir haben den Krieg verloren, war geradezu ein Unglück. Die Folgen können unabsehbar werden ...[9].

Die Meldung des Generalobersten Boroevic vom 28. Oktober:

Die Widerstandskraft unserer Truppen erlahmt auffallend, um so mehr als die Zahl der mit Berufung auf das Manifest und die „Unabhängigkeit Polens, des ungarischen, tschechischen, slowakischen und südslawischen Staates" den Gehorsam verweigernden Verbände im bedenklichen Maße zunimmt, und die Mittel fehlen, dieselben zum Gehorsam zu zwingen[10].

Am 27. Oktober wird dem Armeeoberkommando gemeldet, daß Ministerpräsident Wekerle in der 48er Verfassungspartei eine Ansprache hielt, in der der Verlust des Krieges eingestanden wird. Am selben Tage meldet der Generalstabschef der Isonzoarmee, daß die Auflösung der Front infolge des königlichen Manifestes, der Proklamierung der Unabhängigkeit Ungarns und der Reden Wekerles (in denen die Zurückberufung der ungarischen Soldaten von der Front gemeldet wird) bereits erfolgt sei und sich in Meutereien offenbare.

Die Meldung des Generalstabschefs der Tiroler Armeegruppe über den Zusammenbruch besagt folgendes:

... Das Manifest, welches die Neubildung von österreichischen Staaten und speziell der Anerkennung der Tschechoslowaken zum Inhalte hatte, entfernte die letzten Schranken, die der Zersetzungsbewegung bis dahin noch widerstanden hatten[11].

Der General der Infanterie Alfred Krauß sagt in seinem Buche: „Die Ursachen unserer Niederlage" über das Manifest folgendes:

Am 16. und 17. Oktober trafen das Manifest des Kaisers an die Völker Österreichs und ein Armee- und Flottenbefehl ein.

---

[9] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 75.

[10] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 104.

[11] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 139.

Beide Kundgebungen des Kaisers waren sogleich allen Truppen zu verlautbaren . . .

Die Wirkung dieser Kundgebungen auf die Armee mußte die gleiche sein wie auf die Heimat . . .

Besonders unheilvoll mußte die Wirkung auf die Ostarmee sein, dank der eigenartigen Zusammensetzung dieser Armee. Abgesehen von einzelnen Truppenkörpern, wie dem unverläßlichen küstenländischen Schützenregiment Nr. 5, einem mährischen Dragonerregiment und einem einzigen deutschen Bataillon in Kiew, bestand die Armee nur aus ungarischen und galizischen Truppen. Alle diese Truppen mußten im Sinne der Kundgebungen aus dem Verbande der gemeinsamen Armee scheiden.

Die Stimmung wurde immer schwüler. Die Auflösung mußte beginnen. Eine tiefe Gleichgültigkeit hatte sich bei mir geltend gemacht. Die Gleichgültigkeit eines Menschen, der erkennt, daß es nichts nützt, sich gegen das Verhängnis zu stemmen.

Mitten in diese Entwicklung kam kurz darauf plötzlich ein merkwürdiges Telegramm.

Das Armeeoberkommando ordnete an, sofort alle Truppen zu befragen, ob sie sich für die Monarchie oder für die Republik entscheiden . . .

Der Befehl wurde verlautbart. Seine Wirkung blieb nicht aus.

Kurze Zeit darauf erklärte ein Husarenregiment der Garnison Odessa, nur mehr ungarische Offiziere anzuerkennen, internierte die übrigen Offiziere, darunter den Regimentskommandanten, und verlangte nach Ungarn befördert zu werden.

Der König, Wekerle und Tisza hatten die Armee gesprengt. Die Wirkung stellte sich augenblicklich ein.

Aus der Meldung des Gruppenkommandos Belluno erhellt, daß die offene Auflösung der Armee am 24. Oktober bei den tschechischen und südslawischen Truppen ihren Anfang nahm. Sie steckte blitzschnell auch die übrigen Truppen der Front an.

„Beim bosnisch-herzegowinischen Infanterieregiment 4 (Hälfte Serben und Kroaten) haben zwei Kompagnien heute

den Gehorsam verweigert. Eine zur Assistenz beorderte Maschinengewehrkompagnie desselben Regiments erklärte, nicht gegen die Kameraden vorzugehen. Entwaffnung durch den Regimentskommandanten des Infanterieregiments 4 mit zwei Bataillonen des Infanterieregiments 7 (Kärntner) durchgeführt. Kriegsgericht zusammengetreten. Ursache der Meuterei soll darin liegen, daß es nach Friedensangebot und Manifest Seiner Majestät keinen Krieg mehr gebe"[12].

Dieselbe Meldung erwähnt das 25er tschechische Schützenregiment, das ebenfalls meuterte. Ebenso die Infanterieabteilung des 42er Honvedregiments (Serben und Kroaten) und andere Marschkompagnien, bei denen sich ebenfalls die Zeichen der Meuterei zeigen.

Das Kriegsflottenkommando von Pola, an dessen Spitze Kontreadmiral Nikolaus Horthy steht, meldet bereits am 27. Oktober, daß in der Kriegsmarine die Zeichen der Revolte bemerkbar seien. Am 28. läuft eine neue Meldung ein, derzufolge auf den Schiffen das Kommando von Vertrauensmännern übernommen wurde und sowohl die ungarische als auch die kroatische Mannschaft im Begriffe sei, die Schiffe zu verlassen.

Am 29. Oktober meldet Horthy den Ausbruch der offenen Revolte und ersucht bereits zum zweitenmal um Entsendung eines Abgeordneten der Károlyipartei zur Beruhigung der Mannschaft[13], obwohl die gefährlichsten Meuterer die Kroaten seien, die den Anschluß an den südslawischen Staat forderten. Die Meldung führt nachstehendes aus:

> ... b) Flottenkommando hat nach meiner Überzeugung jeden militärischen und persönlichen Einfluß auf hiesige Schiffe verloren und kann überdies jederzeit auch körperlich (durch einfaches Abgeschlossenwerden) außer Tätigkeit gesetzt werden[14].

Da Nikolaus Horthy und die Offiziere um ihr Leben und ihre Gesundheit besorgt sind, erdreisten sie sich sogar am 29. Oktober

[12] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 75.

[13] Der Nationalrat delegierte Ladislaus Fényes nach Pola, doch wurde die Mission von Wekerle aus nichtigen formellen Gründen verhindert und der Versuch zur Rettung der Flotte vereitelt.

[14] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 114.

— also noch unter der Regierung Wekerle — eine, „die Ehre der Flotte" tangierende Kapitulation und Waffenstillstand zu fordern:

> . . . d) Gesamte hiesige autoritative Stellen beherrschen nicht mehr ganz die Situation, sondern müssen sich ihr Handeln von den Ereignissen abzwingen lassen. Wenn nicht binnen wenigen Tagen wenigstens ein Teil der eingeschifften ältesten Jahrgänge entlassen, genaue Daten über einen Waffenstillstand vorliegen und die kroatische Zugehörigkeit zum südslawischen Staate offiziell erklärt sein werden, sind weitere Folgen für Pola, Marine, Heer und Stadtbevölkerung unabsehbar[15].

Nikolaus Horthy und seine Offiziere drängen im Interesse der Rettung ihres Lebens darauf, die Flotte einer feindlichen Macht zu übergeben, und Kroatien dem südslawischen Staate anzugliedern. Dieses Vorgehen wird im heutigen Ungarn eine patriotische Tat, hingegen die aufopfernde Bestrebung der Regierung Károlyi im Interesse der Rettung des Landes und der Aufrechterhaltung seiner Einheit Vaterlandsverrat genannt.

Vom 24. Oktober an treffen täglich Meldungen beim Armeeoberkommando ein, in denen die Stimmung der einzelnen Truppenkörper geschildert wird. Ganze Regimenter und Bataillone verlassen die Front. Marschkompagnien weigern sich an die Front zu gehen, da es offenbar keinen Sinn mehr habe, ihr Blut auch weiterhin für das im königlichen Manifest als aufgelöst bezeichnete Reich zu vergießen; sie wollen den von Tisza als verloren erklärten Krieg um keinen Augenblick verlängern. Nur die in der Sicherheit des Hinterlandes schmarotzenden Machthaber und die in den bequemen Bureauzimmern der Stabskanzleien faulenzenden hohen Offiziere konnten sich vorstellen, daß die Millionen der Soldaten sich nach mehr als vierjährigen Qualen und nach der öffentlichen Aussage Tiszas für eine fremde und bereits aufgegebene Sache auch weiterhin auf die Schlachtbank treiben lassen würden.

Der tschechoslowakische Staat war eine von Wilson anerkannte kriegführende Macht; diesen Standpunkt hatte auch Andrássy als Außenminister der Monarchie eingenommen; die Jugoslawen bilden ihren Nationalrat; die Polen proklamieren das einheitliche Großpolen; nichts ist natürlicher, als daß die tschechischen, sloweni-

---

[15] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 114.

schen, serbischen, kroatischen Soldaten nicht gewillt sind, nach alledem auch nur einen Augenblick länger auf der Seite des nunmehrigen Feindes zu kämpfen. Und noch natürlicher ist es, daß die ungarischen Soldaten, die den Abzug der übrigen, den Zerfall des Reiches und das offizielle Geständnis des Kriegsverlustes erleben, nicht länger geneigt sind, sich abschlachten zu lassen, nur weil Tisza, Wekerle, Andrássy, Hadik und die übrigen Grafen keinen sofortigen Frieden schließen wollen.

Überall, bei allen Armeen der italienischen wie der serbischen Front, in Rumänien, in der Ukraine, bricht die Revolte unter den Truppen beinahe am selben Tag aus. Überall sind die Gründe dieselben, der Hunger, das Elend, der Kriegsüberdruß, die Kopflosigkeit der offiziellen Faktoren: die königliche Proklamation, Wekerles und Tiszas Reden beschleunigen die Auflösung.

c) Auf dem Wege zur Revolution.

Die sozialdemokratische Partei und deren Führer sahen deutlich, daß der Weg des Zusammenbruches zur Revolution führe. Jeder revolutionäre Romantizismus lag ihnen fern. Sie waren Sozialisten und Marxisten und wußten, daß Revolutionen nicht „erzeugt" werden können, sondern von sozialen Kräften ausgelöst werden müssen. Sie waren aber auf diese Explosion gefaßt, damit die Partei als organisierte revolutionäre Kraft in der Führung der Revolution den Willen der organisierten Massen geltend machen könne. Die sozialdemokratische Partei suchte das auf der Klassen- und Nationalitätenunterdrückung aufgebaute alte System zu vernichten, um auf dessen Trümmern das unabhängige demokratische Ungarn zu errichten.

Die von einer „erzeugten" Revolution faselnden kommunistischen Rekriminationen und konterrevolutionären Anklagen finden ihre Erklärung lediglich in der niedrigen Denkungsart der Rekriminierenden und Ankläger, oder im Hasse gegen die Revolution. Diejenigen, die der Meinung sind, daß die Revolution durch Verbreitung einiger Flugzettel, oder in den exklusiven Versammlungen begeisterter Jünglinge vorbereitet wurde, vergessen, daß die jahrzehntelange sozialistische Erziehung, die Reihe der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, ein mutiges sozialistisches Tageblatt, die systematische Entwicklung des Klassen- und Selbst-

bewußtseins der in den Werkstätten, Betrieben und Fabriken lebenden Menschen, endlich der Haß der Soldatenmassen gegen den Krieg in einer Viertelstunde mehr revolutionäre Kraft ansammeln und aufstapeln als das ganze Lebenswerk einiger Dutzende „Revolutionserzeuger“.

Anderseits hätte ohne die Klassen- und Nationalitätenunterdrückung, ohne die Hölle der Kriegsmarter, die Verschärfung der Klassengegensätze, den Ausschluß der Massen von der politischen Macht, die Anhäufung von Kriegsnot und Elend in einem wahrhaft demokratischen, freien Staate bei aller Aufklärungsarbeit der sozialistischen Tageszeitungen und Organisationen und selbst bei Vorhandensein organisierter Massen die offene Revolution nicht herbeigeführt werden können.

Der Aufmarsch der revolutionären Kräfte war nicht besonders vielverheißend. In Ungarn gab es vor dem Kriege und während desselben außer der sozialdemokratischen Partei kaum organisierte, demokratische und pazifistische Kräfte. Die Bürgerschaft war die bereitwillige Schleppträgerin der jeweiligen Macht und Regierung. Die Kleinbürgerschaft hatte zwar eine Partei mit radikalem Charakter, die die verhältnismäßig geringe freidenkende, pazifistische und demokratische Schichte der Intellektuellen vereinigte, hatte einige charakterfeste, prinzipientreue tapfere Führer, im ganzen aber hatte die Partei, als organisierte Kraft, keine Bedeutung.

Die Organisation der Kleinbauern und der landwirtschaftlichen Arbeiter wurde jederzeit verhindert und im Blut erstickt, so daß beim Zusammenbruche auch diese keine organisierte Kraft darstellten.

Neben der sozialdemokratischen Partei war es noch die von Michael Károlyi geführte, kaum zwei Dutzend Abgeordnete umfassende kleine Parlamentspartei, die einen tapferen und zähen Kampf gegen das Regime Tisza für Frieden und Demokratie führte. Über organisierte Massen verfügte auch diese Partei nicht, sondern einzig und allein die sozialdemokratische Partei.

In der raschen Folge der Ereignisse nahm die Ungeduld der Massen täglich zu und immer mehr wurde die Forderung nach Taten laut. Die sozialdemokratische Partei wollte jedoch dem im Verfall begriffenen Regime mit einer vorzeitigen Handlung zu keinem billigen Erfolge verhelfen und trachtete lediglich, den Sieg des

um die Demokratie und die neue Ordnung geführten Kampfes sicherzustellen.

Einige Tage nach dem bulgarischen Waffenstillstand richteten die Parteileitung und der Parteiausschuß eine Proklamation an das Volk Ungarns. Diese Proklamation war der erste Schritt zu den selbständigen Handlungen der sozialdemokratischen Partei. Die Partei stellte ihre Forderungen auf und forderte alle, selbst die außerhalb der Partei Stehenden, die „vermittels ihrer Taten und Interessen an den Sünden der Vergangenheit, der Vernichtung der Freiheit, der Unterdrückung der Nationen und Klassen nicht mitschuldig geworden", auf, den Befehl der schicksalsschweren historischen Tage und die Notwendigkeit der raschen, mutigen und mit der ganzen Welt des alten Ungarns abrechnenden Tat zu begreifen. Sie erkennt die an Stelle Österreichs entstandenen Nationalstaaten an, fordert den sofortigen Rücktritt der Regierung, die Bildung einer aus sämtlichen demokratischen Klassen und Nationen des Landes zusammengestellten Regierung, die sofortige Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Einberufung einer Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen, auch Frauen heranziehenden Wahlrechtes, den Abschluß eines Friedens ohne Annexion und Kriegsentschädigung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die Abschaffung der nationalen Unterdrückung, die Sicherung der nationalen Rechte für alle Nationalitäten, die Verwaltungsreform, eine gründliche Bodenreform und die Sozialisierung der individueller Leitung entwachsenen Betriebe.

Die Proklamation der sozialdemokratischen Partei wirkte im politischen Leben wie eine Bombe. Die Vertreter der zum ewigen Schweigen verdammten Nationalitäten, die Fahnenträger der radikalen Bürgerschaft, sahen mit Freude, daß die in der sozialdemokratischen Partei organisierte gewaltige Kraft in der letzten Stunde mit einer vielversprechenden Tat zur Rettung des Landes eilte.

Am Tage nach dem Erlaß der Proklamation, am 8. Oktober, berief die Parteileitung die Arbeiter aller größeren Fabriken und Betriebe zu Versammlungen. Die Arbeiterschaft hielt an 70 Stellen von mehr als 100 000 Teilnehmern besuchte Versammlungen ab. Die Unterlassung der behördlichen Anmeldung der Versammlungen war unter den damaligen Verhältnissen ein revolutionärer Schritt.

Die kraftbewußten Kundgebungen der sozialdemokratischen Partei gaben den mit Konzentrationsplänen spielenden Magnaten vollauf zu denken. Mit einer Reihe von Vorschlägen, mit Minister-portefeuilles versuchten sie die Partei einem Konzentrationskabinett und auf diese Art der Sicherung ihrer Herrschaft zu gewinnen. Die sozialdemokratische Partei lehnte diese Versuche ab. Am 11. Oktober beschließt die Parteileitung zur Dokumentierung ihrer Stellungnahme, sich mit Mitgliedern der Parteien, die an der Wahlrechtsvergewaltigung von Wekerle und Tisza teilgenommen haben, in keine politischen Verhandlungen einzulassen und nimmt von vornherein aufs schärfste gegen alle Versuche Stellung, die mit der bisherigen außenpolitischen Orientierung sowie der bisherigen sozialen und nationalen Politik nicht gründlich aufzuräumen gewillt sind.

Die verschiedenen bürgerlichen Parteien, Streber, Ministerkandidaten und ihr Anhang stellten unausgesetzt neue Versuche an. Die Kombinationen Wlassics und Návay, sowie die Anstrengung Vázsonyis zerschellten alle daran, daß sie anstatt der revolutionären Umwälzung das alte System, wenn auch in neuem Kostüm, beibehalten wollten.

Von der Front treffen Hiobsbotschaften ein. Selbst die gegen Károlyi eingenommenen Generäle und Armeeführer ersuchen um die Entsendung Károlyis oder von Abgeordneten der Károlyi-Partei, da die Soldaten unzufrieden und die Truppen nur durch deren persönliches Erscheinen zu beruhigen seien.

Am 24. Oktober trifft die Nachricht von der Militärrevolte in Fiume ein. Im ungarischen Abgeordnetenhaus geht die an Zahl geringe Opposition mit elementarer Kraft gegen die usurpatorische Regierung vor. Wekerle muß demissionieren. Am selben Tage veranstalten die Presseberichterstatter in offener Sitzung des Hauses eine wirkungsvolle Kundgebung gegen die Zensur. Der Journalistenverein faßt eine Resolution, derzufolge die Verfügungen der Regierung nicht mehr in Betracht gezogen und die Bestimmungen der Zensur abgeschafft werden.

Doch will sich das alte Regime nicht zufrieden geben. Andrássy wird zum Außenminister ernannt — vielleicht wird es ihm gelingen, das Unrettbare zu retten.

Das Reich steht in hellen Flammen, die Armee und das Land steuern dem Zusammenbruch zu, sie aber setzen die alte Taktik fort, denken nur an die Erhaltung ihrer Macht.

Am 24. Oktober veranstalteten die Offiziere eine imposante Kundgebung für Károlyi und den Frieden.

Am selben Tage werden die Beratungen zwischen der sozialdemokratischen Partei, der Károlyi-Partei und den Radikalen zu Ende geführt, und als deren Resultat wird 8 bis 14 Tage nach Konstituierung der tschechoslowakischen, südslawischen, deutschösterreichischen und polnischen Nationalräte auch der Ungarische Nationalrat gebildet.

Der Nationalrat erläßt am 26. Oktober eine Proklamation an das Volk Ungarns, in der die Bildung des Ungarischen Nationalrates mitgeteilt wird, der das Zentralorgan aller Bewegungen und Bestrebungen sein will, die eine Rettung und zeitgemäße Neuorganisierung Ungarns bezwecken. Der Nationalrat proklamiert das brüderliche Bündnis zwischen Stadt und Land, die Notwendigkeit eines parlamentarischen und demokratischen Regimes, seinen Willen zum sofortigen Friedensschluß, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen.

Die Bildung des Nationalrates war in diesem Augenblicke eine zweifellos revolutionäre Tat, die das zur Katastrophe getriebene Land vor dem Verderben zu schützen versuchte, indem sie die lebendigen Kräfte des Volkes in die Schwarmlinie der Revolution stellte.

Die Bildung des Nationalrates flößte dem ganzen Lande neues Vertrauen ein. Sie löste in allen werktätigen Klassen eine beispiellose Begeisterung aus. Bei den Nationalitäten aber wurde ihr leider nicht die erhoffte Aufnahme zuteil. Die Nationalitäten verhielten sich den Bestrebungen des Nationalrates gegenüber sympathisch, weigerten sich jedoch, an der Arbeit des Nationalrates teilzunehmen, weil sie infolge der alten Verschleppungstaktik jedes Vertrauen zu Ungarn verloren hatten und zum Abfall vom Lande neigten. In dieser Beziehung war die Bildung des Nationalrates verspätet.

Im politischen Hintergrund suchen gewaltige Kräfte die demokratische Rettungsaktion des Nationalrates und Károlyis zu Fall zu bringen.

Am 26. Oktober fährt der König von Gödöllő nach Wien und nimmt Károlyi mit, als wollte er ihn tatsächlich zum Ministerpräsi-

denten ernennen. Das häßliche Spiel wurde ausgeheckt, weil der Nationalrat für den 27. Oktober ohne jede polizeiliche Anmeldung eine gewaltige Massenversammlung auf den Parlamentsplatz einberufen hatte und der Ausbruch der Revolution zu befürchten war. Als diese Volksversammlung zu Ende war, schickte man Károlyi unverrichteter Dinge zurück.

Seither sind die Demonstrationen an der Tagesordnung. Am 28. Oktober abends kam es wiederholt zu großen Kundgebungen im inneren Bezirk der Stadt und nun feuerte ein damals noch unbekannter junger Mann, namens Stefan Friedrich, die Demonstranten an, gegen die königliche Burg zu ziehen. Er wollte sie über die Kettenbrücke nach Ofen führen. Bei der Brücke gaben die Polizisten Schüsse ab, drei Tote und zahlreiche Verwundete blieben auf dem Platz.

Am 29. verhandelt bereits Erzherzog Josef, als Beauftragter des Königs, mit ungarischen Politikern über die Entwirrung. Zwei Vertreter der sozialdemokratischen Partei: Garami und Kunfi, erklärten, nur mit Zustimmung des Nationalrates und der Partei vor dem Erzherzog erschienen zu sein. Sie verwahrten sich gegen die Beauftragung der alten, kriegsschuldigen und als Feinde der Demokratie geltenden Politiker mit der Regierungsbildung und forderten die Designierung Károlyis zum Ministerpräsidenten, da er vor der demokratischen öffentlichen Meinung den einzigen annehmbaren Kandidaten darstelle. Diese Károlyi-Regierung solle das Programm des Nationalrates durchführen. *Die sozialdemokratische Partei sei geneigt, die Regierung zu unterstützen, ohne jedoch in dieselbe einzutreten.* Sie machten den Erzherzog auf die von Stunde zu Stunde zunehmende Unzufriedenheit und Erregung der Massen sowie auch darauf aufmerksam, daß die schändliche Behandlung Károlyis am vorhergehenden Tage in Wien die allgemeine Empörung zur Folge habe, und daß es nur die Frage von wenigen Stunden sei, ob sich Dinge ereignen, für die niemand die Verantwortung übernehmen könne.

Sie weissagten also dem Erzherzog die Revolution, die bereits jedermann kommen sah, deren Vorahnung in der Armee, in den Ämtern, im wirtschaftlichen und kommerziellen Leben, auf den Straßen zu spüren war, die aber die Führer des Landes in ihrer gottverdammten Blindheit durchaus nicht sehen wollten.

Jeder Protest, jede Mahnung war umsonst. Tiszas und Vázsonyis Mafia brachte Károlyi zu Fall und Graf Johann Hadik wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Hadik versuchte sein Glück auch bei der sozialdemokratischen Partei, wo ihm jedoch eine entschiedene Zurückweisung zuteil wurde. 48 Stunden lang versuchte er, sein Kabinett zusammenzustellen, wollte die demokratische und unzufriedene Öffentlichkeit mit großsprecherischen Programmpunkten an sich fesseln, konnte aber seinen Versuch nicht beenden, da die Revolution die noch in Bildung begriffene Regierung hinwegfegte.

V.

Der 31. Oktober.

Hadiks Ernennung war eine offene Kriegserklärung. Das Lager der Demokratie wurde mit dieser Ernennung vor einen Scheideweg gestellt. Gelingt es Hadik, seine das alte Regime unterstützende Regierung zu bilden, so ist die Demokratie vernichtet, und mit ihr geht das ganze Land unter, das von den siegreichen Mächten mit Vernichtung bedroht wird, wenn dieselben Männer an seiner Spitze bleiben, die den Krieg herbeigeführt hatten.

Diese offene Kriegserklärung mußte die sozialdemokratische Partei mit einer Handlung offensiver Natur beantworten. Am 29. Oktober vormittags beschloß der Parteivorstand eine militärische Agitation einzuleiten, um bei den nahenden Revolutionsereignissen überflüssigem Blutvergießen vorzubeugen. In Flugzettel- und Plakatform ließ er das ergreifend schöne, während des Krieges von der Zensur beschlagnahmte Revolutionsgedicht der Dichterin Jenny Várnai, „An meinen Soldatensohn", drucken — der Refrain des Gedichtes heißt: „Schieß nicht, mein Sohn, ich werde auch dort sein!" Die Parteileitung fand jedoch die Stimmung vormittags mit Recht noch nicht reif genug zur Verbreitung der Flugschriften.

Allein schon am Nachmittage änderte sich die Lage. In der ganzen Stadt hatte sich der Massen — besonders infolge der Straßenkämpfe vom Montag — glühende Erbitterung bemächtigt. Aus den Fabriken kamen Hunderte von Arbeitern, aus den Kasernen gewaltige Gruppen von Soldaten und Offizieren in das Parteisekretariat und baten um Weisungen. Bei dieser Stimmung hatten wir keine Zeit mehr, den neuerlichen Beschluß der Parteileitung abzuwarten. In den Nachmittagsstunden ließen wir die Plakate anschlagen und die Flugzettel unter den Soldaten und Arbeitern verteilen.

In einer Stunde war das Bild der Stadt verändert. In den Schaufenstern aller Geschäftsläden hingen die gewaltigen Plakate. Die

Kaufleute witterten Morgenluft, sie kümmerten sich weder um Regierung noch um Polizei oder Zensur, kamen mit Wagen und Autos in das Parteisekretariat und baten um Plakate. Vor jedem Plakat las eine begeisterte Menge das erlösende Wort. Soldaten, Arbeiter, Bürger gingen mit dem Flugzettel in der Hand auf den Straßen umher, die ganze Stadt widerhallte von dem alle Seelen befreienden Wort: „Schieß nicht, mein Sohn, ich werde auch dort sein!“.

Abends erschienen die Offiziere und Detektivs der hauptstädtischen Staatspolizei sowie eine Deputation ihrer Wachmannschaft in der Sitzung des Nationalrates und meldeten ihren Anschluß an den Nationalrat. Somit verlor die Regierung in Budapest, dem Herzen der Revolution, den bedeutendsten und bisher verläßlichsten Teil ihrer Brachialgewalt.

Der größte Teil der Behörden, wirtschaftlichen und politischen Organisationen wendet sich gleichfalls von der Regierung ab und nimmt nur die Weisungen des Nationalrates entgegen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Nationalrates waren: seitens der unabhängigen Partei Michael Károlyi, Desider Ábrahám, Theodor Batthyány, Johann Hock, Zoltán Jánosi, Martin Lovászy, seitens der bürgerlichen Radikalen Oskar Jászi und Paul Szende, ferner die Vertreter der sozialdemokratischen Partei Ernst Garami, Siegmund Kunfi, Jakob Weltner, Alexander Garbai und Böhm, die Vertreter der Presse Ludwig Hatvany, Ludwig Biró, Ladislaus Fényes, Josef Diner-Dénes und Ludwig Purjesz, in Vertretung der Feministen Rosa Schwimmer.

Die Regierung wagte es vorderhand nicht, gegen die Massenkundgebungen aufzutreten. Am 29. vormittags legte die Arbeiterschaft die Arbeit von 10 bis halb 11 Uhr in allen Betrieben nieder und gab ihrer Trauer und ihrem Protest gegen die auf friedliche Demonstranten feuernde Regierung mit dieser stummen Kundgebung Ausdruck. Die Arbeiter der Waffenfabrik erstürmten während der Kundgebung die Lagerräume und bewaffneten sich mit Mannlichergewehren und Frommerpistolen. Die in der Fabrik eintreffenden Soldaten und Gendarmen traten den Rückzug an. Die Behörde war genötigt, die Vermittlung des Nationalrates und der sozialdemokratischen Partei in Anspruch zu nehmen, da sie bereits

weder den Mut noch die Kraft hatte, neues Blutvergießen heraufzubeschwören.

Am 30. Oktober abends wendet sich der Nationalrat in einem Aufruf an die Soldaten, worin darauf verwiesen wird, daß die Militärbefehlshaber in Agram und Prag die ganze bewaffnete Macht dem südslawischen bzw. tschechoslowakischen Nationalrat zur Verfügung gestellt hätten. Nur in Ungarn könnten die Kriegshetzer noch immer Soldaten des Volkes auf das für Freiheit, Selbständigkeit, Volksrechte und Frieden kämpfende ungarische Volk schießen lassen. Der Rat fordert die Soldaten auf, sich ohne Auflösung der Disziplin dem Nationalrat anzuschließen, kein Bürgerblut zu vergießen, keinen Schuß auf ihre Brüder und Mütter abzugeben, sondern sich um den Nationalrat zu scharen.

Die Organisationen der Postbeamten und Eisenbahner, die Beamten der Gemeinde Budapest, zahlreiche Städte der Provinz, Offiziere und Soldaten melden organisiert und truppenweise ihren Anschluß an den Nationalrat.

Am Vormittag desselben Tages hielt die Arbeiterschaft sämtlicher Fabriken nach Beendigung der Vormittagsarbeit eine Versammlung ab, in der die Organisierung des Arbeiterrates gefordert wird.

In der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober brach die offene Revolution aus. Das Lokal des Nationalrates war mit den zur Anmeldung des Anschlusses herbeigeströmten Deputationen und Personen vollgepfropft. Die Straßen bieten ein unvergleichlich farbenreiches Bild. Zehntausende von Soldaten, Offiziere, Universitätshörer, große Massen von Arbeitern lösen einander ab. Vom Balkon des Hotels Astoria halten die Führer des Nationalrates und des revolutionären Kampfes nacheinander Ansprachen. Nach Michael Károlyis Rede fliegen die Schwerter aus den Scheiden, die Menge legt laut den Eid auf den Nationalrat, das neue, unabhängige, freie und demokratische Ungarn ab und schwört, den Mahnruf des Nationalrates zur Verwirklichung seiner Zwecke kampfbereit zu erwarten.

Eine Szenenfolge von ergreifender Schönheit spielt sich in der Nacht der Revolution ab. Sie wird jedem unvergeßlich bleiben, der die Ereignisse jener historischen Nacht durchlebt und an ihrer Herbeiführung teilgenommen hatte. Der Nationalrat ist abends noch beisammen, später entfernen sich einige, es bleiben Károlyi, Ga-

rami, Kunfi, Garbai, Ludwig Biró, Jászi, Szende, Hatvany und einige andere zurück.

Nach Mitternacht zerstreut sich der größte Teil der Menge. Ein Teil der Jugend, Soldaten, Offiziere und Arbeiter bleiben vor dem Nationalrat. Plötzlich trifft die Nachricht ein, daß auf dem Ostbahnhof zwei Marschbataillone marschbereit stehen. In einigen Minuten zieht eine kleine Schar zum Bahnhof, die zwei Marschbataillone kommen auf den ersten Aufruf inmitten des Jubels der Massen vor den Nationalrat und werden auf die neue Ordnung beeidet. Unterdessen besetzt eine andere Gruppe das Platzkommando, die Zentrale der Budapester Brachialgewalt und des Militärkommandos. Der Nationalrat wird telephonisch von dem Vorfall verständigt, entsendet Ludwig Biró und Alexander Garbai, um jedes Blutvergießen zu verhindern und das Platzkommando in Besitz zu nehmen. Mittlerweile kommen einige Abgeordnetenmitglieder des Nationalrates zurück, unter ihnen Ladislaus Fényes und Martin Lovászy. Gleichzeitig trifft die Botschaft ein, daß vor der Maria-Theresia-Kaserne bewaffnetes Militär der Menge gegenüberstehe und der Zusammenstoß jeden Augenblick zu befürchten sei. Lovászy, Landler und Fényes vereiteln den Zusammenstoß.

Es folgen schwere Stunden und Minuten. Die Revolution explodierte, die zwei feindlich gegenüberstehenden Kräfte: die Revolutionäre und die organisierte Militärmacht rüsten sich zum entscheidenden Kampf. Die verschiedensten Gerüchte werden laut, unterdessen spielen sich auch kleinere Geplänkel ab. Eine Gendarmeriepatrouille gibt Schüsse auf die vor dem Hotel Astoria stehende Menge ab. Minutenlang pfeifen die Kugeln, die Revolutionäre siegen, die Gendarmen werden in die Flucht geschlagen. Mittlerweile trifft die Nachricht ein, daß von der Ofner Seite ein starkes militärisches Aufgebot im Anmarsch sei, das einen Sturm gegen den Sitz des Nationalrates, das Hotel Astoria vorbereite. Im Hotel halten sich kaum einige hundert Leute auf. Bewaffnete Macht steht nicht zur Verfügung. Die Telephonzentrale wurde von einer Gruppe besetzt, die telephonisch 20 bewaffnete Soldaten zur Bewachung der Zentrale verlangte. In dieser tragischen Lage kann der Nationalrat keine 20 Leute zur Verfügung stellen, die bewaffneten Soldaten werden auf der Straße einzeln aufgelesen, um eine kleine Patrouille zur Bewachung der Zentrale entsenden zu können.

Auf der Elisabethbrücke sieht man trotz der stockfinsteren Nacht die gegen den Nationalrat ziehenden bewaffneten Kolonnen. Gepfeife, Lärm. Eine größere Gruppe rottet sich zusammen, in der Kossuth-Lajos-Gasse stellen sich Zivilisten und Soldaten in Reih und Glied auf, es kommt fast zum Zusammenstoß, als wir von Richtung der heranziehenden Truppen her Rufe vernehmen, aus denen die Losungsworte: „Hoch die Revolution", „Hoch der Nationalrat" hörbar werden. Ein bloßer Zufall vereitelte, daß es in finsterer Nacht zu einem Zusammenstoß zwischen zwei Truppen der Revolution kam.

Immer treffen neuere Nachrichten ein. Stadtkommandant Lukachich ließ auf höheren Befehl die Brachialbataillone des bosnischen Regimentes aufbrechen und will den Nationalrat angreifen. Die Möglichkeit der Flucht fällt niemand ein. Die Nationalräte beschließen, an ihrer Stelle zu verharren, sich mit den zur Verfügung stehenden Kräften zu verteidigen. Sie wissen: Wenn sie fallen, so wird die Revolution noch stärker und unwiderstehlicher auflodern.

Allein die bosnischen Truppen bleiben in der inneren Stadt stehen und nach einigen aufklärenden Worten ziehen sie in ihre Kaserne zurück. Nach dieser Szene war es bereits klar, daß die Militärleitung sich nicht mehr stark genug fühlt und den Zusammenstoß nicht wagt, weil sie sich nicht mehr auf die Truppen verlassen kann. Mithin war der erste Sturm der Revolution vom Sieg gekrönt.

Indessen bedeutete das noch nicht den Sieg der Revolution. Es war vorauszusehen, daß Lukachich in Ermangelung von Budapester Truppen seinen Angriff mit Provinztruppen versuchen werde. Man mußte die Massen aufmarschieren lassen. Man ließ Flugzettel mit dem Kopf des Blattes „Népszava" in einigen hunderttausend Exemplaren herstellen und sie in aller Frühe in den Arbeitervierteln der Stadt verteilen. Dort hieß es:

> „Die Revolution ist ausgebrochen. Die wichtigeren Punkte der Hauptstadt wurden ohne Blutvergießen besetzt. Das Platzkommando wurde erobert. Die Gegenrevolution will es wahrscheinlich versuchen, die Macht zurückzuerobern. Ihr müßt zeigen, daß ihr eines Sinnes mit euren Soldatenbrüdern seid. Arbeiter, hinaus in die Straßen, legt die Arbeit nieder!"

Auf die mit der Unterschrift der ungarländischen sozialdemokratischen Partei versehenen Flugzettel zogen Hunderttausende von Arbeitern in die Straßen. Jede offensive Absicht Lukachichs wurde hiermit vereitelt, denn so viel und so gutes Militär stand ihm nicht mehr zur Verfügung, um diesen in revolutionärer Begeisterung entbrannten ungeheueren Massen entgegenzutreten.

Die Revolution siegte . . .

* *
*

Zur Charakterisierung der revolutionären Putschisten und des naiven revolutionären Romantizismus erwähne ich, daß Béla Szántó, der spätere Sekretär der Kommunistenpartei, in der Nacht der Revolution mich und Eugen Landler erschrocken befragte, was er tun soll, da der Präsident Csernyák des in den letzten Oktobertagen entstandenen „Offizierssoldatenrates" in seiner Wohnung nicht aufzufinden sei, wo doch das Namensverzeichnis der Soldatenräte und der Kriegsplan der Revolution sich bei ihm befänden. Allerdings haben sie die Revolution nur für die Nacht vor dem 4. November geplant. Natürlich beruhigten wir ihn, daß Revolutionen nicht auf Termin gemacht werden können und die Revolution sich auch ohne den Offizierssoldatenrat entwickeln werde, da die Massen an ihrer Stelle seien.

* *
*

Nach dem Sieg der Revolution bemühte sich die Dynastie, die ihre Macht nicht anders retten konnte, dadurch an die Spitze der Revolution zu gelangen, daß sie sich einfach der neuen Lage anpaßte. In der Nacht der Revolution designierte Erzherzog Josef im Namen des Königs Károlyi zum Ministerpräsidenten und betraute ihn mit der Bildung der Regierung. Mitglieder der Regierung wurden Theodor Batthyány, Ernst Garami, Martin Lovászy, Barna Buza, Siegmund Kunfi, Franz Nagy, Béla Linder, Oskar Jászi und Paul Szende.

Die Teilnahme der sozialdemokratischen Partei an der Regierung war bis zum Tage der Revolution unentschieden. Einige Tage vor der Revolution legte Garami dem Parteiausschuß einen Antrag der bürgerlichen Parteien vor, der sich auf den Eintritt zweier Sozialisten in die Regierung bezog. Die Mehrheit des Parteiausschusses

stellte sich unter den damaligen Verhältnissen auf den Standpunkt, daß die Teilnahme der sozialdemokratischen Partei an der Regierung nicht erwünscht sei, da es fraglich sei, ob es angesichts des vollkommenen Mangels parlamentarischer Bildung bei den sozialdemokratischen Massen für die Partei einen Vorteil bedeuten würde, wenn ihre Vertreter zur Regierung gelangten.

In der Nacht der Revolution änderte sich die Lage gründlich. Die linksstehenden Parteien wurden nicht nur durch königliche Ernennung an die Regierungsmacht berufen, und so mußte man dem Gebot der revolutionären Lage folgen, anderseits aber bestand auch Károlyi auf dem Eintritt der sozialdemokratischen Partei in die Regierung, da er wohl wußte, daß nach dem revolutionären Umsturz keine reinbürgerliche Regierung imstande sein würde, sich ohne diese organisierte Macht zu erhalten. Die Parteileitung erteilte Garami und Kunfi in einer improvisierten Sitzung die Ermächtigung, in die Regierung einzutreten. Die konstituierende Sitzung des Arbeiterrates vom 2. November nahm diese, durch die Ereignisse gebotene Verfügung der Parteileitung zur Kenntnis.

Die Nachricht von der Bildung der revolutionären Regierung wurde von der auf den Straßen wogenden hunderttausendköpfigen Menge mit jubelnder Begeisterung aufgenommen. Soldaten, Bürger, Arbeiter schmückten sich zur Feier der unblutigen Revolution mit weißen Astern. Hunderte mit jauchzenden Soldaten beladene Last- und Personenautos, Tausende von Wagen rollen durch die Stadt. Die politischen Gefangenen werden befreit, Freudenschüsse, Gewehrfeuer verkünden das Glück des befreiten Volkes und das Morgenrot der neuen Ordnung.

Abends dringen umherstreifende Soldaten in die Villa des meistgehaßten Mannes Ungarns, des hartnäckigsten Vertreters der Kriegspolitik, des blindesten Widersachers der Volksrechte ein, und töten den typischen Repräsentanten der alten Ordnung: Stephan Tisza. Die Nachricht von der Ermordung Stephan Tiszas verbreitet sich blitzschnell in der Stadt. Man bedauert allgemein, daß die erhabene Reinheit der unblutigen Revolution mit dieser Gewalttat befleckt werden mußte, allein jeder fühlt, daß Tisza unbezwinglichem Haß zum Opfer fiel.

Allen künstlichen Anklagen zum Trotze muß man feststellen, daß man sich während der Oktoberrevolution, ja sogar während der

Kommune ehrliche Mühe gab, der Täter habhaft zu werden. Auf Grund einer gründlichen Kenntnis der Tatsachen wurde wiederholt festgestellt, daß die Personen, deren Namen in Verbindung mit dem Morde genannt wurden, die in jenen Tagen sich der Tat sicherlich eher gerühmt, als dieselbe verleugnet hätten, und die später in Ermangelung jedes Beweismaterials auf die Anklagebank geschleppt wurden — also Fényes und Kéri sowie Friedrich und Pogány —, nicht das geringste mit dem Mord zu tun hatten.

Am wenigsten natürlich die Führer der Revolution. Die siegreiche Revolution hatte nach den ersten 20 Stunden sicherlich keinen Grund, sich vor dem jeder Macht beraubten Stephan Tisza zu fürchten, ganz abgesehen davon, daß die mit Idealismus durchtränkten, pazifistischen Führer der neuen Ordnung diese Form der willkürlichen Rache nie und nimmer zugelassen hätten. Die Führer der Revolution wollten die Schuldigen des alten Regimes lediglich auf gesetzlichem Wege zur Verantwortung ziehen.

Stephan Tisza fiel keinem organisierten Mordanschlag zum Opfer. Er wurde von umherstreifenden Soldaten ermordet.

Wie sehr die Revolution jegliches Blutvergießen scheute, beweist auch der Umstand, daß in der Stunde nach Tiszas Ermordung einige Soldaten im Sekretariat der sozialdemokratischen Partei erschienen und um die Erlaubnis baten, einen der verhaßtesten Feinde der organisierten Arbeiterschaft, den Handelsminister a. D. Joseph Szterényi hinrichten zu dürfen. Im Parteisekretariat drückten wir — mit Gabriel Horowitz, einer der Führer der Holzarbeiter — den Soldaten unsere heftigste Mißbilligung darüber aus, daß sie sich mit solchen Plänen trugen; wir erklärten ihnen, daß die Revolution die Schuldigen auf gesetzlichem Wege zur Verantwortung ziehen werde, und verboten jede Gewalttat.

Mit dem Sieg der Revolution gewann die Hoffnung der Millionen auf ein freies, unabhängiges, demokratisches Ungarn Gestalt. Das ganze Land war vor Freude berauscht. Die Hauptstadt, die Provinz, Organisationen und Parteien, der Klerus, die Führer der alten Parteien, alle, vom ersten bis zum letzten, leisteten den Treueid und schlossen sich der revolutionären Regierung an. Die Volksmassen, die Arbeiterschaft, die Bauernschaft, die landwirtschaftlichen Arbeiter begrüßten das neue Regime mit inniger Freude und dem Gefühl der Erfüllung einer alten Sehnsucht; die Vertreter des alten

Regimes, betäubt vom elementaren Ausbruch des Jubels und der Begeisterung, waren bemüht, sich schleunigst in die neue Ordnung zu fügen, um die Verantwortung ihrer alten Sünden loszuwerden. Fürstprimas Johann Csernoch, die Bischöfe Ottokar Prohaszka, Graf Széchényi, Fetser, Glattfelder, später sämtliche Bischöfe leisten einzeln und korporativ den Treueid vor dem Nationalrat. Im Namen der wirtschaftlichen Organisation der Großgrundbesitzer melden Julius Rubinek, Zoltan Szilassy, Barna Buday, Emil Mutschenbacher und Hugo Krolop ihren Anschluß an die neue Ordnung an. Der Präsident des alten Abgeordnetenhauses, Karl Szász, erscheint an der Spitze der Beamtenschaft vor dem Nationalrat, um den Schwur zu leisten. Sogar der gewesene Erzherzog Josef erscheint vor Johann Hock und Desider Bokányi und erklärt: „Meine Herren, meines Schwures enthoben, komme ich als Soldat und ungarischer Staatsbürger mit meinem Sohne, um den Treueid zu leisten."

Allein mitten im Freudenrausch und dem Jubel der von hundertjähriger Unterdrückung befreiten Massen mußte die Regierung an die Übernahme und das Ordnen der lästigsten, das Land mit Katastrophen bedrohenden Erbschaft des alten Regimes und des Krieges schreiten. In jeder Stunde und Minute lasteten neue Aufgaben auf den Führern der Revolution. Es war keine Zeit zur Beratung und Erwägung — es hieß handeln.

VI.

Der Waffenstillstand.

a) Der Vertrag Diaz.

Die Károlyi - Regierung trachtete vorerst, ihrem Programm gemäß, dem zwecklosen Blutvergießen ein Ende zu bereiten. Vor allen Dingen versuchte sie das in Baden befindliche Armeeoberkommando zum sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes zu bewegen.

Das Armeeoberkommando erhielt bereits in den ersten Tagen der am 24. Oktober beginnenden Meutereien der Fronttruppen Meldungen verschiedener Armeekommandos, in denen das Oberkommando aufgefordert wurde, die Waffenstillstandsverhandlungen im Interesse der Rettung der Lage und der Front unverzüglich einzuleiten.

Das Armeekommando in Tirol ersucht bereits am 26. Oktober — mithin noch in den Tagen der Regierung Wekerle — um „bedingungslosen" Waffenstillstand, und von diesem Tage an drängen die offiziellen Meldungen von der Front unaufhörlich auf Frieden. In Baden, dem Sitz des Armeeoberkommandos, tappt man unschlüssig umher, weil der König den Schluß des Krieges und dessen Folgen befürchtet. Am 28. Oktober entsendet man den Infanteriegeneral Weber, der mit der Waffenstillstandskommission nach dem Sitz des italienischen Armeeoberkommandos fahren und dort den Abschluß eines Waffenstillstandes in Angriff nehmen soll, da die Lage den sofortigen Waffenstillstand als geboten erscheinen läßt. Bei ihrer Feigheit erteilen sie jedoch Weber noch folgende Weisung: „Zur Orientierung Euer Exzellenz diene, daß jede Bedingung angenommen werden würde, die die Ehre der Armee nicht tangiert oder einer Kapitulation gleichkäme." Angesichts der Kriegslage machten diese Bedingungen den sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes naturgemäß unmöglich.

Man möge dessen eingedenk bleiben, daß dies alles noch drei Tage vor Ausbruch der ungarischen Revolution erfolgte.

Vom Augenblick der Abreise General Webers kennzeichnet alle Verfügungen und Weisungen des Armeeoberkommandos eine Kopflosigkeit, die den tragischen Todeskampf des Millionenvolkes auf die leichte Achsel nimmt. Von Stunde zu Stunde erteilt man einander widersprechende Weisungen.

Dringende Telegramme werden gar nicht, oder nur nach Stunden beantwortet. Der Chef des Generalstabes hat auf seinem verantwortlichen Posten nicht den Mut, bezüglich des Waffenstillstandes irgendeinen Beschluß zu fassen. Der König entscheidet, trifft Verfügungen und widerruft sie. Telegraphisch erteilte Weisungen werden durch ihn telephonisch annulliert. Die Verantwortung für die schweren Waffenstillstandsbedingungen des durch seine Ratgeber und seine Dynastie erklärten und verlorenen Krieges will er den revolutionären Regierungen in die Schuhe schieben.

Bis zum 30. Oktober würdigte das italienische Armeeoberkommando das von General Weber nicht mit ordnungsgemäß ausgefertigter Vollmacht und verspätet überreichte Ersuchen um Waffenstillstand keiner Antwort. Die Lage an der Front wird stündlich schlechter. Bisher als uneinnehmbar geltende Stellungen werden an der italienischen und serbischen Front von Ententetruppen erobert, die Kämpfe kosten Zehntausenden das Leben und die Gesundheit. Das Armeeoberkommando fühlt, das Spiel nicht weiter treiben zu können und schickt um 8 Uhr 40 Minuten früh unter Op. 148 888 folgendes Telegramm an das Kommando der an der italienischen Front befindlichen zwei Armeegruppen:

> Armeeoberkommando beabsichtigt, folgenden Befehl zu erlassen, wenn er nach Ansicht des Heeresgruppenkommandos durch die Verhältnisse begründet erscheint:
>
> Wir haben auf vierfachem Wege den Italienern den Antrag gestellt, sofort in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Bis nun ist keinerlei Antwort eingelangt. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden und nach Möglichkeit zu verhindern, daß sich die Armee vollkommen auflöst und in Anarchie das Hinterland überschwemmt, sind die Feindseligkeiten allerorts einzustellen und ist von Front zu Front über das weitere Verhalten zu verhandeln.
>
> Sofortige Stellungnahme ersucht[1].

[1] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 116.

Demzufolge haben das Armeeoberkommando und der König bereits am 30. Oktober früh die bedingungslose Kapitulation beschlossen. Sie wollten dasselbe tun, was die Károlyi-Regierung am 1. November tatsächlich fertigbrachte und weswegen man uns jetzt des Landesverrates zeiht.

Die zwei Armeekommandos setzten indessen noch ihre Taktik fort, machten Einwendungen gegen den Waffenstillstand geltend, und der König entschied gegen die Völker, für die Generäle.

Am 30. Oktober nachmittags traf endlich die das Armeeoberkommando schwer beschämende Antwort des Generals Diaz ein, in der er erklärt, sich mit General Weber in keine Verhandlungen einlassen zu können, da dieser keine den internationalen Gepflogenheiten entsprechend ausgestellte Vollmacht habe, übrigens werde man die Waffenstillstandsbedingungen später mitteilen.

Dem österreichisch-ungarischen Armeeoberkommando hätte schon durch diese Antwort einleuchten können, daß die Italiener so fest auf den Sieg der Entente vertrauen, daß sie statt Verhandlungen auf einem Diktat der Bedingungen bestehen. Der einzig richtige Weg wäre daher gewesen, zu retten, was noch zu retten war und dem Blutvergießen mit allgemeiner Kapitulation ein Ziel zu setzen.

Endlich erhält Weber die Weisung, persönlich beim italienischen Armeeoberkommando vorzusprechen und die Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Unterdessen wird das Blutvergießen fortgesetzt. Die Italiener bleiben die zweite Antwort schuldig und Feldmarschall Boroevic, der vor zwei Tagen auf Kosten der Frontsoldaten heldenmütig durchhalten wollte und den Plan der Kapitulation stolz zurückgewiesen hatte, richtet bereits am 1. November folgende Frage an das Armeeoberkommando:

> „Ist es noch Aufgabe der Armee, gegen Italien zu kämpfen, oder ist es dringender, dem Hinterland Assistenz zu leisten und die Truppen der Heimat zuzuführen?[*]."

Zum Zweck der Vernichtung der Revolutionen und der neuen Staaten war der Herr Feldmarschall geneigt, die Waffen zu strecken, ohne Bürgerkrieg getraute sich aber Boroevic keinen Frieden zu schließen.

---

[*] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 127.

Endlich langten am 1. November, abends 9 Uhr, die Waffenstillstandsbedingungen Diaz' beim Armeeoberkommando ein.

Dem Text der Bedingungen fügt General Weber nachstehendes hinzu:

> „Die Kommission hält sich nicht für berechtigt, diese unerwartet harten Bedingungen anzunehmen, weil die Punkte 2 und 4 von ‚Land' und die gesamten Forderungen von ‚See' mit der Ehre des Heeres und der Flotte nicht vereinbar sind[3]."

Es kam also, was vorauszusehen war. Infolge der zweideutigen und feigen Weisung des Armeeoberkommandos konnte General Weber den Waffenstillstand nicht schließen, da er keine „mit der Ehre der Armee" unvereinbaren Bedingungen annehmen durfte.

Die ungarische Regierung konnte dem weiteren Abschlachten der seit mehr als vier Jahren im Feld stehenden ungarischen Soldaten nicht länger mit verschränkten Armen zusehen. Sie raffte sich zu einer energischen Tat auf. Sie forderte vom Armeeoberkommando die sofortige Zurückziehung der ungarischen Soldaten von der Front, da Ungarn nicht länger gesonnen sei, Krieg zu führen. Sie forderte nun am 1. November die Ausführung eines schon am 30. Oktober erlassenen, aber bei den Armeegruppenkommandos zurückgehaltenen Befehls des Armeeoberkommandos: den bedingungslosen Waffenstillstand.

Die ungarische Regierung war um so mehr verpflichtet, diese Forderung durchzusetzen, als der Krieg zur See vom König und dem Flottenkommandanten Nikolaus Horthy bereits am 30. Oktober abgebrochen wurde. Sie übergaben die Flotte bedingungslos einer feindlichen Macht: Jugoslawien. Sie schlossen einen mit Kapitulation verbundenen, mithin nach der herrschenden militärischen Auffassung „die Ehre der Armee und der Flotte tangierenden Waffenstillstand". Es hatte also nunmehr keinen Sinn, zur Wahrung der scheinbaren Intaktheit der bereits „befleckten Ehre" auf dem Festland dem Zehntausende von Menschenopfern heischenden Blutvergießen und Massengemetzel auch weiter freien Lauf zu lassen.

Am 1. November, 11 Uhr nachts, forderte Kriegsminister Linder das Armeeoberkommando im Auftrag der ungarischen Regierung auf, nachstehenden Befehl an die Front zu befördern:

---

[3] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 131.

„Die innere Lage Ungarns macht dieses Land unfähig, den Krieg weiterzuführen. Auf Grund des Beschlusses der ungarischen Regierung verfüge ich als verantwortlicher königlich ungarischer Kriegsminister das Niederlegen der Waffen und weise das Armeeoberkommando, die Heeresgruppenkommandos Boroevic, Bozen und Kövess an, auf Grund der Friedenspunkte Wilsons: volle Abrüstung, Völkerbund und Schiedsgerichte, sich unverzüglich mit den Kommandos der Ententearmeen betreffs des Niederlegens der Waffen in Verbindung zu setzen. Insofern die Bedingungen der Entente die Besetzung unseres Reiches erheischen würden, haben die direkt verhandelnden Armeekommandos dahin zu wirken, daß unser tiefgetroffenes Land nur durch englische oder französische Gruppen besetzt werde[4].

Dieser Befehl der ungarischen Regierung wurde auf Verfügung des Armeeoberkommandos vor den meisten Kommandos gar nicht verlautbart, und wo er den Truppen mitgeteilt wurde, dort war dies erst am 3. November, unmittelbar vor der Verlautbarung des offiziellen Waffenstillstandes, der Fall.

Es ist eine merkwürdige Logik, diesem Befehl die Auflösung der Front zuzuschreiben. Die Front meuterte, amtlichen Daten zufolge, bereits am 24. Oktober, wogegen dieser Befehl den Armeekommandanten erst am 2. November eingehändigt und nicht verlautbart wurde, so daß die Soldaten keine Kenntnis von ihm hatten; hingegen wußten sie, daß die Waffenstillstandsverhandlungen seit Tagen im Gange seien, jedoch nicht beendet werden können, da die Herren Generäle die sogenannte Ehre der Armee dem Leben und der Gesundheit Zehntausender vorzogen. Dieses Bewußtsein demoralisierte die Truppen, und nicht der — überdies gar nicht verlautbarte — Befehl Linders.

Indessen konnte sich die ungarische Regierung mit dem hinterlistigen und das Leben Hunderttausender ungarischer Soldaten gefährdenden Vorgehen nicht zufriedengeben. Von der Front kamen beängstigende Nachrichten. Boroevic meldet, daß die slowenischen Angestellten der südwestlichen Feldbahn den Dienst verweigern und ihre Dienstorte verlassen. Die Eisenbahnen werden an mehreren Stellen demoliert und es drohe die Katastrophe, daß man den

[4] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

Rückzugsweg der Millionenarmee abschneiden, die Approvisionierung unmöglich machen könnte.

Am 2. November, vormittags nach 9 Uhr, ruft Linder im Auftrag der ungarischen Regierung den Chef des Generalstabes beim Armeeoberkommando an und fordert von dessen Stellvertreter, General Waldstätten, nach erregtem Wortwechsel die Durchführung des Befehls der ungarischen Regierung. Im Laufe des Wortwechsels gibt Waldstätten zu, daß der Befehl der ungarischen Regierung den Truppen noch nicht verlautbart wurde. Linder fordert energisch, in Anbetracht der aussichtslosen Lage die Waffenstillstandsbedingungen der Entente ohne Verzug anzunehmen. Waldstätten erklärt, daß dieser Wunsch auch seinem Standpunkt entspreche, indessen seien „noch einige Punkte zu fixieren".

Man will also den Abschluß des Waffenstillstandes, nur um „einige Punkte zu fixieren", noch um einige Tage verzögern, obwohl man weiß, daß jede Stunde neue Zehntausende von Opfern kostet, neue Tote, Verwundete, Invaliden und Kriegsgefangene bedeutet.

Und zum Beweise dessen, daß die Sonderverhandlungen sowohl an der italienischen wie auch an der serbischen Front mit Franchet d'Esperay nicht von der ungarischen Regierung, sondern vom Armeeoberkommando eingeleitet wurden, und daß ferner das Armeeoberkommando die ungarische Regierung aufforderte, bezüglich der Gebietsfrage mit dem Südarmeekommando der Entente in Verbindung zu treten, möge hier der auf Grund der Dokumente des Armeeoberkommandos festgestellte offizielle Text dieses Gespräches mitgeteilt werden:

> Waldstätten: Wegen Siebenbürgen hat das Gruppenkommando Brassó (Kronstadt) Befehl erhalten. Bei der Heeresgruppe Kövess befindet sich eine Waffenstillstandskommission, der Generalmajor Laxa, Oberstleutnant Dormándy usw. angehören. Sie soll demnächst verhandeln.
>
> Linder: Ist der Kampf eingestellt?
>
> Waldstätten: Das Telegramm ist an das Heeresgruppenkommando gegangen, wir wissen aber nicht, was es veranlaßt hat.
>
> Linder: Für die Beruhigung des Landes ist es von Wert, möglichst bald den Kampf einzustellen.

Waldstätten: Kövess wird verständigt. Es wäre angezeigt, daß sich der Kommission ein ungarischer Regierungsvertreter anschließt, um die territorialen Fragen zu regeln, während die Militärs die militärischen Fragen regeln werden[5].

Das Armeeoberkommando entsendet also eine Waffenstillstandskommission zur Verhandlung mit Franchet d'Esperay und fordert auch die ungarische Regierung auf, sich bei den Verhandlungen vertreten zu lassen. Daraus geht die Unhaltbarkeit des Gerüchtes hervor, demzufolge die ungarische Regierung aus reiner Antipathie gegen das Armeeoberkommando und ohne dringende Notwendigkeit an General Franchet d'Esperay mit der Bitte um Frieden herangetreten wäre.

Am 2. November, nachmittags, kann das Armeeoberkommando nur noch mit zwei Armeekommandos auf telegraphischem und telephonischem Wege in Verbindung treten, mit den übrigen hörte jede Möglichkeit der Rücksprache auf. Im Laufe des Nachmittags erhielt das Armeeoberkommando endlich von zuständiger Stelle, dem General Boroevic, die wohlverdiente Antwort auf sein hinterlistiges Vorgehen. Das Telegramm (unter Op. 148 993) besagt u. a.:

„. . . Ich bin gezwungen zu melden, daß die zweideutige Haltung des Armeeoberkommandos und dessen Mangel an klarem Wollen die korrekte Führung der Heereskörper im höchsten Maße gefährdet. Wenn Feldmarschall-Leutnant Istvanovic seinen Posten an der Front verlassen kann, nur weil er kroatischer Staatsbürger ist, so steht dieses Recht jedem anderen Offizier für seinen Nationalrat zu, was zu unmöglichen Zuständen führt, die vom Armeeoberkommando nicht herbeigeführt werden dürfen[6]."

Unter dem Eindruck des am 28. Oktober konstituierten Agramer Nationalrates und der am 29. erfolgten Proklamation der Selbständigkeit Kroatiens verfügte man die Beurlaubung der tschechischen und kroatischen Offiziere und Truppen von der Front. Nur die ungarischen und deutschen Truppen hatten weiter zu bluten. Diese halbe Verfügung, deren unerhörte Immoralität und militärische

---

[5] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 135.
[6] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 138.

Niederträchtigkeit, werden im obigen Telegramm Boroevic' gebrandmarkt.

Die verbrecherische Unschlüssigkeit des Armeeoberkommandos wird immer ärger. Die Gruppenkommandos überschütten das Oberkommando mit Telegrammen: sie fragen, ob sie weiterkämpfen oder sich bis zur Grenze zurückziehen sollen? Das Oberkommando würdigt die dringenden Anfragen keiner Antwort. Nachmittags 4 Uhr spricht Oberst Schneller, ein Mitglied der Waffenstillstandskommission, telephonisch mit dem Stellvertreter des Generalstabschefs. Er erklärt ihm, daß die Front vollständig aufgelöst sei. Sollten der König, das Armeeoberkommando und die übrigen Faktoren es nicht wagen, einen Entschluß zu fassen, so sollen sie der Waffenstillstandskommission — die über die Lage vollkommen informiert ist — die Vollmacht geben, die Waffenstillstandsbedingungen vorbehaltlos auf eigene Verantwortung anzunehmen.

In dieser kritischen und tragischen Lage beruft sich General Waldstätten darauf, daß der König in verschiedenen Verhandlungen stehe. Er könne nichts anderes tun, als jede halbe Stunde Schönbrunn anzurufen und könne keine Weisungen erteilen. Oberst Schneller bittet flehentlich, man möge dem König die Notwendigkeit der sofortigen Kampfeinstellung auseinandersetzen. Die Lage an der Front mache die möglichst rasche Einstellung aller Feindseligkeiten unumgänglich notwendig. Jede Stunde sei kostbar. Waldstätten beruft sich auf die telephonische Urgenz, doch vermag, wagt und versucht er keine Verfügung zu treffen.

Abends 7 Uhr ruft Schneller Waldstätten nochmals an, bittet um Verfügung, da die Anarchie unaufhaltsam sei. Er wird darauf vertröstet, daß man wiederholt versuchen werde, mit Schönbrunn zu sprechen. Zehntausende verbluten und der verantwortliche König und das Armeeoberkommando trauen sich noch immer nicht, einen Beschluß zu fassen. Das Tiroler Armeekommando meldet, daß die Verköstigungsstationen bereits geplündert werden — man würdigt es keiner meritorischen Antwort.

Endlich gibt man abends, um ¼10 Uhr, den Befehl, den bis jetzt zurückgehaltenen Kapitulationsbefehl des ungarischen Kriegsministers auszuführen. Es wird also wieder eine halbe Verfügung getroffen. Unten an den Fronten wütet die größte Anarchie; bezüglich der ungarischen Truppen verfügt man die Ausführung

des Kapitulationsbefehls, um hierdurch die Verantwortung für die Anarchie und den Zusammenbruch der Front der ungarischen Regierung in die Schuhe zu schieben. Aber es läßt sich wohl dem Gesagten entnehmen, daß die Front bereits vor Verlautbarung des Befehls zusammengebrochen war, die Anarchie um sich griff, die Armeekommandos mit Hinweis darauf, daß die Truppen meutern und die Lebensmittellager plündern, den sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes verlangten, ja forderten.

Einige Minuten nachher trifft Schnellers neuere Meldung über die Lage ein:

> ...„Die noch immer zögernden Faktoren mögen bedenken, was es heißt, eineMasse von hunderttausend Bewaffneten, denen der feste Halt der Disziplin größtenteils schon fehlt, durch das Etschtal durchzupressen und mögen dem nüchternen militärischen Urteil vertrauen, das hierin die größten Gefahren erblickt. Plünderungen haben schon begonnen, Verstopfung der Straßen nimmt zu, Unterbrechung der Verbindungen und progressive Häufung der Opfer an Menschenleben sind zu besorgen. Wir (die hier befindlichen Kommissionsmitglieder) könnten jetzt zur Überbringung der Antwort vielleicht noch durchkommen, morgen dürfte dies nicht mehr möglich sein, da auch die Front verlegt wird. Schließlich muß ich noch hervorheben, daß Front Waffenstillstand ehestens erwartet, Zögern für Offizier und Mann unverständlich ist und ebenso ungünstig auf moralische Faktoren wirkt, wie diese durch Nachricht von seinem Abschluß gehoben werden könnte[7]."

Waldstätten kann auch diese Meldung lediglich dahin beantworten, daß man den zu fällenden etwaigen Entschluß der Waffenstillstandskommission auf radiotelegraphischem Wege mitteilen werde. Eine Stunde nach dem Gespräch trifft die Meldung des Generalstabschefs in Tirol ein, derzufolge „die Front nicht weiter mit Lebensmitteln versorgt werden könne".

Der ganze Tag verging somit in zwecklosen Verhandlungen, es ist keine Verfügung getroffen worden, die Zahl der Opfer erhöhte sich in reißendem Tempo.

---

[7] Vgl. Hugo Kerchnawe, a. a. O., S. 145.

Endlich läßt man am 3. November, nachts 3 Uhr, Weber die (noch immer eine Hintertüre offen lassende) Weisung zukommen, daß der Waffenstillstandsvertrag, „wenn Milderung ohne Zeitverlust nicht zu erreichen ist", anzunehmen sei. Hiervon werden Schneller und die Armeegruppenkommandos verständigt, gleichzeitig wird die Parole zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten auf dem Land und in der Luft ausgegeben. (Op. Geh. Z. 101.)

Ohne jede weitere Erklärung ist also festzustellen, daß die Vollzugsverordnung zum Kapitulationsbefehl der ungarischen Regierung am 2. November, abends 9 Uhr 15 Minuten, von Baden expediert wurde. In der Nacht konnte sie nicht einmal verlautbart werden, und fünf Stunden später, nachts um 3 Uhr, erging bereits der Befehl zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen und Einstellung der Feindseligkeiten an die Front. Hieraus erhellt, daß der Befehl der ungarischen Regierung jetzt nur noch deshalb ausgegeben wurde, um das Odium der an der Front herrschenden Anarchie und der vier Stunden später verfügten allgemeinen Kapitulation der ungarischen Regierung in die Schuhe zu schieben.

Indessen erreichte die Kopflosigkeit des Armeeoberkommandos mit der Ausgabe des Befehls zur Einstellung der Feindseligkeiten bei weitem nicht ihren Höhepunkt. 30 Minuten später schickt man einen neuerlichen Befehl an die Front, in dem es heißt:

> „Der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten wird über allerhöchsten Auftrag annulliert."

General Sündermann antwortet von der Front, daß der erlassene Befehl nicht mehr zurückgezogen werden könne, da er bereits an die Truppen ergangen sei. Schneller habe sich vor einer Stunde gleichfalls auf den Weg nach dem italienischen Hauptquartier gemacht, um den Waffenstillstandsvertrag zu unterfertigen.

Mit langen telephonischen und telegraphischen Gesprächen versucht man die Rückkehr Schnellers zu erwirken, und als dies mißlingt, wird die das Armeeoberkommando am meisten kennzeichnende Weisung erteilt:

> „Oberst Schneller darf nach eigenem Ermessen fahren, sich aber nicht auf Op. Geh. 2100 berufen, welches zu vernichten ist."

Oberst Schneller hatte diese Verfügung im letzten Augenblick zur Kenntnis genommen. Mithin wagten weder der verantwortliche König, noch der Armeeoberkommandant, noch der Chef des Generalstabes in einer das Schicksal der Monarchie und ihrer Millionenarmee entscheidenden Frage einen Beschluß zu fassen, sie stellten es einem kleinen Obersten anheim, nach eigenem Gutdünken zu handeln, doch dürfte er sich hierbei nicht auf den Befehl seines obersten Kriegsherrn berufen. Ein feiges, zweideutiges Vorgehen, wie es selbst in der Geschichte der Habsburger beispiellos dasteht.

Am 3. November, 11 Uhr nachts, traf endlich die Meldung General Webers ein: Der Waffenstillstand wurde unterfertigt, doch stellen die Ententetruppen die Feindseligkeiten erst am 4. November, 3 Uhr nachmittags, ein. Im Sinne des Waffenstillstandsvertrages ist der Kampf erst 24 Stunden nach der Unterfertigung abzubrechen. Und da man die Unterfertigung um drei Tage aufschob, konnten die Kämpfe erst drei Tage später eingestellt werden, und der am 3. November erlassene Kapitulationsbefehl entfesselte eine Anarchie, die das bereits dezimierte österreichisch-ungarische Heer wieder eine ungeheuere Menge Kriegsmaterial, Zehntausende von Toten, Verwundeten und Invaliden sowie fast 400 000 Kriegsgefangene kostete.

b) Die Belgrader Militärkonvention.

Die Regierung nahm nach dem verlorenen Krieg — so schwer auch die Bedingungen des Waffenstillstandes waren — mit Beruhigung zur Kenntnis, daß fremde Truppen laut der Waffenstillstandsabmachung nur zwecks Besetzung einzelner strategischer Punkte ins Land kämen, und daß die Verwaltung auch weiterhin in Händen der ungarischen Regierung verbleibe. Die Regierung hat den Text des Vertrages in den Zeitungen vom 5. November sofort veröffentlicht.

Der klaren Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages widersprechend, laufen bei der Regierung bereits am 4. November Meldungen ein, denen zufolge die serbischen Truppen die Sawe überschritten haben und weitere serbische Truppen auf dem Wege sind. Trotz der Waffenstillstandsbedingungen ziehen serbische Truppen ins Land.

Der Regierung wurden noch andere Überraschungen zuteil, die sie am Ende zwangen, mit dem Kommando der südlichen Balkanstreitkräfte in dringende Verhandlungen zu treten. Das Oberkommando entsendete bekanntlich noch am 30. Oktober eine Waffenstillstandskommission an die südliche Armee Köveß, die aus den Generalstabsoberstleutnants Josef Kosmovsky und Dormándy bestand: Diese Kommission teilte bereits am 2. November, folglich noch vor der Unterfertigung des Waffenstillstandes Diaz, der ungarischen Regierung die Bedingung des Generals Franchet d'Esperay mit, derzufolge er nicht gewillt sei, von Waffenstillstand zu reden, bevor die österreichisch-ungarischen Truppen bei der Donau und der Sawe die Waffen gestreckt und das Kriegsmaterial abgeliefert hätten[8]. Allein der größte Teil der Truppen gehörte zur deutschen Armee Mackensens und so wäre die Invasion — falls die Verhandlungen mit Franchet d'Esperay nicht dringend aufgenommen würden — unvermeidlich geworden.

Die Regierung stellte sich auf den richtigen Standpunkt, daß die Folgen des so entschiedenen Kriegsverlustes nur mit friedlichen Mitteln wettgemacht werden können. Aber selbst wenn sie an Widerstand gedacht hätte, standen ihr nicht genügende Kräfte zur Verfügung, um die Serben zurückzuhalten.

Ministerpräsident Wekerle hatte noch in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Oktober „die öffentliche Meinung darüber beruhigt, daß die Armeeleitung für den Schutz der südlichen Grenze Sorge trage".

Landwehrminister Szurmay bereitete auf eine am 23. Oktober an ihn gerichtete Interpellation über dieselbe Frage nachstehenden Entwurf einer Antwort vor, mit der er die Abgeordneten der Tiszapartei vertraulich „beruhigt":

> „Der Niederbruch Bulgariens schafft unzweifelhaft eine schwere Lage für uns, die wesentlich darin besteht, daß im Süden ein großes Tor nach unserem Vaterland eröffnet wurde, durch das der Feind ungehindert einströmen könnte, um unsere Grenzen zu bedrohen . . .

[8] 13. Punkt des Protokolls des Ministerrates vom 5. November 1918.

Unserer Armeeleitung fiel die schwerste aller Aufgaben zu, als sie die Sperrung dieses Tores mit allen Mitteln zu bewerkstelligen hatte.

Die seither erlebten Vorgänge bewiesen, daß ihr das bereits gelungen ist . . . Unsere militärischen Verfügungen sind noch bei weitem nicht abgeschlossen, sie sind so umfangreich und zweckmäßig, daß ich die Sicherstellung unserer Grenzen im nachstehenden kennzeichnen will: Während meines 27monatigen Frontdienstes befand sich das Verhältnis der feindlichen Streitkräfte zu unseren eigenen Kräften nie, kein einzigesmal in einer auch nur annähernd so günstigen Lage, wie für den Kommandanten, dem jetzt die Verteidigung unserer Grenzen obliegt . . .[9]"

Zum Beweis dafür, wie gewissenlos das Land irregeführt und der feindlichen Invasion ausgeliefert wurde, stehe hier die Meldung vom 4. November (Op. Geh. 73, 1918) des Generals Köveß, also desselben Kommandanten, dem „die Verteidigung unserer Grenze oblag", in der die Lage der Südfront am 2. November geschildert wird:

Die Hg. verfügt auf dem Papier über 7 Infanteriedivisionen und ein Armeekorpskommando Nr. XI. Faktisch aber stehen nur das Armeekorpskommando und zwei und eine halbe Infanteriedivisionen zur Verfügung, mit insgesamt 10 000 Waffen. Ob die Sawelinie haltbar sein wird, hängt ausschließlich vom Verhalten der Serben ab, denn an einen ernsten Widerstand mit diesen von der Heimat entfernten und im Laufe der vorhergegangenen Kämpfe und Rückzüge stark angegriffenen Truppen, insbesondere infolge der durch die Flucht der Kroaten geschaffenen Lage ist nicht zu denken[10].

Zehntausend Waffen stehen der Südarmee der Entente gegenüber (welche über 32 Divisionen mit 162 000 Gewehren verfügt), an einen ernsten Widerstand ist nicht zu denken, „es hängt nur vom Verhalten der Serben ab, ob die Sawelinie haltbar sein wird" — und das alles nennen Szurmay und Genossen eine so um-

[9] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.
[10] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

fangreiche Sicherstellung unserer Grenzen, ein so günstiges Verhältnis unserer Kräfte, wie es während der ganzen Dienstzeit des „Uzsoker Helden" nie vorhanden gewesen sein soll!

Mit so verbrecherischem Leichtsinn stürzte man das eines besseren Loses würdige Land ins Verderben.

Unter solchen Verhältnissen wäre die Verteidigung mit dem Niedergemetzel der ungarischen Truppen gleichbedeutend gewesen.

„Das Verhalten der Serben" war gegeben. Diese setzten ihren Vormarsch fort. Dazu kam im Rücken der Truppen ein gärendes Kroatien, dessen Behörden, dessen Militär sich bereits vor dem Ausbruch der ungarischen Revolution, am 29. Oktober, demjenigen südslawischen Staate angeschlossen hatten, dessen Soldaten den Truppen des Generals Köveß gegenüberstanden. Es gab nur einen Ausweg: Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und Aufnahme der Verhandlungen mit Franchet d'Esperay.

Im Auftrag des Ministerrates vom 4. November sandte Kriegsminister Linder folgendes Telegramm an General Franchet d'Esperay:

> „Ungarn hat mit der Entente Waffenstillstand geschlossen und die Waffen gestreckt.
>
> Die Waffenstillstandsverhandlungen wurden im Namen aller, auf der italienischen, serbischen und rumänischen Front befindlichen Ententetruppen von General Diaz geführt. Dem Telegramm Nr. 45 des vom k. u. k. Armeeoberkommando zu den Verhandlungen delegierten Militärbevollmächtigten, Infanteriegeneral Weber zufolge, stellt die ungarische Grenze die Demarkationslinie dar[11].

[11] Der historischen Wahrheit gemäß ist festzustellen, daß der Waffenstillstandsvertrag kein Wort darüber enthält, daß die ungarische Grenze die festgestellte Demarkationslinie war. Das angeführte Telegramm besagt nur, daß der Vertrag die Linie, hinter welche sich die Truppen zurückzuziehen haben, nur auf der südwestlichen Front festgestellt habe. Ansonsten enthält er die mündliche Information des Generals Badaglio, derzufolge die bei der Räumung in Betracht zu ziehende Demarkationslinie auf der serbischen Front die Reichsgrenze sei.

Die ungarische Regierung klammerte sich mit Recht an den Strohhalm dieser sogenannten Information, doch wurde leider der Privatmeinung Herrn Badaglios von dem mächtigen Franchet d'Esperay keine [illegible]hnung getragen.

Justizminister Berinkey fährt am heutigen Tage mit einer Delegation zum Oberkommando der Ententetruppen auf dem Balkan und wünscht das Oberkommando über den bereits am 1. November, 1 Uhr 25 Minuten nachmittags, erlassenen Kapitulationsbefehl sowie über die Schwierigkeiten der Weiterbeförderung dieses Befehls zu informieren. Die sich dort aufhaltenden zwei Stabsoffiziere, Kosmovsky und Dormándy, mögen sich dieser Deputation anschließen und sich mit ihr im Sitz der ungarischen Regierung einfinden. 27867/cln. 10. Kriegsminister[13]."

Am 7. November fuhr Michael Károlyi in Begleitung Jászis, Bokányis, Csernyáks, Hatvanys und der Sachverständigen nach Belgrad. Károlyi legte den ersten dornenbesäten Kalvarienweg des neuen Ungarn zum siegreichen französischen General zurück.

Er überreichte dem General ein Memorandum, in dem darauf hingewiesen wurde, daß der Krieg das Werk der alten feudalen und autokratischen österreichisch-ungarischen Monarchie war, die im Bunde mit dem preußischen Militarismus die Welt in Brand setzte. Die in Budapest zum Ausbruch gelangte Volksrevolution stürzte das alte Regime, fegte die reaktionäre Regierung hinweg. Die Beauftragten der ungarischen Regierung stehen nicht als Beauftragte des Königs, vielmehr als die des ungarischen Volkes vor der Entente, sie übernehmen für die Taten der Vergangenheit keine Verantwortung. Die ungarischen Delegierten seien dahin informiert, daß General Diaz mit der Übergabe der Waffenstillstandsbedingungen beauftragt ist, trotzdem seien sie hergekommen, um den Feindseligkeiten auch auf der Südfront ein Ziel zu setzen und die ruhige, demokratische Entwicklung Ungarns zu sichern.

Der französische General antwortete den Delegierten der gegen den Krieg kämpfenden wehrlosen ungarischen Demokratie mit dem Stolz der imperialistischen Sieger und der den Besiegten vernichtenden Rücksichtslosigkeit. „Sie gingen mit Deutschland und werden mit demselben bestraft werden." „Ich habe alle Nationalitäten in den Händen, ein Wink, und sie ziehen gegen euch los." „Sie wären vernichtet." Dieser Ton war der erste Dolchstich, der das neue Ungarn traf und der erste Hoffnungsstrahl, den die schlum-

[13] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

mernde Konterrevolution zugunsten ihrer späteren Aktionen verbuchte.

Der einzige günstige Moment war die Äußerung des französischen Generals: „Ungarn hat heute ein einziges Glück, die Person Károlyis. Er ist der einzige, der Ihr Schicksal zu mildern vermag. Unterstützen Sie ihn, verlassen Sie ihn nicht."

Als Károlyi sich wiederholt darauf berief, daß die Entente General Diaz bezüglich jeder österreichisch-ungarischen Front mit der Feststellung der Bedingungen beauftragt habe, zog Franchet d'Esperay ein Blatt Papier heraus, und verlas folgende Erklärung:

> „Es ist unwahr, daß General Diaz über die Bedingungen zu entscheiden hat. Sie müssen sich an mich als Oberkommandanten der Ostarmee wenden. Nur ich bin berechtigt, die Bedingungen des Waffenstillstandes festzustellen. Nun aber ist Ungarn kein neutrales Land mehr, es ist nunmehr ein besiegtes Land. Alles wäre anders, hätten Sie sich vor drei bis vier Wochen auf ähnliche Weise an mich gewendet. Jetzt, wo ich bereits hier in Belgrad, im Torweg Ungarns sitze, ist alles zu spät[12]."

Diese Erklärung des französischen Generals übte auf alle Mitglieder der Delegation die betäubendste Wirkung aus. Vor ihnen lagen die harten Waffenstillstandsbedingungen.

Es kam zu einer langen und eindringlichen Verhandlung zwischen Károlyi, Jászi und dem französischen General, durch die zuletzt doch ermöglicht wurde, drei schwere Bestimmungen des Vertrages zu modifizieren bzw. auszulassen, im Gegensatz zu den Verhandlungen mit Diaz, in deren Laufe General Weber die Abänderung keines einzigen Satzes durchsetzen konnte. Laut der ursprünglichen Fassung des Vertrages werden alle Gebiete, in denen eine etwaige Revolte ausbrechen sollte, der Fremdherrschaft verfallen. Dieser Punkt wurde vollständig gestrichen. Bezüglich der Requisitionen wurde in den Vertrag die Bestimmung aufgenommen, daß diese nur gegen Bezahlung der landesüblichen Preise stattfinden können. Zum Schlusse gelang es noch, die Bestim-

[12] Bericht „Az Est" vom 10. November 1918.

mung durchzusetzen, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung auch innerhalb der Demarkationslinie nach wie vor nur die ungarische Gendarmerie herangezogen werden darf.

Allein um diese Zeit war bereits der angemeldete und anerkannte Anspruch der kleinen Nachbarstaaten auf Gebiete Ungarns sowohl Károlyi wie auch der ungarischen Regierung bekannt. Károlyi wollte also den Waffenstillstandsvertrag solange nicht unterfertigen, als die alten Grenzen Ungarns bis zu den Friedensverhandlungen nicht garantiert werden. Außerdem wollte er von den politischen Führern der Entente eine Beruhigung darüber, daß tatsächlich Franchet d'Esperay berechtigt sei, die Waffenstillstandsbedingungen für Ungarn festzustellen. Der Vereinbarung zufolge schickte Franchet d'Esperay ein diesbezügliches Telegramm nach Versailles.

Károlyi hatte den Waffenstillstandsvertrag auch nicht unterfertigt, sondern reiste mit der Bemerkung ab, daß er den Vertrag lediglich nach Clémenceaus Antwort und nach erhaltener Vollmacht der ungarischen Regierung bzw. des Nationalrates endgültig annehmen könne. Am 12. November langte bei Franchet d'Esperay nachstehendes Telegramm Clémenceaus ein:

> Antwort auf Telegramm 5803/3. Ich fordere Sie auf, mit dem Grafen Károlyi lediglich über Fragen militärischer Natur zu verhandeln, mit Ausschluß aller anderen Fragen. Dies ist endgültig maßgebend. Clémenceau[14]."

Dies Telegramm beweist, daß Franchet d'Esperay — leider — berechtigt war, über militärische Fragen zu verhandeln. Nun aber ist der Waffenstillstandsvertrag zweifelsohne eine Angelegenheit militärischer Natur.

Nach der Rückreise Károlyis, der ja den Waffenstillstandsvertrag nicht unterfertigt hatte, setzten die Serben ihren Vormarsch fort. Am 11. November zogen sie in Ujvidék ein, und erreichten die Linie Pancsova—Versec und Pancsova—Antalfalu. Es trafen Nachrichten ein, denen zufolge die Tschechen im Vormarsch gegen die Landesgrenze waren und Preßburg sowie die nördlichen Komitate zu besetzen beabsichtigten.

---

[14] Aus der Rede Károlyis im Nationalrat am 11. November 1918.

In dieser kritischen, den Weiterbestand des Landes gefährdenden Lage erteilt der Nationalrat der Regierung die Vollmacht zur Unterfertigung des Vertrages. Gleichzeitig aber erklärt er:

„Die Verantwortung für das Unglück des Landes und der Nation trifft die Vertreter des alten Regimes. Hätten sie ihre schmutzigen materiellen Interessen vor einigen Wochen denen der Nation untergeordnet, so würde Ungarn heute nicht entwaffnet und ausgeliefert dastehen. Wegen dieses Vorgehens werden sie sich vor der Gesetzgebung juristisch, materiell und moralisch zu verantworten haben[15]."

Am 13. November wurde die Belgrader Militärkonvention vom Minister Béla Linder im Auftrage der ungarischen Regierung unterfertigt.

Gegen jede Geschichtsfälschung muß der objektive Forscher und Historiker auf Grund der obigen kurzgefaßten Tatsachenbeschreibung und der Zusammenfassung der urkundenmäßigen Daten feststellen:

1. Daß die Verantwortung für den Kriegszusammenbruch, die darauffolgende schwere Erniedrigung, die Besetzung und Zerstückelung des Landes, für das ganze hieraus entstandene Unglück einzig und allein das alte Regime, die Dynastie und die ungarische Oligarchie trifft.

2. Daß die Demokratie und die auf deren Grundlage gebildete Revolutionsregierung einen noch rechtzeitigen Friedensschluß anstrebte; einen Friedensschluß, der dem Lande das letzte Unglück erspart hätte, und daß dieser Friede vom alten Regime bis zum letzten Augenblick des völligen Zusammenbruches sabotiert wurde.

3. Daß die ungarische Regierung unter dem Zwang der Verhältnisse den Waffenstillstandsvertrag Diaz' angenommen hat.

4. Daß die Gültigkeit des Vertrages Diaz' vom Kommando der Balkanstreitkräfte bezüglich der Südfront nicht anerkannt wurde, daß es mit seinen Truppen in Ungarn eindrang und die feindliche Invasion solange nicht einstellte, als die Belgrader Militärkonvention von der ungarischen Regierung nicht unterfertigt wurde.

5. Daß General Franchet d'Esperay seitens des Oberkommandos der Ententearmeen ausdrücklich bevollmächtigt war, eine nur Ungarn betreffende Konvention zu diktieren.

---

[15] „Népszava" vom 12. November 1918.

Wer nicht von bösem Willen, von Haß gegen die Revolutionsregierung oder von der Absicht der Geschichtsfälschung geleitet wird, muß sich — sofern er in militärischen Fragen nicht ganz unorientiert ist — im klaren darüber sein, daß General Franchet d'Esperay ohne Zustimmung und Befehl der einflußreichsten und mächtigsten Körperschaft der Welt, des Großen Generalstabes der alliierten Armeen, nie und nimmer den Mut gehabt hätte, Ungarn eine besondere Militärkonvention vorzulegen und zu unterfertigen.

Mit der Unterfertigung des Belgrader Vertrages wurde der Krieg gegen Ungarn zwar offiziell beendet, indessen war der Leidensweg des unglücklichen Landes noch nicht zu Ende — es begann nur ein neues Kapitel . . .

VII.

Sicherung der Ordnung in der Revolution.

Der Sieg der Revolution hatte die bisherige politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung bis zum Grund aufgewühlt. Nicht nur die von einem Alpdruck befreite Kleinbürgerschaft, auch die treuesten Schleppenträger der jeweiligen Regierungen: Großbanken, Inventarpolitiker, Bischöfe, Pfaffen, Fabrikanten, Kaufleute suchten sich mit nicht zu überbietendem Strebertum und einer geradezu schamlosen Begeisterung an die neue Regierung heranzudrängen, sich der neuen Ordnung anzupassen. Die Bourgeoisie fürchtete für ihr Vermögen und Leben und schloß sich deshalb der neuen Ordnung an, stellte sich unter ihren Schutz. Auf jedem Automobil, im Schaufenster aller Läden, auf jeder Bank prangten die den Sieg der Revolution verkündenden Aufschriften: „Hoch der Nationalrat! Unter dem Schutze des Nationalrates."

Anderseits hatte auch die unblutige ungarische Oktoberrevolution gleich allen anderen Revolutionen ihre Ausschreitungen. Die durch den vierundeinhalbjährigen Krieg bis aufs Blut gemarterten, ausgehungerten, zerlumpten und durch das Verschulden der herrschenden Klassen politisch ungeschulten großen Volksmassen waren der Meinung, daß der Sieg der Revolution die eigenmächtige Befriedigung der berechtigten Rachegelüste bedeute. Die barbarische Schule des Krieges, die den Millionen des Volkes das Handwerk des Mordens, Raubens und Plünderns beibrachte, machte diese Mentalität der Massen nur noch furchtbarer. Außerdem gefährdete auch die Begleiterscheinung der Revolutionen, die wirre Tätigkeit der zum Verbrechertum neigenden Gruppen, die Ordnung.

Die Bürgerschaft verzog sich angesichts dieser Erscheinungen feige. Sie wagte sich nicht zu rühren. Die Rettung ihres Vermögens und Lebens vertraute sie der einzigen organisierten Kraft des Landes, den organisierten Arbeitern, an. Sie wußte, daß die organisierte Arbeiterschaft bei ihrer Disziplin stark genug sein würde,

um die Ordnung der Revolution und innerhalb derselben die Interessen der Bürgerschaft, die Sicherheit ihres Lebens und Vermögens zu schützen.

Am Tage der Revolution erläßt die sozialdemokratische Partei eine Proklamation an die Soldaten, in der diese aufgefordert werden, in die Kasernen zurückzukehren, und an die Arbeiter, die zur Aufnahme der Arbeit am folgenden Tage gemahnt werden. Wo es Zusammenstöße, Massenansammlungen gibt, erscheinen die Delegierten der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften und schaffen, manchmal mit Gefährdung des eigenen Lebens, Ordnung. Im Laufe des Nachmittags wird die organisierte Arbeiterschaft der Vorstädte bewaffnet und diese freiwillige Arbeiterarmee behütet die Ordnung der Hauptstadt. Das Gemeindeschlachthaus wird angegriffen, die Arbeiterschaft bewacht jedoch das Gebäude vor den Plünderern. Serbische und russische Kriegsgefangene sowie Soldaten führen im Laufe des Abends Angriffe gegen die verschiedenen Bahnhöfe aus. Die Truppen der organisierten Arbeiterschaft ziehen unter der Führung Guzis mit Maschinengewehren auf die Bahnhöfe und schlagen die Plünderer in die Flucht. Die Verteidiger der revolutionären Ordnung verlieren viele Verwundete und eine Anzahl von Toten; doch schrickt die Arbeiterschaft vor der Erfüllung ihrer Pflicht keinen Augenblick zurück.

Noch am selben Abend unternimmt Desider Biró, einer der agilsten und tatkräftigsten Führer der Partei, die Errichtung einer aus organisierten Arbeitern bestehenden Volkswehr. Die neuen Führer der Polizei nehmen den Plan mit großer Freude auf, da ja die bureaukratische Polizei dem elementaren Ausbruch der Massenleidenschaft hilflos gegenübersteht. Biró bildet in wenigen Stunden eine gewaltige bewaffnete Organisation. Er nahm nur die von der Gewerkschaft empfohlenen zuverlässigen Arbeiter in den Verband der Volkswehr auf.

Die blutig gepeinigten und so oft verleumdeten Arbeiter — über die die alten Politiker die Meinung verbreitet hatten, sie seien für die politischen Rechte nicht reif, meldeten sich auf einen einfachen Aufruf massenhaft zur schweren Arbeit des Ordnungsschutzes. Die Arbeiter der Fabriken der Vacistraße, der Waffen- und der Csepeler Fabrik, und anderer Fabriken errichten überdies besondere Waffenbereitschaften, um Ruhestörungen vorzubeugen.

Als historische Tatsache sei erwähnt, daß die bürgerlichen Parteien zur Errichtung einer Bürgerwehr aufgefordert wurden. Biró war ihnen bei allen Vorbereitungen behilflich. An die Spitze der Aktion stellte sich der gewesene Oberstadthauptmann Ladislaus Sándor. Allein die feige und bequeme Bürgerschaft wollte sich trotz aller öffentlichen Werbungen und Aufforderungen nicht zum Waffendienst melden. Und auch die wenigen Erbötigen wendeten sich später an Arbeitslose, übergaben ihnen die Waffen und wurden so den lästigen Waffendienst gegen Barbezahlung los. Dies kann man wahrlich nicht die Entwaffnung des Bürgertums nennen!

Die Arbeitervolkswehr erwarb sich unvergeßliche Verdienste um die Herstellung der revolutionären Ordnung. Ihre erste Tat war, die umherschweifenden Soldaten zu entwaffnen. In einem Kreis von acht Kilometern besetzten sie alle zur Hauptstadt führenden Wege und Eisenbahnlinien, entwaffneten die von der Front zurückströmenden Soldaten und verhinderten blutige Ruhestörungen, die sich sonst kaum hätten vermeiden lassen.

Mit derselben Energie organisiert sich der Schutz der revolutionären Ordnung auch in der Provinz. In den Provinzstädten wird so wie in Budapest sofort an die Errichtung von Arbeiterbataillonen geschritten und die Ordnung der Revolution wird nach den ersten 72 Stunden im ganzen Lande hergestellt. Die aus Bahnhofarbeitern zusammengesetzten Bahnhofwachen verhindern die Plünderung der Lebensmittellieferungen und sichern auf diese Art die Versorgung der Hauptstadt.

Die bürgerlichen Zeitungen — die reaktionärsten voran —, die bislang nur im Ton des Hasses und der Verachtung über die organisierte Arbeiterschaft schrieben, singen jetzt wahre Hymnen über die Disziplin, das stolze Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft und ihre aufopfernde Arbeit zur Verteidigung der Ordnung. Die Arbeiterschaft stand für das Leben und Vermögen der Bourgeoisie ein: Unter dem Eindruck des Augenblickes war die Bourgeoisie fähig, sich für den Schutz wenigstens mit schmeichlerischer Lobhudelei erkenntlich zu zeigen.

VIII.

Die Demobilisierung.

Das alte k. u. k. Kriegsministerium, das Armeeoberkommando und das ungarische Honvédministerium hatten mit Ausschluß der Öffentlichkeit und deren Interessenten noch im Laufe des Krieges eine Menge Akten verfertigt, die sich mit der Abrüstung der Armee nach Beendigung des Krieges beschäftigten. Die Legion der bureaukratischen Abrüstungspläne bezog sich naturgemäß nur auf den Fall der aktenmäßigen Durchführung einer Abrüstung nach dem siegreichen Kriege. Darauf, daß die geknickte Monarchie im Falle eines Krieges unbedingt in ihre Bestandteile zerfallen werde, und daß die Monarchie aus dem Weltkrieg nur als Besiegte hervorgehen könne, darauf war man in den Bureaus des Generalstabes allerdings nicht gefaßt.

Die Geschichte aber machte einen Strich durch die aktenmäßige Rechnung der Generalstabsoffiziere. Die Sorge, die aus zerlumpten, ausgehungerten, wütenden und rachsüchtigen Soldatenmassen bestehende, ordnungslos, unter anarchistischen Erscheinungen zurückflutende Millionenarmee abzurüsten, fiel ebenso den Nachfolgestaaten zu wie die Aufgabe, zu verhindern, daß ein Teil der bewaffneten Massen sich zu plündernden Banden zusammenrotte.

Im ungarischen Kriegsministerium herrschte in den ersten Tagen in der Abrüstungsfrage ein verzweifeltes Chaos. Der Gewerkschaftsrat befaßte sich bereits in den Monaten August und September mit der Frage der Abrüstung und verlangte unter dem Eindruck des drohenden Zusammenbruches im Einvernehmen mit dem Industriellenverband in Form eines Ultimatums von der Regierung, die individuelle Abrüstung anstatt der Bureaukratie der von Interessenten geleiteten Organisation anzuvertrauen.

Am zweiten Tage nach Ausbruch der Revolution fanden auf Einladung des Kriegsministeriums Verhandlungen statt, in denen die Offiziere der neuen Lage ratlos gegenüberstanden. Der an der

Spitze der Demobilisierungsabteilung stehende Oberstleutnant Alexander Kirchner versah während des Krieges die Agenden der Kriegsindustrie und war einer der blutrünstigsten Feinde der industriellen Arbeiterschaft. Im Laufe der erwähnten Beratungen befaßte sich der beträchtlich eingeschüchterte Kirchner so gut wie gar nicht mit dem Problem der Abrüstung, hingegen war er bemüht, uns darzulegen, daß er ein Freund der Arbeiterschaft sei und gestehen müsse, daß er sich als zur sozialdemokratischen Partei gehörend fühle. Kirchner war nur ein Symptom jener allgemeinen Erscheinung, die in den Revolutionstagen allenthalben zu beobachten war: Die blutigsten Handlanger des alten Regimes wollten, um ihre Position nicht zu verlieren, mit derselben Begeisterung sich in den Dienst der neuen Ordnung stellen, mit der sie einige Wochen früher deren Vertreter zu vernichten bestrebt waren. Bekenntnisse wie das Kirchners wurden von uns natürlich nach Verdienst eingeschätzt.

Zur Verhinderung der Kopflosigkeit ernannte mich der Ministerrat vom 4. November zum Leiter der Demobilisierungsabteilung als Staatssekretär im Kriegsministerium, und einen Tag später trat ich meinen Posten an. Zu dieser Zeit hatte man noch in der Frage der Durchführung einer systematischen Abrüstung keine Maßnahmen getroffen. Linder war mit den Waffenstillstandsverhandlungen vollauf beschäftigt. Am 5. bereits stellten wir die praktischen Weisungen zur Abrüstung fertig und in 24 Stunden erließen wir die Verordnung.

Der Vollzug unterschied sich jedoch von den Methoden der alten Ordnung. Wir entsandten sofort einige alte Gewerkschaftler sowie einige von der radikalen und der unabhängigen Partei vorgeschlagene Bürger in alle größeren Garnisonsstädte des Landes, nach allen Durchzugsstationen und nach Österreich, die den zurückströmenden Truppen entgegentreten, den Vollzug der Abrüstungsverordnung kontrollieren und die notwendigen Schritte mit Beseitigung aller bureaukratischen Formen sofort an Ort und Stelle einleiten sollten.

In allen Durchzugsstationen wurden zum Empfang der Soldaten Kommissionen organisiert. Es gab deren im Inland 29, im Ausland 15. Bei Tag und Nacht wurden die von der Front oder aus den verschiedenen Gebieten des Landes heimkehrenden Soldaten mit reichlichen warmen Speisen erwartet.

Die rasche und hemmungslose Abwicklung der Abrüstung war der Maßnahme zu verdanken, daß wir den zurückströmenden Soldaten die Abrüstung überall, sowohl im Aufenthalts- wie auch im Wohnort ermöglichten. Somit verhinderten wir die Hin- und Herreise, die überflüssige Inanspruchnahme der Eisenbahnen. Jeder bekam in der betreffenden Garnisonstadt, wo er sich meldete, sein Abrüstungsdokument, außer seiner ordentlichen Gebühr einen weiteren erhöhten Sold für zehn Tage, im Notfall auch eine unentgeltliche Karte zur Heimfahrt. Bei den materiellen und moralischen Vorteilen unseres Abrüstungssystems war der Umstand, daß hie und da Mißbrauch mit der Aufnahme des Soldes getrieben wurde, vollkommen belanglos. Wir sorgten mit einer Verordnung auch dafür, daß die abgerüsteten Soldaten in ihrem bei der Einrückung verlassenen Arbeitsort wieder Anstellung fänden. Die Ledigen wurden in den in Kasernen errichteten Arbeiterheimen untergebracht.

Bis Ende November rüsteten ungefähr 700 000 Soldaten ab, Mitte Dezember betrug die Zahl der Abgerüsteten 1 200 000. Ende Dezember war die Personendemobilisierung zu Ende.

Die Delegierten des Kriegsministeriums sorgten außer für die materielle Versorgung auch für die revolutionäre Aufklärung der Soldaten. Sie machten sie mit den Errungenschaften der Revolution bekannt und setzten durch, daß die Soldaten sich jeder willkürlichen Handlung enthielten und mit revolutionärer Disziplin ins Land und ihren Wohnort einzogen.

Die heimkehrenden Frontsoldaten empfingen die Delegierten der revolutionären Regierung mit beispielloser Begeisterung. Ganze Bataillone zogen in geschlossenen Reihen ins Land und schlossen sich der Revolution überall mit Jubel, Begeisterung und in voller Disziplin an. Wir waren unserer Sache sicher. Den Soldaten war das alte Regime und seine Offiziere verhaßt. Wir hatten nicht zu befürchten, daß diese geschlossenen Truppen in den Dienst der Gegenrevolution übergehen.

IX.

Die neue Armee.

Im Rahmen der Demobilisierungsverordnung wurde die Grundlage der neuen Volksarmee festgelegt. Leider geschah dies von einem gewalttätigen und verlogenen Wirrkopf, der eigenmächtig vorging. Am 5. November wurde die Verordnung fertiggestellt und der Referent meldete mir, daß der Staatssekretär im Kriegsministerium, Stephan Friedrich (mir lagen nur die Agenden der Abrüstung ob), in die Fassung der Verordnung aufnehmen ließ, daß die fünf jüngsten Jahrgänge — also die Soldaten von 18 bis 22 Jahren — nicht abrüsten dürfen, da sie infolge des Beschlusses des Ministerrates zum Zwecke der neuen Volksarmee unter den Waffen blieben.

Die neue Verordnung erfüllte mich mit lebhaftem Schreck. Zum Schutze der Revolution wäre eine zuverlässige Armee zu schaffen gewesen nicht aus jungen, unerfahrenen, die Bedeutung der Revolution nicht klar erkennenden, im Kriege verwahrlosten Kindern, sondern aus Männern, die selbstbewußt die Waffen für die Revolution ergriffen. Da es sich aber um einen Beschluß des Ministerrates handelte, so konnte ich mich nicht widersetzen. Am folgenden Tage aber teilte ich meine Besorgnisse dem Kriegsminister Linder mit.

Linder erklärte, daß ihm kein derartiger Beschluß bekannt sei, daß er im nächsten Ministerrat Rechenschaft über das Vorgehen Friedrichs verlangen und fordern werde, daß Friedrich enthoben werde, widrigenfalls er seine Stelle als Kriegsminister verlasse.

Um Stephan Friedrichs revolutionäre Rolle sowie den extremradikalen, fast bolschewistischen Geist zu verstehen, der seine Tätigkeit lenkte, ziehe man folgende Daten in Betracht:

Am 31. Oktober erschienen in den Straßen Budapests riesengroße Plakate „An die Soldaten“ mit der Unterschrift „Staatssekretär des Kriegsministeriums Stephan Friedrich“. Am selben Tage hielt Friedrich in den Nachmittagsstunden seinen Einzug ins Kriegs-

ministerium und übernahm ohne jeden Auftrag die Leitung des Staatssekretariats. Weder die Regierung noch der Nationalrat wußten, in wessen Auftrag Friedrich die Proklamation erlassen und das Plakat mit der Bezeichnung Staatssekretär unterfertigt habe. Der Regierungschef Károlyi war der Meinung, er sei vom Kriegsminister Linder ernannt worden, wogegen Linder annahm, daß Friedrich den Auftrag von Károlyi erhalten habe. Bereits im Ministerrat vom 5. November gelangte die Angelegenheit Friedrich zur Erörterung. Punkt 6 des Protokolls dieses Ministerrates sagt darüber folgendes:

> Der Herr Ministerpräsident erwähnt, daß Stephan Friedrich sich mit der Absicht trage, eine zionistische Garde zu organisieren. Dies sei ein Wahnsinn.
>
> Staatssekretär Szende im Finanzministerium ist dahin informiert, daß die Sowjetbewegung sich auf Friedrich stütze.
>
> Der Herr Kriegsminister bittet, daß Friedrich der Stelle eines Staatssekretärs enthoben werde.
>
> Der Herr Ministerpräsident erklärt sich einverstanden.
>
> Der Ministerrat stimmt dem Antrag zu.

Im 16. Absatz desselben Protokolls findet sich nachstehendes:

> Der Herr Kriegsminister erwähnt wiederholt die Enthebung Friedrichs. Er fragt, ob Friedrich ernannt ist?
>
> Der Ministerrat stellt fest, daß er nicht ernannt wurde.

Nun aber war Friedrich nicht der Mann, den man mit einem einfachen Beschluß des Ministerrates hätte loswerden können. Der im Verdacht eines Sowjetauftrages stehende Friedrich machte bei seiner überschwänglichen revolutionären Begeisterung der extremsten Richtung Zugeständnisse, um dann, vor dem eigenen Werk erschrocken, die Rolle des extremen gegenrevolutionären Abenteurers anzunehmen.

Mittlerweile wurde die auf die Zurückhaltung der fünf jüngsten Jahrgänge bezügliche Verordnung infolge der falschen Berufung Friedrichs auf einen Beschluß des Ministerrates erlassen. Diese hinterlistig erzwungene Verordnung wurde zur Grundlage des unglücklichen Systems der neuen Armee. Noch größer wurde das Unglück durch eine zweite Verordnung Friedrichs, in der er den Soldaten der zu schaffenden Nationalwehr und dementsprechend auch der neuen Volksarmee eine tägliche Löhnung von 30 Kronen

zusicherte. Dazumal betrug der Taglohn des gelernten Arbeiters im Durchschnitt höchstens 20 bis 25 Kronen und nur die geschicktesten Arbeiter verdienten ausnahmsweise 30 Kronen täglich.

Friedrichs Verordnung stürzte die Ordnung der Produktion und des ganzen Wirtschaftslebens innerhalb 24 Stunden um. Facharbeiter und Taglöhner verlangten mit Recht zumindest so viel oder noch mehr Taglohn, als für die Soldaten und Nationalgardisten festgesetzt worden war. Überdies meldeten sich, in der Hoffnung des großen Soldes, nicht diejenigen zum Dienst in der Nationalwehr und der Armee, die die Revolution aus selbstbewußter Überzeugung mit den Waffen verteidigen wollten, sondern gerade diejenigen Elemente, die im Dienste nur eine leichte, mit wenig Arbeit verbundene Verdienstmöglichkeit erblickten.

Auf Grund meiner Rücksprache mit Kriegsminister Linder befaßte sich mit der Frage auch der Ministerrat. Aus dem Protokoll des Ministerrates vom 9. November führe ich folgende Daten an:

> Kriegsminister Linder erklärt, daß sich im Kriegsministerium Nebenregierungen gebildet haben, die es ihm unmöglich machen, die Verantwortlichkeit auch weiterhin zu tragen . . . Er betont, daß er die Kundmachung über die mit dem Tagessold von 30 Kronen zu entlohnende Nationalwehr gar nicht gesehen habe. Man wollte die fünf jüngsten Jahrgänge zurückhalten, was schon deshalb unmöglich sei, weil die Waffenstillstandsbedingungen der Entente nicht einmal die Hälfte dieser Zahl bewilligen. Die harmonische Zusammenarbeit sei also von nun an vollständig unmöglich, er bittet um seine Enthebung.
>
> Der Ministerpräsident nimmt die Demission des Kriegsministers im Hinblick auf dessen Verdienste mit großer Bestürzung zur Kenntnis. Nach dem, was vorgefallen sei, könne Friedrich nicht mehr auf seinem Posten bleiben.
>
> Friedrich argumentiert für die Zurückhaltung der fünf jüngsten Jahrgänge und läßt seine Verordnung über den Taglohn von 30 Kronen fallen.
>
> Böhm erläutert die wirtschaftliche Seite des Problems. Auf die mit 30 Kronen bemessene Entlohnung der Soldaten hin verließen auch die Fabriksarbeiter und Taglöhner, die Angestellten der Bureaus und Lager sowie auch die Bergarbeiter

ihre Arbeitsstellen, weil sie nicht mehr geneigt waren, für einen kleineren Lohn zu arbeiten. So große Übergangsschwierigkeiten dies auch bedeuten möge, müsse der Ministerrat der Herabsetzung des Soldes aller militärischen Formationen auf 10 Kronen beistimmen. Es müsse ferner erklärt werden, daß die unbefugte Werbung eine strafrechtlich zu verfolgende Handlung sei, da einzelne den ihre Besitzungen und Schlösser bewachenden Privatformationen große Beträge zusichern.

Der Ministerrat hatte Friedrich desavouiert. Zum zweitenmal bereits wurde erklärt, daß er seine Stelle nicht weiter behalten könne. Aber im Wirrwarr der Zeit wurden oft Beschlüsse gefaßt, die nie zur Ausführung gelangten. So blieb auch Friedrich noch zwei Monate Staatssekretär ... Welche Person oder Personen trifft die Verantwortlichkeit dafür? ...

Bezüglich der fünf Jahrgänge faßte der Ministerrat unerklärlicherweise keinen Beschluß, und so war der neue Kriegsminister Albert Bartha bemüßigt, diese Verordnung Friedrichs aufrechtzuerhalten, obwohl sie immer mehr Unheil stiftete.

Es war ein Fehlgriff der Regierung — vor allem der Sozialdemokraten —, daß sie im ersten Stadium der Revolution über das Wesentliche in der Organisierung der Armee zur Tagesordnung übergingen. Die Revolution orientierte sich zwar nach der Richtung der grundlegenden demokratischen Institutionen und des Pazifismus, allein man hätte selbst beim weitestgehenden Pazifismus für den bewaffneten Schutz der Revolution Sorge tragen müssen.

Die Miliz ist im primitiven Stadium der Revolution infolge der inneren und äußeren Unsicherheit keine geeignete Form zur Schaffung der Volksarmee. Die Revolution darf sich lediglich auf selbstbewußte, die Bedeutung der revolutionären Errungenschaften zu würdigen wissende Soldatenmassen stützen, und so war die jede Auswahl des Menschenmaterials von vornherein vereitelnde Organisation der Armee nach Jahrgängen eine Katastrophe. Das Unglück wurde noch vergrößert, indem man selbst von diesem Material dessen schlechtesten Teil, die fünf jüngsten Jahrgänge, zum Militärdienst heranzog.

Die Organisation der neuen Armee litt übrigens nicht bloß an diesem katastrophalen Geburtsfehler, sie wurde auch von anderen,

Selbst die Vollzugsausschüsse der Soldatenräte waren nicht imstande, der unheilvollen Tätigkeit Pogánys die Stirn zu bieten. Von den erfahrenen und disziplinierten organisierten Arbeitern befanden sich nur wenige in der Armee. Man wählte gewöhnlich junge, unerfahrene, im Organisationsleben vollkommen unorientierte Vertrauensmänner aus der vorhandenen Mannschaft oder aber noch unerfahrenere junge Offiziere in die Soldatenräte und mittelbar in den Vollzugsausschuß. Meist solche, die Pogány kraft seiner Intelligenz und seiner fast gewalttätigen Willenskraft in jeder Beziehung beherrschte. Selbst das aber wäre noch keine Gefahr gewesen, hätte sich Pogány der Regierung oder zumindest seiner eigenen Partei gegenüber diszipliniert benommen. Er handelte jedoch wiederholt ohne, mitunter sogar gegen die Partei. In der ersten Sitzung des Arbeiterrates wurden Nikolaus Cservenka, Oskar Lévai und Eugen Werner — erfahrene Parteimitglieder — in den Soldatenrat delegiert, um Pogány die Stange zu halten — diese aber wohnten den Sitzungen des Vollzugsausschusses des Soldatenrates kein einziges Mal bei. An ihrer Statt hat Pogány drei andere Delegierte designiert: Nikolaus Kiss, Jakob Kertész und Vedres. Diese meinten es zweifellos auch gut, nur standen sie Pogány schwach und unschlüssig gegenüber und gerieten bald unter seinen Einfluß.

Im Vollzugsausschuß des Soldatenrates wurde Pogánys Ansehen auch dadurch gesteigert, daß er, ein Mitarbeiter des Zentralparteiorgans, in ständiger Berührung mit den Parteiführern war und sich den in der Parteibewegung unorientierten und unerfahrenen Soldaten gegenüber darauf berufen konnte, daß er den Willen der Partei vertrete.

Die Fähigkeiten des Vollzugsausschusses des Soldatenrates waren indessen dem Geiste der einzelnen Truppenkörper und Garnisonen noch immer turmhoch überlegen. Diese waren vielleicht der Mehrheit nach ehrlich und mit Liebe zur Sache bestrebt, ihren Aufgaben nachzukommen, doch wirkten sie mangels an Erfahrung und Kenntnissen in der Organisationsarbeit bei der Schaffung der neuen, dem Schutz der Revolution dienenden Volksarmee eher hemmend als fördernd mit.

X.

Umwälzung in der inneren Politik.

Die Massen der Revolution sind stets ungeduldig. Die Revolution muß rasch handeln, muß tief in die bisherige Ordnung einschneiden, muß sämtliche gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen des alten Regimes von Grund auf reformieren, wenn sie des Vertrauens der Massen nicht verlustig werden will.

Neben dem beschleunigten Friedensschluß, der unverzüglichen Durchführung der Abrüstung, der Schaffung der neuen Armee hatte die Regierung die dringende Aufgabe, die innerpolitischen Reformen ins Leben zu rufen. Bereits am 1. November war es offenbar, daß die Revolutionsmassen mit den Winkelzügen der Dynastie nicht einverstanden waren und nicht dulden würden, daß sich die Dynastie der Revolution anhänge, daß die Revolutionsregierung durch königliche Ernennung gebildet werde. In stürmischen Kundgebungen forderten sie die Proklamierung der Republik.

Am 1. November enthebt Erzherzog Josef die Regierung auf deren Wunsch, nach einer telephonischen Rücksprache mit dem König, des Amtseides und der Folgen desselben.

Die Regierung erhielt also ihre volle Aktionsfreiheit zurück. Die bürgerlichen Parteien suchten nur eine Plattform zur Ausrufung der Republik. Das königliche Hindernis wurde bereits vom Volkswillen beseitigt. Wlassics und andere Mitglieder des Magnatenhauses hatten den König zwar zum Rücktritt veranlaßt, diese formelle Erledigung aber war lediglich eine Privatangelegenheit des Königs und des hohen Adels, das Wesen der Sache blieb unberührt. Dagegen blieb das alte, auf der Basis des alten Zensuswahlrechtes erwählte reaktionäre Parlament, das nach achtjähriger schändlicher gesetzgeberischer Arbeit keinen Augenblick mehr daran denken konnte, sich der Tätigkeit der Revolution anzupassen.

durch die Revolution bedingten Hindernissen erschwert. Die undankbare Aufgabe der Herabsetzung der Taglöhne von 30 Kronen fiel mir zu und führte eine Reihe von Erschütterungen und überaus folgenschweren Störungen herbei. Überdies wurde die Entwicklung einer selbstbewußten Revolutionsarmee auch durch andere Umstände verhängnisvoll beeinflußt.

Noch vor dem Ausbruch der Revolution bildete sich ein sogenannter Offizierssoldatenrat. Er bestand, bis auf einige gutmütige Leute, aus unbedeutenden Putschisten, die die Nacht der Revolution glücklicherweise durchgeschlafen hatten. Am Tage der siegreichen Revolution beeilten sie sich dagegen, die Rechnung für ihre „revolutionären Verdienste" zu präsentieren. Sie erhoben Forderungen materieller und anderer Natur und wollten die militärische Führung der Revolution durchaus an sich reißen. Die neue Regierung hob auf das zielbewußte Drängen Linders diesen Soldatenrat bereits am zweiten Tage der Revolution auf und suchte die von den Soldatenmassen erwählten Soldatenräte in den Dienst der revolutionären Ordnung und Disziplin zu stellen.

Diese Bestrebung der Regierung war infolge eines Mißgriffes in der Personenauswahl erfolglos. Michael Károlyi beschloß, einen Regierungskommissär an die Spitze der Soldatenräte zu stellen. Auf Kunfis Vorschlag wurde Josef Pogány ernannt, ohne daß sich die sozialdemokratische Parteileitung hiermit einverstanden erklärt hätte. Die Parteileitung erfuhr Pogánys Ernennung erst aus den Zeitungen, und erklärlicherweise wurde dieser eine abfällige Beurteilung zuteil.

Die Parteileitung und der Gewerkschaftsrat befaßten sich am 4. November in gemeinsamer Sitzung mit der Ernennung Pogánys und beschlossen, daß „Mitglieder der Partei keine wie immer gearteten Stellungen, Aufträge oder Ämter annehmen dürfen, ohne die Zustimmung der Parteileitung und des Gewerkschaftsrates hierzu erhalten zu haben".

Pogánys erste Amtshandlung verschärfte den schlechten Eindruck, den seine Ernennung erweckt hatte.

Er erließ eine Proklamation, in der er die aus unbekannten Elementen bestehenden Soldatenräte zu einem mit dem Arbeiterrat der organisierten Arbeiter und dem aus den drei Revolutionsparteien gebildeten Landesnationalrat gleichrangigen Faktor erhob.

Hand in Hand mit der Abrüstung ging die Organisierung der neuen Armee bzw. die Einziehung der fünf jüngsten Jahrgänge vor sich. Anfangs rückten die zum Schutze der Revolution einberufenen Soldaten nur zögernd ein. Demungeachtet verfügte die Armee Ende November über 30 000 und nach einem Monat bereits über 70 000 Soldaten. Bei jedem Truppenkörper wurde ein Soldatenrat gebildet, und diese bilden insgesamt den Garnisonssoldatenrat, der aus der eigenen Mitte einen Vollzugsausschuß wählte.

Die Institution der Soldatenräte ist eine natürliche Begleiterscheinung der neuzeitlichen Revolutionen. Die alte militärische Ordnung — deren Grundstein der bedingungslose Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten war — verschwand. Deren Stelle mußte eine neue demokratische Disziplin einnehmen. Diese kann in einer revolutionären Armee nur von Soldatenräten aufrechterhalten werden, die, aus den Soldatenmassen erwählt, deren Vertrauen besitzen. Die Offiziere hatten infolge der Auflösung der Armee jeden Einfluß eingebüßt, die meisten verzogen sich feige und fürchteten sich, wegen der im Kriege begangenen Unmenschlichkeiten vor den Soldaten zu erscheinen. Endlich war die Institution der Soldatenräte einzig und allein geeignet, die Verwendung einzelner Truppenabteilungen zu gegenrevolutionären Zwecken zu verhindern.

Selbstverständlich darf der Soldatenrat nach dem Siege der Revolution kein Faktor der Desorganisation werden, vielmehr obliegt ihm die Aufgabe, die Armee zu organisieren. Die Soldatenräte der ungarischen Revolution standen leider — und nicht nur im Anfangsstadium der Revolution, sondern selbst später — nicht im Dienste der Organisation, sondern in dem der Desorganisation. Pogány, der die Soldatenräte mit einer seinen Kameraden turmhoch überlegenen Intelligenz, mit Wissen und Willenskraft führte, war eine Kraft der Desorganisation, nicht der Organisation.

Sobald es sich darum handelte, zu bauen und zu organisieren, versagte Pogány, der Journalist — der Intellektuelle, der an keinem Organisationsleben je teilgenommen hatte —, als organisatorische Kraft vollends. Seine ganze Tätigkeit erschöpfte sich in der Desorganisation, er nahm sich — nur um sich Popularität zu sichern — ohne Kritik und Widerstand aller durchführbaren und undurchführbaren Wünsche und Bestrebungen der Soldaten an.

Selbst die Vollzugsausschüsse der Soldatenräte waren nicht imstande, der unheilvollen Tätigkeit Pogánys die Stirn zu bieten. Von den erfahrenen und disziplinierten organisierten Arbeitern befanden sich nur wenige in der Armee. Man wählte gewöhnlich junge, unerfahrene, im Organisationsleben vollkommen unorientierte Vertrauensmänner aus der vorhandenen Mannschaft oder aber noch unerfahrenere junge Offiziere in die Soldatenräte und mittelbar in den Vollzugsausschuß. Meist solche, die Pogány kraft seiner Intelligenz und seiner fast gewalttätigen Willenskraft in jeder Beziehung beherrschte. Selbst das aber wäre noch keine Gefahr gewesen, hätte sich Pogány der Regierung oder zumindest seiner eigenen Partei gegenüber diszipliniert benommen. Er handelte jedoch wiederholt ohne, mitunter sogar gegen die Partei. In der ersten Sitzung des Arbeiterrates wurden Nikolaus Cservenka, Oskar Lévai und Eugen Werner — erfahrene Parteimitglieder — in den Soldatenrat delegiert, um Pogány die Stange zu halten — diese aber wohnten den Sitzungen des Vollzugsausschusses des Soldatenrates kein einziges Mal bei. An ihrer Statt hat Pogány drei andere Delegierte designiert: Nikolaus Kiss, Jakob Kertész und Vedres. Diese meinten es zweifellos auch gut, nur standen sie Pogány schwach und unschlüssig gegenüber und gerieten bald unter seinen Einfluß.

Im Vollzugsausschuß des Soldatenrates wurde Pogánys Ansehen auch dadurch gesteigert, daß er, ein Mitarbeiter des Zentralparteiorgans, in ständiger Berührung mit den Parteiführern war und sich den in der Parteibewegung unorientierten und unerfahrenen Soldaten gegenüber darauf berufen konnte, daß er den Willen der Partei vertrete.

Die Fähigkeiten des Vollzugsausschusses des Soldatenrates waren indessen dem Geiste der einzelnen Truppenkörper und Garnisonen noch immer turmhoch überlegen. Diese waren vielleicht der Mehrheit nach ehrlich und mit Liebe zur Sache bestrebt, ihren Aufgaben nachzukommen, doch wirkten sie mangels an Erfahrung und Kenntnissen in der Organisationsarbeit bei der Schaffung der neuen, dem Schutz der Revolution dienenden Volksarmee eher hemmend als fördernd mit.

X.

Umwälzung in der inneren Politik.

Die Massen der Revolution sind stets ungeduldig. Die Revolution muß rasch handeln, muß tief in die bisherige Ordnung einschneiden, muß sämtliche gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen des alten Regimes von Grund auf reformieren, wenn sie des Vertrauens der Massen nicht verlustig werden will.

Neben dem beschleunigten Friedensschluß, der unverzüglichen Durchführung der Abrüstung, der Schaffung der neuen Armee hatte die Regierung die dringende Aufgabe, die innerpolitischen Reformen ins Leben zu rufen. Bereits am 1. November war es offenbar, daß die Revolutionsmassen mit den Winkelzügen der Dynastie nicht einverstanden waren und nicht dulden würden, daß sich die Dynastie der Revolution anhänge, daß die Revolutionsregierung durch königliche Ernennung gebildet werde. In stürmischen Kundgebungen forderten sie die Proklamierung der Republik.

Am 1. November enthebt Erzherzog Josef die Regierung auf deren Wunsch, nach einer telephonischen Rücksprache mit dem König, des Amtseides und der Folgen desselben.

Die Regierung erhielt also ihre volle Aktionsfreiheit zurück. Die bürgerlichen Parteien suchten nur eine Plattform zur Ausrufung der Republik. Das königliche Hindernis wurde bereits vom Volkswillen beseitigt. Wlassics und andere Mitglieder des Magnatenhauses hatten den König zwar zum Rücktritt veranlaßt, diese formelle Erledigung aber war lediglich eine Privatangelegenheit des Königs und des hohen Adels, das Wesen der Sache blieb unberührt. Dagegen blieb das alte, auf der Basis des alten Zensuswahlrechtes erwählte reaktionäre Parlament, das nach achtjähriger schändlicher gesetzgeberischer Arbeit keinen Augenblick mehr daran denken konnte, sich der Tätigkeit der Revolution anzupassen.

Nach kurzer Verhandlung mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses wurde das reaktionärste Parlament Europas, das eine Reihe beispiellos schmachvoller Gesetze zur Unterdrückung der Klassen und Nationalitäten ins Leben gerufen hatte, das jede Art von Verfolgung der Arbeiter und Nationalitäten zur Gesetzeskraft erhob, das eine feste Burg der Reaktion war und den Willen der Agrarfeudalen jederzeit mit Gewaltmitteln durchsetzte, auf eine seine beispiellose Feigheit kennzeichnende Weise aus dem Weg geräumt. Auf Antrag des Präsidenten Karl Szász erklärte sich das Parlament bereit, seine eigene Auflösung ohne Rekrimination oder Protest zu beschließen. Der Nationalrat nahm diese Resolution des Parlamentes zur Kenntnis, stellte aber auch fest, daß die Revolution, wenn das Harakiri nicht erfolgt wäre, die Zwingburg der Unterdrücker des ungarischen Volkes durch seine souveräne Macht gestürmt hätte.

Am 16. November proklamierte der ad hoc zur Landesrepräsentanz erklärte Nationalrat unter Teilnahme der ganzen Bevölkerung Budapests und der Provinz die Republik.

Die Vollversammlung des Nationalrates nahm einen Resolutionsantrag an, der ein neues Kapitel des innenpolitischen Lebens Ungarns zu begründen bestimmt war:

1. Ungarn ist eine von allen übrigen Ländern unabhängige und selbständige Volksrepublik.

2. Die Konstitution der Volksrepublik wird die auf Grund eines neuen Wahlrechtes dringend einzuberufende konstituierende Nationalversammlung festsetzen. Das Abgeordneten- und Herrenhaus wird aufgelöst und hört auf zu existieren.

3. Solange die konstituierende Nationalversammlung keinen anderen Beschluß faßt, wird die oberste Staatsmacht von der Volksregierung unter dem Vorsitz Michael Károlyis und mit der Unterstützung des Nationalrates ausgeübt.

4. Die Volksregierung hat dringend Volksgesetze zu schaffen:

a) über das geheime, gleiche, unmittelbare, beide Geschlechter umschließende Parlaments- und Gemeindewahlrecht

b) über die Preßfreiheit;

c) über die Volksgeschworenengerichte;

d) über die Vereins- und Versammlungsfreiheit;

e) über die Bodenreform zugunsten der besitzlosen Bauernschaft.

Die Volksregierung hat diese Gesetze dringend ins Leben zu rufen und zu vollstrecken.

5. Die diesen widersprechenden gesetzlichen Verfügungen werden außer Kraft gesetzt. Alle anderen gesetzlichen Verfügungen bestehen nach wie vor zu Recht.

Die konstituierende Nationalversammlung sei also dringend einzuberufen. Bis dahin aber werde die Macht während des Interregnums nach erfolgter Abschaffung des Königtums von der aus 11 Personen bestehenden Regierung gehandhabt.

Die Revolution sanktionierte also ihre eigene Diktatur.

Bei unseren spezifischen parlamentarischen Verhältnissen herrschte in Ungarn zur Zeit des Ausbruches der Revolution ein auf Grund des reaktionären Wahlrechtes einberufenes Parlament. Eine legislative Körperschaft dieser Art konnte von keiner Revolution geduldet werden. Dieser Lage zufolge blieb das revolutionäre Ungarn im Gegensatz zu den deutschen und österreichischen Revolutionen ohne Parlament und Volksregierung. In Deutschland und Österreich, gewissermaßen auch in der Tschechoslowakei, stellten sich, wenn auch nicht auf breitester Grundlage, so doch auf der Basis eines demokratischen Wahlrechtes zusammengestellte Parlamente, Volksvertretungen, in Deutschland nebst Arbeiterräten auch Landtage, an die Spitze der Revolution. Diese Parlamente wurden zu provisorischen Nationalversammlungen proklamiert und teilten die Verantwortung mit der Regierung. In Ungarn stand der Regierung keine derartige Körperschaft zur Verfügung.

So widersinnig es auch zu sein scheint, ist es nichtsdestoweniger wahr, daß die in ihrer Mentalität und ihren Zwecken tatsächlich demokratische Regierung in Ermangelung einer Nationalversammlung und eines Parlamentes gezwungen war, eine diktatorische Macht auszuüben. Die Diktatur der das Vertrauen des Volkes besitzenden Regierung erzeugte einen falschen Glauben in den zur Demokratie nicht erzogenen Massen. Je weiter der Wahltermin der Nationalversammlung hinausgeschoben wurde, um so mehr ent-

fernten sich die großen Massen vom Gedanken der Notwendigkeit einer die Demokratie vertretenden Nationalversammlung.

Die Regierung erläßt auf Grund der Resolution des Nationalrates in rascher Folge die Volksgesetze über das allgemeine Wahlrecht, die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, und so kam der die innerpolitischen Errungenschaften der Revolution sichernde Teil der Resolution zur Verwirklichung. Nun handelte es sich um seine Durchführung.

Diese aber stieß auf schwere persönliche und objektive Hindernisse. Innenminister Theodor Batthyány, ein Politiker vom alten Schlag, und mit konservativen Neigungen, der sich überdies als gewesener Minister an Formalitäten klammerte, konnte sich nur schwer dem revolutionären Vorgehen anpassen.

Anderseits aber hatte er auch keine Mittel und Vermittlungsorgane, um den Willen der Revolution durchzusetzen. Die mit den Sünden der alten Ordnung behaftete Gendarmerie und Polizei wagte es bereits, an der Arbeit zur Schaffung der revolutionären Ordnung nicht teilzunehmen. Die Verfügungen zur Aufrechterhaltung und Sicherung der revolutionären Ordnung rührten nicht vom Ministerium des Inneren, sondern vom Parteisekretariat der Sozialdemokraten her. Die aus der organisierten Arbeiterschaft zusammengestellten Volkswehren hätten den Befehlen der konservativen, reaktionär veranlagten Beamtenschaft kaum Folge geleistet, wogegen sie die Verordnungen des Parteisekretariats mit der größten Begeisterung erfüllten.

In der Provinz verjagte das gepeinigte, gemarterte und hundertfach betrogene Volk die Exponenten des Innenministeriums, die das Volk und die Nationalitäten bedrückenden Oberstuhlrichter und den größten Teil der Notare, deren viele an der Unterschlagung der Kriegsunterstützungen schuldig waren. Diejenigen, die ihre Stellen beibehielten, hatten entweder keinen Mut, den Verordnungen der Revolutionsregierung Folge zu leisten, oder aber sie sabotierten aus vorerst nur heimlich gehegter gegenrevolutionärer Gesinnung die neue Ordnung, um diese zu Fall zu bringen.

Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß außer der Proklamierung des Wahlrechtes, der Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit in den ersten sechs Wochen der Revolution keine Änderung auf dem Gebiete der inneren Politik erfolgte.

Batthyánys Ernennung fand in der sozialdemokratischen Partei bereits beim Ausbruch der Revolution mißtrauische Aufnahme. Nur die Hochachtung, die die Partei der Person Michael Károlyis entgegenbrachte, zwang sie, sich mit Károlyis Wahl einverstanden zu erklären und so der Ernennung Batthyánys zum Minister des Innern zuzustimmen. Bald wurde aber auch der Wunsch laut, neben Batthyány einen energischen sozialdemokratischen Staatssekretär zu ernennen, um mit der Kraft des revolutionären Geistes sich der stärksten Festung der alten Ordnung, der Provinzverwaltung zu bemächtigen. Nach den ersten Wochen der Revolution kam dieser Wunsch mit noch elementarerer Gewalt zum Durchbruch, da die Ereignisse der Revolution und die Tatsache, daß nach dem Ausbruch der Revolution einzig und allein die sozialdemokratische Partei über eine organisierte Kraft verfügte, die Auffassung überhandnehmen ließ, daß das vor der Revolution getroffene Übereinkommen, demzufolge die Partei nur durch zwei unpolitische Minister in der Regierung vertreten sein solle, den tatsächlichen Kraftverhältnissen nicht mehr entspreche.

Die Regierung stimmte der Ernennung des sozialdemokratischen Staatssekretärs zu. Der Parteiausschuß kandidierte Eugen Landler, den Führer der Eisenbahner, für diese Stelle. Daraus entstand nunmehr nach der Krise im Kriegsministerium die zweite Ministerkrise. Batthyány bestand unter Berufung auf die Notwendigkeit harmonischer Zusammenarbeit darauf, einen ihm auch persönlich genehmen sozialdemokratischen Staatssekretär ernennen zu lassen. Mit Landler hatte er gewisse Differenzen gehabt. Batthyány war nämlich vor dem Kriege der Führer einer gelben Eisenbahnerorganisation, wogegen Landler die sozialdemokratischen Eisenbahner vertrat. Infolgedessen standen sie einander bereits seit Jahren feindlich gegenüber. Kunfi und Garami wollten keine neue Ministerkrise heraufbeschwören und brachten die Sache wiederholt vor die Partei. Im Laufe der Verhandlungen ließ die Parteileitung ihre Resolution bezüglich Landlers fallen und die Stelle des Sekretärs im Innenministerium blieb vorläufig unbesetzt.

Die Ministerkrise wurde derart zwar beseitigt, innerhalb der Partei spitzte sich jedoch die Affäre Landler zu, und auch das Wesentliche der Frage wurde nicht gelöst. Ohne eine energische Regierungstätigkeit konnte der Widerstand der die revolutionäre

Reform vereitelnden Verwaltungsbureaukratie nicht gebrochen werden.

Die Regierung ernennt die neuen Regierungskommissäre bzw. Obergespane, die an der Spitze der Provinzfestungen der Reaktion, der Komitate, die Regierung vertreten, doch kann auch diese Maßnahme nicht genügend zur Geltung kommen. Um die Ernennung der Obergespane entbrennen nochmals große Kämpfe innerhalb der Revolutionsparteien. Die den verschiedenen Parteien angehörenden Regierungsmitglieder einigen sich zwar auf den größten Teil dieser Ernennungen, aber die wirksame Tätigkeit der Obergespane wird an den meisten Orten durch den Wettkampf der lokalen Parteien verhindert. Jede Partei ist naturgemäß bestrebt, den Obergespan aus der eigenen Mitte ernennen zu lassen, um sich derart der Komitats- und Gemeindeverwaltung zu bemächtigen. So hoffte man sich nach den Traditionen des alten Regimes die Wahlchancen zu sichern.

Am stärksten war der Druck und der Widerstand bei den Provinzorganisationen der sozialdemokratischen Partei. Die zwei bürgerlichen Parteien hatten auch in der Provinz keine ausgebauten Organisationen. Die über die Kraft der Massen verfügenden sozialdemokratischen Provinzorganisationen erkannten die Ansprüche der bürgerlichen Parteien nicht an und verjagten nacheinander die bereits ernannten Obergespane. Solche Vorgänge brachten die Autorität der Regierung zum Wanken.

Diese Reibungen und Gegensätze störten zwar das Einvernehmen der Parteien innerhalb der Regierung nicht, sie wurden aber immer mehr zur Quelle schwerer Krisen und förderten wirksam die Sabotage der gegenrevolutionären Verwaltung.

Die sozialdemokratische Partei ließ die Parteimitglieder und die öffentliche Meinung keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß die Sozialdemokraten die revolutionäre Lage angesichts der gegebenen Kraftverhältnisse in der inneren und äußeren Politik vorderhand nur zum demokratischen und sozialen Ausbau der Institutionen des Landes verwenden wollen. Zahlreiche Artikel des Parteiblattes, zahlreiche Äußerungen der Parteiführer und eine jeden Zweifel ausschließende Resolution des Arbeiterrates stellten wiederholt fest, daß die Partei gewillt sei, mit wohlwollenden bürgerlichen Revolutionsparteien am Ausbau des demokratischen Ungarn mitzuarbeiten. Die Partei bestand jedoch darauf, daß eine der

Bedeutung der Revolution angemessene Demokratie auf breitester Grundlage geschaffen werde, sie wollte die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft verwirklichen, sie suchte den Einfluß der Arbeiterschaft im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu sichern, zugleich aber zog sie auch die bestimmte Grenze, über die hinaus bei den gegebenen Verhältnissen nicht gegangen werden könne. Der Endzweck sei die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft: Allein das besiegte kleine Ungarn könne, vom feindlichgesinnten kapitalistischen Europa umgeben, wenn es auch über die inneren Machtmittel verfüge, die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht schaffen, da die wirtschaftlichen und sozialen Vorbedingungen fehlen und gebieterische außenpolitische Kräfte dieser Bestrebung entgegenarbeiten.

Der Wahrheit gemäß muß man feststellen, daß die bürgerlichen Revolutionsparteien der Verwirklichung des sozialpolitischen Programms der Sozialdemokraten keinerlei Hindernisse in den Weg legten. Dessenungeachtet war die diesbezügliche Tätigkeit der sozialdemokratischen Minister zögernd. Das Volkswohlfahrtsministerium verharrte wochenlang im Stadium der Vorbereitung. Bei dem Mangel an sozialen Gesetzen waren die großen Massen über diese Saumseligkeit erbittert. Die Übergangsbestimmungen hatten zwar die klassenbewußten, längst organisierten Arbeiter — allerdings eine Minderheit — vorderhand befriedigt, allein die großen Massen, die sich uns ohne sozialistische und wirtschaftliche Vorbildung angeschlossen hatten, erhofften mehr von der Revolution und wurden in ihrer Ungeduld von den Extremen mitgerissen.

XI.

Die Arbeiterklasse in der Revolution.

Die Massen der sozialdemokratischen Partei waren bis zum Augenblick des Revolutionsausbruches in Gewerkschaften organisierte Arbeiter. Der politischen Organisation fiel eine ganz untergeordnete Bedeutung zu.

Im Jahre 1913, vor dem Ausbruch des Krieges, zählten die Gewerkschaften 107 000 Mitglieder. Diese Zahl nahm während des Krieges, infolge der Einberufungen, naturgemäß ab, im Jahre 1916 beträgt die Mitgliederzahl nur noch 55 000, wogegen sie sich 1917, unter der Wirkung der russischen Revolution, auf 215 000 erhöht. Soviel Mitglieder hatten die Gewerkschaften noch am Tage der Revolution. Dieses Bild ändert sich jedoch nach dem Ausbruch der Revolution.

Am 31. Dezember 1918, also zwei Monate nach dem Ausbruch der Revolution, zählen die Gewerkschaften 721 000 Mitglieder. Überdies gibt es Lokalorganisationen der Landarbeitergewerkschaft in Hülle und Fülle, deren Zahl inmitten der übermäßigen Revolutionsarbeit nicht einmal festgestellt werden kann. Nach dem dritten Monat der Revolution gehören mehr als eine Million industrielle und landwirtschaftliche Arbeiter, Staats- und Privatangestellte den Gewerkschaften an.

Ein wahres Organisationsfieber bemächtigte sich des Landes. Neben Arbeitern und Angestellten schließen sich selbst die größten Stützen des alten Regimes, alle Arten der Bureaukratie: Staatsbeamte und städtische Angestellte, Polizisten, Gendarmen, Offiziere in sozialistische Gewerkschaften zusammen und der sozialdemokratischen Partei an. Die Führer der Parteiorganisationen und Gewerkschaften müssen mit Aufgebot ihres ganzen Einflusses verhindern, daß die höchststehenden Staatsangestellten, administrative Staatssekretäre, hochstehende Generäle in den Verband der sozialistischen Gewerkschaften aufgenommen werden.

Die neuen Massen, die mehr als acht Zehntel der organisierten Arbeiter darstellten, entbehrten, der Natur der Dinge nach, jede vorbereitende gewerkschaftliche Bildung. Sie kannten weder eine Gewerkschaftsdisziplin noch die begrenzten Handlungsmöglichkeiten der sozialen Kraftverhältnisse.

Sie waren auch von den praktischen und theoretischen Kenntnissen des Sozialismus weit entfernt. Sie waren von der Notwendigkeit entsprechender Vorbedingungen für eine soziale und wirtschaftliche Umwälzung nicht durchdrungen. Die Massen sahen nur, daß die das politische Leben umfassende Macht in der Hand der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften konzentriert sei, und so hofften sie durch diese Macht alle Forderungen und Wünsche verwirklichen zu können. Von dieser Erwägung rührten die immer neueren, oft berechtigten, aber undurchführbaren Forderungen her, die sie auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete, ohne die äußeren und inneren Machtverhältnisse und Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, an die Revolution stellten.

Die Arbeiterorganisationen leisteten übermenschliche Arbeit, um den neuen, durch das Einströmen der Massen entstehenden Aufgaben gerecht zu werden. Allein die im alten Rahmen gesammelte Energie reichte offenbar nicht hin, um die zugeströmten Massen zu unterrichten, aufzuklären, zu führen und zu lenken.

Von den der Partei und den Gewerkschaften angehörenden, fast eine Million zählenden Mitgliedern waren kaum einige Prozent auch nur mit den primitiven Formen gewerkschaftlicher und sozialistischer Schulung vertraut. Nach Schätzung der größten Optimisten kann die Zahl der selbst- und klassenbewußten Arbeiter nicht höher als auf 50—60 000 veranschlagt werden.

Diese verhältnismäßig kleine Menge verlor sich in den neuen und größeren Massen. Vermöge ihrer Disziplin konnte sie sich an einer Front, wo die den undisziplinierten Massen gefälligen, agressiven Losungsworte die Oberhand gewannen, auch nicht zur Geltung bringen.

Dennoch darf sie auf ihre Selbstbeherrschung, ihre Disziplin und ihre Treue zu den Grundsätzen der Partei und der Gewerkschaften stets mit Stolz zurückblicken. Allen entgegengesetzten Versuchen zum Trotze, nach jahrelangen Qualen, Leiden und Unterdrückungen drängte sie jeden anderen Wunsch zugunsten der Revolution in

den Hintergrund. Dabei stellte jeder brauchbare Mann der Arbeiterbewegung seine Bildung und seine Kenntnisse in einem seine Kräfte weit übertreffenden Maße in den Dienst der Revolution.

Die Selbstaufopferung einzelner aber verlor sich in der anspruchsvollen Schrankenlosigkeit der ungeschulten Massen. Die Partei verfügte nicht über genügend zahlreiche geübte Gemeindepolitiker, wirtschaftliche und politische Organisationskräfte, die Bewegung entwickelte sich nicht nach der Tiefe hin, sie hatte nicht genug entsprechend organisatorisch gebildete Männer in der neuen Situation, um bei der neuen Machtentwicklung der Partei die zahllosen neuen Aufgaben bewältigen zu können.

Die führenden Männer waren vom ersten Tage der Revolution an mit allerlei Partei- und Gewerkschaftsarbeiten sowie mit Aufträgen im Staatsdienst überhäuft. Die Regierung, die Brachialformationen, die Redigierung des Parteiorgans, die verschiedenen Obergespanposten, die neu organisierten wirtschaftlichen Stellen, die — wie der Posten der Regierungskommissäre im Arbeitsamte, in den staatlichen Betrieben, den Bergwerksbetrieben — den Zweck hatten, die ungestörte Produktion zu sichern, die verschiedenen städtischen Ämter und allerlei andere Mandate brachten die Gewerkschaften und die Partei um die besten vorhandenen Kräfte. Zwar waren alle bestrebt, auch die sich fortwährend häufende Arbeit in den Gewerkschaften zu verrichten. So aber waren die kaum ersetzbaren, besten Kräfte gezwungen, ihre Arbeit zu teilen. Die Folge war, daß sie die ihnen zugefallenen Aufgaben notgedrungen vernachlässigen mußten.

Ruhige Beratungen und Erwägungen wurden mit einem Schlag unmöglich. Jeder Entschluß, jede Handlung erfolgte im Zeichen des durch die augenblickliche Lage geschaffenen Zwanges, rein zufallsmäßig.

Die eigentlichen Parteiorgane: die Parteiorganisationen waren zum Handeln unfähig. In den Tagen der Revolution wurde auch die Frage des Ausbaues der Parteiorganisationen aktuell. Zur Lösung dieser Aufgabe, zur Leitung der Parteipolitik und Parteiorganisation sowie der sozialistischen Aufklärung hatte die Partei nur ein Organ: das der Kontrolle der Parteileitung unterstehende Parteisekretariat.

Dieses Parteisekretariat vermißte jedoch vom ersten Tag der Revolution an die einheitliche Leitung eines intellektuellen Führers. Der Leiter des Parteisekretariates war bis zur Revolution — seit mehr als einem Jahrzehnt — Emanuel Buchinger. Er war am 31. Oktober nicht in Budapest, nach seiner Rückkehr zeigte er sich verstimmt und zog sich vom Parteisekretariat zurück. Den Grund seines Rücktrittes hat er bis zum heutigen Tage weder der Öffentlichkeit noch der Parteileitung bekanntgegeben.

Sowohl die Partei, wie auch die Regierung selbst, suchte Buchinger, den erfahrenen und gründlich gebildeten Führer für die Arbeit der Revolution zurückzugewinnen. Er wurde mit einer außenpolitischen Mission betraut.

Buchinger verfügte nämlich infolge seiner jahrelangen Tätigkeit als Parteisekretär über wertvolle internationale Verbindungen. In der damaligen revolutionären Lage Europas wollte die Regierung die Verbindungen Buchingers im Interesse der Revolution verwerten. Der Ministerrat vom 18. November entsandte Buchinger zur Vertretung der ungarischen Interessen nach Berlin — ein offizieller Auftrag wird ihm zwar nicht erteilt, da dies im Waffenstillstandsvertrag verboten war —, auf seine Bitte beschließt jedoch der Ministerrat, daß er

> insoferne in Ungarn das gegenwärtige Regime bestehen bleibt, in Deutschland aber eine sozialistische Regierung an die Macht gelangen sollte, der offizielle Delegierte des ungarischen Staates in Berlin sein wird[1].

Aus welchen Gründen dieser Auftrag nicht durchgeführt wurde, konnte ebenfalls nicht eruiert werden.

Buchinger beteiligt sich zwar am Parteileben, an der Tätigkeit der Parteileitung, nimmt aber an der Leitung des Parteisekretariates nicht teil. Im Parteisekretariat gibt es ständigen Personenwechsel. Männer, teilweise mit guten Absichten, aber engem Gesichtskreis, gelangen an die Spitze des Parteisekretariates, dem inmitten der ständigen Änderungen und unter der Last der sich fortwährend vermehrenden Aufgaben die so notwendige Führung mehr und mehr entgleitet. In deren Ermangelung tritt die Demagogie in den Vordergrund. Nach einigen Wochen führt das Partei-

[1] Protokoll des Ministerrates vom 18. November 1918.

sekretariat unter der Leitung Eugen Hamburgers selbst die Beschlüsse der Parteileitung und der Parteiorgane nicht mehr durch, nimmt stellenweise sogar gegen diese Stellung. Die gegen die Politik der sozialdemokratischen Partei frondierenden Massen werden oft vom sozialdemokratischen Parteisekretariat aus geführt und befehligt.

Der Mangel an leitenden Kräften und innerer Disziplin stellen die Partei zuletzt vor schwere Prüfungen. Die neuen Massen, deren größter Teil vor der Revolution von feindseliger Ideologie gegen die Sozialdemokratie erfüllt war, konnten sich jetzt nur schwer in die Schranken der Parteidisziplin fügen. Diese vor der Revolution konservativ veranlagten und jeder freien Meinungsäußerung beraubten Schichten waren nach der Befreiung maßlos radikal und trugen der schweren inner- und außenpolitischen Lage der Revolution keine Rechnung. Sie wurden zu bereitwilligen Schleppträgern jener Schlagwortdemagogie, die sich mit der Bildung der Kommunistenpartei der kritiklosen Massen bemächtigte.

XII.

Die kommunistische Partei.

Die politische Vertretung der ungarischen Arbeiterklasse, die sozialdemokratische Partei, verstand es, ihre Einheit jahrzehntelang durch alle wechselvollen Kämpfe zu bewahren. Nach der Revolution bildete sich eine neue sogenannte Proletarierpartei, deren einziger sichtbarer Zweck die Zerstörung der Einheit der Arbeiterklasse war.

Am 16. November traf Béla Kun, der bereits in der russischen Revolution eine rege Tätigkeit entfaltet hatte, mit einigen Anhängern aus der russischen Kriegsgefangenschaft in Budapest ein. Er nahm sofort mit gewissen unzufriedenen Elementen der Partei Fühlung, die die sozialdemokratische Partei aus persönlichen Gründen im Stich ließen oder gar aus der Partei ausgeschlossen wurden. Mit diesen bildete er die kommunistische Partei. Die Führer der neuen „Arbeiterpartei" wurden Béla Kun, Béla Vágó, Béla Szántó, Biermann, Kelen, Hevesi, Rudas: lauter „Intellektuelle".

Die neue Partei beschränkte sich anfangs darauf, in kleineren Werkstattkonferenzen, später in Gewerkschaftsversammlungen Anhänger zu werben. Im Dezember bereits wurde die vorerst nur einmal wöchentlich erscheinende „Vörös Ujság" (Rote Zeitung) herausgegeben.

Neben dieser äußeren Tätigkeit vergiftete Kun die Arbeiterbewegung mit einer weit gefährlicheren und verhängnisvolleren Agitation. Er bürgerte einen bislang unbekannten Begriff des Seelenkaufes ein. Zahlreiche Vertrauensmänner, einflußreiche Arbeiterführer in den Fabriken bezogen eine regelmäßige Subvention — und plötzlich wurden sie zu begeisterten Bolschewiken. Viele von den jungen unerfahrenen Soldaten der Kasernen waren im Genuß eines regelmäßigen Gehaltes. Somit wurde die bewaffnete Macht der Kommunistenpartei ins Leben gerufen. Später kaufte man ganze Organisationen an. Die jugendlichen Arbeiter waren

mit der ihnen von der sozialdemokratischen Partei zugebilligten Subvention unzufrieden, die Kuns lizitierten um 40 000 Kronen hinauf — und so „gewannen" sie die kleine, aber um so lautere Organisation der jugendlichen Arbeiter für sich. Jede neu gegründete revolutionsfeindliche Organisation — abgerüstete Offiziere, Soldaten, Unteroffiziere usw. — war der finanziellen Unterstützung der Kommunistenpartei sicher, soweit sie die Bedingungen Kuns, die im rücksichtslosen Kampf gegen die revolutionäre Sozialdemokratie gipfelten, zu erfüllen bereit war.

Der Seelenkauf erzielte naturgemäß einen immer größeren Erfolg. Zahlreiche Leute schlossen sich der Kommunistenpartei an. Leider auch solche, die die Zwecke der Kommunisten innerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Partei, den Weisungen der Kommunistenpartei entsprechend, verfolgten — vorderhand aber nur einige von den Gewerkschaftsführern untergeordneter Bedeutung.

Außer der Korruption war ihre Waffe die zügellose Demagogie, die jedem sozialistischen Bewußtsein widerlaufende Schlagwortpolitik und der beispiellose Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie.

„Den in Rußland lebenden ungarischen Bolschewiken — schreibt die ‚Népszava' — wäre es möglich gewesen unter dem reaktionären Tiszaregime nach Hause zu kommen. Es gab Sozialisten, die mit Gefährdung des eigenen Lebens die unerhörtesten Opfer brachten, um aus dem Ausland nach Rußland zurückkehren und zu einer Zeit für die Sowjetrepublik arbeiten zu können, da die Agitation noch nicht in bequemer Sicherheit geführt werden konnte."

„Bei uns schlossen sich der Kommunistenpartei am willigsten diejenigen an, die sich zur Zeit der Tiszareaktion, als die Agitation noch gefährlich war, in den Schützengräben bequemer, bürgerlicher Stellungen verkrochen hatten und nicht das geringste Interesse für die sozialistische Bewegung an den Tag legten."

„Erst als die organisierten Arbeiter Ungarns das alte Regime hinweggefegt hatten, als es die Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit und die Demokratie jedem ermöglicht, frei zu reden und zu schreiben, trifft die aus Rußland heimkehrende Hilfe ein, nicht um die verwirklichten Errungenschaften zu sichern, vielmehr um die Kraft der Arbeiterbewegung zu schwächen, die Partei zu lockern."

Die Sozialdemokraten suchen gegen die Demagogie und Verleumdung mit der Kraft der Überzeugung zu kämpfen. Dadurch wird die unter dem Schutze der Demokratie sich so ungebärdig radikal gebärdende Kommunistenpartei erst recht ermutigt und sie trachtet mit einer Menge neuer Verleumdungen und einer beispiellosen Heftigkeit der Kampfweise neue Anhänger zu werben. Von dieser Zeit an kann die sozialdemokratische Partei nicht umhin, nach zwei Richtungen hin zu kämpfen: einerseits gegen die die kommunistische Agitation als Vorwand benützende Gegenrevolution, und auf der anderen Seite gegen die bolschewistische Kampfmethode. Der an zwei Fronten geführte Krieg reibt die für die Partei und Revolution arbeitenden Kräfte noch mehr auf, und stellt sowohl unsere Partei, wie auch die Gewerkschaften vor neue Aufgaben.

Hie und da gelingt es den Kommunisten, einen kleineren Sieg davonzutragen. Bald schleichen sie sich in die Werkstatt- und Betriebskonferenz einer größeren Fabrik ein, bald kommen sie unter die Vertrauensleute einer sehr bedeutenden Gewerkschaft — der Dreherorganisation —, tauchen bei den Schneidern und anderen Branchen auf und gefährden hierdurch auch die Einheit der Gewerkschaften. Sie sind ungemein beweglich. Mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Geldmittel drängen sie sich überall ein. Sie stürzen das in den ungarischen Gewerkschaften bisher geltende Prinzip, demzufolge die Tätigkeit und die Agitation außerhalb der Gewerkschaften stehender Personen in den Organisationen nur auf Einladung der betreffenden Organisationen zulässig ist. Überallhin verlegen sie ihre Zellen, über Massen verfügen sie zwar noch nicht, stecken aber beträchtliche Massen der Arbeiter mit ihrer psychischen Seuche an.

Die neuen Massen nehmen die kommunistische Demagogie mangels sozialistischer und gewerkschaftlicher Vorbildung kritiklos hin und die ausgestreuten Losungsworte gewinnen immer breitere Schichten. Den Massen, die die Schwierigkeiten der sozialen Umwälzung, den Mangel an wirtschaftlichen Kräften nicht kennen, kommen Losungsworte wie die nachstehenden sehr sympathisch vor: die Bourgeoisie muß entwaffnet, die Arbeiterschaft bewaffnet werden; die Fabriken sind ihren bisherigen Eigentümern zu entreißen; Sozialisierung auf der ganzen Linie; alle Macht den Arbeiterräten; lauter Forderungen, die in der Seele jedes Arbeiters sicher-

lich Widerhall finden, wiewohl die kleine Schicht der klassenbewußten und sozialistisch geschulten Arbeiter sich darüber im klaren war, daß sie in dem von feindlichen Mächten umzingelten Ungarn, dessen Industrie noch unentwickelt war, und wo die wirtschaftliche Konstruktion des Agrarfeudalismus erst niedergerissen werden mußte, nur zum geringen Teil zu verwirklichen seien.

Noch gefälliger und erfolgsicherer als diese Losungsworte waren die übrigen Schlachtrufe der Kommunistenpartei. Die revolutionäre Regierung konnte keine Verfügung treffen, die sozialdemokratische Partei keine Beschlüsse fassen, die sie innerhalb 24 Stunden nicht überboten hätte. Die unorganisierten und undisziplinierten neuen Massen konnten keine unmögliche Forderung stellen, deren sie sich nicht sofort angenommen hätte. Bei der gewaltigen Armee der Arbeitslosen, bei den Zehntausenden der in entsetzlichem Elend darbenden Invaliden, bei den Hunderttausenden der ihrer Heimat entrissenen, geistig niedergebrochenen abgerüsteten Soldaten war dieser Demagogie der Erfolg von vornherein sicher.

Und die Kommunistenpartei baute ihre ganze Politik auf diese Massen. Sie ließ das Lumpenproletariat gegen das Proletariat, die unorganisierten, klassenunbewußten Massen gegen die organisierten und klassenbewußten Arbeiter aufmarschieren: gegen die Arbeitenden spielte sie die Arbeitslosen und Invaliden aus. Der stärksten Grundlage der Arbeiterbewegung, der Disziplin, stellte sie die gewerkschaftliche Disziplinlosigkeit entgegen. Indem sie die revolutionäre Opferwilligkeit verhöhnte und in den Kot zerrte, feuerte sie die Massen zur ewigen Unzufriedenheit, zur Auflehnung gegen die Revolution an: Sie fiel der gegen die Konterrevolution kämpfenden Revolution in den Rücken und förderte derart — wenn auch ungewollt — die Ziele der Konterrevolution. Theoretische Erörterungen der sozialistischen Taktik und der Probleme des Sozialismus wurden von kommunistischer Seite verschmäht. Das ganze geistige Arsenal ihres Marxismus und ihrer von Gemeinplätzen strotzenden Phraseologie bestand aus einigen allgemein bekannten, dem Zusammenhange entrissenen und an ungeeigneter Stelle sinnlos applizierten Sätzen des kommunistischen Manifestes. Die Demagogie braucht keine Theorie, sie mißbraucht sie.

XIII.

Die Besetzung des Landes.

Die Regierung und öffentliche Meinung hielten trotz der beim Waffenstillstandsvertrag erlebten Erniedrigung fest zum Pazifismus. Bei den bestehenden außenpolitischen Kraftverhältnissen konnten die verbluteten und besiegten Länder das Rettbare nur noch auf dem Wege der aufrichtigen Friedenspolitik retten. Gründlich mit der militaristischen Politik des alten Regimes aufzuräumen, dem Imperialismus die Idee der revolutionären Verbrüderung der Völker gegenüberzustellen: das war die Politik, die Ungarn — umzingelt von Ländern, die ihm ob der früheren Bedrückung durch die k. u. k. Monarchie feindlich gesinnt waren — notgedrungen einschlagen mußte.

Die Regierung erkannte das Selbstbestimmungsrecht der Nationen an und wollte Jászis Plan, den Staat der östlichen Schweiz innerhalb der vollendetsten Demokratie, verwirklichen. Allein die Regierung kam mit ihrem Plane infolge der Sünden des alten Regimes zu spät. Der Friedensschluß wurde bis zum letzten Augenblick sabotiert, so daß im Augenblick des Waffenstillstandes die Nationalitäten bereits ein Fait accompli geschaffen hatten.

Der Ententeimperialismus wollte sich Pfänder sichern und große Gebiete des Landes bereits vor der Friedenskonferenz besetzen. Bereits am Tage der Unterfertigung des Waffenstillstandes, am 13. November, treffen Meldungen ein, denen zufolge in Nordungarn tschechische Truppen aufgetaucht waren. Die Regierung läßt sich, bevor sie an Abwehr denkt, in Verhandlungen mit dem Budapester Gesandten der Prager Regierung, Dr. Stodola, ein, der erklärt, daß „es sich hierbei nur um irreguläre Freischärler handle. Der tschechoslowakische Staat stehe der Leitung dieser Truppen fern, die ungarische Regierung verwickle sich in keinen Konflikt mit der tschechischen, wenn sie die Freischärler aus dem Gebiete des Landes hinausdränge". Am 14. November besagen andere Nachrichten

schon, daß rumänische Vortruppen durch die Bergpässe der Karpathen eingedrungen seien, dabei seien Tirnau, Neu-Sillein von tschechischen Truppen besetzt, und die Serben im Vormarsch bis Neusatz. In Oberungarn geraten die ungarischen Regierungstruppen mit den tschechischen Truppen in Zusammenstoß, obwohl die ungarische Regierung alles aufbietet, um den Ausbruch des offenen Konfliktes hintanzuhalten.

In der tschechischen Nationalversammlung erklärt Ministerpräsident Kramarz am 15. November, daß „in der Slowakei Anarchie herrsche und die ungarische Regierung aufgefordert werde, das Slowakenland zu räumen und es mit tschechischem Militär besetzen zu lassen". Um der historischen Wahrheit willen muß festgestellt werden, daß in Nordungarn damals eine selbst in Friedenszeiten nicht übertroffene, vollständige Ordnung, Lebens- und Vermögenssicherheit herrschte.

Die Serben und Rumänen setzen unterdessen ihren Vormarsch fort, vorerst nur innerhalb der im Waffenstillstandsvertrag festgelegten Demarkationslinie, ohne jedoch die Verfügungen des Waffenstillstandsvertrages zu beachten, denen zufolge die in den geräumten Zonen benötigten Polizei- und Gendarmerietruppen an ihrer Stelle zu verbleiben haben und die bürgerliche Verwaltung der ungarischen Regierung nicht entzogen werden dürfe.

Am 18. November genehmigte der deutschöstereichische Staatsrat eine Resolution, in der die von deutscher Bevölkerung bewohnten Gebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg als zu Deutschösterreich gehörend erklärt werden. Dieser für Ungarn folgenschwere Entschluß stellt den ersten Glanzpunkt in der Geschichte der neuen europäischen Staatsgebilde dar, da er hervorhebt, daß kein unfreundlicher Schritt gegen Ungarn zur Durchführung der Annexion gebilligt werde, daß vielmehr das Selbstbestimmungsrecht der Nationen auch auf die Bevölkerung Westungarns ausgedehnt werden solle. Statt Waffen soll der freie Wille der Nationen entscheiden. Hierin waren die deutschösterreichische und ungarische Demokratie einig.

Allein der Friedenswille der Besiegten wurde von der Habgier der Sieger unterdrückt. Am 20. November richtet die tschechische Regierung ein Telegramm an die ungarische, worin erklärt wird, daß „die Staaten der Entente anerkannten, daß das slowakische Gebiet

ein Teil des tschechoslowakischen Staates sei. Der Waffenstillstandsvertrag sei daher für die tschechoslowakische Republik und das slowakische Gebiet auf keinen Fall maßgebend".

In diesem Telegramm beruft sich die tschechische Regierung zum ersten Male auf einen Beschluß der Entente, demzufolge der mit dem Oberkommando der Ententearmeen geschlossene Waffenstillstand einseitig und mit Gewalt außer Kraft gesetzt wird. Man erkennt von nun an weder den Vertrag Diaz, noch den Belgrader Waffenstillstandsvertrag als gültig an.

Jedes Unrecht wird mit dem brutalen Befehl der Sieger motiviert. Im Namen der ungarischen Regierung ließ Károlyi nichts unversucht, um den neuen Krieg gegen Ungarn zu verhindern und alle Interessenten zu bewegen, in der Frage der Zugehörigkeit der betreffenden Gebiete die Entscheidung der Friedenskonferenz abzuwarten: allein jede Anstrengung war vergeblich.

Die Tschechen setzten ihren Vormarsch fort, auch die Rumänen überschritten die Demarkationslinie, und überall, wo ihre Truppen einzogen, wurde die ungarische Verwaltung aufgehoben und die öffentliche Macht übernommen. Die Rumänen machen kein Hehl daraus, daß sie 26 Komitate Ungarns ohne Rücksicht auf die Siedelungsverhältnisse der Nationalitäten — die betreffenden Gebiete hatten mehr als eine Million ungarischer Bewohner — besetzen würden.

Dieser Plan wurde vom Nationalrat der ungarländischen Rumänen bereits in der ersten Hälfte November in der Form einer Denkschrift der ungarischen Regierung vorgelegt. Vorderhand nur in der Form, daß die ungarische Regierung gebeten wird, dieses Gebiet dem rumänischen Nationalrat in Siebenbürgen zu überlassen und all seine staatlichen, politischen, administrativen, gerichtlichen, pädagogischen, finanziellen, militärischen und Verkehrsorgane, die sich auf diesem Gebiet befänden, der Macht des Nationalrates zu unterstellen.

Auf Grund der rumänischen Denkschrift wurden Verhandlungen zwischen der ungarischen Regierung und dem rumänischen Nationalrat eingeleitet. Am 13. November traten die Delegierten der siebenbürgischen Rumänen in Arad mit den Vertretern des ungarischen Nationalrates, den Minister für nationale Minderheiten

Oskar Jászi und einen der Führer der sozialdemokratischen Partei, Desider Bokányi an der Spitze, zu einer Konferenz zusammen. Die Vertreter der ungarischen Regierung boten auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die vollkommenste administrative, kirchliche, gerichtliche und kulturelle Autonomie an und stellten die Schweizer Eidgenossenschaft als ihr Vorbild hin. Auf der Konferenz vertrat Bokányi — damals Sozialdemokrat, jetzt Kommunist — den intransigentesten chauvinistischen Standpunkt.

Den Ernst der Konferenz beeinträchtigte jene — offenbar unter dem Eindruck der damaligen revolutionären Stimmung getane — Äußerung Jászis, daß der Friede nicht von Foch und den übrigen säbelrasselnden Generälen, sondern von den Arbeiter- und Soldatenräten geschlossen werde. Diese Äußerung entsprach der tatsächlichen Lage nicht. In Ungarn war eine vornehmlich aus Bürgerlichen und nur in geringerer Anzahl aus Sozialdemokraten bestehende Koalitionsregierung die eine Verhandlungspartei, bei den Rumänen war dagegen von Arbeiter- und Soldatenräten keine Spur. Es ist unzweifelhaft, daß eine derartige Äußerung aus dem Munde eines bürgerlichen Ministers den Rumänen keineswegs sympathisch war und auch nach innen eine unangenehme Wirkung ausübte, da die Hoffnungen und vorderhand unerreichbaren Wünsche der Massen, die sich auf feinere Distinktionen nicht verstanden, durch sie nur gesteigert wurden.

Am 1. Dezember tritt die Siebenbürger Nationalversammlung, an der 680 gewählte Delegierte mit 1228 Mandaten teilnahmen, zusammen. Diese Nationalversammlung kam jedoch ohne eine systematische Wahl zustande. Mit Ausschluß der mehr als zweiundeinhalb Millionen ungarischen, deutschen und serbischen Bewohner der betreffenden Gebiete proklamierte die Nationalversammlung lediglich im Namen der zwei Millionen Rumänen den Abfall von Ungarn und die Vereinigung mit Rumänien. Die höchst wichtige Resolution besagt:

> Die rumänische Nationalversammlung Siebenbürgens, Ungarns und des Banats deklariert am 1. Dezember 1918 die Vereinigung aller Rumänen und den Anschluß aller Gebiete, wo auch Rumänen wohnen, an Rumänien. Die rumänische Natio-

nalversammlung stellt ihr unveräußerliches Recht auf das Gebiet des ganzen Banats fest, das von den Flüssen Maros, Theiß und Donau begrenzt ist.

Die übrigen Teile der Resolution beziehen sich auf die Autonomie Siebenbürgens und die Freiheitsrechte. Auffallend und besonders kränkend für die ungarische Demokratie war es, daß die Nationalversammlung, der auch die zweifellos schwach organisierten Sozialdemokraten Siebenbürgens beigewohnt hatten, die von der Monarchie bisher unterjochten, nunmehr befreiten Nationen: die Tschechoslowaken, Deutschösterreicher, Jugoslawen, Polen und Ruthenen begrüßte, Ungarn gegenüber aber den schärfsten Ton anschlug, als wäre nicht das für die Rechte der Nationalitäten kämpfende und vielgeprüfte neue demokratische Ungarn an der Herrschaft, sondern das alte Tiszasche Unterdrückungssystem.

Was darnach folgte, war bloß die Durchführung der vollendeten Tatsachen, denen die Regierung zwar in einem die Herrschaft der Demokratie gefährdenden Kampf ums Dasein entgegentrat, die sie aber nicht mehr ungeschehen machen konnte.

Am 2. Dezember richtet der Führer der Waffenstillstandskommission der Entente, Oberstleutnant Vyx, eine Note an die ungarische Regierung, in der „der befehlshabende General der verbündeten Armeen im Osten (also derselbe, der den Waffenstillstandsvertrag unterfertigt hatte) in Erfüllung aus Paris erhaltener Weisungen die ungarische Regierung verständigt, daß der tschechoslowakische Staat befugt sei, die slowakischen Gebiete zu besetzen und die Regierung aufgefordert wird, ihre Truppen aus den slowakischen Ländern unverzüglich zurückzuziehen".

Unter dem Zwang der Ententenote trifft Kriegsminister Albert Bartha Anfang Dezember im Auftrag der ungarischen Regierung eine Vereinbarung mit dem tschechoslowakischen Gesandten Milan Hodzsa in der Angelegenheit der provisorischen Räumung von acht ganzen und acht halben nordungarischen Komitaten, so daß sich eine Demarkationslinie von den nördlichen Grenzen Preßburgs beiläufig in der Richtung Ungvárs gebildet hätte. Noch war die Tinte auf diesem Vertrage nicht getrocknet, da kam bereits eine neue Note, die die Räumung und Übergabe ganz Oberungarns verfügte.

Die ungarische Bevölkerung der zu besetzenden Gebiete und die Regierung versuchen, die eindringenden Truppen mit der auf der

Demarkationslinie stehenden Armee in Oberungarn sowohl wie in Siebenbürgen aufzuhalten. In Oberungarn wird die Bevölkerung von Georg Szmrescányi bewaffnet — doch sie richtet ihre Gewehre nicht gegen die tschechischen Truppen, sondern gegen die revolutionäre Regierung. Der „Patriot" verzichtet lieber auf ein Drittel des Landes, um nur das Ungarn der Revolution niederringen zu können.

Rumänische, serbische und tschechische Truppen besetzten so nach und nach drei Fünftel des Landesgebietes.

Die wiederholte Verletzung der Waffenstillstandsvereinbarung, der vollständige Mangel an Rechtshilfe, die ostentative Mißachtung der Wilsonschen Grundsätze seitens der Entente, die vergeblichen Vorstellungen des ungarischen demokratisch-pazifistischen Regimes bei der Entente lösten bei den politisch ungeschulten und in der Außenpolitik unorientierten Massen eine dem neuen Regime ungünstige Wirkung aus. Die Gegenrevolution suchte die Regierung in verhüllter Form zu diskreditieren, in breiten Schichten wurde das Gerücht verbreitet, die Entente sei mit der ungarischen Demokratie sichtbar unzufrieden und löse deshalb von Tag zu Tag neue Glieder vom Körper des Landes ab.

Der Glaube der breiten Massen an den Pazifismus wurde schwankend, und man sah sich nach neuen Wegen um, um das Land vor der vollständigen und gewaltsamen, den Wilsonschen Grundsätzen hohnsprechenden Verstümmelung zu bewahren. Die Gegenrevolution wollte es geflissentlich nicht sehen, die revolutionären Massen vermochten es mangels politischer Schulung nicht einzusehen, daß jedes Übel und Unglück, auch die Zerstückelung des Landes, einzig und allein vom alten Regime heraufbeschworen worden war, das den Krieg erklärt, in die Länge gezogen und den rechtzeitigen Abschluß eines demokratischen, pazifistischen, auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhenden Friedens verhindert hatte.

Die Anzahl der Anhänger des Pazifismus nahm zusehends ab, der Nationalismus — der in der gegebenen weltpolitischen Lage nur der Gegenrevolution zugute kommen konnte — wurde täglich stärker.

XIV.

Pogány als Ministerstürzer.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten und Wirren, der Auflösung der Armee, des Heimtransportes großer Soldatenmassen, ungeachtet der Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Anarchie, die sich der Aufstellung der neuen Wehrmacht in den Weg stellte, gelang es der organisierten Arbeiterschaft dank ihrer über das ganze Land ausgebreiteten propagandistischen und organisatorischen Tätigkeit innerhalb weniger Wochen, dem wirtschaftlichen und sozialen Leben ins alte Gleis zu verhelfen. Der Abbau der Machtorgane des alten Regimes hatte im wesentlichen seinen Abschluß gefunden. Es mußte mit der neuen Arbeit des Aufbaues, des Schaffens und der Produktion begonnen werden, um den Bestand der Revolution zu sichern. Das Revolutionsfieber hatte sich gelegt, hie und da gab es noch Ausschreitungen, die die Ordnung der Revolution gefährdeten, im großen und ganzen war jedoch der Augenblick gekommen, da man energisch darangehen konnte, die vom Krieg und vom Zusammenbruch geschlagenen Wunden zu heilen.

Die neue Armee war, nachdem die hauptsächlichen Schwierigkeiten überbrückt wurden, wenn auch in langsamem Tempo, entstanden. Am 16. November waren bei den 17 Budapester Ersatzkommandos 287 Offiziere und 605 Soldaten eingerückt, einen Monat später hatte die neue Armee bereits 72 000 Mann.

In dieser beinahe konsolidierten, den Verlauf der Revolution günstig beeinflussenden Lage wurde die Arbeit des revolutionären Aufbaues von einem unheilvollen Ereignis schwer gestört.

Eine gewissenlose, mit maßloser Unverantwortlichkeit auftretende Demagogie mißbrauchte die Armee zu einer Aktion, deren demoralisierende Wirkung im militärischen, organisatorischen, wirtschaftlichen und politischen Leben monatelang nachhielt. Die bewaffnete Macht der Regierung stürzte ohne Wissen und wider Willen der revolutionären Regierung mit Gewalt ein Mitglied derselben und

bot damit den zu Gewalttätigkeiten ohnehin neigenden Soldaten ein anschauliches Bild von der Macht des unverantwortlichen Massenterrors.

Der Regierungskommissär des Soldatenrates, Josef Pogány, ließ am 12. Dezember — ich wiederhole — ohne Wissen der Regierung und der sozialdemokratischen Partei die Budapester Garnison gegen den im Ministerrat bereits zur Demission veranlaßten Kriegsminister aufmarschieren. Dieser sinn- und zwecklose Massenterror legte es klar an den Tag, daß Pogány über die Armee auch gegen den Willen der Regierung, ja der sozialdemokratischen Partei, frei verfüge. Durch seine Tat wurde den Massen dargetan, daß man die Waffe des Terrors selbst gegen die revolutionäre Regierung, ja gegen die sozialdemokratische Partei gebrauchen könne und dürfe. Dieser Auftakt des Massenterrors brachte die Revolution unmittelbar an den Rand des Abgrundes.

Zum Verständnis dieses katastrophalen Zwischenfalles ist die Kenntnis der Zustände im Kriegsministerium unerläßlich. An dessen Spitze stand Kriegsminister Albert Bartha, dem als Staatssekretär Stephan Friedrich beistand. Infolge der Schwäche Barthas und der Regierung konnte Friedrich, ein beispiellos zielbewußter Abenteurer und Streber, trotz des diesbezüglichen Regierungsbeschlusses, von dem Posten des Staatssekretärs nicht verdrängt werden.

Friedrich hatte es offenbar darauf abgesehen, Kriegsminister zu werden. Er war bestrebt, sich nach zwei Richtungen hin zu sichern. Einerseits stärkte er die Macht Pogánys, anderseits erwies er der Gegenrevolution mehr als einen Dienst.

Ende November unterbreitete Pogány dem Kriegsminister Bartha eine Denkschrift über das System der Soldatenräte und der Vertrauensmänner sowie über das neue Dienstreglement. In diesem Memorandum war es Pogány, dem vorzüglichen Schriftsteller, zweifellos gelungen, ein höchst gefälliges, für Agitationszwecke ungemein geeignetes Schriftwerk zu schaffen. Anderseits mangelte es diesem Entwurf an einer freimütigen und unerschrockenen Zusammenfassung der im organisatorischen Leben unerläßlichen Erfahrungen, an den Vorbedingungen der demokratischen Disziplin. Das Memorandum hätte vielleicht als Verhandlungsbasis dienen können, allein das stark an propagandistische Leitartikel ge-

mahnende Werk war sicherlich nicht danach angetan, in Paragraphen gefaßt, die Verhältnisse der neuen Armee zu regeln.

Der unbeholfene und immer unschlüssige Bartha vertraute die Erledigung des Memorandums und des Dienstreglements seinem Staatssekretär Friedrich an, der das Reglement in einer geheimen Beratung mit dem Obersten des Generalstabes Lorx (dem späteren Kriegsminister der konterrevolutionären Putschregierung Friedrichs), dem Oberstleutnant Kerekes, einem dritten Stabsoffizier und mit Josef Pogány im Sinne des Memorandums zusammenstellte und erließ. Friedrich, ein talentloser, oberflächlich gebildeter, doch mit feiner Witterung begabter Mann, war herzensgern beim Erlaß einer die revolutionäre Ordnung der Armee gefährdenden Verordnung behilflich, da er von ihr den Ausbruch der Anarchie und durch diese die Verwirklichung seiner egoistischen Ziele erwartete.

Friedrich bediente sich Pogánys zwar in der Verfolgung seiner eigenen Ziele, anderseits aber sammelte er Kräfte, um den Rivalen loszuwerden. Gleichzeitig mit dem Erlaß der Verordnung über die Soldatenräte und die Vertrauensmänner bereitete er die Organisation gegenrevolutionärer Alarmtruppen vor. Mit großer Geheimtuerei stellte er (sub numero 32 243 Präs. I) eine vertrauliche Verordnung fertig, derzufolge zur Aufrechterhaltung der Ordnung gewisse als fliegende Brachialformationen verwendbare Bataillone aufzustellen seien.

> „Im Umkreis jedes Bezirkskommandos sind je ein oder mehrere Alarmbataillone aufzustellen. Ein Alarmbataillon setzt sich aus vier Infanteriekompagnien, einer Maschinengewehrkompagnie, einer Artillerietruppe, einer Minenwerfer- und Handgranatenabteilung und einer Kavallerierotte zusammen. Überdies ist die Aufstellung besonderer Alarmfeldbatterien und Kavallerieeskadronen in Angriff zu nehmen. Als Kommandanten der Alarmtruppen kommen, ohne Rücksicht auf die Charge, nur energische und kriegserfahrene Offiziere in Betracht, die zur strategischen Leitung der betreffenden Formation durchwegs geeignet sind. In die Alarmtruppen sind ausschließlich sich freiwillig meldende Soldaten aufzunehmen. Selbst diese müssen jedoch einer genauen Prüfung unterworfen werden. Ich lege besonderes Gewicht darauf, daß nur ent-

schlossene, arbeitsfrohe und tüchtige Offiziere aufgenommen werden. Die den Alarmtruppen angehörenden Militärpersonen werden ein besonderes Abzeichen tragen[1]."

Friedrich gibt also einerseits eine Verordnung heraus, die den Zweck der Desorganisation der Armee verfolgt, anderseits aber will er aus „entschlossenen Offizieren" und weiterdienenden Unteroffizieren sogenannte Offiziersregimenter zum Sturz der Revolution ins Leben rufen, um im geeigneten Augenblick zur Sicherung seiner selbstsüchtigen prätentiösen Ziele über eine Armee zu verfügen, die sich auch gegen die Revolution gebrauchen läßt.

Bezeichnend für die dunklen Pläne Friedrichs ist die Tatsache, daß er die Verordnung über die Alarmtruppen am 4. Dezember unterfertigte, mithin einen Tag später, als die Verordnung über die Soldatenräte fertiggestellt wurde. Pogány, der ihm mit unerhörtem Leichtsinn und beispielloser Gewissenlosigkeit auf den Leim ging, merkte nicht, daß Friedrich das Vertrauen der revolutionären Regierung schändlich mißbrauchte, während er ihn für sich zu gewinnen bestrebt war.

Am 6. Dezember wird die Verordnung über die Alarmtruppen auch vom Kriegsminister Bartha unterfertigt. Tags darauf ließ mir ein anständig gesinnter Stabsoffizier ein Exemplar der heimlich fertiggestellten Verordnung zukommen. Ich brachte das in Angriff genommene Attentat den sozialdemokratischen Ministern der Regierung, Garami und Kunfi, unverzüglich zur Kenntnis, wobei ich auf die Gefahr verwies, daß die aufs Geratewohl und ohne jede Fachkenntnis fertiggestellte Verordnung über die Soldatenräte die Revolution selbst in Frage stelle. Auf Vorschlag der sozialdemokratischen Minister befaßten sich zunächst Károlyi, am 8. Dezember auch der Ministerrat, mit der zweideutigen Rolle Barthas und Friedrichs. Am 11. Dezember veranlaßte der Ministerrat Bartha, zu demissionieren, und am 12. Dezember früh veröffentlichten die Blätter bereits ein halbamtliches Kommuniqué, demzufolge

„die Rekonstruktion der Regierung im Gange sei, die hauptsächlich infolge der Fragen der Organisierung der Wehrmacht und der Bodenreform unvermeidlich geworden".

[1] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

Die Regierung gab es somit der Öffentlichkeit kund, daß Bartha gestürzt und an seiner Stelle ein anderer Kriegsminister zu ernennen sei.

Pogány wollte aber seine Macht zeigen und den Nachweis erbringen, daß er sich bei seiner Allmacht auch den Sturz eines Ministers leisten könne.

Am 12. Dezember — also am Tage, an dem die Demission Barthas in der Presse veröffentlicht wurde — teilte mir Garami in den Vormittagsstunden telephonisch mit, daß eine Menge von Soldaten über die Kettenbrücke nach der Burg im Anmarsch sei und fragte mich, was diese militärische Kundgebung bezwecke. Da ich von den sich vorbereitenden Ereignissen keine Ahnung hatte, blieb ich ihm den Bescheid schuldig. Ich rief das Parteisekretariat an, wo man über den Anmarsch ebenso unorientiert war wie die sozialdemokratischen Exponenten der Regierung.

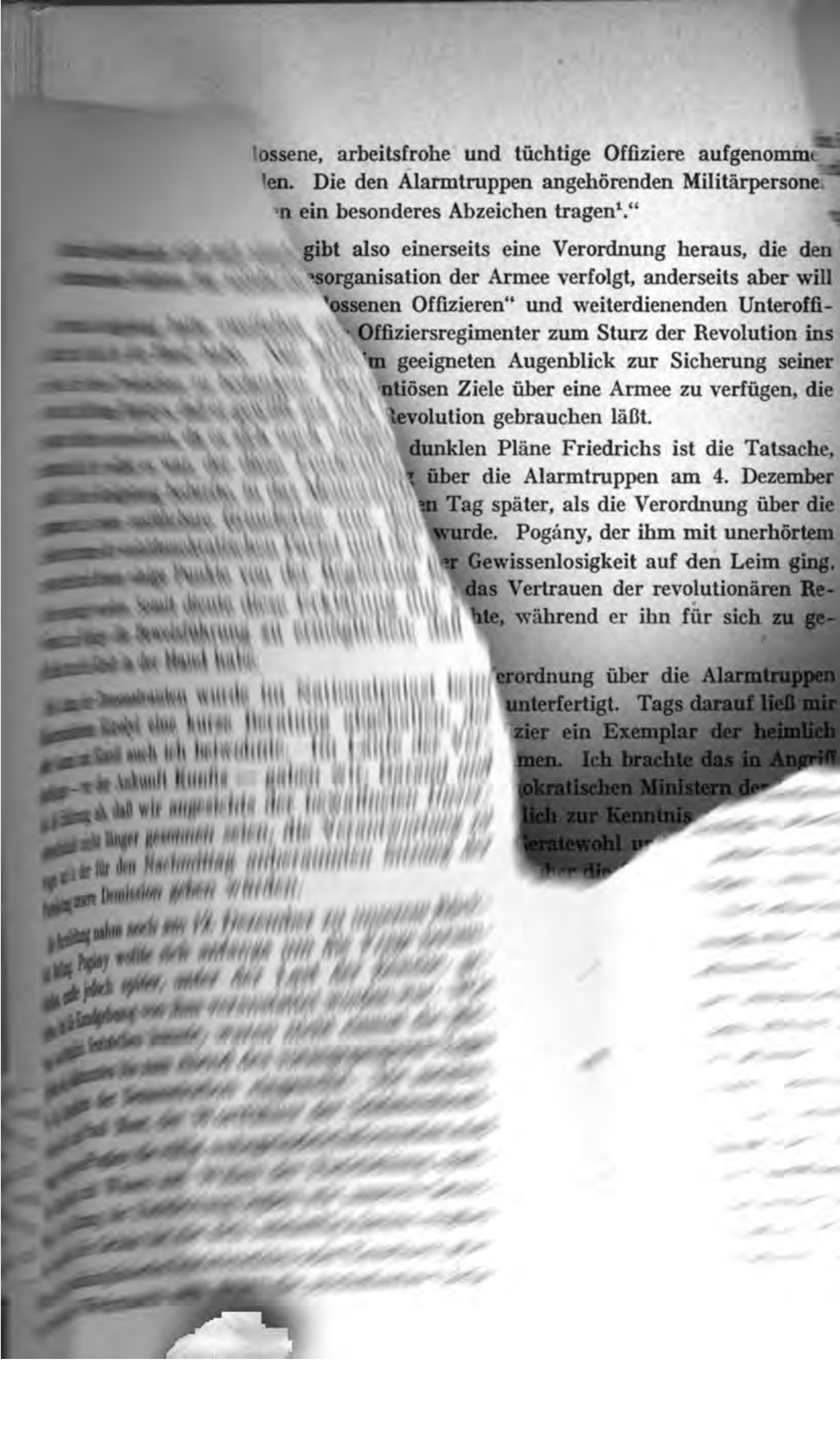
Unterdessen waren die bewaffneten Soldaten in der Burg angelangt. Die Kanonen wurden gegen das Kriegsministerium aufgestellt und eine Abordnung zum Regierungschef Michael Károlyi entsendet, die um die Entfernung Barthas, die Reorganisation des Kriegsministeriums, die Auflösung der Offizierstruppen und die verbürgte Zusicherung einer Verfügung bat, daß die Wahl der Kommandanten künftighin den einzelnen Truppen selbst anheimgestellt werde.

Inzwischen erschien ein Artilleriedelegierter des Soldatenrates in meinem Amte und forderte mich auf, das Gebäude des Kriegsministeriums zu verlassen, da man im Falle, daß die Forderung der Soldaten nicht erfüllt und Bartha auch weiterhin in der Regierung verbleiben werde, das Ministerium beschießen würde. Dieser freundlichen Aufforderung kam ich selbstverständlich nicht nach. Károlyi stellte der Abordnung, die bei ihm vorsprach, die Untersuchung der Angelegenheit in Aussicht, wobei er die ohnehin schon erfolgte Annahme der Demission Barthas sehr richtig verschwieg.

Kaum war die Abordnung von Károlyi zurückgekehrt, hielt Pogány eine Ansprache an die Soldaten, in der er stolz erklärte:

> die heutige Demonstration habe bewiesen, wer die Macht und die Kraft in diesem Lande in der Hand habe.

In echter Pharisäerart fügte er noch hinzu, daß er



lossene, arbeitsfrohe und tüchtige Offiziere aufgenomme
len. Die den Alarmtruppen angehörenden Militärpersone
n ein besonderes Abzeichen tragen[1]."

gibt also einerseits eine Verordnung heraus, die den
sorganisation der Armee verfolgt, anderseits aber will
lossenen Offizieren" und weiterdienenden Unteroffi-
Offiziersregimenter zum Sturz der Revolution ins
m geeigneten Augenblick zur Sicherung seiner
ntiösen Ziele über eine Armee zu verfügen, die
Revolution gebrauchen läßt.

dunklen Pläne Friedrichs ist die Tatsache,
über die Alarmtruppen am 4. Dezember
n Tag später, als die Verordnung über die
wurde. Pogány, der ihm mit unerhörtem
r Gewissenlosigkeit auf den Leim ging,
das Vertrauen der revolutionären Re-
hte, während er ihn für sich zu ge-

erordnung über die Alarmtruppen
unterfertigt. Tags darauf ließ mir
zier ein Exemplar der heimlich
men. Ich brachte das in Angriff
okratischen Ministern de
lich zur Kenntnis
eratewohl u

…ligung und die sozialdemokratische Partei auszuspielen, wenn die Partei nicht entschlossen gegen solche Demonstrationen Stellung nehmen und Disziplinlosigkeiten ungeahndet lassen werde. In der Beurteilung der Verletzung der Disziplin, der Zwecklosigkeit der Kundgebung und der schädlichen Folgen schloß sich die Parteileitung einstimmig unserer Auffassung an. Pogánys Vorgehen wurde allgemein aufs schärfste verurteilt. Nur war man nicht einig darüber, ob es angebracht sei, in diesem Augenblick den aufgeregten militärischen Demonstranten entgegenzutreten und den Arrangeur der Demonstration von der Spitze der Soldatenräte zu entfernen bzw. ob man gleichzeitig mit dem Sturz Barthas auch den Vorsitzenden des Soldatenrates stürzen dürfe.

Ich stellte der Partei den Antrag, Pogány an meiner Stelle zum Staatssekretär ernennen zu lassen. Ich erklärte mich bereit, den Posten des Regierungskommissars der Soldatenräte anzunehmen und zu verbürgen, daß die Wehrmacht unter keinen Umständen gegen die revolutionäre Regierung mißbraucht werden könne, am wenigsten ohne Wissen und Willen der sozialdemokratischen Partei. Im Falle der Annahme meines [illegible] Antrages [illegible]

[illegible]

im Namen des Soldatenrates sich mit sämtl... aufgenom... der demonstrierenden Soldaten für solidarisc... Militärperson...

Die bewaffnete Kundgebung hatte zweifellos ge... Macht und die Kraft in der Hand habe. Nur hatte..., die de... Grund, sich für diese Produktion zu bedanken. Phar... aber will... vor allem die Erklärung Pogánys, daß er gewillt sei, sich ...teroffi-... rungen der Soldaten anzunehmen, da es sich nach einiger...tion ins... herausstellte, daß er selbst es war, der diese Forderung... seiner größter Teil keiner Kundgebung bedurfte, in das Memorand..., die genommen hatte, dessen ausführbare Grundsätze nur dem... tärischen Programm der sozialdemokratischen Partei und der ...che, rung entlehnt und dessen einige Punkte von der Regierung be...ber früher genehmigt wurden. Somit diente diese Erklärung nur z...e Vorwand, um Pogány die Beweisführung zu ermöglichen, daß ... die Macht und die Kraft in der Hand habe.

Nach Abzug der Demonstranten wurde im Nationalpalast beim Ministerpräsidenten Károlyi eine kurze Beratung abgehalten, der außer Garami und Kunfi auch ich beiwohnte. Im Laufe der Verhandlungen — vor der Ankunft Kunfis — gaben wir, Garami und ich, die Erklärung ab, daß wir angesichts der bewaffneten Unverantwortlichkeit nicht länger gesonnen seien, die Verantwortung zu tragen und in der für den Nachmittag anberaumten Sitzung der Parteileitung unsere Demission geben würden.

Die Parteileitung nahm noch am 12. Dezember zu unserem Rücktritt Stellung. Pogány wollte sich anfangs um die Frage herumdrücken, mußte jedoch später, unter der Last der Beweise, gestehen, daß die Kundgebung von ihm veranstaltet worden war. Wie man nachträglich feststellen konnte, waren nicht einmal die Mitglieder des Soldatenrates bis zum Abend des vorangegangenen Tages in die Einzelheiten der Demonstration eingeweiht. Die meisten, namentlich auch Paul Moor, der Wortführer der Soldatenabordnung, erhielten von Pogány die völlig unbegründete Information, daß die Kundgebung mit Wissen und Willen der Parteileitung stattfinde. In der Sitzung der Parteileitung legten wir unseren Genossen vornehmlich die Gefahr dar, die sich zukünftig daraus ergeben könne, daß es undisziplinierten Soldatenräten oder Einzelnen jederzeit freistehe, die Wehrmacht auch gegen die revolutionäre Regie-

rung und die sozialdemokratische Partei auszuspielen, wenn die Partei nicht entschlossen gegen solche Demonstrationen Stellung nehmen und Disziplinlosigkeiten ungeahndet lassen werde. In der Beurteilung der Verletzung der Disziplin, der Zwecklosigkeit der Kundgebung und der schädlichen Folgen schloß sich die Parteileitung einstimmig unserer Auffassung an. Pogánys Vorgehen wurde allgemein aufs schärfste verurteilt. Nur war man nicht einig darüber, ob es angebracht sei, in diesem Augenblick den aufgereizten militärischen Demonstranten entgegenzutreten und den Arrangeur der Demonstration von der Spitze der Soldatenräte zu entfernen bzw. ob man gleichzeitig mit dem Sturz Barthas auch den Vorsitzenden des Soldatenrates stürzen dürfe.

Ich stellte der Partei den Antrag, Pogány an meiner Stelle zum Staatssekretär ernennen zu lassen. Ich erklärte mich bereit, den Posten des Regierungskommissärs der Soldatenräte anzunehmen und zu verbürgen, daß die Wehrmacht unter keinen Umständen gegen die revolutionäre Regierung mißbraucht werden könne, am wenigsten ohne Wissen und Willen der sozialdemokratischen Partei. Im Falle der Annahme meines aus ernster Erwägung gestellten Antrages vermeinte ich, vermöge meiner [illegible]jährigen Erfahrungen im gewerks[illegible]isherige, der Revolution gefährliche [illegible]isziplinlosigkeit der Armee beseitigen und die revolutionäre Disziplin befestigen zu können.

Leider war die überwiegende Mehrheit der Parteileitung, selbst die Pogány nicht besonders freundlich gesinnten Gewerkschaftsführer — wie Rothenstein, Weltner, Bokányi und andere — aus Opportunitätsgründen nicht geneigt, die Frage Pogány in der gegebenen Lage aufzurollen. Sie waren sich der primären Wichtigkeit der Position der Soldatenräte nicht bewußt, und einer falschen Beurteilung der Lage zufolge beschlossen sie, Pogány vorderhand auf seinem Posten zu belassen, und wir, die wir die Krise heraufbeschworen hatten, waren gezwungen, uns der Parteidisziplin zu fügen.

Vom historischen Standpunkt erscheint der persönliche Hintergrund der Unternehmung Pogánys in noch merkwürdigerem Licht. Die Handlanger Pogánys bei der Demonstration waren der Oberst Alexander Márki, der geistige Urheber der nach dem Sturz der Revolution erfolgten verbrecherischen Hinrichtung des Parteisekretärs Nikolaus Cservenka, Karl Vedres, der nach dem Zusammenbruch

flink zum Christlichsozialen umzusatteln verstand und endlich Hauptmann Schiffer, der Eigentümer eines großkapitalistischen Unternehmens.

Solche „Revolutionäre“ waren natürlich bei einem Angriff gegen die Volksregierung und die Sozialisten überaus gerne behilflich.

Die persönlichen Momente der Angelegenheit Pogány wurden somit abgetan. Die Frage selbst legte jedoch unbezwingliche Hindernisse in den Weg der Revolution. Kriegsminister Bartha und mit ihm Minister des Inneren Batthyány (der in der am 18. November abgehaltenen Sitzung des Arbeiterrates wegen der Sabotage der Verwaltung und seiner Schwäche gegenüber der Konterrevolution unter lebhafter Zustimmung des ganzen Arbeiterrates heftig angegriffen wurde) gaben auch förmlich ihre Demission und zogen sich von der Regierung zurück. Batthyánys Stelle wurde mit Vince Nagy, einem hochgebildeten, wirklich demokratisch gesinnten ernsten bürgerlichen Revolutionär besetzt. Die provisorische Leitung des Kriegsministeriums wurde nominell von Károlyi übernommen, in Wirklichkeit wurden die Agenden von mir geführt.

Von Tag zu Tag bekam die rekonstruierte Regierung Kostproben von der Wirkung, die die Pogánysche Kundgebung auf die Massen ausübte. Die unheilvolle Wirkung der Nachgiebigkeit wurde immer fühlbarer.

Die katastrophale Wirkung wurde durch die Tatsache noch gesteigert, daß die sozialdemokratische Partei Pogány auch nach außen hin nicht desavouierte. Das Parteiblatt „Népszava“ jubelte in ihrer am 13. Dezember erschienenen Nummer trotz der besseren Einsicht mit Rücksicht auf die zunehmende Gefahr der Gegenrevolution der Demonstration unverblümt zu, anstatt diese aufrichtig und offen zu tadeln. Das Blatt schrieb folgendes:

„Die Gegenrevolution der Gesellschaft Bartha-Friedrich löste mit unwiderstehlicher Kraft die Gegendemonstration der revolutionären Soldatenmassen aus, brachte die gewaltige und unvergeßliche militärische Kundgebung vom Donnerstag zur Explosion . . . Die Soldaten Budapests können auf ihre Kundgebung stolz sein . . . Die Soldatenmassen zeigten, daß sie der Sozialdemokratie zugetan seien . . .“

Leider hatte die Demonstration gerade das Gegenteil bewiesen. Der einzige mildernde Umstand ist, daß auch dieser Artikel von der-

selben Person verfaßt wurde, die an der Spitze der Kundgebung stand: von Josef Pogány. Nur konnten die Massen das natürlich nicht wissen.

Die getreuen Nachahmer, lachenden Erben und Schürer der derart angepriesenen und ungeahndet gebliebenen Disziplinlosigkeit waren natürlich die Kommunisten. Diese beuteten die unvermeidliche Unzufriedenheit der abgerüsteten Soldaten, der Arbeitslosen und Invaliden zur Veranstaltung von Massendemonstrationen nach dem Beispiel Pogánys aus, und mit solchen Demonstrationen wurde die revolutionäre Regierung, zumal deren linker Flügel, die sozialdemokratische Partei, beinahe von Woche zu Woche terrorisiert.

XV.

Oberstleutnant Vyx.

Sämtliche Aktionen der Entente waren wie geschaffen, um die zur Macht gelangte Demokratie niederzurennen und dem nach Macht strebenden alten Regime mit Hilfe der Gegenrevolution wieder ans Ruder zu verhelfen.

Dieses Ziel verfolgte die aus Ententeoffizieren bestehende Waffenstillstandskommission, deren Führer und bevollmächtigter Befehlshaber Oberstleutnant Vyx war. Ich hatte wiederholt Gelegenheit, mit Vyx persönliche Rücksprache zu pflegen. Ich lernte in ihm einen unwissenden, auch innerlich brutal veranlagten, der royalistischen Gegenrevolution freundlich gesinnten Offizier kennen. Er trifft Ende November in Budapest ein und in einigen Tagen ist es bereits klar, daß das Land eigentlich von ihm regiert wird. Er verfügt über sämtliche Eisenbahnen, Verkehrsstraßen, Kohlenbergwerke und über die Rohstoffproduktion Ungarns, er erläßt Verordnungen, die die Regierung innerhalb befristeter Termine zu erfüllen verpflichtet ist. Der bevollmächtigte Diktator, der mit Ungarns Volk und Wirtschaftsleben schaltet und waltet, kennt Ungarn gar nicht. In wirtschaftlichen Fragen ist er so unorientiert, als hätte er bisher nichts von der Existenz dieses Landes gewußt. Sein Auftreten wird durch die Brutalität des Siegers gekennzeichnet. Er ist der Typus des kaiserlichen und königlichen Feldwebels der alten österreichisch-ungarischen Armee. Hätte ein wirklich siegreicher General oder Truppenführer diese Rolle gespielt, so wäre dieser Unsinn zwar auch nicht zu verzeihen, aber doch zu verstehen gewesen. Daß aber ein Land, das sich nach Entwicklung, Leben, Demokratie und Frieden sehnt, einem in Generalstabsbureaus herumlungernden, subalternen, unwissenden Gelbschnabel von einem Offizier ausgeliefert wurde, bleibt ein ewiger Schandfleck des französischen Militarismus, der die französische Demokratie besudelt.

Es ist gewiß keine leichte Arbeit, die seit Jahrhunderten bestehende wirtschaftliche Einheit eines Landes zu verstümmeln, ganze Gliedmaßen von seinem Körper abzureißen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Operation an und für sich zu schwer ist, um im operierten Körper keinen Fieberzustand zu erregen. Ebenso sicher ist es aber, daß das Vorgehen, die Behutsamkeit und die Fachkenntnis des operierenden Arztes viel zur Linderung der Schmerzen beizutragen und möglichen Katastrophen vorzubeugen vermag. Der Sturz und die verhängnisvollen Katastrophen der Revolution sind angehäuften historischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Kräften zuzuschreiben. Sei dem wie es wolle, die Verantwortlichkeit, den Sturz herbeigeführt zu haben, fällt zum größten Teil dem Vorgehen der Entente und ihrem Oberstleutnant Vyx zu. Alles, was Vyx und Genossen getan haben, schwächte die Grundlage der Revolution, die Demokratie, und trieb die verzweifelten Massen in die Arme des Bolschewismus. Vyx stärkte mit seinen wirtschaftlichen Maßnahmen den gesellschaftlichen, mit seinen politischen Verfügungen aber den nationalen Bolschewismus.

Die Waffen, deren sich die Rücksichtslosigkeit Vyx' bediente, waren nicht die des männlichen Kampfes, sondern Hinterlist, Anhäufung von Unwahrheiten und unaufhörliche Erniedrigung der Revolutionsregierung.

Am 3. November wurde der Waffenstillstand in Padua geschlossen. Entgegen der Vereinbarung drangen die Ententetruppen in Ungarn ein und setzten ihren Vormarsch so lange fort, bis sich die ungarische Regierung zur Unterfertigung eines neuen Militärabkommens bequemte.

Am 13. November wird das Belgrader Militärabkommen unterzeichnet, das im Süden des Landes eine neue Demarkationslinie bestimmt.

Kaum ist die Tinte auf dem neuen Vertrag trocken, dringen bereits im Norden des Landes fremde Truppen ein.

Im Namen der ungarischen Regierung wendet sich Károlyi telegraphisch an den Versailler Kriegsrat der alliierten Truppen und bittet um die Beseitigung der wesentlichen Widersprüche zwischen den Diazschen und Belgrader Waffenstillstandsverträgen. Man hält es nicht der Mühe wert, seine Vorstellungen zu beantworten.

Oberstleutnant Vyx nimmt die mündlichen und schriftlichen Einsprüche der ungarischen Regierung in den Fragen der Verletzung des Waffenstillstandsvertrages täglich entgegen. Teilweise läßt er die Proteste unbeantwortet, geruht er aber zu antworten, so sind seine Erklärungen in der Regel eine selbst in der Diplomatie einzig dastehende Häufung von Trug, Lug und Unwahrheit.

Am 15. Dezember erhält die ungarische Regierung auf vertraulichem Wege den mit Nr. 938 bezeichneten Befehl des rumänischen Generals Bresan, demzufolge die rumänischen Truppen die Demarkationslinie in Siebenbürgen zu überschreiten und vorderhand die Linie Dées—Klausenburg—Arad zu besetzen haben, wieder mit der unwahren Begründung, daß „das Vermögen und Leben der dortigen Bevölkerung gefährdet sei". Die ungarische Regierung teilt dies noch am selben Tage dem Oberstleutnant Vyx mit, der erklärt, daß er die Sache „nicht für authentisch erachte, da ihm von seinen Obrigkeitsbehörden keine diesbezügliche Information zugekommen sei." Als ihn die ungarische Regierung ersucht, diese Verletzung des Waffenstillstandsvertrages seinen Vorgesetzten zu melden, gibt er die empörende Antwort, daß „er nicht imstande sei, eine amtliche Meldung zu erstatten, da er den Grund des Vormarsches nicht kenne".

Den Protest über die Verletzung des Waffenstillstandsvertrages, die sich die Rumänen mit der Übernahme der Verwaltung zuschulden kommen lassen, „könne er ebenfalls nicht in Betracht ziehen, da dies eine politische Frage darstelle", dagegen „mache er die ungarische Regierung aufmerksam, daß im Falle eines rumänischen Vormarsches die ungarischen Truppen zur Hintanhaltung überflüssigen Blutvergießens sich des Feuergefechtes enthalten und sich zurückziehen sollen".

Man müßte weit ausholen, um alle Momente der traurigen Rolle Vyx' zu schildern, ich beschränke mich daher auf die Feststellung der Tatsache, daß die ungarische Regierung vom 1. Dezember an täglich neue ähnliche Noten erhielt, in denen Vyx über die Besetzung immer neuerer Gebiete berichtete, wobei er sich stets darauf berief, daß „nur strategische Punkte besetzt werden, die Verwaltung jedoch auch weiterhin ungarisch bleiben werde". Trotz aller Versprechen zeigte sich die Besetzung der strategischen Punkte nach 24 Stunden als politische, militärische, wirtschaftliche, admini-

strative und verkehrspolitische Besetzung, so daß nach und nach beinahe drei Fünftel des Landes unter fremde Herrschaft gerieten.

Das Land, das eines beträchtlichen Teiles seines Gebietes, seiner Eisenbahnen, seiner Rohstoffe und seiner Lebensmittel beraubt wurde, wird der schwersten Wirtschaftskrisis preisgegeben. Der tschechoslowakische Staat beschlagnahmte die aus Deutschland nach Ungarn rollende Kohle und stellte auch die Sendung seiner eigenen Kohle ein. Die Regierung wendete sich in ihrer peinlichen Lage an Vyx um Hilfe, der aber jeden Waggon Kohle mit territorialen Zugeständnissen, mit Verkauf von Rechten bezahlen lassen wollte.

Übrigens können der Gedankengang und die Handlungen Vyx' und seiner unbekannten Gebieter kaum besser beleuchtet werden, als dies in seinen Noten der Fall war.

Die ungarische Regierung forderte wiederholt, daß ihr als einem Faktor des Waffenstillstandsvertrages das Recht zugebilligt werde, bei der Feststellung der Demarkationslinie mitreden zu dürfen.

Vyx antwortet unter Bezugnahme auf eine angebliche Verordnung mit folgender 271/2. S. bezeichneten charakteristischen Note:

> Der zum Ausdruck gebrachte Anspruch der ungarischen Regierung, bei der endgültigen Feststellung der Demarkationslinie auch angehört zu werden, ist unannehmbar![1]
>
> Der von der ungarischen Regierung aufgestellte Grundsatz wäre richtig, wenn es sich in Friedenszeiten um die endgültige Feststellung der Landesgrenzen zweier benachbarter Völker handelte. Dies entspricht jedoch den Tatsachen bei weitem nicht. Das besiegte Ungarn bittet um Kapitulation, und die siegreiche Entente forderte die Besetzung eines Teiles des ungarischen Gebietes, um einem sich eventuell erneuernden Angriff vorzubeugen.

---

[1] Derselbe Standpunkt, der in den vom 1. bis 5. November stattgefundenen Verhandlungen des Diazschen Waffenstillstandsvertrages von den Italienern vertreten wurde (vergleiche Nyékhegyi: Der Waffenstillstandsvertrag Diaz, S. 39, 40, 56). Deshalb entbehrt der böswillige Vorwurf, die Schwäche der Károlyi-Regierung hätte die Besetzung des Landes herbeigeführt, jeder wie immer gearteten Grundlage. Die Sieger diktierten und die Besiegten gehorchten — in Ungarn nicht weniger als in Deutschland.

> Bei Unterfertigung des Waffenstillstandsvertrages war die Grenze des besetzten Gebietes auf einer kleinen Landkarte nur in großen Zügen zu bezeichnen. Seither machte die Art, in der die ungarische Regierung ihren Verpflichtungen nachgekommen und insbesondere das wohlwollende Benehmen, mit dem sie der Armee Mackensens begegnet ist, die genauere Bestimmung der gegen sie angewendeten Vorsichtsmaßnahmen sowie deren Verstärkung notwendig. Namentlich ist es geboten, die für unsere Truppen brauchbaren Eisenbahnlinien zu besetzen und die Ufer der Flüsse zu sichern, denen entlang die Demarkationslinie gezogen wurde[1].

Die Note erwähnt mit keinem Worte die beispiellose Verletzung der Demarkationslinie in Siebenbürgen, die dem Abkommen völlig widersprechende Besetzung der nördlichen Gebiete, sie verliert kein Wort darüber, weshalb die Demarkationslinie außer der Sicherung der strategischen Punkte dem abgeschlossenen Militärabkommen zum Trotze auch zur wirtschaftlichen, verkehrspolitischen, ja zivilrechtlichen Grenze erklärt werden müsse — Vyx und Genossen gefallen sich einfach in der Rolle der gefürchteten Sieger und Rächer.

Wie schwerfällig aber der offenbar mit napoleonischen Posen liebäugelnde kleine französische Diktator auch war, wenn es die Wünsche der ungarischen Regierung zu erfüllen galt, um so behender gebärdete er sich, so oft es sich darum handelte, die Revolutionsregierung mit reaktionären Forderungen zu belästigen.

Die Regierung rief ein Ungarn der Rede- und Pressefreiheit und der Republik ins Leben. Vyx aber wollte sich selbst und den Mitgliedern der Waffenstillstandskommission die Majestätsrechte gesalbter Häupter sichern.

Jede Woche tritt er mit neuen Beleidigungsanklagen an die ungarischen Mitglieder der Waffenstillstandskommission heran. Einmal fühlt sich die Entente durch Zeitungsartikel beleidigt, ein anderes Mal sollen sich gewisse Redner und Blätter feindlich über die Entente geäußert haben, ein drittes Mal werden die Rumänen oder Tschechen angegriffen, immer wieder aber fordert Vyx die Maßregelung der Presse. In seiner Note maßt er sich sogar unver-

---

[1] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

blümt das Recht an, die Blätter selbst zu zensurieren, ja gewisse Preßprodukte zu verbieten. Die Mitglieder der Waffenstillstandskommission, sonst einfache Bureaukraten, sind genötigt, ihm zu erklären, daß in Ungarn Presse- und Redefreiheit herrsche und die Regierung nicht in der Lage sei, den willkürlichen Forderungen des Herrn Vyx Rechnung zu tragen.

Am 16. Januar schickt er eine neue Note, worin er sich für die bolschewistischen Flugzettel interessiert, die es „auf die Unterwühlung der französisch-ungarischen Beziehungen" abgesehen haben, und stellt der Regierung die Frage, welche Schritte diesbezüglich eingeleitet worden seien. Am 18. Dezember ersucht er die Regierung, irgendeine unwesentliche Äußerung bezüglich der Demarkationslinie in den Blättern dementieren zu lassen, statt sich gleich allen anderen unmittelbar an die Presse zu wenden. Am 20. Dezember spricht er persönlich bei Károlyi vor und gibt seiner tiefsten Indignation wegen des Leitartikels des Tagblattes „Világ" vom 19. Dezember Ausdruck, der ihm für seine Person „bedrohlich" vorkomme. Er fordert die weitestgehende Genugtuung und die Maßregelung des Blattes.

Die Delegierten der Waffenstillstandskommission — Ministerialbeamte — geben bereits am 18. Dezember ihre Demission, da jede Verhandlung mit Vyx zwecklos sei. Die Regierung beschließt, die Forderungen Vyx' lediglich innerhalb der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages zu erfüllen. Zuletzt ist sie doch gezwungen, der Gewalt nachzugeben und steht Vyx gegenüber wehrlos da, der doch der Vertreter der Entente ist und dessen Brüskierung der Sache Ungarns schaden könnte. Vyx aber mißbraucht die Toleranz der ungarischen Regierung zu immer neuen Angriffen. Er fordert die Veröffentlichung von Nachrichten, deren Unwahrheit auf der flachen Hand liegt. Am 22. Februar wendet er sich wieder schriftlich an die Regierung und verlangt das Dementi einer Zeitungsnachricht, derzufolge gewisse, einen Fett-Transport begleitende Soldaten Tschechen in französischer Uniform gewesen sein sollen. Da einem mit dem Personal des Franzstädter Bahnhofes aufgenommenen Protokoll zufolge die erwähnte Nachricht der Wahrheit entsprach, war die Regierung nicht geneigt, das Dementi zu veröffentlichen.

Vyx stellte seine Tätigkeit als Zensor trotz dieser offenbaren Zurückweisung nicht ein. Als die Blätter auf die allgemein bekannte Tatsache verwiesen, daß die Ententeoffiziere wahre Helfershelfer der Gegenrevolution seien und diesbezüglich sogar Daten veröffentlichten, war die Regierung nach langwierigen Verhandlungen gezwungen, am 20. März eine offizielle Erklärung herauszugeben, worin die Redaktionen auf Ersuchen des Oberstleutnants Vyx aufgefordert werden, sich künftighin aller Berichte zu enthalten, die sich auf die Angelegenheiten der Repräsentanten der Ententemissionen beziehen.

Der Geist Vyx' erreicht seinen Höhepunkt in der mit 169/3 bezeichneten Note, die er Ende Februar an die ungarische Abordnung der Waffenstillstandskommission richtete und die ein charakteristischer Ausdruck der militaristischen Brutalität und jenes Feldwebeltons ist, der den Zweck verfolgte, das neue revolutionäre Ungarn zu erniedrigen und zu vernichten. Den wesentlichen Schluß der Note will ich nachstehend wörtlich mitteilen:

„Ich erkläre entschieden, daß ich die Debatte für abgeschlossen betrachte.

Ich halte es für notwendig, die Kommission zu erinnern, daß der Waffenstillstandsvertrag Ungarn infolge der Niederlage der österreichisch-ungarischen Armee aufgezwungen worden ist.

Man muß des wesentlichen Grundsatzes eingedenk bleiben, daß der Kriegszustand durch den Waffenstillstand nicht aufgehoben ist, infolgedessen stehen dem Befehlshaber der Besatzungstruppen alle jene Rechte zur Verfügung, die ihm durch die Kriegsrechte zugesichert werden, bis auf diejenigen, die in den Artikeln des Waffenstillstandsvertrages geregelt werden.

Es ist daher unzulässig, daß die Kommission hartnäckig immer neue Forderungen stellt, als handelte es sich um neue Verhandlungen, die von zwei Regierungen in Friedenszeiten und im Interesse beiderseitiger Bedürfnisse gepflogen werden.

Diese Frage befördere ich an meine Obrigkeitsbehörde und behalte mir das Recht vor, im Falle, daß die ungarische Regierung obigen Grundsätzen nicht Rechnung tragen sollte, die durch die Lage gebotenen Vergeltungsmaßnahmen vorzuschlagen[2]."

[2] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

Diese Note spricht für sich und beweist, wie vergeblich jede Anstrengung der Regierung gegenüber der siegreichen Entente war.

Noch ein bezeichnendes Beispiel der Cäsaromanie Vyx' soll hier angeführt werden: Ende Februar wurde ein von Ententesoldaten begleiteter Eisenbahntransport in der Umgebung der Stadt Miskolcz von uniformierten Tätern beschossen. Die Schüsse richteten weder an Menschenleben noch an Material Schaden an. Vyx fordert Genugtuung für das Attentat. Die ungarische Regierung verspricht die Recherchen sofort einleiten und die Täter auf gesetzlichem Wege bestrafen zu lassen. Allein Vyx gab sich auch damit nicht zufrieden und maßt sich als Kläger auch das Recht des Richters an, indem er die ungarische Regierung ohne jeden Rechtsgrund ‚bestraft' bzw. wie er mir dies telephonisch bekanntgab, den ungarischen Kriegsminister zur Abführung von vier Millionen Patronen für die Entente verurteilte.

Die Bemühungen, Vyx die Ungerechtigkeit dieses sinnlosen Vorgehens darzutun, erwiesen sich als vergeblich. Ich war gezwungen, zu demissionieren, um derart auf die Delegierten der übrigen Ententestaaten einen Druck auszuüben. In meinem Brief an Károlyi erklärte ich, daß ich nach meiner Demission die unaufhörliche Wühlarbeit Vyx' im Arbeiterrat öffentlich besprechen werde. Das energische Auftreten hatte Erfolg, indem der Chef der englischen Mission, Colonel Cunningham, intervenierte. Er sprach persönlich bei Károlyi, Garami und bei mir vor und richtet durch einen Vertrauten am 3. März einen Brief an mich, indem er mich versichert,

> daß die Schritte der Ententevertreter nicht als gegen die neue ungarische Republik gerichtet betrachtet werden wollen, sondern als solche gegen einen alten Bestandteil des alten österreichisch-ungarischen Gesamtreiches, mit dem die Entente sich durch vierundeinhalb Jahre im Kriegszustand befand. Ich wage es frei zu erklären — schreibt er weiter —, daß die großen Massen des englischen Volkes das neue Ungarn mit Sympathie aufnehmen und unterstützen werden, sobald sie sich überzeugen werden, daß die Regierungsmacht auf der Grundlage einer gerechten und gemäßigten Konstitution und von jedem Verdacht des Bolschewismus frei geübt wird. N i c h t s v e r -

hindert die Führer der Entente an der Festigung ihres Glaubens an die Stabilität der neuen Republik in größerem Maße, als die ständigen Ministerwechsel ...

Ihr Rücktritt würde daher in dieser Stunde sowohl hier als auch gegenüber dem Auslande verhängnisvolle Folgen zeitigen ... Es wäre ein nicht wieder gutzumachender Fehltritt.

Aus diesem Grunde ersuchte er mich, meine Demission zurückzuziehen, gleichzeitig aber intervenierte er auch bei Vyx, damit dieser von der Durchführung der „Strafe" absehe.

In Privatangelegenheiten war Vyx nicht so streng und nahm einen recht possierlichen Standpunkt ein. Am 23. Dezember drang er unter der Vermittlung Hauptmann Stiellys bei der ungarischen Regierung auf die Zuweisung eines Luxuszuges. Allem Anschein nach war der Herr Oberstleutnant in Frankreich gewohnt, im Luxuszug zu fahren. Für den Obersten Gambetta beanspruchte man gelegentlich eines Jagdausfluges einen Extrazug von einem in der größten Kohlennot schmachtenden Lande.

In der Sitzung der Waffenstillstandskommission vom 8. Februar wird folgender für die Mentalität des Herrn Vyx höchst bezeichnender Fall behandelt:

Vor Tagesordnung erschienen bei der Kommission drei Detektivs, die mitteilten, daß ein Individuum namens Juon Hajtás am 1. l. M. vom Zentralbahnhof nach Bukarest fahren wollte. Als er von den Detektivs zur Ausweisleistung und zur Öffnung seines Gepäcks aufgefordert wurde, öffnete er drei Gepäckstücke anstandslos, vom vierten aber behauptete er, daß es dem auf dem Bahnhof befindlichen französischen Major Mabiller gehöre, der auch den Schlüssel bei sich habe. Major Mabiller wollte jedoch weder vom Gepäck noch vom Herrn Juon Hajtás etwas wissen. Als das Kollo geöffnet wurde, wurden darin rumänische, englische, russische, österreichisch-ungarische Banknoten und Scheckanweisungen im Gesamtwerte von dreiundeinhalb Millionen Kronen vorgefunden.

Später meldete sich Major Mabiller, und plötzlich wußte er auch schon um das Geld, das angeblich zur Abwicklung der

zur Inbetriebsetzung der Eisenbahn Paris—Bukarest nötigen Finanzgeschäfte nach Budapest geschickt werde. Er wies auch ein diesbezügliches Schreiben vor und erklärte im Falle, daß das Geld nicht sofort zurückerstattet werde, in Paris intervenieren zu wollen[4].

Einige Tage nachher intervenierte der brave Oberstleutnant Vyx in der Angelegenheit der Herausgabe des Geldes, obwohl die ungarischen Behörden festgestellt hatten, daß der beschlagnahmte Betrag kein öffentliches Gut war, vielmehr zu Privatzwecken mit Umgehung der Zollbehörden ins Ausland geschmuggelt werden sollte.

Zum Schlusse sei hier ein Detail einer Note Vyx' (932/2) vom 9. Februar mitgeteilt, aus dem hervorgeht, welchen Schutz der berüchtigte Oberstleutnant den Preistreibern und Lebensmittelwucherern angedeihen ließ.

Ein Budapester Kaufmann wurde von den ungarischen Behörden wegen Betruges, Schmuggels und Preistreiberei angeklagt. Der Kaufmann hatte kommerzielle Beziehungen zu Vyx und ergriff den Rekurs gegen die Anklage — an Vyx. Diesbezüglich schreibt Herr Vyx nachstehendes:

„Ich halte es für unzulässig, daß ein Lieferant als Betrüger gebrandmarkt wird, der seitens der französischen militärischen Verwaltung nach Einholung entsprechender Information mit der Versorgung der französischen Truppen in der Art beauftragt wurde, daß er sich dabei von den ungarischen Behörden unabhängig machen könne.

Die französische militärische Leitung wird ihre diesbezügliche Tätigkeit unentwegt fortsetzen und sollten die ungarischen Behörden dies in welcher Beziehung auch immer erschweren, so werde ich das als Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen dem französischen Oberkommando unverzüglich mitteilen ... Namentlich kann ich nicht dulden, daß diese Lieferanten mit Strafen und Geldbußen belegt, oder auf irgendeine andere Weise verfolgt werden, wie mir das bereits mitgeteilt wurde[5].

---

[4] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.
[5] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

Ein derart eigenmächtiges Vorgehen des Oberstleutnants Vyx, die Umgehung der bestehenden ungarischen Gesetze, die Protektion von Preistreibern seitens der Ententeoffiziere, konnte von der ungarischen Regierung trotz aller Nachgiebigkeit nicht geduldet werden.

Herrn Vyx wurde versichert, daß man nach wie vor gegen alle Betrüger mit voller Strenge vorgehen werde, selbst dann, wenn sie Beziehungen zu der französischen Mission haben sollten.

So brutal sich Vyx gegenüber der ungarischen revolutionären Regierung benahm, ebenso liebenswürdig war sein Verhältnis zu den Gegenrevolutionären. Das Nationalkasino, die Vereinigung der Großgrundbesitzer und die jüdischen Großkapitalisten standen mit brüderlicher Solidarität im Dienste der Gegenrevolution und bewirteten die Offiziere der Ententemissionen auf glänzenden Soiréen. Der Regierung wurde gemeldet, daß die Patrioten anläßlich dieser Zusammenkünfte bei den Ententeoffizieren gegen die revolutionäre Regierung Stimmung machen. Vorzügliche Weine, schöne Weiber, gute Abendessen verfehlten ihre Wirkung auch diesmal nicht. Die Ententeoffiziere sandten von Unwahrheiten strotzende Meldungen nach Paris und diskreditierten die Regierung, so daß deren Bestrebungen zur Rettung des Gebietes und der Wirtschaft des Landes fruchtlos bleiben mußten.

Die sich ihrer Auslandsbeziehungen rühmenden ungarischen Magnaten — wie Graf Nikolaus Bánffy und Anton Sigray — nahmen zwar mehrere hunderttausende Franken von der revolutionären Regierung in Empfang, fuhren mit dem Geld nach den neutralen und Ententestaaten, erledigten ihre Privatangelegenheiten, und als Nebenbeschäftigung leiteten sie eine Intrige gegen die ungarische Regierung ein, wobei sie die unter dem Schutz der Ententeoffiziere stehende innere Gegenrevolution von außen unterstützten. Die Magnaten fürchteten sich vor der Bodenreform, und um ihr Vermögen retten zu können, rissen sie das Land ins Verderben. Sie denunzierten die Regierung, ließen eine feindliche Stimmung gegen das neue demokratische Ungarn und eine günstige für die Besetzer des Landes aufkommen, um die Macht und Geld der besitzenden Klassen bedrohende Revolution zu Fall zu bringen. Ihnen war das unter der Herrschaft der Großgrundbesitzer und des Bankkapitals stehende Rumpfungarn lieber, als ein die Bodenreform durchführendes, friedliches und demokratisches Großungarn.

Die Tätigkeit Vyx' zeitigte allmählich Erfolge. Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wird in den Kot gezerrt, die revolutionäre Regierung im In- und Ausland diskreditiert, der die Besetzung zum Vorwand gebrauchende Nationalismus und der Nationalbolschewismus der Massen ins Leben gerufen, die Ausbeutung des Nationalismus für die dunklen Zwecke der Konterrevolution ermöglicht, anderseits das Feuer des Bolschewismus mit der wirtschaftlichen Aushungerung des Landes geschürt und der Weg zum Sturze der demokratisch-pazifistischen Volksrepublik und zum Bolschewismus geebnet.

Es ist eine Tatsache, daß Oberstleutnant Vyx sich in jeder Beziehung um die Moskauer Bolschewisten verdient gemacht hat. Er erwies ihnen weit nützlichere Dienste, als die zügelloseste Agitation der von ihr ausgehaltenen kommunistischen Partei . . .

XVI.

Die Internierung Mackensens.

Das Vorgehen des Herrn Vyx in der Angelegenheit der Entwaffnung der Armee Mackensens fordert ein besonderes Kapitel. Entsprechend dem Belgrader Waffenstillstandsabkommen wurde den Truppen Mackensens zum Durchzug durch das Gebiet Ungarns eine Frist von 15 Tagen eingeräumt. Da sich der Durchzug wegen mannigfaltiger Schwierigkeiten — vornehmlich deshalb, weil die zur Beförderung der Truppen Mackensens benützte Eisenbahnlinie mittlerweile von den Ententetruppen abgeschnitten wurde — verzögerte, forderte Vyx im Namen der Entente die Entwaffnung und Internierung der Armee Mackensens.

Solange sich Deutschland im Kriegszustand mit der Entente befand, hätte die Durchführung der Entwaffnung oder Internierung in militärischer Beziehung noch einen Sinn gehabt. Da aber am 9. November auch Deutschland schon mit der Entente Waffenstillstand geschlossen hatte, hätte man annehmen müssen, daß man den Truppen Mackensens die Heimkehr gestatten werde, selbst wenn sie Ungarn nicht innerhalb 15 Tagen verlassen konnten. Es ist zweifellos, daß auch in führenden Kreisen der Entente derselbe Standpunkt eingenommen wurde — zog doch auch Hindenburg seine Millionentruppen nur mit einer Verzögerung von den besetzten Gebieten zurück — der kleine eitle Oberstleutnant Vyx aber wollte sich Verdienste erwerben. Er sehnte sich nach Ruhm und Auszeichnung und wollte dies damit erreichen, daß er die siegreiche, jetzt allerdings wehrlose Armee Mackensens durch ungarische Truppen gefangen nehmen ließ.

In den Protokollen der Waffenstillstandskommission finden sich wochenlang die hysterischen Noten Vyx' in der Angelegenheit Mackensen.

Die erste Sitzung der Waffenstillstandskommission findet am 1. Dezember statt. Bereits dieser liegt eine Note Vyx' vor, derzufolge

die ungarischen Truppen die Armee Mackensen zu entwaffnen hätten. Am 6. Dezember fordert er die gewaltsame Wegnahme des Kriegsmaterials der Armee Mackensen und die Abrüstung der Truppen. Am 7. Dezember verlangt er die Internierung der deutschen Truppen, ferner die Gefangennahme und Internierung der über Sillein entflohenen 3000 deutschen Soldaten und führt Beschwerde darüber, daß deutsche Soldaten in der Hauptstadt frei herumgingen. Am 15. Dezember urgiert er neuerlich die Entwaffnung der Armee Mackensens und fordert, daß das mit Hungersnot kämpfende Ungarn die Eisenbahnlinien an der Grenze beschädige, um die Flucht der Deutschen zu vereiteln. Am 16. Dezember belästigt er die Regierung wieder mit einer ähnlich lautenden Note.

Die Soldaten der bewaffneten Armee Mackensens waren trotz der Aufforderung Ungarns und Generalfeldmarschall Mackensens nicht geneigt, in die Internierungslager zu gehen. Die im vierjährigen Kriege blutig gehetzten deutschen Soldaten wollten sich den Weg nach dem Vaterland erklärlicherweise auch mit Waffengewalt erzwingen.

Die ungarische Regierung nahm in dieser Frage von allem Anfang an den Standpunkt ein, daß sie geneigt sei, das Waffenstillstandsabkommen durchzuführen, jedoch nicht wünsche, das Leben ungarischer und deutscher Soldaten zwecklos aufzuopfern und so durch die gewaltsame Entwaffnung zwischen zwei friedlichen Völkern die neuerliche Gefahr des Menschengemetzels heraufzubeschwören. Angesichts der knappen Lebensmittelvorräte konnte Ungarn auch die längere Versorgung einer Armee nicht übernehmen. Trotz aller Anstrengungen Vyx' war die Regierung nicht geneigt, die Eisenbahnlinien zu beschädigen, Gewalt gegen die deutschen Soldaten anzuwenden, und so gelangten Zehntausende der Soldaten Mackensens ungehindert in ihre Heimat. Dies haben die Soldaten einzig und allein der ungarischen revolutionären Regierung zu verdanken.

Am 16. Dezember traf Feldmarschall Mackensen und sein Generalstab in Budapest ein. Vyx forderte ihre Internierung. Die Regierung verwahrte sich auch gegen diese Forderung, war jedoch genötigt, ihr Folge zu leisten, da sie nicht imstande war, sich darauf zu berufen, daß man die Weiterbeförderung des Zuges mit Waffengewalt durchsetze, wie das bei den deutschen Truppen der Fall war. Vyx verfügte Mackensens Internierung, fügte sich jedoch aus-

drücklich dem Standpunkte der ungarischen Regierung, ihn — seinem Rang entsprechend — in einem Schloß zu internieren, ihm angemessene Bewegungsfreiheit zu gewährleisten und seine Bewachung auf das unbedingt nötige Maß beschränken zu wollen.

Mackensen wurde bei seiner Ankunft in Budapest von Major Gerö empfangen. Zur Vermeidung jedes Aufsehens baten wir ihn in das Empfangszimmer der Minister im Abgeordnetenhaus, wo Károlyi und ich ihm in der höflichsten Form die durch die Gewalttätigkeit Vyx' geschaffene Zwangslage mitteilten.

Alle Gerüchte, die besagen, daß Mackensen mit Maschinengewehren zum Verlassen des Zuges verhalten worden sei, müssen in das Reich der Fabel verwiesen werden. Es ist ebenso unwahr, daß der Generalfeldmarschall vom Soldatenrat und Pogány empfangen worden sei. Diese konnten allenfalls als Privatleute außerhalb des Kordons Platz nehmen, insoferne sie überhaupt auf dem Bahnhof erschienen waren, sie kamen jedoch mit Mackensen überhaupt nicht in Berührung.

In der Regelung der Internierung erfüllte die Regierung auf wiederholte Intervention des Verbindungsoffiziers Mackensens alle Wünsche des Feldmarschalls, man ging sogar so weit, ihm auch seine Pferde zur Verfügung zu stellen. Überhaupt behandelte man ihn in der entgegenkommendsten Weise. Der Internierungsort war das Schloß des Grafen Ladislaus Károlyi in Fóth, dessen Einrichtung, Parkanlagen und dessen herrliche Lage keinen Grund zu Beschwerden bieten konnten.

Dafür, daß Oberstleutnant Vyx sein Versprechen auch diesmal, wie in so vielen Fällen, auf das brutalste brach, das Schloß zu Fóth von Spahis umzingeln und Mackensen mit Gewalt fortschleppen ließ, ist die Regierung umsoweniger verantwortlich, als sie über diesen Vorfall erst später erfuhr. Die Regierung verwahrte sich gegen die Gewalttätigkeit Vyx', doch war sie nicht in der Lage, mit bewaffneter Macht gegen die Truppen Vyx' zu ziehen und derart den Krieg gegen die Entente neuerlich zu entfachen.

Die Regierung Károlyi kann die Rolle, die sie im Falle Mackensen spielte, vor der deutschen Öffentlichkeit wie vor der Weltgeschichte mit gutem Gewissen verantworten. Trotz allem Drucke der Entente konnten Zehntausende der vielgeprüften deutschen Soldaten

in ihr Vaterland zurückkehren. Angesichts dieser wesentlichsten Tatsache kommt die gegen den Willen der ungarischen Regierung erfolgte Internierung Mackensens kaum in Betracht.

Welche Gefahr die ungarische Regierung mit dem Heimtransport der Armee Mackensens lief, beweist eine Note Vyx', sub Nr. 271/2, in der er „das wohlwollende Benehmen, mit dem" die ungarische Regierung „der Armee Mackensens begegnet ist", feststellt, und Verstärkung der gegen Ungarn angewendeten Vorsichtsmaßnahmen in Aussicht stellt. Trotzdem nahm die Regierung gegen die Entente Stellung, um die deutschen Truppen repatriieren zu können — deshalb gebührt ihr sicherlich weder Tadel, noch Vorwurf.

XVII.

Die Wirtschaftslage.

Die revolutionäre Regierung übernahm Ungarn im letzten Stadium seines wirtschaftlichen Zerfalles.

Einige Daten über die Mißwirtschaft des Krieges: Von 1914 bis 1918 lieferte das industriell unentwickelte Ungarn Industrieerzeugnisse im Werte von 6,835 Milliarden Kronen und landwirtschaftliche Produkte im Werte von 8 Milliarden an die Heeresleitung. Überdies lieferte es ähnliche Produkte auch für die Landwirtschaft Österreichs und Deutschlands. Durch deren Erträgnis nahm das Vermögen der Gutsbesitzer erheblich zu, die großen Massen hingegen hungerten. Gegen das Ende des Krieges stand das über reichlichen Ackerbau verfügende Land beinahe von allen Lebensmitteln entblößt da.

Noch schwieriger gestaltete sich die Lage dadurch, daß die vierjährige Kriegsführung gewaltige Massen der Arbeitskräfte dem Ackerbau entzog und die unbebaute Fläche während des Krieges von Jahr zu Jahr zunahm.

Die Rücksichtslosigkeit der Heeresleitung richtete nicht nur am Menschenmaterial ungeheuren Schaden an, sie erstreckte sich auch auf alle Gebiete der Landwirtschaft. Der Pferdebestand Ungarns zählte vor dem Kriege 2,5 Millionen Pferde. Hiervon wurden während des Krieges 1 500 000 Pferde — 60 Prozent des Friedensbestandes — von der ungarischen Landwirtschaft für Kriegszwecke requiriert, die 183 000 Stück, die den Deutschen überlassen wurden, mit inbegriffen.

Das aller Lebensmittel und Industrieprodukte beraubte Land geriet in eine schwere Wirtschaftskrise. Zum Zweck der Schaffung der neuen Wehrmacht und zur Versorgung von mehr als einer Million abgerüsteter Soldaten nach Beendigung des Krieges waren in sämtlichen Militärdepots nicht mehr als 100 000 Meter Stoff vorhanden, der kaum für 30 000 Anzüge genügte.

Dagegen wurden nur für den ungarischen Teil der österreichisch-ungarischen Armee 900 000 Mäntel, Jacken, Hosen und Kappen verbraucht, 90 Millionen Meter Stoff wurden zu Kriegszwecken verschleudert, man dachte aber nicht daran, daß die in Schnee und Frost zerlumpten Soldaten nach vierundeinhalbjährigen Kriegsleiden von dem Staate, der sie in den Krieg gehetzt hatte, Bekleidung fordern würden.

Nach der großangelegten Ausplünderung der Kriegsjahre harrte des Landes eine neuerliche Katastrophe: ein bedeutender Teil seines Wirtschaftsgebietes wurde von fremden Truppen besetzt, der Eisenbahnverkehr, der Warenverkehr und der Warenaustausch hörte im größten Teil des Landes vollständig auf. Jede Lebensmöglichkeit der Zentrale des Landes und der mit dieser wirtschaftlich eng verbundenen Provinz stockte.

Die Kohlenerzeugung, die im Jahre 1913 täglich mit 34 000 Tonnen beziffert wurde, senkte sich im Jahre 1918 auf 27 000 Tonnen. Infolge der Besetzung blieb Ungarn nur eine tägliche Kohlenerzeugung von 11 900 Tonnen, der ein tägliches Bedürfnis von 42 000 Tonnen gegenüberstand. 20 Prozent der Eisenproduktion bleiben im verstümmelten Lande, 80 Prozent in den besetzten Gebieten, was zur Katastrophe der Eisen- und Maschinenindustrie und zu großer Arbeitslosigkeit führen mußte.

Ähnlich war die Lage in der Holzproduktion, die den bedeutendsten Exportartikel Ungarns abgab. Von 8,9 Millionen Hektar Wäldern blieben bloß 1 400 000 Hektar auf dem unbesetzten Gebiete.

Der größte Teil der Textilindustrie entfällt gleichfalls auf das besetzte Gebiet: Von den Baumwollspinnereien bleiben nur 15 Prozent, von den Baumwollwebereien nur 33 Prozent, von der Wollindustrie nur 15 Prozent auf dem unbesetzten Gebiet, die übrigen fallen insgesamt in fremde Hände. Die Einfuhr stockte vollständig. Die Besetzung beraubte das Land jeder Möglichkeit der Produktion, und die Regierung war völlig außerstande, die stürmischen Forderungen der zerlumpten Soldaten nach Kleidern erfüllen zu können.

Auch auf dem Gebiet der Ernährung sah es trostlos aus. Das Salz war stets ein bedeutender Exportartikel Ungarns. Infolge der Besetzung verliert das Land ausnahmslos alle Salzbergwerke, mehr als zwei Drittel des Viehstandes entfällt auf die besetzten Gebiete, über das übriggebliebene Drittel verfügen gewissenlose Gutsbesitzer,

deren wucherisches Treiben eine Fleischnot und Fleischverteuerung herbeiführt, die die Bevölkerung aufs äußerste erbittert. Es mangelt an Mehl, Fett, Eiern und Milch. Im ersten Jahr des Krieges brachte man noch 400 000 Liter Milch nach Budapest, im dritten Monate der Revolution macht die Beschickung der Märkte nur noch 40 000 Liter aus, und die Besetzung des Fünfkirchner Bezirkes allein raubt den Kindern und Kranken mehr als 20 000 Liter Milch. Es gab 31 Zuckerfabriken: 16 entfallen auf das besetzte Gebiet.

Es mangelt an Industrieerzeugnissen, an Lebensmitteln, die Landwirtschaft entzieht der städtischen Bevölkerung selbst die vorhandenen schmalen Vorräte, weil sie keine Industrieartikel dafür bekommt, und so führen die ständigen Mängel fortwährend wirtschaftliche und soziale Unruhen herbei. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Massen der Arbeitslosen, abgerüsteten Soldaten und Invaliden stellen ohne Rücksicht auf die schweren wirtschaftlichen und außenpolitischen Hindernisse der Revolution nachdrückliche Forderungen an die revolutionäre Regierung.

In dieser schweren Wirtschaftslage mußte sich die Regierung daranmachen, die gerechte Verteilung des Vermögens, der Güter und des Einkommens zu ermöglichen. In normalen Zeiten sowohl wie in Revolutionen wurden um diese Frage zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen die heftigsten Kämpfe ausgefochten. Mit diesem Kampfe hatte es bei uns eine eigentümliche Bewandtnis.

Das industrielle, kommerzielle und städtische Bürgertum hatte mangels jeglicher Organisation weder in der Regierung noch in anderen Korporationen selbstbewußte Klassenvertreter. Da es keine Nationalversammlung gab, konnte es seine Klasseninteressen politisch nicht geltend machen. Die revolutionären bürgerlichen Parteien nahmen gegen den Kapitalismus Stellung, das gegenrevolutionär gesinnte städtische Bürgertum hatte sich im Kampfe um die sozialen Fragen feige verkrochen.

Somit standen den Forderungen und Wünschen der Arbeiterklasse keine sichtbaren Hindernisse im Wege, die als Kräfte eingeschätzt werden konnten. Der sozialdemokratischen Partei stand es frei, von ihrem Übergangsprogramm alles zu verwirklichen, was bei der gegebenen Wirtschaftslage und den außenpolitischen Machtverhältnissen auf keine Hindernisse stieß. Politisch und gesellschaftlich *organisierte* Opposition war nicht zu befürchten. Die bürger-

lichen Mitglieder der Regierung opponierten bei Erörterung der sozialpolitischen Fragen nicht im geringsten. Den Massen mußte die Lage so vorkommen, als hätte die sozialdemokratische Partei alles verwirklichen können, was sie verwirklichen wollte, und was unverwirklicht blieb, dafür schien einzig und allein ihre Nachlässigkeit verantwortlich zu sein.

Auf diesen Umstand sind alle Gegensätze zwischen den Massen und der sozialdemokratischen Partei bzw. die Unzufriedenheit der Massen mit der Partei des Proletariates zurückzuführen.

Die Regierung war in den ersten Wochen der Revolution bestrebt, den bedeutendsten sozialpolitischen Mängeln abzuhelfen. Die Löhnung der Soldaten wurde erhöht, den abgerüsteten Soldaten wurde eine Abfertigung zugesichert, die Bezüge der Invaliden wurden um 700, später um 1000 Prozent erhöht, unter der Leitung Alexander Garbais wurde ein Wohnungsamt geschaffen, das in einigen Monaten 30 000 Personen zu Wohnungen verhalf, in Ermangelung an Textilwaren und Kleidern requirierten wir den überflüssigen Kleidervorrat der Privatleute und bekleideten damit nahezu 100 000 abgerüstete Soldaten; vom 1. Dezember an wurde die regelmäßige Arbeitslosenunterstützung eingeführt, vom ersten Tage der Revolution an hatte Handelsminister Garami den sogenannten Kohlenzuschuß der Arbeiter der wegen Kohlenmangels feiernden Betriebe auf 80 Prozent des durchschnittlichen Verdienstes erhöht, ein Volksgesetz regelte das Dienstverhältnis der Handelsgehilfen und Industrieangestellten, die Sperrstunde der Geschäfte und Bureaus, die Gewerbegerichte, die Betriebsausschüsse und andere seit langem bestehende sozialpolitische Erfordernisse von größerer oder geringerer Bedeutung.

Einige dieser von sozialistischem Geist erfüllten Verfügungen brauchen den Vergleich mit ähnlichen Ergebnissen der modernsten europäischen Arbeitergesetzgebung nicht zu scheuen.

Die mühelos, ohne jeden Widerstand und Kampf erlangten wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften wurden vom überwiegenden Teil der Arbeiterschaft leider nicht richtig eingeschätzt, da deren wichtigste, wie das Gesetz über die Betriebsausschüsse, nach der Auffassung der Massen verspätet kamen — mit dem letztgenannten wahrhaft fortschrittlichen Gesetz waren selbst die Gewerkschaftsführer unzufrieden —, anderseits verstand es die kom-

munistische Agitation, jeden erzielten Erfolg mit neuen Forderungen zu überbieten, ein Vorgehen, das in den ungeschulten Massen einen nur zu günstigen Boden fand.

Es ist überhaupt bezeichnend für die Stimmung der Massen und die Wirkung der kommunistischen Scharfmacherei, daß die sozialpolitischen Gesetze inmitten der Wirrnisse der Revolution nahezu wirkungslos blieben. Selbst die damalige sozialistische und gewerkschaftliche Literatur ließ diese bedeutungsvollen wirtschaftlichen Errungenschaften unbeachtet und hatte kein Verständnis für die großangelegte soziale Arbeit der bürgerlichen Revolution.

Allein die Ungeduld der Massen wurde mehr noch als durch die kommunistische Agitation durch häufige Erscheinungen eines völligen Mangels an bürgerlichem Selbstbewußtsein und durch bürgerliche Feigheit gesteigert. Die ungeduldigen Arbeiter bemächtigten sich durch sogenannte „wilde Sozialisierung" einiger Fabriken und verjagten die Direktoren und Betriebsleiter. Dieser sogenannten Sozialisierung traten die Gewerkschaften aufs schärfste entgegen. In einer Konferenz der Vertrauensobmänner der Metallarbeiter habe ich zum Beispiel auf die nachteilige Wirkung dieser die Sache der Sozialisierung schwer kompromittierenden Einzelaktionen hingewiesen. Dagegen wurden die Arbeiter durch eine zweifellos gut gemeinte Erklärung des bürgerlichen Staatssekretärs im Handelsministerium Méhely (der seine Erklärung später infolge der allgemeinen Empörung halbwegs zurückzog) eher zu weiteren Aktionen ermutigt, als von deren Fortsetzung abgehalten.

Übrigens waren es gerade bürgerliche Führer der Revolution, die das Wesen der Revolution so erscheinen ließen, als wäre diese die soziale Revolution der Arbeiterklasse. Die sozialdemokratischen Losungsworte wurden von diesen lauter als nötig verkündet. Wahlsprüche, wie der: „Das Privateigentum kann in seiner starren Wirklichkeit nicht länger aufrechterhalten werden", hatten, von bürgerlichen Politikern verkündet, eine wesentlich andere Bedeutung, als bei den Sozialisten. Sie lösten in den Massen eine andere Wirkung aus als die sozialistische Realpolitik und unwillkürlich und unbewußt lenkten sie das Vertrauen der Massen von den Handlungen der Sozialdemokraten ab.

Natürlich war die sozialdemokratische Partei nicht berufen — und auch nicht geneigt —, das Klassenbewußtsein und die Kräfte

des Bürgertums zum Klassenkampf zu stärken, die bürgerliche Klasse zu organisieren. Da aber das Bürgertum über keine derartigen Kräfte verfügte und die Arbeiterpartei gezwungen war, den zum Zusammenbruch führenden unrealisierbaren Forderungen selbst entgegenzutreten: — so mußte sich eine unhaltbare Lage ergeben.

Vor allem aber galt es, die Produktion wieder herzustellen. Diese Aufgabe lastete sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie wieder ganz auf der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften. Auf industriellem Gebiete hatte Garami mit der Vorbereitung und Verteilung der öffentlichen Arbeiten, der Überführung der Kriegsindustrie auf die friedliche, und Garbai mit der Durchführung eines großangelegten Wohnbauprogramms die Möglichkeit der Beschäftigung der Industrie geschaffen. Der Regierungsbeauftragte für Arbeiterangelegenheiten, Géza Malasits, war mit anerkennenswertem Erfolg bemüht, die Arbeitsvermittlung zu regeln. Anton Dovcsák, Präsident des Metallarbeiterverbandes, betätigte sich an der Spitze der Arbeitsabteilung des Kriegsministeriums bei der Umstellung der militärischen Betriebe und der Flüssigmachung der Arbeitslosenunterstützungen mit staunenswerter Fachkenntnis und Geschicklichkeit.

Und als trefflicher Mitarbeiter stand ihnen das ausgebreitete Netz der Gewerkschaften zur Seite. Die Gewerkschaften ließen sich in ihrer Tätigkeit zur Sicherung der Kontinuität der Produktion durch keine Angriffe der Kommunisten und keine Sabotage der Kapitalisten irremachen, die zwar von zwei verschiedenen Seiten kamen, jedoch ein und denselben Zweck verfolgten.

Die Kommunisten stellten in demagogischer Verständnislosigkeit die Sozialdemokraten wegen ihrer zur Hebung der Produktion entfalteten Tätigkeit als Lakaien des Kapitalismus und der Kapitalisten hin. Sie hatten nicht so viel ökonomische Kenntnisse, um zu begreifen, daß der Aufbau der Produktion ein unerläßlich notwendiges Interesse der Revolution darstelle. Die Kapitalisten verfügten über mehr ökonomische Kenntnisse und besseren Sinn für Wirtschaftsfragen, als die Kommunisten. Sie wußten, daß die Sicherung des Produktionsganges die ihre kapitalistischen Interessen gefährdende Revolution stärke und waren daher bestrebt, diese möglichst zu verhindern. Einerseits stiftete die zügellose Agi-

tation der Kommunisten mit den wilden Sozialisierungen große Unruhen in den Fabriken, in den bedeutungsvollen Bergwerksgebieten wurde das Volk zur offenen Revolte aufgewiegelt, die ertragreichste Bergwerksgegend, Salgotarján, demoliert, die Kohlenproduktion des unter der Kohlennot leidenden Landes durch anarchistische Zustände auf ein Minimum herabgedrückt — anderseits wurde der neuerliche Beginn der Produktion von den Kapitalisten unter verschiedenen Vorwänden sabotiert. Theodor Kende, Direktor des Verbandes der Eisenwerke und Maschinenfabriken — der es dazumal auf einen rentablen Posten abgesehen hatte und sich um meine Unterstützung bewarb — gestand mir im Vertrauen, daß einige auch dem Namen nach bekannte Fabrikanten geflissentlich keine Rohstoffe einkaufen, keine Bestellungen annehmen, keine Instandsetzung oder Ummontierung ihrer Maschinen vornehmen, nur um der revolutionären Regierung hierdurch Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten zu bereiten.

Die kleine Schichte der geschulten Arbeiter billigte und unterstützte jeder Wühlarbeit zum Trotz die Bestrebung der Gewerkschaften zur Steigerung der Produktion. Die Werkstättenarbeiter der Staatsbahnen stellten z. B. die Akkordarbeit trotz Einspruches der anderen Gewerkschaften nicht ein und setzten die ministerielle Genehmigung ihres Beschlusses durch. Wohl ist es eine Tatsache, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft jederzeit gegen die Akkordarbeit Stellung nahmen. Allein die revolutionäre Lage, die in der Regel die Lockerung der Arbeitsdisziplin zur Folge hat, ist nicht geeignet, dieses Betriebssystem ohne jeden Übergang zu beseitigen, um so weniger, je mehr der Revolution daran gelegen ist, die Produktion wieder aufzurichten.

Der ungarischen Revolution war sehr viel daran gelegen. Diesem Umstande trugen die organisierten Arbeiter der übrigen Branchen Rechnung. In der Sitzung des Arbeiterrates vom 3. März richtete ein Führer der Metallarbeiter, Franz Bajáki, im Namen der organisierten Metallarbeiter einen scharfen Angriff gegen die Regierung und die Eisenbahner mit Hinweis darauf, daß die „Abschaffung der Akkordarbeit eine gefährliche Wirkung bei den Arbeitern der übrigen Branchen haben werde und in nationalökonomischer Beziehung mit einer Katastrophe gleichbedeutend ist.“ Es ist ein unvergängliches Verdienst der disziplinierten und opfer-

freudigen organisierten Arbeiterschaft, daß sie trotz der kommunistischen Demagogie und des Druckes der in die Gewerkschaften eingedrungenen Elemente in dieser Situation der Abschaffung der Akkordarbeit bzw. der künstlichen Herabdrückung der Produktion entgegentrat.

Allein solche Erfolge waren nur dort zu erzielen, wo die geschulte Arbeiterschaft in größerer Anzahl arbeitete. Und solche Betriebe gab es leider nur in geringer Zahl.

XVIII.
Die Bodenreform.

Der Flammengeist Georg Dózsas, des von ungarischen Oligarchen auf feurigem Throne verbrannten „Bauernkönigs", loderte Jahrhunderte hindurch in der Seele der ungarischen Bauern fort, die auf den reichen Gefilden Ungarns zum Sklaventum und zum Verhungern verurteilt waren. Die Sklavenschar der reichen Tiefebenen versuchte es wiederholt, ihre Ketten abzuschütteln, sie revoltierte oft, um den von den reichen Feudalherren geraubten Boden zurückzuerobern, ihre Aufstände und Klassenkämpfe aber wurden entweder unter der falschen Fahne des Nationalismus abgelenkt oder blutig niedergeschlagen.

Die Abschaffung der Leibeigenschaft im Revolutionsjahr 1848 änderte die wirtschaftliche Unterdrückung der ungarischen Bauernschaft nur den äußeren Formen nach. An die Stelle der Leibeigenschaft trat die moderne Lohnsklaverei. Der Grundbesitz verbleibt auch weiterhin in den Händen der Großgrundbesitzer, der größte Teil der Bauernschaft schmachtet nach wie vor im größten Elend unter der Herrschaft einiger tausend Familien.

Aus dem Elend und dem Bodenhunger erwuchs die Sehnsucht der Millionen ungarischer Bauern nach gerechter Bodenverteilung. Und diese Verteilung des Grundbesitzes wird auch der um die Befreiung kämpfenden industriellen Arbeiterschaft zum brennenden Programmpunkt; denn ohne den Niederbruch der wirtschaftlichen Macht der Oligarchie ist ja der Weg der Demokratie und des sozialen Fortschrittes verrammelt. So wird das industrielle Proletariat zum natürlichen Führer der bodenhungrigen ungarischen Bauernschaft.

Die Revolution hatte die Bodenfrage sofort in ihr Programm aufgenommen. Schon ihre erste Proklamation stellte die Forderung auf, daß „die zu ernennende neue Regierung sich an die Verwirklichung jener tief eingreifenden gründlichen Agrarreform macht, die den Boden denjenigen gibt, die ihn bearbeiten". Die Proklamation der drei revolutionären Parteien, in der die Bildung des Nationalrates angezeigt wird, erörtert die Frage der großangelegten, dem

Volk zu Boden verhelfenden Bodenreform ebenfalls. Nach dem Siege der Revolution legt die revolutionäre Regierung das feierliche Versprechen ab, die gründliche Bodenreform ehestens zu verwirklichen und beruhigt die heimkehrenden Soldaten, daß sie der seit einem Jahrtausend bodenhungrigen landwirtschaftlichen Bevölkerung binnen kürzester Zeit zu Grund und Boden verhelfen werde.

Am 9. Dezember legt bereits Ackerbauminister Barna Buza dem Ministerrat den Entwurf der Bodenreform vor. Die Frage der Bodenreform verursachte die erste tiefergreifende Krise zwischen der sozialdemokratischen Partei und dem rechten Flügel der in der Regierung vertretenen Károlyischen Unabhängigkeitspartei.

Die Gutsbesitzer waren im Kampfe um ihre Interessen viel klassenbewußter als das städtische Bürgertum. Die sozialdemokratische Partei stellte sich auch in dieser Frage nicht auf den Standpunkt, daß die Revolution die soziale Revolution des Proletariates darstelle. Es war schlechthin unmöglich, das feudale Ungarn auf die Basis des sozialistischen Agrarstaates zu überführen, die naturgemäßen Entwicklungsphasen — wie diese von Marx verstanden wurden — zu überspringen. Es galt einen Übergang zu schaffen, und zwar in der Form des bürgerlichdemokratischen, industriell und wirtschaftlich entwicklungsfähigen Ungarn, unter Begründung der politischen und sozialen Macht der mit Bodenbesitz bedachten Bauernschaft. Dem in mancher wirtschaftlicher Beziehung verheißungsvollen Versuch der Aufrechterhaltung des enteigneten Großgrundbesitzes und der Organisierung der genossenschaftlichen Großagrarbetriebe mußten die Interessen der Revolution entgegengesetzt werden, die darin bestanden, die wirtschaftliche und soziale Macht der Oligarchie durch die Bodenreform zu vernichten und die bodenhungrige Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen. Die mit Boden zufriedengestellte Bauernschaft wird zur treuesten Beschützerin der Revolution.

Die sozialdemokratische Partei verzichtete also vorderhand auf die Verwirklichung des sozialistischen Agrarprogramms, war jedoch bestrebt, von ihren Grundsätzen so viel zu verwirklichen, als das Interesse der Revolution und die Machtverhältnisse ermöglichten. Sie verhinderte, daß die im Reichtum schwelgenden Großgrundbesitzer auch durch die Bodenreform zu unberechtigten materiellen Vorteilen gelangten.

Am 20. Dezember besprach der Arbeiterrat auf Grund eines Referates Siegmund Kunfis den grundlegenden Entwurf der Bodenreform, der von der sozialdemokratischen Partei und dem Verband der Landarbeiter und kleinen Landwirte gemeinschaftlich ausgearbeitet worden war und nahm ihn mit überwiegender Mehrheit gegen ein halbes Dutzend Stimmen der Kommunisten unverändert an. Die Kommunisten stellten sich natürlich auch in dieser Frage auf den taschenspielerischen Standpunkt der Überlizitierung. Ohne Rücksicht auf die gegebenen wirtschaftlichen und Machtverhältnisse forderten sie — allerdings unverantwortlich — die Aufrechterhaltung der enteigneten Großgrundbesitze und die Organisierung von Agrargenossenschaften.

Die Resolution der sozialdemokratischen Partei enthält folgende Hauptpunkte:

1. Auf alle beweglichen und unbeweglichen Vermögen ist nach progressivem Schlüssel eine einfache Vermögenssteuer zu legen, die auf der höchsten Stufe 100 Prozent betragen soll.

2. Der Staat kann die Vermögenssteuer von den Gutsbesitzern auch in der Form von Boden eintreiben.

3. Alle Fideikommisse sind abzuschaffen. Die Institution des gebundenen Besitzes darf in keiner Form bestehen bleiben.

4. Einzelpersonen oder solche Verbände und Vereinigungen, deren Mitglieder den Boden nicht selbst bearbeiten, können ein größeres Areal als 500 Joch nicht erwerben, und ein bereits vorhandener Besitz, der diesen Umfang überschreitet, kann in Zukunft in ihrem Besitz nicht verbleiben. Der Staat darf jeden Großgrundbesitz bis zu 200 Joch enteignen. Für den enteigneten Grundbesitz zahlt er eine dem festzustellenden Wert des Bodens entsprechende Entschädigung in Form von auf Namen lautenden unveräußerlichen Rentenobligationen. Die kirchlichen Liegenschaften fallen unter gleiche Behandlung, mit dem Unterschied, daß von diesen Besitzungen nur 200 Joch im Eigentum verbleiben dürfen.

5. Die staatlichen, gemeindlichen und der bäuerlichen Gemeinnützung dienenden Besitze verbleiben auch weiterhin im öffentlichen Eigentum.

Die infolge der Vermögenssteuer sowie der Enteignung in staatlichen Besitz übergehenden, sowie die bereits im öffent-

lichen Eigentum befindlichen gemeindlichen und gemeinnützigen Besitze, alte Kron- und königliche Güter können vom Staat oder der Gemeinde in Form von Erbpacht zur Bebauung überlassen werden.

6. Der berechtigte Anspruchswerber kann den Boden gegen einen entsprechend niedrigen Pachtzins bekommen. Die Erbpächter verfügen vollberechtigt über ihren Boden, können ihn laut Grundbuch auf ihren Namen einverleiben lassen und ihren Kindern vermachen. Der Pächter, der seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, darf von seinem Besitz nicht vertrieben werden. Die Erbpacht ist an Fremde nicht zu verkaufen, sie fällt nach Aufhören der Bewirtschaftung jederzeit an den Staat oder die Gemeinde zurück.

7. Mit Boden sind nach den angeführten Grundsätzen zu beteilen:

a) die Produktionsgenossenschaften der landwirtschaftlichen Arbeiter, zu deren Organisierung und Leitung im Ackerbauministerium eine besondere Sektion zu errichten ist;

b) Konsumgenossenschaften;

c) die völlig Grundbesitzlosen oder zur Bestreitung des Unterhaltes nicht genügend bemittelten Landarbeiter; zu bevorzugen sind die Invaliden, die Kriegswitwen mit erwachsenen Söhnen, die heimgekehrten Kriegsgefangenen usw.;

d) städtische Arbeiter und Beamte mit dem in der Nähe der Stadt gelegenen Boden.

8. Über genügendes Bargeld verfügenden Kleinlandwirten ist aus staatsfinanziellen Gründen zu gestatten, die Erbpacht durch Erlag eines entsprechenden Kaufschillings abzulösen.

Der übrige Teil des Entwurfes befaßt sich mit der Katastralbodensteuer, der Bodenwertsteuer, den Arbeitsverhältnissen der landwirtschaftlichen Arbeiter und Knechte, ihrer sozialen Versicherung, der Angelegenheit der Arbeiterwohnungen und der Frage des landwirtschaftlichen Fachunterrichtes. Außerdem fordert er, daß die Durchführung der ganzen Bodenreform, die Fertigstellung des Bodenkatasters und die Verteilung des Bodens unter Heranziehung der Vertrauensmänner der Landarbeiter und Kleinlandwirte auf vollkommen demokratischer Basis erfolge.

Am 20. Dezember besprach der Arbeiterrat auf Grund ein…
rates Siegmund Kunfis den grundlegenden Entwurf der …
reform, der v… der sozialdemokratischen Partei und dem Ve…
der Landarb…r und kleinen Landwirte gemeinschaftlich aus…
beitet word… var und nahm ihn mit überwiegender Meh…
gegen ein … s Dutzend Stimmen der Kommunisten u…
ändert an … Kommunisten stellten sich natürlich auch in…
ser Frag… taschenspielerischen Standpunkt der Überli…
rung. C… …icht auf die gegebenen wirtschaftlichen…
Machtv… …rderten sie — allerdings unverantwortli…
die A… …g der enteigneten Großgrundbesitze un…
Organ… …rargenossenschaften.
Di… sozialdemokratischen Partei enthält fo…
Hau…

…der Befriedigung der
…erste Instanz war der
…zur Hebung der inte…
Produktionsgenossensc…
…des Bauers und darü…
…ung, um die berech…
…emschaft zu befriedi…
gewinnen.
…ung für den enteig…
des durchschnittlic…
1913 festgestellt un…
Kriegskonjunktur a…
Der Privatperson…

…glichen und unbeweglichen Verm…
Schlüssel eine einfache Vermö…
höchsten Stufe 100 Prozent …
…e Vermögenssteuer von de…
…oden eintrei…

…bpacht ins Private…
…orderung der sozialde…
…etz sieht gleichzeitig a…
…s ermöglicht dort, wo das…
groß und die Durchführung der…
Zeit zu erwarten ist, das Enteig…
Zustimmung des Landesrates…
einzuleiten und den Grundbesitz…
Besitzern zu übergeben.

Dieser obligate, tapfere Ent…
eine Reihe neuer Kämpfe her…
Besitz und ihr Vermögen bew…
überbietende kommunistisch…
Regierung mit erneuter Kraf…

Die Regierung wich jedo…
ter wurde mit der Bodenver…
verteilungsräten machten…
Zweck der Revolution zu…
der ungarischen Tennen…
Bevölkerung mit Boden z…

Zum Unglück hatte die…
heitlichen Geist der einzi…
sozialdemokratischen Pa…

…bliebene
…nur der
…unbewuß-
…brandmarkt
…Joch großen
…gung zu, daß
…enteignet wer-
…esitze von 5 bis
…gen je einer Land-
…viel diese aus eige-
…en konnten. In der
…den waren höchstens
Gartenbesitze im Aus-
…gung der Ansprüche der
…erdies hätten, in welchen
…von höchstens 3 Joch an
…hte verteilt werden sollen.
…tem der genossenschaftlichen
…nd waren die, wo auch immer,
…chaften der Landarbeiter bei der
…vorzugen.
…verteilung sollte auf Grund des ge-
…tems erfolgen, indem die Anspruchs-
…nden mit allgemeiner, gleicher und ge-
Bodenverteilungskommission zu wählen
…assung in der Angelegenheit der zu ent-

[illegible] und der Befriedigung der Ansprüche in erster [illegible] Die oberste Instanz war der Landesrat für Boden-

[illegible] fördert zur Hebung der intensiven Bewirtschaftung [illegible] von Produktionsgenossenschaften. Anderseits trägt [illegible] der Bauers und darüber hinaus den Interessen [illegible] Rechnung, um die berechtigten, Jahrhunderte alten [illegible] Bauernschaft zu befriedigen — und die Bauern für [illegible] gewinnen.

[illegible] für den enteigneten Grundbesitz wird im [illegible] durchschnittlichen Umsatzwertes der Güter [illegible] festgestellt und somit verhindert, daß die [illegible] junktur auch bei der Bodenreform aus- [illegible] personen übergebene Boden geht in [illegible] eigentum über, und somit wird [illegible] demokratischen Partei erfüllt. [illegible] auch eine provisorische Regelung [illegible] das Bodenbedürfnis der Bevölkerung [illegible] der Bodenverteilung nur nach längerer [illegible] Enteignungsverfahren mit der vorherigen [illegible] Landesrates für Bodenverteilung unverzüglich [illegible] Grundbesitz provisorisch den bezeichneten neuen [illegible] geben.

[illegible] Entschluß der Volksregierung beschwor [illegible] Kampf herauf. Die Gegenrevolution der für ihren [illegible] besorgten Großgrundbesitzer und die alles [illegible] Pemagogie griffen die revolutionäre [illegible] Kraft von zwei Richtungen an. [illegible] zurück. Wenige Wochen spä- [illegible] begonnen. Hunderte von Boden- [illegible] sich auf den Weg, um den sozialen [illegible] verwirklichen, um die wahre Revolution [illegible] zum Sieg zu führen und die ungarische [illegible] zu schaffen.

[illegible] der Bodenreform den ein- [illegible] Macht der Revolution, der [illegible] gewährt.

Dieser Entwurf der sozialdemokratischen Partei wu rapid anwachsenden Organisation der Landarbeiter landwirte in deren am 26. Dezember abgehaltenen Kon stimmig angenommen.

Mit Berücksichtigung des Entwurfes der sozialdemokra Partei ließ die Regierung einen neuen Gesetzentwurf üb Bodenreform ausarbeiten, der am 2. Februar 1919 vom Minis genehmigt wurde.

Das neue Gesetz war eine der bedeutendsten revolutionä Taten der Volksregierung. Es wurde im großen und ganzen Grund der Resolution der sozialdemokratischen Partei fertiggeste Die Verteilung der 10 000 und 100 000 Joch großen Großgrun besitze, die gesetzliche Maximierung der in Privatbesitz gebliebene Gutsbesitze, die 500 Joch nicht übersteigen durften, konnte nur der Demagogie zu wenig sein und nur von der bewußten oder unbewußten Gegenrevolution als Verrat an der Revolution gebrandmarkt werden. Das neue Gesetz behielt das System des 500 Joch großen Grundbesitzmaximums bei, stimmte auch der Verfügung zu, daß der Grundbesitz über 200 Joch im Notfalle ebenfalls enteignet werden könne. Vom enteigneten Boden hätten Gutsbesitze von 5 bis 20 Joch in kleinen Parzellen als Familienbesitzungen je einer Landarbeiterfamilie zukommen sollen, immer nur soviel diese aus eigenen Kräften bebauen und wovon sie auch leben konnten. In der Nähe der Städte und der größeren Gemeinden waren höchstens 2 Joch große Familiengärten und kleine Gartenbesitze im Ausmaß von höchstens 5 Joch zur Befriedigung der Ansprüche der Arbeiter und Beamten zu schaffen. Überdies hätten, in welchen Gegenden auch immer, Arbeiterbesitze von höchstens 3 Joch an landwirtschaftliche Arbeiter und Knechte verteilt werden sollen.

Das Gesetz behielt auch das System der genossenschaftlichen Gutsbesitze bei, und dementsprechend waren die, wo auch immer, gegründeten Produktionsgenossenschaften der Landarbeiter bei der Bodenverteilung unbedingt zu bevorzugen.

Die Durchführung der Bodenverteilung sollte auf Grund des geforderten demokratischen Systems erfolgen, indem die Anspruchsberechtigten in allen Gemeinden mit allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl eine lokale Bodenverteilungskommission zu wählen hatten, der die Beschlußfassung in der Angelegenheit der zu ent-

eignenden Besitze und der Befriedigung der Ansprüche in erster Instanz oblag. Die oberste Instanz war der Landesrat für Bodenverteilung.

Das Gesetz fordert zur Hebung der intensiven Bewirtschaftung die Errichtung von Produktionsgenossenschaften. Anderseits trägt er dem Bodenhunger des Bauers und darüber hinaus den Interessen der Revolution Rechnung, um die berechtigten, Jahrhunderte alten Ansprüche der Bauernschaft zu befriedigen — und die Bauern für die Revolution zu gewinnen.

Die Entschädigung für den enteigneten Grundbesitz wird im Gesetz auf Grund des durchschnittlichen Umsatzwertes der Güter im Jahre 1908—1913 festgestellt und somit verhindert, daß die Gutsbesitzer die Kriegskonjunktur auch bei der Bodenreform ausbeuten können. Der Privatpersonen übergebene Boden geht in Form einer Erbpacht ins Privateigentum über, und somit wird auch diese Forderung der sozialdemokratischen Partei erfüllt.

Das Gesetz sieht gleichzeitig auch eine provisorische Regelung vor. Es ermöglicht dort, wo das Bodenbedürfnis der Bevölkerung groß und die Durchführung der Bodenverteilung nur nach längerer Zeit zu erwarten ist, das Enteignungsverfahren mit der vorherigen Zustimmung des Landesrates für Bodenverteilung unverzüglich einzuleiten und den Grundbesitz provisorisch den bezeichneten neuen Besitzern zu übergeben.

Dieser obligate, tapfere Entschluß der Volksregierung beschwor eine Reihe neuer Kämpfe herauf. Die Gegenrevolution der für ihren Besitz und ihr Vermögen besorgten Großgrundbesitzer und die alles überbietende kommunistische Demagogie griffen die revolutionäre Regierung mit erneuter Kraft von zwei Richtungen an.

Die Regierung wich jedoch nicht zurück. Wenige Wochen später wurde mit der Bodenverteilung begonnen. Hunderte von Bodenverteilungsräten machten sich auf den Weg, um den sozialen Zweck der Revolution zu verwirklichen, um die wahre Revolution der ungarischen Tennen zum Sieg zu führen und die ungarische Bevölkerung mit Boden zu beteilen.

Zum Unglück hatte die Durchführung der Bodenreform den einheitlichen Geist der einzigen organisierten Macht der Revolution, der sozialdemokratischen Partei, gelockert.

XIX.

Auf dem Weg des Verfalls.

Die wirtschaftliche Unsicherheit führte ein soziales Chaos herbei, das nach und nach die Grundlagen der Revolution erschütterte. Hunderttausende der abgerüsteten Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere, Arbeitslosen, Invaliden und Kriegswitwen wurden in ihrem unendlichen Elend und ihrer Verzweiflung zur willenlosen Beute der kommunistischen Agitation.

Die abgerüsteten Soldaten, Unteroffiziere und Reserveoffiziere bildeten je eine Vereinigung mit dem alleinigen Zweck, die Regierung durch alle Mittel der Gewalt und des Terrors zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen, wobei die berechtigten Ansprüche der übrigen Gesellschaftsschichten in den Hintergrund gedrängt wurden. Die Arbeitslosen leiteten mit Ausschaltung der Gewerkschaften selbständige Bewegungen ein. Jeder Hinweis darauf, daß die Revolution die Frage der Arbeitslosigkeit nicht durch Arbeitslosenunterstützungen allein, sondern auch durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten lösen wolle, erwies sich als vergeblich, da die Arbeitslosen stets mit neuen Forderungen an die wirtschaftlich ohnmächtige, wenn auch im Interesse der Sache fieberhaft tätige Regierung herantraten.

All diese Bewegungen standen unter der geistigen Führung der kommunistischen Partei. Diese war bestrebt, ihre Forderungen durch häufige Massenkundgebungen, bewaffnete Demonstrationen zur Geltung zu bringen und wiegelte die Massen gegen die Revolutionsregierung und namentlich deren linken Flügel, die sozialdemokratische Partei, auf.

Diesen zum Teil sehr tumultuarischen Bewegungen schlossen sich verschiedene Gruppen von geringerer Bedeutung an, die aber mit demselben Terror arbeiteten, so die abgerüsteten Advokaten, die Hochschüler, heimgekehrte Kaufleute und geistige Arbeiter und andere Gesellschaftsschichten. Sie vereinigten sich häufig auch zu besonderen Organisationen, stellten Forderungen auf, betörten die Massen mit allerhand Versprechungen, verschwiegen aber, daß sie

deren Erfüllung der Regierung überlassen hatten. Bei den großen Verheißungen und den niedrigen Mitgliedsbeiträgen warben diese Vereinigungen eine ungeheure Menge von Mitgliedern und suchten ihre Forderungen nach dem Muster der Pogányschen Demonstration mit Hilfe des Massenterrors gegenüber der revolutionären Regierung geltend zu machen.

Die Regierung und die sozialdemokratische Partei nahmen angesichts dieser Bewegungen den Standpunkt ein, daß die berechtigten Ansprüche bis zur Grenze der wirtschaftlichen Möglichkeit erfüllt werden müßten, die Berechtigung der gelegentlichen Zweckorganisationen hingegen nicht anerkannt werden könne. Sie forderte vielmehr, daß die abgerüsteten Soldaten und auch die übrigen Gruppen sich ihrer sozialen Schichtung entsprechend organisieren und auf diese Weise zu nützlichen Faktoren der Gesellschaft werden sollten.

Dessenungeachtet zogen von Woche zu Woche Zehntausende in bewaffneten Umzügen vor die verschiedenen Ministerien und verlangten die sofortige Durchführung willkürlich ausgeheckter unerfüllbarer Forderungen. Die abgerüsteten Soldaten forderten für jeden Soldaten eine Abfertigung von 5400 Kronen, die abgerüsteten Offiziere eine ebensolche in der Höhe von 30 000 Kronen, ferner sofortige Arbeitsvermittlung, Kleider und andere augenblicklich nicht aufzubringende Leistungen.

Um den Geist dieser Bewegungen zu kennzeichnen, seien hier einige Details aus den — zuweilen in unqualifizierbarem Tone gehaltenen — Denkschriften einiger solcher Gelegenheitsorganisationen mitgeteilt.

„Die abgerüsteten Soldaten stellen nachstehende Forderungen auf:

1. Die Abfertigung aller abgerüsteten Soldaten ist in einer Summe zu bezahlen und wird mit einem monatlichen Lebensminimum von 900 Kronen auf 6 Monate, d. h. mit 5400 Kronen beziffert.

2. Die mit Kleidern nicht versorgten Mannschaftspersonen sind innerhalb eines befristeten Termins mit entsprechenden Zivilkleidern zu versorgen.

3. Die gewesenen Gewerbetreibenden, Kaufleute usw., die infolge des Krieges mittellos geworden sind, sind mit entsprechen-

der materieller Unterstützung auf dem Wege unserer Organisation selbständig zu machen.

4. Bei der Besetzung aller staatlichen, Komitats- und Gemeindeposten sowie bei der Ausschreibung und Erteilung von Arbeitsaufträgen sind heimgekehrte Soldaten zu bevorzugen.

5. Allen unseren Mitgliedern, die keine Landwirte oder landwirtschaftlichen Arbeiter sind und infolge der Bodenreform nicht mit Boden beteilt werden, ist in der Nähe ihres Wohnortes ein unentgeltlicher Baugrund zur Errichtung eines Familienhauses zu überlassen.

6. Für unsere Organisation wird in den inneren Bezirken der Hauptstadt ein entsprechendes Lokal beansprucht.

7. Zum Schlusse fordern wir, daß auf unsere in den obigen 6 Punkten aufgestellten Forderungen innerhalb dreimal 24 Stunden eine meritorische Antwort erteilt werde."

Und um ihren im Rahmen einer bewaffneten Kundgebung überreichten Forderungen einen noch größeren Nachdruck zu verleihen, wird im Memorandum noch folgendes ausgeführt:

> Herr Kriegsminister! Alle abgerüsteten Soldaten sind nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, auf den in obigen 7 Punkten angeführten Forderungen zu bestehen. Wir machen die Volksregierung aufmerksam, unsere Forderungen um somehr erfüllen zu wollen, als wir sie heute noch auf der Basis des Rechtes und der Loyalität durchsetzen wollen[1].

Die Unteroffiziere waren um nichts bescheidener und in der Wahl ihrer Mittel nicht wählerischer als die abgerüsteten Soldaten. Zwei Wochen nach der Übergabe des obigen Memorandums überreichten sie ein anderes Memorandum mit nahezu denselben Forderungen, gleichfalls in 7 Punkten zusammengefaßt und verlangten die Erfüllung aller Punkte gleichfalls innerhalb 24 Stunden.

Die dem Mittelstand angehörenden Reserveoffiziere, Advokaten, Ärzte, Hochschüler sowie Gewerbetreibende und Kaufleute bedrängten die Regierung mit womöglich noch übertriebeneren Forderungen. Diese gelegentlichen Vereinigungen standen bald bewußt, bald unbewußt im Dienste der Gegenrevolution. Trotzdem ließ die soge-

[1] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

nannte revolutionäre kommunistische Partei ihre Unterstützung auch diesen Bewegungen zuteil werden, war es ihr doch in ihrem blinden Hasse nicht um die Interessen der Revolution, vielmehr um den Sturz der sozialdemokratischen Partei zu tun.

Der Landesverband der Reserve- und Landsturmoffiziere sowie der geistigen Arbeiter legte der Regierung noch am 12. November ein Memorandum vor, das ich seines Umfanges wegen nicht wörtlich wiedergeben kann, allein auch einige Details beweisen, daß gerade diese Helden der Konterrevolution die überspanntesten Forderungen aufstellten.

1. Die öffentlichen Angestellten müssen wieder in ihre alten Posten eingesetzt werden, und zwar in jene Rangklasse, die ihre nicht eingerückten Kollegen bekleiden. Sie haben rückwirkend alle Bekleidungszulagen und Anschaffungsvorschüsse zu erhalten, die den Nichteingerückten bewilligt wurden.

2. Privatangestellte, ob sie definitiv oder provisorisch angestellt waren, sind in ihre Stellungen zurückzunehmen, mit den Bezügen, welche die mit ihnen gleichgestellten Kollegen erhalten. Die während des Krieges nicht flüssig gemachten Gehälter sind rücklaufend auszubezahlen. Dem aus dem Krieg heimgekehrten Angestellten darf nur auf Grund einer Handlung gekündigt werden, die gegen das Strafgesetzbuch verstößt. Jede Art von Steuern, die auf das Einkommen von Angestellten gelegt werden, haben die Unternehmungen zu tragen.

Sämtliche Offiziere, die in Stellungen nicht untergebracht werden können, sind, solange sie keine Beschäftigung finden, von den staatlichen Organen zu erhalten. Die Berechtigung zu dieser Versorgung hat 6 Monate zu dauern, den Unverheirateten ist eine monatliche Pension zu bezahlen, indem sie im Bezuge ihres gegenwärtigen militärischen Stammgehaltes belassen werden. Den Verheirateten ist eine Unterstützung von monatlich 1000 Kronen und nach jedem Kinde weitere 200 Kronen zu bezahlen. Alle staatlichen und öffentlichen Posten sind in erster Reihe mit Heimkehrern zu besetzen.

3. Die Angehörigen freier Berufe haben drei Monatsbezüge als Anschaffungsbeitrag zu erhalten.

Jenen, denen zur selbständigen Ausübung ihres Berufes oder zur Wiederaufnahme ihrer Praxis kein Kapital zur Verfügung

steht, ist eine zinsenfreie Anleihe bis zu 10 000 Kronen zu gewähren.

4. Selbständige Kaufleute, Gewerbetreibende, Fabrikanten, Agenten, Unternehmer, haben im Notfall eine zinsenfreie Anleihe bis zu 20 000 Kronen zu erhalten. Zur Unterstützung der Kaufleute wird die Errichtung einer altruistischen Bank gefordert, bei Verteilung des freigewordenen Kriegsmaterials sind in erster Linie diese zu berücksichtigen.

Es wird von der Regierung gefordert, die Abgerüsteten mit billigen Kleidungsstücken und Wäsche zu versorgen.

Die genannten Gruppen fordern eine Vertretung im National- und Soldatenrate[2].

Diese nicht sehr bescheidenen Forderungen wurden Ende Januar bereits erhöht, indem nunmehr für jeden abgerüsteten Offizier und Offiziersaspiranten bei Aufrechterhaltung aller sonstigen Forderungen eine Abfertigung von 30 000 Kronen gefordert wurde.

Man braucht kein Wort darüber zu verlieren, daß diese geistigen Arbeiter, die stets im Tone des größten Hasses über die maßlosen Forderungen der Gewerkschaften und manuellen Arbeiter gesprochen hatten, die Regierung nach dem Schulbeispiel der Kommunisten ebenfalls mit bewaffneten Aufzügen zur Erfüllung ihrer Forderung zwingen wollten. Und die Hochschüler, die Helden der Horthyarmee?

Die Hochschüler fordern für jeden abrüstenden Hochschüler eine sofort fällige Vergütung von 4000 Kronen.

Überdies beanspruchen sie auch alle übrigen Abrüstungsgebühren, die ihnen ihrer militärischen Charge nach zukommen, für die Dauer von weiteren 6 Monaten.

Außerdem fordern sie einen Zivilanzug, einen Winterrock, ein Hemd, eine Unterhose, Strümpfe, ein Paar Schuhe und lösen auch die Wohnungsfrage eigens zugunsten der Hochschüler. Demzufolge seien die „Ludovika"-Landwehrakademie und die Hadikkaserne sofort ihnen zu überlassen, beide Gebäude seien dringend instand zu setzen, mit Einrichtungsgegenständen und Bettzeug zu versehen, damit sie bis längstens 1. De-

---

[2] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

zember als Studentenheime bezogen werden können. (Diese Forderung wurde Mitte November erhoben. B.) Die Studentenheime seien mit Schneider- und Schusterwerkstätten sowie mit einer Mensa Academica auszustatten, die zu Selbstkostenpreisen zu liefern und deren Einrichtungsspesen vom Kriegsministerium bestritten zu werden haben[3].

Jeder Student sei bis zur Beendigung seiner Studien mit einer monatlichen Unterstützung von 250 Kronen zu beteilen.

Zum Schlusse wird noch eine Reihe den abgerüsteten Studenten große Vorteile zusichernder Forderungen aufgestellt. Es wird die Errichtung einer Konsumgenossenschaft, eines Krankenhauses, einer Badeanstalt, sogar die Herausgabe billiger Theaterkarten verlangt, und dies alles für die abgerüsteten Studenten, als hätte der Staat gar keine anderen Sorgen. Die Vertreter der reaktionär und konterrevolutionär gesinnten Studentenschaft genossen naturgemäß gleichfalls die vollste Unterstützung der Kommunistenpartei.

Aber nicht nur die Mittelständler, auch die übrigen geschworenen Feinde der Arbeiterschaft treten mit den wüstesten und extravagantesten Forderungen auf. Die Mannschaft der Gendarmerie, die vor etlichen Monaten noch mit Behagen in die streikenden Arbeiter hineingefeuert hatte, droht jetzt mit dem Streik, wenn ihre Forderungen nach Erhöhung ihrer Bezüge um mehrere hundert Prozent nach reichlicher Beförderung nicht erfüllt werden sollten. Das schwer heimgesuchte Land, das nicht imstande ist, seine Invaliden und Arbeitslosen zu erhalten und seine Produktion wieder aufzurichten, soll nun alles andere beiseiteschieben, um einen neuen Personalschematismus für die Gendarmerie zu schaffen und das Gendarmeriepersonal in die den jeweiligen Dienstjahren entsprechende Offizierscharge zu befördern, wodurch einige hundert Gendarmeriewachtmeister sofort in den Rang eines Hauptmanns, Majors und Oberstleutnants erhoben worden wären.

Man müßte weit ausholen, um all die Denkschriften der Soldaten, Offiziere, Gendarmen, Advokaten und Kaufleute mit ihren immer erhöhten Forderungen aufzuzählen. Sicher ist, daß die obigen Forderungen jedem Vernünftigen auf den ersten Blick klar machen müssen, daß kein noch so reiches, in Wohlstand und friedlichen

---

[3] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

Verhältnissen lebendes Land imstande gewesen wäre, sie zu erfüllen.

Um wie viel weniger das arme, verelendete, ausgeplünderte, bis auf ein Drittel besetzte revolutionäre Ungarn!

Die ganz belanglosen Lohnforderungen der in den Fabriken beschäftigten Arbeiterschaft verschwinden geradezu neben diesen enormen Ansprüchen.

Am 10. Januar erhöht die Regierung unter dem Eindruck der ständigen Demonstrationen der Arbeitslosen deren Unterstützung um beiläufig 90 Prozent. In einigen Tagen wird eine neue Bewegung in die Wege geleitet, die Arbeitslosen fordern eine Unterstützung in der Höhe des normalen Arbeitslohnes.

Am 27. Januar wird auf dem Parlamentsplatz eine neuerliche Versammlung abgehalten und erklärt, daß man nicht geneigt sei, mit der Unterstützung von 105 Kronen wöchentlich vorliebzunehmen. In einer bolschewistisch angehauchten Resolution wird die revolutionäre Enteignung der Produktionsmittel und die Bewaffnung des Proletariates gefordert. Zwei Forderungen, die mit der Arbeitslosenunterstützung offenbar keinen Zusammenhang haben und nur bezeugen, daß die Arbeitslosen zu politischen Zwecken mißbraucht wurden.

Die sozialdemokratischen Führer und die „Népszava" traten dem unter bolschewistischer Maske auftretenden bewaffneten Terror energisch entgegen. Die „Népszava" bezeichnete die aus zweifelhaften Existenzen, zuweilen sogar aus vorbestraften Individuen bestehende Leitung der abgerüsteten Soldaten mit Recht als Schwindler, ohne sich darum zu kümmern, daß sie ihre in revolutionären Zeiten so gesuchte Popularität gefährdete.

Anläßlich der am 29. Januar stattgefundenen Demonstration erklärte ich der bei mir vorsprechenden Abordnung, daß wir ihnen bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten gerne behilflich sein werden, die Regierung jedoch trotz jedes Terrors auf ihre Forderung von 5400 Kronen unter keinen Umständen eingehen könne. In der Sitzung des Arbeiterrates wiederholte ich unter allgemeiner Zustimmung diese Erklärung mit voller Entschlossenheit.

Am nächsten Tage beschloß der Ministerrat, fürderhin jedwede an die Regierung gestellte ultimative Forderung unberücksichtigt

zu lassen, nachdem er die Erfüllung der Forderung der abgerüsteten Offiziere ebenfalls abgelehnt hatte.

Zur Verhinderung der ewigen bewaffneten Kundgebungen stellte ich später im Ministerrat den Antrag, die Regierung möge beschließen, daß sie nicht länger gesonnen sei, den Aufmarsch bewaffneter Massen zu dulden und diesen im Notfall mit Gewalt verhindern werde. Die Annahme dieses Antrages wäre natürlich mit einer Kriegserklärung gleichbedeutend gewesen und hätte offenbart, daß man den gegen die Revolution wühlenden Massenterror niederzuringen bereit sei.

Leider konnten die Mitglieder der Regierung diese Entschlossenheit nicht aufbringen. Alle, Stephan Szabó von Nagyatád nicht weniger als Kunfi und Garami, lehnten die Annahme des Antrages in der ursprünglichen Fassung ab, und es wurde beschlossen, die verschiedenen „Gesellschaftsschichten" durch die Presse zu ersuchen, die mit Arbeit überhäuften Mitglieder der Regierung nicht mit Massendeputationen zu belästigen.

Die böswilligen, im Trüben fischenden Kommunisten waren mit solchen Bitten allerdings nicht kleinzukriegen.

Selbst in der Geschichte aller kommunistischen Parteien der Welt dürfte die unverantwortliche Demagogie, die ständigen Verleumdungen, die antisozialistischen Agitationen, die Propaganda für den individuellen Terror, wie sie in der Presse und den Versammlungen der ungarischen Kommunistenpartei herrschten, beispiellos dastehen. Leider wird die ungarische Sprache im Auslande nicht verstanden. Deshalb blieb auch diese geradezu beispiellose konterrevolutionäre Agitation und ihre Wirkungen unbekannt. Hoffentlich kommt eine Zeit, da man keine Mühe und keine materiellen Opfer scheuen wird, um den Ton und den Geist jener kommunistischen Presse und jener kommunistischen Reden in fremde Sprachen zu übertragen. Ich bin fest überzeugt, daß dann auch die extremsten russischen, deutschen und französischen Kommunisten feststellen werden, daß die ungarische kommunistische Partei weder eine kommunistische noch eine bolschewistische, sozialistische oder marxistische Propaganda betrieb, sondern einfach die Anarchie heraufbeschwor.

Man agitierte für die Bewaffnung des Proletariats und erwarb unter diesem Vorwand mit Geld und durch Bestechungen Waffen

und Handgranaten, die jedem Hergelaufenen übergeben wurden, ohne daß man sich seiner sozialistischen Zuverlässigkeit vergewissert hätte. Man verkündete die Zerstörung der Macht der Bourgeoisie, die Enteignung der Produktionsmittel, und unter dieser Flagge wurden die Arbeiter von Tag zu Tag in den kommunistischen Blättern zur eigenmächtigen Beschlagnahme von Wohnungen und Fabriken, mithin zum Raub und zur Plünderung aufgefordert. „Keine Schurkerei ließen diese Afterkommunisten unversucht, die geeignet schien, die Gehässigkeit und die niedrigen Instinkte der Massen zu entfesseln", schreibt selbst Pogány, der spätere Führer der ungarischen Kommunistenpartei in der am 21. Februar 1919 erschienenen Nummer der „Népszava". Nun aber wurden die niedrigen Instinkte der Massen nicht gegen die Bourgeoisie, sondern vor allem gegen die sozialdemokratische Partei losgelassen.

> „Die Lakaien der Bourgeoisie, die Regierungssozialisten, erniedrigten, nachdem sie das Proletariat Ungarns mit Haut und Haar verkauft hatten, den Arbeiterrat Budapests zu einem Bordell. Diese feigen Falotten, die dem mit Fußtritten hinausbeförderten Kaiser schlotternd den Treueid leisteten, als das Volk von Budapest bereits revoltierte, diese schnöden Kompromißler, die nie den Mut aufgebracht haben, den Ausbeutern der Arbeiterschaft die Stirne zu bieten, machten sich aufs neue erbötig, die Rolle der Henkersknechte der Bourgeoisie zu übernehmen.
>
> Staatssekretär Wilhelm Böhm . . . dieser Schurke, der stets voranging, sooft es galt, die Arbeiterschaft zu verraten, . . . die Schurken, die es nie gewagt haben, die eigene Haut zu Markte zu tragen . . . es kommt noch die Zeit des individuellen Terrors . . ."

So schreiben sie in einer Flugschrift, derselbe Nihilismus offenbart sich in allen ihren Äußerungen, und in diesem Tone hetzten sie die im Feld verwahrlosten, von niedrigen Instinkten gepeitschten, unter Arbeitslosigkeit, Elend, winterlicher Kälte, zerfetzter Kleidung und Unterernährung maßlos leidenden, ein unerträgliches Dasein fristenden Massen nicht gegen die Bourgeoisie, sondern gegen die Revolutionspartei der Sozialdemokraten.

Von zwei Seiten, von der rechten und linken Gegenrevolution bedrängt, suchte die sozialdemokratische Partei die Revolution mit

den Waffen der Aufklärung und der Demokratie zu retten. Im Parteiorgan, in einer Reihe von Flugschriften und dem auch kommunistische Mitglieder zählenden Arbeiterrat waren die Sozialdemokraten mit einwandfreier Deutlichkeit und endloser Geduld bestrebt, die Einheit des Proletariats zu retten. Die Partei wollte von ihrem klar umrissenen Programm, vom Wege des Sozialismus und der Demokratie keinen Schritt abweichen, und immer wieder mußte sie darauf hinweisen, daß das verstümmelte, wirtschaftlich ausgesogene, in seiner industriellen und kapitalistischen Entwicklung ebenso wie in kultureller Beziehung rückständige Ungarn den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus nicht beschreiten könne, da es sich von den Machtverhältnissen der umgebenden Staaten, von deren wirtschaftlicher Struktur und dem allgemeinen Gange der europäischen Revolution nicht unabhängig machen könne, so daß ihm nichts anderes übrigbleibe, als nach dem Ausbau des demokratischen Ungarn die Vorbedingungen des sozialen Fortschrittes für das Proletariat zu schaffen.

Die bewegten Tage, in denen eine Handvoll Führer (einige führende Männer beteiligten sich leider an der öffentlichen Gegenaktion nicht) die Massen vom nahen Abgrund zurückzudrängen versuchten, werden stets zu den schönsten Kapiteln der Geschichte der sozialdemokratischen Partei gehören. Zwar gelang es dieser Agitation, den organisatorischen Anschluß der Massen an die kommunistische Partei zu verhindern, deren Mentalität und Sympathie aber neigte sich nach wie vor den von den Bolschewiken verkündeten Lehren zu.

Die unausgesetzten bolschewistischen Unruhen und Revolten gefährdeten den Bestand der Revolution in solchem Maße, daß die sozialdemokratische Partei schließlich gezwungen war, zu energischeren Mitteln zu greifen. In der Sitzung des Arbeiterrates vom 28. Januar wurden die Kommunisten mit allen Stimmen gegen 13 auf gemeinsamen Antrag der Parteileitung, des Parteiausschusses und des Gewerkschaftsrates aus dem Arbeiterrate ausgeschlossen. Es wurde ferner beschlossen, die Störenfriede auch aus den Gewerkschaften zu entfernen. Der am 9. Februar stattgefundene Parteitag nahm ebenfalls gegen die Tätigkeit der Bolschewiken Stellung und forderte gleichzeitig energische Maßnahmen gegen die mehr und mehr erstarkende Gegenrevolution.

XX.

Die Regung der Gegenrevolution.

Die Revolution hatte es in ihrem Siegesrausch unterlassen, die Schuldigen des alten Regimes zu bestrafen. Hierdurch ermutigt, fing man an, die heimliche Unzufriedenheit zu schüren.

Die Unzufriedenheit hatte wohl reichliche Gründe: nur waren diese natürlich der Schuld des alten Regimes zuzuschreiben. Die Zerstückelung des Landesgebietes, der Mangel an Lebensmitteln und Kleidungsstücken, die Wohnungsnot, die Arbeitslosigkeit — ebensoviele Quellen der Unzufriedenheit — waren die natürlichen Folgen des Krieges, eines Krieges, dessen Anstifter die Anhänger des alten Regimes und der Gegenrevolution waren.

Die Gegenrevolution gewann ihre ersten Hilfstruppen aus den Kreisen der aktiven Offiziere und der Geistlichkeit. Diese schlossen sich zwar in den Tagen des Revolutionsausbruches der Revolution an, sobald sie aber sahen, daß die Regierung ihre Versprechen ernstlich einzulösen gedenke und zur Politik des Pazifismus übergehe, keine große Wehrmacht erhalte, die großen Vermögen mit schweren Steuern belaste, die Bodenreform durchführe und den Einfluß der großen Massen auf die Führung des staatlichen und kommunalen Lebens sicherstelle, gingen sie sofort in den Dienst der Gegenrevolution über.

Am 26. November 1918 konstituierte sich der „katholische Rat", auf dessen erster Tagung der Stuhlweißenburger Bischof Ottokar Prohászka, einer der späteren Führer der Gegenrevolution, eine Ansprache hielt, wobei er ausführte:

> „Es ist keine Konterrevolution, was die Kirche will! Ob Revolution oder Konterrevolution, diese Sachen gehen andere an, wir aber müssen uns in den von der Revolution geschaffenen Rahmen fügen. Es gilt zu handeln. Freuen wollen wir uns, daß es uns gegönnt wurde, die Harmonie zwischen Hierarchie und Volk zu erleben[1]."

[1] „Népszava" vom 26. November 1918.

Die Korporation der römisch-katholischen Bischöfe richtet einen Brief an den Präsidenten der revolutionären Regierung:

„Die römisch-katholischen Bischöfe haben in ihrer am 20. November 1918 abgehaltenen Konferenz beschlossen, ihren ehrfurchtsvollen Gruß der ungarischen republikanischen Volksregierung zu entbieten. Die welthistorischen Ereignisse stellten die ungarische Nation vor eine neue Lage, verhalfen ihrem jahrhundertealten Traum und ihrer Sehnsucht: dem unabhängigen selbständigen Ungarn, zur Verwirklichung. Die Korporation der Bischöfe nimmt diese Umwälzung mit warmen patriotischen Gefühlen auf, erkennt sie vorbehaltlos an und versichert die ungarische republikanische Regierung, sie unter den schwierigen Verhältnissen im Ausbau des unabhängigen selbständigen Ungarns mit allen Kräften unterstützen zu wollen . . ."[2]

In noch übertriebenerem Servilismus bieten die aktiven Offiziere ihre Dienste an.

In ihrer Versammlung am 15. November begrüßen sie die Volksregierung, die sozialdemokratische Partei, „die Ordnung schuf", und beschließen einmütig, sich „bei der Proklamation der Republik — unter der Führung des Generals Desider Molnár — vertreten zu lassen".

Und dieselben Klassen wendeten sich trotz ihrer Beteuerungen und ihres der Volksrepublik geleisteten Eides in demselben Augenblick gegen die Republik, da die Demokratie ihre Vorrechte abschaffte.

Die aktiven Offiziere, die Oligarchie, der Klerus und die Gentry bedienten sich zur Schürung des Nationalismus, der Verstümmelung des Landes und der Besetzung als willkommenen Vorwänden zur gegenrevolutionären Agitation. Diese, die Republik in ihren Grundfesten erschütternde nationalistische Propaganda stiftete mehr Unheil als alle konterrevolutionären Umtriebe.

Fast jeder einzelne war durch tausendfache verwandtschaftliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen mit den besetzten Gebieten und deren Bevölkerung verbunden. Die Besetzung oder Abtrennung jedes Zolls vom Landeskörper schädigten tiefgrei-

---

[2] „Népszava" vom 26. November 1918.

fende Interessen breiter Gesellschaftsschichten. Diese erhofften die Rettung der Einheit des Landes zunächst vom Pazifismus der Regierung, von der Geltendmachung der Wilsonschen Grundsätze. Als der rücksichtslose Übermut der siegreichen Entente sich allen Wilsonschen Grundsätzen hohnsprechend großer Landesgebiete bemächtigte, wendeten sich die außenpolitisch ungeschulten Massen, die nationalistisch gesinnte Bauernschaft voran, in ihrer Enttäuschung vom Wilsonismus und Pazifismus ab, und trotz aller revolutionären Errungenschaften entwickelte sich eine Animosität gegen die pazifistische Regierung.

Die durch die Zwangslage gebotene Politik der Regierung trug leider zur Überhandnahme des Nationalismus bei. Der Besetzung und der bewaffneten Gebietsangliederung der neuen Staaten setzte die Regierung die Rechtseinwände, Proteste, innere und äußere Propaganda entgegen — die Massen schätzten diese Stellungnahme vom Standpunkt des Nationalismus ein. Die friedliche Aufklärungsaktion des „Nie, nie, niemals!“, der Besuch und die Ermunterung der an der Grenze stehenden Truppen durch Károlyi und den Kriegsminister haben viel dazu beigetragen, die nationalistische Bewegung zu fördern. Weder die Regierungsmitglieder noch die revolutionären Parteien, noch selbst die extremsten Elemente der Arbeiterschaft konnten sich mit dem Gedanken der gewaltigen Zerstückelung Ungarns abfinden. Jede Aktion und Offenbarung der Revolution stemmte sich gegen diesen Plan, was natürlicherweise die Ermunterung, Vertiefung und Erstarkung des Nationalismus zur Folge hatte.

Von dieser Ideologie lebten die verschiedenen unter patriotischer Flagge segelnden Vereine, wie die Liga zum Schutz der territorialen Integrität, die Erwachenden Ungarn, die Székler Räte und ähnliche Organisationen, die — stellenweise unter Mitwirkung gutgesinnter Patrioten — mit nationalistischen Losungsworten eigentlich nur eine konterrevolutionäre Propaganda entfalteten.

Der Nationalismus mag in einem gewissen Stadium der Revolution auch den revolutionären Zielen zugute kommen, namentlich wenn das zur politischen Macht gelangte Proletariat — wie dies in Österreich der Fall war — den Anschluß des wirtschaftlich lebensunfähigen Landes an einen wirtschaftlich entwickelteren und zur Verwirklichung des Sozialismus geeigneteren Staat anstrebt. Greift aber der Nationalismus ohne höhere Ziele sofort zum aussichtslosen

Mittel des bewaffneten Widerstandes, so holt er nur zum Schlag gegen die Revolution aus.

In Ungarn faßte diese Art von gegenrevolutionärem Nationalismus Wurzeln. Im Laufe der Oktoberrevolution bemächtigte er sich, wenn auch nicht organisatorisch, so doch geistig zweifellos der breitesten Volksschichten. Die bürgerlichen Zeitungen wühlten die Gemüter von Tag zu Tag mit der schamlosesten nationalistischen Hetze auf. Die Regierung stand mit den Mitteln der Demokratie dieser in ihrer äußeren Erscheinung landesfreundlichen, in Wirklichkeit aber gegen das revolutionäre Land gerichteten Stimmungsmache gegenüber ohnmächtig da. Unter dem Schutze der Preßfreiheit wurden täglich unmögliche Gerüchte über die angebliche Grausamkeit der fremden Besatzungstruppen und die Behandlung der dortigen Bevölkerung veröffentlicht — leider waren diese Gerüchte mitunter auch wahr, doch wurden die kritiklosen Massen durch die Übertreibungen aufgereizt, und der Bevölkerung bemächtigten sich nach solchen Berichten Erbitterung, Zorn und nationalistische Aufwallungen.

Allmählich wurde der Gedanke der bewaffneten Intervention zu einem populären. Die Massen waren sich darüber nicht im klaren, daß die Interventionspropaganda gegen das ganze bewaffnete Europa nur auf Verzweiflungsausbrüche spekulierte und nur eine womöglich noch vollständigere Zerstückelung Ungarns zur Folge haben konnte. Doch die Konterrevolution hatte ihr Ziel erreicht: der erstarkte Nationalismus lenkte die Erbitterung der Massen gegen den in falschen Farben geschilderten Internationalismus der republikanischen Regierung, und vor allem der Sozialdemokraten.

Die Konterrevolution hatte sich eine wohlerwogene Taktik zurechtgelegt. Anfangs vermied sie, ihr Ziel mit zweckloser Organisation, mit bewaffnetem oder organisiertem Angriff gegen die übermächtige Revolution zu erreichen. Sie war bestrebt, vorerst die Stimmung, ihren Plänen entsprechend, umzugestalten. Sie trat, angesichts der zügellosen Agitation der Kommunisten, in der Rolle der Beschützerin der gesellschaftlichen und revolutionären Ordnung auf; die Konterrevolutionäre gebärdeten sich im Kampfe gegen die Besetzung und die Verstümmelung des Landes gleich ebensovielen Kämpen des Nationalismus, die dem friedlich aufbauenden Internationalismus der Sozialisten die inhaltslose, doch in der Seele der

Massen immer noch lebende säbelrasselnde nationalistische Idee entgegensetzten und auf diese Weise das vor Anarchie zitternde Kleinbürgertum sowie die Gutsbesitzer und auch die Massen der Bauernschaft für sich gewannen. Die Konterrevolution verschwieg wohlweislich, daß hinter den Losungsworten der Integrität, der Ordnung und der disziplinierten Wehrmacht sich in der Tat nur die Sehnsucht nach Aufrechterhaltung des Großgrundbesitzes, des Vermögens, der Rieseneinkommen, der Wiederherstellung des alten Regimes und der Sieg der Gegenrevolution verbargen.

Der Macchiavellismus der Gegenrevolution scheute selbst vor Entfesselung des Nationalbolschewismus nicht zurück. Der größte Teil der bürgerlichen Zeitungen stand im Dienste des Nationalbolschewismus.

Die mit übergrellen Farben gemalten phantastischen Berichte über die Grausamkeiten der Tschechen, Rumänen und Serben, die täglichen Märchen von erschossenen Offizieren und Staatsbeamten, die Leitartikel über eingesalzene menschliche Körperteile, die Hetze zum aussichtslosen bewaffneten Widerstand waren die täglichen Themen, durch die man den Flammen des instinktiven Nationalismus unaufhörlich neue Nahrung zuführte. Auf der anderen Seite war man eifrig bestrebt, die öffentliche Stimmung gegen die Bolschewiken und ihre Aktion zu mildern und allen Haß auf die sozialdemokratische Partei und deren Führer zu lenken.

Uneingeweihten Beobachtern dürfte das unerhört sinnlose Vorgehen der bürgerlichen Presse fast unbegreiflich erscheinen. Wer die während der Revolution erschienenen Blätter nicht gelesen hat, wird kaum glauben, welch sinnlose und selbstmörderische Politik die bürgerlichen Blätter betrieben. Ihre Verirrungen können lediglich von denen begriffen werden, die wissen, daß diese Blätter es darauf abgesehen hatten, der Sache der Gegenrevolution über den Nationalbolschewismus zum Siege zu verhelfen.

Über das mit den Bolschewiken sympathisierende Vorgehen, das sich das Blatt „Az Est“ anläßlich der Verprügelung Béla Kuns und Genossen zuschulden kommen ließ, sowie über die Wirkungen dieses Vorgehens werde ich in einem anderen Zusammenhange sprechen.

Dasselbe Blatt eilt den Kommunisten am 1. März mit einer anderen, fast belanglos erscheinenden Nachricht zu Hilfe.

Die Ruhe und der Friede des ganzen Landes wird von den bewaffneten Aktionen der abgerüsteten Soldaten und Unteroffiziere aufgewühlt. Sowohl die Arbeiterschaft wie auch die Bürgerschaft ist sich der Gefahren dieser völlig unberechtigten, grundlosen, unter dem Einfluß selbstsüchtiger Abenteurer stehenden Umtriebe bewußt. Am 21. Februar verhaftet die Polizei bereits die Rädelsführer der Organisationen der abgerüsteten Unteroffiziere. Und acht Tage später schreibt „Az Est" wie folgt:

> „In den Kreisen der abgerüsteten Soldaten herrscht wegen des Empfanges ihrer Abordnung im Kriegsministerium Unzufriedenheit. Die Führer der freien Organisation beschlossen, auf ihren Forderungen zu bestehen. Vorderhand veranstalten sie keine neuerlichen Versammlungen oder Kundgebungen, sondern setzen die Organisierung der abgerüsteten Soldaten fort. Die Lokalitäten der Organisationen sind mit Leuten überfüllt, die um Aufnahme ansuchen. In der Thökölygasse gibt es vor der Restauration, wo die Aufnahme der Mitglieder stattfindet, von früh bis abends große Ansammlungen. Die Leute stellen sich wie vor einer Milchhalle oder einem Bäckerladen an und warten stundenlang beharrlich, um sich in die Organisation aufnehmen lassen zu können."

Mit Hinblick auf die Gefahren der Bewegung verweigert das grundsätzlich für alle berechtigten Interessen und Forderungen eintretende sozialdemokratische Parteiorgan der Abenteurerorganisation die Öffentlichkeit, dafür macht ihr ein bürgerliches Blatt Reklame, um nur die Bewegung stärken und Unruhe stiften zu können.

In einem anderen Falle bringt eines der verbreitetsten Tagblätter des Budapester Judentums, „Pesti Hirlap", in seiner Nummer vom 27. Januar eine mit ungewöhnlich großen Buchstaben gesetzte Nachricht, derzufolge der sozialistische Kriegsminister den Tschechen 150 000 Waffen ausgeliefert habe.

Es muß betont werden, daß es gerade der sozialdemokratische Kriegsminister war, der um diese Zeit zur Verteidigung des größten bei Ungarn belassenen Bergwerkes Soldaten entsandte. Man kann sich leicht vorstellen, welche Wirkung eine Nachricht auf die Soldaten ausüben mußte, derzufolge derselbe sozialistische Kriegs-

minister, der sie an die Front gegen die Tschechen kommandiert, der tschechoslowakischen Regierung Waffen zur Verfügung stellt.

Es wurde einwandfrei festgestellt, daß diese Nachricht aus dem Magnatenkasino von dem antisemitischen Markgrafen Pallavicini telephonisch dem jüdischen „Pesti Hirlap" mitgeteilt wurde.

Natürlich war die Nachricht vom ersten bis zum letzten Worte frei erfunden, doch hat sie ihren Zweck erreicht: sie stiftete Unruhe und rührte die Gemüter auf.

Ein anderes Mal waren es wieder die Blätter „Az Ujság" und „Pester Lloyd", die die Organisierung der neuen Wehrmacht mit erlogenen, durch und durch unwahren Nachrichten zu stören trachteten. Sie muteten der Regierung die Absicht zu, die aktiven Offiziere aus dem Dienste zu verjagen, die Chargen abzuschaffen, die Kommandanten nicht durch Ernennung, sondern durch Wahl zu ersetzen. So wurden die von vornherein feindlich gesinnten aktiven Offiziere gegen die Volksregierung, die Republik und die Revolution gehetzt.

Die Regierung leitet friedliche Verhandlungen mit den Vertretern der neuen Staaten ein, dabei sucht die Presse die Bevölkerung mit beispiellosen Verleumdungen und Stimmungsmachereien gegen diese Staaten aufzuhetzen. Die Regierung entsendet pflichtgemäß Truppen zur Verteidigung der Grenzen, im Zusammenhange damit pöbelt die bürgerliche Presse das Militär und die Wehrmacht an und sucht die Truppenentsendung zur Steigerung der kriegerischen Stimmung und des Nationalismus auszubeuten. Die Regierung will durchaus keinen Krieg, gibt es doch im Lande — selbst unter den Gegenrevolutionären — keinen einzigen nüchtern denkenden Menschen, der ernstlich die wahnsinnige Idee erwägen wollte, das aller Mittel entblößte Land nach einem fünfjährigen Kriege in einen neuerlichen Krieg mit der Entente zu verwickeln: — trotzdem bringt nur das Blatt der sozialdemokratischen Partei den Mut auf, wiederholt und aufrichtig auf diese Tatsache zu verweisen. Die bürgerlichen Zeitungen setzten die Kriegshetze aller Gefahren ungeachtet fort.

Die zügellose Agitation von rechts und links und die derart herbeigeführten Störungen schafften bereits für Anfang Februar die geeignete Atmosphäre zum offenen Auftreten der Gegenrevolution. Am 3. Februar erfolgte in Stuhlweißenburg der Auftakt: Graf

Josef Károlyi berief die aufgelöste Komitatsversammlung putschartig ein und ließ eine Resolution annehmen, worin

> „der Regierung die Verschwendung öffentlicher Gelder vorgeworfen, die Wiederherstellung der alten Armee und ihrer Disziplin, der Zusammentritt des alten Parlamentes, im Schulwesen die Sicherung des Religionsunterrichtes gefordert wird. Der Regierung wird das Mißtrauensvotum erteilt und erklärt, daß man nicht gewillt sei, die Verordnungen bezüglich der Volksernährung durchzuführen, endlich, daß man dem gegenwärtigen Regime die größte Verachtung entgegenbringe und auf Wiederherstellung des alten Regimes bestehe"[3].

Der Komitatsversammlung wohnte derselbe Bischof Prohászka bei, der vor einigen Wochen noch die republikanische Regierung in einer begeisterten Ansprache begrüßt hatte.

Der Stuhlweißenburger Versammlung folgte die gegenrevolutionäre Resolution der Gyöngyöser Stadtrepräsentanz und das eingestanden gegenrevolutionäre Auftreten des Vereines der aktiven Offiziere.

Organisatorisch hatten diese gegenrevolutionären Aktionen eine geringe Bedeutung, doch gelang es ihnen, einerseits die regierungs- und republikfeindliche Stimmung wachzurufen und die Bauernschaft, die durch Sabotage der Versorgung eine zunehmende Teuerung entfesselte und der Regierung große Schwierigkeiten verursachte, gegen die revolutionäre hauptstädtische Bevölkerung zu hetzen, sowie anderseits die mit der Konterrevolution liebäugelnden Ententemissionen dahin zu beeinflussen, die Regierung vor den Ententeregierungen als durch und durch bolschewistisch erscheinen zu lassen.

Nach einigen Wochen der konterrevolutionären Stimmungsmache ist bereits deutlich zu spüren, daß die bewaffnete Gegenrevolution sich organisiere. Seit Ende Januar treffen bei mir bereits Nachrichten über bedeutende bewaffnete Aktionen und Vorbereitungen der Gegenrevolution ein.

> Hauptmann Budaházy, Kommandant des 12er Honvédregimentes, wirbt mit Hilfe des Oberstuhlrichters von Mátészalka, namens Béla Jeszenszky, in Mátészalka und Umgebung Leute zum Militärdienst. Nach einer Äußerung Budaházys verfolgte

[3] „Népszava" vom 4. Februar 1919.

man hierbei den Zweck, das alte Regime wieder herzustellen und die unbedingte militärische Disziplin zu schaffen. Seine Helfershelfer sind die zwei Offizierssöhne des Mátészalkaer Großgrundbesitzers Fogarassy. Sie verfügen bereits über eine Truppe von 3000 Mann.

In Sátoraljaujhely wird die Werbung von einer 120 Mann starken bewaffneten Nationalgarde unter dem Kommando Major Balázs' geführt und man trägt sich mit der Absicht, gegen Budapest zu marschieren.

Auf der Kordonlinie zwischen der Donau und der Mur steht eine 2500 Mann starke Truppe der Budapester Grenzpolizei mit 76 Maschinengewehren und Handgranaten in Hülle und Fülle. Die Truppe wird von einem aktiven Offizier italienischer Abstammung, namens Minach Mario, befehligt, der sich in Temesvár unter der Anklage der Plünderung und des Raubes 8 Monate in Untersuchungshaft befunden hatte. Dieser charaktervolle Konterrevolutionär trägt sich mit der Absicht, in der zweiten Hälfte des Februar mit seiner Truppe gegen Budapest zu ziehen.

In Zilah organisiert ein 600 Mann starkes Detachement, mit 25 bis 30 Maschinengewehren ausgerüstet und vom Major Gyurocsik befehligt, unter dem falschen Titel einer „Armee zur Befreiung Siebenbürgens" eine gegenrevolutionäre Armee.

In derselben Gegend betätigt sich eine Truppe, Detachement Varga genannt, mit demselben Zweck.

In Csap wirbt ein gewisser Hauptmann Alexander Bobkó Truppen. Gendarmeriewachtmeister E. meldet, daß die Offiziere regelmäßige geheime Zusammenkünfte abhalten und eine royalistische Verschwörung anzetteln.

In Beregszász ergänzt Hauptmann Győző Hubay seine 150 Mann starke Gendarmerietruppe durch Werbungen und organisiert eine gegenrevolutionäre Armee.

In Balassagyarmat organisieren Artilleriehauptmann Bilnitzer und der Obernotar des Komitates, Georg Pongrácz, eine verläßliche, aus „christlichen Gentlemen" bestehende Wehrmacht.

In Budapest versammeln sich die Offiziere des 1. ungarischen Husarenregiments und des 7. Husarenregiments am

14. Februar auf Grund eines Tagesbefehls des Regimentskommandos zu einer Offiziersbesprechung. Hierbei stellt Koloman Rácz den Antrag, den Streik der Offiziere gegen die Regierung und die Organisierung der bewaffneten Gegenrevolution zu beschließen. „Man müsse dringend handeln, solange bei den höheren Kommandos und im Kriegsministerium die führenden Posten von unseren Freunden bekleidet sind.“

Ähnliche Bewegungen werden auch bei einigen anderen Budapester Regimentern eingeleitet.

In Esztergom wird die Gegenrevolution vom Kommandanten des 14. Infanterieregiments, Gustav Schay, organisiert.

In Nyiregyháza bereiten Stabsoberst Ludwig und Oberstleutnant Ohm (letzterer rühmt sich, Kommunist zu sein), Kommandant des 5. Husarenregiments, den bewaffneten Aufstand vor.

In der Gegend zwischen der Donau und der Theiß, in Kecskemét, werden die Zentralen der Gegenrevolution von Husarenoberstleutnant Beniczky, in Transdanubien von den Ödenburger und Raaber, den Pápaer und Veszprimer Offizieren vertreten.

In einigen Offiziersgruppen des an der östlichen Grenze stehenden 5000 Mann starken Székler Detachements sind ebenfalls konterrevolutionäre Vorbereitungen zu spüren[4].

Alle diese Fälle stellen nur einen Bruchteil jener Meldungen dar, die bei mir täglich einliefen.

Schritt für Schritt wird das ganze Land von der bewaffneten gegenrevolutionären Verschwörung umgarnt. Bei mir laufen die diesbezüglichen Meldungen von drei Seiten ein. Das Parteisekretariat, der Soldatenrat und die Budapester Polizei melden regelmäßig die zu ihrer Kenntnis gelangten Bewegungen, die Rüstungen der Gegenrevolution und der Kommunisten. Überdies legen meine Genossen in Budapest und der Provinz persönlich und schriftlich Rechenschaft über ihre diesbezüglichen Erfahrungen ab.

In meinem Wirkungskreis als Kriegsminister war ich bestrebt, die konterrevolutionären Bewegungen innerhalb der Armee mit eiserner Kraft niederzuringen. In dieser Arbeit war mir Pogány in jeder Hinsicht und in anerkennenswerter Weise behilflich.

Die gegenrevolutionär gesinnten Offiziere entfernte ich kurzerhand aus dem Verband der Armee, ohne die Öffentlichkeit zu be-

---

[4] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

unruhigen. Auf meinen Antrag löste die Regierung mit einer generellen Verordnung den Generalstab auf, entließ die schon aus materiellen Gründen zur Konterrevolution neigenden vermögenden Offiziere aus der Wehrmacht und löste das unruhige Hauptnest der Konterrevolution, den unter dem Namen MOVE gegründeten Offiziersverein, auf.

Allein der Kampf gegen die Konterrevolution konnte innerhalb eines einzigen Ministeriums nicht erfolgreich sein.

Ich will kein Hehl daraus machen, daß man uns unter dem Vorwand der Auskundschaftung der Gegenrevolution mitunter auch mit grundlosen Schreckensnachrichten überhäufte. Besonders stark war diese Art von Geistersehern im Soldatenrat und im Parteisekretariat, wo die „Auskundschaftung der Gegenrevolution" genannte Berufskrankheit die Folge hatte, daß man hier und da auch kindische Naivitäten als gegenrevolutionäre Erscheinungen einschätzte. Manchmal mußte ich mich tagelang von früh bis abends mit diesen Lappalien befassen und meine ganze Nervenkraft aufbieten, um bei der überwältigenden Zahl der im ganzen Lande um sich greifenden gegenrevolutionären Erscheinungen zwischen beängstigenden Sturmzeichen und naiven Späßen unterscheiden zu können.

So meldet mir Pogány z. B. am 24. Februar in einem vertraulichen Schreiben sub num. 12. Ktk./1919, ein Stabshauptmann namens Csapi in Raab habe sich bei einer Gelegenheit dahin geäußert, daß „Kriegsminister Böhm lieber Schreibmaschinen reparieren, als sich um militärische Angelegenheiten kümmern sollte". Pogány teilt mir das „zur gefl. Kenntnisnahme und Darnachhaltung" mit.

Natürlich fiel es mir nicht im entferntesten ein, in solchen und ähnlichen Fällen ernstliche Schritte zu unternehmen, und ich wollte die Ansicht gewisser Stabsoffiziere, daß ich der Wirtschaft des Landes auch auf dem Gebiete der Schreibmaschinenreparatur nützliche Dienste leisten könne, keineswegs ändern. Ich war nicht geneigt, Maulhelden zu Märtyrern der Gegenrevolution zu machen.

Immerhin nahm die bewaffnete Gegenrevolution in immer größerem Maße zu, und wir alle, die wir uns mitten im Wirbel befanden, mußten uns darüber klar werden, daß diese Organisation von rechts und links letzten Endes zur unvermeidlichen Katastrophe führen müsse.

Die ganze Arbeiterklasse und die demokratischen Elemente des Bürgertums verlangten energisches Vorgehen gegenüber den konterrevolutionären Machenschaften; dabei forderten die Bauernschaft, das ganze Bürgertum, ja selbst die gebildeteren Arbeiter, daß der erschreckenden kommunistischen Agitation das Handwerk gelegt werde. Die sozialdemokratische Partei kämpfte zwischen zwei Mühlsteinen, mit der letzten Anspannung ihrer Kräfte gegen beide, die Revolution gefährdenden Richtungen, bis sich ihre Kraft im Kampfe aufrieb.

Die Regierung erwies sich gegenüber der rechten Gegenrevolution als zu schwach, weil sie sich nicht entschließen konnte, der — dieser Gegenrevolution Daseinsberechtigung und Vorwand bietenden — bolschewistischen Agitation Zügel anzulegen. Die auf der Plattform der Demokratie stehende Koalitionsregierung war infolge ihrer Zusammensetzung schwankend und energielos gegenüber der Konterrevolution von rechts und links, und so drängte sich die Frage einer anderen, zur Verteidigung der revolutionären Ordnung geeigneteren Lösung des Regierens von selbst in den Vordergrund.

XXI.

Die große Krise.

Die Regierung, insbesondere aber die sozialdemokratische Partei, war gegenüber den Angriffen der rechten und linken Gegenrevolution bestrebt, nach allen Seiten hin eine klare Lage zu schaffen. Die Partei wollte in erster Linie mit den Mitteln der Aufklärung und der Beruhigung auf die Massen wirken. Die vielfach vergrößerte Partei verfügte aber bei ihren immer zahlreicheren Aufgaben nicht über hinreichende geistige Kräfte.

Die besten Kräfte waren in so exponierten Stellungen beschäftigt, daß sie für die Partei- und Organisationstätigkeit physisch keine Zeit übrig hatten. Der Einfluß der Partei nahm in der zentralen und örtlichen Verwaltung zusehends zu. Das hatte zur Folge, daß Hand in Hand mit der Zunahme des Einflusses auch die Massen mit neuen Machtforderungen auftraten, wodurch immer neue Kräfte der Parteiarbeit entzogen werden mußten, so daß die zu neun Zehnteln aus neuen Massen bestehenden hauptstädtischen und Provinzorganisationen letzten Endes ohne politische, gewerkschaftliche und erzieherische Leitung blieben. Dieser Umstand erleichterte die Tätigkeit der bolschewistischen Demagogie unter den politisch ungeschulten Massen.

In der Regierung nahm die Differenzierung bereits anfangs Dezember ihren Anfang. Die konservativen Elemente schieden aus, die Regierung wurde nach links gedrängt. Dieser Prozeß begann mit dem Rücktritt des Kriegsministers Bartha und des Ministers für Inneres, Batthyány, und fand dann in der Demission Martin Lovászys ihre Fortsetzung. Lovászy vertrat gegenüber dem steigenden sozialistischen Einfluß und insbesondere der bolschewistischen Agitation den Grundsatz des organisierten Zusammenschlusses des Bürgertums und der Stärkung des bürgerlichen Einflusses. Bezeichnend für die damalige öffentliche Stimmung ist, daß die Berührung der Frage der bürgerlichen Organisation nicht nur von den

Massen, sondern auch von manchen sozialdemokratischen Führern als gegenrevolutionäre Erscheinung gebrandmarkt wurde. Es ist nicht zu bestreiten, daß sich der Aktion Lovászys auch unverläßliche Elemente angeschlossen hatten, dessenungeachtet war mir der Standpunkt der „Népszava" auch damals unerklärlich, da meinem Gefühl nach Lovászy von jeher ein verläßlicher, edel denkender und handelnder Revolutionär war. Die proletarische Demokratie kann gegen die politische Organisierung des Bürgertums keinen Einspruch erheben, solange diese keine gewalttätige Vernichtung der proletarischen Macht anstrebt.

Mit der Ausscheidung Lovászys und seiner Genossen spitzte sich die bisher latente Regierungskrise offener Revolutionskrise zu. Hierbei zeigten die zwei gegnerischen Gruppen ein sehr verschiedenes Bild.

Hinter den bürgerlichen Parteien, die in der Regierung eine überwiegende Mehrheit bildeten, stand in Wirklichkeit keine organisierte Kraft. Der Mentalität des alten Regimes entsprechend verließen dessen Exponenten nach der Revolution ihre bisherige Parteirahmen und traten den Revolutionsparteien bei. Die Károlyipartei war voll reaktionärer, teilweise der alten Apponyipartei angehörender Elemente, in der radikalen Partei schlossen sich hingegen einerseits die mit der bolschewistischen Richtung liebäugelnden Intellektuellen, anderseits die kapitalistischen Elemente der alten Tiszapartei zusammen.

Die Führer der bürgerlich-revolutionären Parteien — Szende, Jászi, Vinzenz Nagy, Alexander Juhász Nagy u. a. — waren zweifellos verläßliche Revolutionäre, allein sie hatten kein verläßliches revolutionäres Lager hinter sich, und noch mehr gebrach es ihnen an ausgebauten wirtschaftlichen und politischen Organisationen. Die Bauernschaft war schlechthin unorganisiert. Die kleinen Landwirte hatten zwar unter der Führung Stephan Szabós von Nagyatád eine primitive, schwache und allzu konservativ veranlagte Organisation, die sich jedoch nur auf einige Gemeinden einzelner Komitate erstreckte.

Demgegenüber schwollen die Organisationen der sozialdemokratischen Partei in der Revolution gewaltig an. Nicht nur die wirtschaftliche Kräfte vertretenden Organisationen gehörten zur Par-

tei, sondern mit dem Anschluß der Beamten, Soldaten, Gendarmen und Polizisten gelangten alle Organe der staatlichen Bureaukratie und ihre Machtmittel, zumindest dem Namen und dem Schein nach, in ihre Hände.

Dieser Tatsache entsprechend fiel das entscheidende Wort in der zugespitzten Krise der sozialdemokratischen Partei zu. Vom 5. bis 18. Januar verzögerte sich die Lösung der Krise. Am 6. Januar befaßte sich der Ministerrat auf Grund eines Antrages Garamis mit der Frage, ob die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in der Regierung verbleiben sollten?

Michael Károlyi, der sich darüber im klaren war, daß die Ausscheidung der sozialdemokratischen Partei die Revolution gefährde, da eine rein bürgerliche Regierung sich zur Übernahme der Macht nicht bereit erklären konnte und selbst dann von der Arbeiterschaft und der Wehrmacht gestürzt würde, faßte einen ungewöhnlichen, jedoch in der schweren Lage der Revolution durchaus begründeten Entschluß. Er ersuchte die Parteileitung, in der Sitzung des Parteiausschusses und des Arbeiterrates persönlich erscheinen und seinen Standpunkt klarlegen zu dürfen.

Die der Persönlichkeit Károlyis fernstehenden Genossen hatten Gelegenheit, den wahrhaft edlen, selbstlosen, von allen Vorurteilen der Geburt und der Umgebung freien revolutionären Charakter Károlyis bei dieser Krise kennenzulernen. Der über mehrere zehntausend Joch verfügende steinreiche Graf, der bereits in den Kriegsjahren mit größter Selbstverleugnung unumwunden für die Demokratie und den Frieden gekämpft hatte und sich nach dem Ausbruch der Revolution keinen Augenblick und mit keinem Gedanken vom revolutionären Wege ablenken ließ, dessen materielle und soziale Interessen von der stark nach links gedrängten Revolution rücksichtslos vernichtet worden wären, dieser Károlyi ist jetzt, um die gefährdete Revolution zu retten, ohne Nebenrücksichten zu jedem Opfer bereit, nimmt jede Lösung an, um nur den Oktober nicht fallen zu lassen und den Sieg der Gegenrevolution zu vereiteln.

Károlyi erschien am 17. Januar in der Sitzung des Parteiausschusses und setzte dort seinen Standpunkt in einer die ältesten Kämpfer bis zu Tränen ergreifenden Rede auseinander. „Er halte — wie er ausführte — pflichtgetreu bei der Revolution und der

sozialdemokratischen Partei aus. Träte die sozialdemokratische Partei jetzt aus der Regierung aus, so müsse die Lage umstürzen. Er selbst bleibe trotz aller Gefahren seiner Pflicht eingedenk, erkläre jedoch, daß er in der heutigen Lage keine Regierung ohne Mitwirkung der sozialdemokratischen Partei sich vorzustellen vermöge. Er halte die Aufrechterhaltung der Koalition auch in außenpolitischer Hinsicht für unerläßlich und beschwöre deshalb den Parteiausschuß, sich mit der Aufrechterhaltung der Koalition oder, wenn das unmöglich wäre, mit der Bildung der rein sozialdemokratischen Regierung einverstanden zu erklären. Er gebe zu allen solchen Lösungen von vornherein seine Zustimmung."

Die Mehrheit des Parteiausschusses nahm für die rein sozialdemokratische Regierung Stellung, die endgültige Entscheidung wurde jedoch dem Arbeiterrat anheimgestellt.

In der am 8. Januar, von 3 Uhr nachmittags bis halb 7 Uhr früh, abgehaltenen, historisch bedeutungsvollen Sitzung des Arbeiterrates wurde sodann der Standpunkt der Partei in der Angelegenheit der Krise klargelegt.

Es gab drei Meinungen. Beherrscht wurde die ganze Krise von der bolschewistischen Frage. Eine verschwindende Minderheit unter der Führung Garamis bestand durchaus auf dem Rücktritt der sozialdemokratischen Partei von der Regierung, Kunfi und die größere Hälfte der Minderheit nahmen mit der Hebung des Parteieinflusses für die Koalition Stellung, während Garbai und die überwiegende Mehrheit der Partei die Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung verlangte.

Unter den Anhängern des letztgenannten Standpunktes wurden die einzelnen Gruppen bei aller Einheit des Zieles von verschiedenen Erwägungen geleitet. Einerseits wurden die Massen von der Möglichkeit eines energischeren Auftretens gegen die rechte und linke Gegenrevolution sowie des erfolgreicheren Kampfes gegen die Bolschewiken angefeuert, anderseits übte der Gedanke, die Wahlen in die Nationalversammlung unter sozialdemokratischer Leitung und unter dem Einfluß der Partei abhalten zu können, die Sozialisierungsmaßnahmen zu beschleunigen, einen nicht geringen Reiz aus, endlich wurde der Standpunkt der Mehrheit durch die Januarereignisse in Deutschland beeinträchtigt. Das starke bewaffnete Auftreten der Spartakisten und der hierdurch entfesselte

Bürgerkrieg flößte den meisten Führern der Partei Angst ein, da man mit Recht befürchten konnte, daß ähnliche Ereignisse in Ungarn unbedingt den Fall der Revolution und den Sieg der Gegenrevolution herbeiführen müßten.

Garami stellte den Antrag,

daß die Minister und Staatssekretäre der sozialdemokratischen Partei zurücktreten mögen und die Partei die Forderungen präzisieren solle, bei deren Erfüllung sie geneigt wäre, eine neue, aus bürgerlichen Elementen gebildete Regierung zu unterstützen. Die Krise sei dadurch ausgelöst, daß die in der Regierung vertretenen Sozialisten und die Parteileitung einstimmig festgestellt hatten, daß die Lage der Genossen in der Regierung unhaltbar sei. Unhaltbar wurde die Lage zunächst wegen der Unreife eines Teiles der Massen, zweitens aber infolge der sogenannten kommunistischen Agitation, die die politische Lage dazu mißbrauchte, das Vertrauen der Massen zu den Genossen in der Regierung durch Verdächtigungen schwankend zu machen. Ein großer Teil der Massen stellte sich die Sache nach der Ernennung zweier sozialistischer Minister so vor, daß aller Logik zum Trotze und mit Beseitigung aller Schranken jede — mögliche oder unmögliche — Forderung der Massen durchgesetzt werden müsse.

Die Angriffe, die gegen die sozialistischen Minister und Staatssekretäre der Regierung gerichtet werden, gelten letzten Endes der Partei selbst. Das müsse anders werden, denn diese Lage mache immer mehr und mehr Arbeiter in ihrer Haltung irre. Es sei keine Hilfe, wenn der Regierung noch mehr sozialistische Minister beigezogen werden. Im Gegenteil: Man müsse sich von der Regierung zurückziehen und die Existenz einer bürgerlichen Regierung unter gewissen Bedingungen auf eine gewisse Zeit garantieren. Man müsse von d i e s e r Regierung die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution und die Vernichtung der Gegenrevolution, ob von rechts oder links, fordern. Zu dieser Forderung habe die Partei genügend Kraft, doch sei sie zur Übernahme der Regierung nicht stark genug.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede erörterte Garami eingehend die Schwierigkeiten der Sozialisierung im besetzten Lande, und die Tatsache, daß die Regierung der auch sonst mit Kräften

nicht genügend ausgestatteten Partei die wertvollsten Persönlichkeiten entziehe, so daß ihr zuletzt niemand bleibe, der sich mit dem Unterricht und der Erziehung der Massen befassen könnte. Dies führe aber unvermeidlich zur Katastrophe, da die Masse aufhörte, unter sozialistischer Leitung und Erziehung zu stehen und der gewissenlosen Agitation sowie ihren Instinkten ausgeliefert wäre.

Er bekämpfte die Auffassung, daß die Arbeiterschaft eine bürgerliche Regierung deshalb stürzen dürfe, weil sie nicht verwirklichen könne, was selbst einer sozialistischen Regierung nicht möglich wäre. Die Arbeiterschaft sei entweder so fest organisiert und diszipliniert, daß sie eine bürgerliche Regierung auf drei Wochen dulde und nicht zum Sturz bringe, oder aber sie sei nicht so weit diszipliniert, und dann dürfe sie die Regierung nicht übernehmen.

Der Standpunkt der Mehrheit des Parteiausschusses wird von Alexander Garbai fixiert. Er beantragt die Übernahme der Regierung durch die sozialdemokratische Partei und führt aus:

Der Krieg habe das alte militärische Regime vernichtet: an dessen Stelle entwickelte sich eine neue militärische Organisation, die sich nach unseren sozialistischen Lehren richte. Ist aber die Armee in unseren Händen, so sei der erste Schritt getan, um alle Institutionen des Staates im Interesse proletarischer Ziele zu verwenden. Hingegen sei die Bureaukratie noch die alte. Die Kraft dieser Bureaukratie könne im Rahmen einer bürgerlichen Regierung nicht gebrochen werden. Eine neue Koalitionsregierung sei außerstande, das alte Regime der Tiszapartei aus der Welt zu schaffen. Es müsse Sorge dafür getragen werden, daß das alte System sich nie wieder erholen könne. Die Sozialisierung sei methodisch durchzuführen, denn was bis jetzt geschah (die willkürliche Besetzung der Fabriken), stelle nur eine Karikatur derselben dar. An die Sozialisierung dürfe erst dann geschritten werden, wenn Sozialdemokraten an der Spitze der Regierung stehen.

Er sei eher bereit, im konterrevolutionären Kampfe zu fallen, wo er der Bourgeoisie gegenüberstehe, als in einem Kampfe, wo die Massen des Proletariates einander gegenüberstehen.

Sollte sich eine Regierung auf der Basis der Sozialdemokratie bilden, so fürchte er keine bolschewistische Agitation, denn würde sich auch dann jemand finden, um eine Gegenagitation einzuleiten, so werde dies eine Agitation von Streikbrechern sein, der mit denselben Mitteln begegnet werden müsse, die gegen den Streikbrecher angewendet werden.

Man dürfe den Platz keinem anderen überlassen, denn im Falle einer gebietenden Not könnten wir die politische Macht nur über ein Blutmeer erlangen.

Der Standpunkt des Kompromisses zwischen den zwei extremen Anträgen wurde von Kunfi folgendermaßen zusammengefaßt:

Er billige weder die Auffassung, daß die sozialistische Partei die Regierung zu übernehmen habe, noch die andere, derzufolge die Regierung zu verlassen wäre. Würde die Partei aus der Regierung austreten, so förderte man nur die Ziele der Konterrevolution. Es sei unmöglich, die Revolution den Feinden der Revolution auszuliefern, anderseits aber sei es moralisch unzulässig, sich gerade jetzt, wo sich Schwierigkeiten ergäben, zurückzuziehen. Augenblicklich gäbe es daher keine andere Lösung — wie schwer die Prüfung für die Partei auch immer sein möge — als die Politik der Koalition, allerdings in einer Art und Weise, daß die Kraft und der Einfluß der Partei größer werde, als es bisher der Fall war. Die Diktatur des Proletariates sei undurchführbar, denn sollte sie in Budapest auch möglich sein, die Provinz, der doch die Versorgung Budapests obliege, würde sich unbedingt zur Wehr setzen. Die Diktatur könne auch aus außenpolitischen Gründen nicht aufrechterhalten werden. Die fremden Truppen um uns herum würden diese Revolution, solange es in unseren Reihen eine Demoralisation und Desorganisation gäbe, jederzeit niederrennen. Er sei überzeugt, daß die Politik der Koalition festgesetzt und der sozialistische Einfluß in der Regierung gestärkt werden müsse, es sei aber auch die Arbeit der Organisierung und der Agitation fortzusetzen, um die Vorbedingungen der Möglichkeit einer sozialistischen Einrichtung zu schaffen. Er erklärt, daß auch die Koalitionspolitik nicht aufrechterhalten werden könne, wenn die Kommunistenpartei ihre Politik mit den bisherigen

Methoden und im bisherigen Tempo weitertreibe. Er richtet die Frage an die Kommunisten, ob sie vom Standpunkte des Proletariates aus ein Interesse daran hätten, innerhalb einiger Wochen nicht nur ihre eigene Partei, sondern die ganze ungarische Arbeiterbewegung einer unvermeidlichen Katastrophe zuzuführen.

Die drei Anträge wurden sodann in einer eingehenden Debatte besprochen. Von den bekannteren Führern der Partei wies der Redakteur der „Népszava", Weltner, mit unzweideutiger Klarheit darauf hin, daß sich infolge der kommunistischen Agitation eine Lage ergäbe, in der jeder der drei Standpunkte mit großen Gefahren verbunden sei, und er sei nicht imstande, mit ruhigem Gewissen für diesen oder jenen einzutreten. Er setzte alle Vor- und Nachteile der drei Standpunkte auseinander und stellte fest,

> daß alle Schwierigkeiten überwunden werden könnten, wenn die Bolschewiken nicht da wären, um die indifferenten Schichten innerhalb der Partei aufzureizen. Man müsse die Frage der bolschewistischen Propaganda lösen, dann sei alles erledigt. Man müsse sie lösen, womöglich auf freundschaftlichem Wege; damit wäre viel gewonnen. Wäre aber das unmöglich, so sei der schärfste Kampf aufzunehmen, und zwar mit Hilfe der sozialdemokratischen Organisationen, mit Ausschaltung der Staatsmacht. Dieser Kampf müsse die von den Bolschewiken diktierten Formen annehmen. Gegen Verleumdung sei mit Verleumdung, gegen Terror mit Terror und gegen Revolver oder Maschinengewehre mit Revolvern oder Maschinengewehren vorzugehen.

Von den Anträgen schließt er sich demjenigen Kunfis an.

Pogány nahm für die rein sozialistische Regierung Stellung.

Anton Dovcsák nimmt in Namen der die größte Gewerkschaft und einen beträchtlichen Teil des Arbeiterrates darstellenden Metallarbeiter den Standpunkt der rein sozialistischen Regierung ein, da nur diese imstande sei, die Ordnung um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Eugen Varga nimmt von den drei schlechten Möglichkeiten ebenfalls die der rein sozialistischen Regierung an, schon deshalb, weil diese allein geeignet sei, die bolschewistische Frage zu lösen. Die sozialdemokratische Partei könne sich nicht zurück-

ziehen. Er verwahrt sich gegen die Verfolgung der Kommunisten seitens einer bürgerlichen Regierung. Eine sozialdemokratische Regierung sei viel eher imstande, mit den Bolschewiken fertig zu werden.

Es sprachen noch Buchinger, Landler, Rónai, Miklós, Migray und andere für die verschiedenen Anträge, alle Reden bewiesen jedoch nur das eine, daß die Frage sich nicht um die Regierungskrise, sondern um den Bolschewismus drehe, der selbst vor Putschversuchen und bewaffneten Aufständen nicht zurückscheue.

Ich hatte in der Sitzung des Arbeiterrates folgenden Standpunkt eingenommen:

> Die rein sozialistische Regierung vermöge unter den bestehenden wirtschaftlichen und außenpolitischen Verhältnissen das sozialistische Programm selbst im kleinsten Maßstab nicht zu verwirklichen. Demzufolge könne ich der Argumentation Pogánys, die bloß eine Variante bolschewistischer Ideen sei, keineswegs beipflichten. Trotz meiner Auffassung, daß die rein sozialistische Regierung das sozialistische Programm nicht verwirklichen könne, müsse ich für die rein sozialistische Regierung Stellung nehmen, da der springende Punkt der Frage gegenwärtig nicht in der Verwirklichung des sozialistischen Programms, sondern in der Erledigung der Bolschewikenfrage liege. Gegenüber der putschistischen Kampfmethode der Bolschewiken sei nur eine rein sozialistische Regierung imstande, ihre Stelle zu behaupten. Der bisherige Verlauf der Revolution beweise, daß die Massen nicht so weit organisiert und diszipliniert seien, um einer bürgerlichen Regierung die Weiterführung der Geschäfte nur auf mehr Wochen zu ermöglichen. Hätte eine bürgerliche Regierung auch den Mut, den Kampf gegen die Kommunisten aufzunehmen, so würde die Brachialgewalt und die Arbeiterschaft diese Regierung innerhalb weniger Stunden stürzen. Eine Koalitionsregierung sei nach den bisherigen Erfahrungen sowohl nach rechts wie nach links ohnmächtig. Eine rein sozialistische Regierung, die sich auf die Arbeiterschaft, die Organisationen und die Armee stützte, sei vermöge ihrer Kraft imstande, der kommunistischen Agitation das Handwerk zu legen oder zumindest die Ruhe bis zu den Wahlen in die Nationalversammlung zu sichern.

Der Arbeiterrat nahm in den Morgenstunden mit 169 gegen 101 Stimmen den Antrag auf Bildung einer rein sozialistischen Regierung an. Angesichts der beträchtlichen Minderheit wollten jedoch die Befürworter der sozialistischen Regierung ihren Antrag nicht aufrechterhalten. Garbai zog seinen Vorschlag zurück, um die Einheit der Partei nicht zu gefährden. Nach einer neuerlichen Abstimmung wurde der Antrag Kunfis mit 147 gegen 83 Stimmen angenommen. 78 ablehnende Stimmen gaben die Metallarbeiter ab, indem sie nach wie vor an der Bildung der rein sozialistischen Regierung festhielten und diese für die einzige hielten, die im Kampfe gegen die Bolschewiken energisch auftreten könne. Nach der zweiten Abstimmung zogen sich die Metallarbeiter zu einer Besprechung zurück. Auf meine wiederholten stürmischen Bitten beschlossen sie dann, dem Antrag Kunfis beizustimmen.

Der Antrag wurde auch vom Arbeiterrat gegen die 5 Stimmen der Kommunisten mit der konkreten Modifikation genehmigt, daß außer den zwei bereits innegehabten Portefeuilles auch die Posten der Minister für Landesverteidigung und Inneres mit sozialdemokratischen Politikern zu besetzen seien.

Die Resolution des Arbeiterrates stieß bei den bürgerlichen Parteien der Regierung auf starken Widerstand. Ihr Standpunkt war, daß im Falle die sozialdemokratische Partei auf Übernahme des Kriegsministeriums und des Ministeriums für Inneres, d. h. des militärischen und des administrativen Apparates bestehen sollte, die bürgerlichen Parteien aus der Regierung austreten und die Herrschaft den Sozialdemokraten überlassen sollten.

Eine fast 10 Tage lang dauernde Verhandlung wurde eingeleitet. Weder Lovászy noch andere bürgerliche Politiker waren geneigt, eine rein bürgerliche Regierung zu bilden — oder aber sie stellten Bedingungen, deren Erfüllung von niemanden verbürgt werden konnte. Übrigens wurde der einzige, damals halbwegs mögliche Kandidat Lovászy von der „Népszava" gerade in den Tagen der Krise wiederholt — ohne Zweifel grundlos — konterrevolutionärer Tätigkeit bezichtigt. In dieser Atmosphäre wäre eine Regierung Lovászys schwerlich 24 Stunden lang am Ruder geblieben.

Es gab keine andere Lösung als die Koalition.

Károlyi und die bürgerlichen Parteien boten der sozialdemokratischen Partei das Portefeuille des Kriegsministeriums an, verpflich-

teten sich, einen in jeder Beziehung verläßlichen bürgerlichen Politiker, Vinzenz Nagy, zum Minister des Innern ernennen zu lassen und ihm einen sozialdemokratischen Staatssekretär beizugeben. Mit Rücksicht auf die zugespitzte Lage war die Mehrheit der Parteileitung geneigt, diesen Kompromißvorschlag anzunehmen, um so mehr, als die Zeit drängte und bei der langwierigen Regierungskrise die Störungen im Innern ständig zunahmen und auch außenpolitisch eine Reihe von ungünstigen Erscheinungen verzeichnet wurde.

Am 18. Januar wurde endlich — nach Zustimmung des Arbeiterrates — die neue Regierung gebildet. Von den Sozialisten wurden Garami zum Handelsminister, Kunfi zum Unterrichts-, Peidl zum Volkswohlfahrts- und ich zum Kriegsminister ernannt. Von den Mitgliedern der alten Regierung waren in der neuen der gewesene Justizminister Berinkey als Ministerpräsident, Paul Szende von der radikalen Partei als Finanzminister, Barna Buza als Ackerbauminister und Vinzenz Nagy als Minister des Innern vertreten. Neuernannte Mitglieder der Regierung waren Ernährungsminister Baloghy, Justizminister Alexander Juhász Nagy, Minister für Religion Johann Vaß und Landwirtschaftsminister Stephan Szabó von Nagyatád.

Von den Mitgliedern der neuen Regierung brachte man Stephan Szabó von Nagyatád in der sozialdemokratischen Partei besonderes Mißtrauen entgegen. Szabó war der typische politische Streber und Konjunkturritter. Er buhlte immer um die Gnade derjenigen Partei, die gerade die größten Aussichten auf die Macht hatte. Vor der Revolution paktierte er im geheimen mit Tisza, zugleich drohte er in der offenen Sitzung des Abgeordnetenhauses einige Tage vor dem Ausbruch der Revolution mit dem Bolschewismus, wenn die Regierung nicht einen sofortigen Frieden schließen und die echte Demokratie schaffen werde. Unmittelbar nach der Revolution zog er sich eine Zeitlang zurück, um dann als Führer der Bauernschaft seinen Einzug in den Nationalrat zu halten. Hier vertrat er mitunter einen radikaleren Standpunkt als die Sozialdemokraten. Als Lovászy und seine Genossen aus der Károlyipartei wegen des Radikalismus derselben austraten, dünkte ihn die Luft rein genug, um mit seinen „radikalen Ideen“ die Károlyipartei aufzufrischen, und er schloß sich ihr an.

So bereitete er sich den Weg zum Ministerium vor. Er galt als Führer der Bauernschaft und verlangte seinen Teil an der Durchführung der Bodenreform. Er nannte sich den Vertreter der armen Bauern, der immer bereit sei, zu seinem Pflug zurückzukehren, allein die Eingeweihten wußten, daß der „arme Bauer" durch Verrat der Interessen der Bauernschaft zum steinreichen Gutsbesitzer geworden war.

Szabó von Nagyatád demissionierte nach seiner Ernennung gleich zweimal. Zunächst weil ihm nicht sofort ein Auto zur Verfügung gestellt wurde, und sodann, weil das zugewiesene Auto zu schäbig für den armen Landwirtminister war. Aus beiden Anlässen machte mir Károlyi schwere Vorwürfe, da das Land wegen meiner „Oberflächlichkeit" wiederholt die Gefahr einer Regierungskrise lief. Von solchem „prinzipiellen" Standpunkt aus betrieb Stephan Szabó seine hohe Politik! Im Ministerrat ließ Szabó den Sozialisten merkwürdigerweise seine ganz besondere Unterstützung zuteil werden.

Die neue Regierung machte sich wirklich energisch an die Arbeit. Der größte Teil der während der Revolutionszeit erlassenen Verordnungen und Gesetze wurde unter der neuen Regierung fertiggestellt. Die am 20. Januar gebildete Regierung genehmigte bereits Mitte Februar die Vorlage über die Organisation der neuen Wehrmacht, und so konnte mit den Arbeiten die Durchführung derselben begonnen werden. Am 2. Februar beriet und genehmigte die Regierung das Gesetz über die Bodenreform. Anfang Februar verabschiedete der Ministerrat die Gesetze betreffend das Arbeitsgericht und die Betriebsausschüsse. Im ganzen brach die Regierung mit der Verschleppungstaktik der ersten revolutionären Regierung und war bestrebt, die Stimmung der Massen mit wirtschaftlichen und sozialen Gesetzen der Revolution und der Republik zuzuwenden.

Allerdings war es keine leichte Aufgabe, die Fahrlässigkeit der bisherigen Gesetzgebung wettzumachen, da die Massen inzwischen äußerst ungeduldig und unzufrieden geworden waren.

Vor allem gab es aber eine bedeutungsschwere Frage — die sofortige Durchführung der Wahlen in die Nationalversammlung —, ohne deren dringende Lösung der Bestand der Revolution gefährdet war.

Es war eine schwere Tragik der Oktoberrevolution, daß die seit Jahrzehnten in blutigem Kampfe stehende Demokratie im Augen-

blick, da die Möglichkeit einer demokratisch - parlamentarischen Umwälzung geschaffen wurde, außerstande war, ihrem Programm und ihrem Willen Geltung zu verschaffen. Gegeben war eine Regierung mit der ernsthaften Absicht, die Demokratie auf breitester Grundlage zu verwirklichen, ohne eine demokratische Basis für sich schaffen zu können. Die Demokratie ist gezwungen, mit der revolutionären Diktatur der demokratischen Parteien zu regieren, ohne jedoch die Mittel der Diktatur in Anspruch zu nehmen. Ein innerer Widerspruch, der sich bald rächen und letzten Endes eine Mentalität schaffen müßte, als vermöchte die bewaffnete Macht die Herrschaft der arbeitenden Volksklassen besser zu sichern, als die Demokratie auf breitester Grundlage.

Und diese unmögliche Lage war das wesentliche und schicksalschwerste Unglück der Oktoberrevolution. Allein die Schuld fällt nur teilweise der revolutionären Regierung, teilweise vielmehr der Entente zu. Seit dem Ausbruch der Revolution drangen nämlich die Besatzungstruppen in immer neuere und größere Gebiete ein. Die Regierung wollte die Wahlen im Sinne einer Bestimmung des Waffenstillstandsabkommens, derzufolge die Verwaltung der besetzten Gebiete ungarisch zu bleiben habe, auf dem Gebiete des ganzen Landes abhalten und derart ermöglichen, daß sich der eigentliche Wille des Volkes auf durchaus demokratischer Grundlage offenbare.

Die Besatzungstruppen verjagten jedoch überall die ungarische Verwaltung, erstreckten ihre Hoheitsmacht auch auf die neu angegliederten Gebiete und machten alle Meinungsäußerungen oder Wahlen von vornherein unmöglich. Die neuen Gebiete wurden von den besetzenden Staaten okkupiert und annektiert.

Die Regierung legte bei der Entente Protest ein. Sie verwies darauf, daß sie die Wahlen durchzuführen und die neue Regierung zu legalisieren beabsichtige, doch würdigte man ihre Vorstellungen keiner Antwort. Die Károlyiregierung hatte sich in ihrer aussichtslosen Lage zu einem Schritte der Verzweiflung entschlossen und verzichtete vorderhand auf die Durchführung der Wahlen.

Am 17. Januar erschien in den Blättern eine offiziöse Kundgebung, derzufolge

> die Regierung endgültig darauf verzichtete, die Wahlen in die Nationalversammlung vorzunehmen. Die Regierung habe seinerzeit den Regierungen der Entente mitgeteilt, daß sie sich

> mit der Absicht trage, die Wahlen durchzuführen, und ersuchte sie zugleich, ihr dies zu ermöglichen. Diese Bitte der Regierung wurde jedoch von seiten der Entente mit keinerlei Verfügungen beantwortet. Weder den Diplomaten noch den Kommandanten der im Lande befindlichen Besatzungstruppen wurde die Weisung erteilt, der ungarischen Regierung bei der Durchführung der Wahlen behilflich zu sein. Angesichts dieser Umstände mußte die Regierung darauf verzichten, die Wahlen auszuschreiben.

Die hauptsächliche Schuld und Verantwortung trifft somit die Regierungen der Entente. Aber auch die revolutionäre Regierung beging einen schweren Fehler, als sie unterließ, die Wahlen in den unbesetzten Gebieten rechtzeitig zu veranlassen, wie das in Deutschland und Deutschösterreich geschah: mit Proklamierung der Vorbehaltung ihrer Rechte. Die Regierung zog die Fiktion des Rechtsvorbehaltes im Gegensatz zu Deutschland und Österreich den Wahlen vor und opferte derart die Interessen der Revolution. Der Rechtsvorbehalt blieb zwar aufrecht, doch die Revolution fiel. Die erste Károlyiregierung — Bürgerliche sowohl wie Sozialdemokraten — lud hiermit eine schwere Verantwortung auf sich.

Ohne den in der Nationalversammlung verkörperten Volkswillen ergab sich eine sinnwidrige Lage für die Regierung. Sie konnte sich auf keinen Volkswillen und keine dokumentierte Mehrheit der Wähler berufen. Außenpolitisch wurde sie nicht anerkannt, in der inneren Politik hingegen konnte sie keine genügende Kraft gegen die Konterrevolution und die bolschewistische Kampfmethode aufbringen.

XXII.

Im Kampfe gegen die Bolschewiken und die Konterrevolution.

Die Regierung Berinkey war infolge ihrer Zusammensetzung als Koalitionskabinett gegenüber der rücksichtslosen Putschtaktik der Bolschewiken und der Konterrevolution ebenso unentschlossen wie das bisherige Kabinett. Sie bediente sich zwar zur Herstellung der Ordnung der bewaffneten Gewalt, war sogar gezwungen, in einzelnen Orten, wie in Kaposvár, Egeres, Kiskunfélegyháza, Nyiregyháza, Szegedin, das Standrecht zu verhängen, doch machte sie von diesen äußersten Mitteln bei ihrem pazifistischen Standpunkt nur im letzten Notfalle Gebrauch. Sie wollte die ohnehin gärenden Massen nicht in den Bürgerkrieg jagen, doch war sie anderseits nicht geneigt, die Organisation gegenrevolutionärer Offizierstruppen zu dulden. Im Falle des Statariums hatte die Regierung zum Beispiel die Vollstreckung der Todesurteile verboten und verfügt, daß alle Todesurteile dem Präsidenten der Republik vorzulegen seien. Es wurde kein einziges Todesurteil vollstreckt.

Die praktischen Pflichten des Kampfes gegen die Bolschewiken und die Konterrevolution fielen einzig und allein der sozialdemokratischen Partei zu. Allein der Kampf wurde bei der Gewissenlosigkeit der Konterrevolutionäre wie der Bolschewiken mit höchst ungleichen Waffen ausgetragen. Auf der einen Seite wird die ausgehungerte, darbende Bevölkerung zum offenen bewaffneten Aufstand, zur militärischen und Massenrevolte und zum Putsch aufgewiegelt, auf der anderen besteht die sozialdemokratische Partei auf der Selbstdisziplin, dem Dulden und der Opferbereitschaft für die Revolution, ohne sich entschließen zu können, die gegen sie gerichteten Angriffe mit gleichen Waffen zurückzuschlagen. Galt es doch nicht gegen den Marxschen Kommunismus, als vielmehr gegen dessen Kompromittierung durch die Bolschewiken zu kämpfen.

Die im XXVI. Kapitel ausführlich darzustellenden anarchistischen Erscheinungen, Wirrnisse und Angriffe gegen die Revolution vermögen nur eine schwache Vorstellung jener Erregung zu geben, die das Land dank der konterrevolutionären und bolschewistischen Wühlarbeit bis in seine Grundfesten erschütterte. Eine wahre Massenhysterie bemächtigte sich ganz Ungarns. Die Kommunisten halten Massenversammlungen ab, veranstalten bewaffnete Umzüge. Auf den Straßen der Hauptstadt werden die Einwohner von künstlich arrangierten Ansammlungen beunruhigt, die mit Bewaffnung, Aufstand und Pogrom drohen. Die Massenhysterie dringt auch in die Fabriken ein, steckt selbst die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter an, läßt die Produktion stocken und jagt die ganze Gesellschaft in einen Zustand fieberhafter Erregtheit.

Die bürgerliche Presse bietet mit der Verbreitung von Schreckensnachrichten reichlichen Stoff zur Steigerung dieser Massenpsychose und fördert derart die dunkeln Ziele der Konterrevolution.

Die überwiegende Mehrheit der Parteileitung ist nicht geneigt, den Kampf gegen die Putschversuche der Kommunisten mit bewaffneter Macht, geschweige denn mit der bewaffneten Macht der Staatsgewalt aufzunehmen. Dieselbe Partei, der die Staatsgewalt noch vor wenigen Monaten ihre Kanonen und Maschinengewehre gegenüberstellte, die noch anläßlich des allgemeinen Streiks im Juni von Gendarmengewehren erlegte Tote und Verwundete zu beklagen hatte, konnte sich erklärlicherweise nicht entschließen, den verhetzten Massen mit den Waffen des alten Regimes entgegenzutreten. Außerdem trug die Parteileitung auch dem Umstande Rechnung, daß man diesen Kampf mit der sich zwar sozialistisch gebärdenden, jedoch aus unverläßlichen Jugendlichen bestehenden Armee ohne die Gefahr des Bürgerkrieges, wenn nicht gar des Bruderkrieges, nicht aufnehmen könne. Die Partei lehnte den Gedanken, der Werbung einer eigens dem Zwecke des inneren Kampfes dienenden Brachialgewalt auf das entschiedenste ab. Diese Brachialgewalt wäre binnen kurzem zur weißen Garde geworden, stark genug, um die Revolution zu stürzen. Sollte so eine weiße Garde sich Budapests, des Herzens der Revolution, der einzigen Stadt mit revolutionären Arbeitermassen, bemächtigen, so konnte keine Gewalt den Sieg der Konterrevolution aufhalten.

In einer Sitzung der erweiterten Parteileitung (unter deren Mitgliedern sich außer den Vertretern der größeren Organisationen auch Landler, Pogány, Varga und später Hamburger befanden) regte ich im Zusammenhang mit der zunehmenden Gefahr der Bewegung der abgerüsteten Soldaten den Gedanken des unumgänglich notwendigen energischeren Auftretens an.

Garami, Kunfi, Weltner sowie auch Landler und die anderen sträubten sich dagegen, daß die Staatsmacht mit Zustimmung der Partei bewaffnet diesen Bewegungen entgegentrete. Was mich persönlich anbelangt, so war ich als Kriegsminister angesichts der Zustände in der Armee ebenfalls nicht gewillt, zu diesen Mitteln zu greifen.

Wollten wir mit den gefährlichen Feinden der Revolution mit Waffengewalt abrechnen, so hatten wir die Pflicht, eine aus selbstbewußten, organisierten Arbeitern bestehende Wehrmacht zu errichten. Die vorhandene Armee war schlechthin unverläßlich. Der Kampf gegen die bewaffneten Bolschewiken hätte nur von einer neuen, aus selbstbewußten sozialdemokratischen Arbeitern bestehenden Armee ohne die Gefahr eines Bürgerkrieges aufgenommen werden können.

In der Parteileitung wurde der Standpunkt des unbedingt bewaffneten Auftretens nur von zwei Mitgliedern, Garbai und Pogány, verfochten. Garbai wollte eine verläßlichere Armee, hingegen wäre Pogány als Kriegsminister im Rahmen einer rein sozialistischen Regierung auch mit der vorhandenen Armee geneigt gewesen, der bewaffneten Wühlarbeit der Kommunisten ebenso bewaffnet entgegenzutreten. Pogánys Angebot fand aus erklärlichen Gründen nur wenig Sympathie.

Endlich beschloß die Parteileitung, daß in erster Reihe die verläßlichen organisierten Arbeiter für den Verband der bewaffneten Macht zu gewinnen seien, damit diese die Revolution den beiderseitigen Putschversuchen gegenüber erfolgreich verteidigen könne.

Bis dahin aber war der Ausgang des Kampfes bei den ungleichen Waffen wenig verheißungsvoll. Die großen Massen fielen der vorlauten, unbändig demagogischen Agitation der Bolschewiken zum Opfer. Ihrem Pseudoradikalismus war es nicht um die Interessen der Arbeiterklasse zu tun, sie spekulierten auf die blinde Leidenschaft der Massen. Auch die Bestechung blieb nicht wirkungs-

los. Überdies waren die Bolschewiken unglaublich rührig, und was einen noch größeren Erfolg bedeutete, sie traten als Angreifer auf. Sie waren so aggressiv, daß die große und scheinbar mächtige Partei der Sozialdemokraten nach und nach in die Defensive gedrängt wurde.

Die Bolschewiken erzwangen sich den Weg in die Sitzungen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen und Gewerkschaften. Hier betätigten sie sich überaus geräuschvoll und machten Vorschläge, die zwar von der Majorität immer abgelehnt wurden, die sie aber am nächstfolgenden Tag mit einfacher Fälschung als Beschlüsse der betreffenden Organisationen veröffentlichten. Hingegen erwarteten die selbstbewußten sozialdemokratischen Massen diszipliniert die Weisungen des Parteisekretariates, und als diese ausblieben, harrten sie zuletzt mit resigniertem Gleichmut der Ereignisse, die da kommen sollten.

Am 10. Januar hält die Kommunistenpartei in der Budapester Redoute eine große Versammlung ab, und in der Hauptstadt, wo doch die sozialdemokratische Partei viele Organisationen, ein Parteisekretariat und Hunderttausende von Mitgliedern hatte, konnte sich der Fall ereignen, daß der delegierte Redner der Parteileitung, Garbai, sich nur mit knapper Not Gehör verschaffen konnte. Dafür dürfen die Kommunisten in den Sitzungen der Parteiorganisationen und der Gewerkschaften ungehindert das Wort ergreifen, ohne daß sich die sozialdemokratischen Massen für die Verletzung der Redefreiheit und den Terror mit gleichen Mitteln Genugtuung verschafft hätten.

Man ginge mit der Annahme fehl, daß diese Trägheit der selbstbewußten Massen auf das Verhalten der Parteiführer zurückzuführen war. Die Führer waren und blieben resolut und energisch. In der am 8. Januar abgehaltenen Sitzung des Arbeiterrates äußert sich Weltner dahin, daß man entschlossen sei, gegen den bolschewistischen Terror gleichfalls mit Terror vorzugehen. Unzweideutiger hätten die Massen kaum zum Widerstand aufgefordert werden können.

Am 1. Januar erschien eine 400köpfige Abordnung der bolschewistischen Handelsangestellten vor Garami und teilte ihm die bereits bekannten sinnlosen Forderungen mit. Garami widersetzte sich diesen Forderungen energisch und erklärte, daß er nicht ge-

neigt sei, seine Verordnungen dem Terror verschiedener Deputationen anzupassen.

Ein anderes Mal erklärte ich einer bewaffneten Abordnung der abgerüsteten Unteroffiziere klipp und klar, daß wir Sozialdemokraten die ohne Zustimmung der Gewerkschaften aufgestellte revolutionsfeindliche Forderung von 5400 Kronen nicht erfüllen würden. Wir seien bereit, mit den verschiedenen Gruppen über ihre Forderungen lediglich auf dem Wege der Gewerkschaften zu verhandeln. In Hinkunft würden wir die Abordnungen der terroristisch auftretenden abgerüsteten Soldaten überhaupt nicht empfangen.

Man besuchte die Versammlungen der Organisationen, forderte die Arbeiter zum Widerstande auf — leider mit wenig Erfolg. Das Parteisekretariat versagte, es war nicht imstande, die in der Arbeiterschaft reichlich vorhandene antibolschewistische Strömung zu organisieren und die Kraft der sozialistischen Mehrheit gegenüber den Bolschewiken geltend zu machen.

Endlich nehmen in der zweiten Hälfte des Januar auf Initiative der schaften energisch gegen die zersetzende Taktik der Kommunisten Parteileitung auch die Vertrauensmänner der einzelnen Gewerk-Stellung. Da die Tätigkeit der Kommunisten den Bestand der Revolution gefährdete und ihr Verleumdungs- und Putschfeldzug gegen die sozialdemokratische Partei jegliche Mitarbeit mit ihnen unmöglich machte, wurden die Kommunisten am 28. Januar vom Arbeiterrat ausgeschlossen und die Entfernung der Ordnungsstörer auch aus den Gewerkschaften verfügt. Der am 9. Februar stattgefundene Parteitag befaßte sich mit der durch die Revolution geschaffenen Lage unter dem Titel: „Die Lage des Landes und die sozialdemokratische Partei". Die Debatte erhielt ihr Gepräge abermals von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Bolschewiken und die Konterrevolution. Der Parteikongreß verpflichtete sich in einer Resolution für die Forderungen der Oktoberrevolution, nahm energisch gegen die Konterrevolution Stellung und gab zu der Aussperrung der Kommunisten aus dem Arbeiterrat sowie zur Entfernung der Ruhestörer aus den Gewerkschaften seine Zustimmung.

Gleichzeitig aber warf der Parteikongreß gerade unter der Wirkung der rechten und linken Konterrevolution den Gedanken der rein sozialistischen Regierung abermals auf. Auf den Antrag Landlers und Pogánys erklärt der Parteitag mit allen gegen zwei Stimmen:

Er erwartet von der Regierung, daß all diese Verfügungen (die Durchführung des Oktoberprogramms, die Sozialisierung, der energische Kampf gegen die Konterrevolution und die Kommunisten) unverzüglich und mit dem größten Nachdruck in Angriff genommen werden, da mit der Konterrevolution nur durch derartig schnelle und entschlossene Schritte unblutig aufgeräumt werden kann. Sollte aber die Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung nicht imstande oder nicht gewillt sein, diese Schritte unverzüglich einzuleiten, so fordert der Parteikongreß bereits jetzt, daß die Macht in diesem Falle von einer rein sozialistischen Regierung übernommen werde.

Man war insgesamt der Ansicht, daß nur eine rein sozialistische Regierung imstande sei, gegen die Konterrevolutionen von rechts und links energisch vorzugehen.

Unterdessen nahm der Kampf hüben und drüben immer größere Dimensionen an. Man suchte die Wühlarbeit hier wie dort zu motivieren, die Bolschewiken, indem sie sich auf den immer zunehmenden Mut der Konterrevolution beriefen, und die Gegenrevolutionäre, indem sie das Gespenst des Bolschewismus immer wieder in den Vordergrund schoben und vorgaben, das Bürgertum gegen den Bolschewismus zu organisieren. Die Bolschewiken und die bereits bolschewistisch angehauchten Massen, ja selbst eine beträchtliche Gruppe der Sozialdemokraten witterten in jeder Aktion des Bürgertums eine Gefahr und malten das Gespenst der Konterrevolution immer wieder an die Wand. Die Gegenrevolution spielte hingegen die — kapitalistische Geldsäcke zweifellos stark anzapfenden — Verordnungen des bürgerlichen Finanzministers über die Vermögensabgabe und die Einkommensteuer, die zugunsten der darbenden Massen verfügten Kleider- und Wohnungsrequisitionen, das Gesetz über die Betriebsräte sowie sonstige Verordnungen der Regierung als ebensoviele Siege des Bolschewismus aus. Die Regierung jagt die aus Jugendlichen bestehende Armee auseinander und bestrebt sich, eine neue, aus klassenbewußten Proletariern, insbesondere aus organisierten Arbeitern bestehende Wehrmacht zu schaffen: die Konterrevolution bezichtigt dafür den sozialistischen Kriegsminister der Organisierung einer Roten Parteiarmee, die Bolschewiken der Schaffung einer Weißen Garde.

Bolschewismus und Konterrevolution leben gegenseitig von einander, ernähren einander, liefern einander den Stoff zur Agitation. Ihr gemeinsames naheliegendes Ziel ist der Sturz der Revolution. Auch ihr Erfolg war gemeinsam, indem sie die großen Massen des Landes gegen die revolutionäre Volksregierung aufwiegelten.

Die Kommunisten setzten den Kampf gegen die sozialdemokratische Partei seit ihrer Entfernung aus dem Arbeiterrat noch rücksichtsloser fort. Die Regierung traf keine Verfügung, die Revolution errang keinen Sieg, die sozialdemokratische Partei erzielte keinen Erfolg, ohne daß man nicht alles sofort besudelt und in den Kot gezerrt hätte. Die gemischte Gesellschaft der Organisationen der abgerüsteten Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Arbeitslosen wurde wiederholt zu Putschversuchen mißbraucht.

Mit den Ereignissen des 20. Februar setzten sie dann ihrem bisherigen revolutionsfeindlichen Verhalten die Krone auf. Die Arbeitslosen hielten nachmittags eine Versammlung in der Redoute ab. Ein Redner der Versammlung führte nachstehendes aus:

> Man brauche die Kugel nicht zu fürchten, man solle lächelnd zu den Waffen greifen. — Die Anwesenden wurden aufgefordert, sich nach der Versammlung nicht zu zerstreuen, sondern vor die Schriftleitung der „Vörös Ujság" (Rote Zeitung) zu ziehen.

Ein anderer Redner zieht scharf gegen die sozialdemokratische Partei los, man fordert die sofortige Flüssigmachung einer Unterstützung in der Höhe von 500 Kronen, die Verabreichung von Lebensmitteln zum halben Preis, die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats. Wie daraus erhellt, wollte diese Versammlung nicht so sehr die besonderen Interessen der Arbeitslosen als vielmehr bolschewistische Zwecke fördern. Nach Abschluß der Versammlung begab sich die Menge vor die Redaktion der „Vörös Ujság", wo Béla Kun, Szamuely und Vágó zündende Reden an die ohnehin schon aufgehetzte Menge richteten. Vágó führte unter anderem folgendes aus:

> Solange die Soldaten an der Front waren, wurden ihnen goldene Berge verheißen, und jetzt, da sie zurückgekehrt sind und die Einlösung der Versprechen fordern, werden sie in der

„Népszava" der Erpressung beschuldigt. Wer noch keine Waffen hat — sagte er —, möge sich mit Waffen versorgen, wir wollen nicht dulden, daß uns die „Népszava" schmäht. Freitag nachmittag findet euch alle vor dem Parlament ein, von dort gehen wir zum Kriegsminister Böhm, wir werden es dem „Herrn Genossen" Böhm schon zeigen![1]

Daß die bewaffnete Menge, die gegen die sozialdemokratische „Népszava" und den Kriegsminister verhetzt wurde, sodann vor die Redaktion der „Népszava" zog und diese angriff, dafür sind nicht so sehr die Massen als die einzelnen Personen verantwortlich, die sie hierzu aufgefordert hatten. Das Gebäude der „Népszava" wurde inzwischen von Polizisten besetzt, die herbeiströmende Menge griff die Wachleute an, es wurde mit Maschinengewehren und Handgewehren geschossen und mit Handgranaten herumgeworfen. Sieben Polizisten blieben auf der Stelle tot, die Zahl der Verwundeten betrug mehr als achtzig. Die überwiegende Mehrheit der Verwundeten bestand aus Schutz- und Polizeileuten. Die Truppe der Schutzwache bestand aus alten organisierten Arbeitern der sozialdemokratischen Partei.

Die Nachricht von diesen Vorfällen erreichte die Minister im Gebäude des Präsidiums, als sie eben im Begriff waren, sich zu einer Beratung zu versammeln. Ich wurde vom Straßenkampf aus der Redaktion der „Népszava" telephonisch verständigt, und zog ich mich mit Garami und Peidl zu einer besonderen Beratung zurück. Kunfi hielt sich auf der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern auf. Ich forderte, daß nicht nur die irregeführten und mißbrauchten Angreifer, sondern auch die geistigen Urheber und die sich bewaffnende bolschewistische Agitation zur Verantwortung gezogen und einer exemplarischen Bestrafung zugeführt werden. Man könne diese offene Rüstung und die Aufreizung zum Waffengebrauch keinen Augenblick länger dulden, wir könnten die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß die Regierung dieser Wühlarbeit gegen die Revolution und der Vorbereitung des Bürgerkrieges untätig zusehe. Peidl pflichtete meinen Ausführungen vorbehaltlos bei, Garami war erst nach einiger Überredung geneigt, unseren Standpunkt zu teilen.

[1] „Népszava" vom 21. Februar 1919.

Garami begründete seine Stellungnahme damit, daß die Regierung sich für die demokratischen Freiheitsrechte aussprach, und daß es unzulässig sei, jemanden wegen der Propaganda von Grundsätzen oder Ideen, sei es in Wort oder Schrift, zu verfolgen. Die Regierung dürfe nur die Täter oder unmittelbaren Anstifter strafbarer Handlungen verfolgen. Unser Standpunkt war, daß die Anstifter in diesem Falle nicht prozeßordnungsgemäß ausgeforscht werden könnten, daß man vielmehr feststellen müsse, daß dieser und ähnliche Angriffe insgesamt auf die zügel- und rücksichtslose bolschewistische Agitation zurückzuführen seien, die die Bevölkerung zu bewaffneten Angriffen ansporne.

Gleichzeitig mit dem Ministerrat nahmen auch die eben versammelten 1200 Vertrauensmänner der Metallarbeiter mit der größten Entrüstung Kenntnis von dem Vorgefallenen. Es wurde beschlossen, am nächsten Tag, um 8 Uhr früh, die Arbeit niederzulegen und Versammlungen in den Fabriken abzuhalten, nach deren Beendigung die Menge vor den Metallarbeiterverband und von dort in geschlossenen Reihen vor das Parlament zu ziehen habe, wohin die Bolschewiken für denselben Tag eine Massenversammlung einberufen hatten. Es sollte mit der Kraft der Massen bewiesen werden, daß die Arbeiterschaft Budapests nicht gesonnen sei, der bisherigen Taktik der Bolschewiken auch weiterhin mit verschränkten Armen zuzusehen.

Der Ministerrat stimmte auf Antrag des Oberstadthauptmannes Dietz der Verhaftung der Bolschewikenführer bei. Noch im Laufe der Nacht wurden Béla Kun und sein ganzer Generalstab sowie die Rädelsführer der bewaffneten Bewegungen der abgerüsteten Soldaten und anderer Organisationen arretiert.

Tags darauf, am 21. Februar, vormittags, zog die Arbeiterschaft Budapests unter der Wirkung der Resolution der Metallarbeiter vor das Parlament. Eine 250 000köpfige Menge, bestehend aus Soldaten, Arbeitern, Frauen, Männern und jugendlichen Arbeitern, zog durch die Straßen, um ihrem Protest gegen den schmachvollen Brudermord Ausdruck zu geben.

Dies war der Augenblick, da die Massen bei einer energischen Führung vom Abgrund des Verderbens hätten zurückgehalten werden können. Zum Unglück waren sich manche Führer der Partei der Bedeutung des Augenblickes nicht bewußt.

An der gewaltigen Massenversammlung nahm von den politischen Führern der Partei nur Desider Bokányi teil, als Redner war ich der einzige Vertreter der sozialistischen Regierungsmitglieder, übrigens hielten Vanczák, Pajor, Migray, Propper, Dovcsák, Büchler, Desider Biró, Koloman Haáz und andere Ansprachen. Es fehlten gerade diejenigen, deren Wort und Auftreten der Kundgebung Gewicht und Richtung verliehen und die Massen im psychologisch geeignetsten Moment ergriffen hätte.

Je größer die Unentschlossenheit in diesem Falle in der Führung der Partei war, um so rüstiger und aggressiver blieben die Kommunisten auch in dieser für sie scheinbar gefährlichen Lage. Eine kleine Gruppe fand sich bewaffnet in der Versammlung ein und mußte erst dort von Polizisten entwaffnet werden. Eine andere Gruppe mischte sich unter die Teilnehmer der Versammlung und war bestrebt, Propaganda zu machen und die Sozialdemokraten zu beschimpfen. Einer ihrer Redner, ein kommunistisch gesinnter aktiver Offizier, ging sogar so weit, daß er auf der Treppe des Parlaments eine Rede vom Stapel ließ und nur mit Gewalt entfernt werden konnte.

Die sozialdemokratischen Massen hielten sich, trotz der begeisterten Stimmung, nach wie vor passiv. Die Fleischgewerbearbeiter — bei denen die kommunistische Agitation keinen Augenblick lang Wurzel fassen konnte — beschlossen in ihrer ersten Entrüstung, die Druckerei und Schriftleitung der Kommunisten zu demolieren, um der weiteren Verbreitung der brudermörderischen Agitation einen Riegel vorzuschieben. Aber auch diese Aktion entfiel, weil die „Realpolitiker" jede Gewalttätigkeit ablehnten — und mochte es auch der Kampf gegen die bewaffnete Konterrevolution sein.

Alles, was geschehen konnte, war, daß dem Beschluß der Volksversammlung zufolge eine Abordnung unter der Führung des Vorsitzenden des Arbeiterrates, Preusz, vor dem Ministerrat erschien und die Regierung aufforderte, in zwölfter Stunde endlich entschlossen zu sein und der Konterrevolution, ob von rechts oder links, energisch entgegenzutreten. Der Wortführer der Abordnung erklärte nachdrücklich, daß die Regierung für die Symptome der konterrevolutionären Bewegungen verantwortlich gemacht werden müsse, da die immer wieder auftauchende gegenrevolutionäre Strö-

mung gerade durch ihr saumseliges und unentschlossenes Vorgehen ermutigt worden sei.

Im Namen der Regierung legte Ministerpräsident Berinkey das Versprechen ab, jeden konterrevolutionären Versuch schonungslos abzuwehren. Leider blieb nach einigen Stunden alles beim alten, die schonungslosen Mittel erwiesen sich wieder einmal als halbe Maßregel.

Diese Schwäche offenbarte sich gleich in den Verfügungen gegen die rechte Konterrevolution. Im Ministerrat, der unter dem Eindruck der Demonstration abgehalten wurde, stellte ich abermals den öfters wiederholten Antrag, demzufolge die Revolution die Kriegsschuldigen zur Verantwortung zu ziehen und gleichzeitig mit der Verhaftung der Bolschewikenführer eine Aktion gegen die rechte Gegenrevolution einzuleiten hätte.

Die Regierung nahm den Antrag an, die Durchführung war jedoch weit davon entfernt, eine revolutionäre Tat zu sein. Es kam ein Volksgesetz zustande, demzufolge zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution diejenigen Personen, die die Interessen der Revolution gefährden, unter Polizeiaufsicht gestellt werden konnten. Auf Grund dieses Gesetzes wurden von den für den Krieg verantwortlichen Staatsmännern der gewesene Landwehrminister Szurmay und der Handelsminister a. D. Szterényi nach einigen Tagen in einem Kloster des Komitates Zala interniert, wo sie einige Monate in der größten Bequemlichkeit und Sicherheit unter dem Schutze der Revolution zubrachten, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt worden wäre. Diese Schwäche nach rechts war naturgemäß nicht geeignet, die Massen zum energischeren Auftreten gegen die linke Konterrevolution zu begeistern.

Noch mehr aber wurden die Chancen des Kampfes nach links durch das schändliche Vorgehen der bürgerlichen Presse verringert.

Die verhafteten bolschewistischen Führer, Béla Kun voran, wurden im Gefangenenhaus der Polizei von den ihre erschossenen Kameraden — lauter Familienväter — rächenden Polizisten heftig verprügelt. Ein eigenmächtiges Vorgehen der Polizisten, das natürlich allgemein verurteilt wurde. War aber dieses Vorgehen auch nicht zu entschuldigen, so war es doch erklärlich, daß die übermüdeten und von den Aufregungen des vorigen Tages überreizten Polizisten den Tod ihrer gefallenen Kameraden vergelten wollten.

Wie aber wurde diese Angelegenheit von den bürgerlichen Zeitungen aufgebauscht?

Die verbreitetste Boulevardzeitung des Landes, „Az Est", veröffentlicht noch am Tage der Kundgebung in mehreren Spalten haarsträubende, durchaus erfundene Einzelheiten über die Verprügelung Béla Kuns. Auf Grund dieses Artikels mußte man allgemein annehmen, daß Béla Kun von den Polizeimännern förmlich erschlagen wurde.

Einige Stellen des Artikels verdienen es, der Nachwelt überliefert zu werden.

> Unter unflätigen Flüchen schlug ein Polizist Béla Kun mit seinem Gewehrkolben über den Kopf. Zehn bis zwanzig Polizisten erhoben ihre Gewehre und schlugen auf den Kommunistenführer los . . .
>
> Polizeiarzt Bartha führte uns in das Ordinationszimmer. Nach kaum mehr als einem Augenblick erscheint ein Mann in Schuhen, Hosen, mit entblößtem Oberkörper, der von herabtriefendem Blut rotgefärbt ist, mit ebenfalls blutbedecktem Gesicht (es hatte kaum einen reinen Flecken), mit vom Arzt geschorenen Haaren und klaffenden Kopfwunden: Es ist Béla Kun.
>
> Das Blut tropft unaufhörlich auf den Boden. In diesem Augenblicke gellen drohende Rufe vom Korridor her ins Ordinationszimmer ... An sechzig Polizisten stehen bewaffnet auf dem schmalen Korridor.
>
> Wo ist der Schurke? Wo ist der Mörder? Lebend kommt er da nicht heraus!
>
> Der Polizist am linken Ende der Reihe erhebt zuerst sein Gewehr und holt zu einem entsetzlichen Schlage ins Gesicht des Kommunistenführers aus, der auf dem Sofa liegt und sich vor Schmerzen windet. Es quillt neuerlich Blut hervor, und jetzt hageln die Hiebe, wie Hammerschläge, von rechts und von links auf Schulter, Gesicht und Leib des bedauernswerten Mannes.
>
> Er duldet alles wortlos. Das Sofakissen ist vom Blute des halbtot geschlagenen Mannes völlig durchtränkt. Es

ist ein Gotteswunder, daß er noch am Leben ist.

Im Interesse der historischen Wahrheit sei bemerkt, daß, so bedauerlich die Verprügelung Béla Kuns und Genossen auch sein mochte, alles, was „Az Est“ darüber ausposaunte, erlogen war. Nach dieser Schilderung hätte selbst ein Athlet der entsetzlichen Mißhandlung mit Gewehrkolben erliegen müssen. Hingegen empfing Béla Kun eine oder zwei Stunden nach der Verprügelung bereits Besuche, schrieb Briefe und veranstaltete politische Debatten.

Der Bericht im „Az Est“ veränderte die Stimmung der Arbeiter mit einem Schlage. Dieselbe Arbeiterschaft, die die Brutalität der Polizei noch von den Tagen des alten Regimes her nur zu gut kannte und die Polizisten haßte, schien plötzlich alles vergessen zu haben: den hinterlistigen Angriff gegen das Parteiorgan sowohl wie auch die erschossenen Schutz- und Wachleute und die erschreckende Anzahl der Verwundeten; sie wandte sich nunmehr mit aller Sympathie dem von den Polizisten brutalisierten Béla Kun und seinen Genossen zu.

Vertrauensmänner verschiedener Fabriken und Branchen erschienen in der Schriftleitung der „Népszava“, bei den einzelnen Führern und Ministern der Partei und forderten energische Maßnahmen, natürlich nicht gegen die Bolschewiken, sondern gegen die Polizisten.

Die „Népszava“ richtete in ihren Nummern vom 22. Februar und den darauffolgenden Tagen scharfe Angriffe gegen die Niederträchtigkeit des „Az Est“ und der bürgerlichen Presse sowie gegen die konterrevolutionäre Schlauheit dieser stimmungsvollen Berichte, die den durchsichtigen Zweck verfolgen, die Sympathie der Leser durch hinterlistig ausgeheckte Lügen von den Opfern des Straßenkampfes abzulenken und ihren Haß gegen die Regierung und die Republik wachzurufen.

Die Wirkung stellte sich bald ein. Die ihrer Führer beraubte bolschewistische Bewegung erholte sich zusehends. Bereits am Tage nach der Verhaftung halten die abgerüsteten Soldaten eine Versammlung ab und ziehen bewaffnet vor die Polizei, um ihre in Haft befindlichen Führer mit Gewalt zu befreien. In der Sitzung des Arbeiterrates vom 24. Februar wird die Verprügelung der Kommunisten vor der Tagesordnung lebhaft erörtert. Unter dem Ein-

druck der öffentlichen Meinung in der Arbeiterschaft verfügt die Regierung eine Untersuchung in der Angelegenheit der Mißhandlungen, und man hat fast den Eindruck, als wäre der bewaffnete Angriff auf die „Népszava" und der Verlust von sieben Toten und fast hundert Verwundeten eine belanglose Angelegenheit neben der Verprügelung Béla Kuns.

Am 23. Februar wendet sich der Zentralvorstand der kommunistischen Partei in einer Denkschrift an das Präsidium des Arbeiterrates, worin die Führer der sozialdemokratischen Partei und die Regierung für den Fall, daß die Verfolgung der Kommunisten nicht eingestellt werde, mit individuellem Terror bedroht werden.

Proklamationen, Leitartikel und disziplinierte Defensive auf der einen Seite waren nicht geeignet, der sich bewaffnenden und aggressiven Demagogie ein Gegengewicht zu bieten.

* * *

Die Verhaftung der bolschewistischen Führer wurde von der russischen Sowjetregierung mit Verhaftung der sozialdemokratischen Delegierten der ungarischen Kriegsgefangenenaktion Eugen Werner, Hermann Bernát und Genossen beantwortet. Überdies wurde auch die Repartiierung der Kriegsgefangenen verhindert. Die Russen wollten derart einen Druck auf die ungarische Regierung ausüben. Einer stürmischen Forderung der Angehörigen unserer Kriegsgefangenen in Rußland nachgebend, deren Zahl an die Hunderttausende betrug, enthaftete die Regierung einen Teil der kommunistischen Gefangenen und milderte die Haftbedingungen, um Rußland zum Nachgeben zu veranlassen. Es wurden Kundgebungen veröffentlicht, denen zufolge die Regierung niemanden wegen der Verkündung kommunistischer Grundsätze verfolgen werde und nur diejenigen vor ihre gesetzlichen Richter stellen werde, die sich eine strafbare Handlung zuschulden kommen ließen. Das Blatt „Az Est" sowie andere bürgerliche Zeitungen tischten all diese Erklärungen und die diesbezüglichen Verhandlungen der geheimen Ministerräte zielbewußt in einer Form auf, die den Anschein erwecken mußte, als wären die bürgerlichen Mitglieder der Regierung für eine mildere Behandlung der Kommunisten eingetreten, wogegen die Sozial-

demokraten die bolschewistischen Führer nach wie vor mit der Kraft der Staatsmacht verfolgten. Mir ist es auch heute noch unerklärlich, woher „Az Est" seine Informationen über die Einzelheiten der geheimen Verhandlungen des Ministerrates hatte.

Infolge der Retorsion der russischen Regierung verfügt die Regierung, daß die verhafteten bolschewistischen Führer als politische Gefangene zu behandeln seien. Sie empfangen Besuche, man stellt ihnen Schreibmaschinen zur Verfügung, im Gefängnis verfügen sie über ein besser organisiertes Parteisekretariat als die mit vier Ministern im Kabinett vertretene sozialdemokratische Partei.

Die aus dem Gefangenenhause geleitete kommunistische Agitation ist großzügiger, wirkungsvoller und rühriger, als es die bolschewistische Popaganda vor dem 21. Februar war.

XXIII.

Offiziere in der Revolution.

Im Wirbel der revolutionären Umwälzung pendelten die im monarchistischen, im Kastengeiste erzogenen Offiziere mit der Ohnmacht der Verzweiflung zwischen rechts und links einher. Die friedlich gesinnte Revolution hatte das System der ständigen Armee sowie die Vorrechte und Privilegien der Offiziere abgeschafft und die überflüssigen Offiziere aus dem Staatsdienst entlassen. Die wirtschaftliche und soziale Lage von nicht weniger als 40 000 Reserveoffizieren und 8000 aktiven Offizieren war hierdurch gefährdet. Um so mehr, als gerade diese Klasse der Gesellschaft — die verkrachte Gentry — am wenigsten zu irgendwelcher Selbsthilfe, zu selbständigem Handeln oder zu produktiven Funktionen fähig war. Unter dem alten Regime hatte der Staat ihren Unterhalt gesichert. Ihre Erziehung hatte die Forderungen des praktischen Lebens stets ignoriert.

Bereits die ersten Tage der Revolution zeitigen eine gewaltige Gärung unter den Offizieren. Auch die Reserve- und aktiven Offiziere werden vom Organisationsfieber hingerissen, sie experimentieren mit der Errichtung einer Wirtschaftsorganisation. Am 10. November konstituiert sich bereits der Landesverband der Berufsoffiziere und Militärgagisten. In der Versammlung brachte die Mehrheit dem neuen Regime Verständnis entgegen, nur eine verschwindend kleine Gruppe verhielt sich ablehnend und forderte laut, daß die Regierung den Offizieren ihre Waffen zurückgebe und die alte Ordnung in der Armee wiederherstelle.

Von dieser Zeit an schlagen die Organisationsversuche der Offiziere verschiedene Richtungen ein. Sowohl die Reservisten wie auch die aktiven Offiziere gründen besondere Organisationen. Auch bei den aktiven Offizieren gibt es zwei verschiedene Gruppen. Die fortschrittlich gesinnten Offiziere fügen sich der durch die Revolution geschaffenen Lage und bilden eine Gewerkschaft aktiver Offi-

ziere. Die reaktionären Offiziere schließen sich im Landesverein der aktiven Offiziere und Berufsmilitärgagisten zusammen, eine Organisation, aus der später der Ungarische Landwehrverein „MOVE" entsteht.

Um die Führung der Offiziersorganisationen entbrennt hinter den Kulissen ein scharfer Kampf. Die vom Drucke der Obrigkeit befreiten Offiziere finden in der neuen Situation keine geeigneten Führer, doch sind überall Führer tätig, um die reelle Macht der organisierten Offiziersklasse für sich zu gewinnen.

In dieser Angelegenheit sprach bei mir der Generalstabsmajor Ludwig Szilágyi, Schriftleiter eines militärischen Fachblattes, vor, der mich ersuchte, ihn bei der Organisierung der Offiziere zu unterstützen. Er versicherte mir, daß die unter seiner Leitung stehenden Offiziere getreue Stützen der Revolution sein werden. Ich konnte nicht umhin, Szilágyi mit seinem Ansuchen abzuweisen, da er unter dem alten Regime ein exponierter Anhänger der Tiszapartei war, wiewohl auch feststeht, daß er während des Krieges einen tapferen und rücksichtslosen Kampf gegen die Heeresleitung führte.

Heute bedauere ich, das Angebot Szilágyis abgewiesen zu haben. Es ist wahrscheinlich, daß der Abenteurer Julius Gömbös neben dem Gewaltmenschen Szilágyi keine führende Rolle unter den Offizieren erlangt hätte.

Nach der Zurückweisung, die ich Szilágyi zuteil werden ließ, konstituierte sich am 15. November die Landesgewerkschaft der aktiven Offiziere, die sich der sozialdemokratischen Partei anschließen wollte. In der Versammlung präsidierte Generalstabsarzt Dr. Joseph Szilágyi. Nach der von der sozialdemokratischen Partei entlehnten Methode beschlossen sie den Ausbau eines Vertrauensmännersystems für jedes Truppenkorps. Zum Vorsitzenden wurde Feldmarschalleutnant Desider Molnár gewählt. „Nach begeistertem, langanhaltendem Beifall und Applaus schickten sie ihren brüderlichen Gruß an die sozialdemokratische Partei." Unter den Teilnehmern der Debatte und denjenigen, die die Volksregierung und die sozialdemokratische Partei in voller Ergebenheit begrüßten, befanden sich Oberst Krajbig, Oberstleutnant Zsiros, die Hauptleute Denghy, Wisinger und Rácz, sowie zahlreiche andere Offiziere, die sich dazumal alle auf dem Wege der Revolution und der sozialdemokratischen Partei Geltung verschaffen wollten.

Bei allem Organisationsfieber fürchtete sich der größte Teil der Offiziere vor der Luft der Kaserne wie vor dem Fegefeuer. Sie hatten Angst vor der Vergeltung ihrer alten Sünden. Sie mieden die Mannschaft und untergruben derart selbst das „Ansehen der Offiziere". Hätten sie nach erfolgtem Ausbruch der Revolution kameradschaftlich mit der Mannschaft zusammengearbeitet, so hätte sich der wertvollere Teil der Offiziere zweifellos in die veränderte Lage hineingefunden.

Statt der Kasernen hatten sie es auf die bequemen Bureaus des Kriegsministeriums und anderer Kommandos abgesehen. Bei den Truppen lungerten kaum einige Offiziere herum. Ich legte eine Statistik an, in der festgestellt wurde, daß bei den sechs Distriktskommandos des Landes 2700 aktive und 4200 Reserveoffiziere in Bezug ihrer Gagen stehen, wogegen nur 1300 aktive und beiläufig 2000 Reserveoffiziere wohl oder übel ihren Dienst bei den Truppen versahen.

Hingegen waren im Kriegsministerium des kleinen Landes 829 Offiziere angestellt, mithin nicht viel weniger als bei allen Truppenkorps zusammen.

Diesem Zustand gebot ich mit einer radikalen Verfügung Einhalt. Ich wollte die Saboteure zur ernsten Arbeit zwingen. Bei Verantwortlichkeit der einzelnen Abteilungschefs ordnete ich die Herabsetzung des Offiziers- und Militärbestandes des Ministeriums innerhalb fünf Tagen auf die Hälfte an. Die Abgebauten sollten zu ihren Truppen einrücken.

Der Typus dieses „revolutionären" stellungshungrigen Offiziers wurde vom Generalstabshauptmann Julius Gömbös geschaffen. Gömbös, ein steinreicher Offizier, hatte es bereits im Kriege verstanden, mit seinem Geld und Einfluß nur gefahrlose Posten zu erschleichen. Nach dem Kriegsende gesellt er sich den begeistertsten Revolutionären bei. Er strebt nach Stellungen, Posten und Einfluß. Es gelingt ihm, im Auftrag der revolutionären Regierung einen außenpolitischen Dienst neben dem Abgeordneten der Károlyi-Partei Aladár Balla in Agram zu erlangen.

Mittlerweile zeigen sich ernste Störungen in der Organisierung der Offiziere. Die nüchternen und charakterfesten Offiziere in der Gewerkschaft wiesen den Konjunkturrittern die Türe, diese schließen sich hinwieder im Landesverein der Offiziere zusammen.

Gömbös übernimmt in diesem Verein nach seinem Agramer Fiasko eine führende Rolle, und bald wird er zum Präsidenten des reorganisierten „MOVE".

Er ist bestrebt, diese Position in seinem eigenen Interesse auszubeuten. Er setzt alles daran, um das Vertrauen der Regierung und des Kriegsministers zu erlangen. Mit Vertrauenserklärungen in Wort und Schrift, mit Loyalitätserklärungen zum Beweis seiner revolutionären Gefühle will er sich die führende Rolle der Revolution verschaffen, er strebt ausdrücklich nach der Stelle eines Staatssekretärs im Kriegsministerium.

Besonders mich zeichnet er mit seinen Vertrauenserklärungen aus. Persönlich und durch Sendboten trachtete er mich zu überzeugen, daß er „ein unerschütterlicher Anhänger der Revolution sei, die Habsburger hasse und bereits als Stabsoffizier im Dienst eine republikanische Propaganda betrieben hatte".

Alle diese Beteuerungen waren jedoch vergeblich. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß im „MOVE" eine systematische Wühlarbeit zur Verhetzung der Armee betrieben wird. Auf meinen Antrag wurde die Tätigkeit des „MOVE" durch den Ministerrat suspendiert.

Um seine eigene Person zu retten, entblödete sich Gömbös nicht, die Rolle eines Denunzianten zu übernehmen. Am 15. Februar erschien bei mir ein aktiver Oberleutnant im Auftrag Gömbös' und überreichte ein Protokoll, demzufolge Husarenrittmeister Koloman Rácz am vorhergehenden Tage in einer Offizierskonferenz des ersten ungarischen Husarenregiments die Offiziere zum Streik und zu konterrevolutionärem Widerstand aufgefordert habe. Koloman Rácz wurde verhaftet und die Untersuchung gegen ihn eingeleitet.

Auf diesen Erfolg war Gömbös allerdings nicht gefaßt. Er besuchte mich in meinem Amte und bezeichnete die Aktion Rácz' als einen kindischen Streich, wobei er behauptete, Rácz nur deshalb angezeigt zu haben, um den Nachweis zu erbringen, daß er und der „MOVE" keine wie immer gearteten konterrevolutionären Bewegungen dulden und „der Republik und der Revolution in Treue zugetan seien". Er bezeichnete es als das größte Unglück, daß gewisse Leute bestrebt seien, eine Kluft zwischen dem sozialistischen Kriegsminister und den Offizieren zu schaffen. Er ersuchte mich wiederholt, über ihn zu verfügen — was auf gut deutsch

irgendeinen Auftrag des Kriegsministers bedeutete —, und er sei bereit, den „MOVE" und sämtliche Offiziere bedingungslos in den Dienst der Revolution zu stellen. In dieser Angelegenheit richtete er nachstehenden Brief an mich:

Ungarischer Landwehrverein.

No. 608/919.

An den Kriegsminister der ungarischen Volksrepublik.

Nach meiner Audienz vom 19. l. M. hielt ich es für meine vornehmste Pflicht dem Präsidium und dem Vertrauensrat des „MOVE" über die Ereignisse Bericht zu erstatten und in Gegenwart des Vorstandes mehrere Mitglieder des ersten Honvédhusarenregiments, die dem „MOVE" beigetreten sind, über den Verlauf der Regimentsversammlung einzuvernehmen.

Auf Grund dessen erlaube ich mir, dem Herrn Minister nachstehendes zu melden.

1. Es wurde festgestellt, daß Herr Rittmeister Rácz weder von mir noch von einem anderen Mitglied des Vorstandes oder dem Vertrauensrat irgendeine Vollmacht zur Organisierung eines Streikes erhielt.

2. Rittmeister Rácz warb um die Bewilligung der Offiziersversammlung vom Regimentskommando nicht im Auftrage des „MOVE", vielmehr aus nur existenziellen und wirtschaftlichen Gründen. Die Versammlung wurde von ihm mit der Erklärung eröffnet, daß niemand politisieren oder seinen Worten eine politische Bedeutung beimessen dürfe.

3. Die Versammlung verlief, ohne daß man gegen den Herrn Kriegsminister oder gegen die Regierung Stellung genommen bzw. gehetzt hätte.

4. Bei Erörterung der einzelnen Fragen erwähnte Rittmeister Rácz den „MOVE" mit keinem Worte.

5. Der zweite Punkt der Tagesordnung war die Vorlesung meines Memorandums, das von den Offizieren sowie von den Mitgliedern des „MOVE" zur Kenntnis genommen wurde, ohne daß im Zusammenhange damit eine wie immer geartete, geschweige denn regierungsfeindliche Resolution angenommen wurde.

Hieraus erhellt, daß die Versammlung des ersten Honvédhusarenregimentes und der Zusammenhang dieser Versammlung mit dem „MOVE“ eine zielbewußt und böswillig aufgebauschte Affäre ist, die geeignet wäre, die offenbaren Gegensätze zwischen den Offizieren des ersten Honvédhusarenregimentes und dem Herrn Kriegsminister einerseits, zwischen dem „MOVE“ und dem Herrn Minister anderseits der großen Öffentlichkeit vorzuführen. Eine Spaltung, die mit Rücksicht auf die innen- und außenpolitische Lage unseres Vaterlandes von niemandem gewünscht werden kann.

Herr Minister! Wir sehen dem Ergebnis der Untersuchung, insbesondere was den „MOVE“ anbelangt, mit voller Ruhe entgegen und hatten auch nicht die Absicht, durch diese Vorstellung der endgültigen Entscheidung vorzugreifen.

Wir versichern dem Herrn Minister abermals, daß wir sowohl der Sache wie auch dem Herrn Minister gegenüber von den besten Absichten geleitet wurden, als wir Ihnen das Memorandum unterbreiteten und versichern den Herrn Minister bereits jetzt, daß wir gewillt sind, die strengsten Maßnahmen Platz greifen zu lassen, sobald die Untersuchung über irgendein Mitglied unseres Vereines feststellen sollte, mit Verletzung der Vereinsdisziplin gegen die Regierung und den Herrn Kriegsminister agitiert zu haben. Hierbei sind wir uns dessen gewiß, daß die große Mehrheit des Vereines hinter uns steht.

Es ist eine höchst bedauerliche Tatsache, daß unser Verein infolge der bereits am 14. l. M. erfolgten Suspendierung unserer Zentrale schweren materiellen und moralischen Nachteilen ausgesetzt wurde.

Die Folge davon ist gesteigerte Unruhe sowohl in Pest wie auch in der Provinz, die nur durch ein gerechtes Urteil behoben werden kann. Wir alle wissen und hoffen, daß dieses gerechte Urteil vom Herrn Minister gefällt wird und können Ihnen, Herr Minster, im vorhinein versichern, daß sämtliche Mitglieder des Vereines, ob aktive, nichtaktive oder außerdienstliche, der Volksarmee und der unabhängigen ungari-

schen Republik mit vollem Vertrauen weiter dienen werden.

Budapest, am 21. Februar 1919.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ergebensten Hochachtung.

Julius Gömbös m. p.[1]

Gömbös machte übrigens aus seiner revolutionären und republikanischen Gesinnung auch vor der Öffentlichkeit kein Hehl. Die „Népszava" griff den „MOVE" und Gömbös in ihrer Nummer vom 21. Januar in einem Artikel unter dem Titel „Die Konterrevolutionäre des Pogroms" an. Daraufhin schickte Gömbös eine Erklärung an die „Népszava", in der u. a. folgendes zu lesen ist:

Der Vorstand des „MOVE" erklärt ein für allemal, keinerlei konterrevolutionäre oder reaktionäre Bestrebungen im Vereine dulden zu wollen und der nationalen und sozialen Richtung sowie der Volksrepublik in Treue zugetan zu sein.

Derselbe Servilismus, dieselbe hochtrabende Dokumentierung der revolutionären Gesinnung offenbart sich in allen Worten und Zeilen dieser Herren, vom hochgestellten General bis zu dem um seine Karriere besorgten kleinen Leutnant.

General Desider Molnár fährt Anfang November von der Südwestfront nach Ungarn zurück. Bei der ersten Nachricht über den Ausbruch der Revolution versucht er die „Rebellen" mit der heldenhaften Pose nachstehenden Tagesbefehls niederzurennen:

Auf Anordnung des Herrn Armeeoberkommandanten bricht die Division nach Budapest als Brachialbereitschaft auf. Sowohl den Offizieren wie auch der Mannschaft ist zu erklären, daß die in der Hauptstadt des Landes ausgebrochenen Unruhen die Sicherheit und territoriale Integrität unseres Vaterlandes gefährden. Unserer Division fiel die glorreiche Aufgabe zu, in Budapest, wo sich der Pöbel augen-

[1] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

blicklich der Lage bemächtigen konnte, Ordnung zu schaffen. Die Reisetage sind zu benützen, um der Mannschaft ihre wichtige Sendung gründlich klar zu machen, mit Berufung auf den geleisteten Treueid. Ich hoffe, daß die Offiziere und die Mannschaften der Division auch diesen wichtigen Auftrag ebenso gewissenhaft erfüllen werden, wie das im Angesicht des Feindes jederzeit der Fall war[2].

An der Grenze schlossen sich die Soldaten des Herrn Generals mit beispielloser Begeisterung der Revolution an und boten ihren Dienst der Volksregierung in geschlossenen Reihen an.

Sodann entdeckte auch der heroische General den Revolutionär in sich. Nach seiner Ankunft in Budapest meldet er sich mit seinen Dienstabzeichen im Kriegsministerium bei mir — mithin nicht beim bürgerlichen Kriegsminister, sondern beim sozialistischen Staatssekretär, einem Führer des „Pöbels" — und teilt mir seine Absicht mit, der sozialdemokratischen Partei beitreten zu wollen. Zum Beweis seiner Verläßlichkeit führt er an, daß seine Division die erste von den ungarischen Fronttruppen war, die sich gegen die Habsburger Tyrannen auflehnte und für die Republik Stellung nahm. Einige Tage nachher übernimmt er die Leitung der Gewerkschaft aktiver Offiziere.

Ich glaube keine überflüssige Arbeit zu leisten, wenn ich der Nachwelt einige ebenfalls typische Fälle überliefere.

General Karl Soós, der spätere konterrevolutionäre Kriegsminister, suchte mich am 25. Februar, nachdem er erfahren hatte, daß das Kriegsministerium ihn seiner Kommandantenstelle zu entheben beabsichtige, mit einem Briefe der Szegediner sozialdemokratischen Partei auf und berichtete mir, daß er der sozialdemokratischen Partei beigetreten und ein glaubensfester Anhänger der demokratischen Wehrmacht und des Systems der Soldatenräte sei, was auch damit bewiesen werden könne, daß er seinen Stabschef, Major Schwoy, zum Vorsitzenden des Soldatenrates erwählen ließ.

General Heinrich Dormándy meldete sich in der zweiten Hälfte November in meinem Amte als Referent und stellte sich mit folgender Ansprache vor:

---

[2] „Népszava" vom 8. Dezember 1918.

Herr Staatssekretär! Ich war bereits während des Krieges, ja vor dem K r i e g e s o z i a l i s t i s c h g e s i n n t. Ich sehe ein, daß das Land nur durch den Sozialismus und die sozialdemokratische Partei gerettet werden kann. Ich beschloß daher, mich in die sozialdemokratische Partei aufnehmen zu lassen. Ich will jedoch diesen Schritt nicht tun, ohne zuvor die Meinung des Herrn Staatssekretärs als meines Vorgesetzten und eines Führers der sozialdemokratischen Partei kennengelernt zu haben.

Der „sozialistisch gesinnte" General, der an der Front zu den blutrünstigsten Soldatenschindern gehört hatte, war von meiner Antwort nicht allzusehr entzückt. Ich machte ihn aufmerksam darauf, daß weder er noch andere Offiziere von dem Standpunkt aus beurteilt werden, ob sie Mitglieder unserer Partei sind.

Von dieser scheußlichen Zudringlichkeit machte ich dem Obersten Lorx und Gömbös Mitteilung und ermächtigte sie, diesen Fall den Offizieren zur Kenntnis zu bringen, um sie von ähnlichen zwecklosen Strebereien zurückzuhalten.

Unter der Führung des Stabschefs des Generals Soós, des Vorsitzenden des Szegediner Soldatenrates, Major Schwoy, erschien bei mir am 23. Februar eine Abordnung der Szegediner Garnison mit einem Memorandum, No. Kt. 97[1]:

> Wir ersuchen unseren geliebten und geschätzten Minister, nachstehende Bitte außertourlich erledigen lassen zu wollen.
>
> Die Organisation der jungen republikanischen Armee ist bereits so weit fortgeschritten, daß die Truppenkorps in Reih und Glied ausrücken können. Bei all diesen Ausrückungen tritt die Frage der Fahne und des Hymnus in den Vordergrund. Die bei der Honvéds eingeführten Fahnen entsprechen der gegenwärtigen Wehrmacht nicht, die gewesenen k. u. k. Fahnen kommen gar nicht in Betracht. Beiden Fahnen kommt nur mehr museale Bedeutung zu ... D i e S z e g e d i n e r G a r n i s o n b i t t e t u m E i n f ü h r u n g e i n e r F a h n e f ü r d i e n e u e A r m e e, d i e d e m s o z i a l d e m o k r a t i s c h e n G e i s t d e r W e h r m a c h t e n t s p r i c h t ... Notwendig ist über-

[1] Die in diesem Abschnitt angeführten Akten sind dem Archiv des ungarischen Kriegsministeriums entnommen.

dies eine einheitliche zentrale Regelung und Feststellung dessen, daß beim Ausrücken der Armee die Militärkapellen den ungarischen Hymnus oder die Marseillaise als internationalen Arbeiterhymnus zu spielen haben. Die Mannschaft der Szegediner Truppenkorps nahm auch bis jetzt für den Hymnus und die Marseillaise Stellung und wünscht, daß beide gespielt werden.

Aus der Denkschrift der Offiziere des 29. ungarischen Infanterieregiments sub Zahl 1572 Kt.:

Das ganze 29. ungarische Infanterieregiment bringt hiermit dem Kriegsminister sein unerschütterliches Vertrauen zum Ausdruck, in dessen Vergangenheit sowie gegenwärtiger Tätigkeit und ganzer Persönlichkeit ein hervorragender und berufener Führer bei jener epochemachenden Arbeit erblickt wird, die er bei der Schaffung der zur Verteidigung der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung unter allen Umständen so unumgänglich notwendigen Volksarmee entwickelt ... In der Verteidigung und Festigung der revolutionären Errungenschaften stehen wir ihm mit festem Willen und im Notfall auch mit den Waffen zur Verfügung.

Aus einem Schreiben des 18. Ödenburger Infanterieregimentes sub Zahl 231 Kt.:

Unterfertigte aktive Offiziere, Berufsmilitärgagisten und Vertrauensmänner des 18. (gewesenen 18. und 76.) Regimentes, als beeidete — nicht politisierende — getreue Soldaten der Volksrepublik versammelten sich, durchdrungen vom patriotischen Bewußtsein dessen, daß zum Schutze der ungarischen Volksrepublik und der revolutionären Errungenschaften, der inneren Ordnung, des privaten und Nationalvermögens sowie der persönlichen Sicherheit eine auf demokratischer Basis organisierte, an Kraft selbst der alten überlegene, von rationell angewendeter eiserner Disziplin durchdrungene, unbedingt verläßliche und gehorsame Armee benötigt werde.

Unterschrieben vom Oberstleutnant Géza Maróthy, vom Oberstleutnant Kő, von den Majoren Robert Martin und Tibor Pink, von den Hauptleuten Eduard Gerlits, Ernst Jeszenszky, Paul Czeben, von den Oberleutnants Stephan Havassy, Joseph Minich sowie zahlreichen anderen Offizieren.

Der von Gesundheit strotzende junge Graf Paul Teleky hielt sich in den ersten Monaten des Krieges im sicherlich nicht lebensgefährlichen Hauptquartier Potioreks auf. Später verteidigte er als Oberkurator des Roten Kreuzes und als Präsident des Kriegsfürsorgeamtes an der Budapester Front das Vaterland, das ihm viele tausende Joch Grundbesitz, Vermögen, Einkommen und Wohlfahrt sicherte.

Einige Wochen nach dem Ausbruch der Revolution meldete mir einer der Referenten im Kriegsministerium — General Dormándy oder Oberstleutnant Kirchner — tief indigniert, daß man den reaktionären Grafen Teleky wahrscheinlich aus Versehen in seinem Amte belassen habe, und er noch immer Präsident des Kriegsfürsorgeamtes sei. Man beantragte seine Enthebung, was in Begleitung eines höflichen Schreibens auch geschah.

Nach 24 Stunden erwies mir Herr Graf Teleky die Ehre seines Besuches, überreichte mir den durch mich unterfertigten Entlassungsbrief und bat mich, die diesbezügliche Verfügung rückgängig zu machen und ihn in seinem Amte zu belassen. Er erinnerte mich daran, daß er in einer unter dem Vorsitz Sztérényis abgehaltenen Beratung noch während des Krieges der einzige war, der sich meinem im Namen des Gewerkschaftsrates dargelegten Standpunkt anschloß. Er berief sich auf seine liberalen und sozialen Verdienste und auf den Umstand, daß er ein treuer Anhänger der Revolution sein wolle, auf die er beeidet wurde, und die eigentlich nur seinen seit jeher vertretenen Grundsätzen zum Siege verhalf.

Ich erfüllte seine Bitte.

Derselbe Graf Teleky leitete nach dem Sturz der Revolution als Ministerpräsident des weißen Terrors eine wahre Ausrottungsjagd gegen Sozialisten und Revolutionäre ein . . .

Das Offizierkorps des 39er schweren Haubitzenregiments richtet am 10. Januar mit der Unterschrift der Hauptleute Szmáth und Riesz, der Oberleutnants Ludwig Papp, Géza Vörös, Kriegner und

anderer Offiziere eine Eingabe sub Zahl 2 Kt. an die sozialdemokratische Partei in Nyiregyháza, in der ausgeführt wird:

> Die Artilleristen seien als erste für die Errungenschaften der Revolution tatkräftig eingetreten und versichern die sozialdemokratische Partei, daß Offiziere und Mannschaft von demselben Geiste erfüllt seien, der sie vor zwei Monaten beseelte.

Hauptmann Géza Avramovits meldet vom 1. Februar:

> Stationskommandant Oberstleutnant Öhm in Nyiregyháza sei mit den Delegierten der sozialdemokratischen Partei in der Artilleriekaserne erschienen, habe sich nach dem Redner der sozialdemokratischen Partei zum Wort gemeldet und erklärt, daß er kommunistisch gesinnt sei . . .

Die Truppenoffiziere der Székler Division überschütten das Kriegsministerium ebenfalls mit Beteuerungen ihrer Treue.

Oberst Kratochvill, der Befehlshaber der Székler, meldet in seinem Telegramm sub Zahl 64, Hdn. 919, vom 8. Februar:

> Meine Siebenbürger und andere Truppen bestehen aus treuen republikanischen Soldaten, deren einziger Wunsch es ist, wieder in Siebenbürgen einziehen zu können.

Er schickt mir eine vom 3. Februar datierte Proklamation, in der versucht wird, die Sympathie der Székler der sozialdemokratischen Partei zuzuwenden:

> Der Grund Eurer Antipathie liegt in dem Irrtum, daß die Verteidigung Siebenbürgens von der sozialdemokratischen Partei verhindert wurde. Werdet Ihr aber erfahren, daß die Verhinderung des rumänischen Vormarsches gerade von jenem Kriegsminister angeordnet wurde, der der sozialdemokratischen Partei angehört, und die sozialdemokratische Partei unsere Bestrebungen moralisch unterstützt und mit ihren internationalen Verbindungen für die Freiheit unseres Székler Volkes kämpft, so hört Eure Antipathie auf, sie wird zur brüderlichen Liebe!
>
> Der Sozialismus kämpft um die Befreiung und Beglückung der Menschheit. Der Mensch hatte

bis jetzt nur eine politische Freiheit, eine theoretische Gleichheit, in Wirklichkeit ließ die ungleichmäßige Verteilung der materiellen Güter, das Kapital und der Großgrundbesitz weder die Gleichheit noch die Freiheit zur Geltung kommen, die Millionen der Enterbten wurden zu Sklaven erniedrigt.

Jeder edeldenkende Mensch kämpfte gegen diese Mißbräuche, und der Löwenanteil fiel in diesem Kampfe der sozialdemokratischen Partei mit ihrer großen internationalen Organisation und entwickelten Taktik zu.

Oberst Kratochvill unterfertigt die Proklamation mit folgender Anmerkung:

Ich halte jeden Punkt für richtig und verfügte die Vorlesung der Proklamation vor Offizieren und Mannschaft.

Am 10. Februar spricht bei mir eine Abordnung des Székler Divisionskommandos vor, um mich mit einer vom Major Aladár Szőllősy, den Hauptleuten Géza Körmendi und Textons, Leutnant Albrecht Biró unterfertigten Vertrauenserklärung zu erfreuen, in der festgestellt wird:

die Truppen der Székler Division, und zwar die Offiziere nicht weniger als die Mannschaften, bekennen sich zur ungarischen Volksrepublik als deren Militär und gehorchen daher als disziplinierte Soldaten ausschließlich der Regierung der ungarischen Volksrepublik und den durch diese ernannten Vorgesetzten.

Wir verwahren uns feierlichst dagegen, daß gewisse Denunzianten diese Truppen als konterrevolutionär gesinnt anschwärzen.

Die in Szatmárnémeti stehende Székler Brigade überreicht am 15. Februar ein mit den Unterschriften des Obersten Paul Nagy, des Majors Benedikt Kovács, des Hauptmanns Gabriel Kovács, des Oberleutnants Viktor Pajor und der Leutnants Karl Tompos, Gabriel Beke und Julius Székely versehenes Memorandum, dem ich nachstehenden Satz entnehme:

> . . . die Offiziere und die Mannschaft der Székler Truppen erklären auch diesmal feierlich, daß sie ihres heiligen Eides, den sie der ungarischen Volksrepublik und dem ungarischen Vaterlande geleistet haben, bis in den Tod eingedenk bleiben, daran festhalten und durch keine Macht ihrem Eide abtrünnig gemacht werden können.

Die Offiziere des 5. Ersatzbataillons in Szatmárnémeti, Oberstleutnants Julius Seiwirth und Clarsin, Major Kohlmann, die Hauptleute Bart, Negrey, Franz Májer, Leutnant Ernst Melega u. a. m. richten am 20. März eine Eingabe an mich, in der es heißt:

> Wir alle, Mannschaftspersonen, Unteroffiziere und Offiziere stellten eine große Familie dar, deren sämtliche Mitglieder in gleichem Maße und gemeinsam die Tyrannei des alten Militarismus duldeten, indem wir uns auf eine bessere Zukunft vertrösteten. Wir litten den uns aufgezwungenen vierjährigen Krieg gemeinsam durch.
>
> Wir duldeten mit männlicher Selbstverleugnung, aber mit geballten Fäusten, wir warteten und hofften.
>
> Es kam die Revolution, das alte Regime stürzte zusammen, wir stellten uns eiligst und einmütig unter die rote Fahne, atmeten mit Wollust die Luft der Freiheit, stellten ihr unsere Kräfte und Talente zur Verfügung, um die Garantie der errungenen Demokratie, die Volksarmee, mit fieberhaftem Eifer organisieren zu können.

Oberstleutnant Alexander Riffl, Kommandant der Fünfkirchener Infanteriekadettenschule, legt dem Kriegsministerium eine Denkschrift über die Organisation der Armee vor, in der zur Vermeidung jeglichen Mißverständnisses erklärt wird, daß „er ein Anhänger der Republik und somit der demokratischen ungarischen Armee sei".

Das Regierungskommissariat des Soldatenrates ersucht am 12. Februar in einem Schreiben sub Zahl 58 um Beurlaubung des

Rittmeisters Ladislaus Magasházy. Magasházy, der Kommandant des 10. berittenen Artillerieregimentes, bekam Wind von der gegen ihn eingeleiteten Aktion und schickte zwei Vertrauensmänner seines Regimentes zu mir, mit der Botschaft, daß der Herr Rittmeister ein getreuer Anhänger der Revolution und der Republik, hingegen ein unerbittlicher Feind der Wühlarbeit monarchistischer Offiziere sei und mich ersuche, ihn „in den Verband der sozialdemokratischen Partei aufzunehmen". Dieser „hervorragende" Offizier wurde nach dem Sturz der Revolution — aller Wahrscheinlichkeit nach in Anerkennung seiner diesbezüglichen Verdienste — zum Flügeladjutanten des Landesverwesers Nikolaus Horthy ernannt.

In noch zudringlicherer Form meldeten sich auch die aristokratischen Offiziere. Einige Dutzend Verbindungsoffiziere wurden zu den militärischen Ententemissionen kommandiert. Zum bequemen Repräsentationsdienst drängten sich natürlich Aristokraten und Gentrys.

Dieser sicherlich nicht anstrengende Dienst wurde von den Obersten Baron Georg Szvetenay und Aristid Jankovits, dem Oberstleutnant Géza Dormándy, den Majoren Baron Rudolf Pletzger und Koloman Schnetzer, den Hauptleuten Zsolt Denghy, Georg Rákosi, Géza Lakatos, Oskar Saárossy-Kapeller, Tibor Tavy, Joseph Margitay, Franz Szilassy, Paul Kiss von Nemeskér, von den Oberleutnants Fürst Karl Odescalchi, Graf Alexander Pálffy, Viktor Szilassy, Graf Georg Apponyi sowie von Fähnrichen und anderen Offizieren versehen, während bei den Truppen ein brennender Mangel an Offizieren herrschte.

Wir schickten diese in den „Repräsentationsschützengräben" des Nationalkasinos Dienst leistenden Offiziere zum Truppendienst zurück. Eine Verfügung, die mit einem Schlag revolutionäre Loyalitätserklärungen der aristokratischen Offiziere auslöste.

In einer Eingabe an das Kriegsministerium verwahren sie sich dagegen, daß diese Offiziere in den Blättern als konterrevolutionär gebrandmarkt werden, sie seien doch alle treue Soldaten der Volksrepublik und der Revolution.

Dieses Kapitel würde sich ins unendliche hinziehen, wollte ich den Wortlaut aller in meinem Besitz befindlichen Loyalitätserklärungen veröffentlichen.

Und dieselben aktiven Offiziere waren es, die nach dem Sturz der Revolution ihren Eid vergaßen und eine verwerfliche Hetze, eine wahre Menschenjagd gegen die Anhänger der Volksregierung und die von ihnen verhimmelte sozialdemokratische Partei begannen.

Unwahr ist natürlich die Behauptung, daß die Offiziere mit Gewalt gezwungen wurden, für die Revolution und die sozialdemokratische Partei einzutreten. Wahr ist vielmehr das Gegenteil dieser Legende: man verkündete wiederholt, daß man den Anschluß der Offiziere an die sozialdemokratische Partei ebensowenig wünsche wie die Beeinflussung ihrer Überzeugung. In einer Versammlung der sozialistischen Gewerkschaft für aktive Offiziere am 4. März hielt ich eine Rede, in der ich diesen Standpunkt freimütig vertrat:

> Es ist ungenügend, wenn ein Offizier der Gewerkschaft beitritt und die Mitgliedsbeiträge entrichtet, dadurch wird er noch nicht zum Sozialisten, sondern nur, indem er bestrebt ist, ein durchaus intakter, korrekter und werktätiger Arbeiter der Gesellschaft im sozialistischen Sinne zu werden. Anderseits nehme ich keinen Anstand zu erklären, daß ich einen Offizier, der der Gewerkschaft nicht angehört, dafür aber seine Pflicht im Interesse der Volksrepublik ehrlich erfüllt, einem anderen, der zur Gewerkschaft gehört, aber nicht arbeitet und egoistische Zwecke verfolgt, entschieden vorziehe.

In dieser Rede, die die Organisation in einem kleinen Hefte in mehreren hundert Exemplaren unter den Offizieren verbreiten ließ, brandmarkte ich zugleich auch die Streberei und Intrigensucht der Offiziere.

> Ein ewiger Schandfleck des Offizierskorps der Armee und Ungarns ist und bleibt das Intrigengetriebe, das aus Brotinteresse eingeleitet wurde. Auf meinem Tische liegen Haufen von Briefen und Anzeigen, in denen die Offiziere einander, manchmal sogar auf dem Wege der Mannschaft, denunzieren. Dieser Rattenkönig von Intrigen ist darauf zurückzuführen, daß man allgemein des Glaubens war, es werden Offiziere aus

dem Dienste entlassen, und nun versucht man, das Rettbare auf dem Wege von Intrigen zu retten.

Streberei, Intrige und Rückgratlosigkeit der Offiziere waren naturgemäß nicht danach angetan, die Konsolidation der Armee zu fördern. Bei solcher Führung durch die Offiziere geriet das ohnehin schlechte Mannschaftsmaterial notgedrungen auf den Weg der Zuchtlosigkeit. Die Offiziere haßten die neue Kaserne, verschmähten die Mannschaft und die ernste Arbeit, in ihnen lebte nichts als schnoddriger Kastengeist, Herrschaftsgelüste, Arbeitsscheu, kurz der ganze verseuchte Geist der alten Armee, und dies trieb sie den Extremen — der revolutionären Streberei und der Konterrevolution in deren verschiedenen Spielarten zu.

Das Bild wäre unvollständig ohne die Berücksichtigung eines anderen Extrems des Offizierskorps. In merkwürdig großer Anzahl schlossen sich die Offiziere auch der kommunistischen Partei an. Hauptmann Tibor Szabó von Sáró, Oberleutnant Szmuk, Hauptmann Otto Steinbrück und andere Paradeoffiziere der kommunistischen Partei erwarteten von dieser Seite die aufgehende Sonne, entwickelten hier ihre segensreiche Tätigkeit, die stets um ein Bedeutendes radikaler als die Auffassung Trotzkys und Lenins war.

Das aktive Offizierskorps besaß übrigens — wenngleich in geringer Zahl — auch wertvolle Elemente. Ein Teil von ihnen geriet ins Netz des Nationalbolschewismus. Deren Führer war ein begabter Stabsoffizier, namens Oberst Eugen Tombor. Der Nationalbolschewismus bedeutete bei ihnen keine soziale Vertiefung der Revolution; sie strebten im Kampfe um die territoriale Integrität eine Vereinigung der nationalen und der Volkskräfte an. Oberst Tombor unterbreitete mir am 28. Dezember 1918 ein Memorandum über die militärische Lage des Landes. Aus diesem erklingt der Alarmruf des um die Einheit und die öffentlichen Zustände des Landes besorgten patriotischen Soldaten. Es besagt u. a. folgendes:

> Unsere inneren sozialen Schwierigkeiten sind nicht abzuleugnen. Wir wissen, daß wir heute über keine disziplinierte Armee verfügen, *in unseren Kasernen arteten die politischen Gegensätze zur gegenseitigen Feindseligkeit aus . . . Hut ab vor dem Patriotismus des russischen Bolschewismus!* Der

Feind konnte keinen Fuß auf rein russische Gebiete setzen, da die bolschewistische Regierung ihre Rote Armee nicht nur zum Schutz der revolutionären Errungenschaften, sondern auch zur Verteidigung des Gebietes des russischen Volkes organisierte.

Wir brauchen von unserer eigenen ungarischen Bevölkerung und unseren ungarischen Offizieren nichts gegen die revolutionären Errungenschaften zu befürchten; die größten Feinde der Errungenschaften unserer Revolution sind die Entente und deren Marodeure und Hyänen.

Zum Schutz des Vaterlandes müssen wir alle ohne Parteiunterschied zusammenhalten. Der als konterrevolutionär gebrandmarkte Offizier soll gemeinsam mit dem kommunistischen Soldaten um unser ungarisches Land kämpfen .....

Nur die unter der geistigen Führung des Obersten Aurel Stromfeld stehende kleine Offiziersgruppe war von allen Extremitäten, Strebereien und Intrigen frei mit einer beispiellosen Selbstlosigkeit und einer ihre Kräfte weit übersteigenden Hingabe für die Schaffung der starken und disziplinierten Revolutionsarmee tätig.

Wenn ihre Bemühungen fruchtlos geblieben sind, so trifft hierfür die Verantwortung nicht sie, sondern ihre Kameraden, die den wirklichen Patrioten bei der Ausführung ihrer Pläne mit höllischer Tücke ein Bein stellten und dadurch das so oft im Munde geführte Vaterland in eine schwere Katastrophe stürzten.

XXIV.

Die Armee.

Im erkrankten Organismus greifen die Krankheitssymptome am häufigsten und am schmerzlichsten diejenigen Körperteile an, deren Widerstandsfähigkeit die geringste ist. Hier vermehren sich die Krankheitserreger, von hier aus beginnen sie ihren verheerenden Weg, um den versiechenden, entkräfteten Organismus schließlich zu vernichten.

Alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Krankheiten des revolutionären Ungarn zeigten sich in schwerster Form im schwächsten Organ der Revolution: in der Wehrmacht. Dabei gerieten die Zügel dieser Wehrmacht immer wieder in unsichere, ihre Aufgabe kaum vorübergehend bewältigende Hände.

In den vierundeinhalb Monaten der Oktoberrevolution kam es nicht weniger als fünfmal zu Änderungen in der Leitung des Kriegsministeriums. Selbst reaktionär und konservativ gesinnte Offiziere, wie der überaus begabte Oberst Lorx, sahen den fast zur Regel gewordenen Kurswechseln im Kriegsministerium besorgt zu: Sie befürchteten die hieraus entstehende Anarchie. Eines Tages bat mich Lorx, an der Spitze einer aus Offizieren des Kriegsministeriums bestehenden Abordnung, meinen Einfluß bei der Regierung geltend zu machen, damit endlich irgendein System im Kriegsministerium dauernd bestehen bleibe. Möge die Leitung immerhin eine sozialdemokratische sein: nur solle man den Zickzackkurs, der letzten Endes unvermeidlich zum Zusammenbruch führen müsse, beseitigen. Bei einem anderen Anlaß meldete sich Oberst Tombor beim Präsidenten Károlyi und ersuchte ihn im Namen der Offiziere des Kriegsministeriums, einen Sozialisten zum Kriegsminister zu ernennen, da es unter den bestehenden Verhältnissen nur diesem System möglich sei, eine entsprechende Wehrmacht ins Leben zu rufen.

Am achten Tage der Revolution wird die Organisierungsarbeit bereits durch eine Ministerkrise gestört: Die Stelle Linders wird mit Bartha, einem unschlüssigen, fahrigen, ohne jeden bestimmten Zweck arbeitenden Soldaten besetzt, der heute Pogány huldigt, um morgen den abenteuerlichen Plänen Friedrichs Vorschub zu leisten.

Bartha kümmert sich übrigens herzlich wenig um die Organisation der Wehrmacht, seine Zeit wird durch nicht gerade erbauliche Privatgeschäfte in Anspruch genommen. Seiner Tätigkeit im Kriegsministerium macht die von Pogány veranstaltete verhängnisvolle Demonstration des Militärs ein jähes Ende.

Nach dem Sturz Barthas wurde die provisorische Leitung des Kriegsministeriums mir als Staatssekretär anvertraut. Ich hatte einen fertigen Plan zur Organisierung einer demokratischen, revolutionstreuen Wehrmacht. Vor allem hieß es, die Armee von den reaktionären Offizieren zu säubern, die unverläßlichen, jugendlichen Soldaten zu entlassen, um die neue Armee schaffen zu können. Mit einer Regierungsverordnung lösten wir den Generalstab auf, im eigenen Wirkungskreis entließ ich in fünf Tagen mehr als 400 Offiziere aus dem mit Offizieren vollgepfropften Kriegsministerium, und an der Hand eines Beschlusses des Ministerrates begannen wir mit der Reorganisierung des Soldatenstandes: vorläufig wurden die zwei jüngsten Jahrgänge entlassen.

Károlyi unterstützte die auf die Neuorganisierung der Armee gerichteten Pläne mit der größten Hingebung. Hingegen brachte der konservative Flügel seiner Partei — sowie die ganze Reaktion — den sozialistischen Bemühungen lebhafte Antipathie entgegen. Dort protestierte man gegen die Entlassung der reaktionären Offiziere, gegen die sozialistische Leitung im Kriegsministerium, und man zog die der Konterrevolution und dem Bolschewismus willenlos preisgegebene, aus Jugendlichen bestehende Armee vor, nur um an der Offiziersreaktion nicht rütteln zu lassen. Die Einwendungen gegen das sozialistische Regime im Kriegsministerium wurden immer häufiger, bis sich Károlyi am Ende gezwungen sah, einen Kriegsminister in der Person des Grafen Alexander Festetich zu ernennen.

Dies war die vierte Änderung in der Leitung des Kriegsministeriums. Festetich, das Urbild des gewiegten, ewig schachernden politischen Faiseurs, betrachtete Partei und Prinzip als Objekte

politischen Feilschens. Anläßlich seiner Vorstellung brachte er mir seine Absicht, in die sozialdemokratische Partei einzutreten, vertraulich zur Kenntnis. Sein Übereifer wurde naturgemäß abgekühlt. (Einen Beitrag zum Charakterbild Festetichs liefert der Umstand, daß er nach der Proklamation der Kommune bei mir vorsprach und erklärte, daß er sich mit der Absicht trage, in die sozialistisch-kommunistische Partei einzutreten, wobei er mich ersuchte, ihm bei der Ernennung zum Produktionskommissär auf dem eigenen Grundbesitz behilflich sein zu wollen.)

Die Organisierung der Armee gelangte unter dem Regime Festetichs abermals in eine Sackgasse. Auch er gab sich nicht viel mit den Angelegenheiten der Armee ab. Sein einziger Wunsch war, Minister zu bleiben. Im Interesse dieses Zweckes arbeitete er mit der Reaktion ebenso gerne zusammen wie mit Pogány. Mit dem ihm gefährlichen Pogány hatte er sogar weitgehende Pläne: Er wollte ihn bestechen, ihn durch Befriedigung seiner Eitelkeit an sich fesseln. Eines schönen Tages überraschte er mich mit der Bemerkung, daß es höchst zweckmäßig wäre, ein besonderes Abrüstungsministerium zu errichten, dessen Leitung mir anvertraut werden müßte. Im Zusammenhange damit trug er sich mit dem Plan, Pogány zum Staatssekretär im Kriegsministerium ernennen zu lassen.

Festetich hatte Pogány natürlich durchschaut. Er wußte, daß ihm von dieser Seite die größte Gefahr drohe. Noch war er nicht zwei Wochen lang Minister, und Pogány begann bereits mit seiner Offensive gegen Festetich, der verschiedener Umtriebe beschuldigt wurde. Festetichs Schicksal war damit besiegelt. Der Ministerrat delegierte in der Angelegenheit dieser Beschuldigungen eine Kommission, der als Mitglieder die Minister Berinkey, Kunfi und Szende, seitens des Arbeiterrates Landler und Czibor, seitens des Soldatenrates Dr. Julius Zoltán angehörten.

Schon die Entsendung und Zusammenstellung dieser Kommission stellte eine unbegreifliche und beispiellose Schwäche der Regierung dar. Gab es konkrete Anklagen, so hätten diese wohl von der Regierung oder einer anderen Körperschaft geprüft werden können. Hingegen dürfen und können allgemeine Beschuldigungen in einem Lande ohne Nationalversammlung und mit der Regierung als einzigem, autoritativem Organ sicherlich nicht einem aus Mit-

gliedern des Kabinetts und Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrates ad hoc zusammengestellten Senat vorgelegt und das ohnehin schwankende Ansehen des Ministeriums derart auf die Probe gestellt werden.

Doch hatte diese Angelegenheit eine andere, nicht weniger merkwürdige Seite. Der Ministerrat wies in seiner Sitzung vom 11. Januar die konterrevolutionären Beschuldigungen, die gegen Festetich erhoben wurden, einstimmig — mithin mit Zustimmung der sozialistischen Minister — zurück, ohne die Entscheidung der Kommission abgewartet zu haben. Diese der Öffentlichkeit vorgelegte Resolution beantwortete Pogány in einer Erklärung, derzufolge er „die Kundgebung des Ministerrates, die einen Beweis der unglaublichsten Fahrlässigkeit und Oberflächlichkeit darstelle, mit großer Bestürzung gelesen habe".

So schreibt der von der Regierung ernannte sozialdemokratische Regierungskommissär öffentlich über die revolutionäre Regierung und deren sozialistische Mitglieder. Und diese Erklärung konnte im offiziellen Organ der sozialdemokratischen Partei ohne Kommentar veröffentlicht werden. Und was nooh merkwürdiger ist, erhoben die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung kein Wort des Protestes dagegen, daß man ihnen meuchlings in den Rücken fiel. Das sinnwidrige Erkenntnis der Kommission sprach den Kriegsminister Festetich zwar frei, Pogány wurde aber dennoch belobt. Das Ergebnis war, daß Festetich gestürzt wurde, Pogány siegte und die Disziplin und der Geist der Wehrmacht endgültig verkommen mußte.

In diese Periode fällt die Bildung der Regierung Berinkey. Am 19. Januar übernahm ich wieder die Leitung des Kriegsministeriums. Friedrich war inzwischen schon entfernt worden.

Gleichzeitig mit meiner Ernennung bat ich mir den Obersten Stromfeld — einen tatkräftigen, glänzend begabten Soldaten —, den damaligen Kommandanten der Honvédoffiziersakademie, mit dem Wirkungskreis eines Staatssekretärs, als Mitarbeiter aus.

Vor allem bereitete ich die Durchführung meiner Pläne zur Organisierung der Wehrmacht vor. Mit Stromfeld waren wir uns über die diesbezüglichen Grundsätze einig.

Die drei Monate lange Zeitvergeudung und Verschleppungstaktik riefen in der Armee eine erschreckende Anarchie wach.

Einerseits die Offiziersreaktion, anderseits die kommunistische Demagogie hatten die Armee desorganisiert. In buntem Nacheinander treten hier konterrevolutionäre Truppen, dort kommunistische Gruppen, anarchistische, undisziplinierte Abteilungen auf. Revolutionstreue und verläßliche Truppen gab es nicht.

Zwischen den einzelnen, verschiedenartig gesinnten Truppen war mitunter auch die Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes kaum zu beseitigen. So wollte man z. B. die Feindseligkeiten zwischen der Nationalgarde der Matrosen und den Arbeitertruppen in der Altofner Marinekaserne bereits mit Waffen austragen. Das Beispiel der Berliner Marstallkämpfe drohte Schule zu machen.

Die Iglauer Maschinengewehrrekruten verwickeln sich in Hatvan in einen förmlichen Kampf mit dem 10. Infanterieregiment.

Indessen hören alle politischen Gegensätze sofort auf, sobald es um die Soldfrage geht. Konterrevolutionäre und kommunistische Truppen trachten Schulter an Schulter, mit fast brüderlichem Einverständnis, ihre bewaffnete Macht zur Durchsetzung eines erhöhten Soldes auszunützen. Offiziere und Mannschaft des konterrevolutionär gesinnten 18. Ödenburger Regimentes treten mit einem Memorandum sub num. 231 Kt. an das Kriegsministerium heran, worin in den Fragen der verschiedenen Vorschläge bezüglich der Organisation der Wehrmacht, der Löhnung, der Versorgung, des Urlaubes und der Abfertigung Forderungen erhoben werden, die als Erpressung bezeichnet werden müssen.

Ladislaus Fényes, der Regierungskommissär der Nationalwehr, teilt in der vertraulichen Mitteilung sub num. 2126 empört mit, daß Anton Szmuk, ein aktiver Oberleutnant, Sprößling einer steinreichen Familie und Stütze der kommunistischen Partei unter den Offizieren, eine Agitationsreise antrat, um die Formationen der Nationalwehr mit Hinweis auf die zunehmende Teuerung zur Einleitung einer Bewegung zwecks Erhöhung des Soldes aufzureizen.

Die Soldbewegung greift auf sämtliche Truppenkorps der Armee und der Nationalwehr über. Am dritten Tage meiner Ernennung zum Minister, am 22. Januar, fordert Pogány bereits im Namen des Soldatenrates die Regelung der Soldfrage, die Erhöhung des Soldes von 15 auf 30 Kronen.

Die Soldbewegung hatte sich noch nicht gelegt, da traten die erfinderischen Geister bereits mit einer neuen Revolte, einem willkür-

lich vom Zaun gebrochenen Streik, in die Schranken. Zur Verteidigung des größten ungarischen Bergwerkes in Salgótarján entsandten wir das Budapester Artillerieregiment. Am Tage des Aufbruches erscheinen in meinem Amte die Vertrauensmänner des Regimentes unter der Führung des befehlshabenden Oberstleutnants Hönig und eines Mitgliedes des Soldatenrates und erklären, daß die Mannschaft nicht geneigt sei, an die Front zu gehen, solange sie nicht dieselben Pelzröcke erhalte, mit denen wir die Jäger ausgerüstet haben. Vergebens verwiesen wir auf den Kohlenmangel, auf die Idee der revolutionären Opferfreudigkeit — die Soldaten hielten an ihrer fixen Idee, den Schutz der Revolution nur in Pelzröcken zu versehen, fest. In einigen Tagen steckt die Pelzrockrevolte fast alle Truppen der Hauptstadt an, ja manche Provinztruppen erhoben dieselbe Forderung.

Ein womöglich noch klassischeres Beispiel der Disziplinlosigkeit war nachstehender Fall:

In Salgótarján — einer Stadt, die von tschechoslowakischer Invasion bedroht wurde — erregten die Kommunisten im Januar einen Aufstand unter den dort beschäftigten Bergarbeitern, der einen bewaffneten Zusammenstoß, erhebliche Opfer an Menschenleben und die Ausplünderung der Stadt zur Folge hatte.

So verhielt sich die Lage, als unsere Truppen den Schutz der Bergwerke übernahmen. Das mit der Organisierung der Verteidigung betraute 40. Divisionskommando berichtete am 5. Februar telegraphisch über die dortigen Zustände und meldete u. a. folgendes:

> Am 3. l. M. wurde, wie bereits wiederholt, eine gemeinsame Sitzung der Soldatenvertrauensmänner mit dem lokalen Arbeiterrat abgehalten. In der Versammlung wurden folgende Beschlüsse angenommen:
>
> 1. Es wird gefordert, daß die lokale Grenzpolizei sich auf sozialdemokratischer Grundlage organisiere.
>
> 2. Menschenwürdige Einquartierung.
>
> 3. Die Aufbesserung der Lebensmittelversorgung.
>
> 4. Fünftägige vollständige Rast für die aus dem Wachdienste Zurückgekehrten.

5. Statt der fünfstündigen Beschäftigung eine nur eine Stunde dauernde militärische Beschäftigung und zwei Stunden sozialistischer Unterricht.

6. Die Abschaffung des Zapfenstreiches.

7. Die Gendarmerie protestiert dagegen, daß sie zur Kontrolle militärischer Personen gebraucht wird.

8. Die Maschinengewehrabteilungen fordern Pistolen[1].

Das Divisionskommando war naturgemäß nicht in der Lage, diesen an der Front teils unerfüllbaren, teils gar nicht militärischen Forderungen zu entsprechen. Die Vertrauensmänner erklären also, „ihre Beschlüsse ohne Rücksicht auf die Stellungnahme des Divisionskommandos und des Kriegsministeriums vollziehen zu wollen". Die in Salgótarján befindlichen siebenbürgischen Truppen schlossen sich diesem Beschluß nicht an, worauf die Székler von den übrigen Truppen, vorderhand ohne Waffen, angegriffen wurden.

Die Delegierten des Kriegsministeriums und des Soldatenrates stellten fest, daß die Meldung des Divisionskommandos der Wahrheit entsprach. In Salgótarján herrschte unter den Truppen die gefährlichste Anarchie.

Und was tun in diesem Falle der Soldatenrat und dessen Regierungskommissär, die Faktoren, denen die Aufrechterhaltung der Disziplin oblag? In ihrem Bericht sub No. 2124/1919 erklären diese, daß sie

> die Erklärung des Divisionskommandanten, unter den bestehenden Verhältnissen seine Ablösung verlangen zu wollen, für empörend halten. Es sei wohl möglich, daß die Soldaten des 10. Regimentes sich militärische Fehler zuschulden kommen ließen und Übergriffe erlaubten, allein sie halten es für ein viel größeres Übel, wenn der Divisionskommandant und dessen Stab derart öffentlich mit Verweigerung des Dienstes droht . . .[2]

Sie hätten der Disziplinlosigkeit der Soldaten entgegentreten sollen und forderten statt dessen die Maßregelung der Offiziere, indem sie sich an die erbitterte oder ungeschickte Äußerung des Kommandanten klammerten.

---

[1] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.
[2] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

Während sie überall Konterrevolution witterten, merkten sie nicht, daß die Anarchie der Mannschaft die Reaktion der Offiziere schürte. Sie forderten Energie den Offizieren gegenüber, die ich für die kleinste reaktionäre Stellungnahme ohne Umstände versetzen, pensionieren oder aus dem Verband der Armee entlassen ließ — soviel Mut aber hatten sie nicht, um der undisziplinierten Mannschaft, ihrem Berufe entsprechend, energisch entgegenzutreten.

Hier und da gab es allerdings auch lobenswerte Ausnahmen. Das 5000 Mann starke Székler Bataillon benahm sich, was die Disziplin betraf, mustergültig. Allerdings stand die revolutionäre Verläßlichkeit ihrer Offiziere nicht einwandfrei fest, gerade deshalb drohte aber die Disziplinlosigkeit der übrigen Truppen mit noch verhängnisvolleren Folgen, da im Falle eines konterrevolutionären Vorstoßes der Sieg der disziplinierten Székler keinem Zweifel unterliegen konnte.

Auch an hervorragenden individuellen Ausnahmen fehlte es nicht. Andreas Fellner, der edelgesinnte Vertrauensobmann des Arader 33. Infanterieregimentes, bot ein glänzendes Beispiel, indem er für die Idee der revolutionären Disziplin den Märtyrertod starb. Sein Bataillon wurde vom vorgesetzten Kommando an die Soborsiner Front bestimmt. Seine Kameraden verweigerten den Gehorsam und erklärten sich nur dann zum Aufbruch bereit, wenn sie zuvor vollkommen neu ausgerüstet würden. Fellner war bestrebt, ihnen die Unrichtigkeit ihres Standpunktes klarzumachen und sie zur Erfüllung ihrer Pflicht zu vermögen. Seine Worte machten auf die verhetzten Soldaten keinen Eindruck, wiewohl er sich darauf berief, daß er im Namen der ganzen Garnison das feierliche Versprechen ablegte, die Disziplin aufrechtzuerhalten. Als Sozialist halte er an seinem gegebenen Worte fest, und sollten die Soldaten sich auch weiterhin weigern, so werde er sich vor ihren Augen erschießen.

Aber auch diese von gewaltiger Seelenkraft und tiefem sittlichen Ernst zeugende Aufforderung blieb erfolglos, worauf Fellner sich vor den Soldaten des Bataillons erschoß.

Dieser charakterfeste Märtyrer der sozialistischen und revolutionären Disziplin vermochte die Ausschreitungen seiner Soldaten nicht zu ertragen, er starb für die Revolution. Die Regierung ehrte den jungen Helden, indem sie sich bei der Beisetzung durch den

Kriegsminister vertreten ließ und verfügte, das Gedächtnis des Märtyrers auf öffentliche Kosten zu verewigen.

All diese Vorfälle — die jedoch nur herausgegriffene Beispiele der maßlosen Anarchie sind — erhärteten meine Überzeugung, daß die aus Jugendlichen bestehende Armee zuerst aufzulösen und eine neue Wehrmacht zu errichten sei, wenn man die Revolution nicht in der Anarchie versinken lassen wolle.

Ende Januar entließen wir auch den dritten jüngsten Jahrgang aus dem Verbande der Armee. Auch diese Entlassung löste neuen Widerstand aus. Das Proletariat werde entwaffnet, die revolutionären Soldaten verjagt, die Organisierung der Weißen Garde vorbereitet: mit solchen Alarmnachrichten hetzten die Kommunisten die unerfahrenen Soldaten auf. Die wegen Gefährdung der Revolution entlassenen Soldaten versuchten den Zustand des Müßigganges und des guten Soldes unter revolutionären Vorwänden und in konterrevolutionären Aufständen bewaffnet zu verteidigen. In Szegedin, Nyiregyháza, Makó, Kecskemét, Kaposvár, in einigen Kasernen Budapests sowie in anderen Städten mußte die Entwaffnung der Jugendlichen mit Waffengewalt — stellenweise leider unter Blutvergießen — durchgesetzt werden. Uns graute vor jedem Blutvergießen, doch befanden wir uns in der äußersten Not und waren im Interesse des weiteren Schicksals der Revolution gezwungen, Gewalt anzuwenden.

Der immer zunehmenden Gefahr konnte sich auch Pogány nicht länger verschließen. In seiner Denkschrift vom 22. Januar drängt er „im Hinblick auf die jetzt zwar latente, aber in jedem Augenblick leicht wieder erregbare kommunistische Agitation und auf die konterrevolutionären Bewegungen“, am 5. März wieder „infolge der begründeten Befürchtung eines etwaigen kommunistischen Angriffes“ auf verschiedene Verfügungen.

Allerdings sind seine Vorschläge immer verfehlt. Sie liebäugeln mit dem Scheinradikalismus der Massen und fassen das Übel nicht an der Wurzel. Der scharfblickende Pogány sieht die Gefahren — er sträubt sich auch nicht gegen die Abrüstung der jungen Jahrgänge —, doch ist er um den falschen Glanz des Radikalismus, die angenehme Popularität besorgt und achtet sorgsam darauf, sich mit seinen undisziplinierten Soldaten in keinen Konflikt zu verwickeln.

Pogány, der gebildete Chronist der Revolutionsgeschichte, verkannte die Ziele, die Triebfedern, die sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Revolution. Er überschätzte die anarchistische Überschwenglichkeit und den Demagogiekultus junger, unerfahrener, jegliches revolutionäre Selbstbewußtsein entbehrender Soldaten.

Am 22. Februar, am Tage nach dem bewaffneten Angriff der Kommunisten, prägt er in einem Artikel das Schlagwort von der „rechten und linken Gegenrevolution", doch schrickt er noch am selben Tag vor den Folgen seiner treffenden Feststellung zurück und wendet sich unter 2977 Ktk. in einer schriftlichen Eingabe an den Kriegsminister, in der er, „mit Rücksicht auf die zugespitzte politische Lage", ersucht, „alle bewaffneten Kräfte — Staatspolizei, Schutzwache, Grenzpolizei usw. —, die bis jetzt außerhalb des Wirkungskreises des Soldatenrates standen, dem Wirkungskreis und der Disposition des Vertrauensmännersystems unterstellen zu wollen". Die Kommunisten greifen die „Népszava" mit Waffengewalt an, die Polizei und die Schutzleute verlieren im Interesse der sozialistischen „Népszava" manche Tote und zahlreiche Verwundete — und Pogány zieht aus all diesen Umständen nicht die Folgerung, daß man jede Kraft gegen die kommunistischen Angreifer aufbieten müsse, er ist vielmehr bestrebt, die Polizei und die Schutzwache zu maßregeln.

Die Anarchie der neuen Armee, die Auflösung der revolutionären Ordnung stellten eine Reihe revolutionsfeindlicher Handlungen dar, die das Feuer der Konterrevolution schüren mußten. Was manche als eine bewußte Verschiebung der Revolution nach links betrachteten, war lediglich eine Beschleunigung des Sieges der Konterrevolution. Die sogenannte Elitegarde des Afterradikalismus diente, ob bewußt oder unbewußt, nicht der Revolution, sondern der Konterrevolution. Die rechte Gegenrevolution konnte sich nur von den Erfolgen der linken nähren. Darin lag das Verbrechen Pogánys: Er wußte, sah und besprach diese Tatsache, wagte aber nicht, der armeezerstörenden Wühlarbeit der linken Konterrevolution mit derselben Energie entgegenzutreten, die sein Vorgehen gegen die übrige kommunistische Agitation und die Offiziersreaktion zweifellos kennzeichnete.

* *
*

Die Arbeiten der Organisierung der Wehrmacht waren in zwei Wochen bereits so weit fortgeschritten, daß es mir Anfang Februar möglich war, dem Ministerrat eine fertige Gesetzvorlage zu unterbreiten.

Bezeichnend für die Wirren jener Tage ist, daß der Ministerrat zur Lösung der brennendsten Frage des Landes, des Gesetzes über die Wehrmacht, acht Tage lang keine Zeit hatte. Die ganze Nächte hindurch verhandelnde Regierung wurde stets von anderen unaufschiebbaren Angelegenheiten in Anspruch genommen, bis wir endlich auch das erwähnte Gesetz verabschieden konnten. Demzufolge war

> die Mannschaft der Armee auf Grund freiwilliger Meldungen und Werbungen einzureihen. Als Soldaten der neuen Wehrmacht kommen in erster Linie diejenigen bereits einberufenen Soldaten in Betracht, die in ihrem bürgerlichen Beruf industrielle Arbeiter sind, und die von der Korporation der Vertrauensmänner für geeignet befunden werden, vermöge ihrer republikanischen Gesinnung und ihrer Disziplin nützliche Mitglieder der neuen Wehrmacht zu werden. Außerdem wird der Bedarf durch Werbung gedeckt. Es werden nur solche militärisch ausgebildete und im Weltkrieg frontdiensttauglich gewesene Soldaten aufgenommen, die 24 oder mehr Jahre alt sind und sich der militärischen Disziplin sowie der Institution der Schwurgerichte durch ein Gelübde unterwerfen und ihre sittliche Verläßlichkeit und Unbescholtenheit mit dem schriftlichen Zeugnis einer administrativen Behörde bzw. einer sozialen, wirtschaftlichen oder Arbeiterorganisation nachweisen können.

Auf Grund dieser Verfügung waren wir bestrebt, die Armee aus Männern über 24 Jahren zusammenzustellen, in erster Linie aus denjenigen, die von einer Arbeiterorganisation empfohlen wurden. Es war vorauszusehen, daß die einer Hochkonjunktur entgegensehende Bauernschaft sich nicht zum Militärdienst melden werde. Die bürgerlichen Elemente des Ministerrates widersetzten sich diesem Teil des Gesetzes anfangs und nahmen ihn später nur beklommenen Herzens an. Es gab eben keinen anderen Ausweg, der Anarchie einen Riegel vorzuschieben, die Konterrevolutionen von

rechts und links abzuwehren; die einzige Rettung war die aus selbstbewußten industriellen Arbeitern gebildete Armee.

Das Gesetz wurde von der rechten und linken Konterrevolution erklärlicherweise mit der größten Antipathie empfangen. Die Bolschewiken bezichtigten uns der Bildung einer Weißen, die Reaktion mit der einer Partei-, ja im geheimen einer bolschewistischen Armee. Die heftigen Angriffe beider Seiten erhärteten unsere Überzeugung, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden. Diese Armee war es, der die Revolution bedurfte, die sowohl der linken wie der rechten Konterrevolution Furcht einjagte, die daher die Revolution gegen alle Angriffe verteidigen konnte.

Wir waren eifrig bestrebt, der neuen Wehrmacht in möglichst raschem Tempo auf die Beine zu helfen. Ohne die Annahme des Gesetzes seitens der Regierung abzuwarten, schickten wir bereits auserwählte, verläßliche Werbungsoffiziere und Vertrauensleute ins Land hinaus. Ich berief die Gewerkschaftspräsidenten und Sekretäre, die Einfluß auf die organisierte Arbeiterschaft hatten, zu einer Beratung ein. Ich wies auf die Bedeutung der neuen Wehrmacht hin und bat die Anwesenden, mich wirksam zu unterstützen, die Werbung zu fördern und die verläßlichen organisierten Arbeiter zum Eintritt in die Armee für die Dauer von sechs Monaten aufzufordern, damit wir wenigstens bis zum Abschluß des Friedensvertrages über eine Wehrmacht verfügen, die jeden Angriff gegen die Revolution, einen inneren sowohl wie einen äußeren, zurückschlagen könne.

Das Parteisekretariat wurde von der Parteileitung mit einer ähnlichen Aktion betraut. Das Sekretariat versandte hierauf Rundschreiben an alle sozialdemokratischen Parteiorganisationen des Landes, und mit dieser Tat bureaukratischer Ohnmacht war für das Sekretariat die Sache erledigt.

Auf dem Parteitag vom 9. Februar legte ich den 300 Delegierten aus der Provinz, die sich aus mehr als 200 Provinzgemeinden eingefunden hatten, die Angelegenheit der Werbung in einer besonderen Beratung nahe. Als wir erfuhren, daß die überaus große Wichtigkeit der Armeeorganisierung von unseren Provinzorganen trotz alledem nicht genügend eingeschätzt werde, entsendeten wir mehr als 50, gut instruierte Beauftragte in die einzelnen Gewerk-

schaften und Provinzstädte, um die Werbung der Arbeitersoldaten zu fördern.

Leider stellte sich jede Bemühung als fruchtlos heraus. Die ältere, ernste, selbstbewußte industrielle Arbeiterschaft hatte das militärische Elend des vierundeinhalbjährigen Krieges satt. Aufforderung, Werbung, Agitation blieben vollständig erfolglos, die Arbeiter waren nicht dazu zu bewegen, sich abermals dem Soldatenberuf zu widmen. Zu unserem Leidwesen lieferte diese Tatsache gleichzeitig auch den Beweis dafür, daß der größte Teil der Arbeiterschaft sich nicht bewußt war, daß das weitere Schicksal der Revolution von ihrer diesbezüglichen Stellungnahme abhing.

Nach einer sechswöchigen Werbung meldeten sich im ganzen Lande kaum mehr als 5000 Soldaten — wogegen wir eine Armee von 70 000 Mann benötigten. Dieser Mißerfolg rückte die Zukunft der Revolution in grelles Licht. Ohne militärischen Schutz war ihr Sturz unvermeidlich.

Selbst die fabelhafte Arbeitslust meines treuen Mitarbeiters Stromfeld wurde von den wiederholten, für ihn überraschend erfolglosen Experimenten gebrochen. Zu seiner Verstimmung trug auch die desorganisierende Tätigkeit des Soldatenrates bei, die jede organisierende und schöpferische Arbeit hintertrieb. Der Tag und Nacht mit staunenswerter Aufopferung und Selbstlosigkeit arbeitende Stromfeld und sein Mitarbeiter Oberst Urváry teilten mir ihre Demission in folgendem Briefe mit:

Herr Kriegsminister!

Mehr als fünf Wochen sind vergangen, seitdem wir, dem Befehl des Herrn Kriegsministers Folge leistend, die uns zugewiesenen Posten angetreten haben.

In diesen fünf Wochen wurde keine produktive Arbeit geleistet.

Die gegenwärtig bestehende sogenannte Armee löste sich in diesen Wochen noch mehr auf, als dies vor fünf Wochen der Fall war.

Ein beträchtlicher Teil der Streitkräfte in der Provinz wurde aufgelöst, die Mannschaft bis auf wenige Ausnahmen beurlaubt.

In einigen Truppenkorps der Budapester Garnison herrscht äußerlich in einem gewissen Ausmaß Disziplin, doch ist das Recht

der Befehlserteilung den Händen der Kommandanten entglitten und wird von den Vertrauensmännern ausgeübt. Diese aber werden weder vom Ministerium noch von anderen Kommandos, vielmehr vom Budapester Soldatenrat geleitet, der allmählich den Charakter eines Landessoldatenrates annimmt.

Infolgedessen haben die verantwortlichen Faktoren gegenwärtig nur die Verantwortung zu tragen, während die Macht selbst von einer unverantwortlichen Körperschaft ausgeübt wird.

Wir sind überzeugt, daß dieser Zustand der Sache zum Nachteil gereicht und die endgültige Auflösung der bestehenden Macht und Ordnung herbeiführen wird, insoferne die Wirkungskreise der verantwortlichen und unverantwortlichen Faktoren binnen kurzem nicht vollständig geregelt werden sollten.

Da hierauf allem Anscheine nach keine Aussicht besteht, wir aber unter solchen Umständen keine Verantwortung übernehmen können, ersuchen wir Sie, Herr Kriegsminister, uns der bis jetzt bekleideten Posten entheben zu wollen.

Die Gelegenheit wahrnehmend, drücken wir Ihnen unseren Dank für das bisherige Vertrauen aus.

Budapest, am 25. Februar 1919.

Oberst Urváry m. p. Oberst Stromfeld m. p.[3]

Unter den gegebenen Verhältnissen war die Demission von Stromfeld eine schwere Katastrophe. Wir luden daher zur außerordentlichen Sitzung der Parteileitung am 26. Februar auch Pogány, Urváry und Stromfeld ein. Stromfeld legte seine Besorgnisse dar und erklärte unverblümt, daß, wenn es uns nicht gelingen sollte, die neue Armee aus organisierten Arbeitern zu bilden und der Soldatenrat seine Tätigkeit in der bisherigen Richtung fortsetzen sollte, die Auflösung der Armee und der Revolution unvermeidlich sei. Dem erschütternden Referate Stromfelds konnte ich nur hinzufügen, daß nunmehr auch von unserem verläßlichsten militärischen Fachmann bestätigt werde, was ich seit mehr als zwei Mona-

[3] Archiv des ungarischen Kriegsministeriums.

ten in der Parteileitung wiederholt zur Sprache brachte. Ohne den Parteiapparat könne die Reform der Wehrmacht nicht durchgeführt werden. Die Parteiorgane handhaben die Werbungsfrage mit einer frevelhaften Indolenz. Selbst Pogány konnte sich der erschreckenden Wirkung dieser Ausführungen nicht verschließen, und sein ganzes Benehmen bewies, daß er selbst wohl wußte, wie sehr er über das Ziel geschossen hatte. Nun läßt er die Zügel bereits fallen, und sein Soldatenrat wird mit ihm selbst vom Strome hinweggerissen.

Auch die Parteileitung konnte keine andere Lösung ausfindig machen: es mußte die Organisierung der neuen Armee mit allen vorhandenen Mitteln in Angriff genommen und Stromfeld unbedingt behalten werden. Die Lage war abermals so zugespitzt, daß wir den tiefgreifenden und radikalen Regimewechsel nicht riskieren durften. Ohne eine verläßliche Brachialgewalt war der Ausgang eines derartigen Experimentes immerhin zweifelhaft.

Von den führenden Staatsmännern war Michael Károlyi der einzige, der sich mit den Fragen der Armee besorgt und mit sittlichem Ernst befaßte. Oft ließ er mich, von nervenanspannenden Verhandlungen ermüdet, in den späten Nachtstunden zu sich kommen, um die zur Reorganisierung der Armee benötigten Schritte mit mir zu beraten. Pogány gegenüber war er mißtrauisch. Gelegentlich richtete er die freimütige Frage an mich, ob denn Pogány kein geheimer Verbündeter der Bolschewiken sei. Das mutete ich Pogány allerdings nicht zu. Ihm waren Kun und Genossen und er den letztgenannten viel tiefer verhaßt, als daß ein derartiges Verhältnis hätte bestehen können. Auch Károlyi hätte Pogány gern von der Spitze des Soldatenrates entfernt, doch wollte auch er keinen offenen Konflikt heraufbeschwören. Er war meiner Ansicht, daß die selbstbewußten Soldaten der neu zu organisierenden Armee Pogány auf dem Wege normaler Wahlen stürzen würden.

Aber auch im Soldatenrat fing es an zu dämmern. Mitte März besuchten mich zuerst Paul Moór, später Kertész und Nikolaus Kiss, um mich über die Ereignisse im Soldatenrate ständig auf dem Laufenden zu halten. Sie machten mich aufmerksam, daß Pogány die Absicht habe, durch den Soldatenrat einen Keil in die Partei zu treiben und auf mein Ersuchen versprachen sie mir, mich über jede gegen die Partei gerichtete Aktion im voraus zu

informieren, damit die Regierung und die sozialdemokratische Partei keinen Überraschungen ausgesetzt seien. Allein es war bereits zu spät.

Die organisierten Arbeiter hatten die Hoffnungen der Partei nicht erfüllt, sie traten in die Armee nicht ein, man war nicht imstande, das erkrankte Organ aus dem Körper der Revolution zu entfernen und eine neue Armee zu schaffen. So schlugen die Wellen der Anarchie und der Kopflosigkeit immer höher.

Die Lage war bereits so zugespitzt, daß man befürchten mußte, die zwei einander feindlich gesinnten Gruppen der Armee würden zum Schlage gegen einander ausholen, und daß dem Lande das blutige Schauspiel eines Bürgerkrieges nur durch ein Wunder oder einen Zufall erspart bleiben könne.

XXV.

Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei.

Der Überbau der Revolution krachte in allen Fugen. Die schwachen Grundfesten werden von stürmischen Wellen hinweggespült. Die schwere Bürde der Aufrechterhaltung der Revolution lastet nur mehr auf einer einzigen scheinbar tragfähigen Säule, auf der sozialdemokratischen Partei. Doch auch die innere Struktur dieser Säule zeigt Sprünge. In der Partei selbst ergeben sich zur größten Gefahr für die Revolution tiefgreifende Gegensätze.

Den Gärungsstoff gibt das Problem des Bolschewismus ab. Die Erscheinungsform der Gegensätze ist der Kampf gegen die Koalition um die rein sozialdemokratische Regierungsmacht. Dem Wesen nach entspringt der Auflösungsprozeß den inneren Gegensätzen in den Fragen der Bodenreform, der Sozialisierung, der Wahlen in die Nationalversammlung, der Kampfmethode gegen die Bolschewisten und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

In diesem Stadium der Revolution verhallte der Mahnruf zur Einheit der Proletarierfront, indem der Klassenkampf sich im Widerstand von Bürgertum und Bauernschaft nach außen hin nicht zu offenbaren wagte. Die billigen Erfolge und Siege betäubten die Mehrheit der Partei, die politische Oberflächlichkeit, der revolutionäre Wagemut, und eine gefährliche Unterschätzung des Gegners und Überschätzung der eigenen Kraft nahmen zusehends überhand.

Auf diese Umstände ist jene geradezu wahnsinnige Zersplitterung der Kräfte zurückzuführen, die in ihrem Übermut selbst die Spaltung der Partei nicht scheute und letzten Endes zur Mörderin der sozialdemokratischen Partei und der Revolution wurde.

Die Gegensätze offenbarten sich weder im offenen Abfall von der Partei, noch in der Bildung neuer Fraktionen, noch in der Erörte-

rung der Gegensätze in den grundlegenden Fragen. Solche in den westlichen Arbeiterparteien eingebürgerte fruchtbringende Debatten waren der ungarischen sozialdemokratischen Partei auch in Friedenszeiten unbekannt. Die Gegensätze vor dem Kriege hatten ihren Ursprung meist in Konflikten persönlicher Natur. Die sachlichen Gegensätze blieben der Öffentlichkeit vorenthalten, da jede innere Uneinigkeit in Ermangelung der Parteiorganisationen die Einheit der Grundpfeiler der Partei, der Gewerkschaften, gefährdete. Die Zerstörung der Einheit der Gewerkschaften aber wäre mit dem Todesurteil der Arbeiterbewegung gleichbedeutend gewesen.

In den wenigen Monaten der Revolution konnte an dieser seit Jahrzehnten eingefleischten Gewohnheit nicht gerüttelt werden. Die durch die Revolution in den Vordergrund gedrängten Gegensätze gelangten zwar bis auf einen Fall nicht zum Ausbruch, machten sich aber in um so gefährlicherer Weise fühlbar. Nach außen blieb die Partei einheitlich, die Parteileitung blieb äußerlich dieselbe, allein die mit den Massen in Fühlung stehenden Parteiinstitutionen gelangten allmählich unter eine Leitung, die der offiziellen Partei gegenüber oppositionell war. Die Opposition stand unter der Führung der Parteiintellektuellen: Dr. Varga, Dr. Hamburger, Dr. Pogány und Dr. Landler. Die Männer der praktischen Parteiarbeit hielten sich von den Extremen fern. Hamburger, als neugebackener Parteisekretär, Pogány, als Vorstand des Soldatenrates, Landler, als Führer der Eisenbahnerorganisation, und Varga unter einem mir unbekannten Rechtstitel durften auch den Sitzungen der erweiterten Parteileitung beiwohnen.

Das Parteisekretariat, der Soldatenrat, teilweise sogar das Parteiblatt gelangen unter den entscheidenden Einfluß der Gruppe Hamburger—Pogány und so findet die offizielle Führung der Partei allmählich in luftleerem Raume statt. Zwei starke Strömungen bekämpften sich in der Partei. Berauscht von der Wirkung der revolutionären Phraseologie auf die Massen stand da der romantische unreife Blanquismus dem reifen Marxismus gegenüber. Der Marxismus trug der umformenden Wirkung des revolutionären Willens und der revolutionären Gewalt bis zu einer gewissen Grenze Rechnung, doch war bei seinen Handlungen immer die Entwicklungsstufe der sozialen Produktion maßgebend. Die vom Blanquismus beeinflußte Opposition entlehnte ihre Parolen dem Bol-

schewismus und erklärte die Gewalt für einen allmächtigen Faktor der sozialen Umwälzung. Die Massen glaubten, die sozialdemokratische Partei hätte die eroberte politische Macht nur anzuwenden, und die soziale Umformung der Gesellschaft stieße auf keine Hindernisse.

Eine scharfe Abgrenzung der Opposition und der offiziellen Partei ist in Ermangelung einer Organisationsgliederung kaum möglich. Die ungeschulten Massen scharten sich um die Propheten, die die Allmacht des Willens und der Gewalt verkünden, wogegen die sozialistisch geschulten Arbeiter, deren Zahl allerdings verschwindend klein ist, die Lehren des Marxismus befolgen.

In bedeutenden Fragen war auch dieses Lager nicht einheitlich. Der größte Teil der Arbeiter und der Führer nahm insbesondere in den Fragen der Sozialisierung, des Kampfes gegen die Konterrevolution und den Bolschewismus und der Übernahme der Macht durch eine rein sozialdemokratische Regierung, gegen die Negation der extremen Rechten und deren Passivität Stellung.

Merkwürdig ist der Standpunkt des ungarischen Blanquismus in der Frage des Kampfes gegen die Bolschewisten. Die offizielle Partei wollte ihnen mit den Waffen der Demokratie, die Linken, die Blanquisten — Pogány und Genossen —, ihrer Mentalität getreu, mit der Gewalt der Maschinengewehre begegnen. Der Noskeismus hatte seine Vertreter nicht im rechten, vielmehr im linksradikalen Flügel der Partei.

Die auffallendsten Gegensätze spitzten sich in der Frage der Durchführung der Bodenreform zu. Ungeachtet der offiziellen Stellungnahme der Regierung und der Partei nahm der Führer des Parteisekretariates — unter lebhafter Zustimmung der meisten Parteiführer und der Massen — für die gewaltsame Besetzung der Grundbesitze Stellung und führte diese auch stellenweise durch.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der in der Form von Bauerngenossenchaften aufrechterhaltene Großbesitz vom Standpunkte der intensiven Produktion und der fortgeschrittenen Bewirtschaftung sowie auch des sozialistischen Prinzips aus eine wünschenswertere Lösung darstellt als die Bodenverteilung. In der gegebenen Lage aber waren diese Erwägungen angesichts des größten sozialen Bedürfnisses der Revolution: den Bodenhunger der Bauernschaft zu stillen und sie der Revolution zu gewinnen, belanglos. Das prak-

tische soziale Problem der Revolution konnte nur durch die Bodenverteilung gelöst werden. Anderseits steht fest, daß die Bauernschaft die gewaltsamen Besetzungen allenthalben mit Begeisterung aufnahm. Nicht als ob die Feldarbeiter unter dem Einfluß der sozialistischen Ideen gestanden oder aber höhere Stufen der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen bestrebt gewesen wären, sondern weil durch die gewaltsame Expropriierung des unterdrükkenden Großgrundbesitzers ihr alter Wunsch in Erfüllung ging.

Der Großgrundbesitzer wurde entfernt, der Freudenrausch verrauchte, und die der Idee des Sozialismus und der sozialen Gemeinschaft fernstehende Bauernschaft besann sich darauf, daß sie, wenn auch unter besseren Arbeitsverhältnissen, im Grunde Lohnarbeiter geblieben sei, ihre Jahrhunderte alte Sehnsucht nach Boden wurde abermals nicht erfüllt. Die unbewußte Unzufriedenheit der unbefriedigten und enttäuschten Bauernschaft war naturgemäß gegen die Revolution gerichtet.

Zur unhaltbaren Lage trugen auch die zerrütteten finanziellen Verhältnisse der gewaltsam enteigneten Gutsbesitze bei. Mit dem expropriierten Kapitalisten verschwand auch die finanzielle Basis, die Genossenschaften konnten nur mit knapper Not und mit Hilfe des an Geldmangel leidenden Staates — gegen dessen Gesetze die Enteignung verstieß — fortwursteln.

Die bürgerlichen Parteien der Regierung verwahrten sich gegen die anarchistischen Besitzenteignungen. Die sozialistischen Minister vertraten mit Rücksicht auf das Interesse der Revolution, auf die Lösung des sozialen Problems der Revolution, die Befriedigung des Bodenhungers der Bauernschaft und zuletzt, um die Bauern in eine Interessengemeinschaft mit der Revolution zu setzen, energisch den Standpunkt der Partei und der Regierung, mithin nahmen sie gegen die gewaltsame Besetzung Stellung.

So die sozialistischen Minister. Hingegen stellt sich der organisatorische Führer der Partei, Parteisekretär Eugen Hamburger, an die Spitze der Strömung für die Besitzeroberungen, und das offizielle Organ der Partei führt geradezu einen Feldzug gegen die Bodenverteilung, wie sie im Programm der Regierung und der Partei ausgesprochen wird, und unter der Aufschrift: „Die echte Revolution des ungarischen Brachfeldes" jubelt es der „rein sozialistischen Lösung" der Bodenfrage zu.

Der Glaube an die Aufrichtigkeit der sozialistischen Minister wurde durch solche Erscheinungen kaum gestärkt.

In einer improvisierten Sitzung der Parteileitung traten wir dem Sekretariat, das den Ministern, den Verpflichtungen und den Standpunkt der Partei zuwiderhandle, energisch entgegen, doch fanden wir auch hier nicht das gebührende Verständnis.

Bei reiflicher Überlegung konnte auch nichts anderes erwartet werden — wurde doch die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei durch das an volkstümlichen Extremen orientierte, feige Bürgertum auch diesmal sabotiert.

So nimmt die Partei zum Beispiel gegen die eigenmächtige Besitzergreifung im Komitate Somogy Stellung, und am selben Tage trifft der Landwirtschaftsminister Stephan Szabó — ein mit überaus feiner Witterung begabter Bauer — eine Vereinbarung mit Hamburger:

> 1. Herr Minister Stephan Szabó erklärt: daß die Bildung der sozialistischen Produktionsgenossenschaften im Komitat Somogy, die von einigen bürgerlichen Zeitungen böswillig als Besitzraub gebrandmarkt wurde, vollkommen innerhalb des Rahmens des Gesetzes, mit Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen, auf behördlichem Wege *als einzig zweckdienliche Maßnahme im Interesse der Kontinuität der Produktion durchgeführt wurde; daß er diese Maßnahme billige und als Landwirtschaftsminister hiermit bestätige.*
>
> 2. *Der Herr Minister wird Sorge dafür tragen,* daß diese Produktionsgenossenschaften im Wege des Ministerrates *mit entsprechendem Betriebskapital versorgt werden.*
>
> 3. Der Herr Minister erachtet es für wünschenswert, daß die sozialdemokratische Partei — deren Auffassung über die Produktionsgenossenschaften sich mit der des Herrn Ministers deckt — einen offiziellen Beauftragten für das volkswirtschaftliche Ministerium delegiere, der in der Bildung von Produktionsgenossenschaften den besprochenen und festgelegten Prinzipien entsprechend, über vollen Wirkungskreis verfügen soll[1].

[1] „Népszava“ vom 11. März 1919.

Der offizielle Parteistandpunkt wurde hiermit verworfen; zur größten Gefahr der Revolution folgten dem Komitat Somogy die Bodroggegend, das Pester Komitat und andere Gebiete, wo sich die anarchistischen Vorgänge von Tag zu Tag wiederholten.

* * *

Die Kopflosigkeit in der Frage der Sozialisierung und die schüchterne Zurückhaltung der Rechten kam ebenfalls den Linksradikalen zugute. Am dritten Tag der Revolution hatte die Regierung bereits „sozialisiert". Der Ministerrat übernimmt die in Privatbetrieb befindlichen zwei Budapester Straßenbahnunternehmungen für den Staat und überläßt sie der Hauptstadt zur Bewirtschaftung mit der Bemerkung, daß der Regierungsbeschluß „die privatrechtlichen Verhältnisse nicht berühre". Die Stelle der kapitalistischen Generaldirektoren wird mit zwei Arbeitervertretern besetzt — sonst bleibt alles beim alten. Nur der Verkehr wird nicht besser, der Tarif verteuert sich in jedem zweiten Monat, die Arbeiter sind mit dem neuen Regime unzufrieden, der Staat zahlt auf die unplanmäßig ohne Fachkenntnisse durchgeführte Vergesellschaftlichung drauf. Diese Karikatur der Sozialisierung wurde von der politisch reifen Arbeiterschaft aufs schärfste verurteilt, in dieser Frage erklärte der Metallarbeiter Bajáki im Arbeiterrate, daß „wir zwar für die Sozialisierungen sind, diese Kommunisierung jedoch nicht zu begreifen vermögen".

Diesem albernen — auf bloßen Direktionswechsel hinauslaufenden — offiziellen Sozialisierungsbeispiel ahmte ein Teil der neuen Massen natürlich in reißendem Tempo nach.

Ein Fehlgriff, der nicht der Idee der Sozialisierung, sondern nur der ungeschickten Durchführung zuzuschreiben ist. Zur ernsten Sozialisierung wurden nicht einmal Versuche angestellt.

Die sozialdemokratische Partei fordert zwar bereits in ihrer am 8. Oktober 1918 erlassenen Proklamation

> die Bildung einer Regierung, die die Sozialisierung aller derjenigen Betriebe durchführe, die der individuellen Leitung entwachsen sind.

Im Namen der Parteileitung legt Weltner dem am 9. Februar tagenden Parteikongreß einen Resolutionsantrag vor, worin

von der Parteileitung und den in der Regierung anwesenden Genossen gefordert wird, daß sie alles daransetzen, um die Sozialisierung der großen Verkehrsmittel, der Bergwerke, der Eisen- und Erzproduktion, der Lichtstrom- und Wasserversorgung sowie der Betriebe zur Erzeugung von Verkehrsmitteln ehestens durchführen zu können.

Am 24. Februar dringt der Arbeiterrat auf die Entsendung einer Sozialisierungskommission. All diese Anträge wurden von der Parteileitung, dem Parteikongreß und dem Arbeiterrat einstimmig genehmigt, doch wurde ihre Durchführung nicht einmal in Angriff genommen.

Es war keine Naivität, keine überspannte Forderung, kein Bolschewismus oder Afterradikalismus, wenn Arbeiter und Führer in gleichem Maße die Forderung stellten, daß die Regierung, in der die sozialdemokratische Partei über Macht und Einfluß verfügte, zumindest einen Versuch zur Verwirklichung eines Programms anstelle, für welches sich dieselbe Partei vor wenigen Wochen als für das aktuelle Programm feierlichst verpflichtet hatte.

Der zur Verwirklichung berufene Minister Garami setzte sich jedoch diesen Bestrebungen energisch entgegen. Garami hatte die Überzeugung, daß die Sozialisierung der Betriebe unter den gegebenen wirtschaftlichen und außenpolitischen Verhältnissen undurchführbar sei. Garami verdankt diesen Standpunkt sicherlich seinen gründlichen volkswirtschaftlichen Kenntnissen.

Die meisten von uns konnten sich jedoch der Erkenntnis nicht verschließen, daß es ungenügend sei, wenn Garami sich der Unmöglichkeit grundlegender Sozialisierungen bewußt sei, es müsse vielmehr von dem erst kürzlich erlassenen Programm zumindest soviel verwirklicht werden, als unter den gegebenen Verhältnissen möglich sei. Ein gangbarer Weg hierzu wäre die Errichtung eines Sozialisierungsministeriums gewesen. Dieses Organ hätte die Möglichkeiten der Sozialisierung vor der Öffentlichkeit erörtert und beleuchtet, Anträge ausgearbeitet, die Sozialisierung einzelner der individuellen Leitung entwachsener Betriebe oder deren Umgestaltung in gemeinwirtschaftliche Anstalten versucht, wie dies in anderen Ländern der Fall war. Die Debatten, Vorschläge und Versuche hätten ihre Wirkung auf die Massen und die Führer nicht verfehlt. Mir ist zum Beispiel auch heute noch unerklärlich, warum

das, was im österreichischen Arsenal gelang, in der aus öffentlichen Mitteln zum Riesenbetrieb entwickelten Fabrik Manfred Weiß und den großen Bergwerken Ungarns nicht hätte gelingen sollen?

Die Partei mäßigte also nicht nur die überspannten Forderungen der Massen, sondern auch ihre Wünsche hinsichtlich des eigenen Programms, ohne daß der Kapitalismus sichtbaren Widerstand geleistet hätte. Da aber die Massen an der durch die Partei suggerierten „fixen Idee" hartnäckig festhielten, wurde geplant, die Vertreter der Arbeiterschaft von der Regierung zurückzuziehen, was in der damaligen Lage nichts weniger bedeutet hätte als den Verzicht der Arbeiterschaft auf die durch sie erkämpfte Macht.

> „Keine Klasse verzichtet freiwillig auf die Macht, die sie erringt, welches immer die Umstände sein mögen, die sie ans Ruder bringt. Es wäre töricht, vom russischen oder ungarischen Proletariat einen derartigen Verzicht wegen der Rückständigkeit ihrer Länder zu fordern. Aber eine in wahrhaft marxistischem Geiste geführte sozialistische Partei würde die jeweiligen Aufgaben, die sie dem siegreichen Proletariat stellt, den materiellen und psychischen Bedingungen anpassen, die sie vorfindet, würde nicht ohne weiteres die sofortige Vollsozialisierung in einem Lande unentwickelter kapitalistischer Produktion wie Rußland beschließen." (Kautsky: Terrorismus und Kommunismus, S. 106.)

Die sozialdemokratische Partei stellte in gut marxistischem Sinne nur Forderungen, die durch die bestehenden materiellen und physischen Bedingungen bestimmt wurden: sie forderte die Sozialisierung nur für die hierzu reifen Betriebe. Welche Betriebe aber reif waren, diese Frage hatten wir keiner Prüfung unterzogen.

Die Verschleppungstaktik in der Sozialisierung trug zur Radikalisierung der Massen erheblich bei, löste eigenmächtige Handlungen aus, lenkte die Sympathien von der Partei ab und erschütterte den Glauben an die Idee.

Als die Wellen bereits über dem Haupt der Regierung zusammenzuschlagen drohten, die Unzufriedenheit und die Gärung der Massen den Höhepunkt erreicht hatten, beschloß der Ministerrat am 17. März als Entlastungsversuch die dringende Errichtung eines Sozialisierungsministeriums, dem die Bewirtschaftung der staatlichen Be-

triebe sowie die Vorbereitung und Durchführung der Sozialisierung aller hierzu reifen Betriebe obgelegen wäre.

Leider kam die fromme Absicht auch diesmal verspätet.

Drei Tage nach dieser Beschlußfassung platzte die Bombe der revolutionsmörderischen Note Vyx', und der Bolschewismus brach aus.

*   *
*

Die Abhaltung der Wahlen in die Nationalversammlung wurde von allem Anfang an von der sozialdemokratischen Partei auf das energischste urgiert. Das Proletariat, das seit Jahrzehnten einen opferreichen Kampf um das Wahlrecht führte, wünschte sehnlichst den Augenblick herbei, in dem es als politischer Faktor seinen Einzug ins Parlament halten könne.

Allein die wiederholte Verschiebung des Wahltermins schwächte diese Sehnsucht ab. Im Besitz der Macht fürchteten sich die großen Massen vor dem ungewissen Resultat der Wahlen. Nach dem dritten Monat war man nur mehr sehr wenig für die Nationalversammlung begeistert, und im Monat März wurden die ehebaldigst durchzuführenden Wahlen in die Nationalversammlung nur mehr vom Stamme der sozialdemokratischen Partei, der geschulten Arbeiterschaft, gefordert. Die Elitegarde, der Arbeiterrat, nahm trotz allen Anstrengungen der aus einigen Intellektuellen bestehenden Opposition auf Grund des Referates Kunfis für die Abhaltung der Wahlen Stellung. In der erweiterten Parteileitung setzten sich nur Pogány und Varga für die Verschiebung der Wahlen ein, um die Machtorgane der Partei erstarken zu lassen. Selbst der linksradikale Landler nahm für die Vornahme der Wahlen Stellung.

Im letzten Augenblick, im Monat März, wurde endlich die Abhaltung der Wahlen verfügt. In der Wahlkampagne war es bereits ein offenes Geheimnis, daß zwischen den durch Verschulden der herrschenden Klassen demokratisch ungeschulten Massen und der Parteileitung eine unüberbrückbare Kluft klaffe.

Die Versammlungen des Bürgertums werden gesprengt. Die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts werden in den Versammlungen insultiert, und häufig wurde es erst nach Intervention der sozialdemokratischen Parteizentrale möglich, die Versammlungen der sich für die Revolution tadellos betätigenden bürgerlichen Minister und Parteien abzuhalten.

Die trotzige Ungeduld der Massen bedeutete eine große Gefahr für den friedlichen Verlauf der Wahlen. Die eingeschüchterten bürgerlichen Parteien wollen sich von der Regierung zurückziehen, drohen mit Passivität und bieten die ganze Macht der sozialdemokratischen Partei an. Stephan Szabó von Nagyatád, ein typischer Vertreter bürgerlicher Feigheit, stellte sogar im Ministerrat einen diesbezüglichen Antrag.

Károlyi, der über die Kleinlichkeiten der Tagespolitik erhaben war und allen Leidenschaften und Gefahren gegenüber die höchsten Interessen der Revolution vertrat, suchte einen Ausweg aus dieser schwierigen Lage. Mitte März rief er die Führer der sozialdemokratischen Partei und der revolutionären bürgerlichen Parteien zu einer Konferenz zusammen. Er war um die Schaffung einer interparteilichen Vereinbarung bemüht, die die Ungestörtheit der Wahlen sichern sollte. Er schlug vor, daß die bürgerlichen Parteien mehr als 50 Prozent der Mandate den Sozialdemokraten zusichern, wogegen die sozialdemokratische Partei den ungestörten Verlauf der Wahlen gewährleisten sollte.

In der Konferenz wurde im Zusammenhang mit den Wahlen auch eine andere Frage aufgerollt. Die radikale Partei erblickte ein Gravamen darin, daß die Mitglieder der radikalen Partei in die Beamtengewerkschaft gezwungen werden. Das Junktim zwischen den Wahlen und der Gewerkschaftsfrage war kein glücklicher Einfall. In der Gewerkschaftsfrage war der Standpunkt der sozialdemokratischen Parteiführer einheitlich ablehnend: die Gewerkschaften seien bestrebt, die ihrer Interessengemeinschaft angehörenden Fixangestellten und Beamten der wirtschaftlichen Organisation zuzuziehen, demgegenüber sei die Freiheit der Wähler und die Reinheit der Wahlen durch die geheime Abstimmung in jeder Beziehung gewährleistet.

In der Frage des Wahlterrors wurde der Standpunkt des Parteivorstandes von Garami dargelegt: die sozialdemokratische Partei trat für die Freiheit der reinen und terrorfreien Wahlen ein und lehnte jenen abenteuerlichen Plan energisch ab, der für den Fall einer sozialdemokratischen Minorität die Nationalversammlung zu sprengen bereit war. Die Stellungnahme Pogánys und anderer war jedoch nicht geeignet, die bürgerlichen Parteien zu beruhigen. Die verhüllten Drohungen Pogánys waren um so überflüssiger und

zweckloser, als die organisierte sozialdemokratische Partei unter den bestehenden Verhältnissen der unorganisierten Bürgerschaft gegenüber die Parlamentsmehrheit jedenfalls erworben hätte, was übrigens auch die Vorschläge Károlyis bezweckten.

Das Ergebnis der vollkommen fehlgeschlagenen Konferenz war eine Resolution der radikalen Partei, die erklärte, an den Wahlen nicht teilnehmen zu wollen, um die Bildung einer sozialdemokratischen Mehrheit nicht zu erschweren. Finanzminister Paul Szende — einer der hervorragendsten Männer der Revolution, der seiner Gesinnung nach der sozialdemokratischen Partei nahestand — war es, von dem die Initiative dieser Resolution ausging, deren uneingestandener Zweck war, den Kampf mit dem Massenterror zu vermeiden und den infolge der Wahlen drohenden Bürgerkrieg zu verhüten.

Die Radikalisierung der Massen wurde von den Bolschewiken geschickt ausgenützt. Ihre Bestrebung: zu zerstören und einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben, war auch von Erfolg gekrönt. Sie zählen nunmehr auch in den Fabriken ernste Anhänger. Es gelingt ihnen, die sozialdemokratische Partei und die Minister unpopulär zu machen. Bei ihrer erfolgreichen Offensive rechnen sie auf die instinktive Sympathie der Massen für die politischen Gefangenen und stimmen die Arbeiterschaft auch damit gegen die sozialdemokratische Partei.

Im Monat März erschien im Kriegsministerium ein Mitglied des Csepeler Arbeiterrates, namens Aladár Schwarz, mit anderen als Sozialdemokraten bekannten Funktionären, die mich im Auftrag der Arbeiter der Csepeler Werke zur Rede stellten: ob es wahr sei, daß die Regierung die verhafteten Kommunisten auf freien Fuß stellen wolle, was nur durch mich, den sozialdemokratischen Kriegsminister, verhindert werde. Dieses Gerücht wurde natürlich in sämtlichen Fabriken verbreitet.

Nach dem Sturz der Revolution stellte es sich heraus, daß die Mehrheit der Csepeler Vertrauensmänner und Arbeiter keinen Auftrag zur Intervention erteilt hatte, bezeichnend aber ist es, mit welchen Waffen gegen die sozialdemokratische Partei gekämpft wurde, und noch bezeichnender, daß Arbeiter, die sich Sozialdemokraten nannten, sich zu derartigen Zwecken mißbrauchen ließen.

Unter der Wirkung der heranziehenden Gefahr neigte der rechte Flügel zur Passivität, was die Linken zu noch gewalttätigerem Vorgehen ermutigte. Garami machte weder in der Partei noch in der Regierung ein Hehl aus seiner Absicht, zu demissionieren, die nervenaufreibende, mit administrativer Kleinarbeit überlastete Leitung des Handelsministeriums loszuwerden und versuchte, wiederholt sogar, die Partei zum Rückzug aus der Regierung zu veranlassen. Wir mußten eine ganze Reihe von Garamikrisen durchkämpfen. Die Krisen rieben die innere Kraft der Partei auf und fachten anderseits das Kriegsfeuer des linken Flügels an. Es war ein Fehltritt, diese Krisen heraufzubeschwören, eine nicht kleinere Schuld war es aber, den über große politische Erfahrungen verfügenden Garami der politischen Führung der Partei zu entziehen und in die administrative Zwangsjacke des Handelsministeriums zu zwingen.

Die Minister der Partei ließen es auch an einem Versuch zur Lösung dieser Frage nicht fehlen. Garami und Kunfi schlugen im Ministerrat vor, die Regierung möge sich damit einverstanden erklären, daß Garami, Kunfi, Peidl und ich durch andere sozialdemokratische Minister abgelöst werden. Garami sollte die Schriftleitung der „Népszava" übernehmen, Peidl hätte sich an die Spitze seiner Gewerkschaft gestellt, Kunfi den Kampf gegen den Bolschewismus geleitet, und ich hätte die Agenden des Parteisekretariates übernommen. Damit wäre der Partei ein Teil ihrer führenden Kräfte zurückgegeben, die sich ausschließlich mit Parteiarbeit beschäftigt hätten, um die disziplinierte und dem Parteiwillen entsprechende Führung der Massen zu sichern.

Zum Unglück blieb die Regierung nach wie vor mutlos und verwarf diesen Plan, der sicherlich hätte beherzigt werden sollen.

Nach dem Sturz der Oktoberrevolution erfuhr ich von den Mitgliedern des Soldatenrates, mit welch grotesken Mitteln Pogány die Spaltung der Partei heraufbeschwören und die unabhängige Sozialistenpartei begründen wollte. Nicht durch Klärung von Ideen, Gedanken, prinzipiellen Auffassungen und Gegensätzen, nicht durch Schaffung einer Mehrheit auf der Grundlage der Proletarierdemokratie oder durch Gedankenaustausch wollte er sich Anhängerschaft werben. Er wählte die viel einfachere und leichtere Texasmethode zur Parteibildung.

Er unterbreitete dem Vollzugsausschuß des Soldatenrates einen Antrag, demzufolge die bewaffnete Macht den Abfall von der sozialdemokratischen Partei und die Bildung der unabhängigen Sozialistenpartei zu proklamieren hätte. Natürlich schlossen sich die kommunistischen Mitglieder des Soldatenrates, Hauptmann Steinbrück und Szabó von Sáró, dem Pogányschen Antrag hocherfreut an. Das zur offenen Spaltung der Partei führende Attentat, das in der Geschichte der Arbeiterbewegung unzweifelhaft beispiellos dagestanden wäre, als Versuch, die prinzipiellen Gegensätze innerhalb einer Proletarierpartei mit bewaffneter Macht zu entscheiden, wurde jedoch durch das energische Auftreten des sozialdemokratischen Offiziers Paul Moór und einiger seiner Anhänger vereitelt.

Die äußerlich einheitliche sozialdemokratische Partei schleppte die Bürde der Revolution bereits seit Anfang März mit aufgelösten Reihen fort, und es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß ein stärkeres Gewitter die Partei und mit ihr die ganze Revolution hinwegfegen müsse.

XXVI.

Das gärende Ungarn.

Man erhält ein falsches Bild, wenn man die Begebenheiten der Revolution bloß vom Standpunkt der mehr oder weniger bedeutungsvollen Handlungen, Beschlüsse, Kundgebungen und Privatäußerungen der Regierungen, Ministerräte, führenden Parteien oder Organisationen aus betrachtet. Man gewinnt einen klareren Eindruck, wenn man die im Hintergrund sich bewegenden lebendigen Kräfte des Klassenkampfes mit in Betracht zieht. Diese lebendigen Massenkräfte sind wirksamer als die Ziele, die sich die Führer gesteckt haben, und diese sind es, die die Revolution gleich einem Schiffe im Sturm — oft gegen den Willen der Piloten — nach unbekannten Küsten entführen.

Den Irrweg des sturmgepeitschten Schiffes der ungarischen Revolution wollen wir in nachstehender Chronik der Massenereignisse schildern.

Ich trage nur den wichtigeren Vorfällen Rechnung. Die Anarchie der ersten Tage und die Revolten in einer Unmasse von Dörfern werden kaum berührt. Doch sind auch diese lehrreich.

In den Tagen nach dem Ausbruch der Revolution steigen die Wellen turmhoch empor. In Budapest und der Provinz greift die entfesselte Menge die Bahnhöfe und die Militärdepots an, die Massenleidenschaft vertreibt die Dorfnotare, und manche unter ihnen werden ermordet.

In einigen Wochen wird die Ordnung der Revolution hergestellt. Nur hie und da kommt es noch zu Ausschreitungen.

Am 12. Dezember stürzt der bewaffnete Massenterror einen Minister: das Beispiel macht Schule. Von nun an zeigt die Wellenlinie wieder eine Bewegung nach aufwärts. Bolschewistische und

konterrevolutionäre Bewegungen lösen einander ab, machen die Atmosphäre zu einer unerträglichen, die schaffende Arbeit unmöglich, verfälschen den sozialen Charakter der Revolution und treiben die um Konsolidierung kämpfende Revolution unerbittlich der Anarchie zu. Diese Massenbewegungen entkräften alle Beschlüsse, Feststellungen und weisen Mahnungen.

1918

4. November. Aufruhr der Illavaer Sträflinge in Waitzen. 50 Tote und 60 Verwundete.

12. November. Die Bauern des Komitates Somogy stürmen die Stadt Kaposvár, plündern die Geschäfte und Wohnungen aus. 7 Tote, 40 Verwundete.

25. Dezember. In Kecskemét meutern die 13er-Husaren und nehmen ihre Offiziere gefangen. Das durch kommunistische Soldaten vorbereitete Blutvergießen wird vom Sekretär der sozialdemokratischen Partei Vincze verhindert, der später von Ivan Héjjas ermordet wurde.

26. Dezember. Zusammenstoß von Arbeitern und Soldaten in Budapest in der Rákóczistraße. 2 Tote, 5 Verwundete.

30. Dezember. Konflikt zwischen Ungarn und Rumänen in Arad. 1 Toter, 14 Verwundete.

31. Dezember. Béla Kun hält in der ersten Honvédkaserne eine Versammlung ab, fordert die Soldaten auf, bewaffnet in die Burg zu ziehen und den Kriegsminister Festetich zur Demission zu zwingen. Im Hofe der Kaserne entsteht aus ungeklärten Gründen eine Schießerei.

In der 32er-Kaserne richtet Béla Kun eine ähnliche Aufforderung an die dort versammelten Soldaten, die ihn jedoch verhaften. Er wird von Pogány aus seiner gefährlichen Lage befreit.

Einige hundert Soldaten ziehen auf Béla Kuns Aufforderung bewaffnet nach der Burg, werden aber von der herbeigeholten Nationalwache und Polizei entwaffnet.

1919

3. Januar. Die Invaliden greifen die Redaktion der Invalidenzeitung an, demolieren die Druckerei, die Redaktion und die Administration. In derselben Absicht ziehen sie sodann in die Redaktion des „Nap", doch werden sie noch rechtzeitig beruhigt.

Béla Kun hält am 26. Dezember, zwei andere Bolschewiken, Szántó und Rudas, am 1. Januar Versammlungen in Salgótarján ab, wo die versammelten Bergarbeiter aufgefordert werden, sich zu bewaffnen, die Bergwerke sowie die Wohnungen der Bourgeoisie zu besetzen und die Diktatur des Proletariats auszurufen.

Am 3. Januar dringt die Bevölkerung der Umgebung in Salgótarján und die naheliegenden Dörfer ein, plündert sämtliche Geschäfte, dringt in die Wohnungen, wirft die Möbel auf die Straße. 16 Tote, übermäßig viele Leicht- und insgesamt mehr als 90 Schwerverwundete.

4. Januar. Die Brüder Szamuely werben Anhänger unter den Artilleristen in Nyiregyháza. Die sich anschließenden Artilleristen bekommen eine Prämie von 150 Kronen. Zwischen den kommunistischen Artilleristen und den Soldaten der übrigen Formationen kommt es zu bewaffneten Zusammenstößen. Auf der Straße gibt man Schüsse auf die Brüder Szamuely ab.

Das erste Jägerregiment veranstaltet einen bewaffneten Umzug für Kriegsminister Festetich, für den einen Tag vorher auch die aktiven Offiziere demonstriert hatten, und der von revolutionärer Seite konterrevolutionärer Umtriebe geziehen wird.

Die Arbeiterschaft der Ganzwerke entfernt die alte Direktion. Die Arbeiterschaft der Fabrik

wählt in ihrer Versammlung eine neue Direktion aus Beamten und Arbeitern.

6. Januar. Im Kriegsministerium verhaftet man den Chef der Operationsabteilung Boldizsár Láng, der in Érsekujvár und Umgebung unter dem Vorwand, gegen die Tschechen zu ziehen, eine konterrevolutionäre Armee angeworben hatte, um diese gegen Budapest und die Revolution zu führen.

7. Januar. Die Arbeiter der Waffenfabrik entfernen die alte Direktion der Fabrik und wählen aus Beamten und Arbeitern eine neue Direktion.

Infolge der ständig zunehmenden Unruhen sind in der Stadt Schreckensgerüchte über verschiedene Putsche und konterrevolutionäre Versuche verbreitet, denen zufolge die Regierung die Bereitschaft der Garnison anordnet.

Die Arbeiterschaft des größten Industriebetriebes Ungarns, der Csepeler Fabrik Manfred Weiß, entfernt die zwei bisherigen Direktoren der Fabrik, fordert, daß der Arbeiterschaft Einfluß auf die Leitung der Fabrik zugesichert werde.

16. Januar. Die Enthüllung des konterrevolutionären Putsches Friedrich—Erdélyi, der die Blätter tagelang beschäftigte, erregt ungeheueres Aufsehen, bis sich das ganze als ein hirnverbrannter konterrevolutionärer Versuch des an Größenwahn leidenden Friedrich und seiner Genossen entpuppt.

17. Januar. Ein Delegierter der Kommunisten, namens Konecsi, hält in Szarvas eine Versammlung ab. Er will eine Rote Garde organisieren, geht in die Dörfer und fordert die Bevölkerung zu sofortigem Handeln auf. In der Gemeinde war bereits seit Wochen eine großangelegte klerikale Agitation unter der Führung eines bodenständigen Oberlehrers betrieben worden. Die unter

klerikalem Einfluß stehenden Massen greifen den Wahlspruch der Kommunisten auf, raffen sich zum sofortigen Handeln auf, dringen in Szarvas ein, plündern die Geschäfte, erstürmen zuletzt auch die Wohnungen und richten beispiellose Verwüstungen an.

Die zum Schutze der Bevölkerung herbeigeeilte Nationalwache wird vertrieben. Das 2er-Honvédregiment von Gyula wird zu Hilfe gerufen. Es entsteht ein Straßenkampf mit 14 Toten und mehr als 40 Verwundeten.

18. Januar. Die Redaktion des „Déli Hirlap" entfernt die neuen Eigentümer und den Schriftleiter des Blattes, da sie erfahren hatte, daß das Blatt von einer unter der Führung Pallavicinis stehenden reaktionären Interessengruppe angekauft wurde. Die neuen Eigentümer wollten das bisher republikanische Blatt gegen die Volksregierung benützen.

In Budapest veranstalten Soldaten in der Hungariastraße eine Schießerei. 5 Tote und 8 Verwundete.

20. Januar. Der Székler Nationalrat hält in der Redoute eine Versammlung ab. Der Regierung wird vorgeworfen, daß sie die abgetrennten Gebiete nicht mit Waffengewalt zurückerobere.

Am selben Tage halten die „Erwachenden Magyaren" in der Universität eine Versammlung ab, die von Arbeitern gesprengt wird.

Die Teilnehmer beider Versammlungen ziehen in die Burg und demonstrieren dort gegen die Regierung, die Volksrepublik und die Juden. In der Burg entsteht ein Kampf zwischen den dort befindlichen Soldaten des Soldatenrates und den „Erwachenden Magyaren". Nur die persönliche Intervention des Kriegsministers vermag das

Feuern aus den bereits aufgestellten Maschinengewehren zu verhindern.

Die Kundgebung erfolgte im Beisein der Regierung und eines Teiles der fremden Missionen.

Die Arbeiter der Schlickwerke entfernen die Direktion der Fabrik und wählen eine aus Arbeitern bestehende neue Direktion.

In Tiszadob erstürmt die infolge der verspäteten Bodenverteilung aufgeregte Menge das Schloß des Grafen Andrássy, plündert es vollständig aus und verwüstet einen großen Teil der dort befindlichen Kunstschätze.

Die Agitatoren der Kommunisten fordern die Arbeiterschaft in Versammlungen und unzähligen Flugschriften auf, am 1. Februar keine Miete zu zahlen und die Zinshäuser derart zu „sozialisieren". Diese Aktion versetzt die ganze Stadt in fieberhafte Aufregung, bis sich am 1. Februar herausstellt, daß die zielbewußte Gegenagitation erfolgreich war und der Aufforderung der Kommunisten nirgends Folge geleistet wurde. Selbst die kommunistischen Haupträdelsführer zahlten die Mieten ordnungsgemäß ein, wodurch offenbar wurde, daß sie mit einer erlogenen Parole nur Anarchie stiften wollten.

23. Januar. Die Arbeitslosen demolieren die Druckerei und Administration des Budapester Tageblattes „Pesti Hirlap".

26. Januar. Die „Erwachenden Ungarn" halten in der Redoute, die Zionisten in der Universität Versammlungen ab, die durch Arbeiter gesprengt werden.

29. Januar. Die abgerüsteten Unteroffiziere versammeln sich und ziehen bewaffnet in die Burg. Es wird die Flüssigmachung der Abfertigung von 5400 Kronen gefordert.

Die unter den Makóer Artilleristen betriebene kommunistische Agitation führt zur offenen Meuterei. Man leistet dem Befehl des sozialistischen Kriegsministers zur Entwaffnung der zwei jüngsten Jahrgänge Widerstand, entfernt die Offiziere und die Delegierten des Kriegsministers aus den Kasernen, wodurch ein Kampf mit den republiktreuen Soldaten entsteht. In dem mit Maschinengewehren und Kanonen geführten Kampfe bleiben 8 Tote und 40 Verwundete liegen.

Die Professoren der Budapester Universität nehmen in konterrevolutionärer Absicht gegen die Regierung Stellung, erklären, daß die Ernennung zweier Universitätsprofessoren seitens des sozialistischen Ministers Kunfi gesetzwidrig sei, und weigern sich, den Eid der neu ernannten Universitätsprofessoren entgegenzunehmen.

1. Februar. Es begeben sich Tausende von Blinden, Verstümmelten mit Krücken durch die lebhaftesten Straßen der Stadt ins Kriegsministerium, um gegen die Agitation der Kommunisten, die die Invaliden gegen die Republik zu parteipolitischen Zwecken zu mißbrauchen suchen, Einspruch zu erheben.

3. Februar. Die Polizei nimmt mit Heranziehung einer großen Militärbereitschaft eine Hausdurchsuchung bei der Schriftleitung des kommunstischen Organs „Vörös Ujság“ vor.

Die aufgelöste Komitatsversammlung des Komitates Fehér hält trotz des Verbotes der Regierung eine Sitzung ab, nimmt auf Antrag Joseph Károlyis gegen Regierung und Volksrepublik Stellung, hißt die Fahne der Konterrevolution und fordert die Wiederherstellung des alten Regimes.

6. Februar. Die durch die Polizei verhafteten Kommunisten Czágán und Genossen sind, als sie gerade in das

Schubhaus befördert werden sollten, von Parteigenossen befreit und in einem bereitgehaltenen Automobil entführt worden.

7. Februar. In Juttas verwickeln sich die Veszprimer Honvéds in einen Kampf mit den Nationalgardisten, die sie zwingen wollen, trotz des Befehls des Kriegsministers weiterzufahren. 2 Tote und 5 Verwundete.

8. Februar. Die Polizei leitet eine großangelegte Aktion gegen die konterrevolutionären Organisationen ein. Mehr als 100 Verdächtige werden verhaftet.

Es wird ferner eine Aktion zur Ablieferung der Waffen eingeleitet, um den ewigen bewaffneten Putschen und den bewaffneten Kundgebungen gegen die Regierung Einhalt zu gebieten.

Der Bürgermeister der Stadt Gyöngyös beruft die durch Regierungsverordnung aufgelöste alte Stadtrepräsentanz ein, wo die klerikale Versammlungsmehrheit sich auf die Basis der konterrevolutionären Resolution des Komitates Fehér stellt und die Verfügungen der revolutionären Regierung für gesetzwidrig erklärt.

12. Februar. Versammlung der abgerüsteten Mannschaftspersonen. In einer Resolution wird erklärt, daß man im Falle, daß die Regierung nicht hilft, sich selbst helfen werde. Eine tausendköpfige bewaffnete Menge begibt sich ins Kriegsministerium, fordert die Ausbezahlung der Abfertigung von 5400 Kronen innerhalb drei Tagen.

13. Februar. Die Budapester Fabrik Ernst Herceg wird infolge einer Lohndifferenz von den Arbeitern besetzt und der Fabrikseigentümer gewaltsam entfernt.

14. Februar. Das Invalidenheim wird von Invaliden besetzt und die vom sozialistischen Minister ernannte sozialistische Leitung entfernt.

17. Februar. Im Budapester Hotel Hungaria wird das Hochzeitsessen einer Millionärfamilie von eingedrungenen Kommunisten gestört und die Verteilung der vorhandenen Speisen unter die mitgebrachten Arbeiterkinder gefordert.

In Kiskunfélegyháza greifen die mit klerikaler Agitation aufgewiegelten Bauernweiber das Stadthaus, die Nationalwache und die Polizei wegen der Maximierung der Lebensmittelpreise unter der Führung eines Klerikers namens Szelepcsényi an. Es folgt ein Kampf. 10 Tote und 30 Verwundete.

18. Februar. In Kiskörös kommt es zwischen der Nationalwache und einer amtlich hinbefohlenen Matrosentruppe zu einem Zusammenstoß. 2 Tote und 3 Verwundete.

19. Februar. Der nach amtlichen Recherchen konterrevolutionär befundene Verein der aktiven Offiziere wird von der Regierung durch eine Verordnung aufgelöst.

20. Februar. In Gödöllö und Kerepes verjagen die wegen Verschleppung der Bodenreform ungeduldigen landwirtschaftlichen Arbeiter die alten Gutsbesitzer und nehmen deren Besitztümer ohne Rücksicht auf die Gesetze der revolutionären Regierung einfach in Besitz.

21. Februar. Große Versammlung der Arbeitslosen in der Redoute und vor der Schriftleitung des kommunistischen Parteiorgans. Die bewaffnete Menge greift die Druckerei und Redaktion der sozialdemokratischen Partei an. Es entwickelt sich ein Kampf zwischen der Menge und der aufgebotenen Polizei und Schutzwache, der 7 Tote und nahezu 100 Verwundete zur Folge hat.

22. Februar. Massenversammlung gegen die Bolschewiken vor dem Parlament mit mehr als 200 000 Teilnehmern.

Infolge des Angriffes gegen die „Népszava" verhaftet die Polizei auf Anordnung der Regierung die Führer der kommunistischen Partei. Am selben Tage halten die abgerüsteten Unteroffiziere eine Versammlung in der Redoute ab, wo ein Redner, der das Attentat vom gestrigen Tag verurteilt, ausgepfiffen und der Angriff gegen das sozialistische Blatt bejubelt wird. Einer Resolution der Versammlung zufolge bricht eine bewaffnete Menge gegen die Polizei auf, um die mit den Kommunisten verhafteten Führer ihrer Bewegung gewaltsam zu befreien. Die Polizei entwaffnet die Angreifer.

26. Februar. Auf Anordnung der Regierung werden von den Hauptschuldigen des Krieges die gewesenen Minister Josef Szterényi und Alexander Szurmay interniert. Der die konterrevolutionären Organisationen unterstützende Bischof von Steinamanger, Graf Mikes, wird interniert.

1. März. Große Versammlung der abgerüsteten Soldaten in der Redoute, nach deren Abschluß eine vieltausendköpfige Menge, teilweise bewaffnet, sich abermals in die Burg begibt, um beim Präsidenten der Republik, Károlyi, die Durchführung ihrer Forderungen zu urgieren.

3. März. Landwirtschaftliche Arbeiter und Kleinlandwirte des Komitates Somogy bemächtigen sich der Besitze der Grafen Sommsich, Széchényi und Zichy und der Landwirtschaftlichen Industrie-Aktiengesellschaft und proklamieren die Bildung der Produktivgenossenschaften.

In Kecskemét ziehen mehrere tausend Frauen vor das Stadthaus und fordern vom Bürgermeister die sofortige Auszahlung der von der Regierung ab 28. Februar eingestellten Kriegsunter-

stützungen. Das Handgemenge, das infolge der Demonstration entsteht, heischt zum Glück keine Menschenopfer.

5. März. Invaliden greifen das Budapester Polizeikommissariat für den 2. Bezirk an und entwaffnen die Polizisten.

10. März. In Kaposvár proklamieren die Arbeiter auf die Nachricht von der Ankunft des Ministers Szabó den allgemeinen Streik und fordern die Entfernung des Obergespans aus der Partei der kleinen Landwirte sowie die Ernennung eines beauftragten Obergespans aus der sozialdemokratischen Partei. Der Minister erfüllte die Forderungen der Arbeiter an Ort und Stelle.

11. März. In Szegedin laden die Kommunisten die abgerüsteten Soldaten sowie die aktiven, jedoch aus dem Armeeverbande durch Regierungsverordnung entlassenen Soldaten zu einer Versammlung ein. Auf kommunistische Aufforderung begibt sich die bewaffnete Menge vor das Rathaus, wo die sofortige Flüssigmachung der Abfertigung von 5400 Kronen und die Beibehaltung der jugendlichen Soldaten gefordert wird. Die sozialdemokratische Partei und der Arbeiterrat tritt der Erfüllung dieser Forderungen, den Intentionen der sozialdemokratischen Parteizentrale entsprechend, entgegen. Die bewaffnete Menge richtet einen Angriff gegen den Arbeiterrat und die sozialdemokratische Partei. Der einer bürgerlichen Partei angehörende Regierungskommissär Kelemen und Bürgermeister Somogyi stellen der Menge die Erfüllung der Forderungen in Aussicht.

12. März. Die sozialdemokratische Partei in Szegedin tritt gegen die Kommunisten in den allgemeinen Ausstand und verwahrt sich in einer von 40 000

Teilnehmern besuchten Versammlung gegen den Terror der Kommunisten.

Der Kommandant der mittlerweile hinbefohlenen Truppen verhängt das Standrecht über die Stadt und entwaffnet die renitenten Soldaten mit Waffengewalt. Ein Toter, 3 schwere und 7 leichte Verletzungen.

14. März. Eine Versammlung der abgerüsteten Soldaten findet in der Budapester Redoute statt, in der gegen die Regierung und die revolutionären Parteien Stellung genommen wird. Die meisten Redner der Versammlung propagieren den Anschluß an die kommunistische Partei.

15. März. Die Károlyipartei hält eine Wählerversammlung ab, in der auch der zur Károlyipartei gehörende Minister Josef Vaß erscheint. Die Abhaltung der Versammlung wird von Arbeitern verhindert und Minister Vaß insultiert.

18. März. Im Namen der Arbeiterschaft der Csepeler Werke werden die Vertrauensmänner sämtlicher Fabriken versammelt und die bewaffnete Befreiung der eingekerkerten Kommunisten für den 23. März beschlossen. Die Vertrauensmänner der kommunistisch gesinnten Soldaten schließen sich dem Beschlusse an.

19. März. Die Arbeitslosen halten eine Versammlung ab, deren Teilnehmer, mehrere Tausende an der Zahl, in die Burg ziehen. Eine Abordnung spricht beim sozialdemokratischen Minister Peidl vor und fordert die sofortige Anweisung einer Unterstützung in der Höhe von 500 Kronen, überdies eine besondere Lebensmittelkarte, deren Besitzer zu Lasten des Staates einer 50prozentigen Preisbegünstigung teilhaftig werden sollen. Man fordert, daß die Mieten vom Staate bezahlt, der Boden und die Produktionsmittel unverzüglich sozialisiert werden. Die Abordnung wurde

von einem Kommunisten geführt. Man blieb stundenlang vor dem Volkswohlfahrtsministerium stehen und erklärte, sich so lange nicht entfernen zu wollen, bis die Forderungen erfüllt würden. Die Menge konnte nur dadurch zerstreut werden, daß Peidl versprach, die Forderungen der Arbeitslosen dem Ministerrat zu unterbreiten, und lud die Abordnung für abends ins Gebäude des Ministerrates ein, um ihnen das Resultat mitteilen zu können.

20. März. In Budapest treten die bisher diszipliniertesten, in gewerkschaftlicher und sozialistischer Beziehung verläßlichsten Arbeiter, die Buchdrucker und Setzer, infolge einer Lohnfrage gegen den Willen des Vorstandes ihrer Gewerkschaft in den allgemeinen Ausstand. Sie entfernen die seit Jahrzehnten zur größten Zufriedenheit der Arbeiterschaft tätig gewesene Leitung und wählen eine neue Streikkommission, in der die Kommunisten einen entscheidenden Einfluß erhalten. Die Streikenden wollen selbst das Erscheinen des sozialdemokratischen Parteiorgans, das die Forderungen der Arbeiter lückenlos erfüllte, verhindern.

In der aufgeregten Stadt werden infolge der Zeitungslosigkeit phantastische Schreckensgerüchte verbreitet, die die Aufregung bis zum Wahnsinn steigern.

Übergabe der Note Vyx'.

21. März. Die Blätter erscheinen noch immer nicht.

Meldung der Landespropagandakommission über die Stimmung der Bevölkerung in der Zeit zwischen 20. Januar und 15. Februar.

Komitat Hajdu: Infolge des Vorgehens der abgerüsteten Soldaten sind in Földes, Debreczen, Hajduböszörmény,

Hajdudorog, Puspökladány, Hajduszoboszló Unruhen zu verspüren.

Komitat Vas: In Güssing ist die Stimmung wegen der Abtrennungspropaganda, in Vashidegkut wegen der jugoslawischen Propaganda, in Nagysimonyi, Güns, Rechnitz, Celldömök, Körmend, Jánosháza und Pinkafeld wegen des Verhaltens der abgerüsteten Soldaten unruhig.

Komitat Bihar: Infolge der rumänischen Besetzung sind 13 Gemeinden, im Zusammenhang mit der Bodenreform die Dörfer Berettyóujfalu, Monostorpetri und Szentpéterszeg, wegen der Bewegung der abgerüsteten Soldaten Nagyszalonta unruhig, nationale Bewegungen zeigen sich in Bozsaly, Csehtelek und Sebesujfalu.

Komitat Veszprim: In Nagyvázsony gärt es infolge der Furcht vor feindlicher Besetzung, in Sár im Zusammenhang mit der Bodenreform, in Pápa infolge des Vorgehens der abgerüsteten Soldaten.

Man müßte Tausende von Dörfern der Reihe nach anführen, wollte man auch diejenigen Meldungen in Betracht ziehen, die über Unruhen infolge des Saatgutmangels, der Ernährungsschwierigkeiten, der Verzögerung der Bodenverteilung und der Bewegung der abgerüsteten Soldaten berichten. Im Komitat Veszprim allein revoltiert die Bevölkerung in 47 Gemeinden wegen der Bodenverteilung, aus 10 Gemeinden wird gemeldet, daß die Bauern überhaupt kein Vertrauen zur Bodenreform haben. Diese Unruhe bemächtigt sich des ganzen Landes.

Schritt für Schritt mit den Massenbewegungen der Städte unterminiert die Revolte des Landes das Gebäude der auf unsicherer Basis stehenden ungarischen Revolution.

XXVII.

Der 21. März.

a) Das Ultimatum Vyx.

Der 20. März ... Wirrwarr, Anarchie, konterrevolutionäre Wühlarbeit erreichen ihren Höhepunkt. Am vorhergehenden Tag versetzen der Aufmarsch der Arbeitslosen, die Bestürmung des Volkswohlfahrtsministeriums, die Kundgebung der Reserveoffiziere und geistigen Arbeiter vor dem Kriegsministerium, die geradezu wahnsinnigen Aufregungen des seit zwei Tagen anhaltenden Setzerstreiks die öffentliche Meinung in krampfhafte Verzweiflung und tatlose Ohnmacht.

Nach einem Ministerrat, der sich bis spät in die Nacht hinzog, fand ich mich bereits früh in meinem Amte ein. Wir erhalten eine vertrauliche Mitteilung darüber, daß die kommunistische Partei für den 23. März mehrere öffentliche und geheime Zusammenkünfte abhalten, die Massen bewaffnen und Béla Kun und Genossen gewaltsam befreien wolle. Ich treffe Verfügungen, um dem vorbereiteten Putsch vorbeugen zu können. Ich bitte den Kommandanten der Volkswehr, den zur alten sozialdemokratischen Garde gehörenden Julius Szikra, telephonisch zu mir.

In diesem Augenblick wirft der böswillige, über den Bolschewismus auf die Konterrevolution spekulierende Vyx eine lodernde Fackel in das brodelnde Petroleumfaß, um das junge, sich krümmende republikanische Ungarn zu sprengen, zu verheeren ...

Um 11 Uhr vormittags, bevor ich noch mit Szikra hätte sprechen können, rief mich der Präsident der Republik, Michael Károlyi, an und ersuchte mich, mich sofort im Präsidialbureau einzufinden, wo Oberstleutnant Vyx eine überaus wichtige Note der ungarischen Regierung überreiche, bei deren Übergabe auch der Kriegsminister anwesend sein müsse.

Im Arbeitszimmer Károlyis traf ich außer dem Präsidenten Ministerpräsident Berinkey, Oberstleutnant Vyx und fünf bis sechs Ententeoffiziere.

Nach meiner Ankunft machten mir Károlyi und Berinkey vom Inhalt der Note Mitteilung. Ein Blick auf die Landkarte überzeugte uns alle davon, daß die Note — die in der am 26. Februar 1919 abgehaltenen Sitzung der Friedenskonferenz beschlossen, aber erst nach vier Wochen, just in der gefährlichsten Lage, überreicht wurde, obwohl man mit der Übergabe zweifellos bis zum Abschluß der bereits eingeleiteten Wahlen hätte zuwarten können — das Land um einige weitere tausend Quadratkilometer verstümmele. Laut dieser Note hätten die Städte Szatmárnémeti, Arad und Nagyvárad und ein beträchtliches Gebiet des Landes den Rumänen übergeben werden sollen, auf einer mehrere hundert Kilometer langen Linie sollte die Grenze nach Osten um durchschnittlich 50 bis 80 Kilometer hinausgeschoben werden; dazu sollte das Ultimatum bereits bis zum 21. März angenommen und in weiteren 24 Stunden mit dem Rückzug der Truppen begonnen werden. Des weiteren sollte der Rückzug innerhalb zehn Tagen seinen Abschluß finden.

Bestürzt und ratlos starrten wir die vor uns sitzenden Vertreter der Weltmächte an. Wir erhielten einen Termin von kaum dreißig Stunden. In dreißig Stunden sollten in Ermangelung einer Nationalversammlung elf verantwortliche Männer über die Zukunft Ungarns, über eine das Schicksal der Revolution entscheidende, schwerwiegende Frage schlüssig werden. Das Problem des Glückes von Millionen, eine schönere Zukunft, die Hoffnung eines Landes wird von imperialistischem Haß und Unverständnis mit Füßen getreten — und wir sollen die Verantwortung tragen, wir sollen in einigen Stunden einen Beschluß fassen!

Károlyi war mit der Überzeugunskraft der Verzweiflung bestrebt, die Schwierigkeiten der Durchführung des Ultimatums Vyx klarzumachen. Wiederholt richtete er die Frage an ihn, ob die neue Demarkationslinie, die im Sinne des Belgrader Waffenstillstandsabkommens festzustellende militärische Grenze oder aber eine politische Grenze darstelle, jenseits der die Souveränität des ungarischen Staates aufhöre? Vyx beantwortete die Fragen Károlyis, Berinkeys und auch die meinen entschieden dahin, daß die neue Grenze die provisorische politische Grenze Ungarns darstelle. Übrigens wies er darauf hin, daß die ungarische Verwaltung laut der Note nur innerhalb der schmalen neutralen Zone aufrechterhalten, dagegen

die Souveränität auf den übrigen Gebieten von den Rumänen übernommen werde, was an und für sich dafür spreche, daß es sich hierbei nicht um Durchführung des Waffenstillstandsabkommens handle.

Károlyi erklärte, daß er sich, soweit er die Lage kenne, nicht vorstellen könne, daß die ungarische Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung imstande sei, die Verantwortung für die neue Lage zu übernehmen und seiner Ansicht nach abdanken müsse. Ich fügte hinzu, daß ich zwar weder berechtigt noch ermächtigt sei, im Namen der sozialdemokratischen Partei eine Erklärung abzugeben — da hierzu nur die Parteiorgane berechtigt sind —, doch glaubte ich nicht, daß die sozialdemokratischen Minister einen anderen Standpunkt einnehmen würden als die bürgerlichen Regierungsmitglieder. Ich ersuchte Berinkey, Vyx in französischer Sprache zu befragen, ob er sich dessen bewußt sei, welche Folgen in der gegenwärtigen verworrenen Lage die Demission der Regierung haben müsse, ob er wisse, daß der Rücktritt des Kabinetts Anarchie und Umsturz herbeiführen könne, und ob es nicht zweckmäßig wäre, einen letzten Aufschubversuch in Paris zu unternehmen, oder aber, insoferne dies unmöglich sein sollte, die Last und Sorgen des Regierens Oberstleutnant Vyx als Vertreter der Entente zu überlassen?

Vyx beantwortete die Vorstellungen Berinkeys mit Achselzucken. Die Erwägung dieser Fragen liege nicht innerhalb seines Wirkungskreises. Ihm sei es vollkommen gleichgültig, welche Regierung bleibe und welche Folgen die Demission des Kabinetts zeitigen werde. Sollte die ungarische Regierung bis 6 Uhr abends des nächstfolgenden Tages das Ultimatum nicht annehmen bzw. die Erfüllung der Ententeforderungen ablehnen, so müßte er das Land samt allen Ententemissionen sofort verlassen.

Diese Antwort machte uns die Zwecklosigkeit weiterer Verhandlungen klar. Die Regierung mußte über Annahme oder Nichtannahme der Note schlüssig werden, da die Drohung Vyx' mit Kündigung des Waffenstillstandsvertrages einer neuen Kriegserklärung gleichbedeutend war.

Nach meiner Rückkehr ins Ministerium bat ich die Obersten Stromfeld und Tombor zu mir. Ich teilte ihnen den Inhalt der Note mit, bat sie, eine die zu übergebenden Gebiete berücksichti-

gende Skizze zu entwerfen und ihre Meinung bezüglich der Note bekanntzugeben.

Nach kaum mehr als einer halben Stunde erschienen die zwei Offiziere, noch unter der Wirkung der Note und vor Aufregung zitternd; beide waren sich einig darüber, daß diese Note nicht angenommen werden dürfe und könne, da sie mit der vollständigen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vernichtung Ungarns gleichbedeutend sei. Ihrer Ansicht nach müsse die Annahme der Note im Lande einen Sturm erregen, der jede Regierung hinwegfegen würde, die die Forderungen der Note zu erfüllen bereit wäre.

Oberst Tombor verlieh überdies auch seiner persönlichen Auffassung Ausdruck, derzufolge jeder Pazifismus nunmehr beiseitegelegt werden müsse, da die Entente die Wilsonschen Grundsätze in den Kot gezerrt und das Land schauerlich betrogen habe. Das ganze Land müsse zum bewaffneten Aufstand aufgefordert und statt der westlichen Orientierung eine östliche nach Rußland in unser Programm aufgenommen werden. Zur Führung des Landes sei seiner Meinung nach augenblicklich keine andere Regierung als die zur Organisierung der bewaffneten Abwehr fähige sozialdemokratische Partei geeignet, doch müsse sich diese zunächst mit der kommunistischen Partei versöhnen und einigen, um das gemeinsame Vorgehen mit den an der nördlichen Grenze des alten Österreich stehenden russischen Sowjettruppen zu ermöglichen.

Mittlerweile ersuchte ich auch den Kommandanten der an der östlichen Front stehenden Székler Truppen, Obersten Kratochwill, um Mitteilung seines Gutachtens. Die Székler Division war die diszipliniierteste, den Umständen gemäß mit Maschinen- und Handgewehren hinreichend ausgestattete Gruppe der Armee. Die Division bestand aus mehr als 5000 Mann. Ihre Soldaten waren Söhne Siebenbürgens, die infolge der Besetzung ihr Vaterland, ihre Heimatscholle, ihre Eltern und Verwandten verlassen hatten, um ihre vom Feinde eroberte Heimat mit den Waffen zurückzuerobern. Der Stimmung und dem Entschluß dieser Truppen mußte Rechnung getragen werden. Wäre es der Regierung eingefallen, sie ohne ihr Befragen mit einem einfachen Befehl von der Grenze abzuberufen, somit ihr Schicksal zu besiegeln und ihnen die Möglichkeit zu entziehen, ihre Heimat zu befreien, so hätte sich die verzweifelte Truppe unter der Wirkung der nationalistischen Verhetzung

zweifelsohne gegen die Regierung und die Revolution gewendet und ihr Sieg den Triumph der blutigen Konterrevolution herbeigeführt.

Nach einer Beratung mit seinen Truppenoffizieren und Truppenvertrauensmännern rief mich Kratochwill nochmals an und erklärte, daß

> er sowie die ganze Székler Division gegen die Annahme der Note seien. Er für seine Person sei geneigt, dem Befehl der Regierung zu gehorchen und nach Verfügung des Rückzuges den diesbezüglichen militärischen Befehl zu erteilen, im Notfall sei er sogar bereit, nach erteiltem Befehl seine Stelle niederzulegen, doch müsse er angesichts der herrschenden Stimmung unter den Truppen jedenfalls erklären, daß die Székler Truppen und Offiziere ihre Stellungen unter keinen Umständen kampflos aufgeben, den Rückzug nicht antreten würden. Ein etwaiger diesbezüglicher Regierungsbefehl könnte schwere Verwicklungen herbeiführen.

Mit Rücksicht auf die Lage war ein anderer Entschluß kaum zu erwarten. Ich war mir dessen bewußt, daß die Regierung nicht umhin können werde, bei ihren weiteren Schritten die Stimmung und den Willen der Székler Division zu berücksichtigen.

b) Das Ultimatum vor dem Ministerrat.

In der Nachmittagssitzung der Parteileitung machten wir Mitteilung vom Inhalt der Note Vyx', vom Gutachten der militärischen Sachverständigen, von der Meldung über die Székler Division, von der Erklärung Károlyis und Berinkeys, der zufolge die gegenwärtige Koalitionsregierung die Agenden unter keinen Umständen weiterzuführen vermöge und melden, daß für den Abend der Ministerrat in dieser Angelegenheit einberufen wurde.

In der Parteileitung war man allgemein der Ansicht, daß die Partei infolge der innenpolitischen Lage zwischen den zwei Mühlsteinen der nationalistischen Gegenrevolution und der bolschewistischen Massenhysterie mit dem Rücktritt der Regierung vor eine verhängnisvolle und schicksalsschwere Lage gestellt wurde.

Ein konkreter Beschluß konnte trotzdem nicht gefaßt werden. Man nahm einmütig den Standpunkt ein, daß die Partei dem Beschluß des für den Abend anberaumten Ministerrates nicht vorgreifen wolle und nur nach Bekanntgabe dieses Beschlusses den Standpunkt der Partei feststellen und dem Parteiausschuß sowie dem Arbeiterrat unterbreiten werde. Die Ministermitglieder der Parteileitung wurden aufgefordert, die Partei vom Beschluß der Regierung in Kenntnis zu setzen, und Landler erhielt den Auftrag, bei den Führern der Kommunistenpartei Informationen darüber einzuholen, welchen Standpunkt sie gegenüber einer sich zwangsweise bildenden sozialdemokratischen Regierung einnehmen würden.

Im Ministerrat, der abends abgehalten wurde, referierte Károlyi über die infolge der Vyxschen Note geschaffene neue Lage.

> Sein Vorschlag ging dahin, daß statt der unhaltbar gewordenen Koalition eine rein sozialdemokratische Regierung gebildet werde. Die Grundsätze Wilsons hätten versagt, und so sei man gezwungen, die Rettung des Landes mit anderen Kräften zu versuchen. Diese Kraft könne keine andere sein als die europäische Arbeiterinternationale. Die rein sozialdemokratische Regierung habe seiner Ansicht nach ein Kompromiß mit den Kommunisten zu schließen, um die Ordnung und Ruhe zumindest solange zu sichern, als das Land sich im Existenzkampf mit den imperialistischen Mächten befände. Károlyi versprach, seinen Posten in der verzweifelten Lage nicht zu verlassen und sein schweres Amt als Präsident der Republik beizubehalten.

Im Zusammenhange mit den Ausführungen Károlyis stellten alle Minister ihren Standpunkt fest. Als erster Redner identifizierte ich mich in jeder Beziehung mit der Auffassung Károlyis. Angesichts des drohenden Ententeangriffes und des Bürgerkrieges konnte nur die Ablehnung des Ultimatums und die Übernahme der Regierung durch die sozialdemokratische Partei als letzter Rettungsversuch in Betracht kommen. Die sozialdemokratische Partei konnte aber die Verantwortung nur in dem Falle übernehmen, wenn sie sich zuvor durch ein Kompromiß vergewissert hatte, daß ihr die Kommunisten nicht in den Rücken fielen. Zuletzt führte ich aus, daß die sozialistischen Minister nicht entscheiden können, ob die sozialdemokratische Partei die Regierung übernehmen werde. Nach Bekanntgabe des Be-

schlusses des Ministerrates sollten die Parteiorgane noch am 21. März endgültig zur Frage der Regierungsübernahme Stellung nehmen.

Kunfi war mit einem selbst bei ihm ungewöhnlichen Eifer bestrebt, die bürgerlichen Kabinettsmitglieder zu veranlassen, weiter in der Koalitionsregierung zu bleiben und einen letzten Versuch bei der Entente und den Arbeiterparteien der westlichen Staaten zur Rettung des Landes vor der letzten Katastrophe und zur Verhütung des Zusammenbruches der Revolution zu unternehmen. Kunfi hielt bis zum letzten Augenblick konsequent an seinem Koalitionsstandpunkt fest, und erst nach der Stellungnahme der Mehrheit des Ministerrates erklärte er sich mit dem Plane der rein sozialdemokratischen Regierung einverstanden.

Garami verhielt sich gegenüber dem Standpunkt Kunfis ablehnend und verwies darauf, daß die Koalitionsregierung nach den bisherigen Erfahrungen weder mit Bitten noch mit Drohungen oder anderen Mitteln etwas bei der Entente durchzusetzen vermocht habe, dabei aber auch die innere Ordnung nicht aufrechterhalten könne. Die Koalitionsregierung müsse daher zurücktreten.

In ähnlichem Sinne äußerten sich der anwesende Präsident des Nationalrates, Johann Hock, und sämtliche bürgerlichen Minister — unter ihnen am entschlossensten Stephan Szabó von Nagyatád —, die erklärten, daß die bürgerlichen Parteien in der gegebenen Lage unter keinen Umständen weiter in der Koalitionsregierung verbleiben könnten. Bis auf Kunfis Koalitionsantrag war von einem Gegenvorschlag keine Rede. Auch schloß sich dem Antrag Kunfis niemand an.

Auf Grund dessen stimmte der Ministerrat den Ausführungen Károlyis einmütig zu: das Ententeultimatum sollte abgelehnt werden, die Regierung demissionieren, Károlyi nach wie vor an seiner Stelle als Präsident der Republik verbleiben und eine rein sozialdemokratische Regierung ernannt werden, die die Durchführung der Note Vyx' zu verweigern habe.

Der Entschluß der Regierung stürzte die bisherige revolutionäre Lage um. Dieser Entschluß war aber nicht ausschließlich auf die Note der Entente zurückzuführen. In den letzten Wochen wurde die politische Lage infolge der Unruhen und Unsicherheiten, der Minister- und Kabinettskrisen von Woche zu Woche gespannter. Die Gärung wegen der Durchführung der Bodenreform, der eigen-

mächtigen Expropriierungen des Grundbesitzes und der Vorbereitungen zu den Wahlen sowie die erfolgreiche kommunistische Agitation und nicht zuletzt der Umstand, daß die tatsächliche Macht sich — zumindest dem Schein nach — in den Händen der sozialdemokratischen Partei befand — entmutigten die bürgerlichen Regierungsmitglieder, die deshalb die lästigen Sorgen des Regierens loszuwerden suchten. Die sozialistischen Minister waren fast täglich genötigt, die berechtigten Vorwürfe der bürgerlichen Kabinettsmitglieder anzuhören, die sich wiederholt beschwerten, daß sie bloße Hampelmänner seien, da ihre Anordnungen von den staatlichen Organen unberücksichtigt gelassen und nur die von Sozialdemokraten erteilten Weisungen ausgeführt werden.

Die bürgerlichen Minister nahmen deshalb gern die von der Vyxschen Note gebotene Gelegenheit wahr und verließen die Regierung, was sie um so mehr tun mußten, als für den Fall, daß die Koalitionsregierung die gebietraubende Note Vyx' angenommen hätte, die öffentliche Meinung des Bürgertums und der Bürgerschaft sich unter dem Einfluß der nationalistischen Gegenrevolution gegen sie gewendet haben würde. Zur Ablehnung der Note war die Koalitionsregierung übrigens auch nicht stark und einheitlich genug, bei der inneren sozialen Gärung wäre sie schlechthin außerstande gewesen, einen Abwehrkrieg zu führen.

c) Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei.

Mit der Demission der Regierung war der Würfel gefallen, die Verantwortung fiel der sozialdemokratischen Partei zu.

Am 21. März vormittags hielt die sozialdemokratische Parteileitung ihre historisch bedeutungsvolle Sitzung ab. Der Sitzung wohnten, einer Einladung folgend, auch die Mitglieder des Gewerkschaftsrates, ferner Landler, Pogány, Varga u. a. m. bei.

Es war kein Geheimnis, daß die für den Sonntag vorbereitete großangelegte Aktion der Kommunisten in den Kreisen der Arbeiterschaft Widerhall fand. Der Setzerstreik dauerte noch an. Die Blätter erschienen nicht. Ein Teil der Arbeiter der größten Fabrik, der Manfred-Weiß-Werke in Csepel, trat am 18. März mit einer Resolution der kommunistischen Partei bei. Die Versammlung der

kommunistischen Soldaten schloß sich der sonntägigen Aktion, die die bewaffnete Befreiung der Kommunisten bezweckte, ebenfalls an. Die Stadt war von sinnlosen Schreckensnachrichten erfüllt. Die Massenhysterie war nahe daran, unerträglich zu werden.

Die Ziele der kommunistischen Aktion wurden natürlich erweitert, sobald sich herausstellte, daß die Regierungskrise ausbreche und keine Regierung da sei, die den Putschversuchen mit Kraft und Energie entgegentreten könne.

In dieser Atmosphäre versammelte sich die Parteileitung. Ich referierte über den Beschluß des Ministerrates. Im Laufe meiner Ausführungen brachte ich auch meinen Standpunkt zum Ausdruck.

Wenn eine Koalitionsregierung nicht bleiben könne und die Note ablehnen müsse, so könne eine rein sozialistische Regierung die Erfüllung der Forderungen der Entente noch weniger unternehmen. Eine Regierung, die sich hierzu verstehen würde, könnte von der unter dem Einfluß der nationalen Verhetzung stehenden Konterrevolution, verstärkt durch die Székler und andere disziplinierte konterrevolutionäre Truppen, mit der größten Leichtigkeit hinweggefegt werden. In dieser Lage könne der Sieg der Konterrevolution keinem Zweifel unterliegen. Es erübrige sich nur noch die Frage, ob die Partei der Konterrevolution den Sieg widerstandslos überlassen oder einen letzten Versuch zur Rettung der Revolution unternehmen wolle.

Dieser Versuch könne — insoferne wir den Sieg der Konterrevolution nicht fördern wollen — nur in der Bildung einer sozialdemokratischen Regierung und der Ablehnung der Note bestehen. Dies bedeute aber den Krieg. Die Vorbedingung eines derartigen Unternehmens sei, daß die zum Bürgerkrieg führenden anarchistischen Zustände im Innern des Landes beseitigt werden und die Unterstützung der kommunistischen Partei im Wege eines Kompromisses der Regierung sicher sei. Ich schilderte alle Gefahren der hierdurch geschaffenen Lage. Die Truppen seien undiszipliniert, von einer zureichenden Disziplin könne nur bei der Székler Division und einigen anderen konterrevolutionär gesinnten Truppen die Rede sein, auf diese könne die neue Regierung im Fall der Ablehnung der Note rechnen, sollte aber die Regierung die Forderungen der

Entente erfüllen, so werden sich diese Truppen unvermeidlich gegen sie wenden. Ich entwarf ein Bild von der militärischen Lage Ungarns und verwies darauf, daß man auch mit der Gefahr eines unheilvollen Abwehrkrieges nach allen Seiten hin rechnen müsse. Immerhin biete sich keine andere Lösung.

Bei allen Schwierigkeiten mußten wir mit der Möglichkeit rechnen, daß wir nunmehr innerhalb 24 Stunden nicht nur über Annahme oder Nichtannahme der Note entscheiden, sondern auch bezüglich des Schicksals der Revolution und Konterrevolution schlüssig werden müssen.

Der Staatssekretär des Ernährungsministeriums Erdélyi referierte über die schwierigen Ernährungsverhältnisse.

Buchinger schlug überraschenderweise, im Gegensatz zu seinem bisherigen Standpunkt zur Koalition, vor, die Partei möge die Aufrechterhaltung der Koalition, das Verbleiben der Koalitionsregierung fordern, und die Regierung solle das Ententeultimatum, allerdings mit einem Protest, durchführen.

Buchingers Vorschlag war leider undurchführbar, einerseits, weil die bürgerlichen Parteien der Regierung das Ultimatum der Entente unter keinen Umständen annehmen und durchführen wollten, und anderseits, weil sie durchaus nicht geneigt waren, weiter in der Regierung zu verbleiben.

Garami hält das Experiment mit einer rein sozialistischen Regierung für zwecklos und schädlich. Er stimmt auch dem Kompromiß mit den Kommunisten nicht bei. Die sozialdemokratische Partei habe den Kampf und ihren Einfluß auf die Massen verloren, diese hätten sich der kommunistischen Agitation ergeben, mithin bleibe der Partei nichts anderes übrig, als sich zurückzuziehen. Auch der unerbittlich logische, klarsehende, von subjektiven Eindrücken und Leidenschaften freie Garami wußte mit Rücksicht auf die Weigerung der bürgerlichen Parteien, die Regierung zu übernehmen, keinen anderen Ausweg als die Übernahme der Regierung durch die Kommunisten allein, die ja das Land auf dem Gebiete der inneren Politik dieser entsetzlichen Lage zugetrieben hätten. Die Entente solle sehen, was sie damit erreiche, daß sie der Regierung in ihrer gefährlichen Lage in den Rücken gefallen sei. Nach dem unvermeidlichen Fiasko der Kommunisten könne sich die

sozialdemokratische Partei dann immer noch an die Spitze der Massen stellen.

Buchingers Antrag hält auch Garami für unannehmbar und unmöglich, einerseits, weil die Koalitionsregierung sowohl innen- wie außenpolitisch den Boden unter den Füßen verloren hatte, anderseits aber, weil die bürgerlichen Kabinettsmitglieder die Demission bereits beschlossen und die sozialdemokratische Partei keine Möglichkeit habe, die bürgerlichen Mitglieder der Regierung zum Bleiben zu zwingen.

Die erweiterte Parteileitung und der Gewerkschaftsrat nimmt gegen die Stimmen Garamis, Buchingers und Peidls für das Kompromiß mit den Kommunisten und die Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung Stellung. Garbai, Bokányi, Pogány, Weltner, Kunfi, Varga und sämtliche alten Gewerkschaftsführer nehmen den Standpunkt ein, daß die sozialdemokratische Partei unter den gegebenen Umständen nur zwei Wege einschlagen könne.

> Wir können zwischen zwei Möglichkeiten des Selbstmordes wählen: wir müssen uns einigen oder zurückziehen. Ersteres ist der sichere Untergang, letzteres bedeutet gleichfalls den Tod der Partei. Man darf die Arbeiterschaft im Augenblick der äußersten Gefahr nicht im Stich lassen, man müsse zumindest versuchen, zu retten, was noch zu retten ist.

Mit diesen tragischen Worten begründete seinen Standpunkt Weltner, einer der ältesten Führer der Partei. Diese wenigen Worte drücken die ganze Tragik des 21. März aus. Auch die konservativ veranlagten Gewerkschaftsführer stimmten dem Kompromiß mit den Kommunisten unter dem Eindruck dieser Lage zu. Sie hielten es für unzulässig, daß die alten Führer der Arbeiterschaft ihre Posten in einem katastrophal gefährlichen Augenblick, da sich die Ereignisse wider den Willen und die Handlungen der Partei und der Gewerkschaften so weit entwickelt hatten, verließen und das um sein Leben kämpfende Proletariat einem ungewissen Schicksal preisgaben. Der Entschluß wurde auch noch von der Rücksicht darauf beeinflußt, daß die sozialdemokratische Partei mit ihrem Widerstand oder Rücktritt den vor der Türe stehenden, blutigen, zahlreiche Opfer heischenden Bürgerkrieg nicht heraufbeschwören wollte und es mit ihrer sozialistischen Moral unvereinbar fand, mit

ihrem Rücktritt den Sieg, nach einigen Stunden der Anarchie, der nationalistischen Konterrevolution in die Hände zu spielen.

Niemand versuchte auch nur einen Antrag auf Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung ohne Unterstützung der Kommunisten zu stellen, da sich in der gegebenen Lage jeder über die Unhaltbarkeit eines derartigen Versuches im klaren war.

Während der Sitzung der Parteileitung kam Landler an, der die Meldung erstattete, daß er mit Béla Kun gesprochen und dieser sich bereit erklärt habe, mit den Delegierten der Partei in der Frage des Kompromisses zu verhandeln, jedoch unter der Bedingung, daß der sozialdemokratischen Delegation auch ein Führer der Metallarbeiter, Haubrich, zugezogen werde. Die Parteileitung beauftragte Weltner, Pogány, Landler, Kunfi und Haubrich, sofort Fühlung mit den Kommunisten zu nehmen.

Über diese wichtigste und folgenschwerste Begebenheit des Tages: über die Beratung bzw. Resolution der Parteileitung bildeten sich teils bewußt böswillige, teils einer verworrenen Erinnerung entsprungene Legenden. In Wirklichkeit beschloß die Parteileitung nur, daß die Partei die Regierung übernehmen, eine Übereinkunft mit den Kommunisten anbahnen und zu diesem Behuf eine Verhandlungskommission entsenden werde.

Bezeichnend für die bis zum Siedepunkt erhitzte Erregung ist, daß der Verhandlungskommission bezüglich der Bedingungen des Abkommens keinerlei Weisungen erteilt wurden. Die Parteileitung konnte auch nicht wissen, was die Kommunisten für Bedingungen stellen würden. Aber auch physisch war die Parteileitung nicht in der Lage, über den Bericht der Kommunisten zu beraten. Die Sitzung fand ihren Abschluß nach 1 Uhr mittags. Die Kommission begab sich nach der Sitzung ins Sammelgefängnis zu den Kommunisten, um 3 Uhr nachmittags trat der Parteiausschuß bereits zusammen, und die Kommission legte ihm die als Resultat der Verhandlungen sich ergebende Vereinbarung unmittelbar vor.

Die Kommunisten, die plötzlich die Oberhand gewonnen hatten, diktierten, die in ihren Grundfesten erschütterte sozialdemokratische Partei kapitulierte.

Wortlaut der im Sammelgefängnis abgeschlossenen Vereinbarung:

Beschluß.

Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei und die Partei der Kommunisten Ungarns haben am heutigen Tage in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Leitungen die restlose Vereinigung der beiden Parteien beschlossen.

Die vereinigte neue Partei wird, bis die revolutionäre Internationale hinsichtlich der definitiven Benennung der Partei entscheidet, folgenden Titel führen:

Ungarländische Sozialistische Partei.

Die Vereinigung erfolgt auf der Grundlage, daß an der Leitung der Partei und an der Regierungsgewalt die beiden Parteien gemeinsam teilnehmen. Die Partei übernimmt im Namen des Proletariats die Macht, sie wird durch die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte ausgeübt. Die geplanten Wahlen für die Nationalversammlung entfallen daher naturgemäß endgültig.

Die Klassenarmee des Proletariats ist unverzüglich zu schaffen, und den Händen der Bourgeoisie sind die Waffen restlos zu entwinden.

Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats und gegen den Ententeimperialismus ist mit der russischen Sowjetregierung das vollkommenste und innigste Bündnis zu schließen.

Budapest am 21. März 1919.

Für die Ungarländische Sozialdemokratische Partei:
Eugen Landler, Jakob Weltner, Sigmund Kunfi, Josef Pogány, Josef Haubrich.

Für die Partei der Kommunisten Ungarns:
Béla Kun, Béla Szánto, Béla Vágó, Franz Jancsik, Karl Vantus, Eduard Chlepko, Ernst Seidler, Josef Rabinovits.

Der Parteiausschuß trat ½4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, in welcher Garbai den Beschluß der Parteileitung unterbreitete. Während der Sitzung des Parteiausschusses kamen die Delegierten der Partei mit der Nachricht über die Vereinbarung an. Während der Rede Garbais bat mich der Staatssekretär des Volkswohlfahrtsministeriums, Zoltán Rónai, ein ungewöhnlich ge-

bildetes und seit einer Reihe von Jahren treues, aber immer bescheidenes Mitglied der Partei, mit dem Schrecken der Verzweiflung, die Katastrophe im letzten Augenblick auf welchem Wege auch immer zu verhindern.

Die Einzelheiten der Vereinbarung waren mir noch unbekannt, die von Augenblick zu Augenblick und von Stunde zu Stunde eingelangten Meldungen machten mir jedoch klar, daß von nun an den schriftlichen Vereinbarungen und Korporationsbeschlüssen keine große Bedeutung zukommt. Draußen in der Stadt entglitt der Hand der sozialdemokratischen Partei unter der Wirkung der Vorfälle der letzten zwei Tage jede Macht und Führung. Dessenungeachtet setzte ich mich dem Versuch Rónais im Interesse einer anderweitigen Lösung nicht entgegen, obwohl ich persönlich nicht viel von diesem Schritte erwartete.

Rónai ergriff das Wort und beantragte die Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung ohne jedes Kompromiß mit den Kommunisten. Seine Worte verloren sich jedoch in der allgemeinen Ungeduld, und er konnte sich kaum Gehör verschaffen. In ähnlichem Sinne sprach noch Dr. Otto Róth, ein alter Führer der südungarischen Parteibewegung, natürlich unter noch größerem Lärm und mit noch weniger Erfolg.

Das reißende Tempo der Ereignisse konnte nunmehr auch vom Parteiausschuß nicht gemäßigt werden. Diese exklusivste Körperschaft der Partei, die lauter alte Gewerkschafts- und Parteiführer zu Mitgliedern hatte, nahm den Vorschlag der Parteileitung in der Angelegenheit des Kompromisses mit den Kommunisten und der Bildung der Regierung mit allen gegen die Stimme Dr. Otto Róths einstimmig an.

XXVIII.

Consummatum est . . .

Von der Sitzung des Parteiausschusses mußte ich in den bereits versammelten Ministerrat, wo die demissionierte Regierung ihre letzte formelle Sitzung abhielt und in laufenden administrativen Angelegenheiten sowie in der Frage der Abschiedsernennungen Beschlüsse faßte.

Wie wenig die bürgerlichen Mitglieder der Regierung in diesem Augenblick wußten, daß die Proklamation der Proletarierdiktatur vor der Türe stehe, und wie wenig die Regierung eine Vorstellung davon hatte, was da kommen werde, und was das Kompromiß mit den Kommunisten in Wirklichkeit bedeute, zeigen am besten die unten mitgeteilten Punkte der Tagesordnung dieses Ministerrates, der am 21. März, eine Stunde vor der Proklamation der Diktatur, abgehalten wurde.

1. Verlesung der Antwortnote an Vyx.
2. Ernennungen im Außenministerium.
3. Ernennung im Ministerium für Volkswirtschaft.
4. Ernennungen im Finanzministerium.
5. Personalzuschlag der Minister, monatliche Arbeitshonorare der Staatssekretäre.
6. Ernennungen in der Kirche.
7. Ernennung zur Inventierung der Safes.
8. Inanspruchnahme der Vorräte von Kleider-, Wäsche- und Schuhgeschäften.
9. Versorgung von Kriegsgefangenen und Soldaten mit Kleidern.
10. Kapitalserhöhungen.
11. Feststellung des Statuts in der Detektivkorporation der Staatspolizei.
12. Erhöhung der Pension der Honvédwitwen und -waisen der 1848—1849er Kriege.
13. Ernennungen im Religionsministerium.

14. Ausbau von Eisenbahnlinien aus staatlichen Mitteln zwecks Beschäftigung der erwerbslosen Ingenieure und Arbeiter.

15. Internierung des Redakteurs Zoltán Szikora.[1]

Eine Regierung, die die Macht absichtlich an die Diktatur des Proletariats abtreten will, befaßt sich in der letzten Stunde nicht mit kirchlichen oder sonstigen Beförderungen und ähnlichen Lappalien.

Die gegen Michael Károlyi erhobene Beschuldgiung, er „habe die Macht den Bolschewiken übergeben", ist eine naive, kindische Vorstellung, da in revolutionären Zeiten um die Macht nicht gefeilscht werden kann, und außerdem eine schändliche Fälschung der historischen Tatsachen. Károlyi erfuhr die Proklamierung der Diktatur erst n a c h der Sitzung des Arbeiterrates. Die in rasendem Tempo dahinstürmenden Ereignisse fegten ihn einfach von seinem Posten hinweg. Er selbst war nicht e i n m a l f o r m e l l geneigt, die Machtübergabe zu unterzeichnen.

Die mit der Unterschrift Károlyis am 22. März 1919 veröffentlichte Proklamation, in der er „die Macht dem Proletariat übergibt", wurde von anderen verfaßt, ohne daß er hierzu seine Einwilligung erteilt hätte. Die Proklamation wurde von Károlyi nie unterfertigt. Ja, er verbat deren Veröffentlichung in der Gegenwart mehrerer Zeugen, und sie wurde in den Blättern wider seinen Willen veröffentlicht. Sein Name wurde einfach unberechtigterweise unterschrieben.

Der großmütige Károlyi machte die Einzelheiten dieser Angelegenheit erst drei Jahre nach dem Sturz der Revolution (auch die sozialdemokratischen Führer der Diktatur erfuhren sie erst nach Jahren) und auch dann nur einigen vertrauten Freunden bekannt, da er die Lage der im Kerker des weißen Terrors schmachtenden Beteiligten nicht erschweren wollte.

* *
*

Die Ernennung einiger in der späteren Konterrevolution große Rollen spielenden, seinerzeit noch „revolutionstreuen" Beamten verdient auch hier mitgeteilt zu werden.

---

[1] Protokoll des Ministerrates vom 21. März 1919.

Ministerialrat Wilhelm Paul Tomcsányi, der berüchtigte Justizminister der Konterrevolution, wurde zum stellvertretenden Staatssekretär, Josef Tolvay-Takács zum Gesandtschaftsrat I. Klasse, Franz Neubauer (ein Protektionskind Stephan Szabós) zum Ministerialrat, Staatsanwalt Eugen Pongrácz, Gerichtshofpräsident Anton Stocker, Dr. Nikolaus Olen und Andreas Kozma zu Kurialrichtern, Dr. Alexander Szekeres und Julius Gönczy zu Gerichtstafelpräsidenten, Dr. Joseph Vass und Dr. Alois Wolkenberg zu ordentlichen öffentlichen Universitätsprofessoren, Béla Tury und Redakteur Alois Izsóf zu Domprälaten, Dr. Anton Zcöke und Wilhelm Balog zu Ministerialsekretären, Dr. Karl Milec und Dr. Stephan Balla zu Sektionsräten, Theodor König zum stellvertretenden Staatssekretär, Dr. Aladár Borsy zum Sektionsrat, Alexander Beneth, Alfred Németh und Heinrich Fabró, die Direktoren des ungarischen Korrespondenzbureaus, sowie Armin Barát zu Ministerialräten, Dr. Ludwig Jakab, Andreas Konkoly-Thege, Koloman Czászár, Karl Jakobi Roland, Nikolaus Székely jun. zu Ministerialkonzipienten, Julius Gyurkovits, Emil Füzesséry, Desider Mocár, Elemér Kund, Karl Janda zu Ministerialsekretären, Dr. Joseph Semsey und Dr. Desider Kolozsváry zu Sektionsräten im Ministerium, Dr. Stephan Vicián, Wilhelm Mihályffy, Dr. Albrecht Fáy — „da genannte Beamte ihren Amtspflichten jederzeit mit anerkennenswertem Eifer und exemplarischem Fleiß nachgekommen sind" — zu stellvertretenden Staatssekretären, der Regierungskommissär von Hódmezövásárhely, Béla Kun, zum politischen Staatssekretär, endlich die Detektivaufseher Karl Benyovszky, Hugo Kalmár, Georg Szentmiklóssy, Desider Dániel zu Detektivchefstellvertretern und die Detektivaufseher Ladislaus Enyedy, Karl Tallián, Georg Emesz, Géza Bialoszkurszky, Ladislaus Angyal, Joseph Tálos, Julius Magyary und Johann Csiszér zu Detektivoberaufsehern ernannt.[1]

Nach dem Sturz der Revolution wurden diese von der Revolution um Ernennung und Einkommen bettelnden „eifrigen" Beamten zu den blutrünstigsten Revolutionsverfolgern.

[1] Protokoll des Ministerrates vom 21. März 1919.

Nach Erledigung der Ernennungen beschloß die abtretende Regierung einstimmig, die Wahlen angesichts der Lage aufzuschieben.

Zum Schluß der Verhandlungen ersuchten Kunfi und ich im Sinne der Resolution des Parteiausschusses die Regierung, den eingekerkerten Béla Kun und seine Genossen zu entlassen. Justizminister Alexander Juhász-Nagy wollte die Durchführung dieses Antrages der neuen Regierung überlassen, wir aber ersuchten ihn, den Staatsanwalt sofort zur Entlassung der Gefangenen aufzufordern, um etwaigen überflüssigen Gewaltakten vorzubeugen.

Die Regierung faßte auf Grund unserer Anträge ihren Beschluß. Wie dringend dieser war, das sollten erst die Folgen lehren. Staatsanwalt Albrecht Váry ersuchte in der größten Verzweiflung bereits nach 6 Uhr den Stadtkommandanten Paul Moór, schleunigst ein Automobil zu verschaffen und mit ihm ins Sammelgefängnis zu fahren, da man befürchten müsse, daß die vor dem Sammelgefängnis sich zusammenrottende Menge Béla Kun und Genossen mit Gewalt befreien werde. Váry und Moór fuhren zum Sammelgefängnis, und hätten sie sich nur um eine halbe Stunde verspätet, so wäre die gewaltsame Befreiung bereits erfolgt. Staatsanwalt Váry, der Sozialistenverfolger, der nachmalige Henkerstaatsanwalt, ein treuer Diener jeder Regierung, begrüßte „die aufgehende rote Sonne" — wie ich von Béla Kun erfahren habe — mit tief ergreifenden Worten.

* *
*

Noch während der Dauer des Ministerrates überreichte mir Garami einen Brief, in dem er auf seine Mitgliedschaft in der Parteileitung infolge des Kompromisses mit der kommunistischen Partei verzichtete. Er ersuchte mich, den Brief der Sitzung der Parteileitung vorzulegen. Nach Abschluß des Ministerrates kam Zoltán Rónai mit der Nachricht, daß im Sinne des Kompromisses mit den Kommunisten der Name der Partei abgeändert und die einheitliche Partei keine sozialdemokratische, sondern „sozialistische" Partei sein werde. Unter dem Eindruck dieser Nachricht verlangte Garami den mir übergebenen Brief außerordentlich aufgeregt zurück und verfaßte einen neuen, in dem er erklärte, daß er nicht nur als Mitglied der Parteileitung zurücktrete, sondern auch aus dem Verband der

Partei austrete. Ich beschwor Garami, seine Absicht zu ändern, er blieb aber unerbittlich. Volkswohlfahrtsminister Peidl erklärte, daß er sein Mandat in der Parteileitung ebenfalls niederlegen und sich von der Arbeiterbewegung zurückziehen werde.

Der Rücktritt der zwei verdienstvollen alten Kämpfer übte eine erschütternde Wirkung auf mich aus, doch war kein individueller Wille oder Entschluß der Gewalt der Ereignisse gewachsen.

Um 7 Uhr abends legte Garbai dem Arbeiterrat die Resolution der Parteileitung und des Parteiausschusses vor, die von den in voller Anzahl anwesenden Arbeiterräten mit beispielloser Begeisterung angenommen wurde.

Inmitten des allgemeinen Jubels blickten wir, eine kleine Gruppe alter Parteimänner, in trauriger Verzweiflung auf die jauchzende Menge. Wir fühlten, daß in diesem Freudenrausch die seit Jahrzehnten in mutigen Kämpfen und Opfern großgewordene, uns so unendlich teuere sozialdemokratische Partei begraben werde und wir eine Reihe von harten und gefahrvollen Kämpfen zu gewärtigen hätten.

Von der Sitzung des Arbeiterrates wollte ich mich mit Karl Payer, Anton Szakasits und Ernst Markovics in das Parteisekretariat begeben. An der Ecke der Ringstraße und der Andrássystraße wurde unser Wagen von einer bewaffneten Menge aufgehalten und auf die Aufforderung Payers, uns passieren zu lassen, da der Kriegsminister in das Parteisekretariat wolle, wurde eine Scheibe unseres Wagens unter unflätigen Flüchen eingeschlagen. Diese Einleitung der Diktatur verhieß mir wenig Gutes und war sicherlich nicht geeignet, mir Vertrauen einzuflößen.

Nach meiner Ankunft im Parteisekretariat wurde ich von Oberstleutnant Vyx, der mich bereits seit 4 Uhr verzweifelt gesucht hatte, zum Telephon gerufen.

Ein kurzes Telephongespräch machte mir die erbärmliche Feigheit dieses ruchlosen Soldaten erst recht klar. Derselbe Oberstleutnant Vyx, der vor dreißig Stunden noch mit dem Präsidenten, Ministerpräsidenten und Kriegsminister des ihm gegenüber immer loyalen, demokratischen Ungarn mit beispiellosem Eigendünkel und der herrischen Selbstüberhebung des Siegers und Machthabers verhandelt hatte, schlug jetzt den winselnden Ton eines schüchternen

Kindes an und bat mich flehentlich, eine bewaffnete Wache zu seinem Schutz zu bestimmen. Er gab sich sogar Mühe, mich zu überzeugen, daß er für die Ereignisse nicht verantwortlich sei.

Tiefe Erbitterung und Verachtung erfüllten mich angesichts dieser widerlichen Feigheit. Ich ließ mich in keine wie immer gearteten politischen Verhandlungen mit ihm ein, beruhigte ihn aber, daß ich geneigt sei, ihm das Leben zu retten — das Leben des Mannes, der eine freie, entwicklungsfreudige Republik gewissenlos und schadenfroh ins Verderben stürzte und das unglückliche Volk Ungarns in einen furchtbaren Abwehrkampf zu treiben für gut hielt.

Die Wohnung Vyx' in der Andrássystraße wurde noch rechtzeitig unter bewaffneten Schutz gestellt. Einige Minuten nach Ankunft der Soldaten war das Haus bereits von einer drohenden Menge umgeben, und wäre die Rettung nur um ein Geringes später gekommen, so hätte Herr Vyx den Schauplatz seiner ruhmlosen Tätigkeit kaum mit heiler Haut verlassen.

In den Nachmittagsstunden, noch vor der Beschlußfassung des Parteiausschusses, wurden die Straßen von bewaffneten Haufen durchkreuzt, Autos beschlagnahmt und einige öffentliche Gebäude besetzt.

Während der Beratung der Minister meldete der Inspektionsoffizier im Kriegsministerium telephonisch, daß das Kriegsministerium von bewaffneten Soldaten besetzt wurde. Ich ließ den Führer der Soldaten zum Apparat rufen und forderte ihn auf, das Kriegsministerium sofort zu räumen, da ich sie widrigenfalls mit militärischer Gewalt entfernen werde.

Nach dieser erzürnten Drohung wurde ich durch die Überlegung, daß ich für den Fall einer Weigerung der Soldaten, diesem Befehl nachzukommen, kaum irgendeine militärische Kraft zu ihrer Vertreibung gefunden hätte, etwas nachdenklich gestimmt.

Diese scheinbar bedeutungslosen Zwischenfälle beweisen, daß der Wortlaut der im Sammelgefängnis abgeschlossenen schriftlichen Vereinbarung, die Resolution der Parteileitung, des Parteiausschusses und des Arbeiterrates eigentlich bloße Formalitäten waren, die nur die faktische Lage nach außen sanktionierten. Die wesentliche historische Bedeutung dieser Formalitäten liegt darin, daß sie den sonst unvermeidlichen blutigen Bürger- und Bruderkrieg vereitelten.

* * *

Das Ministerium wurde in der gefährlichsten und zugespitztesten innerpolitischen Lage durch die von Vyx geschleuderte Bombe gestürzt. Zwei Tage vor dem im Ausbruch begriffenen Bolschewikenputsch traf die Regierung noch Vorsichtsmaßregeln. Mit einem Schlage blieb aber das Land ohne Führung. Der Putsch konnte sich rüsten. Am 21. März ist noch immer keine Regierung da. Und es gibt keine andere Wahl als den Bürgerkrieg oder einen letzten Versuch, mit der proletarischen Einheitsfront die Rettung des Landes und der Revolution zu versuchen — wenn solche Rettung überhaupt noch möglich war.

Und die sozialdemokratische Partei rettete das Land mit Aufopferung ihrer eigenen Existenz zum zweitenmal vor dem blutigen Schrecken eines Bürgerkrieges.

* *

*

Obzwar gar nichts daran auszusetzen wäre, wenn die Führer einer Proletarierpartei in gewissen Situationen sich bemühen, die Einigkeit des Proletariats herzustellen, muß ich dennoch — im Interesse der historischen Wahrheit — die aus verschiedenen Quellen stammenden Legenden, welche sich auf die Vereinbarung mit den Kommunisten beziehen, auf den gehörigen Wert herabsetzen.

Es ist nicht wahr, daß die Mitglieder des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei, oder deren kompetenten Faktoren v o r dem 20. März Verhandlungen oder nur Besprechungen mit der kommunistischen Partei betreffend einer Verständigung, Vereinigung, gemeinsamen Regierung oder gar im Interesse der Ausrufung der Proletarierdiktatur geführt hätten. Wenn einzelne unbefugte Personen „unterhandelt" haben, waren dies unbedeutende Privataktionen, welche mit dem Übereinkommen am 20. März in gar keinem Zusammenhange gestanden sind und darauf keinen Einfluß ausübten.

Es ist nicht wahr, daß die Kopie des Briefes, in welchem Béla Kun den Standpunkt der kommunistischen Partei über die Herstellung der proletarischen Einigkeit schildert, an Emanuel Buchinger, an Landler und an mich — wie es Ignaz Bogar in der Broschüre „Dokumente der Einheit" erzählt — übergeben wurde. Ich habe den Brief nur in der erwähnten Broschüre, und zwar drei

Monate n a c h der Proklamierung der Diktatur gelesen, und von der Existenz des Briefes vorher nie gehört. Meines Wissens hat auch weder Buchinger noch Landler den Brief jemals erhalten.

* *

*

Consummatum est . . . Die hoffnungsvolle Oktoberrevolution fiel. Sie fiel, weil sie nicht stark genug war, die von drei Seiten auf sie einstürmenden Trommelfeuerangriffe abzuwehren. Sie fiel als Opfer des gegenrevolutionären Nationalismus, der bolschewistischen Agitation und der böswilligen Wühlarbeit der Entente.

Die Oktoberrevolution wird von den täglich heftigeren Angriffen auf immer schmälere Basis gedrängt, sie verliert immer größere Schichten der Bevölkerung. Ihr Programm, ihre Zwecke erheischten Verständnis, Geduld, Opferbereitschaft, demokratischen Willen, Einsicht, klassenbewußte Organisation und die politische Schulung der Massen. Leider fehlte es ihnen gerade an diesen notwendigsten Eigenschaften.

Im entscheidenden Augenblick verfehlte auch der von bürgerlich-konterrevolutionärer Seite genährte Nationalbolschewismus seine Wirkung nicht. Die am 19. mittags erschienene Nummer des bürgerlichen Blattes „Az Est" veröffentlicht an auffallender Stelle mit faustdicken Überschriften eine spaltenlange Nachricht, derzufolge die Bolschewiken in Südrußland, in der Ukraine und in Polen siegreich vordrängen. Kiew, Cherson und Nikolajew seien bereits besetzt. An anderer Stelle veröffentlicht dasselbe Blatt mit noch größeren Lettern die Nachricht eines großen bolschewistischen Sieges und behauptet, daß die russische Sowjetarmee im Vormarsch gegen Rumänien sei und ihre Vortruppen bereits vor Lemberg und Odessa stünden. Es ist unleugbar, daß der in reißendem Tempo zunehmende Bolschewismus und Nationalbolschewismus durch diese zwei Nachrichten erheblich an Boden gewann . . .

DIE RÄTEREPUBLIK

XXIX.

Die ersten Stunden.

Am 21. März, 7 Uhr abends . . .

Nach zweitägigen, aufregenden Verhandlungen gingen wir daran, eine der neuen Lage gewachsene Regierung zu bilden. Die Führer der sozialdemokratischen Partei erwarteten die aus dem Sammelgefängnis geholten Kommunistenführer im Parteisekretariat. Ein Gefühl der Unsicherheit, eine innere Aufregung bemächtigte sich unser. Wir wußten bereits, daß der Sturm der Ereignisse die Zügel unseren Händen entriß — doch wir blieben auf der Kommandobrücke des sturmgepeitschten Schiffes, um mit einer letzten Anstrengung das noch Rettbare zu retten.

Vor der Ankunft der Kommunisten überlegten wir die Lage. Wir versuchten zu erraten, was da kommen werde. In diesem historischen Augenblick hatte kein einziger von uns eine Ahnung davon, wohin der Strom der Ereignisse uns, das Land und die Arbeiterklasse hintreiben werde.

Um 8 Uhr abends erschienen die Kommunisten, Béla Kun voran. Der Einzug der neuen Führer machte einen traurigen, niederschmetternden Eindruck auf uns. Die meisten waren uns völlig unbekannt. Sie waren neue, nie gesehene Erscheinungen in der Arbeiterbewegung und in der Revolution. Sie waren vor der Revolution entweder ganz neutral gewesen, oder aber sie hatten den Sozialismus und die Sozialdemokratie an einer feindlichen Front, in der Schwarmlinie der bürgerlichen Parteien befehdet. Und nun sollten diese die neuen Führer sein, und die an gewaltigen Kämpfen und Opfern der Vergangenheit so reiche sozialdemokratische Partei lag zusammengebrochen, besiegt zu ihren Füßen.

Nach einer kühlen Vorstellung schritten wir zu den Vorbereitungen zur Bildung der Regierung. Man war einmütig der Ansicht, daß die Regierung aus Sozialdemokraten zusammengestellt und nur das Portefeuille des Außenministeriums Béla Kun überlassen wer-

den müsse, um das Bündnis mit der russischen Räterepublik auch nach außen zu dokumentieren. Auf Grund einer Rücksprache mit Kunfi schlug ich vor, Michael Károlyi zur Beibehaltung seines Postens als Präsident der Republik aufzufordern. Mein Vorschlag — der am wohlwollendsten von Kun aufgenommen wurde — wurde von allen abgelehnt. Heute sehe ich bereits selbst ein, daß die Präsidentschaft Károlyis unter den gegebenen Umständen eine schwere Belastung der Idee der Oktoberrevolution gewesen und auch der neuen Revolution nicht zustatten gekommen wäre, abgesehen davon, daß Károlyi die ihm zugemutete Rolle in der Räterepublik nicht angenommen hätte. —

Bereits bei der Bildung der Regierung wurde uns die objektive Überlegenheit der Kommunisten in der neuen Lage klar. Die flügellahmen, in ihrem Glauben erschütterten, durch die unverschuldete Niederlage entmutigten Sozialdemokraten ließen sich nur schwer zur Übernahme eines Portefeuilles bewegen. So planten wir also einen Rückzug der alten Führer, um den sieghaften neuen Führern Platz zu machen. Dieser Rückzug wäre in jeder Beziehung berechtigt und begründet gewesen. Sie schmähten uns, verleumdeten uns, die Massen waren für ihre Ideen begeistert, sie siegten, folglich mußten sie auch die Führung übernehmen. Weltner weigerte sich so gut wie Kunfi, ein Portefeuille zu übernehmen, Erdélyi konnte nur nach stundenlanger Überredung zur Überzeugung gebracht werden, daß er auf dem Gebiete der Volksernährung unentbehrlich sei, und ich forderte selbst nach seiner Zustimmung, daß man mich im Dienst der Partei oder irgendeiner Gewerkschaft belasse. Ich wollte nach einer fünfmonatigen Überbürdung im Staatsdienst durchaus keinen führenden Posten mehr annehmen. Angesichts dieser historischen Tatsache nimmt sich die Beschuldigung der Kommunisten, die Sozialdemokraten hätten das Kompromiß mit den Bolschewiken nur deshalb abgeschlossen, um an der Macht zu bleiben, recht merkwürdig aus.

Béla Kun wollte uns um jeden Preis dazu bewegen, in die Regierung einzutreten. Er wagte es nicht, ohne die vor kurzem noch geschmähten Sozialdemokraten eine Regierung zu übernehmen, da er wohl wußte, daß diese ohne deren Erfahrung, organisatorische und moralische Überlegenheit unter der Führung der kommunistischen Maulhelden schnell zusammenstürzen müsse.

Endlich wich unsere Opposition einer besseren Einsicht. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß unser Rückzug den schnellen Sturz der Revolution, den Sieg der Konterrevolution und letzten Endes den Bürgerkrieg herbeiführen und den opferbereiten Verzweiflungsschritt der Arbeiterklasse von vornherein jeder Aussicht auf Erfolg berauben müsse. Der Arbeiterschaft stand ein Kampf auf Leben und Tod bevor — wir alle hatten die Pflicht, der Revolution mit Zurücksetzung unserer persönlichen Gefühle nach bestem Können behilflich zu sein.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten übernahmen die Kommunisten freudig jede Regierungsstelle. Mit Berufung auf das russische Beispiel forderten sie, daß jedem Volkskommissär zwei Stellvertreter beigegeben werden, die dem Regierungsrat als Mitglieder angehören sollten. So wurde der sozialdemokratische Charakter der Regierung auf Umwegen unwirksam gemacht, indem jedem sozialdemokratischen Volkskommissär kommunistische Stellvertreter beigesellt wurden. Der ziffernmäßige Einfluß der Sozialdemokraten wurde derart bereits in der ersten Stunde reduziert.

Indessen hatten sie neben der zahlenmäßigen Majorität eine noch stärkere Waffe. Mehrere von ihnen hatten sich unter Béla Kuns Führung an der russischen Revolution beteiligt. Bei allen Schritten der dieselbe Richtung einschlagenden ungarischen Revolution konnten sie sich den in Sowjetfragen unorientierten Sozialdemokraten gegenüber auf ihre Sowjeterfahrungen berufen. Außerdem hing auch die russische Hilfe, die einzige Basis der auf nationalbolschewistischer Grundlage stehenden Revolution, von ihnen ab, und so war ihr Einfluß, ihre führende Rolle im Regierungsrat von vornherein gewährleistet. Der neue Regierungsrat wurde aus folgenden Volkskommissären zusammengestellt:

Präsident: Alexander Garbai. Volkskommissär für Inneres: Eugen Landler. Stellvertreter: Béla Vágó. Kollegium für Ackerbau: Alexander Csizmadia, Karl Vántus, Eugen Hamburger, Georg Nyisztor. Volkskommissär für Finanzen: Eugen Varga, Stellvertreter: Béla Székely. Volkskommissär für Unterricht: Siegmund Kunfi, Stellvertreter: Georg Lukács. Volkskommissär für Arbeitswesen: Desider Bokányi, Stellvertreter: Rudolf Fiedler. Volkskommissär für Äußeres: Béla Kun, Stellvertreter: Péter Ágoston. Volkskommissär für Handel: Eugen

Landler (provisorisch), Stellvertreter: Matthias Rákosi, Joseph Haubrich. Volkskommissär für Kriegswesen: Joseph Pogány, Stellvertreter: Béla Szántó, Tibor Szamuely. Volkskommissär für Justiz: Zoltán Rónai, Stellvertreter: Stefan Ládai. Volkskommissär für Sozialisierungen: Wilhelm Böhm, Stellvertreter: Julius Hevesi, Anton Dovcsák. Deutscher Volkskommissär: Heinrich Kalmár. Ruthenischer Volkskommissär: Orest Szabó. Volkskommissär für Volksernährung: Maurus Erdélyi, Stellvertreter Arthur Illés.

Der revolutionäre Regierungsrat ernannte zu Volkskommissären für die Hauptstadt: Alexander Vince, Maurus Preusz, Alexander Dienes. Zu politischen Volkskommissären bei der Polizei, der Schutzwache und der Volkswehr: Desider Biró und Ernst Seidler[1].

Die erste Rollenverteilung der großen Tragödie war beendet.

Zur Verhinderung der Anarchie in der Stadt erließ der eben gebildete Regierungsrat noch am selben Abend zwei Verordnungen: in der ersten wird das Standrecht über diejenigen verhängt, die sich den Befehlen der Räterepublik bewaffnet entgegensetzen, zum bewaffneten Aufstand aufreizen, rauben oder plündern; die zweite verfügt das unbedingte Alkoholverbot.

Auch Béla Kun wurde also zum Anhänger der revolutionären Ordnung! Jetzt war das Standrecht der Revolution auch für ihn kein weißer Terror mehr!

---

[1] Vgl. „Népszava" vom 22. März 1919.

XXX.

Die Errichtung der Diktatur.

Das Gesetz der Vererbung gilt für Gesellschaften und Klassen ebensogut wie für das individuelle Leben organischer Wesen. Die kulturellen und wirtschaftlichen Beschaffenheiten, Tugenden und Sünden einzelner Klassen und Institutionen der Ahnen und Vorfahren, der früheren Gesellschaften vererben sich auf die folgenden Klassen und Gesellschaften und drücken ihr Merkmal der Zukunft auf. Das ganze Elend des alten Ungarn, die Kulturlosigkeit seiner Bevölkerung, der Mangel an politischer Schulung, die bei jedem Schritt fühlbare Unzulänglichkeit der revolutionären Einzelkräfte und vor allem der zugespitzte Klassenkampf und der aufflammende Nationalismus äußerten sich in der am 21. März entfesselten Proletarierrevolution in noch höherem Maße als in der Oktoberrevolution.

Der Entschluß der sozialdemokratischen Partei vom 21. März verhinderte zwar die blutige Explosion des Bürgerkrieges, machte auch die tiefgreifende soziale Umwälzung der zweiten Revolution zu einer unblutigen, doch machte sie die den Keim der Konterrevolution in sich tragenden nationalistischen Kräfte nicht unwirksam. Der Auftakt zur Märzrevolution erfolgte bereits im Zeichen des Nationalismus. Wenn auch die Revolution scheinbar die Formen einer sozialen Revolution annahm, in ihren äußeren Formen, inneren Erscheinungen und ihrem Ausbruch war sie durch und durch national - bolschewistisch.

Die Rede des Sozialdemokraten Alexander Garbai, die in der historischen Sitzung des Arbeiterrates am 21. März gehalten wurde, bringt diesen in den Massen wirkenden Nationalbolschewismus deutlich zum Ausdruck.

> Er entwirft ein Bild vom hinterlistigen Vorgehen des Ententeimperialismus, der das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im Augenblick der Verwirklichung zertrat, bespricht die Bestimmungen der am vorhergehenden Tage überreichten

Note Vyx' und die brutalen Bedingungen, mit denen der Ententeimperialismus das republikanische Ungarn erdrosseln wolle. „Wir waren überzeugt, daß die Entente einen gerechten Frieden schaffen werde, der Vyxsche Ukas stößt das alles um. In Paris will man einen imperialistischen Frieden, man will uns die Donau entreißen. Wir müssen die Konsequenzen dieses scheußlichen Vorgehens ziehen. Vom Westen können wir nichts anderes erwarten als ein Friedensdiktat, und dies zwingt uns, darauf zu verzichten, daß es zu einer Wahl kommt, daß wir die Bevölkerung abstimmen lassen. Es gibt keinen anderen Weg, als eine neue Art der Diktatur anzunehmen." Er betont, daß die sozialdemokratische Partei der neuen Richtung durch die Entente zugetrieben worden sei. Diese neue Richtung bestehe darin, daß wir das, was wir vom Westen nicht bekommen können, vom Osten haben wollen. Die bewaffneten Massen der russischen Proletarierscharen seien im Anzug, wir schaffen eine sozialistische Regierung und proklamieren die Diktatur des Proletariats[1].

Die ganze Rede ist vom Gedanken durchdrungen, daß wir uns der Entente gegenüber zur Wehr setzen müßten.

Doch nicht nur der Sozialdemokrat Garbai, auch der Kommunist Béla Kun und der linksstehende Pogány betonen in ihrer Proklamation „An Alle!" den Standpunkt des ausgesprochenen Nationalbolschewismus . . . Dort heißt es:

„Auch außenpolitisch sieht die ungarische Revolution einer vollständigen Katastrophe entgegen. Die Pariser Friedenskonferenz traf die Entscheidung, fast das ganze Gebiet Ungarns militärisch zu besetzen, die Besetzungslinien als endgültige politische Grenzen zu betrachten und somit die Ernährung und Kohlenversorgung des revolutionären Ungarns schlechthin unmöglich zu machen.

In dieser Lage blieb der ungarischen Revolution zu ihrer Rettung ein einziges Mittel übrig: Die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiter und der besitzlosen Bauern.

---

[1] Vgl. „Népszava" vom 22. März 1919.

Die ungarische sozialistische Partei und der revolutionäre Regierungsrat sind sich dessen bewußt, welche Schwierigkeiten und Opfer der ungarischen Arbeiterschaft harren, wenn sie mutig diesen Weg einschlägt. Es heißt, einen Krieg um die Freigabe unserer Lebensmittel und unserer Bergwerke zu führen. Wir müssen um die Freiheit unserer Proletarierbrüder und unsere eigene Existenz kämpfen. Entbehrung, Elend und Leid harren unser auf diesem Wege[2]." . . .

Aufreizung gegen die militärische Besetzung und die endgültige Verstümmelung der politischen Grenzen Ungarns, Ermunterung zum Kampfe gegen die Besatzungstruppen der Entente: auf diesen Grundton ist die von Béla Kun verfaßte und von der sozialistischen Partei unterzeichnete Proklamation gestimmt, nur dieser Ton konnte die ganze Arbeiterschaft, die nationalistisch gesinnte Bauernschaft, ja in den ersten Stunden selbst einen beträchtlichen Teil der im Banne des Nationalbolschewismus stehenden Bürger und Offiziere gewinnen.

Es muß festgestellt werden, daß die Ausrufung der Rätediktatur nicht nur in den Kreisen der Arbeiterschaft eine elementare Begeisterung hervorrief, sondern das neue Regime wurde auch von der Mehrheit des Bürgertums und der Offiziere zumindest in den ersten Stunden mit beispielloser Freude begrüßt. Teils, weil man von der Diktatur die Beseitigung der bisherigen Unsicherheit erhoffte, teils weil gewisse in der Tiefe der Seelen schlummernde Kräfte entfesselt wurden, der bewußte und unbewußte Nationalismus aber durch den Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Zergliederung des Landes befriedigt wurde. Den Angriff der Entente beantworteten die Massen des seit fünf Monaten schmachtenden und um seine Hoffnung auf die Wilsonschen Grundsätze betrogenen Landes mit einem Nationalbolschewismus von so überwältigender Wirkung, daß sich dieser auch der unter russischem Einfluß stehende Béla Kun und Genossen fügen mußte. Derselbe Gedanke kommt in einer zweiten, mit Béla Kuns Unterschrift versehenen Proklamation zum Ausdruck, die an das Proletariat aller Länder gerichtet wurde und nachstehendes enthält:

---

[2] Vgl. „Népszava" vom 22. März 1919.

„Die ungarische Proletarierregierung wurde durch zwei Kräfte geschaffen: Die eine ist der Entschluß der Arbeiter, der besitzlosen Landarbeiter und des Militärs, das Joch des Kapitals nicht länger tragen zu wollen, die andere der Ententeimperialismus, der Ungarn durch die Verstümmelung seines Gebietes seiner Lebensmittel, seiner Rohstoffe und sämtlicher Bedingungen seines Daseins berauben will. Das Ultimatum der Entente, die die sofortige und endgültige Übergabe Ungarns an die rumänische Oligarchie forderte, wurde vom ungarischen Volke mit der Diktatur des Proletariats beantwortet[3]."

Nebst anderen bösen Erbschaften der Oktoberrevolution lastete der Nationalbolschewismus schwer auf der Diktatur des Proletariats, um zuletzt auch diese zweite Revolution des Proletariats niederzureißen und auf ihren Trümmern die Konterrevolution des erlogenen Nationalismus zu errichten.

* *
*

Die Arbeit der Einrichtung ging trotz allen Schwierigkeiten und Hindernissen in flottem Tempo vor sich. Während die größte Gefahr der Oktoberrevolution darin bestand, daß sie an den in Paragraphen gefaßten gesetzlichen Formalitäten des gestürzten Regimes starr festhielt, verfiel die Märzrevolution, um diesen Fehler zu vermeiden, in das andere Extrem und vermeinte ihrer Aufgabe damit gerecht zu werden, daß sie alle Institutionen der alten Ordnung umstieß, um die neue Ordnung aufzubauen. Die Zerstörung und die Entfernung der Grundlagen des alten Regimes war bis zu einer gewissen Grenze eine zweifellos notwendige Arbeit. Allein durch diese Notwendigkeit wird die systematische Arbeit, die den Aufbau erleichtern soll, keineswegs überflüssig.

Die neue Regierung beschloß bereits in der ersten Sitzung des Regierungsrates, Staat und Kirche zu trennen, die Wahl in die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, ferner in die Direktorien der Gemeinden, Städte und Komitate vorzunehmen, die Häuser und Betriebe zu sozialisieren und die Theater in den Dienst der Proletarierkultur zu stellen.

---

[3] Vgl. „Népszava" vom 23. März 1919.

Nach vierundzwanzig Stunden wurde es den Massen somit klar, daß der Regierungsrat neue Wege einschlage, arbeiten wolle und bestrebt sei, seine dem Volk gegebenen Versprechen einzulösen.

Am 23. März hielt die vereinte Partei nach Proklamierung dieser Beschlüsse auf dem Parlamentsplatz eine von mehr als 100 000 Teilnehmern besuchte Massenversammlung ab, in der die Führer beider Parteien das Wort ergriffen. Trotz allen begeisternden Reden und Schreiben bot bereits diese Versammlung ein Bild der Kluft, die die kommunistischen und sozialdemokratischen Mitglieder der neuen Partei voneinander trennte. Die Weltanschauung, die in der neuen Lage zu ergreifenden Maßregeln, die Frage der Rettung der Revolution, deren Tempo: dies waren die hauptsächlichsten Fragen, die sie prinzipiell voneinander trennten, zu denen noch der zügellose Haß der radikalen Elemente in der Kommunistenpartei gegen die Organisation und das größere Wissen der Sozialdemokraten trat. Nur in der Frage des Nationalismus gab es zwischen beiden Parteien keinen Meinungsunterschied.

Vor allem hatte die neue Räterepublik zwei äußerst dringende und wichtige Aufgaben: die innere Ordnung zu schaffen und möglichst wertvolle, arbeitsfähige, den Gang der Produktion gewährleistende Proletarier- und Fachelemente in den Dienst der Revolution zu stellen, anderseits eine Rote Armee zum Schutz der Revolution vor inneren und äußeren Feinden zu organisieren.

Die Sicherstellung der inneren Ordnung ist im großen und ganzen nach Beseitigung vorübergehender, größtenteils unbedeutender Zwischenfälle im ganzen Lande gelungen. Das energische Auftreten der Diktatur und das Standrecht zeitigten nach und nach ihre Wirkung und beschwichtigten das sich im Fieber windende Land. Mit der Bewegung der abgerüsteten Soldaten wurde Béla Kun im Bureau des Kriegsvolkskommissariates in meiner Gegenwart kurzerhand fertig. Am Tage nach der Proklamierung der Diktatur erschien eine dreiköpfige Abordnung der abgerüsteten Soldaten bei Kun, zweifellos um den verdienten Lohn ihrer Arbeit entgegenzunehmen. Kun richtete folgende Worte an sie:

> „Jetzt hört ihr auf mit euren 5400 - Kronen - Forderungen, sonst könnt ihr statt 5400 Kronen 5400 Maschinengewehrkugeln bekommen."

Auf diese Elemente übte die Entschlossenheit der Diktatur vorläufig gute Wirkung, doch fanden sie den Weg, um sich wieder geltend zu machen. In noch größerem Maße als zur Zeit der Oktoberrevolution meldeten sich täglich Tausende und aber Tausende neuer Mitglieder in der Partei und den Gewerkschaftsorganisationen. In einigen Wochen erhöhte sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf 1½ Millionen. Da die Mitgliedschaft einer Gewerkschaft während der Revolution auch materielle Vorteile bedeutete, waren alle dunklen Ehrenmänner der Gesellschaft, Abenteurer und Schieber bestrebt, sich in die Partei oder eine Gewerkschaft aufnehmen zu lassen. Selbst Grafen, Barone, Offiziere, Fabrikanten, Großkaufleute, Lebensmittelwucherer wurden plötzlich insgesamt zu Proletariern, ließen sich in die Gewerkschaften inskribieren und trachteten, sich in gesicherten Stellungen unterzubringen, wobei sie das Gewerkschaftsbüchlein für alle Fälle bereithielten.

Aber auch ein anderer Weg bot sich dem Emporkommen revolutionär unverläßlicher Elemente dar. Der Regierungsrat nahm am 24. März den von Pogány, Szamuely und Szántó fertiggestellten unglücklichen Verordnungsentwurf über die Bildung der Roten Armee an. Sie stellten sich auf die Basis der freiwilligen Meldung und Werbung und behielten die durch die Károlyi-Revolution bereits zur Auflösung verurteilte, in revolutionärer Beziehung vollkommen unverläßliche, aus Jugendlichen bestehende Wehrmacht bei. Laut der neuen Verordnung waren für die Armee in erster Reihe organisierte Arbeiter zu werben. Dies bedeutete nur einen Umweg. Die zweifelhaften Elemente, die sich in die Rote Armee aufnehmen lassen wollten, traten einfach einer Gewerkschaft oder sozialistischen Organisation bei, auf Grund ihrer Mitgliedskarte wurden sie dann mit Freude unter die Roten Soldaten eingereiht.

Das von mir als Kriegsminister verwirklichte Prinzip der Werbungen in die Armee, demzufolge nur diejenigen in die Armee aufzunehmen waren, die seit mindestens sechs Monaten Mitglieder einer Gewerkschaft waren, wagte man nicht zu übernehmen, und so wurde die Armee von unverläßlichen Elementen überschwemmt. Für diese bedeuteten die festgesetzten, verhältnismäßig beträchtlichen Bezüge vorderhand eine äußerst angenehme Existenz, um so mehr, als von hier aus die Möglichkeit gegeben war, höhere Positionen zu erlangen.

Zur Förderung der Werbung wurden in den Theatern und Kinos Vorträge veranstaltet, wobei das Publikum zum Eintritt in die Rote Armee aufgefordert wurde. Bei größeren Volksfesten wurde eine ähnliche Propaganda betrieben, Schauspieler und Schauspielerinnen tanzten und sangen, und aus der solcherart herbeigezwungenen Scheinbegeisterung wollten Szántó und Genossen den bewaffneten Schutz einer von Feinden umzingelten Revolution organisieren.

Daß diese Rote Armee Szántós nach dem ersten Angriff zerstob und zerfiel, und daß der Armeekommandant und Béla Kun am 2. Mai gezwungen waren, über diese Armee im Arbeiterrat ein unverblümt abfälliges Urteil zu fällen, war nur eine natürliche Folge der Art und Weise, wie man die Werbung betrieb.

Schritt für Schritt mit der Einrichtung der Diktatur in der Hauptstadt entwickelte man eine ähnliche Arbeit in der Provinz. Überall zeigten sich schon im Keime scharfe Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten, die der Einheit der Partei so gefährlich wurden, daß Béla Kun genötigt war, im Tagblatt der sozialdemokratischen Partei, in der „Népszava", einen „Parteieinheit" betitelten Artikel zu veröffentlichen, in dem er gegen die parteifeindliche Wühlarbeit der ungeduldigen kommunistischen Streber aufs schärfste Stellung nahm.

XXXI.

Die Vorarbeiten der Sozialisierung.

Die Sehnsucht nach Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel lebte teils in klaren, teils in verworrenen Umrissen in der Seele des landwirtschaftlichen wie des industriellen Proletariats. Die jahrzehntelange sozialdemokratische Agitation, das mehrmalige Versprechen der Oktoberrevolution und die intensive Agitation der Kommunisten, die eine sofortige Verwirklichung der Sozialisierung verkündeten, traten im Augenblick der sozialen Umwälzung in der Form nachdrücklicher, unaufschiebbarer Forderungen zu den Aufgaben der Revolution. Die wenigen, in ökonomischen Fragen geschulten Arbeiter waren auch in der Proletarierdiktatur der Schranken der wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten einer Sozialisierung eingedenk, die wirtschaftlich ungeschulten Schichten forderten jedoch rasche Arbeit.

Die Kommunisten hatten nicht den moralischen Mut, der auch ihrer Meinung nach wirtschaftlich unmöglichen hundertprozentigen Durchführung der Sozialisierung zu widerstehen. Sie fürchteten, nach ihrer unverantwortlichen Demagogie unter der Oktoberrevolution, nun in Widerspruch mit ihren Versprechungen zu geraten.

Doch rasche Arbeit wurde in erster Linie auch durch den Umstand gefordert, daß die Ungeduld der nun im Besitz der vollen Macht stehenden Massen von Stunde zu Stunde größer wurde und eigenmächtige Handlungen auf dem Gebiet der anarchistischen Sozialisierungen immer häufiger wurden. Alle Aufforderungen und Mahnworte des Regierungsrates und der Parteiorgane waren vergeblich. Die Arbeiter vertrieben einen alten Besitzer nach dem andern und bemächtigten sich einfach der Leitung des Betriebes.

Diese Anarchie wurde durch die gierige, naive, unwissende und letzten Endes den Bestand der Revolution gefährdende Hysterie einzelner Volkskommissariate, die um jeden Preis handeln wollten, noch erheblich gesteigert.

Ein Stellvertreter des Volkskommissärs für Sozialisierung, Matthias Rákosi, erließ eine Verordnung, die bereits in der Nacht vor dem 23. März die Mauern der Häuser verunstaltete, und in der verfügt wurde, daß sämtliche Läden, bis auf die Lebensmittelhandlungen, Apotheken und Tabakverschleiße, sofort zu schließen und Waren bis auf weiteres nur mit Bewilligung des Volkskommissariates zu verabreichen seien. „Dawiderhandelnde werden vor das revolutionäre Tribunal gestellt und mit dem Tode bestraft."

Diese aufs Geratewohl erlassene Verordnung rief maßlose Konsternation hervor. Die Kleinkaufleute und Geschäftseigentümer wurden durch diese Verordnung nach den ersten achtundvierzig Stunden geradeswegs in die Arme der Konterrevolution getrieben. Außerdem legte sie den Warenverkehr vollkommen lahm. Bis zum Sturz der Diktatur wurden die Geschäfte auch nicht mehr geöffnet.

Vergeblich war die nach einigen Stunden erlassene Ergänzungsverordnung. Nutzlos blieb auch die vierundzwanzig Stunden später erlassene Verordnung, die von der Notwendigkeit der Inventierung und gerechten Verteilung der Warenvorräte sprach und verfügte, daß nach Aufnahme des Inventars sämtliche Geschäfte bis längstens 1. April wieder zu eröffnen seien, all dies war umsonst, da die überflüssigerweise mit der Todesstrafe drohende „Sozialisierungsinitiative" jeden Geschäftsverkehr lahmlegte. Die verhängnisvolle, leichtfertige Verordnung Rákosis, eines in der Arbeiterbewegung bislang unbekannten und unerfahrenen jungen Mannes, versetzte dem Wirtschaftsleben der Diktatur einen schweren Schlag.

Eine natürliche Erscheinung des sozialen und wirtschaftlichen Umsturzes ist, daß die individuellen Aktionen und Willkürlichkeiten in den ersten Tagen inmitten des allgemeinen Wirrwarrs und der Anarchie unvermeidlich sind. Diese Symptome zeigten sich vom ersten Tage an auch in Ungarn. Der Regierungsrat war bestrebt, ihnen mit äußerst strengen Maßnahmen zu steuern. Er verbot die unberechtigten Requisitionen, ordnete die Verhaftung der eigenmächtig „Kommunisierenden" an, untersagte unberechtigte Hausdurchsuchungen und traf die Verfügung, daß alle, die sich derartige Verbrechen zuschulden kommen lassen, vor das Revolutionsgericht zu stellen und mit Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren, einer Geldbuße von 50 000 Kronen, in besonders schweren Fällen sogar mit dem Tode zu bestrafen seien.

Man mußte Ordnung schaffen, um die systematische wirtschaftliche Arbeit aufnehmen zu können.

Sechs Tage nach der Proklamierung der Diktatur, am 27. März, erschien bereits die Regierungsverordnung, die die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel einleiten sollte. Einen Tag später ergriff der Regierungsrat im Namen des Proletarierstaates den Besitz der Geldinstitute.

Die Sozialisierung der Geldinstitute war die Vorbedingung aller weiteren Versuche zur Vollsozialisierung. Unter der Herrschaft des Kapitalismus sind die das Finanzkapital vertretenden Geldinstitute Eigentümer oder Geldquellen der industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen. Man mußte sich also in erster Linie der Geldquellen der Unternehmungen bemächtigen, damit nach durchgeführter Sozialisierung die Rohstoffversorgung der Unternehmungen keinen Störungen ausgesetzt sei.

Die Frage der Entschädigung der alten Eigentümer blieb vorderhand offen. Der Regierungsrat wollte das rasche Vorgehen nicht durch die Frage der Entschädigung komplizieren, anderseits aber wollte er mit Rücksicht auf die Auslandsinteressen keine überflüssigen Konflikte heraufbeschwören.

Die Verordnung über die Sozialisierung der Geldinstitute beschlagnahmte die bei den Geldinstituten befindlichen Einlagen und Kontokorrents. Jeder Klient durfte monatlich nur 10 Prozent der Einlage beheben, die aber den Betrag von 2000 Kronen (zu jener Zeit eine beträchtliche Summe) nicht übersteigen durften. Für Arbeitslöhne, Beamtengagen, Rohstoffeinschaffungen waren die Einlagen unbeschränkt zu verwenden.

An die Spitze der sozialisierten Geldinstitute ernannte der Volkskommissär für Finanzen aus der Reihe der höheren Beamten der Banken einen beauftragten Kontrolleur, dem die bei dem betreffenden Geldinstitut angestellten Beamten ein kontrollierendes Direktorium beigaben.

Eine ähnliche grundsätzliche Bedeutung kommt der Verordnung zu, durch die der Regierungsrat die provisorische Verwaltung und Kontrolle der Industrie-, Bergwerks- und Verkehrsbetriebe regelte. Diese Verordnung war der erste Schritt zur Durchführung der Sozialisierung. Vorderhand verfolgte sie nur den Zweck, die zu

sozialisierenden Betriebe der Kontrolle der dort beschäftigten Arbeiter und Beamten zu unterstellen.

Neben der Enteignung des Großgrundbesitzes war zweifellos die Sozialisierung der Betriebe die schwerste aller ihrer Lösung harrenden Aufgaben. Für diejenigen, die über einige wirtschaftliche Praxis verfügten, konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Sozialisierung der Produktion mit einem einfachen Machtwort nicht erledigt werden könne. Die Ergreifung des Besitzes von Betrieben für das an die Macht gelangte und über Waffengewalt verfügende Proletariat ist außerordentlich leicht: dies bedeutet aber noch lange nicht die Lösung des Sozialisierungsproblems. Die Besitzergreifung ist schlechthin eine Machtfrage, während die Sozialisierung eine äußerst verwickelte Reihe von Fragen der Technik, der Betriebs- und Produktionsorganisation, der Stoffzufuhr, der Verteilung der Rohstoffe und der fertigen Waren, des Handels und der Spedition darstellt. Überdies muß mit der Sozialisierung auch die Frage der Arbeitsdisziplin, der intensiven, vor allem aber der rationellen Produktion in einem von Feinden umzingelten und wirtschaftlich boykottierten Lande einer Lösung zugeführt werden.

All diese Probleme stießen auf große Schwierigkeiten. Zuerst war eine Einigung darüber zu erzielen, welche Industrien und Betriebe der Sozialisierung unterzogen werden sollten. Die über praktische wirtschaftliche und Betriebserfahrungen verfügenden Regierungsräte waren ihren eigenen Erfahrungen und den Lehren der russischen Ereignisse entsprechend der Ansicht, daß der Staat nur die zur Sozialisierung geeigneten größeren Betriebe in seinen Besitz zu nehmen habe. Um so mehr, als zu befürchten war, daß die durchgreifende Sozialisierung mangels an gebildeten und verläßlichen Fachleuten und entsprechend geschulten Betriebsarbeiterräten den Gang der Produktion lähmen werde. Es ist kein Zufall, daß dieser Standpunkt gerade von den Sozialdemokraten vertreten wurde.

Volkskommissär für Justiz, Zoltán Rónai, stellte den Antrag, nur diejenigen Betriebe einer Arbeiterkontrolle zu unterstellen, die zumindest 100 Arbeiter beschäftigen. Mein Antrag wollte das Minimum mit 50 Arbeitern beziffern, der kommunistische Volkskommissär für Sozialisierung, Julius Hevesi, trat hingegen für die Sozialisierung aller 10 oder mehr Arbeiter beschäftigenden Betriebe ein.

Der Regierungsrat mußte teils den Möglichkeiten, teils der Stimmung der Arbeiterschaft Rechnung tragen. Die Stellungnahme der Kommunisten — die sich der subjektiven und objektiven Schwierigkeiten der auch Kleinbetriebe umfassenden Sozialisierung übrigens ebenfalls bewußt waren, da sie die diesbezüglichen Erfahrungen in Rußland kannten — wurde vornehmlich dadurch beeinflußt, daß sie vor der Märzrevolution für die Vollsozialisierung eingetreten und den Massen gegenüber durch ihr altes Versprechen gebunden waren.

Einige Tage nach der Proklamierung der Kommune wurde der Bericht des ersten Kongresses der III. Internationale über die bislang erzielten Fortschritte der Sozialisierung in Rußland und die im Kongreß vereinbarten neuen Richtlinien der Sozialisierung veröffentlicht. Die Sozialdemokraten im Regierungsrat gerieten dadurch in die merkwürdige Lage, daß sie den Kommunisten gegenüber auf die russischen Erfahrungen und die Grundsätze der Internationale sich berufen mußten.

Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß laut Bericht der russischen Sowjetregierung der Übernahme von mehreren tausend Betrieben bis Anfang 1919, mithin nach einundeinhalb Jahren, die Sozialisierung von nur rund 560 Betrieben gegenüberstehe. Überdies habe das Proletarit nach den Grundsätzen der III. Internationale die kleineren Betriebe stufenweise auf genossenschaftlicher Grundlage zusammenzufassen, das kleine Vermögen sei jedoch überhaupt nicht zu enteignen. Die Kontinuität der Produktion sei durch Enteignung der Betriebe auch in Großrußland aufgehalten worden, nun aber sollten die Sozialdemokraten aus den russischen Fehlern die Lehre ziehen, da es vor allem den Gang der Produktion zu sichern heiße.

Anderseits aber mußten wir auch auf die durch die Sozialisierung wachgerufene Wirtschaftspanik und auf die Stimmung der Arbeiter Rücksicht nehmen.

Infolge der Sozialisierung der Geldinstitute waren für Privatpersonen sämtliche Geldquellen verstopft. In dieser Lage bleibt der einzige Auftraggeber, Rohstoffverteiler und Warenübernehmer der Staat. So müssen die nichtsozialisierten Betriebe ohne Rohstoffe bleiben und werden von den Arbeitern verlassen, indem diese sich in die mit Arbeit und Rohstoffen versorgten und zweifellos unter besseren sozialen und Arbeitsbedingungen arbeitenden sozialisierten

Betriebe drängen. Ganz abgesehen von der in der Arbeiterschaft immer mehr um sich greifenden Sozialisierungsepidemie, die bereits in den ersten Tagen dazu führte, daß kleine, höchstens zwei Arbeiter beschäftigende Friseur-, Photographie- und andere Werkstätten unter völligem Mißverstehen des Wesens der Sozialisierung den bisherigen Inhaber einfach entfernten und den Betrieb für sozialisiert erklärten.

Unter dem Eindruck all dieser Schwierigkeiten, Erwägungen und Stimmungen kam auf Antrag Béla Kuns ein Kompromiß zustande, demzufolge alle Industrie-, Bergwerks- und Verkehrsbetriebe, deren Arbeiterzahl mehr als 20 beträgt, einer gesellschaftlichen Leitung bzw. Arbeiterkontrolle zu unterstellen waren.

Folgendes wurde verfügt:

> Zur Durchführung dieser Verfügung wird seitens des Volkskommissariates für Sozialisierung ein Produktionskommissär an die Spitze der in Gemeinbesitz übernommenen Betriebe gestellt. Dem Produktionskommissär geben die Arbeiter des Betriebes durch Wahl einen kontrollierenden Betriebsrat bei, der in den Betrieben mit nicht mehr als 100 Arbeitern aus drei, in den Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern aus fünf und in den Betrieben mit mehr als 500 Arbeitern aus höchstens sieben Mitgliedern besteht. Das aktive und passive Wahlrecht haben alle im Betriebe tätigen Beamten, Beamtinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre.
>
> Der Wirkungskreis des Betriebsrates erstreckt sich auf Schaffung der Arbeitsdisziplin, auf Kontrolle der Produktion und den Schutz des Eigentums des werktätigen Volkes.
>
> Die zwischen dem Produktionskommissär und dem Betriebsrat etwa auftauchenden Meinungsverschiedenheiten werden in letzter Instanz vom Volkskommissär der sozialen Produktion entschieden, der auch für die technische und wirtschaftliche Kontrolle Sorge trägt.

Diese Verordnung erschien am 27. März, und innerhalb einiger Stunden oder Tage wurden die Arbeiterräte von den Betrieben erwählt und die Produktionskommissäre vom Volkskommissariat für Sozialisierung ernannt. Bezüglich der Ernennung der Produktionskommissäre machten die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter bzw.

die Betriebsräte Vorschläge. In der Regel wurden hervorragende Fachleute oder Gewerkschaftsführer mit langjähriger praktischer Übung an die Spitze der Betriebe berufen.

Als merkwürdiges Symptom sei erwähnt, daß in mehreren Fabriken mit gewerkschaftlich geschulter, der Wichtigkeit der ungestörten Produktion Rechnung tragender Arbeiterschaft die Ernennung fachkundiger alter Betriebsleiter und Direktoren zu Produktionskommissären vorgeschlagen wurde. Dieses Verlangen der Arbeiterschaft wurde vom Volkskommissariat für Sozialisierung jederzeit erfüllt. Zur Sicherung der fachmäßigen Produktion wurde außerdem angeordnet, daß die bisherigen Direktoren, Betriebsleiter, Ingenieure, Fachleute verpflichtet sind, in ihren Stellungen zu bleiben, sie wurden sogar im Genuß ihrer alten Bezüge belassen, insoferne diese das den damaligen Verhältnissen ziemlich entsprechende maximale Monatseinkommen von 3000 Kronen nicht überstiegen. Mit dieser Verfügung dokumentierte der Regierungsrat, daß die Mitarbeit der Fachleute im Interesse der Revolution für äußerst wichtig und notwendig erachtet wurde. Leider trat die Erkenntnis der Notwendigkeit von Fachleuten und die richtige Einschätzung ihrer Arbeit im weiteren Verlaufe der Revolution zu deren Nachteil immer mehr in den Hintergrund.

Der erste Schritt zur Sozialisierung der Produktion war also getan, ihm folgten innerhalb einiger Stunden und Tage die Übernahme der Wohnhäuser in Gemeinbesitz, die Enteignung der Juweliergeschäfte, ferner die Erlassung der gesetzlichen Verordnungen über die Sozialisierung von Versicherungsanstalten, Hotels und Pensionen, Pfandleihanstalten, Unterrichts- und Erziehungsanstalten, Warengeschäften, Apotheken und Fabriken für chemisch-pharmazeutische Artikel, von Filmfabriken, Kinos, Verkehrsmitteln und Speditionsfirmen und endlich über die Sozialisierung des Grundbesitzes.

Unter der Wirkung der massenhaften Sozialisierungsverordnungen, die die ganze Industrie-, Verkehrs- und Landwirtschaftsproduktion umfaßten, trat eine merkliche Beruhigung der Gemüter ein. Angesichts der ernsten Arbeit des Regierungsrates flaute die Massenhysterie allmählich ab.

Bei der Durchführung der Verordnungen aber ergaben sich neue Schwierigkeiten. Jede Verordnung, jede Maßnahme stieß auf eine ganze Reihe von Hindernissen.

Es mußte mit Kohle, Arbeitskraft und Rohstoffen gespart und zum Zwecke einer rationellen Bewirtschaftung die zentrale Verwaltung der Betriebe, die Konzentration der Produktion erzielt werden. Die Durchführung dieser Maßnahmen stieß auf den Widerstand einer beträchtlichen Gruppe der Arbeiter, die sich vor der Abeitslosigkeit und deren Folgen fürchteten. Auch mußte der Produktion von Luxusartikeln ein Ziel gesetzt werden. Wieder sind es die Arbeiter, die das Gespenst der Arbeitslosigkeit in die Opposition treibt.

Ein provisorisches Gesetz über die Arbeitslöhne der industriellen Arbeiter, das am 17. April über Antrag Eugen Vargas erlassen wurde, legt die Produktion vollständig lahm und schafft chaotische Zustände. Danach werden die Arbeiter je nach den in ihrer Branche zugebrachten Dienstjahren in Lohnklassen eingereiht, die Akkordarbeit wird auf der ganzen Linie abgeschafft — in einer Lage, da die Produktion gesteigert, da die maximale Arbeitskraft des Arbeiters im Interesse der Revolution in den Dienst der Produktion gestellt werden sollte.

Zur Anarchie trug dann das am 3. Mai erlassene Gesetz über die endgültige Regelung der Arbeitslöhne nur noch bei, indem es den zwischen Beamten, Arbeitern und anderen Angestellten bisher bestehenden Unterschied aufhebt. Bei der Feststellung der Arbeitslöhne sei nur die Anzahl der in der Arbeit zugebrachten Jahre zu berücksichtigen, und nur ausnahmsweise können Fachkenntnisse und die Fähigkeit zu leitenden Stellungen die Größe des Arbeitslohnes beeinflussen. Auf Grund dessen wurden die Arbeiter und Angestellten in drei Lohnstufen mit je acht Klassen eingereiht. Dieses unvermittelt eingeführte, reine, gesicherte Stundenlohnsystem mußte bei dem vorhandenen Arbeitermaterial notgedrungen einen Rückgang der Produktion zur Folge haben.

Im Zusammenhang mit der Sozialisierungsverordnung erläßt die Regierung eine prinzipielle Verordnung über den Arbeitszwang, in der gleichzeitig das Recht zur Arbeit proklamiert wird. Demzufolge sei der Staat verpflichtet, alle Arbeitslosen sowie diejenigen, die arbeiten wollen, jedoch vom Staat mit keiner Arbeit beteilt werden

können, zu erhalten. Diese Verfügung umschließt die Pflicht der Arbeitslosenunterstützung, aber auch die Verpflichtung, für diejenigen zu sorgen, die infolge der Sozialisierung ihren Erwerb und ihr Einkommen eingebüßt hatten.

Unter den infolge der wirtschaftlichen Umwälzung aufgetauchten Problemen schwebte der Revolution eine Frage von größter Bedeutung vor: werden die Betriebsräte über genügende Kraft, Disziplin und Klassenbewußtsein verfügen, um die Arbeitsdisziplin und damit die Produktion aufrechtzuerhalten, womöglich zu steigern, und wird es den Massen an der Vorbedingung der Arbeitsdisziplin, an Arbeitswillen nicht fehlen?

All diese Probleme hätten selbst bei friedlicher Umwälzung, ruhiger Vorbereitung, geschulten Massen und bei der Führung durch die besten Kräfte, selbst in einem industriell entwickelten Kulturstaate übermenschliche Arbeit, eisernen Willen und eine, jeder Gefahr trotzende revolutionäre Opferwilligkeit gefordert. Um wie viel schwerer und aussichtsloser mußte ihre Lösung in einem durch vierjährigen Krieg ausgesogenen, territorial zerrissenen, seines Verkehrs, seiner Rohstoffe beraubten, industriell unentwickelten, kulturell zurückgebliebenen, aus tausend Wunden blutenden revolutionären Ungarn sein!

XXXII.

General Smuts.

Nach der Proklamation der Diktatur verließen Oberstleutnant Vyx und sämtliche in Budapest befindlichen Ententemissionen das Land. Somit hörte jede diplomatische Verbindung zwischen der Räteregierung und den Ententestaaten auf. Nach Ablehnung des Ententeultimatums konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Entente und ihre Verbündeten, die kleinen Nachbarstaaten Ungarns, früher oder später einen militärischen Angriff gegen die Räterepublik richten würden. Förmlich wurden die Waffenstillstandsvereinbarungen durch den Regierungsrat nicht gekündigt. Seine Truppen beließ er an der Demarkationslinie, er ließ keinen Angriff gegen die gegenüberstehenden Truppen zu, anderseits aber überschritt er mit dem Ausbau der Armee die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens.

Ende März langten verschiedene Berichte aus den Hauptstädten der Ententestaaten ein: der Oberste Rat der Friedenskonferenz habe sich wiederholt mit der Sache der ungarischen Räterepublik beschäftigt. Aus gewissen Symptomen und offiziellen Kundgebungen konnte festgestellt werden, daß man in Paris den Widersinn der gegen Ungarn ergriffenen Maßnahmen, wie die Aufrechterhaltung des Boykotts, die Erschwerung der Lebensmittel- und Kohlenversorgung Ungarns und endlich den brüsken Ton sowie die vorzeitige und unzeitgemäße Überreichung der Note Vyx', eingesehen habe. Anderseits erfuhren wir, daß die Entente — im Falle andere Mittel versagen sollten — entschlossen sei, die Frage der ungarischen Kommune mit bewaffnetem Angriff und mit der Besetzung des Landes zu lösen.

Dieser Lösungsweise standen gewisse Hindernisse im Wege. Die Entente war nicht geneigt, ihre eigenen Truppen für das Experiment einer militärischen Expedition zu verwenden. Die kleinen Nachbarstaaten Ungarns waren hingegen militärisch noch nicht genug stark

und hatten keine Lust, einen neuen Offensivkrieg mit vielleicht zweifelhaftem Ausgang auf sich zu nehmen.

In Frankreich fehlte die Absicht eines Offensivkrieges nicht. Dagegen wollten sich Italien, die Vereinigten Staaten, insbesondere aber England vorläufig in der Frage der Regierungsform auf den Standpunkt der Nichteinmengung stellen und nur soviel durchsetzen, daß die Räterepublik die Bestimmungen der Waffenstillstandsverträge und die Beschlüsse der Friedenskonferenz bezüglich der Grenzen Ungarns sowie die des Friedensvertrages in obligater Form annimmt.

Den Sieg dieses Standpunktes bedeutete die Entsendung des englischen Generals Smuts nach Ungarn.

Was also die Károlyiregierung Monate hindurch, im Zeichen des Pazifismus mit Noten, Telegrammen, Vorstellungen, Protesten, Tatsachenschilderungen nicht erreichen konnte, wurde durch das energische Auftreten, durch die im Rahmen des Bolschewismus gebildete Selbstwehr erreicht: die Pariser Friedenskonferenz unternimmt nunmehr ernste Schritte zur Lösung der Fragen des Waffenstillstandes und im Zusammenhange damit des ganzen ungarischen Problems.

Am 4. April erschien General Smuts in Budapest. Er lud den Regierungsrat zur Beratung auf seinen Sonderzug ein, den er während seines Aufenthaltes in Budapest überhaupt nicht verließ. Im Auftrag des Regierungsrates besuchten ihn der Präsident der Räterepublik Alexander Garbai, Volkskommissär für Äußeres Béla Kun, Volkskommissär Siegmund Kunfi und der Wiener Gesandte Elek Bolgár.

Im Laufe wiederholter Verhandlungen mit Kun und Bolgár legte Smuts ausdrücklich im Namen des Viererrates der Entente den Standpunkt der Entente detailliert dar. Er machte darauf aufmerksam, daß, da seine Entsendung eine Folge des Sieges jener Staaten sei, die den Gedanken der Intervention ablehnen, das zweckmäßigste sei, wenn die ungarische Räterepublik seine Vorschläge ohne weiteres annehme, um so mehr, als diese den letzten friedlichen Versuch darstellen und überhaupt geeignet seien, den Frieden zwischen der Entente und Ungarn zu schaffen und die innenpolitische Entwicklung Ungarns zu sichern.

Im Laufe der Verhandlungen schlug General Smuts die Annahme folgender Punkte vor:

1. Die ungarische Regierung erklärt sich bereit, alle ungarischen Truppen und Streitkräfte von nachstehender Linie nach Westen zurückzuziehen:

Die Linie verläßt drei Kilometer östlich von Makó den Fluß Marosch und zieht sich drei Kilometer östlich von Tótkomlós, Békéscsaba und Békés, ferner von der Bahnkreuzung bei Berettyószentmárton, dann 15 Kilometer östlich von Debreczen zurück, wendet sich hier nach nordöstlicher Richtung, durchschneidet einen 5 Kilometer von Nagyecsed entfernten Punkt und erreicht den Fluß Szamos nördlich von Nagyecsed.

2. Sämtliche rumänische Truppen haben den Befehl erhalten, über ihre gegenwärtigen Stellungen nicht vorzudringen.

3. Das Gebiet zwischen der im § 1 angeführten Linie und der gegenwärtigen Linie der rumänischen Armee ist als neutrale Zone zu betrachten und mit alliierten Streitkräften, und zwar mit englischen, französischen, italienischen und womöglich mit amerikanischen Truppen zu besetzen.

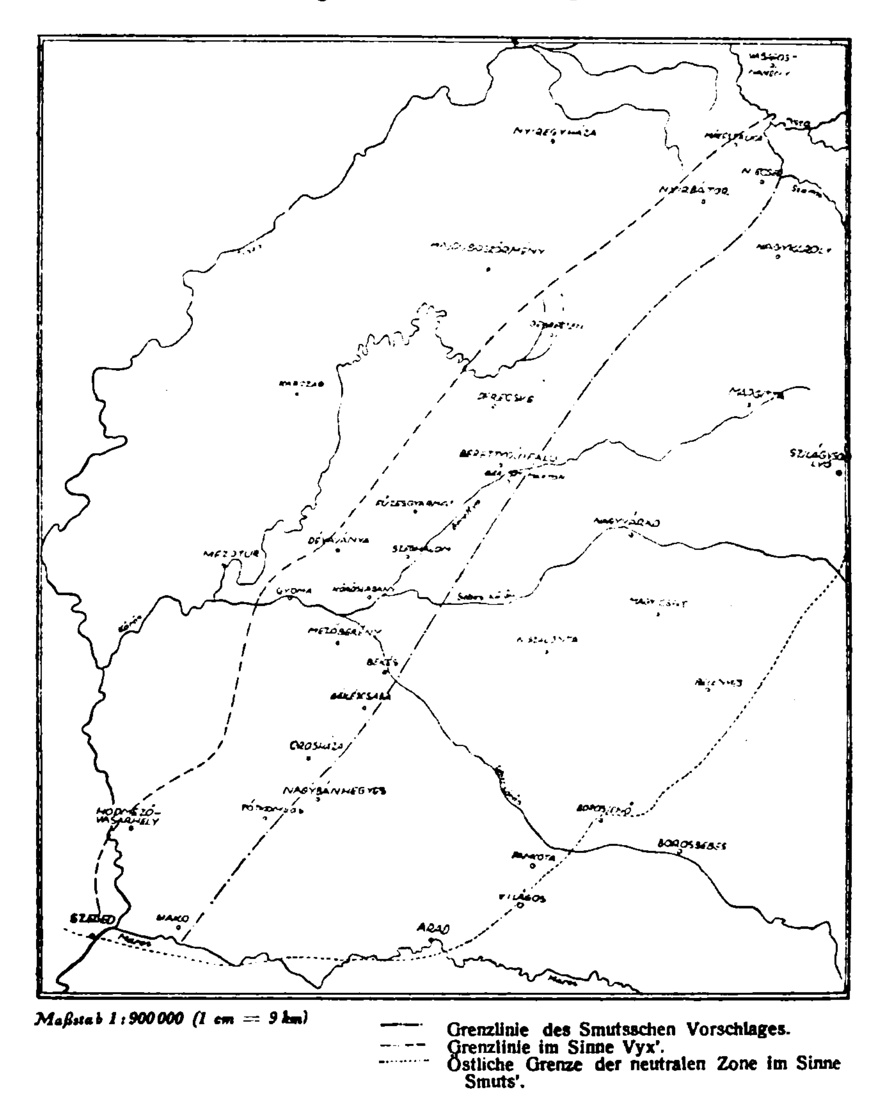
4. Die ungarische Regierung akzeptiert und erfüllt sämtliche Punkte jenes Militärabkommens, das die vorherige ungarische Regierung mit der Entente und ihren Verbündeten am 13. November 1918 abgeschlossen hatte, ferner erklärt sie sich auch mit den Bestimmungen des am 3. November 1918 geschlossenen Waffenstillstandes einverstanden und erfüllt dieselben.

5. Es wird nachdrücklich erklärt, daß die oben angeführte Demarkationslinie die in den etwaigen Friedensbedingungen festzustellende Gebietsregelung keinesfalls beeinträchtigt.

6. General Smuts wird den in Paris versammelten Großmächten empfehlen, die Blockade Ungarns sofort aufzuheben und Erleichterungen zur Ermöglichung der sofortigen Einfuhr von notwendigsten Bedarfsartikeln, namentlich von Fett und Kohle, nach Ungarn eintreten zu lassen.

7. General Smuts wird ferner den in Paris versammelten Großmächten vorschlagen, vor der endgültigen Feststellung der politischen Grenzen Ungarns im Friedensvertrag die bevoll-

mächtigten Vertreter der ungarischen Regierung einzuladen, um diesen zu ermöglichen, ihrem Standpunkt in der Frage der



Maßstab 1:900000 (1 cm = 9 km)

—— Grenzlinie des Smutsschen Vorschlages.
– – – Grenzlinie im Sinne Vyx'.
········ Östliche Grenze der neutralen Zone im Sinne Smuts'.

Grenzregulierung und aller hierdurch entstehenden Wirtschaftsfragen in einer unter dem Vorsitz eines Vertreters der Großmächte mit Vertretern der Tschechoslowakei, Rumäniens,

Jugoslawiens und Deutschösterreichs abzuhaltenden Konferenz Ausdruck zu verleihen[1].

Der Ernst der Vorschläge wurde weder von Béla Kun noch von Bolgár im geringsten angezweifelt.

Die Vorschläge Smuts' enthielten eine wesentliche Erleichterung der Vyxschen Note. Ihre Annahme hätte einen nicht genug einzuschätzenden territorialen und moralischen Sieg der Räterepublik bedeutet: war doch die allmächtige Entente gezwungen, in dieser Note vom ultimativen Standpunkt der Vyxschen Note in bedeutsamen territorialen und militärischen Fragen abzuweichen.

Der Vorschlag General Smuts' enthielt gegenüber der Note Vyx' folgende Zugeständnisse an Ungarn[2]:

1. Die östliche Grenze der Demarkationslinie wird überall in einem Umkreis von 8 bis 10, stellenweise sogar von 20 Kilometern zugunsten Ungarns verschoben. Der Note Vyx' zufolge verläßt die westliche Grenze der neutralen Zone die Theiß 5 Kilometer nordwestlich von Vásárosnamény, zieht sich dann 5 Kilometer westlich von Debreczen, 3 Kilometer westlich von Dévabánya, westlich von Gyoma, 3 Kilometer westlich von Orosháza, Hódmezövásárhely und Szegedin hin.

Hingegen waren die ungarischen Truppen laut der Note Smuts' 3 Kilometer östlich von Makó, Tótkomlós, Békéscsaba und Békés, 15 Kilometer östlich von Debreczen, 5 Kilometer westlich von Nagyecséd zurückzuziehen.

Während also Städte wie Hódmezövásárhely, Szegedin, Makó, Tótkomlós, Orosháza, Gyoma, Szeghalom, Debreczen samt anderen wertvollen Städten, Gemeinden, bebauten Flächen in der Note Vyx' der neutralen Zone zugeteilt werden, beläßt die Note Smuts' diese Gebiete unter dem Schutz der ungarischen Truppen.

Überdies hätten die rumänischen Truppen laut der Note Vyx' ihren Vormarsch bis zur östlichen Grenze der neutralen Zone fortgesetzt, mithin die Eisenbahnlinie Arad—Nagyszalonta—Großwardein—Nagykároly—Szatmárnémeti besetzt, wogegen die Note Smuts' allen rumänischen Truppen den Befehl erteilen wollte, ihre gegenwärtig besetzten Stellungen nicht zu überschreiten, mithin hätten

[1] Vgl. „Népszava" vom 7. April 1919.

[2] Siehe Skizze.

diese auf der Linie westlich von Técsö, Szinérváralja, Szilágysomlyó und Borosjenö verbleiben müssen. Das ungarische Gebiet und die neutrale Zone wären der Note Smuts' zufolge um etliche tausend Quadratkilometer größer gewesen und wären nicht von rumänischen, sondern ausdrücklich von englischen, französischen, italienischen und womöglich amerikanischen Truppen okkupiert worden.

Für diese Zugeständnisse wollte General Smuts nur soviel erreichen, daß die bestehenden Waffenstillstandsverträge von der ungarischen Regierung anerkannt und erfüllt werden, wobei er außer den angeführten Konzessionen erklärt,

1. daß die bezeichnete Demarkationslinie auf die territorialen Bestimmungen der eventuellen Friedensbedingungen keinen Einfluß ausüben werde, was der Note Vyx' gegenüber gleichfalls als Zugeständnis bezeichnet werden muß, indem Vyx die Demarkationslinie für die endgültige politische Grenze erklärte,

2. daß er — General Smuts — den in Paris versammelten Großmächten vorschlagen werde, die Blockade Ungarns sofort aufzuheben und die Einfuhr von Fett und Kohle nach Ungarn zu ermöglichen,

3. daß er endlich dem Viererrat empfehlen werde, vor der endgültigen Feststellung der politischen Grenzen Ungarns im Friedensvertrag die bevollmächtigten Vertreter der ungarischen Regierung einzuladen, um ihnen die Bekanntgabe ihres Standpunktes in einer unter Teilnahme der Großmächte und sämtlicher Nachfolgestaaten abzuhaltenden Konferenz zu ermöglichen.

Der letzte Punkt war ein vollkommener Sieg der durch und durch pazifistischen, auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes stehenden Politik der Oktoberrevolution, die die Entente allerdings nur unter dem Eindruck der zweiten Revolution annahm, und die eine Feststellung der Grenzen auf Grund unmittelbarer Verhandlungen ermöglicht hätte.

Die äußere Politik der Räterepublik wurde von Béla Kun geleitet, der das Vertrauen Rußlands genoß. Kun war entschieden gegen die Annahme der Vorschläge Smuts'. Nach seiner Argumentation hätte der Vorschlag Smuts' die Räterepublik vor eine Alternative gestellt, die der Lage Rußlands zur Zeit des Friedens in Brest-Litowsk ähnlich war. Die junge ungarische Räterepublik aber könne nach einem

Bestand von wenigen Tagen ein zweites Brest-Litowsk nicht wagen, da der der Kommune zum Siege verhelfende Nationalismus aus einem derartigen Frieden eine konterrevolutionäre Kraft schöpfen würde, die das neue Regime und die Revolution hinwegfegen könnte.

Der Vergleich mit dem Brest - Litowsker Frieden war im gegebenen Falle nicht zutreffend. In Brest - Litowsk waren die Russen gezwungen, die Friedensbedingungen nach der ersten Ablehnung unter dem Eindruck des Vormarsches deutscher Streitkräfte ohne jede Milderung anzunehmen. Hingegen bedeutete der Vorschlag Smuts' gegenüber der Note Vyx' die Nachgiebigkeit der Entente; garantierte bedeutende territoriale, wirtschaftliche und militärische Zugeständnisse; sicherte der Räterepublik die Möglichkeit einer Verhandlung über die Grenzen zu; hatte bloß den Charakter eines Waffenstillstandes und enthielt endlich eine verhüllte Form der offiziellen Anerkennung der Räteregierung, er mengte sich in die innenpolitische Entwicklung nicht ein und hätte so mittelbar die Vorbedingungen der ruhigen und friedlichen Entwicklung der Revolution geschaffen.

Alle, die für die Annahme des Vorschlages waren, waren einerseits nicht imstande, ihren Willen durchzusetzen, da sie in der momentanen Lage die Verläßlichkeit des Vorschlages nicht beweisen konnten, anderseits wirkte auch die Äußerung des mit Rußland in unmittelbarer Beziehung stehenden Béla Kun, wonach die Annahme des Vorschlages Smuts' den Bruch mit Rußland und eine schwere Krise der Revolution bedeute. Die Person Béla Kuns war die Verbindungskette zwischen Sowjetrußland und der ungarischen Räterepublik, und so mußte der andere Standpunkt seiner Verantwortlichkeit weichen.

Übrigens argumentierte Kun damit, daß wir die Vorschläge Smuts' ja nicht a limine ablehnen würden und es mit Sicherheit anzunehmen sei, daß die Verhandlungen nach seinen Gegenvorschlägen nicht abgebrochen würden. Er hielt es nicht für notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß Smuts als Vorbedingung des Erfolges die sofortige unveränderte Annahme seiner Vorschläge forderte.

Die Stellungnahme der Mehrheit des Regierungsrates wurde außerdem von der allgemeinen innen- und außenpolitischen Lage beeinflußt. Aus Bayern liefen Nachrichten über Vorbereitungen zur Räterepublik ein. Im Ruhrgebiet tobte ein gewaltiger Streik.

Zwischen den Italienern und Jugoslawen spitzte sich der Gegensatz in der Fiumaner Frage zu, und endlich veranstalteten die Kommunisten am Tage der Ankunft General Smuts' auf Veranlassung einiger Volkskommissäre eine bewaffnete Arbeiter- und Soldatenmassendemonstration und stürzten den sozialdemokratischen Volkskommissär Pogány.

Unter dem Eindruck dieser Lage genehmigte der Regierungsrat den von Kun verfaßten Entwurf einer Antwortnote an Smuts, die zweifellos außerordentlich diplomatisch stilisiert und geeignet war, den Massen zu gefallen, letzten Endes aber einen schweren Schlag für die junge Räterepublik darstellte, indem sie in der Entente dem Lager der Interventionisten zum Siege verhalf.

Die unbestimmte Antwort hatte bedauerlicherweise von vornherein den Charakter einer Ablehnung, da Smuts — wie es sich später herausstellte — erklärt hatte, daß seiner Intervention nur dann ein Erfolg beschieden sein könne, wenn die ungarische Regierung seine Vorschläge ohne Hintergedanken, mit entschlossener Freimütigkeit unverzüglich annehme.

Der Wortlaut der Antwortnote war:

Herr General!

Im Namen des revolutionären Regierungsrates der ungarischen Räterepublik danken wir Ihnen für die wohlwollende Courtoisie, die sie anläßlich der im Auftrag der Entente mit uns abgehaltenen Beratungen an den Tag legten.

Trotzdem sind wir gezwungen zu erklären, daß
die übermittelten Bedingungen derart sind, daß sie nur als Befehle von denjenigen angenommen werden könnten, die unter diesen Bedingungen geneigt sind, die Regierung des Landes zu übernehmen.

Trotzdem ersuchen wir Sie, ermutigt durch die ungewöhnlich wohlwollende Haltung des Herrn Generals, folgende Vorschläge an die Regierungen der Ententemächte gelangen lassen zu wollen:

1. Eine neutrale Zone zu bilden ist auch die gegenwärtige Regierung der Räterepublik Ungarn bereit, jedoch nur im Falle die Grenze der neutralen Zone nicht nur westlich von der gegenwärtigen Besetzungslinie bis zu den durch den Herrn

General bezeichneten Grenzen, sondern auch östlich bis zur Linie des Flusses Marosch verschoben wird, da letztere im Militärabkommen vom November 1918 als Demarkationslinie bezeichnet wird und nur durch einen willkürlichen und einseitigen Befehl General Besans, sub Zahl 938, zum unersetzlichen Schaden unseres Wirtschaftslebens abgeändert wurde. (Siehe Note Vyx', sub Zahl 384 vom 16. Dezember.)

a) Für das Gebiet der neutralen Zone, das von unseren Truppen zu räumen und auch dem Vorschlag des Herrn Generals zufolge durch internationale, d. i. englische, italienische, französische, eventuell amerikanische Truppen zu besetzen ist, bleibt die Konstitution der ungarländischen Räterepublik gültig und findet keine Einmengung in die durch dieselbe geschaffenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse statt. Natürlich wird dementsprechend die Verfassung der Räterepublik in Arad und Szegedin wiederhergestellt. Entsprechend jenen Grundsätzen, auf denen die Verfassung der ungarischen Räterepublik beruht, kann und wird naturgemäß nicht verhindert werden, daß die Verwaltung in der Muttersprache der Bevölkerung erfolge.

b) Vollständiger, jeder Beschränkung befreiter Verkehr vom Gebiete der neutralen Zone sowohl nach der ungarischen Räterepublik wie auch nach dem rumänischen Königreich.

c) Freier Transitverkehr in den durch das rumänische Königreich besetzten Gebieten Siebenbürgens.

2. Wir bitten gleichzeitig um volle Aufhebung der Blockade, um die Versorgung der Räterepublik mit Kohle und Fett.

3. Wir bitten um Einberufung der durch uns beantragten und auch vom Herrn General befürworteten Konferenz, die Schritt für Schritt mit den Beratungen der Pariser Friedenskonferenz, bestehend aus den Delegierten der ungarischen Räterepublik, Tschechiens, Rumäniens, Serbiens, Jugoslawiens und Deutschösterreichs, womöglich in Prag oder Wien, dringendst zusammentreten und nicht nur die politischen Grenzen feststellen, sondern auch sämtliche unter den Staaten aufgetauchten wirtschaftlichen Fragen bereinigen soll. Im Zusammenhange damit erklären wir mit voller Entschiedenheit, daß

die ungarländische Räterepublik nicht auf der Basis der territorialen Integrität steht, jedoch gegen die Erledigung der territorialen Fragen auf Grund imperialistischer Eroberung ist.

4. Wir bitten, es uns zu ermöglichen, in den erwähnten sowie auch in den übrigen Ländern eine wirtschaftliche Vertretung zu haben, wogegen auch die ausländischen Staaten für entsprechende wirtschaftliche Vertretung auf dem Gebiete der ungarländischen Räterepublik sorgen können.

5. Wir bitten die Ententemächte, dafür zu sorgen, daß die barbarischen Verfolgungen jeder Art von Arbeiterbewegungen in den besetzten Gebieten aufgehoben werden.

Indem wir uns erlauben, Ihnen diese Vorschläge zu unterbreiten, machen wir Sie, Herr General, höflichst aufmerksam, daß unsere Regierung nicht nur eine Verordnung über den besonderen Schutz ausländischer Staatsangehöriger erließ, sondern sich bereit erklärte, auch dem Vermögen fremder Staatsbürger einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen.

Genehmigen Sie, Herr General, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung

Präsident Garbai. Volkskommissär für Äußeres: Kun[3]

Diese Note bedeutete den Bruch mit der Entente. Sie besiegelte das Schicksal der Räterepublik. Einige Tage später setzte die militärische Offensive der Rumänen ein.

---

[3] Vgl. „Népszava“ vom 7. April 1919.

XXXIII.

Der Sturz Pogánys.

In der Weltgeschichte wiederholen sich alle Ereignisse, einmal als Tragödie, einmal als Farce, schreibt Marx in seinem Werke über den 18. Brumaire. Auch in der ungarischen Revolution wiederholte sich der ministerstürzende Terror der bewaffneten Massen, der von Pogány inszeniert wurde. Vielleicht wird aber der Sturz Pogánys in der Geschichte der Revolution doch als Tragikomödie gelten.

Nach Proklamierung der Rätediktatur gelangten Pogány und die Kommunisten Béla Szántó und Tibor Szamuely an die Spitze des Volkskommissariates für Kriegswesen. Zwischen Pogány und den beiden kommunistischen Volkskommissären erneuerten sich die alten Gegensätze bereits am ersten Tage in besonders heftiger Weise. In allen Fragen traten sie einander aufs schärfste entgegen. Wir mußten wiederholt eingreifen, um den offenen Bruch zu verhindern. In einer Konferenz zur Beilegung des Konfliktes — der außer den drei interessierten Volkskommissären Kun, Weltner und ich beiwohnten — trachteten wir das Volkskommissariat für Kriegswesen durch Abgrenzung der Wirkungskreise lebensfähig zu gestalten. Szamuely übernahm die Leitung der Propaganda für die Rote Armee, Szántó die Agenden der Kriegsführung, während Pogány sich die Leitung der Armee-Organisation und der militärischen Angelegenheiten vorbehielt.

Jede Abgrenzung der Wirkungskreise erwies sich jedoch vergeblich, da die Kommunisten beschlossen hatten, Pogány zu stürzen. Zur Durchführung ihres Planes hätten sie sicherlich keinen geeigneteren Mann gefunden als Szántó. Szántó — der von Kun wiederholt als der talentloseste und ohnmächtigste Mann bezeichnet wurde — war ein äußerst talentierter Intrigant. Kindisch eitel, auf seine Mitarbeiter eifersüchtig, von engem Gesichtskreis, dem Stärkeren gegenüber servil, den Untergeordneten gegenüber brutal, machte

er von allen Mitteln zur Durchsetzung seiner mitunter unerforschlichen Ziele Gebrauch. Pogány war ihm schon deshalb verhaßt, weil er ihm an Kenntnissen und Talent turmhoch überlegen war.

Szántó war der Anstifter des Kesseltreibens im Volkskommissariat für Kriegswesen. Die ersten 15 Tage, da die Begeisterung der Massen den Höhepunkt erreichte und der Zeitpunkt auch psychologisch am geeignetsten war, um eine disziplinierte Rote Armee zu schaffen — diese Zeit wurde von Szántó und Genossen mit internen Intrigen, mit Hintertreibung der Arbeit Pogánys vergeudet. Sie waren geneigt, die ohnehin unverläßliche Armee zu desorganisieren, die Revolution der von Tag zu Tag drohenden rumänischen Offensive und der Niederlage auszuliefern, nur um den verhaßten Pogány zu stürzen.

Schärfer, als es in der am 4. April abgehaltenen Sitzung des Regierungsrates geschah, konnte der den Freiheitskampf der Arbeiterklasse besudelnde, verbrecherische Leichtsinn, mit dem die Wehrmacht der Revolution von Szamuely und Szántós mißbraucht wurde, nicht gekennzeichnet werden.

Zur Feststellung der historischen Verantwortlichkeit führe ich die auch für die Lage charakteristischen wichtigeren Ausführungen dieser Sitzung nachstehend an:

> Pogány: In Budapest geht es schief. Es bilden sich Arbeiter- und Soldatenräte, in denen es keine Spur von Soldaten gibt. Diese maßen sich das Recht an, in den Kasernen ihres Bezirkes zu befehlen. Sie gehen ganz willkürlich vor. Eine Armee ist ohne Regelung der Frage des Oberbefehls und ohne strenge Disziplin nicht denkbar.
>
> Szántó: An der Front herrscht vollständige Demoralisierung. Es gibt nur einen Ausweg: die Rote Armee möglichst rasch zu organisieren. Wir konnten bis jetzt weder aus Budapest noch aus der Provinz Soldaten schicken. Wir hätten bereits bis jetzt 8000 bis 10 000 Mann entsenden müssen, da wir jetzt größeren Streitkräften gegenüberstehen als vor der Märzrevolution, d. h. der Feind bekam Verstärkungen und wir hatten keine.
>
> Szamuely . . . Die Organisierung der Roten Armee droht zu versagen. In Budapest haben wir außer dem internationa-

len Regimente keine einzige ausgerüstete Einheit, über die wir verfügen könnten. Selbst in der Frage der Entsendung politischer Kommissäre sind bisher keine Verfügungen getroffen worden. Wir haben keine Ausbildungskurse. Auch in der Provinz steht die Lage nicht so glänzend, wie dies von Pogány behauptet wurde. Die Kopflosigkeit ist noch größer, als aus den Ausführungen Pogánys hervorgeht. Jedes Arbeiterdirektorium trifft die unmöglichsten Verfügungen, und aus der Zentrale ergingen noch keine Weisungen, nicht einmal an die politischen Kommissäre.

Kun: Diese Debatte, die unter den Mitgliedern ein und desselben Kommissariates geführt wird, beweist, wie es um unsere Armee steht. Ich will niemanden beleidigen, aber Koloman Tisza sagte einmal: drei Esel ziehen nach drei Richtungen. Wir haben diese Fragen eine ganze Nacht lang durchberaten. Ich bringe der Tätigkeit der Volkskommissäre für Kriegswesen das größte Mißtrauen entgegen. Einer sabotiert den anderen, einer spricht mit dem anderen nicht.

Bokányi: Es müssen unbedingt Fehler in der Leitung sein. Wie schlecht es um die Sache bestellt ist, zeigt auch der Umstand, daß es mit dem Material keine bessere Bewandtnis hat. Im Arbeiterrat heißt es die Kräfte zu retten, die auf die Arbeiter Einfluß haben. Die organisierten Arbeiter sagen: wir sollen an die Front gehen, und hier sollen die Kinder Soldaten- und Arbeiterräte spielen?

Böhm: Ich vernahm mit wirklichem Schmerz die Meldungen Pogánys und Szamuelys. Ich glaubte, daß die Armee sich auf dem Wege der Entwicklung befinde. Die Proletarierdiktatur besteht in Ungarn sozusagen nur mehr von Gnaden der Rumänen. Die Lage ist entsetzlich, und man darf die Zeit nicht mit Lappalien verschwenden, im Volkskommissariat für Kriegswesen gilt es zu handeln. Mir schien es bereits früher zweifelhaft, daß Pogány und Szamuely zusammen bleiben können. Jetzt kommt mir die Sache ganz aussichtslos vor. Die Differenzen sind bis in die Massen gedrungen. Sollte das weiter so gehen, so kann ich dem Regierungsrat nur einen Rat geben: Abdanken. Ich bin nicht geneigt, darauf einzugehen,

daß die Proletarier in Budapest einander mit Maschinengewehren bekämpfen[1] . . .

Vor den konzentrierten Angriffen der Kommunisten begab sich der zweifellos übermenschliche Arbeit leistende Pogány unter den schützenden Flügel der in der neuen Lage treulos verleugneten Sozialdemokraten. Szántó und Genossen konnten ihr Ziel mit normalen Mitteln nicht durchsetzen, so griffen sie denn zu einer anderen, die Revolution selbst gefährdenden Waffe.

Im Bündnis mit einigen exaltierten und zu allem bereiten Mitgliedern der sogenannten „revolutionären" Arbeiterräte sowie einigen aktiven Offizieren besuchten sie am 4. April sämtliche Kasernen und Fabriken und lancierten das Gerücht, daß die Menge in die Burg ziehen müsse, um die im Volkskommissariat für Kriegswesen herrschende Konterrevolution niederzuschlagen. Dort, wo sie Pogány treugebliebenes Militär vermuteten, führten sie die Soldaten durch die Behauptung irre, daß sie in der Burg vereidet werden sollen.

Die Exekutivorgane der Anstifter der Kundgebung waren die aktiven Offiziere Hauptmann Otto Steinbrück und Oberleutnant Szmuk. (Letztgenannter ultraradikaler Revolutionär wurde nach dem Sturz der Revolution zu einem wütenden Sozialistenfresser.) Mehrere tausend bewaffnete Soldaten und Arbeiter zogen in die Burg, wo die ahnungslose Menge von Rednern wie Béla Vágó, Szántó und Szamuely empfangen wurde.

Das Gebäude des Volkskommissariates wurde von Soldaten umzingelt, eine kleine Gruppe ging mit geladenen Gewehren und aufgepflanzten Bajonetten zu Pogány und wollte ihn mit Gewalt unter die Teilnehmer der Kundgebung bringen, wo er von der irregeführten Menge zweifellos gelyncht worden wäre. Der angesichts der Lebensgefahr mutige Pogány wurde von Sozialdemokraten, die auf die Nachricht der Demonstration in der Burg herbeikamen, gerettet. Nur mit schwerer Mühe gelang es, die Menge zum Verlassen des Schauplatzes zu bringen.

Auf die erste Nachricht eilte ich in die Burg, und da der Weg durch die Menge verstellt war, schlug ich mich zu Fuß bis zur Mitte der Albrechtstraße durch, wo mich eine kleinere Gruppe mit dem

[1] Protokoll der Sitzung des Regierungsrates vom 4. April 1919.

Ausruf: „Da haben wir einen anderen Verräter!" angriff und auf mich losschlug. Nur die sich ahnungslos dem Zuge angeschlossenen und mich erkennenden Arbeiterfrauen retteten mich vor dieser Lynchjustiz. Sie umgaben mich und schlugen die heldenmütig gegen einen Unbewaffneten vorgehenden Bürschlein mit Fausthieben zurück.

Für die Kundgebung übernahm natürlich niemand die Verantwortung.

Einige Wochen später vernahmen wir von einem Haupträdelsführer, im Beisein Pogánys, daß die ganze Demonstration von Szántó vorbereitet war. Nach dem Sturz der Diktatur sagte mir Pogány, er habe Beweise, daß auch Kun vorher in Kenntnis gesetzt wurde. Infolge eines merkwürdigen Zufalls war Kun während der Demonstration nirgends zu sehen und kam erst im Volkskommissariat an, als bereits eine Entspannung eingetreten war.

Pogány demissionierte. Unter der Wirkung der jede Arbeit vereitelnden und für die Revolution verhängnisvollen Disziplinlosigkeit wollte ich die Verantwortung gleichfalls keinen Augenblick länger tragen und kündigte meinen Rücktritt an. Der Regierungsrat befaßte sich in einer vierstündigen Sitzung mit meiner Demission und wollte mich um jeden Preis bewegen, die Führung der Agenden im Kriegskommissariat zu übernehmen. Nach langen Beratungen willigte ich ein, stellte jedoch die Bedingung, daß die Diszplin in der Armee mit allen Mitteln wieder hergestellt werde. Ich forderte vom Regierungsrat eine diesbezügliche Vollmacht und die Erklärung des unerbittlichsten Kampfes gegen alle, die mit Disziplinlosigkeit und individuellen Aktionen unbekannte Zwecke verfolgen.

Der Regierungsrat ging auf meine Bedingungen ein und betraute mich mit der Führung des Kommissariates für Kriegswesen. Gleichzeitig wurden vier weitere Volkskommissäre für Kriegswesen ernannt: Béla Kun, Béla Szántó, Rudolf Fiedler und Joseph Haubrich. Aus diesem Anlaß wurde auch die Regierung umgebildet. Alexander Csizmadia wurde infolge eines seinem Größenwahn entsprungenen Konfliktes entfernt, zum Volksernährungskommissär wurde neben Erdélyi und Illés, Bernhard Kondor ernannt, Szamuely kam in die Propagandaabteilung des Unterrichtskommissariates, Pogány wurde ins Volkskommissariat für Äußeres versetzt, die Leitung der

sozialen Produktion von Eugen Varga übernommen, dem Anton Dovcsák und Joseph Kelen beigegeben wurden, während das Volkskommissariat für Finanzen Béla Székely und Julius Lengyel anvertraut wurde.

Zur Wiederherstellung der Disziplin leiteten wir noch in der Nacht der Umbildung der Regierung die nötigen Schritte ein.

Die neuernannten Volkskommissäre für Kriegswesen erließen einen Befehl, in dem erklärt wurde, daß wir

> unsere Aufgaben über alle Höllen und Hindernisse hinweg erfüllen wollen und werden. Wir fordern von allen Soldaten der Roten Armee Ordnung, Disziplin und Gehorsam. Die Verantwortung trifft uns, wir werden mit den Ordnungsstörern und Verrätern schonungslos abrechnen.

Tags darauf, am 4. April, erschienen in den Blättern Artikel von Béla Kun und Jakob Weltner über den Standpunkt des Regierungsrates. Kuns Artikel ist ein wahrer Eiertanz mit Worten, um so energischer sind die Ausführungen Weltners:

> Diejenigen, die nur Wirrwarr und Anarchie wollen, wo sich bürgerlicherseits nirgends eine Konterrevolution zeigt, die Grausamkeit wollen, wo diese nicht benötigt ist, die grundlos drohen und terrorisieren: die sind die wirklichen Feinde der Diktatur des Proletariates, mit denen man abrechnen muß.

Auf mein Ersuchen berief die stärkste Arbeiterorganisation, der Eisen- und Metallarbeiterverband, die Führer und Vertrauensobmänner der Metallarbeiter für Samstag, den 5. April, nachmittag, zu einer Sitzung. In dieser Versammlung forderte ich die Arbeiterschaft auf, sich in den Dienst der Ordnung und Disziplin zu stellen und ihre harte Faust auf den ordnungsfeindlichen Bund aktiver Offiziere und Afterkommunisten niedersausen zu lassen. Diese Elitegarde der organisierten Arbeiterschaft nahm aufs schärfste gegen die Diktatur der Phantasten und der aktiven Offiziere Stellung, verurteilte die schmachvolle Kundgebung und deren Anstifter und brachte ihren Willen in dem Sinne zum Ausdrucke, daß die Diktatur nicht die der Grünschnäbel und Flegel, sondern die der organisierten, politisch reifen Massen sei.

Auf Pogány übte die Kundgebung eine tiefgehende Wirkung aus. Am eigenen Leib erlebte er nun die katastrophale Folge des an-

steckenden Beispiels der Disziplinlosigkeit. Seine gegen Bartha veranstaltete Kundgebung wurde von den talentlosen Epigonen mit gewissenhafter Treue kopiert. Nur hatte man es jetzt nicht auf Bartha, sondern auf Pogány abgesehen. Pogány fiel ebenso wie Bartha, aber die tödliche Wunde traf auch diesmal die Revolution. Nun wandte sich Pogány mit flammendem Zorn gegen die Kommunisten. Wochenlang hielt er zu seinen sozialdemokratischen Genossen, die sich der Revolution und somit mittelbar auch Pogánys annahmen.

Anläßlich der Affäre Pogány setzte der Kampf um die revolutionäre Ordnung und Disziplin mit erneuter Kraft ein, doch konnte der Verlust von 14 Tagen, da Augenblicke und Stunden so teuer waren, nicht ersetzt werden. Die Armee zerfiel, die Demonstration lockerte die Disziplin verhängnisvoll, und aus der Ferne näherten sich bereits die Vorboten des feindlichen Angriffes.

* *
*

Am Tage nach Pogánys Sturz hatte ich die Ehre eines denkwürdigen Besuches. Der in stiller Zurückgezogenheit lebende Michael Károlyi sprach bei mir vor. Seit der Proklamation der Diktatur sah ich ihn jetzt zum erstenmal. Der um das Schicksal des Landes und des Volkes leidenschaftlich besorgte Károlyi machte auf mich einen unvergeßlichen Eindruck. In einigen Tagen war er alt geworden, an Leib und Seele gebrochen.

Unter dem niederschlagenden Eindruck der jüngsten Begebenheiten beschwor er uns — auch Béla Kun hielt sich bei mir auf —, jetzt, schon vor der unvermeidlichen drohenden Katastrophe den Weg der Entwirrung zu ebnen. Auch meinte er, daß er zur Rettung der Revolution einen einzigen Ausweg sehe: Der Regierungsrat habe zu demissionieren und seine Stelle einer sozialdemokratischen Regierung zu übergeben, die ihrerseits die Wahlen ausschreiben, sich auf eine demokratische Basis stellen und die Einigung mit der Entente anbahnen solle. Die Tatsachen hätten bewiesen, daß der Abwehrkampf aussichtslos sei.

Im Einverständnis mit Kun antworteten wir, daß wir — die Regierung mit inbegriffen — unzweifelhaft geneigt seien, uns zurückzuziehen, doch sei angesichts der bedauerlichen Vorfälle kein

individueller Entschluß mehr geeignet, der Lage Herr zu werden. Wir glaubten nicht, daß sich unter dem Eindruck der gegen Pogány gerichteten Demonstration eine sozialdemokratische Regierung finden ließe, die zur Übernahme der Agenden zu bewegen wäre. Und selbst in diesem Falle wäre eine solche Regierung bei der aufs äußerste gespannten Stimmung außerstande, auch nur vierundzwanzig Stunden lang zu regieren. Angesichts der gegebenen Lage erwies sich daher diese Art der Lösung als eine Sache der Unmöglichkeit . . .

Károlyi, der in diesem Versuch den letzten Hoffnungsstrahl zu sehen vermeinte, verließ uns verzweifelt und gebrochen. Während der Diktatur begegnete ich ihm nur noch einmal. Er bat mich zu sich und forderte mich auf, im Interesse seines alten Parteigenossen Martin Lovászy, der als Geisel verhaftet worden war, zu intervenieren und meinen Einfluß geltend zu machen, damit mit dem barbarischen Wahnsinn der Ergreifung von Geiseln ein für allemal aufgeräumt werde.

XXXIV.

Die Verfassung der Räterepublik.

Selbst die Unsicherheit der außenpolitischen Lage und die drohende Kriegsgefahr waren nicht stark genug, um die zwei Fraktionen der vereinigten Partei innerlich zusammenzuschmieden. Im Regierungsrat — also in der obersten Instanz — war die Neigung dazu in den ersten Tagen reichlich vorhanden. Von kommunistischer Seite waren Kun und Vántus bestrebt, die Gegensätze zu schlichten. Sie verwiesen darauf, daß die Zerstörung der Einheit den Sturz der Revolution bedeute, und daß das neue Regime ohne die Sozialdemokraten in Anarchie ersticken müsse.

Die größere Gruppe der Kommunisten aber rief in den Arbeiterräten, Parteiorganisationen und Gewerkschaften trotz aller Mahnungen Kuns eine sinnlose, die Interessen der Revolution mit Füßen tretende, den Sozialdemokraten feindliche Pogromstimmung hervor. Die Ultraradikalen, die Unbeugsamen, die Rädelsführer und Helfershelfer der Wühlarbeit waren in der Regel nicht auszukundschaften. Jede derartige Aktion wurde den „unverantwortlichen Elementen" in die Schuhe geschoben. Das Vollzugsorgan der Maffia war der Arbeiterrat des I. Bezirkes.

Schon in den ersten Stunden wurde mit der Wühlarbeit gegen die sozialdemokratischen Funktionäre begonnen. Alle öffentlichen Posten wurden auf kollegialer Basis teils mit Sozialdemokraten, teils mit Kommunisten besetzt. Die Sozialdemokraten waren im Interesse der Revolution bestrebt, ihrer Sendung mit vernünftiger organisatorischer Tätigkeit gerecht zu werden. Im Stab der Kommunisten

befanden sich bis auf einige Ausnahmen keine erfahrenen, über praktische Vergangenheit verfügenden Organisationskräfte, und so waren sie gezwungen, die ihnen zustehenden Posten mit den neuerdings der Partei zugeströmten Elementen, gewöhnlich mit erwerblos gewordenen Strebern, zu besetzen.

Diese waren nun bestrebt, ihren Mangel an Kenntnissen und Erfahrungen mit hochtrabenden Phrasen, mit Demagogie und Verleumdungen der revolutionären Treue ihrer sozialdemokratischen Gefährten zu ersetzen. Eine beträchtliche Gruppe der ohnehin entmutigten und vom ersten Wirrwarr der Diktatur eingeschüchterten Sozialdemokraten wurde von diesem Treiben schwer verstimmt. Sie verließen ihre Posten, überließen sie den Kommunisten, und so kam es, daß das geistig ohnehin blutarme Proletariat in seinem Kampf ums Dasein die alten, erprobten, im Interesse des Proletariats arbeitsfähigen und arbeitsfreudigen Kräfte immer mehr entbehren mußte. In rascher Folge entfernten sich Desider Biró von der Spitze der Polizei, Maurus Preusz und Alexander Vince von der Leitung der Hauptstadt sowie andere alte Sozialdemokraten, die ihre alten Posten in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung wieder angetreten hatten. Auch hier bekleideten sie zwar wichtige Stellen, allein die Urheber ihres Rücktrittes begingen ein schweres Verbrechen an der Revolution, indem sie die einzige geistige Kraftreserve der ungarischen Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, hinausdrängten, aus den revolutionären Funktionen ausschalteten und die Räterepublik hierdurch beträchtlich schwächten.

Um diesen anarchistischen Symptomen zu steuern und die ad hoc gebildeten sogenannten revolutionären Arbeiterräte (mit denen die Arbeiterschaft nichts zu tun hatte, die von niemandem erwählt wurden und sich aus Elementen zusammensetzten, die in der Arbeiterbewegung und der Revolution vollständig unbekannt waren) durch gesetzlich gewählte Arbeiterräte zu ersetzen, mußte die Räteverfassung dringendst unter Dach gebracht und die Vollzugsorgane der Diktatur gewählt werden. Die sogenannten revolutionären Arbeiterräte nahmen trotz aller Verordnungen des Regierungsrates eigenmächtige Requisitionen vor, beschlagnahmten Wohnungen und ver-

teilten diese, kurz es wurde klar, daß sie sich der Ordnung der Diktatur und der Revolution nicht anpassen konnten und wollten und das neue Regime früher oder später der Anarchie zuführen würden.

Am 2. April wurde die provisorische Räteverfassung vom Regierungsrat genehmigt. Sie war im wesentlichen eine sinngetreue Übersetzung der russischen Sowjetverfassung.

Die Räteverfassung beruhte ihrem Wortlaut nach auf der demokratischsten Grundlage, die in der dem Bürgerkrieg entgegensteuernden Revolution möglich war. Der Wortlaut der Verordnung proklamiert die Herrschaft der Gesamtheit der Arbeitenden, aus deren Wahl die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte hervorgehen, denen die Ausübung der gesetzgeberischen, administrativen und gerichtlichen Funktionen zufällt.

> Alle bodenständigen Nationen des Landes bilden eigene Räte, und deren Gesamtheit stellt die auf föderalistischer Basis stehende ungarländische Räterepublik dar. Der territorialen Verteilung nach wählen die Städte und Dörfer Gemeindearbeiterräte, die einzelnen administrativen Bezirke der Hauptstadt Bezirksarbeiterräte. In die Dorfräte ist von je 100 Einwohnern je ein Rat zu delegieren. Der Rat besteht aus zumindest 3 und höchstens 50 Mitgliedern. In den Stadtrat wird von je 500 Einwohnern ein Mitglied delegiert, ein Arbeiterrat mit mehr als 300 Mitgliedern darf aber auch in den Städten nicht gewählt werden. Die einzelnen Bezirke Budapests führen die Wahl auf derselben Basis durch, und diese Bezirke delegieren im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl Mitglieder in den aus 500 Mitgliedern bestehenden Zentralrat Budapests.
>
> Zur unmittelbaren Führung der Agenden wählen alle Dörfer und Städte sowie die Budapester Bezirke einen Vollzugsausschuß mit 20 Mitgliedern. Der Budapester Zentralrat bildet einen Vollzugsausschuß mit 80 Mitgliedern.
>
> Die Dorf- und Stadträte delegieren nun durch mittelbare Wahl aus ihrer eigenen Mitte Mitglieder in die Gauräte; diese Gau- und Stadträte erwählen wieder durch mittelbare Wahl die Komitatsräte.

Die Komitats- und Stadträte bilden wieder durch mittelbare Wahl die Landesversammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, die in der Räterepublik die oberste Macht ausübt: sie delegiert den aus 120 Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuß, der dann das Vollzugsorgan der obersten Macht, den aus Volkskommissären bestehenden Regierungsrat wählt.

Bei den Wahlen in die aus unmittelbarer Wahl hervorgehenden Stadt- und Dorfarbeiterräte steht das passive und aktive Wahlrecht ohne Rücksicht auf Geschlecht und Staatsbürgerschaft allen zu, die ihr 18. Lebensjahr überschritten haben und sich durch gesellschaftlich nützliche Arbeit erhalten oder mit einer Haushaltungsarbeit befassen, die den Arbeitern oder Angestellten die Arbeit ermöglicht. Über passives und aktives Wahlrecht verfügen auch die Soldaten der Roten Armee sowie diejenigen, die ihre Arbeitsfähigkeit teilweise oder ganz verloren haben.

Ausgeschlossen von der Wahl sind diejenigen, die zur Erzielung eines Gewinns Lohnarbeiter anstellen, von arbeitslosem Einkommen leben, Kaufleute, Geistliche, Mönche, Geisteskranke sowie Personen, deren politische Rechte infolge eines gemeinen Verbrechens suspendiert wurden.

Die Abstimmung ist geheim. Der Regierungsrat ist berechtigt, die Feststellung der Wahlergebnisse einer Prüfung zu unterziehen und die unregelmäßigen Wahlen zu kassieren.

Die Räte werden auf sechs Monate gebildet, und die Wähler sind berechtigt, den Mitgliedern derselben das Mandat in derselben Weise, in der die Wahl erfolgte, zu entziehen[1].

Nach dem Wortlaut der Räteverfassung war bis auf die Mönche, Geistlichen, Kaufleute, Geisteskranken und gemeinen Verbrecher eigentlich jeder wahlberechtigt. Infolge der Sozialisierung konnte fast niemand zur Erzielung eines Gewinns Lohnarbeiter anstellen; in der Theorie konnte niemand von arbeitslosem Einkommen leben, und so konnte das Wahlrecht, abgesehen von den Kaufleuten und Geistlichen, von jedem erworben werden. Die Konfiskation des Wahlrechtes der Geistlichen wurde einstweilen von niemandem

[1] Gesetzessammlung der Räterepublik, I. Heft.

verübelt. Bezüglich der Kaufleute aber war die Sache kommunistischerseits durch den Umstand entschieden, daß auch das russische Gesetz dieselbe Bestimmung enthielt. Und die Russen mußten doch besser wissen, nach welchen Grundsätzen die Verfassung der Räterepublik zu machen sei, als die ungarischen Sozialdemokraten.

Was die Struktur der Räte anbelangt, so war dieses System von den Dorf- und Stadträten bis zur Landesversammlung der Räte weitaus nicht so demokratisch, wie die Wahl in die Stadt- und Dorfräte. Indessen wäre es bei der bestehenden administrativen Einteilung unmöglich gewesen, das Land und die Revolution durch besondere Wahlen in die Bezirks-, Komitats- und Landesräte ständigen politischen Aufregungen und Wirren auszuliefern. Die letztgenannten Räte konnten nur so gebildet werden, daß die auf Grund allgemeiner Wahlen zusammentretenden Stadt- und Dorfräte im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl Mitglieder in die Bezirksräte delegierten, diese die Komitatsräte und diese die Landesräteversammlung erwählten.

Dessenungeachtet waren in diesem Wahlsystem die Fundamente der Scheindiktatur der städtischen Arbeiterschaft zu suchen. Die städtische Arbeiterschaft besaß im Grunde ein mehrfach plurales Wahlrecht. Sie wählte unmittelbar in den Städten, delegierte von dort ihre Vertreter in die Gauräte, die Komitatsräte der Landbevölkerung, kam mit den Delegierten der Komitate in die Landesräteversammlung, und überdies waren die Städte durch besondere Delegierten in der die oberste Macht ausübenden Landesversammlung vertreten.

Doch wird der durch den Wortlaut und den Geist der Verfassung der städtischen Arbeiterschaft zugesicherte Einfluß in der praktischen Durchführung der Verfassung und der Gesetze vermindert.

Laut § 1 der Verfassung steht die Gesetzgebung, die Durchführung der Gesetze und die Gerichtsbarkeit der in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten vertretenen werktätigen Bevölkerung zu. In der Praxis bildeten und betätigten sich diese Arbeiterräte auch, doch wurde die tatsächliche Macht in den Dörfern, Städten und Komitaten eigentlich von den durch die Zentralregierung delegierten politischen und Regierungskommissären sowie von den politischen Kommissären der einzelnen Volkskommissariate ausgeübt.

In der Räteregierung stellt die gewaltige Armee der politischen Kommissäre die zentrale Bureaukratie dar, sie verfügt über die Autorität der obersten Organe der Revolution, der Volkskommissariate, der Militärverwaltung, des Regierungsrates, und somit macht sich nur ihre Diktatur geltend.

Diese dem praktischen Leben entnommene Tatsache muß hier ausdrücklich festgestellt werden, damit die bolschewistischen Legenden über die gesetzgeberische, administrative und gerichtliche Macht der Dorf- und Stadtarbeiterräte richtig eingeschätzt werden. Man muß überhaupt des Umstandes eingedenk bleiben, daß das kommunistische Prinzip der gesetzgeberischen, administrativen und gerichtlichen Macht der Arbeiterräte im praktischen Leben eine Legende ist, ebensowenig wie die Verwaltung und Justiz zentralisierter Räterepubliken in kulturell unentwickelten Ländern durch die Arbeiterräte allein, ohne Regierungskommissäre, versehen werden können.

Allein bei demokratisch ungeschulten Massen — wobei mir in erster Linie Räteungarn vorschwebt — ist die Armee der politischen Beauftragten ebenso ohnmächtig und gefährlich wie die unmittelbare Machtausübung der Arbeiterräte. In Räteungarn befanden sich unter den Tausenden der Regierungsratbeauftragten und politischen Kommissäre tatsächlich etliche hundert brave, moralisch veranlagte, im Bewußtsein ihrer Verantwortung vorgehende, die Interessen der Revolution allen anderen Interessen vorziehende politische Kommissäre, doch diese verschwanden im gewaltigen Lager der Emporkömmlinge, der Streber, der Egoisten, der Demagogen und der radikalen Maulhelden.

Die Legion der politischen und Regierungsbeauftragten übte die eigentliche administrative und richterliche Macht aus: *dies und nichts anderes ist es, was in der Räterepublik die Diktatur des Proletariats genannt wurde.* Dieses System ist nicht die Diktatur des Proletariats, vielmehr die einer über bewaffnete Macht verfügenden Gruppe, die mitunter auch dem Proletariat entgegentritt. Marx stellte sich die Diktatur des Proletariats auch für die Übergangsperiode wesentlich anders vor.

Wäre die Macht bei geschulten, sozialistisch gesinnten, den wirtschaftlichen Möglichkeiten Rechnung tragenden Führern wirklich

von den Dorf-, Stadt-, Bezirks- und Komitatsräten ausgeübt worden, hätte die Überzahl der politischen Beauftragten die Diktatur des Proletariats nicht kompromittiert, so hätte die Märzrevolution in der enthusiastischen und die revolutionären Traditionen hochschätzenden ungarischen Arbeiterklasse tiefere Spuren hinterlassen.

Am 7. April fanden im ganzen Land die Wahlen für die Dorf- und Stadträte statt. In sämtlichen Bezirken wurden offizielle Listen gedruckt, und die Abstimmung fand statt. Die Hausbesorger versammelten die Parteien der einzelnen Häuser, führten sie im Zug in die Wahllokale. In Budapest, einer Stadt mit einer Million Einwohnern, stimmten nahezu eine halbe Million Leute ab. Gegenkandidaten gab es nicht, öffentliche Wahlagitationsversammlungen waren untersagt und so fielen die Wahlen bis auf einen Bezirk einstimmig aus.

Inoffiziell gaben selbst die Kommunisten zu, daß diese Wahl eine Komödie sei. Die einer amtlichen Pression so gefährlich ähnliche Abstimmung war um so überflüssiger, als bei den damaligen Machtverhältnissen keinem Zweifel unterliegen konnte, daß die Liste der Proletarierpartei selbst bei der größten Freiheit der Wahlen den Sieg mit großer Stimmenmehrheit davontragen werde. Höchstens wären einige überlaute Jünglinge aus der Liste weggeblieben, was sicherlich kein allzugroßes Unglück bedeutet und das Ansehen des Arbeiterrates nur gesteigert hätte.

In die Arbeiterräte gelangten mehrere in der Arbeiterbewegung bis jetzt schlechthin unbekannte Leute. Gewählt erschienen fast alle Führer der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften sowie alle wertvollen, vor allem aber alle am lautesten schreienden Mitglieder der Kommunistenpartei.

Nur im VIII. Bezirk Budapests war die Wahl nicht einstimmig. Der sogenannte revolutionäre Soldaten- und Arbeiterrat stellte der offiziellen Liste eine oppositionelle entgegen, die als rote Liste bekannt wurde. Sämtliche sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer wurden gestrichen und durch Namen ersetzt, die man bis dahin in der Arbeiterbewegung nie gehört hatte. Die offizielle Liste siegte mit einer Mehrheit von mehr als 13 000 Stimmen. Dessenungeachtet wurde die Wahl auf Antrag Landlers und Kuns vom Regierungs-

rat unter dem Vorwand von Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt, was im Grunde darauf zurückzuführen war, daß auch einige Sozialdemokraten — Buchinger, Preusz und andere — gewählt erschienen, die zwar Mitglieder der Partei waren, jedoch keine Funktionen übernahmen.

Bei den neuen Wahlen waren die Proskribierten nicht auf der Liste, die Herausgabe einer oppositionellen Liste wurde ebenfalls verhindert, und so verlief nun die Wahl am 11. April auch im VIII. Bezirk wie in den übrigen. Somit waren die Arbeiterräte in Budapest und im ganzen Land endgültig gebildet worden. Das legislative Organ der Räterepublik kam zustande, die verfassungsmäßige Regierung hätte ihre Tätigkeit beginnen können, wäre ihr die exekutive Macht nicht durch die Diktatur der einzelnen Machtgruppen enteignet worden.

XXXV.

Der Vormarsch der rumänischen Armee.

a) Der Verlust Debreczens.

Unter beispiellos schweren und kritischen Verhältnissen machten wir uns an den Aufbau der Wehrmacht des Landes. Eine desorganisierte Armee, undisziplinierte Soldaten, Mangel an Kommandanten: dies waren die Übel, denen am dringendsten abgeholfen werden mußte.

Von den Volkskommissären leitete Szántó die Operationsabteilung, Haubrich lag der Ausbau der Arbeiterreservebataillone ob, Fiedlers Wirkungskreis erstreckte sich auf die Offiziersangelegenheiten, während ich die Organisierung der Armee übernahm.

Am 9. April beriefen wir die aktiven Offiziere zum Dienste ein. Mein Standpunkt blieb in dieser Frage unverändert: man könne keine Armee führen, keine Kriegsoperationen fachkundig abwickeln, ohne die in der Kunst der Kriegsführung ausgebildeten Offiziere zu Hilfe zu rufen. Die Offiziere seien verpflichtet, sich an der Verteidigung des Landes zu beteiligen und ihr Können dem neuen Regime ebenso zur Verfügung zu stellen, wie dies beim alten Regime der Fall war, sollte ihre Behauptung, das Land, die Heimat von dem fremden Eroberer säubern zu wollen, nicht Lügen gestraft werden. Sind die Offiziere politisch unverläßlich, so stehe es der Armeeleitung frei, ihr Benehmen durch politische Beauftragte kontrollieren zu lassen.

Die unter der Führung des Proletariats stehende Räterepublik war aber gleichzeitig verpflichtet, neben den Offizieren des alten Regimes auch für neue militärische Führer zu sorgen. Zu diesem Behuf errichteten wir mit einer Verordnung vom 13. April einen Kommandantenausbildungskurs, der den Zweck verfolgte, unter der Leitung sachverständiger verläßlicher Offiziere aus Proletariersoldaten und Unteroffizieren energische, militärisch geschulte Kommandanten auszubilden.

Doch selbst die besten Offiziere, die hervorragendsten Kommandanten sind außerstande, Erfolge zu erzielen, wenn die Disziplin der Armee nicht zu festigen ist. Die aus jugendlichen Soldaten und durch unernsthafte Werbungen aufs Geratewohl zusammengewürfelte Rote Armee wies immer beängstigendere Symptome der Disziplinlosigkeit auf. Es hieß, die Disziplin auf der ganzen Linie mit eiserner Kraft und so rasch als möglich herstellen. Bei dem drohenden Angriff war es gefährlich, die eigentlichen Quellen der Disziplinlosigkeit, die undisziplinierten Soldatenräte, ohne jeden Übergang zu maßregeln. Diese Ereignisse brachten auch den in das ungarische System der Soldatenräte so maßlos verliebten Kommunisten eine bittere Enttäuschung.

Angesichts der Disziplinlosigkeit der Fronttruppen mußte man für die militärische Ausbildung und Bewaffnung des wertvollsten revolutionären Elementes, der organisierten Arbeiterschaft, Sorge tragen. Die am 7. April in den Betrieben abgehaltenen Versammlungen beschlossen die Errichtung von Arbeiterbataillonen. Die Idee dieser Arbeiterbataillone wurde von Sozialdemokraten propagiert. Kun und Genossen motivierten jeden willkürlichen Schritt mit dem Gespenst der Konterrevolution. Unser Vorschlag ging dahin, die organisierten, selbstbewußten Arbeiter zu bewaffnen, sie auf den Hauptstraßen der Stadt aufmarschieren zu lassen, was zweifellos wirksamer sein dürfte, als wenn sich unverantwortliche Terroristen auf Rechnung der Revolution austobten.

Der unermüdlichen Tätigkeit Haubrichs gelang es, binnen einigen Tagen 25 aus organisierten Arbeitern bestehende Bataillone — vorläufig nur zum Schutz der inneren Ordnung — zu bilden. Bei der Sicherung der revolutionären Ordnung und dem Schutz der Revolution fiel diesen Bataillonen später eine bedeutsame und verdienstvolle Rolle zu.

Die Organisationsarbeit wurde bereits in den ersten Tagen durch den rumänischen Angriff gelähmt.

Die Lust der Entente zum Angriff wurde von den im Ausland befindlichen Vertretern der ungarischen Konterrevolution, vom Grafen Andrássy in der Schweiz und vom Grafen Stefan Bethlen in Wien, systematisch geschürt. Da es sich um die Wiedererlangung ihrer Macht handelte, kümmerten sie sich herzlich wenig um die Interessen des Landes. „Patriotismus“ war ihnen nun ein leeres

Schlagwort geworden, sie opferten Tausende von Menschenleben, machten ihr Vaterland zum Schauplatz eines verheerenden Krieges, intrigierten von Tag zu Tag in Prag, Bukarest und Paris gegen Ungarn und baten um Einleitung der Intervention, obwohl sie wußten, daß die große Entente keine Truppen entsenden und den Angriff den Rumänen überlassen werde. Bethlen legte dem Fünferrat der Entente sogar ein diesbezügliches Memorandum vor.

Am 16. April, 4 Uhr nachmittags, griffen die rumänischen Truppen unsere an der Siebenbürger Front stehenden Truppen an.

Die rumänische Offensive wurde auf der ganzen Linie gleichzeitig begonnen. Die Richtung des Angriffes war im Norden Királyháza, im Osten Szatmárnémeti, Nagykároly, Nagyvárad, im Süden Borosjenő und Békésgyula. Die plötzlich auf der ganzen Front eingeleitete Offensive machte es klar, daß die Rumänen den Zweck verfolgten, zunächst die in der Note Vyx angeführte Linie zu besetzen, dann aber über dieselbe hinaus bis zur Theiß, eventuell bis Budapest vorzudringen.

Die rumänischerseits gut vorbereitete Offensive drängte die auf der Linie Szinyérváralja—Zilah—Csucsa stehenden roten Truppen im ersten Sturm zurück. Am südlichen Flügel stand die 39. Brigade, im Csucsaer Bergpaß befand sich das erste internationale rote Regiment in hervorragend ausgebauten Stellungen, doch wurde der Bergpaß den Rumänen fast widerstandlos übergeben. Diesen stand der Weg nach Großwardein (Nagyvárad) und in die Tiefebene frei. An der nördlichen Linie hielt das Székler Bataillon seine Stellungen, doch war es infolge des Rückzuges der südlichen Truppen von der Gefahr der Umzingelung bedroht und gezwungen, sich über Szinyérváralja in der Richtung Szatmárnémeti zurückzuziehen.

Am 19. April beschloß der Regierungsrat, das ganze Proletariat zu den Waffen zu rufen. Er erließ eine Proklamation unter dem Titel „Die Revolution in Gefahr" an die werktätige Bevölkerung Ungarns. Die Volkskommissäre wurden an die Front geschickt, um die Truppen zur Ausdauer zu ermutigen, die Begeisterung der Soldaten zu heben, den Schutz der angegriffenen Räterepublik an den Fronten und in der Provinz zu organisieren.

Am selben Abend hielt der Arbeiter- und Soldatenrat eine Vollsitzung ab, in der Kunfi und Kun das Proletariat zur Verteidigung der Revolution aufforderten. Insbesondere war es der aus dem

Herzen der Arbeiterschaft kommende und an ihr Herz appellierende Kampfruf Kunfis, der eine begeisternde Wirkung hatte.

> Dem Angriff der internationalen Bourgeoisie können wir nur mit der geistigen Einheit des Proletariats in Gedanken, Gefühlen und Handlungen entgegentreten und diese Einheit wird von den Hammerschlägen der Feinde geschaffen . . . Wenn das Proletariat im Gehorsam soweit ging, daß es der Bourgeoisherrschaft Leben und Blut opfern konnte, so wäre es zu verachten, wenn es sich selbst und der edelsten und größten Sache der Welt, dem Sozialismus, nicht alles hingeben könnte.

Unter der Wirkung dieser Worte wiederholten die Sozialdemokraten den vom Regierungsrat bereits genehmigten Vorschlag, wonach die gefährdete Revolution vor allem an der Front verteidigt werden müsse, daher die Hälfte der Arbeiterräte und der Volkskommissäre sich an die Front begeben und dort um die Revolution kämpfen solle.

Der Arbeiterrat nahm diesen Antrag mit großer Begeisterung an und manche — vornehmlich unter den Sozialdemokraten — nahmen die Resolution so ernst, daß sie bereits in 24 Stunden an der Front waren. Unserem teueren Märtyrer, dem unvergeßlichen Oskar Lévai, begegnete ich tags darauf an der Front.

Am 20. April traf ich mit Volkskommissär Vágó im bedrohten Debreczen ein. Die Erfahrungen bezüglich der Armee, der Heeresleitung und der Organisation erschütterten uns tief. Ein unstillbarer Zorn bemächtigte sich meiner gegen diejenigen, die die Revolution mit ihrer Unwissenheit und zanksüchtigen Eitelkeit in den schwersten Tagen in eine so verzweifelte Lage brachten.

Mit Vágó und dem etwas später eingetroffenen Landler hatten wir Gelegenheit, die sogenannten Kriegsoperationen Szántós ins Auge zu fassen. Der Schutz einer der größten und wichtigsten Städte des Landes, Debreczen, wurde einem jungen, unerfahrenen, überdies von Natur aus beschränkten Husarenrittmeister anvertraut. Im Bureau des Arbeiterrates stand der Kommandant, Joseph Szabó von Sáró, dessen Verdienst lediglich darin bestand, daß er als aktiver Offizier schon vor dem 21. März der Kommunistenpartei beitrat und bereits in Rußland, sicherlich mit nicht allzugroßem Erfolg, eine Truppe befehligt haben soll, vor einer großen Landkarte, um ihn herum verhandelten einige Arbeiterräte, unter ihnen Gabriel

Török, ein braver Genosse, der aber nie Soldat war, und andere in einem ohrenbetäubenden Lärm darüber, was zu tun sei. Von einem Befehl oder einer Führung war keine Spur.

In der Stadt bewaffnete sich die heldenmütige, von Idealismus durchdrungene, für die Sache des Proletariats begeisterte Arbeiterschaft und zog in Zivilkleidern, mit unzureichender Munition, mit geschultertem Gewehr, ohne Artillerie in kleinen Gruppen von 5 bis 20 Mann an die Front, um zum Schutze der Räterepublik ihre Pflicht zu erfüllen. Und während die Arbeiter einzeln an die Front marschierten, ließen sich die zwei österreichischen Bataillone sowie andere Formationen der Roten Armee in der Stadt, unter dem Vorwand einer verzögerten Soldauszahlung, beileibe nicht stören. Inzwischen verbluteten die Arbeiter und die Truppen an der Front unter dem Angriff der Rumänen.

Volkskommissär Landler kam von Großwardein in Debreczen an und machte uns Mitteilungen über die dortige Lage, die ebenso unerquicklich war wie die in Debreczen. Das internationale rote Regiment verließ seine Stellungen, gab den Csucsaer Bergpaß auf, während die Soldaten der 39. Brigade in ungeordneten Reihen zurückwichen.

Die oberste Führung und Heeresleitung bot ein ebenso trostloses Bild. Volkskommissär Szántó leitete die Kriegsoperationen aus seinem Budapester Bureau telephonisch. Und das auf einer Linie von mehr als 100 Kilometer, ohne sich von der Lage an Ort und Stelle auch nur ein einziges Mal überzeugt, die Versorgung, Stimmung und Disziplin der Truppen kennen gelernt zu haben. Sie erhielten von Laien, von rechtschaffenen, braven, aber militärisch vollkommen unorientierten Arbeitern und Offizieren, die über keine Autorität verfügten, teils unwahre, teils unwissende Meldungen über die Lage, auf Grund welcher sie dann einander widersprechende Verfügungen trafen. Es war klar, daß diese Führung der Revolution in einigen Tagen zum Verhängnis werden mußte.

Debreczen wurde am 21. April von den Rumänen besetzt. Die mangelhaft bewaffnete Arbeiterschaft wurde vom rumänischen Militär, namentlich von der Artillerie, in die Flucht gejagt; die Rote Armee flüchtete in aufgelösten Reihen, ein Bataillon des deutschösterreichischen roten Regimentes und zwei Kompagnien des anderen Bataillons zogen sich ebenfalls widerstandlos zurück. Nur Roth-

ziegl und die unter seiner Führung stehenden zwei österreichischen Kompagnien kämpften heldenmütig gegen die Übermacht. Die überzeugten, selbstlosen Revolutionäre Rothziegl und Genossen starben an der Front den Heldentod für ihre Ideen — Opfer der Treulosigkeit ihrer unwürdigen Kameraden.

b) Die Errichtung des Armeekommandos.

Wir legten der am 21. April abgehaltenen Sitzung des Regierungsrates unsere an der Front gesammelten Erfahrungen vor. Nun schlug Kun zur Sicherung der einheitlichen Führung nach dem Muster der russischen Roten Armee die Errichtung eines Armeekommandos vor. Das Armeekommando sollte von einem politischen Führer geleitet werden, dem einerseits die Herstellung der Disziplin, anderseits die Kontrolle der militärischen Führer oblag. Kun stellte den Antrag, mich an die Spitze des Armeekommandos zu ernennen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Aufgabe und auf den Umstand, daß ich meinen Wirkungskreis bereits zum drittenmal ändern sollte, wollte ich den Antrag ablehnen. Dies um so mehr, als ich das Gefühl hatte, daß die Größe der Aufgabe meine Kräfte übersteige. Ich sträubte mich entschieden, doch wurde mein Widerstand im Laufe der Verhandlungen durch eine vertrauliche Aufforderung Kunfis gebrochen, der mich ersuchte, den Posten des Armeekommandanten unbedingt anzunehmen, da Kun sich mit der Absicht trage, im Falle meiner Weigerung Szamuely ernennen zu lassen. Nun aber hätte es zu schweren Verwicklungen geführt, wenn Szamuely die bewaffnete Macht der Räterepublik in die Hand bekommen hätte.

Unter der Wirkung dieser Argumente übernahm ich die Stelle des Armeekommandanten unter der Bedingung, daß mir vom Regierungsrat alle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Disziplin der Armee wieder herzustellen, und daß mein intimer Mitarbeiter während der Oktoberrevolution, der über hervorragende militärische Kenntnisse verfügende Aurél Stromfeld zum Chef des Generalstabes ernannt werde.

Am 22. April trafen wir mit Stromfeld in Szolnok ein und richteten dort unser Hauptquartier ein.

Inzwischen setzten die Rumänen ihren Vormarsch auf der Linie Nagykároly—Érmihályfalva—Borosjenő fort, verließen im oberen

Theißtal bereits auch Nagyszöllös, und wir standen nahezu ohne Hilfsmittel da: mit einer Schreibmaschine, einigen Landkarten, einigen Stabsoffizieren, die von Stromfeld in aller Eile zum Dienst kommandiert worden waren, und was das verhängnisvollste war, mit einer desorganisierten, undisziplinierten, zurückflutenden Armee.

Mit Stromfeld waren wir in unseren Plänen zur Herstellung der Disziplin bis in die kleinsten Einzelheiten vollkommen einig. Wir waren uns im klaren darüber, daß die Reorganisierung der Armee während der gegenwärtigen Kriegsoperationen nur vorbereitet, nicht aber durchgeführt werden könne.

Auf Grund meiner Erfahrungen in Debreczen erließen wir am 22. April eine Verordnung an alle Arbeiter- und Soldatenräte, worin auf das strengste verboten wurde, in militärischen oder Kriegsfragen eigenmächtige Verfügungen zu treffen. ›Auf den Operationsgebieten fällt das Recht der Verfügung ausschließlich dem Armeeoberkommando zu.

Auf meinen Antrag verbot der Regierungsrat in einer Verordnung, Werbungen für die Rote Armee im Rahmen theatralischer Festlichkeiten und sonstiger Volksbelustigungen vorzunehmen. Im Kampfe, der mit verzweifelter Entschlossenheit und tödlichem Ernst geführt werden soll, bedürfe man selbstbewußter Revolutionäre und nicht auf Volksfesten angeworbener zweifelhafter Elemente.

Mit diesen Verordnungen lenkten wir den Aufbau der Armee in neue Bahnen und beseitigten die anarchistischen Zustände, bei denen sich verschiedene Arbeiterräte die Rolle von Feldherren anmaßten.

Zur Herstellung der Disziplin in der Armee erließen wir noch am 25. April nachstehende Verordnung:

> Armeebefehl: Die gegen die Proletarierrevolution gerichtete Konterrevolution kann nur dann siegreich zurückgeschlagen und der Sieg der internationalen Proletarierrevolution nur dann gesichert werden, wenn die Proletarierarmee einheitlich ist und eiserne Disziplin bewahrt. Die Vorbedingung dieser eisernen Disziplin ist die Durchführung aller Befehle. Die Befehle werden von allen Kommandanten im Namen des durch den revolutionären Regierungsrat ernannten Armeekommandanten erteilt. Wer sich also den Befehlen oder dem Kommandanten entgegensetzt, verletzt die Disziplin, unterläßt es, die Befehle der erwählten

Vertreter des Proletariats, des revolutionären Regierungsrates und des von diesem beauftragten Armeekommandanten zu erfüllen, mithin bedeutet diese Verletzung der Disziplin, daß die den Gehorsam verweigernden Soldaten Feinde der Proletarierdiktatur und der Proletarierherrschaft sind und als Feinde des Proletariats behandelt werden müssen.

Infolgedessen ordne ich an, daß alle Soldaten sämtlichen Befehlen ihrer Kommandanten genau und gewissenhaft Folge zu leisten haben. Alle, die sich auf dem Operationsgebiet einem Befehl entgegensetzen, ihm nicht Folge leisten oder sich gegen bereits erteilte Befehle vergehen, sind unverzüglich dem Kriegsgericht des Armeeoberkommandos in Szolnok zu überliefern. Das Gericht wird jede Verletzung der Disziplin aufs strengste ahnden.

Gegenwärtiger Befehl ist allen Truppen sofort, überdies am 5. und 20. jedes Monats zu verlesen[1].

Dieser schonungslose und energische Befehl war eine Folge der während der Károlyi - Revolution und in den ersten Tagen der Diktatur gesammelten Erfahrungen. Energielosigkeit und Schwäche in den eigenen Reihen führten die Oktoberrevolution dem Abgrund zu. Wird die Märzrevolution der Disziplinlosigkeit und Ruhestörung mit derselben Schwäche entgegentreten, so ist ihr Sturz unausbleiblich. Nun aber ist die Sicherung der Disziplin und der Ordnung zur Zeit der Diktatur nur mit diktatorischen Mitteln zu erreichen. Kann doch die Diktatur des Proletariats nicht bedeuten, daß das Proletariat nur den Konterrevolutionen gegenüber Kraft und Entschlossenheit zeige, daß die Revolution nur gegen Unbewaffnete entschlossen und rücksichtslos sei, vielmehr bedeutet die Diktatur auch, daß ihre Führer sich um Popularität und Demagogie ebensowenig kümmern wie um die Überschwenglichkeiten der Ultrarevolutionäre und selbst diese schonungslos vernichten, insoferne sie die Ordnung der Revolution gefährden.

Von dieser Erwägung wurden alle unsere Handlungen zur Herstellung der Disziplin geleitet, und von diesem Wege lenkte uns weder die Feindschaft noch die Sabotage der Hinterlandshelden ab. Ein erlassener Befehl genügt natürlich noch bei weitem nicht, die

---

[1] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

Disziplin einer Armee auf ein neues, bestimmtes Gleis zu schieben. Den schriftlichen Befehlen müssen Taten folgen.

Die Truppendisziplin kann nur durch energische Kommandanten gewährleistet werden. Die Offiziere verfügten in der revolutionären Situation nicht über die notwendige Autorität, wir gaben ihnen also politische Beauftragte bei. Der Offizier hatte die Facharbeit zu verrichten, der politische Beauftragte für die Durchführung der Befehle, die Aufrechterhaltung der Disziplin und die politische Kontrolle zu sorgen.

Für die politischen Beauftragten ließen wir im Hauptquartier eine Schule errichten. Wir warben energische und selbstbewußte alte Gewerkschaftler in die Garde der politischen Beauftragten. Außer militärischen Vorträgen umfaßte der Unterricht vornehmlich Lektionen über den Wirkungskreis der politischen Beauftragten. Demgemäß hatte sich der politische Beauftragte jeder Einmengung in die Kriegsoperationen zu enthalten. Dagegen lag es ihm ob, die Tätigkeit des Kommandanten zu kontrollieren, damit dieser die Soldaten nicht etwa zu konterrevolutionären Zwecken oder zur Sabotage mißbrauche. Seine Verfügungen hatte er nach reiflicher Überlegung zu treffen und in allen wichtigeren Fragen die Entscheidung der politischen Beauftragten bei der Division oder Brigade einzuholen, die meistens ältere, erfahrene, führende Sozialisten waren.

Die vornehmste Aufgabe des politischen Beauftragten bestand jedoch in der Heranziehung der Soldaten zur Disziplin. Und auf diesem Gebiete durfte er durch keine nach Popularität haschenden oder kameradschaftlichen Zugeständnisse die Disziplin der Roten Armee gefährden. Der politische Beauftragte hatte für die Wohlfahrt, die Verköstigung der Mannschaft zu sorgen, mit ihr zu leiden, in der Schwarmlinie an ihrer Seite zu kämpfen, doch mußte er von jedem Soldaten verlangen, daß er die erhaltenen Befehle gewissenhaft erfülle, den Renitenten gegenüber war ihm Energie und im Notfall rücksichtsloses Vorgehen geboten, da Renitenz die Revolution früher oder später zu stürzen drohte.

Nach und nach schickten wir eine ganze Schar von politischen Kommissären an die Front. Alle, die nach wie vor im Geiste der alten Soldatenräte tätig sein wollten, wurden einfach nach Budapest zurückexpediert.

Die neuen und ausgebildeten politischen Beauftragten traten ihre Posten erst in den letzten Stunden des rumänischen Angriffes an, und so zeigte sich die Wirkung ihrer Tätigkeit erst später.

Wir bewiesen auch sonst, daß das Armeekommando keinen Augenblick mehr Disziplinlosigkeit dulden wolle.

So sprach einmal eine Abordnung der 23er Jäger vor und wollte zum Zweck neuerlicher Ausrüstung und zur Rast sofort nach Budapest transportiert werden. Die politischen Beauftragten erklärten, daß sie mit den Wünschen der Soldaten nicht einverstanden seien. Wir lehnten die Erfüllung der Forderung glatt ab. Daraufhin versuchten die Soldaten den Lokomotivführer mit Waffengewalt zu zwingen, sie nach Budapest zu bringen. Ich rief die Soldaten zu mir und erklärte, daß wir die Gleise aufreißen und die Gewaltanwendung bewaffnet verhindern würden. Das energische Auftreten hatte natürlich Erfolg, und wir ließen die Widerspenstigen entwaffnen. Es stellte sich heraus, daß die großmäuligsten Helden beim ersten energischen Wort kleinlaut wurden.

Leider vermochte das zielbewußte, energische Auftreten der Führer nur mehr lokale Erfolge zu erzielen. An der allgemeinen Lage konnte es nichts mehr ändern. Die Rumänen standen am 23. April vor Kisjenő—Nagyszalonta, überschritten Debreczen, schlugen bei Mátészalka das am südlichen Flügel ohne Flankendeckung wehrlos dastehende Székler Bataillon zurück.

In den amtlichen Meldungen über die Kämpfe räumten wir mit der Methode der Lügenmeldungen, wie sie bei der ehemaligen Armee üblich war, auf und stellten die Lage mit brutaler Aufrichtigkeit dar. Nur so konnten wir hoffen, die besten Kräfte der Revolution für die Abwehr zu gewinnen. „Unsere Truppen benahmen sich an mehreren Orten, namentlich vor Debreczen völlig undiszipliniert", heißt es in der Meldung vom 23. April, und leider waren wir bemüßigt, die Bevölkerung des Landes von Tag zu Tag über ähnliche Erscheinungen zu informieren.

* *
*

In einigen Tagen baute die angestrengte Arbeit des Generalstabchefs Stromfeld die Einheit der Heeresleitung und der militärischen Führung aus. Die vom Volkskommissariat für Heerwesen plan- und zwecklos einzeln abgesandten Bataillone wurden im Rahmen

von Brigade- und Divisionskommandos organisiert, und unter deren Leitung gingen die militärischen Operationen vonstatten. An der Nordfront stand die vom Obersten Kratochwil befehligte Székler Division, im Zentrum die 4. Division unter dem Kommando Oberst Békéssys, an der Südfront die der Leitung Oberstleutnants Raab unterstehende, jedoch nur noch im Organisierungsstadium befindliche 6. Division, außerdem die 39. Brigade sowie die Matrosenbrigade den Rumänen gegenüber.

Am 23. April standen die Rumänen auf der Linie Kürtössarkad—Komári—Debreczen—Máteszalka, und ihre Kavallerie rückte bereits von Debreczen nach Westen vor. Am selben Tage setzten die tschechischen Truppen ihren Vormarsch, vorderhand mit geringen Kräften, mit nur zwei Bataillonen in der unmittelbaren Nähe Ungvárs nach Ordarna fort.

Am 24. April besetzen die Rumänen Hajduszoboszló, an der Südfront können sie ihre Offensive fast ohne Widerstand fortsetzen.

Mit dem Kommandanten der aus Hajduszoboszló vertriebenen 4. Division, Békéssy, wurde eine Gegenoffensive vorbereitet. Unserer Meinung nach übte der ständige Rückzug nicht nur auf den Geist der Truppen eine verheerende Wirkung, sondern drohte auch in der Arbeiterschaft eine Reaktion zu entfesseln. Eine erfolgreiche Gegenoffensive — eventuell unter der Führung der neuen politischen Beauftragten — hätte die Disziplin und den Geist der Roten Armee mit einem Schlage gefestigt.

Dieser Erwägung zufolge richtete die 4. Division in drei Gruppen eine Gegenoffensive gegen die mit ihren Hauptstreitkräften in der Richtung von Hajduszoboszló stehenden Rumänen, und in schwungvollem Kampf eroberten wir Hajduszoboszló zurück. Die Rumänen traten den Rückzug an, wobei sie von unseren Vortruppen verfolgt wurden. 15—20 Minuten später konnten wir das von den Rumänen zurückgenommene Hajduszoboszló wiedersehen.

Beim Einzug bot sich uns ein erschütterndes Bild. Die ungarischen Truppen wurden bei weitem nicht mit der erhofften Begeisterung empfangen. Die Bauern hielten sich in den Häusern versteckt. Bei der Ankunft auf dem Marktplatz wurde es mir sofort klar, warum die Bauern keine Begeisterung für die ungarischen Befreiungstruppen, die die Rumänen vertrieben, an den Tag legten. An zwei Bäumen hingen der Polizeihauptmann Joseph Tokay, der

Bürgermeister Dr. Ladislaus Fekete und der Bankdirektor Béla Körner, die von uniformierten Personen (nicht Soldaten) standrechtlich hingerichtet worden waren. Ich mußte an Ort und Stelle konstatieren, daß die Verurteilung und Hinrichtung mit Verletzung der gesetzlichen Verfügungen der Räterepublik erfolgten. Ich leitete unverzüglich Schritte zur Ahndung des Verbrechens ein. Selbst wenn die Hingerichteten tatsächlich Konterrevolutionäre waren, wäre das statariale Gericht doch verpflichtet gewesen, sein Urteil auf Grund einer ordnungsgemäßen Verhandlung zu fällen, die in der Zeit, die zwischen dem Einzug der Vortruppe und meinem Einzug verstrich, nicht abzuhalten war.

Die barbarischen und ungesetzmäßigen Hinrichtungen verfehlten ihre traurige Wirkung nicht. Die Rumänen erneuerten ihre Offensive, die Bevölkerung verhielt sich passiv, stellenweise sogar feindlich — wir mußten uns zurückziehen. Die maßlos erbitterten Bauern gaben aus den Häusern Schüsse auf die sich zurückziehenden Truppen ab, denen Oberstleutnant Svastits, der Kommandant einer Maschinengewehrabteilung des 44er roten Regiments sowie mehr als zehn andere Soldaten zum Opfer fielen.

Wir konnten nur mehr den krassesten Fall ahnden, doch war es uns nicht mehr möglich, die Gefahr zu beseitigen, die daraus entstand, daß die Stimmung der Bevölkerung jenseits der Theiß für die Rote Armee nach wie vor feindlich blieb.

Endlich gelang es uns, unsere Truppen beim Hortobágykanal zum Stehen zu bringen. Ich ging mit Kunfi und dem Divisionskommandanten Békéssy in mehrstündigem heftigen Kanonenfeuer auf offenem Feld zu den Soldaten. Wir gingen von einem Soldaten zum anderen und waren bestrebt, ihnen Mut einzuflößen. Wir blieben auch im heftigsten Kampf in den Stellungen. Die Soldaten versprachen alles, — dagegen fand ich bei meiner Ankunft im Hauptquartier bereits die Meldung vor, daß die 44er und 68er im Dunkeln die Front verlassen hätten und sich in aufgelösten Reihen nach Kaba—Kisujszállás zurückzögen.

Der unaufhaltsame Rückzug ließ keinen Zweifel darüber, daß die Rumänen, wenn wir keine Verstärkung erhalten, ihren Vormarsch bis zur Theiß und von dort bis Budapest fortsetzen würden. Demgemäß richtete ich ein Telegramm an Kun, worin ich

mit Rücksicht auf die Lage der Armee um 10 komplette disziplinierte Bataillone und entsprechende Batterien bat. Meine Ansprüche seien bezüglich der Anzahl nicht übertrieben. Zehn Bataillone könnten von der Räterepublik jederzeit leicht aufgeboten werden. Dagegen hätte ich, was die Disziplin und Kampflust der Truppen anbelangt, wirklich übertriebene Ansprüche. Die eiserne Disziplin der Truppen sei unumgänglich notwendig. Die Kommandanten hätten sich bis jetzt nicht getraut, zu befehlen, die Mannschaft sei undiszipliniert, ganze Bataillone hätten sich vor einer belanglosen Kavalleriepatrouille zurückgezogen, einzelne politische Beauftragte hätten das Bataillon in der Frage des Rückzuges abstimmen lassen. So sei die Räterepublik nicht zu verteidigen, wiewohl es nur einer ganz geringen Anstrengung bedürfte, um Erfolge erzielen zu können. Ich bäte um tüchtige Offiziere und politische Beauftragte. Eine Menge hervorragender Parteigenossen beschäftige sich in den Volkskommissariaten und Arbeiterräten, dagegen hätte ich hier keine brauchbaren Männer. Die denkwürdige Resolution des Arbeiterrates, daß die besten Männer an die Front gehören, müsse auch durchgeführt werden. Ich bäte um Artillerie, drei Batterien sollen bereits einwaggoniert worden sein, doch scheinen diese zu sabotieren. Die meisten Frontoffiziere seien invalid, dagegen gehe in Budapest eine Menge gesunder Offiziere herum[2].

Kun heißt in seinem Antworttelegramm meine Verfügungen gut. Allein es war bereits zu spät. Am 28. April verständigte ich den Regierungsrat, daß das Armeeoberkommando gezwungen sei, die Truppen vom Gebiet jenseits der Theiß zurückzuziehen und sich bestrebe, den Rückzug beim Brückenkopf von Szolnok zu decken. Auf der Nordlinie vor Nyiregyháza wehrte sich Pogány mit den Resten einiger Bataillone mit wirklich anerkennenswertem Mut, doch war auch er bemüßigt, sich, von den übrigen Truppen im Stich gelassen, bei Rakamaz auf das diesseitige Ufer der Theiß zurückzuziehen. Schon früher ergab sich die Székler Division dem Feinde auf Befehl Kratochwills. Kratochwill stellte die Kapitulation den einzelnen Truppen anheim und berief sich in seinem letz-

---

[2] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

ten Befehl darauf, daß die Székler Brigade das Land heldenmütig verteidigte, aber von den roten Truppen verlassen, angefeindet, des öfteren auch angegriffen wurde und deshalb vorziehe, den Kampf aufzugeben.

Kratochwills Vorgehen war zweifellos ein Verrat. Doch muß zur Steuer der historischen Wahrheit darauf hingewiesen werden, daß die Székler Division tatsächlich heldenmütig kämpfte und von den anderen Truppen verlassen wurde, so daß sie der Gefahr der Umzingelung ausgesetzt war.

Der Szolnoker Brückenkopf wurde nach Stromfelds Plänen ausgebaut. Vom südlichen Flügel wurde die 6. Division noch im Stadium der Organisierung über Mezőtur—Gyoma—Szolnok auf das diesseitige Ufer der Theiß befohlen und die zurückweichenden Truppen in den Brückenkopfstellungen untergebracht. Viel Hoffnung hatten wir allerdings nicht.

Am 30. April nahmen die Truppen ihre Brückenkopfstellung ein. Die Rumänen richteten einen starken Artillerieangriff gegen uns. Die roten Truppen blieben bei Tageslicht in ihren Stellungen, in der Nacht aber machten sie sich gruppenweise aus dem Staube. Die Rumänen gewannen freie Hand.

Zum Schutze Budapests sprengten wir in der Nacht zwischen dem 1. und 2. Mai die Theißbrücke in die Luft, um den Vormarsch der Rumänen über die Theiß zu verhindern oder zumindest aufzuhalten.

Am 1. Mai nachmittags übersiedelte das Hauptquartier von Szolnok nach Gödöllö. Der größte Teil der Truppen löste sich auf und zog in ungeordneten Reihen nach Westen. Wir mußten Sorge dafür tragen, die bewaffneten Banden noch vor Budapest zu entwaffnen, um die Gefahr einer Anarchie in der Hauptstadt zu vermeiden.

XXXVI.

Der 2. Mai.

Hinter den mit großer Pracht begangenen Maifeiern umdunkelten gefahrdrohende Wolken den Himmel der Räterepublik. Die aufgelöste Front bedeutete die Gefahr des Zusammenbruches. Die ersten Wirkungen stellten sich im Regierungsrat ein. In der Sitzung des Regierungsrates wurden phantastische Pläne erwogen: die Übergabe Budapests, Rückzug und Verzweiflungskämpfe im Bakonyerwald. Erörterungen über Flucht, Reisepaß und Asylrecht waren an der Tagesordnung.

Mit der Entente wurden bereits Verhandlungen eingeleitet. Ende April suchte Béla Kun unter dem Eindruck der schlechten Frontberichte ohne Wissen des Regierungsrates Verbindung mit Ententekreisen. Am 29. richtete Kun zu meiner Überraschung folgendes Telegramm an mich:

> „Nach Meinung der amerikanischen Mission würde ein gewisser Personenwechsel im Regierungsrat einen guten Eindruck im Auslande machen. Als neue Volkskommissäre kämen Bolgár und Weltner in Betracht. Szamuely und Pogány erhielten andere wichtige Posten. Ich ersuche Sie, sich mit Genannten in Verbindung zu setzen und das Ergebnis Ihrer Rücksprache mir dringend mitzuteilen. Dieser Personalwechsel garantiert weitere Verhandlungen und im Falle seiner Durchführung ist man geneigt, in Paris zu intervenieren[1]."

Es war merkwürdig, daß Kun, der dem Anschein nach auf dem besten Fuß mit Szamuely stand, mich mit der heiklen Aufgabe betraute, ihm seinen Sturz zur Kenntnis zu bringen. Ich überreichte Pogány und Szamuely die Seidenschnur Kuns und teilte diesem ihre Antwort im nachstehenden Telegramm mit:

> „Infolge des Telegramms, enthaltend die Meinung der amerikanischen Mission, setzte ich mich mit den Genossen Pogány

[1] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

und Szamuely in Verbindung. Szamuely ist nach der telephonischen Rücksprache mit Ihnen ohne weiteres geneigt, zurückzutreten. Pogány ebenfalls, ja er ist bereit, im Notfall, um die Sache zu beschleunigen, seine Stelle bereits jetzt dem Regierungsrat zur Verfügung zu stellen. Was mich anbelangt, so würde ich der Wahl Bolgárs, insbesondere aber Weltners mit der größten Freude zustimmen. Kunfi ist durchwegs derselben Meinung[2]."

Von Kun erhielt ich auf diese Mitteilung keine Antwort, hingegen war mir eine andere Überraschung beschieden.

Am 3. Mai fuhr Professor Brown, der Chef der amerikanischen Mission, in Kuns Auftrag nach Szolnok, um mit den Rumänen in Angelegenheit eines Waffenstillstandes zu verhandeln. Brown machte mir im Zuge Vorwürfe darüber, daß wir seinen, den Regierungswechsel betreffenden Vorschlag nicht angenommen hätten. Ich wies ihm Kuns Telegramm sowie die Antwortdepesche vor, die meines Wissens seiner Proposition in jeder Hinsicht entsprachen.

Zu meiner größten Überraschung erklärte Professor Brown, daß er nicht nur Szamuelys und Pogánys, sondern in erster Linie Kuns Rücktritt verlangt habe. Der schlaue Kun opferte gerne seine zwei Kameraden, hütete sich aber wohlweislich, seinen eigenen Rücktritt in Erwägung zu ziehen.

In der Nacht nach dem 1. Mai, während die letzten Mohikaner der Roten Armee ihren Todeskampf fochten, erörterte der Regierungsrat die neugeschaffene Lage in einer Sitzung, die bis zum Morgen dauerte. Am darauffolgenden Tag, nachmittags, trat die oberste Leitung der Revolution abermals zu einer Beratung zusammen. Ich konnte den zwei Sitzungen infolge meiner Beschäftigung an der Front nicht beiwohnen. An Hand des Protokolls teile ich den Verlauf dieser entscheidenden, für das heimtückische Doppelspiel Kuns charakteristischen Beratung mit.

Béla Kun schildert die militärische Lage folgendermaßen: Szolnok wurde von der Roten Armee kampflos geräumt. Miskolc wurde von den Tschechen besetzt. Über militärische

[2] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

Kräfte verfügen wir nicht. Der Wert der Kampftruppen sei nicht der Rede wert. Das Hauptquartier befinde sich in Gödöllö. Böhm stellte alle Kriegsoperationen ein. Auf Grund der erhaltenen Meldungen habe er (Kun) den drei kriegführenden Staaten ein Waffenstillstandsangebot gestellt. Das Angebot habe er Wilson sowie nach einem Vorschlag des Gesandten Bolgár auch Cunningham zukommen lassen. Im Laufe der Nacht habe der Regierungsrat eine improvisierte Sitzung abgehalten, in der ein Plan eingebracht wurde, demzufolge die Regierung demissionieren und die Macht einem 12köpfigen Direktorium übergeben solle. Nach einer anderen Meinung wären dagegen die Arbeiterbataillone einzuberufen, denen der gefährliche Charakter der Lage mit der Mahnung mitzuteilen sei, daß, sofern nicht die Arbeiter bis zum letzten Mann zu den Waffen griffen, der Kampf aussichtslos, die Lage und die Hauptstadt rettungslos verloren seien.

Kun berichtet, daß er die Vertrauensmänner der Arbeiterregimenter für 3 Uhr nachmittags eingeladen, für 6 Uhr abends dagegen den Arbeiterrat einberufen lassen habe. Es seien Verfügungen getroffen worden, um die zurückströmenden Truppen zu entwaffnen und nicht über Budapest nach Transdanubien zu transportieren.

Zuletzt berichtet er, daß er die Beschlußfassung des Regierungsrates nicht beeinflussen wolle und sich daher auf die Mitteilung der objektiven Tatsachen beschränke. Gleichzeitig aber legt er die zwei in der Nachtsitzung des Regierungsrates vertretenen Standpunkte dar. Der eine schlage vor, daß die Regierungsmacht einem Arbeiterdirektorium übergeben werde, das die Agenden bei Aufrechterhaltung sämtlicher wirtschaftlichen und zum Sozialismus führenden Verfügungen der Diktatur für die Zeit des Überganges von der Diktatur des Proletariats auf die der Bourgeoisie leiten solle, ohne jedoch inzwischen im politischen Dienste der Proletarierdiktatur zu stehen. Der andere Standpunkt strebe eine Beibehaltung der Macht in der jetzigen Form seitens des Regierungsrates und vollständige Vermeidung jedes Rückzuges an.

Zuletzt erklärt er, seinen eigenen Standpunkt erst nach dem Abschluß der Debatte fixieren zu wollen. Er bittet daher um Stellungnahme.

Kunfi vermittelt folgende Vorschläge Wilhelm Böhms: Vor allem sollen die Budapester Arbeiterbataillone zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf die Straße gehen, zweitens soll Budapest als Operationsgebiet erklärt, drittens Haubrich zum Oberbefehlshaber sämtlicher militärischer Kräfte Budapests ernannt werden, viertens müssen alle nötigen Schritte unternommen werden, um das Verbleiben der von der Front zurückströmenden Truppen in der Hauptstadt unter allen Umständen zu verhindern.

Arthur Illés erstattet den Bericht über die mit der Station Ujszász um 11 Uhr 20 Minuten geführten wichtigeren Gespräche, denen zufolge sich in Szolnok noch kein Militär befinde. Die Rumänen seien noch nicht in die Stadt eingezogen. Die Soldaten haben sich beispiellos feige benommen.

Tibor Szamuely meldet, daß sich östlich von Abony keine geordneten Truppen befinden. Seiner Meinung nach müsse der Regierungsrat durchhalten.

Béla Szántó berichtet, daß nach einer soeben eingelangten Meldung Spahis aus Szolnok nach Abony gezogen seien. Er kündigt an, daß die entwaffneten Soldaten Budapest im Handumdrehen überschwemmen werden.

Desider Bokányi: Wir bauten die Diktatur des ungarischen Proletariats auf die Weltrevolution und die russische Hilfe auf. Die Weltrevolution ist nicht gekommen, hingegen wird die russische Hilfe eintreffen. Seiner Meinung nach habe der Regierungsrat seine Stelle einem Direktorium zu übergeben, das die Regierung der Ordnung und dem Wesen nach ein gemischtes Direktorium darstellen solle, mit dem die Entente verhandeln würde. Die Arbeiterschaft dürfe auch bis zur Änderung der Lage nicht ohne Führung bleiben. Das Direktorium müsse in jeder Beziehung freie Hand haben.

Siegmund Kunfi beantragt, daß die Macht der Arbeiterschaft zurückgegeben werde. Es stehe zwar fest, daß die Diktatur ihre Basis in der russischen Hilfe und der Weltrevolution hatte, sie müsse jedoch von der ungarischen Arbeiterschaft verteidigt werden. Man müsse sich darüber klar werden, ob das Proletariat geneigt oder imstande sei, um die Erhaltung der Diktatur zu kämpfen. Das gegenwärtige Verhalten der Armee scheine eher das Gegenteil zu beweisen. Es unterliege keinem Zweifel, daß die wirkliche Armee des Proletariats sich noch nicht entwickeln konnte. Die jetzige Armee bestehe hauptsächlich aus Elementen des Lumpenproletariats. Da die Revolution von Budapest und Umgebung gemacht wurde, so müsse festgestellt werden, ob die Hauptstadt geneigt sei, für die Revolution zu kämpfen. Mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiterschaft derzeit allem Anschein nach weder die Kraft, noch die Fähigkeit zum Kampfe besitze, tritt er für die Errichtung einer Körperschaft ein, die, aus der organisierten und bewaffneten Arbeiterschaft gebildet, die Macht zu übernehmen habe, da die Entente nicht gewillt sei, mit dem revolutionären Regierungsrat zu verhandeln. Die zur Übernahme der Macht bestimmte Körperschaft müsse jedoch mit Weisungen oder Ratschlägen, insbesondere in nachstehenden Fragen, ausgestattet werden: Sie habe sich mit sämtlichen Verfügungen der Diktatur solidarisch zu erklären, die Geiseln zu entlassen, die Zensur aufzuheben, Erklärungen betreffend das Übergangsprogramm abzugeben und die sozialistische Republik Deutschösterreich behufs Intervention bei der Entente anzugehen.

Jakob Weltner: Da wir über keine bewaffnete Macht verfügen, sei die bewaffnete Besetzung unvermeidlich. Die Entente sei bestrebt, die Diktatur der Bourgeoisie wiederherzustellen. Es sei daher offenbar, daß kein Kompromiß in Betracht kommen könne. Er hält es für unbedingt notwendig, daß derjenige Faktor, der die Macht übernimmt, sich mit der Diktatur soli-

darisch erklärt, im übrigen aber müsse ihm alles anheimgestellt werden. Überhaupt habe das Direktorium den Zweck, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Handelt es sich um die Herstellung des Absolutismus, so solle das von der Reaktion mit eigenen Kräften durchgesetzt werden, doch dürfe sich kein Arbeiter als Werkzeug dazu mißbrauchen lassen. Die wichtigste Frage sei, ob die Arbeiterschaft jetzt einheitlich bleiben könne, denn je einheitlicher sie ist, um so weniger könne der Absolutismus wieder verwirklicht werden. Wiewohl er mit den Verfügungen der Diktatur in mancher Beziehung nicht einverstanden sei, stellte er doch fest, daß das, was bis jetzt geschah, eine Reihe ideeller Schritte in der Richtung des Sozialismus darstelle.

Tibor Szamuely wirft die Frage auf, was das Direktorium bewegen sollte, die Macht, die vom Regierungsrat nicht verteidigt wird, seinerseits zu verteidigen. Er bekennt sich zum Gedanken, daß der Regierungsrat an seiner Stelle verbleiben, seinen Sitz vorläufig nach Transdanubien verlegen solle. Er verwirft die österreichische Intervention, da diese die Einheit der Partei zerstören werde.

Bela Szántó brandmarkt die Übergabe der Macht als Feigheit und Treulosigkeit gegen die Arbeiterschaft. Solange die Arbeiterschaft den Regierungsrat nicht verjage, müsse jeder auf seinem Posten verbleiben.

Eugen Landler erklärt, daß er sich in der aufrichtigsten Überzeugung der Diktatur angeschlossen habe, daß der Sozialismus ohne Diktatur unmöglich zu verwirklichen sei. Gerade deshalb, da er die Diktatur nicht nur im Interesse des ungarischen, sondern auch im Interesse des Weltproletariats für notwendig halte, müsse man der Diktatur treu bleiben. Der Regierungsrat dürfe unter keinen Umständen an Rücktritt denken. Am meisten würde der Sache schaden, wenn der Regierungsrat dem weißen Terror die Arbeiter ausliefere[3].

Kun, der vorsichtige und diesmal bescheidene Führer „will den Regierungsrat nicht beeinflussen", und mit einem sonst unbekannten

[3] Protokoll der Sitzung des Regierungsrates vom 1. Mai 1919.

Takt und Entgegenkommen wartet er die Bildung einer Mehrheit ab, um dann vor den Massen als Posaunenbläser des unerbittlichen Kampfes zu erscheinen.

Die Mehrheit des Regierungsrates nahm den Standpunkt ein, daß sie sich an die Arbeiterschaft wenden und ihrer Stellungnahme gemäß handeln wolle. Gleichzeitig wurde meinen durch Kunß vermittelten Wünschen Rechnung getragen: die disziplinierten Arbeiterregimenter Budapests wurden zum Schutz der revolutionären Ordnung herangezogen und zum Kommandanten Budapests der energische Haubrich ernannt.

Wir mußten also die Arbeiterklasse befragen, ob sie den Kampf weiterführen wolle oder sich mit dem Niederbruch der Revolution und dem unausbleiblichen Sieg der Konterrevolution und des zügellosen weißen Terrors abfinde.

Am 2. Mai nachmittags erschienen wir vor den Vertrauensmännern der Eisen- und Metallarbeiter. In einem Vortrag schilderte ich ohne Beschönigung die entsetzliche Lage, in die wir durch die Disziplinlosigkeit der Armee versetzt wurden.

„Wir haben keine Waffen, keine Kanonen, keine Lebensmittel, keine Kleider" — sagte ich —, „unsere Truppen sind undiszipliniert, fast kampflos, einer Horde gleich, zerstoben. Wollen wir die Revolution retten, so soll man nicht im Hinterland schwatzen und Feinden nachspüren, vielmehr sollen sich die disziplinierten organisierten Arbeiter, allerdings nur im Verband einer disziplinierten Armee, an die Front begeben, um die Revolution auf Leben und Tod zu verteidigen. Sind wir das nicht imstande, so bekennen wir es mannhaft, betrügen wir uns selbst nicht, blicken wir den Ereignissen, die da kommen sollen, wacker in das Auge. Den gestürzten Revolutionen folgen aber gräßliche Leiden."

Die Versammlung stimmte nach einer Ansprache Landlers ohne jede Debatte über die von mir aufgeworfenen Fragen ab. Sie stellten sich einstimmig auf den Standpunkt der Revolution und die mehr als tausendköpfige Versammlung der Vertrauensmänner erklärte in einer Resolution, daß sie mit den organisierten Arbeitern der Betriebe einrücken werde, damit der Räterepublik eine verläßliche und disziplinierte Armee zur Verfügung stehe.

Noch am selben Tag schilderte Haubrich die Lage in den Nachmittagsstunden vor den Delegierten der Fabriksbataillone. Hier

gingen die Meinungen auseinander. Ein Teil trat für die weitere Verteidigung der Revolution, ein anderer für den Rückzug ein. Ich war gar nicht überrascht, als ich erfuhr, daß es gerade die „Radikalen" waren, die sich auf den Standpunkt des Rückzugs stellten.

Abends folgte der Arbeiterrat nach einem Referat Kuns dem Beispiel der Vertrauensmänner der Metallarbeiterschaft.

Die Elite der Arbeiterschaft schwang sich auf die Höhe der Lage. Der Arbeiterrat stimmte der Errichtung der aus organisierten Arbeitern bestehenden Bataillone mit der größten Begeisterung einmütig zu. Jetzt wurde ihr die Lage klar. Jetzt sah man deutlich, wie verhängnisvoll die Saumseligkeit und Anarchie der ersten vier Revolutionswochen auf dem Gebiete des Kriegswesens, sowie die absichtliche, jede Organisation der Armee hintertreibende Wühlarbeit Szántós gegen Pogány sich rächten. In normalen Zeiten hätte man einen militärischen Führer, dessen Werbesystem diese Armee schuf, vertrieben, oder zu politischer und persönlicher Verantwortung gezogen.

Immerhin riß der neue Geist nur die Massen fort. Die Führung blieb die alte. Wohl war sich Kun der eigentlichen Ursachen der Gefahr bewußt, die Clique Szántós war jedoch stärker, als Béla Kun selbst. Ihr gegenüber war alles machtlos. Ich bestürmte Szántó fast täglich mit Telegrammen, in denen wir ihn aufforderten, Kommandanten und Artillerie für die Armee zu entsenden. Er versprach, Kommandanten zu schicken, tat es aber nicht. Auch konnte die Kommandantenschule ihre Tätigkeit nicht aufnehmen. Das Volkskommissariat für Kriegswesen setzte der Durchführung der Verordnung seine Sabotage entgegen.

Ein Fall von vielen. Die an sich undisziplinierte Infanterie war gezwungen, sich vor dem Angriff der rumänischen Artillerie zurückzuziehen, da wir nicht über genügende Batterien zur Deckung der Infanterie verfügten. Meine telegraphische Urgenz wird von Szántó folgendermaßen beantwortet:

> „In Budapest gibt es keine Pferde zur Beförderung der Kanonen. Sie und Stromfeld stellten mir wiederholt Pferde in Aussicht, bis jetzt sind jedoch hier keine eingelangt. Sie werden dringend ersucht, besagte Pferde einzuliefern, e r h a l t e i c h

sie, so kann ich Batterien schicken. Szántó, 142—1919[4]."

Mit böswilligem Necken und kindischen Ausreden — gibst du mir Pferde, so gebe ich dir Kanonen — steht er dem Abwehrkampf der Arbeiterschaft in der sicheren Deckung der Clique gegenüber.

Allein es fehlte uns auch die Zeit, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Die imposante Resolution des Arbeiterrates rief die Arbeiterklasse wach. Die Massen erwachten zum Bewußtsein der Größe der Gefahr, und unter der Wirkung dieses Bewußtseins brach die glorreichste und glänzendste Epoche des Freiheitskrieges der ungarischen Arbeiterklasse an.

Die Arbeiter der Fabriken, die alten organisierten, klassen- und selbstbewußten Arbeiter strömten unter der Führung der Vertrauensmänner massenhaft in die neuorganisierte Rote Armee. Alternde Männer, sorgenbeladene Familienväter, im vierjährigen Kriege erkrankte, ihrer Gesundheit beraubte Arbeiter meldeten sich mit Umgehung der obligaten ärztlichen Untersuchung in den militärischen Werbungskanzleien. Von Tag zu Tag stellten sich neue Bataillone, neue Regimenter in Reihe und Glied. Mit einem Schlage verfügte die Räterepublik über eine schlagfertige, starke Rote Armee.

Es schien, als hätte die Arbeiterschaft die zahlreichen, in den sechs Monaten der Revolution begangenen Fehler, vor allem die mangelnde Teilnahme der reifen Arbeiterschaft an der Verteidigung der Revolution erkannt und bereut. In größter Zahl ergriffen die verläßlichen, organisierten Arbeiter, die mit gewerkschaftlichen und sozialistischen Ideen durchtränkten Schichten die Waffen, und retteten das Land vor der fremden Invasion. Entschlossenheit, Begeisterung, eiserner Wille durchdrangen die Massen, sie fühlten, daß das weitere Schicksal der Revolution von ihrem Entschluß und Vorgehen abhänge.

Natürlich fand die begeisterte Stimmung auch unwürdige Nutznießer. Budapests Straßen wurden von einer Menge uniformierter Männer überschwemmt. In den Arbeiterräten, Organisationen und Parteilokalitäten tauchten in rascher Folge verschiedene uniformierte Individuen auf. Sie ließen in den Zeitungen verlautbaren, daß sie sich an die Front begeben hätten, und während die Zehn-

[4] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

tausende der namenlosen Helden zum Schutze der Revolution auszogen, steckten sie die Reklame in die Tasche und blieben daheim. Mit großsprecherischem Afterradikalismus, mit brüllenden Hetzreden gegen die Bourgeoisie und die um die Revolution kämpfenden Sozialdemokraten vermeinten sie der Revolution einen Dienst zu erweisen. Im Arbeiterrat führten diese Leute in Uniform und mit Kriegsrüstung einen wahren Krieg gegen Weltner, Garbai und Kunfi, während die Proletarier draußen an der Front im feindlichen Kanonen- und Maschinengewehrfeuer die Revolution verteidigten.

Ich will nicht ungerecht sein: es fanden sich mitunter auch Ausnahmen, Kommunisten, die sich auch an der Front bewährten. Seit dem heroischen Aufstand der sozialdemokratisch geschulten organisierten Arbeiterschaft und der Kampfflucht des Afterradikalismus lebt aber in mir das unauslöschliche Bewußtsein dessen, daß diejenigen, die sich jeder Revolutionsarbeit entzogen, um hinter der Front und später in der Emigration zu ebensovielen Aposteln des Radikalismus zu werden und deren revolutionäre Tätigkeit sich hierin erschöpfte, insgesamt nur Konjunkturritter der Revolution waren. Die echten Revolutionäre befanden sich an der Front.

Die strategische Organisation der Roten Armee ist das Verdienst des Generalstabschefs Stromfeld. Seine vorzügliche Organisierungskraft wirkte wahre Wunder.

In siebzehn Tagen stand die Rote Armee diszipliniert, kampfbereit da. Die Katastrophe des 2. Mai hatten wir glücklich überstanden, am 19. Mai wurde bereits die siegreiche Offensive eingeleitet.

Die Armeeorganisation entsprang diesmal einem Mangel, der durch den Zwang der Notlage geschaffen wurde. In wenigen Stunden und Tagen mußten Bataillone und Regimenter aufgestellt werden. Wir stellten daher die Freiwilligen nach Fabriken, Betrieben und Branchen zusammen. In der augenblicklichen Lage sicherte uns diese Methode große Vorteile, später lastete sie hingegen mit Zentnergewicht auf der Armee. Sie wurde mit zu einer Quelle des Auflösungsprozesses. Im Verlaufe der Kämpfe hatte die Unzufriedenheit im Verbande der Armee ihre Ursache darin, daß die sich im täglichen Umgang nahestehenden Arbeiter imstande waren, zu kontrollieren, wer in den Fabriken und Betrieben zurückblieb und sei-

nen Pflichten nicht nachkam; sie murrten, daß andere daheim ihren Arbeiten ruhig nachgehen können, während sie, die sich mit sozialistischem Bewußtsein zum erstenmal zum Schutze der Revolution gemeldet hatten, täglich in Lebensgefahr waren; die Daheimgebliebenen besetzten inzwischen die Bureaus und Betriebe und erfüllten ihre Pflichten als Arbeiter selbst in der Produktion nicht. All diese Umstände führten zu Widersprüchen, Konflikten, später zu Disziplinlosigkeit und letzten Endes zur Auflösung.

XXXVII.

Der Triumphzug der Roten Armee.

a) Die militärische Lage.

Die mit fieberhafter Eile und beispielloser Opferwilligkeit ins Leben gerufene neue Rote Armee wartet ungeduldig, um die Scharte des Theißrückzuges auswetzen zu können. Dank dem verhältnismäßig günstigen Eisenbahnnetz des territorial verstümmelten Landes war die Armee von den verschiedenen Sammelstätten der Divisionen innerhalb weniger Stunden an jeder beliebigen Front zu konzentrieren. Man mußte sich fragen, wie die Soldatenmassen zu verwenden seien.

Anfang Mai gab Kun dem Armeeoberkommando bekannt, daß die Entente sich seinen Informationen zufolge mit der Absicht trage, Räteungarn von der Richtung Szeged—Szabadka auf dem Gebiet zwischen der Donau und der Theiß anzugreifen. Die vertraulichen Berichte des Armeeoberkommandos konnten diese Information des Volkskommissariates für Äußeres nur bestätigen. Auch vom strategischen Standpunkt aus schien es nicht unwahrscheinlich zu sein, daß die Ententetruppen auf der von natürlichen Hindernissen freien Ebene vorrücken würden. Die Hauptstreitkräfte konzentrierten sich daher um Kecskemét herum.

Meldungen, die nach dem 15. Mai einlangten, ließen die früheren Informationen als unbegründet erscheinen. Im Kommissariat für Heerwesen und Äußeres nahm die Auffassung überhand, daß die Entente den Angriff nicht unternehmen werde, da zwischen England und Italien einerseits und Frankreich anderseits starke Gegensätze in der ungarischen Frage aufgetaucht seien, wobei auch eine aktive militärische Unterstützung seitens der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens wenig Wahrscheinlichkeit hatte.

Zu dieser Zeit war Räteungarn an drei Seiten von feindlichen Truppen umgeben.

Im Süden stand die serbische Armee unter Führung des Esseger Oberkommandos mit drei (Drina, Morava und Donau) Divisionen, insgesamt 21 500 Gewehren, 1300 Kavalleristen und 54 Kanonen. Nordwestlich von den Serben stationierten unter dem Kommando General de Lobits drei französische Divisionen, mit 27 bis 40 Bataillonen, 6 Kavalleriekompagnien und 60 Geschützen. Seit Anfang Mai war die Ankunft weiterer französischer Truppen avisiert.

Östlich hielten drei rumänische Infanteriedivisionen sowie die zweite Kavalleriedivision, unter dem Kommando General Mardarescus in Großwardein, unmittelbar das Theißufer, überdies stationierten in Siebenbürgen zwei weitere Divisionen, so daß wir für den Fall eines Krieges mit 5 Infanterie- und 1 Kavalleriedivision zu rechnen hatten.

Nördlich an der tschechoslowakischen Front waren auf dem östlichen Flügel zwei Divisionen unter dem Kommando des italienischen Generals Piccione, auf dem westlichen ebenfalls zwei Divisionen unter dem Kommando des französischen Generals Henneque konzentriert, außerdem waren fortwährend Verstärkungen unterwegs und Truppenumgruppierungen im Gange.

In der Umgebung der Murau endlich stand eine Division der Jugoslawen.

Die großzügige Truppenkonzentration — 17 Divisionen — ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Entente früher oder später zur Offensive übergehen werde. Das Armeeoberkommando mußte erwägen, ob es vom Standpunkt der Defensive nicht zweckmäßig und strategisch vorteilhafter wäre, wenn die Rote Armee den feindlichen Angriff nicht abwarten, sondern sich des von drei Seiten drohenden Druckes in einer für geeignet erachteten Zeit und an einem selbstgewählten Punkt entledigen wollte.

Diese Erwägung schob auch die Frage in den Vordergrund, an welcher Front eine eventuelle Offensive zu ergreifen wäre. Angesichts der zur Verfügung stehenden verhältnismäßig geringen Kräfte, wäre es ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, an allen Fronten auf einmal zum Angriff überzugehen. Politische und strategische Rücksichten sprachen dafür, daß die Offensive an der Nordfront eingeleitet werde. Ein Angriff gegen die südlich stehenden französischen Truppen wäre ein politischer Fehlgriff gewesen, da dies einer offenen Kriegserklärung an die Adresse der großen Entente

gleichgekommen wäre. Überdies hätten wir auch die jugoslawische Armee gegen Ungarn gehetzt, die das revolutionäre Land mit französischer Hilfe ohne jedwede Schwierigkeit überrannt hätte.

Eine Offensive gegen die Rumänen hätte viel größere Kräfte beansprucht, als die der Roten Armee, da sie mit einem Überschreiten der mehrere hundert Kilometer langen Theißlinie verbunden gewesen wäre. Wir verfügten noch nicht über genügende Artillerie, und so wäre auch dieses Unternehmen nicht zweckmäßig gewesen.

Alle Meldungen berichteten, daß die tschechoslowakische Front am schwächsten war, und so bot der Angriff nach Norden die meiste Aussicht. Außerdem waren politische Rücksichten mitbestimmend bei der Auswahl des Angriffspunktes. In den letzten Tagen des Rückzuges von der Theiß im April wurde selbst die von der Entente einseitig bestimmte Demarkationslinie durch die tschechoslowakische Armee ohne vorherige Kriegserklärung überschritten. Sie zog in die Städte Miskolc, Szerencs, Sátoraljaujhely ein und besetzte an der südlich von diesen Städten liegenden Linie eine neue Demarkationslinie. Dadurch kam zwischen der tschechoslowakischen und der rumänischen Armee eine unmittelbare Verbindung zustande, und die Abschnürung Ungarns war vollzogen. Oberstleutnant Karl Szabó Papp sprach am 4. Mai als Parlamentär beim Miskolcer Kommando der tschechoslowakischen Armee vor und bat um Einstellung des Vormarsches der tschechoslowakischen Truppen, erhielt jedoch die Antwort, daß die Truppen mit einem Befehl vom 29. April auf diese Linie befohlen wurden und nicht geneigt seien, sich zurückzuziehen.

Der Regierungsrat sowie das Oberkommando der Roten Armee vertraten also vor der Öffentlichkeit den Standpunkt des Rechts, wenn sie in die auch von der Friedenskonferenz Ungarn zuerkannten Gebiete einzog, d. h. ihre Truppen zur Besetzung derselben anwies. Aus historischer Distanz muß im Interesse der historischen Wahrheit festgestellt werden, daß diese politische Begründung weder den eigentlichen Triebfedern, noch dem Plan entsprach, die den Zweck verfolgten, die in Ermangelung eines Friedensvertrages provisorisch besetzten Gebiete selbst mit Waffengewalt für Ungarn zurückzuerobern und neue Gebiete der Volksernährung und der Wirtschaft zu gewinnen, wobei die Friedenskonferenz vor eine vollendete Tatsache gestellt werden sollte.

b) Die Offensive.

Über den Plan der Nordoffensive herrschte im Regierungsrat vollkommene Einmütigkeit. Nur in den Einzelheiten der Durchführung gingen die Meinungen auseinander.

Landler empfahl mit Unterstützung seines Stabschefs Julier, die Offensive von Salgótarján aus nach nordöstlicher Richtung einzuleiten. Auch Kun bekannte sich einige Stunden lang zu diesem Plan, der aber strategisch undurchführbar war, da wir in diesem Fall größere Streitkräfte benötigt hätten, als die Rote Armee besaß. Wir hätten auch südlich in eine Offensive gegen die Donaulinie übergehen sollen, woran uns der Mangel an Artillerie und Brückenmaterial hinderte. Auch politisch wäre die Durchführung gefährlich gewesen, da der Etappenraum in diesem Falle nach dem politisch unverläßlichen Transdanubien verlegt und überdies die Verbindung der tschechoslowakischen und rumänischen Armee nicht abgebrochen worden wäre.

Begreiflicherweise sprachen also alle politischen und strategischen Rücksichten für eine Offensive in der Richtung nach Miskolc, mit dem eingestandenen Zweck, die Verbindung der tschechoslowakischen und der rumänischen Armee abzuschneiden und den feindlichen Druck auf Ungarn zu schwächen.

Am 16. Mai erließ das Armeeoberkommando die Dispositionen bezüglich des Vormarsches. Für die Nacht vom 19. auf den 20. wurde die Einleitung der Offensive verfügt. Gemäß der Disposition sollte die unter Landlers Kommando aus dem ersten und fünften Armeekorps und der 3. Brigade bestehende Hauptkraft — das 3. Korps — von Malyi aus über Miskolc die Offensive ergreifen, die am linken Flügel der feindlichen Armee stehenden Rumänen über die Flüsse Hernád und Sajó nach den Gebieten jenseits der Theiß zu drängen, die Theiß zu überschreiten und das fruchtbare Gebiet wieder in Besitz zu nehmen suchen. Westlich von den Hauptkräften sollte der linke Flügel von der 80. Brigade und der 3. Division gesichert werden, die die Hauptkräfte mit den zur Verfügung stehenden Truppen entlasten und den rechten Flügel der tschechoslowakischen Armee im geeigneten Zeitpunkt aufrollen sollten.

Die Soldaten der die Offensive einleitenden 1. Division rekrutierten sich aus Eisen- und Metallarbeitern, Bauarbeitern, Postange-

stellten und Arbeitern der Fabrik in Diósgyör sowie aus Soldaten des Budapester 32er Hausregimentes. Bei diesen ersten voraussichtlich siegreichen Kämpfen der Proletarierarmee stellten wir schon aus politischen Gründen Soldaten aus dem industriellen Proletariat an die Spitze, damit das Verdienst der Verteidigung des Landes und der Revolution die Opferwilligkeit industrieller Arbeiter dokumentiere und so den daheimgebliebenen Arbeitern erneute Kraft und Begeisterung eingeflößt werde.

Am 20. früh ging die Offensive los. Das Divisionskommando quartierte sich in einer kleinen Schenke ein, von dort wurden die Operationen geleitet. Die Truppen sahen dem Augenblick des Aufbruches mit fieberhafter Ungeduld entgegen und unvergeßlich war die wirklich enthusiastische Stimmung, die sich der Truppen bemächtigte, als der erste Erfolg verkündigt wurde: unsere Vortruppen besetzten ein neues Stückchen Gebiet, bemächtigten sich einer kleinen Ortschaft.

Anfangs stießen unsere Truppen nur auf schwachen Widerstand. Indessen steigerten sich die Schwierigkeiten des Operationsgebietes zusehends und südlich von Miskolc, auf der Linie Csaba—Görömböly—Benedekhegy—Magashegy empfing die Truppen bereits ernster Widerstand. Doch jeder Widerstand des Feindes war vergeblich. Im höllischen Feuer stürmten unsere Soldaten mit Todesverachtung vorwärts und am 21. früh standen sie bereits in Miskolc. Sie eroberten die erste größere Stadt und ohne Rast setzten sie ihren Eroberungszug nach Norden fort.

Nördlich von Miskolc wurde der Widerstand infolge erheblicher Truppenverstärkungen des Feindes zäher, auf dem rechten Flügel begegneten unsere Soldaten zahlreichen rumänischen Truppen.

Unterdessen wurde festgestellt, daß uns vom Süden her kein Angriff drohe. Demgemäß nahm das Armeeoberkommando am 27. Mai eine Umgruppierung der Kräfte vor, um den feindlichen Widerstand mit noch größerem Schwung brechen zu können. Mit einem verwegenen Entschluß setzte es das ganze Spiel auf eine einzige Karte. Sämtliche zur Verfügung stehende Reserven wurden in den Kampf geworfen. An der Theiß blieb das im Organisierungsstadium befindliche, mit nur schwachen Kräften ausgerüstete 1. Korps, in Transdanubien gab es fast keine in Betracht kom-

menden Truppen. Alle kombattanten Truppen konzentrierten wir an der Front. In das 3. Korps wurden die Tüchtigsten, die 4. u. 6. Division, eingeteilt. Die 4. Division bestand ausschließlich aus Arbeiterregimentern, wogegen die 6. Division, der eine vorzügliche militärische Ausbildung zuteil wurde, den Reihen der Bauernschaft entnommen war.

Mit dieser neuen Disposition beabsichtigte das Armeeoberkommando, die Front der vereinigten tschechisch-rumänischen Armee mit allen Mitteln zu durchbrechen, einen entscheidenden Schlag gegen die tschechoslowakischen Hauptkräfte zu führen, mit allen verfügbaren Kräften die Theiß zu übersetzen und endlich die rumänischen Truppen zu überfallen. Ein Teil der 5. Division, sowie die 3. Division und die 1. Brigade hätten sich gegen den rechten Flügel der feindlichen Hauptkräfte gewendet und so unsere eigenen Hauptkräfte entlastet.

Die neue Offensive wurde am 29. Mai eingeleitet und in einigen Tagen brach sie mit schwungvoller Wucht die feindlichen Hauptkräfte. Die Rumänen wurden von der Roten Armee über die Theiß geworfen, die Verbindung der rumänischen und tschechischen Truppen abgeschnitten. Die Hauptkräfte zogen nach Kaschau, der rechte Flügel setzte seinen Vormarsch nach Szerencs und Sátoraljaujhely, der linke nach Léva und Érsekujvár fort. In wenigen Tagen setzte sich die Rote Armee in den Besitz der Städte Léva, Rimaszombat, Losonc, Érsekujvár, Szerencs, Sátoraljaujhely, Selmecbánya, Korpona, Nagysurány, Kaschau, Eperjes, Bartfa und eroberte weite Gebiete. Im Sturme näherten sich unsere Truppen der nördlichsten Grenzlinie des ehemaligen Ungarn.

Der ursprüngliche Kriegsplan konnte nicht durchgeführt werden, da die Rumänen die Eisenbahnbrücke bei Zsolcza in die Luft sprengten und der Vormarsch über die Theiß ohne Nachschub an Eisenbahn- und Brückenmaterial nicht gewagt werden durfte. Infolgedessen beschloß das Armeekommando, zur Ausbeutung des Sieges einerseits die tschechischen Streitkräfte in das Tal Poprád—Vág zu drängen, dann aber die Verfolgung derselben mit Rücksicht auf die territorialen Schwierigkeiten dort nicht fortzusetzen, sondern die Armee in der Umgebung der Stadt Léva umzugruppieren und mit den Hauptkräften von dort eine neuerliche Offensive in der Richtung Nyitra einzuleiten.

Zur Verwirklichung dieses Planes organisierten wir ein neues Armeekorps unter dem Kommando Pogánys: sein Stabschef war Oberstleutnant Craenenbrock. Wenn auch dieses kombinierte Korps über vorzügliche Truppen verfügte, so machte doch die Offensive an dieser Front nur geringe Fortschritte. Nach dem Sturz der Revolution wurde einwandfrei konstatiert, daß Craenenbrock ein Verräter war und geflissentliche Sabotage betrieb.

In den ersten drei Wochen der Revolutionskämpfe kamen die Soldaten der Roten Armee — Arbeiter sowohl wie Bauern — ihrer revolutionären Pflicht mit bewundernswertem Heldenmut und Enthusiasmus, mit glänzender Opferwilligkeit nach. Kein Fußbreit Boden konnte zurückerobert werden, ohne überschwengliche Freude und ein neuerliches Auflodern der Begeisterung hervorzurufen.

Feindlich gesinnte Offiziere, kriegserfahrene alte Soldaten mußten in Privatgesprächen, amtlichen und vertraulichen Meldungen die Leistungen der Soldaten unserer improvisierten Armee lobend anerkennen.

> „Mit diesen tapferen Truppen lassen sich außerordentliche Taten durchführen . . . Die Schlacht bei Miskolc dürfte in der ganzen Weltgeschichte ihresgleichen suchen, zumindest ist es nicht ausgeschlossen, daß sie schwerwiegende Folgen nach sich zieht. Die beteiligten Proletariersoldaten verdienen allenfalls besondere Achtung und mit ihnen kann man bei ruhiger und der notwendigen Zeit nicht entbehrender Führung eine weitere Reihe ähnlicher glänzender Erfolge gewärtigen[1]."

So zu lesen in der vertraulichen Meldung des Kommandanten der 1. Division des Obersten Kerekes vom 27. Mai über die seiner Führung unterstehenden Truppen. Ähnlich äußern sich Békéssy, Rab, Szakáll und andere Divisionskommandanten sowie die Stabschefs Bengyel, Németh und Farkas.

Das Urteil dieser Berufsoffiziere über die Vorzüglichkeit der Truppen war durchaus nicht übertrieben. In den Kämpfen überzeugte ich mich selbst von der bewährten, beispiellosen Kampfbereitschaft der roten Soldaten.

Während der Dauer meiner Tätigkeit als Armeekommandant verkehrte ich täglich an der Front. Ich suchte die Truppen in der

[1] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

Schwarmlinie, in den Schützengräben, an den Beobachtungsstellen der Artillerie auf und mußte zur Überzeugung gelangen, daß das Benehmen der roten Soldaten wirklich bewundernswert war. Ihre Opferwilligkeit, ihre Tapferkeit wurde sowohl von instinktivem Nationalismus wie von selbstbewußtem revolutionären Willen geleitet: sie kämpften um den Schutz der Revolution und strebten die Wiederherstellung der alten Grenzen des verstümmelten Vaterlandes an.

Zahlreiche denkwürdige Episoden aus jenen Tagen prägten sich in mein Gemüt. Die schönste war die begeisterte Szene des Artilleriegefechtes bei Kaschau.

Unsere Truppen befanden sich nördlich von Kaschau. Am 10. Juni besuchten wir in Gesellschaft ausländischer Journalisten vor Kassabéla unsere auf der Kote 1248 kämpfenden Truppen. Der Schützengraben lief am Rande eines Waldes, der sich hinter einer Lichtung erhob. Hier war auch die Beobachtungsstelle der Artillerie. Granaten, Schrapnells schwirrten in der Luft, Zweige flogen krachend hin und her und unsere Soldaten standen inmitten des Feuers in köstlicher Laune.

Aus den Infanteriestellungen begaben wir uns zu den Artilleristen. Hier ging es hart zu. Zischend und dröhnend fliegen die feindlichen Geschosse, donnernd antworten unsere Kanonen. Ein Schrapnell erlegt eins von unseren Pferden, ein Splitter verwundet unseren roten Soldaten Csuri am Beine.

Im höllischen Lärm und mitten in der tödlichen Gefahr merken die Artilleristen, ehedem Metallarbeiter, unsere Ankunft. Ein Pfeifsignal: die Artilleristen stellen sich in Reih' und Glied und im entsetzlichen Feuer erbraust plötzlich die Internationale: man heißt die auf Besuch unter ihnen weilenden Genossen willkommen.

Die ausländischen Journalisten hören tief ergiffen zu. Jetzt begriffen sie die Seele dieser Arbeitersoldaten. Diese waren nicht vom Kaiser zum Schutz fremder Interessen zur Schlacht befohlen, die kämpfen mit selbstbewußtem Willen, freiwilligem Entschluß für sich und ihre Zukunft . . .

Es wäre trotz allem eine Ungerechtigkeit, der vortrefflichen Leistungen der meisten Offiziere nicht zu gedenken. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sie keine Sozialisten waren. Die Diktatur und die Räterepublik war ihnen verhaßt, doch der Nationalismus, dessen

Ziele auch der siegreichen Roten Armee vorschwebten, spornte sie an. Anderseits wirkte in ihnen die geheime Hoffnung, daß das Regime innerhalb des erweiterten Landes abgelöst werde.

Es ist merkwürdig, daß mehr als 90 Prozent der in der Weißen Armee der Konterrevolution dienenden Offiziere Mitglieder der Roten Armee waren. Die Ostenburg, Bengyel, Tomcsányi, Bangha und andere legten den herrschenden Kommunisten gegenüber einen Servilismus an den Tag, der sie manchmal intoleranter erscheinen ließ als die verknöchertsten Kommunisten. Sie überboten selbst Kun an Radikalismus. Und niemand wurde von den aktiven Offizieren so vorbehaltlos umschwärmt wie Szamuely . . .

Ein Teil der Offiziere streifte jeden Konjunkturgedanken ab und erfüllte seine Pflicht mit tiefem sittlichen Ernst.

Vor allem war es der Chef des Generalstabes, Stromfeld, der ein Beispiel von ernster Auffassung des Offiziersberufes bot. Der geniale Soldat, der zielbewußte Feldherr verrichtete seine aufreibende Arbeit mit hervorragenden geistigen und moralischen Fähigkeiten, mit staunenswerter physischer Kraft und kaltem Blute. Tag und Nacht saß er an seinem Schreibtisch. Im Falle eines Mißerfolges erteilte er seine Weisungen mit der größten Ruhe, seine Gelassenheit steckte alle Subalternen, seine ganze Umgebung an und trug zum Erfolg erheblich bei.

In politischer Hinsicht gestand er allen gegenüber unumwunden ein, kein Kommunist, sondern Sozialdemokrat zu sein, der infolge seiner Studien und der Greuel des Krieges von der Wahrheit der Idee überzeugt wurde. Er ist ein außerordentlich gebildeter Mann, der sich seit Kriegsschluß mit besonderer Vorliebe der Soziologie widmete, seine Überzeugung aber keiner Konjunktur opferte. Er erklärte Kun, Szamuely und anderen kommunistischen Volkskommissären offen, daß er seine sozialistischen Grundsätze nicht preisgebe, mit den Mitteln des Bolschewismus durchaus nicht einverstanden sei, hingegen auf dem Revolutionsaltar des Proletariats Kraft und Wissen gerne opfern wolle, hauptsächlich allerdings um seinem revolutionären Vaterlande einen Dienst zu erweisen, indem er die Erfolge der gegen die Zerstückelung des Landes kämpfenden Roten Armee zu fördern suche.

Dieser Patriot im edelsten Sinne des Wortes wurde von der Konterrevolution mit zwei Jahren Kerker bedacht, weil er seine Dienste

im Augenblick der Gefahr dem Vaterland der Armen zur Verfügung stellte.

In der Armeeleitung war das Hauptprinzip aller Pläne, Befehle und Unternehmungen, die erreichbar größten Erfolge mit denkbar geringstem Menschenopfer zu erzielen. Während der größten Kämpfe in den Monaten Mai und Juni hatte die Rote Armee 3691 Verwundete und 6977 Kranke zu verzeichnen. Die Zahl der Toten betrug in zwei Monaten etwa 450. Jeder Verlust an Menschenleben wurde schmerzlich empfunden, und wenn auch die Zahl der Opfer an sich groß war, so ist doch das Verhältnis gegenüber den Verlusten im Weltkrieg oder in anderen Feldzügen wesentlich günstiger.

Auch war unser Verhältnis zu den Soldaten ein anderes als das der Kommandanten im Weltkrieg zu den ihrigen. Ein beträchtlicher Teil der Soldaten war uns von den Kämpfen der Arbeiterbewegung her bekannt. Wurde uns irgendwo an der Front mitgeteilt, daß das Unverständnis oder die Gewissenlosigkeit einzelner Kommandanten das Leben unserer Proletariersoldaten gefährde, so enthoben wir diese Offiziere oder Unteroffiziere erbarmungslos ihrer Posten. So entfernten wir von der Front gelegentlich einer Inspizierung den Kommunisten Freystadt, den Befehlshaber des 32. Regimentes, unter dessen Führung die 32er vor Gesztely infolge der ungeeigneten Stellung eine empfindliche Niederlage erlitten hatten.

Ähnlich mußten wir gegen die Kommandanten Seidler und Sárói Szábó vorgehen. Auf Grund dessen verbreiteten die Kommunisten das Gerücht, daß ich die kommunistischen Kommandanten verfolge. Was sie wohlweislich verschwiegen, war, daß die Entfernten alle talentlos und zur Truppenführung ungeeignet waren.

Die vorrückende Armee entfernte sich immer mehr vom Herzen der Revolution, von Budapest. Die Rote Armee eroberte ein kleines Land — 2835 Quadratkilometer — von den Tschechoslowaken zurück. Doch nicht nur die territoriale Entfernung nahm zu, auch zwischen dem revolutionären Land und der Roten Armee löste sich die Fühlung nach und nach. Es entstand eine unüberbrückbare Kluft. Die Rote Armee erringt bedeutungsschwere Siege, im Hinterland aber nimmt das Gefühl der Unsicherheit und Anarchie überhand. Den 37000 Gewehren der kombattanten Truppen der Roten Armee stehen mehr als 85 000 Soldaten der tschechoslowakischen

Armee gegenüber und der Sieg ist unser — die im Organisationsstadium befindlichen Truppen beschützen die Grenzen gegen 12 bis 14 Divisionen der Rumänen, Serben und Franzosen, unterdessen paralysiert die Hinterlandspolitik des revolutionären Landes mit einer Reihe von Mißgriffen die Erfolge der kämpfenden Armee.

Am 21. Juni stattete ich im Rätekongreß auf Grund einer Rücksprache mit Stromfeld und einigen führenden politischen Beauftragten eine Meldung ab, worin ich die Lage mit brutaler Aufrichtigkeit schilderte:

„Die Stimmung der Truppen ist schlecht. Davon überzeugte ich mich persönlich. Ich sprach mit den Soldaten, mit den politischen Beauftragten, mit einer Reihe von Kommandanten, hauptsächlich mit solchen, denen wir vorbehaltlos vertrauen dürfen. Bei allen stellte ich fest, daß sie ermüdet sind und nicht mit der kraftstrotzenden Begeisterung kämpfen, die sie bisher beseelte und alle haben das Gefühl, daß sie viel Unrecht erleiden mußten. Alle möchten nach Budapest kommen, weil sie festgestellt haben, daß das Hinterland der Roten Armee keine Hilfe angedeihen läßt und Remedur geschaffen werden muß . . .

Der Nachschub ist fast vollständig unterbunden. Wir haben eine vortreffliche Artillerie, die in Europa ihresgleichen sucht, doch kann diese dem sich im Kriege naturgemäß ergebenden Abgang nicht abhelfen. Man kann Siege erringen, aber auch diese haben ihre Grenzen, und sollte die Lage sich in vier Wochen nicht ändern, so können sich Vágó, Landler, Pogány unter meiner Führung in den Schützengraben legen, Soldaten aber werden wir keine haben . . .

Es finden sich unter ihnen Kranke und ältere Personen. Diese sind sich über die Daheimgebliebenen im klaren und fragen mit Recht: warum bin ich hier und sie zu Hause? Und dazu wird zu Hause nicht gehörig gearbeitet, es ist keine Spur von einer Arbeitsdisziplin da. Ich opfere hier mein Leben und sie führen daheim ein behagliches Dasein . . .

Am 2. Mai erklärten wir unter allgemeinem Beifall, daß zumindest die Hälfte aller Volkskommissäre und Arbeiterräte an die Front gehen werde. Die Reklameberichte sind in den Blättern erschienen, manche aber sitzen noch immer zu Hause und erfüllen ihre Pflicht nicht . . .

Die Frage ist, ob das Proletariat immer noch geneigt ist, für die Proletarierherrschaft Opfer, schmerzlich empfundene Opfer zu bringen. Wird die Antwort bejaht, so ist die Frage entschieden und es bedarf keiner weiteren Verhandlungen. Wenn nicht, so heißt es unsere Truppen bis zu den durch die Entente bestimmten Grenzen zurückzuziehen und die Räteregierung nach Tunlichkeit weiter aufrechtzuerhalten. In diesem Falle hat und vermag man nur das zu tun ... Es ist unmöglich, die Truppen zum Vormarsch anzuspornen, wenn wir ihnen statt Nachschubs Alarmnachrichten nachsenden, mit denen die Schlagfertigkeit der Truppen auf ein Minimum reduziert wird ...

... Ich sage es offen heraus, daß ich die Verantwortung für die Folgen nicht übernehme, und sollte man mich hundertmal einen Verräter nennen. Für Beschlüsse, die nicht durchgeführt werden, übernehme ich keine Verantwortung. Eine Armee braucht keine Beschlüsse, sondern Soldaten und Taten[3] ...“

Die aufrichtigen Worte wurden teils mit Bestürzung, teils mit begeistertem Beifall aufgenommen. Allein diese Begeisterung war das letzte Aufflammen des künstlich geschürten Enthusiasmus. Die erlösende Tat unterblieb. Des Parlamentes, der Arbeiterklasse bemächtigten sich Resignation, Unsicherheit, Verlassenheit. Instinktmäßig erfüllte alle Seelen das Gefühl, daß die siegreichen Waffen keine Befreiung bringen könnten, da sich die Kräfte der Arbeiterklasse als zu schwach zur Durchführung der sozialen Umwälzung erwiesen. Nicht das Widerstreben der Massen oder der Verrat Einzelner, sondern die unermeßlichen Schwierigkeiten der Aufgabe verrammelten den Weg weiterer Erfolge.

Auch diesen aufrichtigen Worten war kein Erfolg mehr beschieden. Der Nachschub besserte sich nicht, die Anarchie nahm zu, die Lawine der inneren Katastrophe und der Krise in der Armee rollte weiter dem Abgrund zu.

---

[3] Bericht über den Rätekongreß am 21. Juni 1919.

XXXVIII.

Die Außenpolitik Räteungarns.

Bei den schweren innenpolitischen Störungen schwebte fortwährend die verworrenste außenpolitische Unsicherheit über der Räterepublik. Die Entente und die das Land umgebenden kleinen Mächte waren der Räterepublik, deren Proklamation an sich eine gegen sie gerichtete Tat darstellte, begreiflicherweise feindlich gesinnt. Nur das kleine schwache Deutschösterreich, in dessen Regierung auch die einflußreichen Sozialdemokraten vertreten waren, beobachtete eine strikte Neutralität.

In dieser verwickelten außenpolitischen Lage bedurfte das Land einer wahrhaft zielbewußten, klugen, schlauen und besonnenen außenpolitischen Leitung. Béla Kun gelangte seinerzeit an die Spitze des Volkskommissariates für Äußeres, um vermöge seiner Verbindungen die aktive Unterstützung des russischen Verbündeten sicherzustellen. Im übrigen stellt die außenpolitische Tätigkeit Kuns einen dunklen Punkt der ungarischen Diktatur dar.

In Kuns System fehlte es an gesunder und zielbewußter Konzeption. Seine Taten sind Mißgeburten einer inkonsequenten Kompromißpolitik. Er war von Männern umgeben, deren einzige diplomatische Qualifikation ihre Unerfahrenheit, Naivität oder bestenfalls ihr blinder Fanatismus war. Zwar war Béla Kun Ungarns Volkskommissär für Äußeres, im Hintergrunde aber gibt ein menschenfeindlicher, galliger Journalist namens Julius Alpári den spiritus rector im Kommissariat für Äußeres ab. Kun ließ seine eigenen, zuweilen guten Ideen durch andere ausführen, den Gedanken tötete die Ungeschicklichkeit der Tat; auch wurden die nützlichen Handlungen anderer infolge der albernen und unglücklichen Führung der auswärtigen Angelegenheiten zunichte. Die Außenpolitik der Diktatur wurde mit korrupten Mitteln von einer durch Talentlosigkeit verschlechterten neuen Ausgabe der alten verlogenen Diplomatie geführt.

Der außenpolitische Dienst war eigentlich nichts anderes, als eine mit sklavischer Nachahmung der russischen bolschewistischen Schule ausgebaute Propagandaorganisation. In der außenpolitischen Führung eines für neue Ideen in den Kampf ziehenden revolutionären Landes fällt der Propaganda eine zweifellos wichtige Rolle zu. Es sind sogar Situationen denkbar, in denen der Schwerpunkt der Außenpolitik in der Propaganda liegt. Diese Propaganda aber muß sich der Lage anpassen, nur Mittel und kein Zweck sein. Die Kunsche Propaganda entwickelte sich zum Selbstzweck: es fehlte ihr an Methode und an Zielbewußtsein. Die breiteste Propaganda wurde dort betrieben, wo man ihrer am wenigsten bedurfte, wo jede Propaganda die Interessen der Räteregierung bedrohte. In der Propaganda ist die Inanspruchnahme macchiavellistischer Mittel oft unvermeidlich. Auch unsere Propaganda machte von den Waffen des Macchiavellismus Gebrauch, ohne jedoch dessen obersten Grundsatz, die Weisheit, anwenden zu können.

Sie war dem Feinde gegenüber unaufrichtig. In einem Lande, das sich im Kriegszustand befindet, ist der Mangel an Aufrichtigkeit dem Feinde gegenüber sicherlich verzeihlich. Diese Propaganda aber war selbst der eigenen Bevölkerung, der Arbeiterklasse und den Führern der Revolution gegenüber verlogen, was eine unverzeihliche Sünde und ein unheilstiftendes Unglück war. Bei einem weiten Gewissen ist es noch begreiflich, daß die Verbreitung von Lügennachrichten nur den Zweck verfolgt, die Illusionen zur Steigerung der Ausdauer zu nähren. Doch die Systematisierung der Illusion und des Selbstbetruges führt einen seelischen Rausch herbei, und ihre berauschende Wirkung verwirrt und tötet schließlich.

Die Presse durfte einzig und allein die Nachrichten des Volkskommissariates für Äußeres veröffentlichen. Diese Methode war nicht geeignet, das Ausland irrezuführen. Das Ausland war über sämtliche inneren Ereignisse der Revolution auf das genaueste unterrichtet. Seine Spione wimmelten in der unmittelbarsten Umgebung des obersten außenpolitischen Forums. Der englische Marineoffizier Freeman, der Beauftragte der englischen Regierung, der italienische Bevollmächtigte, Oberst Romanelli, und die übrigen Ententeoffiziere verkehrten nach Belieben im Volkskommissariat für Äußeres, waren mit den Führern der Revolution und Gegenrevolution in Berührung, konnten sich über die innere Lage auf das genaueste unterrichten

und ihre Erfahrungen den ausländischen Regierungen und der Presse bekanntgeben.

Die Nachrichten der ungarischen Presse hatten also keinen anderen Zweck, als die revolutionären Massen irrezuführen. Vom Standpunkte der historischen Distanz aus ist die Gewissenlosigkeit, mit der diese Irreführung ins Werk gesetzt wurde, geradezu verblüffend. Einige Beispiele:

> Im Tagblatt „Tag" tritt ein deutscher Gelehrter, Dr. Ertzbacher — so schreibt das Parteiorgan nach den Weisungen des Volkskommissariates für Äußeres in seiner Nummer vom 3. April 1918 —, der ehemalige Rektor der Handelshochschule in Berlin, für den Bolschewismus ein. Das Weltblatt des deutschen Großhandels und Großkapitalismus, die „Frankfurter Zeitung", ist bemüht, dem Kommunismus Verständnis entgegenzubringen. Die Regierung hingegen führt bedeutungsvolle Verhandlungen, die darauf abzielen, die neue deutsche Verfassung auf der Basis des Rätesystems aufzubauen. In Fünfkirchen ist unter den serbischen Soldaten eine Revolution ausgebrochen. Ludendorff soll einem Journalisten die Antwort gegeben haben, daß er derselben Auffassung sei, wie die Spartakisten. („Népszava", 5. April.) In Hamburg steht die Proklamierung der Räterepublik unmittelbar bevor. („Népszava", 9. April.) In ganz Deutschland steht man vor einer Diktatur des Proletariats. In Frankreich wirft die Revolution ihren Schatten voraus. („Népszava, 10. April.) In Serbien ist die Revolution des Proletariats ausgebrochen. Die serbischen Soldaten werfen ihre Waffen in den besetzten Gebieten weg. Auch in Kroatien ist die Ausrufung der Diktatur nur mehr eine Frage von wenigen Tagen. Braunschweig ist zur Räterepublik geworden. („Népszava", 12. April.) Für den 1. Mai wird die Proklamierung der tschechischen Räteregierung geplant. („Népszava", 13. April.) Auch Württemberg wird zur Räterepublik. („Népszava", 14. April.) Schlesien wird eine Räterepublik. („Népszava", 26. April.) Kommunistische Aufstände in Jugoslawien. Die tschechischen Soldaten kämpfen nicht weiter. („Népszava", 1. Juni.) Revolutionsstimmung in Paris. Der Streik ist keine wirtschaftliche Angelegenheit mehr. („Népszava", 11. Juni.)

Die unter sozialdemokratischer Leitung stehende „Népszava" besann sich verhältnismäßig rasch darauf, daß diese Bauernfängerei der Sache der Revolution nur schade und dämpfte die von dem Volkskommissariat dirigierte Stimmungsmache stufenweise ab. Dafür veröffentlichte die im Zeichen des kommunistischen Hyperradikalismus redigierte „Vörös Ujság" („Rote Zeitung") von Tag zu Tag die phantastischsten Lügenmeldungen.

Béla Kun nahm neben der Irreführung der Massen keinen Anstand, auch den verantwortlichen Regierungsrat und das im Interesse des Proletariats zu lebenswichtigen Entschlüssen berufene Armeeoberkommando mit Lügennachrichten zu überschwemmen. Das Armeekommando trat noch im April mit dem Ersuchen an das Volkskommissariat für Äußeres heran, ihm systematische Informationen über die außenpolitischen Ereignisse zukommen zu lassen. Welcher Art diese Informationen waren, ist am besten aus zwei aufs Geratewohl herausgegriffenen Telegrammen zu ersehen:

> 28. April. 155. Von heute an erhalten Sie täglich Meldungen. Sollten wichtigere Ereignisse vorgefallen sein, so wird dies täglich zweimal erfolgen. In der inneren Politik gibt es keine besondere Neuigkeit. In Hódmezövásárhely riß die Weiße Garde gestern die Macht an sich, das Direktorium ist verhaftet worden. Unsere Truppen sind eingezogen und hoffentlich gelang es ihnen, bereits Ordnung zu schaffen. Die südslawische Bewegung wird nach Zusicherung Hamburgers innerhalb zwei Tagen ins Stocken geraten. Im Hinterland ist die Revolution ausgebrochen. In Tschechien keine Änderung. Im Falle, daß die Regierung sich zu einer Invasion entschließen würde, steht die Arbeit, vor allem aber die Kohlenproduktion, still, da Chladno sich in unseren Händen befindet. Nach einem Telegramm Tschitscherins wird in Ostgalizien mit dem russischen Vormarsch begonnen. Mit dem Westen werden die unverbindlichen Verhandlungen weitergeführt auf der Basis eines Personenwechsels und der Unterlassung der Propaganda. Der Konflikt in der Entente, namentlich zwischen dem südslawisch-französischen Block und Italien, spitzt sich zu. Italien sucht eine Verbindung mit uns anzubahnen, seine Delegierten

halten sich in Budapest auf, wir verhandeln inoffiziell. Bis jetzt sind sie nur zu Handelsbegünstigungen und einer sogenannten moralischen Unterstützung geneigt, wie beispielsweise die Ausbreitung des Schutzes der Räterepublik auf Fiume. Ich bitte von den Mitteilungen, die nur für Sie und die Volkskommissäre bestimmt sind, entsprechenden Gebrauch zu machen. Kun[1].

Ich bemerke, daß 24 Stunden nach Erhalt dieses Telegramms die Städte Miskolc, Sátoraljaujhely sowie andere von den Tschechoslowaken besetzt wurden, mithin „hat sich die Regierung zu einer Invasion entschlossen", ohne daß in Chladno, das sich „in unseren Händen" befunden haben soll, die Kohlenproduktion stillgestanden oder mit dem russischen Vormarsch in Ostgalizien begonnen worden wäre. Auch die italienischen Verhandlungen stellten sich als Humbug heraus.

Am 9. Juni langte beim Armeeoberkommando nachstehende Meldung sub num. 1054 über die italienische Lage ein:

> Alles gärt. Fortdauernde Straßenkämpfe, Tote; organisierte Arbeiter, Invaliden, Beamte, Nationalisten und Proletarier befinden sich in ununterbrochenem Kampfe. Die Nationalisten hetzen zu einem französisch - italienischen Krieg, bei dem sie auf die Unterstützung Ungarns zuversichtlich rechnen[2].

Solche und ähnliche Hirngespinste gibt es in Kuns Informationen in Hülle und Fülle.

Dem Armeeoberkommando fiel es erklärlicherweise nicht ein, die wichtigsten Interessen des Landes solch gewissenlosem Dilettantismus auszuliefern. Bereits Mitte April organisierten wir auf Grund unserer Verbindungen einen vertraulichen Nachrichtendienst in Wien, dessen systematische und verläßliche Informationen es uns ermöglichten, eine verhältnismäßig klare Vorstellung über die außenpolitischen Ereignisse zu gewinnen.

Allein der Nachrichtendienst hatte eine noch trübere Quelle. Bei der Wiener Gesandtschaft wurde eine Nachrichtenabteilung gebildet. Diese befaßte sich mit der Sammlung verschiedener Nachrichten über Truppentransporte und militärische Operationen. Zum Leiter

[1] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.
[2] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

wurde ein aktiver Offizier, Hauptmann Pokorny, erwählt. Der militärische Nachrichtendienst wurde nach und nach zu einem Depot politischer und diplomatischer Berichte, das neue Unternehmen wurde zu einer reichen Geldquelle für sämtliche Abenteurer, Akten- und Dokumentenfälscher Ungarns. Wer immer veräußerliche Schreckensnachrichten hatte, wer verlogene politische oder militärische Nachrichten mit konterrevolutionärer Tendenz nach Ungarn schmuggeln wollte, zog es, statt des gefährlichen Grenzübertrittes, vor, die Nachrichtenabteilung der Wiener Gesandtschaft aufzusuchen, wo ihm die Lügen sogar bezahlt wurden. Die Nachrichtenbörse hatte einen durchschlagenden Erfolg. Später hatte ich als Wiener Gesandter Gelegenheit, die Tätigkeit dieser anscheinend den Romanen Conan Doyles entnommenen Institution genau zu beobachten und kennen zu lernen.

Man kaufte Dokumente vom Dienstpersonal der Ententegesandtschaften, von notorischen Pseudojournalisten, von internationalen Schwindlern, hochstehenden und subalternen ungarischen und Ententeoffizieren, von „Revolutionären" und Konterrevolutionären. Die Umgebung des Wiener Beauftragten der Konterrevolution, Stephan Bethlen, kaufte und lieferte gegen Barzahlung haufenweise echte und gefälschte Akten.

Aber der Wiener Börse war es nicht genug, Nachrichten zu kaufen, sie befaßte sich auch mit dem Weiterverkauf derselben. Die Ententegesandtschaften und Stephan Bethlen waren die freigebigsten Aktenkommittenten.

Immer reicher wurde der Segen des zu regem Verkehr erblühten Aktengeschäftes. Das Volkskommissariat für Äußeres aber — ob aus Naivität oder Bosheit, mag dahingestellt bleiben — besorgte die Weiterbeförderung dieser dummen und falschen Meldungen an die übrigen Volkskommissariate mit himmlischer Unschuld. Dort wurden diese vertraulichen und „verbürgten" Informationen überall von Eingeweihten und Uneingeweihten gelesen, und manchmal verbreiteten sich die „diskreten" Meldungen binnen einigen Stunden in Budapest, mitunter gar an der Front.

Dem Armeekommando fiel es am Ende schwer, aus der Menge der Lügenmeldungen die brauchbaren wahren Nachrichten herauszufinden.

Diese Gerüchte hatten verheerende Wirkung — militärische Angriffe gegen Ungarn, Sanktionen usw. waren an der Tagesordnung — auf alle einen kontrollierenden Nachrichtendienst entbehrenden Personen und Faktoren. Was jedermann sofort einleuchten muß, der nur einige von ihnen zu Gesicht bekam. Nachstehend ein paar Proben:

Kriegsministerium, Paris. VII. Sektion
Nr. 101749 — P. 3.

An das Kommando der vereinigten Truppen in Siebenbürgen.

Zu Händen General Franchet d'Esperays. Im Wege der Wiener Mission.

Paris, am 29. Juni 1919.

Ihr Telegramm vom 28. Juni sub Zahl 6174—2/B IV. zur Kenntnis genommen.

Ich teile Ihnen folgende Weisungen General Fochs mit:

1. Artikel. In politischen Fragen wenden Sie sich an die Konterrevolutionäre Regierung (Regierung Garami) in Szegedin.

2. Artikel. In dringenden Fällen gehen Sie im Einverständnis mit Generaloberst Pétain und General Resan vor und erstatten Sie die Meldung über die Entschlüsse anher.

Auszug aus einem Ententetelegramm:

1. Clémenceaus Zuschrift vom 23.

Ungarische Volkskommissäre vor Gericht der Verbündeten zu stellen. Entführung durch Luft nach Rußland zu verhindern. Deutschland und die Schweiz haben bereits zugesagt, dort landende Volkskommissäre auszuliefern. Zahl 641/S.

Viererrat, Paris.

Gesandtschaft Wien. Zu Händen Herrn Allizés.

Deutschösterreich ist endlich soweit, die Interessen Frankreichs bzw. der Entente wahren zu können.

Es steht daher bei Ihnen, an den Minister für Äußeres eine entschlossene Note zu richten, worin Sie Intervention gegen die

ungarische Gesandtschaft verlangen. Man behauptet, daß dem Kommunismus in Österreich, insbesondere in Wien, wenig Aussicht beschieden sei, man soll sich aber vor Täuschungen hüten. Die gegenwärtige Stille wird nicht lange dauern, wenn man die Sowjetpropaganda nicht unmöglich macht.

Der einzige Weg zur Verhinderung des Kommunismus ist die Ausweisung der ungarischen Gesandtschaft, vor allem aber die Abschaffung der Herren Czóbel, Linder, Kunfi und Fenyö.

Bezüglich des berüchtigten Bettelheim sind wir überzeugt, und auch die geheimen Agenten der Mission meldeten über ihn, daß er ein in den Vordergrund geschobener Strohmann sei.

Sollte Österreich einen wie immer gearteten Widerstand bekunden, so drohen Sie ihm, daß die Entente entschlossen sei, den Lebensmitteltransport einzustellen und eine neuerliche Blockade über Österreich zu verhängen.

Ich erwarte Ihre Antwort samt beigelegter Notenabschrift.

Milit. Geheimdienst. Zahl 15718. Clémenceau.

(Der gewissenhafte Fälscher schloß natürlich die gleichlautende Note der Entente an den Staatssekretär für Äußeres Otto Bauer gleich bei.)

Viererrat, Paris. 14189 — T/3.

Wiener französische Mission. Zu Händen des Herrn Hallier.

Sämtliche Verfügungen, betreffend den mit der Regierung Béla Kun bestehenden Frieden, werden ab heute außer Kraft gesetzt.

Die Verbündeten beschlossen, mit einer bolschewistischen Regierung auf keinen Fall zu verhandeln. Für mich ist es schlechthin unmöglich, mit der Regierung Béla Kuns Frieden zu schließen.

Ist Kun bereit, der bolschewistischen Idee zu entsagen und auf rechtlicher Basis eine sozialistische Regierung zu bilden, so wird die Entente meiner Ansicht nach sofort bereit sein, mit ihm in Verhandlungen zu treten.

Eine sozialistische Regierung wäre uns sogar lieber als die Szegediner. Eine bürgerliche Regierung könnte sich nicht lange

halten und in diesem Fall wären wir wieder zur Intervention gezwungen.

Vielleicht ist das Proletariat mit dem Bolschewismus unzufrieden, niemals aber würde es der Bildung einer bürgerlichen Regierung zustimmen.

In den nächsten Tagen werden wir mit den Delegierten der Verbündeten verhandeln und erteilen Ihnen Weisungen betreffend Ihrer weiteren Schritte gegenüber Béla Kun.

Was die Intrigen der Wiener Gesandtschaft anbelangt, so haben wir bereits einen Beschluß gefaßt, den ich beifüge.

Milit. Geheimdienst. 15693. Clémenceau.

Viererrat, Paris. 1412—F./9.

Mission Wien I, M.G.D.

Zu Händen General Halliers.

Paris, am 1. Juli 1919.

Gestern hatte ich eine lange Unterredung mit den Herren Feldmarschall Foch und Ministerpräsidenten Lloyd George. Kommandant Freeman wohnte den Verhandlungen bei und stattete persönlich seine Meldung über die Ereignisse in Ungarn ab.

Nach Freemans Darstellung sollen die Bürger und Bauern ein wirklich bedauernswertes Leben fristen.

Infolgedessen beschlossen wir, die tiefgreifendsten Mittel anzuwenden.

Schicken Sie Ihre rührigsten Agenten nach Ungarn. Ich führe sie an: Brand, Dieu, Dufernais, Sinat und Fons, die Sie mir als die Geschicktesten erwähnt hatten.

Die Mission stattet sie mit Legitimationen aus und schickt sie nach Budapest. Nach der Ankunft haben sie sich bei Leutnand Mardeau zu melden, der ihr einziger Chef ist.

Weisungen für Mardeau liegen bei.

Milit. Geheimdienst. Zahl 15574. Clémenceau.

Ank. 4. Juli 1919.

Viererrat. 141 — A/1.

Geheimer Dienst in Budapest.

Zu Händen des Leutnants Mardeau
im Wege der Wiener Mission.

Nach einer Beratung, der die Meldung Major Freemans zur Grundlage diente, faßte ich im Einverständnis mit Feldmarschall Foch folgenden Beschluß:

Die fünf geschicktesten Agenten der Wiener Mission — Brand, Dieu, Dufernais, Sinat und Fons — gehen in den nächsten Tagen nach Budapest. Sie haben den Befehl erhalten, sich bei Ihnen zu melden und Ihnen zur Verfügung zu stellen.

Sie werden diese Agenten mit der Beobachtung der Volkskommissäre, vor allem Szamuelys, betrauen. Sie müssen sich ständig in der Nähe des Letztgenannten aufhalten und ihn im Auge behalten.

Sie sind verpflichtet, mir die Meldungen der Agenten täglich einzusenden.

Sie haben in allem Vollmacht. Gewinnen Sie den Eindruck, daß Szamuely die Unterdrückung der Bürger und Bauern fortsetzt, so sind Sie berechtigt, Ihren Agenten den Befehl zu erteilen, Ungarn von diesem Henker zu befreien.

Der Wiener Mission ist bereits die Weisung zugegangen, die Agenten sofort abzusenden.

Milit. Geheimdienst. 15575. Clémenceau.

Angekommen am 4. Juli 1919. Foch[3].

Solche mit den Unterschriften Clémenceaus und Fochs versehene blöde Fälschungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt: sie steigerten das Gefühl der Unsicherheit. Die von Mund zu Mund entstellt weiter erzählten Dummheiten stifteten mehr Unheil als alle konterrevolutionären Aktionen zusammengenommen.

* *
*

Die außenpolitische Lage war am Anfang der Revolution vom Standpunkte Räteungarns aus nicht ungünstig zu nennen. Die Wellenlinie der Revolution bewegte sich aufwärts: Deutschland

---

[3] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

hatte den Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet. In verschiedenen deutschen Städten kämpfte die revolutionäre Arbeiterschaft mit Waffen, das Ringen der Arbeiterschaft und der Reaktion schob die Massen nach links. In Österreich gewinnt die Partei des revolutionären Proletariats, die sozialdemokratische, täglich an Einfluß. In der Ukraine und in Ostgalizien befinden sich die bolschewistischen Armeen im Vormarsch. In den neuen Staatsgebilden um Ungarn herum entwickeln sich die sozialistischen Parteien und die Arbeiterklasse zu entscheidenden Faktoren. Innerhalb der Staaten der großen Entente zeigen sich scharfe Gegensätze in bezug auf die Friedensverträge. Die Gegensätze einerseits zwischen England, den Vereinigten Staaten und Frankreich, anderseits zwischen Frankreich und Italien, endlich zwischen Italien und Jugoslawien, den verschiedensten nationalistischen und imperialistischen Interessen entspringend, hätten bei geschickter außenpolitischer Führung der ungarischen Revolution gewisse Erfolge ermöglicht.

Béla Kun aber weiß mit dieser günstigen Situation nichts anzufangen. Sein Dilettantismus erschöpft sich in kleinlichen Advokatenkniffen. Stolz berief er sich darauf, daß er bereits in Rußland in die Opposition Lenins übertrat und nicht geneigt sei, gleich Lenin umzusatteln. Er bekannte sich zur Außenpolitik Rußlands vor dem Brest-Litowsker Frieden und fühlte demgemäß in seiner ganzen außenpolitischen Tätigkeit keine andere Bestimmung, als eine vorgeschobene Propagandaagentur Rußlands zu sein. Bei solchen Grundsätzen aber lagen die Werte der ungarischen Revolution brach. Die Ablehnung des durch Smuts angebotenen Friedens, die Sabotage des dem Professor Brown zugestandenen Personenwechsels und die Drosselung anderer verheißungsvoller außenpolitischer Aktionen waren insgesamt die natürlichen Folgen dieser Politik.

Diese, eine Aktivität vorgaukelnde außenpolitische Passivität führte gleichzeitig mit dem inneren Zusammenbruch auch den Bankrott der Außenpolitik herbei.

Indessen verhandelte Kun fortwährend mit den Beauftragten der Entente. Wollten Sozialdemokraten, wie Karl Peyer, Franz Miakits und Albrecht Király, drei Gewerkschaftsführer, Informationen von Ententebeauftragten erhalten, so erklärte er das für Hochverrat. Er selbst aber knickte vor dem kleinen englischen Kapitän Freeman zusammen und kam dessen Befehlen mit beispiellosem

Servilismus nach. Oberst Dormándy wird von sämtlichen Folgen einer nachgewiesenen konterrevolutionären Handlung freigesprochen, weil sich die mächtige Persönlichkeit Freeman für ihn ins Mittel legte. Der kleinkalibrige diplomatische Rechtsanwalt verhandelt mit den Faktoren der Entente nicht, lehnt jede Annäherung stolz ab, hingegen wollte er mit der Diplomatie der Schiffskapitäne Erfolge erzielen.

Ein einziges Land, Deutschösterreich, hielt noch regelrechte diplomatische Beziehungen mit Ungarn aufrecht. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen wurden nicht gänzlich abgebrochen. Teils durch legitimen Handel, teils durch Schmuggel wurden aus Österreich lebenswichtige industrielle Artikel eingeführt. Jedes Interesse sprach dafür, das gute Verhältnis mit Österreich aufrechtzuerhalten. Es war die einzige Tribüne, über welche sich die blockierte ungarische Arbeiterklasse mit der Außenwelt verständigen konnte. Die elementarste politische Einsicht und das eigene Interesse legte uns nahe, das durch die sozialdemokratische Partei erzielte, freundschaftliche Verhältnis zu Österreich zu wahren, das in unzähligen Fällen auch von Kunfi energisch befürwortet wurde. Die unheilvolle Blindheit Kuns aber führte zur Störung der Freundschaft zwischen den zwei Nachbarstaaten.

In diplomatischen Noten, im offiziellen Organ der Partei richtete er mit fast perverser Wollust Angriffe gegen die Führer der österreichischen Sozialdemokraten, insbesondere gegen den Staatssekretär für Äußeres Otto Bauer. Diesbezüglich zur Rede gestellt, antwortete er mit der durchsichtigen Schlauheit eines Tartüffe, daß er in Rußland von Bucharin gelernt habe, die Linkssozialisten am heftigsten anzugreifen, da diese dann unter dem Eindruck der Angriffe und in ihrer Angst um den Lorbeer des Radikalismus umfallen und sich nach dem Bolschewismus orientieren.

In seiner auf balkanischer Moral erbauten Spekulation vergaß er die sozialistische Moral und die im Feuer der marxistischen Wissenschaft gehärtete sozialistische Bildung der Bauer und Adler.

Die sozialdemokratische Partei Österreichs erwies mit ihrer allen Angriffen standhaltenden Neutralität der Sache des ungarischen Proletariats große Dienste. An aktiver Hilfeleistung wurde sie von der Entente gehindert.

Mitte April hielt ich mich in amtlicher Sendung in Wien auf. Ich pflog Verhandlungen mit führenden Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Partei und bat den Staatssekretär für Kriegswesen Julius Deutsch, Kriegsmaterial für die Rote Armee zur Verfügung zu stellen. Deutsch erklärte, unsere Bitte nicht erfüllen zu können, ohne die österreichische Republik und das Proletariat Österreichs zu gefährden. Die österreichischen Sozialdemokraten brächten dem Todeskampf des ungarischen Proletariats die größte Sympathie entgegen, allein das militärisch besetzte Österreich stand unter einem furchtbaren Druck der Entente, bei dem jede aktive Hilfe die Vernichtung der österreichischen Revolution hätte herbeiführen können. Die Lebensmittelzüge der Entente versorgten das darbende Österreich mit Nahrung. Die Einstellung dieser Lebensmittelzüge hätte die Arbeiterklasse Österreichs der grausamsten Hungersnot zugeführt. Und jede aktive Hilfeleistung hätte die Einstellung dieser Lebensmittelzüge zur unausbleiblichen Folge gehabt.

Auch Béla Kun war sich dessen bewußt. Am 23. Juni schickt er ein Telegramm an das Armeeoberkommando, worin er mitteilt, daß

> Cunningham (der militärische Beauftragte der Entente in Wien, Anm. d. Verf.) eine Erklärung in den Blättern veröffentlichte, derzufolge die Entente die Approvisionierung Wiens sofort einstelle, sobald sich kommunistische Aktionen fühlbar machen sollten[4].

Es war also ein häßliches Doppelspiel, eine absichtliche Verleumdung, die österreichische sozialdemokratische Partei der Treulosigkeit gegenüber dem ungarischen Proletariat zu zeihen.

Übrigens verfolgte das österreichische Proletariat die Begebenheiten der ungarischen Revolution mit regem Interesse. Eine Abordnung des Wiener Soldatenrates — Vorsitzender Dr. Joseph Frey, Leo Deutsch und Leo Fischer — hielten sich im April als Delegierte in Budapest auf. Sie besuchten die Führer der Revolution und informierten sich über die Lage. Sie stellten die unzweideutige Frage: würde Räteungarn im Falle, daß das österreichische Proletariat sich der Räterepublik anschließt und die Approvisionierung Österreichs durch die Entente eingestellt wird, sich verpflichten, zumindest so viel Lebensmittel an Österreich abzuliefern, wie die Entente es

[4] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

gegenwärtig tut? Auf Grund der vom Volksernährungskommissär Maurus Erdélyi eingeholten Informationen schilderte ich ihnen aufrichtig unsere eigenen Ernährungsschwierigkeiten und erklärte, daß wir die Versorgung Österreichs nicht übernehmen könnten. Dr. Frey stellte verwundert fest, daß Kun im Gegensatz zu mir auf Verpflichtungen bezüglich gewisser Lebensmittellieferungen eingegangen sei, und äußerte sich erregt über das unverantwortliche und gewissenlose Vorgehen Kuns. Die späteren Ereignisse, die außerordentliche Lebensmittelknappheit in Budapest, sollten unsere Auffassung vollkommen rechtfertigen.

* *

*

Im weiteren Verlaufe der Revolution nahmen die günstigen Aussichten einer europäischen Revolution ab. Deutschland unterzeichnete den Friedensvertrag. Die am Anfang der Revolution in den Hintergrund gedrängte Bourgeoisie erholte sich. Die konterrevolutionäre Rüstung erstarkte. Die russische Revolution wurde von den Weißen Garden der Judenitsch, Koltschak und Denikin hart bedrängt. Die zwei außenpolitischen Pfeiler — die Weltrevolution und die russische Hilfe —, auf denen die Konzeption des 21. März erbaut worden war, drohten zusammenzustürzen. Selbst die ultraradikalen Kommunisten konnten nicht mehr umhin, zu bekennen, daß die angeblich so nahe Weltrevolution ihren phantastischen Wünschen keine Rechnung tragen werde. Ist auch die Weltrevolution keine Utopie, so ist sie doch ein langwieriger Prozeß, der sich nach den außen- und innerpolitischen Kraftverhältnissen der großen kapitalistischen Staaten richtet und sich durch die verzweifelte Lage eines kleinen Landes nicht beeinflussen läßt, geschweige denn dessen Wünsche rechtfertigt. Anderseits aber konnte man auch auf die russische Hilfe nicht mehr rechnen.

Szamuely wurde vom Regierungsrat nach Rußland entsendet, um Meldungen zu erstatten und Informationen einzuholen. Szamuely entwarf nach seiner Ankunft ein düsteres Bild von der militärischen Lage Rußlands. Die südlichste Front der Russen habe zwar den Dnjester bei Tiraspol mit einigen Bataillonen überschritten, diese aber kämen in strategischer Hinsicht überhaupt nicht in Betracht. Sie seien von der ungarischen Grenze noch so entfernt und durch so große feindliche Armeen von Ungarn getrennt, daß die Hoffnung

auf russische Hilfe in absehbarer Zeit ein leeres Hirngespinst bleiben müsse.

Die ungarische Räterepublik konnte also, von der ganzen Welt verlassen, selbst von seinem bedrängten Verbündeten keine Hilfe erhoffen. Sie selbst mußte für ihren Schutz und ihre Erhaltung sorgen. Wir wurden vor eine neue Situation gestellt, hätten eine neue Taktik benötigt. Für ein Umsatteln und Umlernen aber war Béla Kun nicht zu haben. Er mischte seine Karten nach wie vor. Er zog die revolutionären Dogmen dem Rettungsgürtel der praktischen Anpassung vor. Der Zusammensturz wurde durch diese Dogmenanbetung nur beschleunigt.

XXXIX.

Die sozialisierte Wirtschaft.

Das unter internationaler Blockade schmachtende Land mit seinem vom Kriege zerrütteten Produktionsapparate, mit seinem ruinierten Eisenbahnnetz, von inneren und äußeren Feinden heimgesucht, konnte sich angesichts der sich häufenden Schwierigkeiten zur Durchführung eines tiefgreifenden sozialen Umbaus nicht aufraffen. Die sozialen Reformen der Proletarierrevolution hatten nur mehr den Charakter von Experimenten. Sie waren schüchterne Versuche, bravuröse Kavallerieattacken. Trotzdem geben die Experimente dieser viereinhalb Monate, ihre Erfolge und Mißerfolge zu mehr als einer methodischen Folgerung Anlaß.

a) Die Sozialisierung des Grundbesitzes.

Die schwierigste Frage der sozialen Revolution war die Bodenfrage. Der Bauernschaft mußte zu Grundbesitz verholfen, der Bodenhunger der Bauern gestillt werden; dabei war das System der großen Grundbesitzeinheiten womöglich beizubehalten, um die Versorgung der Stadtbevölkerung zu sichern. Die Bauernschaft mußte revolutioniert, doch die fachkundigen technischen Leiter der Grundbesitze durften nicht entfernt werden, um einer Stockung in der Kontinuität der landwirtschaftlichen Produktion vorzubeugen: dies waren die wesentlichsten Probleme der Bodenreform.

Der Standpunkt der Kommunisten war durch ihre während der Oktoberrevolution betriebene Propaganda gegeben. Sie führten seinerzeit erbitterte Kämpfe gegen die Bodenverteilungspolitik der Károlyiregierung. Jetzt, da sie die Macht erlangt hatten, blieb ihnen nichts übrig, als statt der Bodenverteilung das von ihnen verkündete Programm: die Sozialisierung der Großgrundbesitze, die Gründung von Produktivgenossenschaften zu verwirklichen. Der Sieg dieses Standpunktes war im Augenblick der Niederlage der sozialdemo-

kratischen Partei entschieden. Ein Zeichen dessen war auch die Tatsache, daß die Leitung der landwirtschaftlichen Agenden dem fanatischsten Vertreter der Idee der Produktivgenossenschaften, Eugen Hamburger, anvertraut wurde.

In der dritten Woche der Revolution, am 4. April, erschien bereits der Erlaß über die Sozialisierung des Grundbesitzes. Diesem zufolge

> gehen alle Mittel- und Großgrundbesitze samt ihrem beweglichen und unbeweglichen Inventar, sowie ihren landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben ohne jedwede Entschädigung in den Besitz des Proletariats über.
>
> Der Klein- und Zwerggrundbesitz verbleibt mit dem dazugehörigen Wohnhaus und Nebenhaus nach wie vor im bisherigen Privateigentum.
>
> Die in Gemeinbesitz übernommenen Grundbesitze sind zwecks genossenschaftlicher Bewirtschaftung dem Ackerbau treibenden landwirtschaftlichen Proletariat zu übergeben.
>
> Den Produktivgenossenschaften konnten Männer und Frauen über 16 Jahre ohne Ausnahme beitreten, wenn sie sich an der Produktion mit jährlich 120 Arbeitstagen beteiligten. Auf den Ertrag hatten alle Genossenschaftler im Verhältnis zur verrichteten Arbeit Anrecht[1].

Auffallenderweise verwirklicht die Verordnung über den Grundbesitz im Gegensatz zum Erlaß über die Industriebetriebe kategorisch das Prinzip der Enteignung ohne Entschädigung. Die Erklärung hierfür ist darin zu suchen, daß am Grundbesitz das Ausland fast gar nicht interessiert war und man diesbezüglich keine Konflikte mit dem Ausland zu gewärtigen hatte.

Die Sozialisierungsverordnung stellt n i c h t fest, welche Klein- und Zwerggüter in den Händen von Privateigentümern verbleiben. In dieser Frage konnten die Kommunisten auch unter sich keine Einigung erzielen. Die später erlassene Vollzugsanweisung kam infolge eines Kompromisses zustande. Ihr zufolge behalten die bisherigen Eigentümer ihre Grundbesitze bis zu 100 Katastraljoch.

Laut der Verordnung wurden Güter in einem Umfang von mehr als 7 Millionen Joch sozialisiert. 6,3 Millionen Joch, mithin bei-

---

[1] Sammlung der Verordnungen des Regierungsrates, I. Heft, Seite 56.

läufig 48 Prozent des gesamten Grundbesitzes, blieben weiterhin in Händen von Privatpersonen. Diese Ziffern zeigen jedoch nur die Sozialisierung, wie sie auf dem Papier durchgeführt wurde. In Wirklichkeit war die Lage bedeutend schlechter. Die Leitung der Produktivgenossenschaften, also die Bewirtschaftung des Grundbesitzes, war Produktionsbeauftragten anvertraut. Dem Beauftragten wurde ein Betriebsrat aus den dort beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitern beigestellt. Der Produktionskommissär wurde vom Volkskommissariat für Ackerbau ernannt. Zur Sicherung der Kontinuität der Betriebe ernannte das unter kommunistischer Leitung stehende Volkskommissariat für Ackerbau in der Regel den bisherigen Eigentümer oder Gutsverwalter zu Produktionsbeauftragten.

Die Betriebsräte der vollkommen unorientierten, ungeschulten, im Anfangsstadium der Organisierung befindlichen, häufig aus Analphabeten bestehenden landwirtschaftlichen Arbeiterschaft waren außerstande, einen Einfluß auf die Leitung des Betriebs auszuüben. Sie waren dem Produktionskommissär ausgeliefert. In ihren Augen änderte sich also die Lage bei aller Sozialisierung des Grundbesitzes nicht. Der bisherige Eigentümer oder dessen Beauftragter behauptete seine Stelle, er wohnte im alten Schloß, setzte sein altes verschwenderisches Leben fort, er verfügte nach wie vor über seine Arbeiter, mit dem einzigen Unterschied, daß er im Fall einer Dienstverweigerung sich fortab nicht an den Stuhlrichter wendete, sondern das Revolutionsgericht des Proletarierstaates gegen die Ungehorsamen und die Rebellen in Anspruch nahm. Das Bild muß durch die Feststellung vervollständigt werden, daß das landwirtschaftliche Proletariat die Grundbesitzer und ihre Beauftragten, die Gutsverwalter, neben dem Stuhlrichter und dem Gendarmen Jahrhunderte hindurch als seine Unterdrücker kennen gelernt hatte, als erbitterte Feinde des Volkes betrachtete und nun erleben mußte, daß es wieder einmal der Macht dieser Herren ausgeliefert war.

Die Festsetzung der Arbeitslöhne entzog die Räteregierung dem Wirkungskreise der Produktionskommissäre: die Löhne wurden mit einer landesgültigen Verordnung geregelt und erheblich erhöht.

Diese Verfügung wäre für die Landarbeiter günstig gewesen, wären die Preise der lebenswichtigen Artikel infolge der Blockade, des Warenmangels und des Rückganges der Produktion nicht in

demselben, wenn nicht gar in höherem Maße gestiegen als die Arbeitslöhne.

Am schädlichsten wirkte aber auf das landwirtschaftliche Proletariat, daß sein hundertjähriger Bodenhunger auch von der Revolution nicht gestillt wurde. Die von der Károlyiregierung verheißene, gierig erwartete Bodenverteilung blieb wieder aus. Dagegen wurde das Privateigentum für die Klein- und Zwerggüter aufrechterhalten. Der landwirtschaftliche Proletarier mußte zusehen, wie der ehemalige Grundbesitzer seine Stelle als Produktionskommissär beibehielt und nur den Namen änderte, auch der Klein- und Zwerggrundbesitzer (ein Gut von 20 bis 100 Joch bedeutet in Ungarn schon ein beträchtliches Vermögen) blieb der Nutznießer seines Privateigentums, nur der Proletarier mußte selbst im Proletarierstaat das robotende, besitzlose, ausgebeutete Subjekt abgeben.

Mit welchen Gefühlen mußte der Proletarier beobachten, daß der neue Staat auch für den Geldbedarf des Landwirtes mit einem Gut von 100 Joch Sorge trage, ihm Geld zur Aufrechterhaltung der Produktion flüssig mache, seine Steuer nachlasse? — Es unterliegt keinem Zweifel, daß man auch hierbei von der Sorge um die Aufrechterhaltung der Produktion geleitet war. Allein die Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert und die gute Absicht konnte die äußerst nachteilige Wirkung der Verordnung nicht mildern.

Es bleibt eine offene Frage, ob die Beibehaltung des Großgrundbesitzes vom Standpunkt der Ernährungspolitik aus nützlich war. Es steht fest, daß der Großbetrieb als endgültige Grundbesitzpolitik in einer kommunistischen Gesellschaft mit Rücksicht auf die Versorgung der Stadtbevölkerung und die Intensität der Produktion unbedingt zu bevorzugen sei. Indessen müssen im Übergangsstadium auch andere Erwägungen ausschlaggebend sein.

In der ungarischen Revolution verschlechterte sich die Ernährung der Stadtbevölkerung trotz dem Festhalten am Großgrundbesitz von Tag zu Tag. Weder vom Großgrundbesitz noch von den Kleinlandwirten des Dorfes konnte man zur Versorgung der Städte Lebensmittel in genügenden Mengen gewinnen, gleichviel ob man es mit schönen Worten oder mit Gewalt versuchte.

Die Frage der Versorgung wurde also vom Großgrundbesitz nicht gelöst. Dabei war die Ablehnung aller Ansprüche der Bauernschaft auf Bodenverteilung vom Standpunkte der Revolutionspolitik aus

betrachtet zweifellos ein Fehlgriff. Die Millionen des landwirtschaftlichen Proletariats fühlten sich betrogen. Die Massen des Dorfes bekamen von der Revolution nichts. So wenden sie sich von der Revolution ab, geben der Roten Armee keine Soldaten, haben keine Freude an der Arbeit; die Produktion sinkt, sie führt der Stadtbevölkerung keine ausreichenden Lebensmittel zu.

Und von dieser Sozialisierung des Grundbesitzes behauptete Hamburger im Landesrätekongreß, daß sie „viel zielbewußter und vorsichtiger durchgeführt wurde als bei den Russen".

Die Kommunisten geben sich einer Selbsttäuschung hin, wenn sie darauf verweisen, daß die Bauernregimenter, die der Revolution des Proletariats bis zum letzten Tage der Diktatur heldenmütig dienten, ihre Begeisterung aus der Bodenpolitik der sozialen Revolution schöpften. Die historischen Tatsachen beweisen eher das Gegenteil. Die meisten Bauernregimenter, die wir aus dem Inneren des Landes ergänzten, benahmen sich heimtückisch und feig, schlossen sich teilweise sogar offen der Konterrevolution an. Nur diejenigen Bauernregimenter waren begeistert und kampfbereit, nur diejenigen kämpften unermüdlich, deren Soldaten dem besetzten Gebiete entstammten. Diese aber waren von Nationalismus durchdrungen, sie wollten ihr früheres Heim, ihre alten Besitze zurückerobern.

Hätten wir den Bauern zu Grundbesitz verholfen, so wären die Ernährungsschwierigkeiten nicht größer geworden, dafür aber hätte jeder Bauer sein Gut mit Sensen oder Waffen, daheim und in der Armee gegen jede innere und äußere Konterrevolution verteidigt. Wäre die Bodenverteilung erfolgt, so hätte sich die Konterrevolution des weißen Terrors kaum so bequem einrichten können.

Man dürfte kaum fehlgehen, wenn man die Wahrheit nicht den bolschewistischen Enunziationen entnimmt, die nach dem Sturz der Diktatur verkündet wurden, sondern die amtlichen Erklärungen der Revolution zum Leitfaden der Betrachtung macht. Eugen Hamburger meldet im Rätekongreß vom 17. Juli:

> Wir können darauf gefaßt sein, daß der Gärungsprozeß unter dem landwirtschaftlichen Proletariat, der eine natürliche Folge der Revolution darstellt, anläßlich der bevorstehenden Erntearbeiten ernstere Verwicklungen herbeiführen

wird. Namentlich bemerkt man, daß, seitdem der Unterschied zwischen dem blauen und weißen Geld bekannt wurde, die Landarbeiter einer gewissen unangenehmen, sie uns entfremdenden Strömung ausgesetzt sind[3].

Zum Schluß erwähnt er, daß man bemüßigt sein werde, eine starke Brachialgewalt zu organisieren. Wieder einmal drängt sich die bolschewistische Idee, alle sozialen Fragen, selbst dem Proletariat gegenüber, mit Gewaltmitteln zu lösen, in den Vordergrund.

Dem landwirtschaftlichen Proletariat trat auch das alte feudale Regime mit Zwangmaßnahmen und Brachialgewalt entgegen, so oft es sich zu rühren wagte. Von seinem Standpunkte aus hatte sich also die Lage nicht im mindesten geändert.

Die Glut der Revolution hatte auch den latent glimmenden, unbewußten Klassenkampf des Dorfes entfacht. Doch das stürmische Tempo der Ereignisse verwirrte das einfältige Volk der Dörfer. Eine Schar von Agitatoren überschwemmte das Land. Heftige Worte gegen die besitzende Klasse wurden laut, mitunter auch Versprechungen. Das Ende davon war, daß die Klasse der Grundbesitzer die Vorteile des Vermögens nach wie vor ungestört genoß, während das Landproletariat weiterschuften mußte.

Die gewaltige Kluft zwischen den verkündeten Theorien und der Praxis hatte zur Folge, daß der Klassenkampf im Dorfe mit vertauschten Rollen vor sich ging: Der erfahrene, kenntnisreichere, konservative und der Revolution feindlichgesinnte Besitzer des Bauerngutes blieb der Führer des Dorfes, das Proletariat schloß sich dem konterrevolutionären Landwirt an und wandte sich gegen die Revolution.

Beschleunigt wurde dieser Prozeß durch die ungebildeten Agitatoren. Diese kannten die Sprache der Landbevölkerung ebensowenig wie ihre Sitten und Gebräuche, traten die Traditionen der Bauern und besitzlosen Landarbeiter mit Füßen. Die Folge davon war eine Verbreitung der konterrevolutionären Ideologie.

Das Dorf, das rund 60 Prozent der Gesamteinwohnerschaft des Landes umfaßt, entfremdete sich der Revolution, es wurde unzufrieden und schloß sich teils der passiven, teils der aktiven Konter-

[3] Vgl. „Népszava“ vom 18. Juni 1919.

revolution an. Die Produktion wurde nicht aufrechterhalten, die Städte nicht versorgt, das den Besitzlosen zu keinem Boden verhelfende Vaterland nicht verteidigt, die zurückgekehrten Gutsherren und Grundbesitzer nicht verjagt, man setzte ihrer neuerlichen Besitzergreifung keinen Widerstand entgegen. Hierin lag die größte innere Katastrophe der Revolution, die sich in einem Agrarland abspielte.

b) Industrie, Handel und Verkehr.

Auf dem Gebiete der Sozialisierung von Industrie, Handel und Verkehr gelangte der Wille der Massen zur Geltung, was bei der Bodensozialisierung, wie gesagt, nicht der Fall war. Die Sozialisierung wurde fast auf der ganzen Linie verwirklicht. Alle mehr als 20 Arbeiter beschäftigenden Industriebetriebe, alle Verkehrsunternehmen, der Außen- und Innenhandel, also der größte Teil der industriellen Produktion, die Materialbeschaffung und Materialverteilung, Theater, Kultur, kurz das ganze wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben ging in die Verwaltung und Leitung des Proletarierstaates über.

Zur Aufrechterhaltung des Betriebes in Handel und Produktion bedurfte man eines gewaltigen, aus fachkundigen Elementen bestehenden Apparates.

Die Wirtschaft des Proletarierstaates wurde vom obersten Wirtschaftsrat geleitet. Diese Körperschaft vereinigte mit ihren verschiedenen Subdepartements die Wirkungskreise der alten wirtschaftlichen Ministerien und der Volkskommissariate. Zur Unterstützung der Volkskommissäre wurde ein aus den Delegierten der Gewerkschaften, der lokalen Wirtschaftsräte, der Konsumgenossenschaften, der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften und der Materialämter bestehender 80köpfiger Rat organisiert. Jede Verfügung wirtschaftlicher Natur, die von den Volkskommissariaten vorbereitet wurde, mußte diesem Rate unterbreitet werden, dem zwei besondere Räte für Landwirtschaft und Technik beigegeben waren. In den Provinzzentralen wirkten lokale Wirtschaftsräte mit ähnlicher Zusammensetzung. Der oberste Wirtschaftsrat leitete im Einvernehmen mit den Wirtschaftsräten der Provinz sämtliche Agenden der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, des Handels und der Ernährung, verfügte über Warenverteilung,

Rohstoffebeistellung sowie über die Finanzverwaltung des Landes und der sozialisierten Betriebe. Ein mächtiges bureaukratisches Organ entwickelte sich, das auf dem Papier wirklich das Bild einer annehmbaren Organisation bietet. In einem kulturell hochstehenden Lande, in einem unter normalen Verhältnissen herangebildeten kommunistischen Staate würde eine derartige Organisation vielleicht tadellos funktionieren. In einem armen, an Warenmangel dahinsiechenden, von inneren und äußeren Feinden zerfleischten, produktionsschwachen Lande aber konnte die sozialisierte Produktion auch durch diese Organisation nicht lebensfähig gemacht werden, um so weniger, als es auch an fachkundigem Menschenmaterial mangelte.

Eine Eigenart der ungarischen Proletarierrevolution war — und darin unterscheidet sie sich wesentlich von der russischen Revolution —, daß das intellektuelle Element, teilweise auch die Bourgeoisie, sich anfangs in den Dienst der Revolution stellte. Der ungarischen Revolution ging kein blutiger Bürgerkrieg um den Besitz der Macht voraus, der unblutige Übergang sicherte für eine Zeitlang die Mitarbeit jener Elemente, die nicht zum Proletariat gehörten.

Allmählich aber änderte sich auch hier die Lage. Die Arbeiterschaft begegnete den ehemaligen Vertrauensmännern der Bourgeoisie mit Mißtrauen. Die Gegensätze zwischen den in den Betrieben angestellten Beamten und Arbeitern spitzten sich immer mehr zu. Auch die Beamten waren unzufrieden darüber, daß die alte Distinktion zwischen ihnen und den Arbeitern aufgehört hatte. Überdies übte das Tempo der Revolution und der Diktatur auf die im Dienst des Proletarierstaates zurückgebliebenen Bourgeois eine ernüchternde Wirkung; sie wiesen ihre Mittel ab und ließen sich durch äußere Angriffe und innere Gegenrevolutionen einschüchtern. Anfangs zogen sie sich zurück, später griffen sie zur Sabotage und so blieb die Produktion nach und nach ohne fachkundige Leitung. Gute Revolutionäre führten die Wirtschaft ohne Sachverständnis: dieser Mangel legte der sozialisierten Produktion große Schwierigkeiten in den Weg.

Einen einzigen verläßlichen, sich vorzüglich bewährenden Pfeiler hatte die sozialisierte Produktion: die Organisation der Gewerkschaften. Die Gewerkschaft arbeitete im Proletarierstaat mit geän-

derter Funktion und Bestimmung. In der sozialisierten Produktion des unter proletarischer Leitung stehenden Staates ist der Wirtschaftskampf ausgeschaltet. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird vom Staate übernommen, es gibt keinen Kapitalisten, dem gegenüber die Interessen der Arbeiter selbst verteidigt werden müßten — und doch hört die Notwendigkeit der Gewerkschaft nicht auf, sie wird zu einem womöglich noch bedeutenderen Faktor der Produktion als bisher. Die Gewerkschaft gewinnt durch die Betriebsräte einen Einfluß auf die Produktion, ihre Funktionäre leiten den Betrieb, die Beschaffung der Rohstoffe und die Warenverteilung.

Die Gewerkschaften — insoferne sie über entsprechende Kräfte verfügten — bewältigten die neue Aufgabe merkwürdig schnell. Sie bekundeten staunenswürdige Fachkenntnisse auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Die prachtvoll durchgeführte Betriebskonzentration in der Lebensmittelindustrie, der stufenweise Abbau des Luxusgewerbes, die systematische Einführung der Typenproduktion in der Holzindustrie sind nur einige der vortrefflichen Leistungen, die unter der zielbewußten wirtschaftlichen Leitung der Gewerkschaften vollbracht wurden.

Einige der Gewerkschaftsführer konnten nicht umhin, auch mehrere Funktionen zu übernehmen. Dadurch wurde die Arbeit der eigentlichen gewerkschaftlichen Führung und die wichtigste der neuen Aufgaben: die Herstellung der Arbeitsdisziplin und die Erziehung neuer Massen vernachlässigt. Dieser Mangel hatte die verhängnisvollsten Folgen für die Produktion.

Das Proletariat, auf dessen Schultern die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und militärischen Aufgaben der Diktatur lasteten, stellte sich anfangs mit flammender Begeisterung in den Dienst des Proletarierstaates. Die neue Ordnung brachte Hunderte vorzüglicher organisatorischer Talente ans Licht, ihre Zahl war dennoch angesichts des Bedarfes verschwindend klein. Bei der Sabotage der Beamten, mangels erfahrener Fachkräfte mußte der Staat, die Komitate, die unzähligen Dörfer, die Unmassen von Betrieben von der Arbeiterschaft regiert werden. Wo hätte eine Arbeiterschaft, die bis jetzt aus der Staats- und Gemeindeverwaltung ausgeschaltet, die im sozialen und wirtschaftlichen Leben vollkommen entrechtet war, die über gar keine soziale und wirtschaftliche

Praxis verfügte, die Kraft hernehmen sollen, diesen Aufgaben gerecht werden zu können?

Noch ärger sah es in der zweiten Periode der Revolution aus. Nach dem 2. Mai, als die geschulte Arbeiterschaft, deren Führer und erfahrene Vertrauensmänner sich an die Front begaben, blieben die neuen Massen daheim meist unter ungeeigneter Führung zurück. Die Folge davon war die Lockerung der Disziplin; in den Fabriken ließ die Arbeitsdisziplin und die Produktion nach.

Immerhin hatte der Rückgang der Warenerzeugung auch andere Gründe. Die Arbeiterschaft war im allgemeinen unzufrieden. Mit dem Glauben an ein Wunder erhoffte sie ihre Erlösung vom Bolschewismus. Der Messias kam, allein die Hoffnungen erfüllten sich nicht. Man erwartete von der Proletarierrevolution, daß sie eine Besserung der Wirtschaftslage, daß sie mehr Lebensmittel, bessere Wohnung, Kleidung und weniger Arbeit bedeuten werde. Alles, was geschah, war in unvereinbarem Widerspruch mit diesen Erwartungen. Die Ernährung verschlechterte sich, der Wohnungsbedarf konnte nur in vereinzelten Fällen befriedigt werden, Kleider und andere lebenswichtige Artikel waren nicht vorhanden, die Not stieg von Tag zu Tag, und überdies verlangte die Revolution vom Arbeiter mehr Arbeit, gesteigerte Opfer, militärischen Dienst, mitunter gar das Leben.

Diese Änderung löste in den Massen das Gefühl der Enttäuschung, später der Unzufriedenheit aus. Jede Stockung, jede Widerwärtigkeit oder Unannehmlichkeit trug zu diesem Gefühle bei. Es fehlte den Massen an jener revolutionären Entschlossenheit, die es ermöglicht, für die Revolution zu arbeiten, Leiden und Not zu ertragen. Die Massen selbst waren daran nicht schuld: es war eben eine natürliche Folge des Mangels an Kultur, Schulung, Organisation und revolutionärer Vorbildung. Widerwärtigkeiten und Unannehmlichkeiten aber gab es leider genug, um die Unzufriedenheit der Massen bis aufs äußerste zu steigern.

Die sich immer mehr häufenden Ausgaben machten die Emission neuer Zahlungsmittel unumgänglich notwendig. Das staatliche Banknoteninstitut befindet sich in Österreich und verweigert die Ausfolgung der Banknoten. Die Regierung muß für anderes Geld sorgen. Gegen die neuen Banknoten folgen Bauern und Kaufleute trotz allen Drohungen die Bedarfsartikel des täglichen Lebens nicht

aus. Der Zorn und die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft wendet sich deshalb gegen den Proletarierstaat und die Revolution.

Die sozialisierte Produktion stellt sich auf den richtigen Standpunkt, eine Preispolitik verfolgen zu müssen, die sich nach den Gestehungskosten der Ware richtet. Deshalb und aus anderen Gründen schnellen die Preise in die Höhe. Der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft wird neue Nahrung zugeführt.

Infolge der Sabotage der Bauernschaft stockt der Lebensmittelmarkt. Die Versorgung verschlechtert sich (sie war trotz alledem noch beileibe nicht so schlecht wie die Versorgung der Wiener Arbeiterschaft während des Krieges und der Revolution), die Arbeiterschaft schreibt auch das der Revolution zur Last.

Der Proletarierstaat enteignet die überflüssigen Wohnungen der Bourgeois. Es gibt aber kein Geld; kein Baumaterial zur Aufnahme der Bautätigkeit. Mehrere hundert Arbeiterfamilien werden untergebracht, die Wohnungsfrage selbst aber ist ohne den Bau neuer Häuser nicht zu lösen. Die Forderung der Massen nach Wohnung ist schlechthin unerfüllbar. Auch hierin liegt eine Quelle neuer Unzufriedenheit.

Dazu tritt noch die Mißwirtschaft der neuen Bureaukratie, die zuletzt nicht nur die Bourgeoisie, sondern die gesamte Arbeiterklasse gegen den Proletarierstaat hetzt.

Die allgemeine Unzufriedenheit der Arbeiterschaft äußert sich im Frieden sowohl wie in der Revolution in einem Rückgang der Produktion. Unzweifelhaft wird die Produktion auch von anderen Faktoren, wie schlechte Ernährung, Krieg, Verfall der Produktionsmittel usw. beeinträchtigt. Immerhin bleibt die Stimmung des Arbeiters ein ausschlaggebender Faktor. In den Betrieben, wo eine größere Gruppe in den Gewerkschaften erzogener, über sozialistische Vorbildung verfügender Arbeiter beschäftigt war, zeigte sich ein Rückgang in der Produktion gar nicht oder nur in geringem Ausmaß. Diese Arbeiter begriffen die Schwierigkeiten, sie wußten, daß die neue Ordnung erst erbaut werden müsse, so arbeiteten sie denn für die Revolution. Die Brückenbauabteilung der Schlickwerke, die Werkzeugarbeiter der Waffenfabrik, ihre Drechsler, einige Abteilungen der Csepeler Werke, die Feldtelephonarbeiter sowie einige Holzwarenfabriken lassen die Produktion eher zu- als abnehmen. Mehrere Branchen der organisierten Arbeiter beschließen, freiwillig

ein rühmliches Beispiel zu geben und die Akkordarbeit wieder einzuführen, um einen Rückgang der Produktion zu verhüten.

Diese Gruppen jedoch gehören zu den seltenen Ausnahmen. Die Arbeitsleistung der Mehrheit nimmt unglaublich schnell ab. In der Budapester Langfabrik geht die Produktion um 30 Prozent, in der Friedrichschen Fabrik um 75 Prozent, in der Waggonfabrik Ganz um 36 Prozent zurück[a]. In der militärischen Konfektionsindustrie, die für die roten Soldaten an der Front arbeitet, beträgt der Rückgang gegenüber der Friedensproduktion 80 Prozent. Noch katastrophaler ist die Lage in der Bergbauindustrie. Aus dem Ausland treffen keine Kohlenlieferungen ein, die inländische Kohlenförderung ist eine Grundfeste der sozialen Produktion, ja der ganzen Proletarierrevolution. Im Bewußtsein dessen lassen die Führer der Revolution den Bergarbeitern eine besonders gute Behandlung zuteil werden. Die fast 100 000 Mann zählende Bergarbeiterschaft erhält normale Lebensmittelrationen zugewiesen. Bedeutend mehr als die städtische Arbeiterschaft, mehr, als sie selbst während des Krieges erhalten hatte.

Und als Folge stellt sich dennoch ein Rückgang der Produktion um 10 bis 35 Prozent, der Kriegsproduktion gegenüber gar um 50 Prozent ein. Laut einer vertraulichen Meldung des Vorsitzenden des Wirtschaftsrates beträgt

die tägliche Kohlenförderung der verschiedenen Bergwerke:

	im Oktober 1918, dem letzten Kriegsmonat:	am 23. Juni 1919:	am 29. Juni 1919, im vierten Monat der Diktatur:
Tatabánya	372 Waggons	230 Waggons	215 Waggons
Tokod	25 „	25 „	25 „
Dorog	105 „	75 „	70 „
Pilisvörösvár	64 „	30 „	25 „
Környe	12 „	18 „	18 „
Ajka	26 „	18 „	18 „
Salgótarján	311 „	170 „	160 „
Baglyasalja	118 „	70 „	70 „
Borsod-Csiba	169 „	50 „	70 „
Szászvár	21 „	15 „	15 „
Nagymányok	17 „	15 „	15 „
Kleinere Werke	260 „	86 „	80 „
Zusammen:	1500 Waggons	802 Waggons	781 Waggons

[a] Bericht des Volkskommissärs Eugen Varga auf dem Rätekongreß am 16. Juni 1919.

Zu unerläßlich notwendigen Zwecken benötigte man 838 Waggons Kohle, so daß der Wirtschaftsrat angesichts des ständigen Rückganges der Produktion gezwungen war, die Kohle selbst den notwendigsten Betrieben zu entziehen. Dieser Schritt war um so mehr geboten, als die Dreschzeit bereits unmittelbar bevorstand und die Kohlenförderung in einzelnen Bergwerken in mancher Woche einen Rückgang um täglich 10 bis 15 Waggons aufzuweisen hatte.

Bei der Katastrophe der Produktion geriet auch der sozialisierte Handel in vollständige Stockung. Warenmangel, Spekulation und Sabotage legten auch den Privathandel lahm, die amtliche Warenverteilung ging trotz der eingeführten Rationierung durchaus nicht vonstatten.

Der sozialisierte Verkehr funktionierte noch am besten, — allerdings sind dort die fachkundigen Elemente im allgemeinen an ihrer Stelle geblieben.

Die Erfolglosigkeit der Sozialisierungsversuche in der ungarischen Proletarierrevolution können die Idee der Sozialisierung keineswegs diskreditieren. Auch die Verwirklichung lebensfähiger Ideen kann an der Klippe einer ungeeigneten Lage und am Mangel zureichender Mittel scheitern.

Die Sozialisierung ist nur dann undurchführbar, wenn sie ohne geistige und moralische Vorbereitung der Massen, ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Lage und ohne Fachleute mit Gewalt in Angriff genommen wird.

XL.

Die Konterrevolution.

Die Sozialisierung, die Requisitionen, die Einschränkung der bürgerlichen Freiheit, die Unterdrückung der Preßfreiheit entfremdeten die Bourgeoisie, die von der Diktatur Ordnung, Ruhe und Kampf gegen die Entente erwartete, der Räterepublik innerhalb weniger Tage. Diese Wendung war durch die Natur der Sache bedingt. Niemand konnte dem bewaffneten Bürgerkriege eine andere Wirkung zumuten.

Doch die feindliche Stimmung der Bourgeoisie blieb keine isolierte Erscheinung. Die Behandlung der intellektuellen Schichten, die kurzsichtige Bodenpolitik, trieb die geistigen Arbeiter, die landwirtschaftlichen Arbeiter und auch die Kleinlandwirte ins Lager der Konterrevolution. Wenn ein Teil der Bauernschaft der Revolution auch gewisse Sympathien entgegenbrachte, so wurde auch dieser durch die Tätigkeit der übereifrigen, ultraradikalen Agitatoren erbittert und in die Konterrevolution hineingedrängt. Die Agitatoren überschwemmten die Dörfer, versuchten ohne organisatorische und geistige Vorbereitung wildlings gegen die Religion und die Kirche Stimmung zu machen und mit ihrer Unbesonnenheit hetzten sie die Bauernschaft und die Dorfarmen gegen die Revolution.

Die Konterrevolution der Bauernschaft äußerte sich anfangs nur in der Aushungerung der Städte. Dadurch wurde die Lage der Arbeiterschaft erschwert, in der Folge wurde auch diese unzufrieden und nahm nach und nach ebenfalls Stellung gegen die Diktatur.

Die allgemeine Unzufriedenheit war der Zündstoff der Konterrevolution. Sie ermunterte innerhalb der Landesgrenzen die Putschisten, im Ausland die Emigranten. Anfangs waren es belanglose Putschversuche, später gefährliche Aufstände, bewaffnete Interventionen von außen, die der Revolution den Boden heiß machten.

Die ersten Aktionen der Konterrevolution fallen in die Zeit der rumänischen Offensive, um die Mitte April. Auf die Nachricht vom Vormarsch der rumänischen Armee kriecht die noch voll-

kommen unorganisierte Konterrevolution aus ihrem Schlupfwinkel hervor und waffenlos, wie sie war, versucht sie es zunächst mit der Verbreitung konterrevolutionärer Flugschriften. Der Rückzug der Roten Armee, die wiederholten Niederlagen ermutigen die verschiedenen Gruppen der Konterrevolution. Am 1. Mai, der den Höhepunkt der Auflösung der ersten Roten Armee bedeutet, rührt man sich bereits auch in Budapest offen, man hält die Zeit der Tat für gekommen.

Indessen schüchtert die kraftvolle Regung der Arbeiterschaft am 2. Mai die innere Konterrevolution ein. Gewitzigt durch die Erfahrungen der ersten mißlungenen Versuche schlägt die Konterrevolution den Weg der systematischen Organisierung ein und verlegt ihren Sitz von Budapest, wo die Arbeiterschaft überwiegt, nach der Provinz.

a) Die Konterrevolution in Transdanubien.

Das Hauptnest der inneren Konterrevolution ist die Agrargegend Transdanubiens, die kein militärisches Operationsgebiet darstellt. Über die dortigen Verhältnisse legt die nachstehend mitgeteilte Meldung des Volkskommissärs Pogány genaue Rechenschaft ab. Pogány sehnte sich bereits zu Beginn der Diktatur nach dem Posten des Militärkommandanten. Er war überaus erzürnt, als wir seine Ernennung verhinderten. Wir konnten aber nicht anders, da wir befürchten mußten, daß er die ihm anvertrauten Truppen desorganisieren werde. Endlich wurde er auf wiederholte Intervention Landlers zum Kommandanten des im Organisierungszustand befindlichen, nicht kombattanten zweiten Korps ernannt. Pogány schickt von seiner neuen Station in Transdanubien nachstehende Meldung an das Oberkommando:

> „. . . Das Korps befindet sich in furchtbar desolatem Zustand. Geschlossene Truppeneinheiten sind kaum vorhanden. Nur Bruchteile und Bruchstücke . . . Das Korpskommando weiß nicht einmal, wo, über wie viel und welche Truppen es verfügt . . . Wo man über Truppen berichtet, befindet sich in Wirklichkeit nur eine ungegliederte Masse, die zu keinem Truppenkorps gehört, unausgerüstet, ohne Offiziere und ohne jegliche Einteilung ist.

In ganz Transdanubien herrscht vom militärischen Standpunkt aus Wirrwarr und Anarchie im strengsten Sinne des Wortes[1]."

Bei dem militärischen Wirrwarr fehlt es auch an Bewegungen in der Bauernschaft nicht; konterrevolutionäre Organisationen sind überall am Werke. Auch die Organe der Arbeiterschaft und der Diktatur, die Direktorien, bekunden feindliches Verhalten. Man gibt den Artilleristen keine Pferde. Die Soldaten leisten dem Einberufungsbefehl keine Folge. Am 23. Mai meldet Pogány, daß die Truppen an der Demarkationslinie den Gehorsam verweigern.

In seinem Bericht vom 29. Mai entwirft er ein noch brutaleres Bild der dortigen Lage:

Die Bauernschaft ist überall aktiv konterrevolutionär, die Arbeiterschaft hingegen verhält sich vollkommen passiv, fühlt sich in der Diktatur des Proletariats nicht engagiert. Das Militär erfüllt die Befehle nicht. Es vergeht kein Tag, ohne daß Berichte über Konterrevolutionen eintreffen. In Devecser, in der Umgebung Großkanizsas, im Komitat Eisenburg revoltierte eine ganze Reihe von Gemeinden, die nur in förmlichen Schlachten besiegt werden konnten. Auch die Artillerie und die Flieger waren gezwungen, sich in den Kampf zu mengen. Die Bauernschaft duldet unsere Herrschaft auch dort, wo sie sich zu einer offenen Empörung nicht aufraffen kann, nur mit verbissenem Zorn. Mit der Bauernschaft könnte man schnell fertig werden, wenn nur die Arbeiterschaft genug revolutionär wäre. *Diese aber ist selbst zu keinerlei Opfern bereit.*

In Stuhlweißenburg rückten 1800 Arbeiter ein, doch konnten im ganzen nicht mehr als 600 in den Kasernen zurückgehalten werden. Die übrigen verfassen Denkschriften (ganz so wie zu den schönen Zeiten, wo Pogány noch Obmann der Soldatenräte war. D. Verf.), bewaffnen sich, wollen die Stadt nicht verlassen. Der größte Teil der transdanubischen Bataillone nimmt die Befehle einfach nicht zur Kenntnis und will den Dienst nur dort aufnehmen, wo es ihm gerade paßt oder wo ein einträglicher Schmuggel betrieben werden kann.

Das ganze Transdanubien wird uns, wie es geht und steht, im Falle des geringsten Mißgriffes aus der Hand fallen. Die

[1] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

Bauernschaft Transdanubiens wird durch keine sozialistische Propaganda in absehbarer Zeit zum Übertritt in unser Lager bewogen werden[2].

Pogány wiederholt fast täglich die Bitte, Transdanubien zum Operationsgebiet erklären zu wollen, da er mit Recht den Losbruch einer offenen, bewaffneten Konterrevolution auf diesem Gebiete befürchtet. Ich beförderte sämtliche Meldungen Pogánys konsequent an das Volkskommissariat für Heerwesen. Kun und Szántó waren sich also der dortigen Zustände vollkommen bewußt, sabotierten jedoch im Interesse ihres heimlichen Zieles die von Pogány verlangte Erklärung. Eifersüchtig, wie sie waren, trachteten sie zu verhüten, daß das Armeeoberkommando auch dort Ordnung schaffe, überdies war ihnen Pogány verhaßt, somit leisteten sie seiner Bitte, selbst auf die Gefahr der Revolution hin, keine Folge. Endlich wurde Pogánys Antrag am 1. Juni nach mehr als zweiwöchiger Verzögerung vom Regierungsrat genehmigt und Transdanubien zum Operationsgebiet proklamiert.

Doch auch diese Maßnahme kam verspätet. Am 2. Juni meldet bereits der politische Beauftragte des Raaber Militärkommandos, Franz Rákos, daß in Transdanubien der Eisenbahnerstreik ausgebrochen und die Truppenbeförderung unterbunden sei. Die Aktion verbreitete sich in rasendem Tempo. Ihre Wellen machten auch vor Budapest nicht halt, auch die dortigen Eisenbahner wollten die Arbeit einstellen. Die Proklamation des Ausstandes wurde mit wirtschaftlichen Forderungen maskiert. Man verlangte sofortige Gehaltsregelung, unverzügliche Anweisung der neufestgestellten Bezüge, Straflosigkeit der Streikenden und überdies eine Garantie dafür, daß die Eisenbahner der Pflicht einer Dienstleistung in der Roten Armee enthoben werden.

Unter dem Eindruck des Streiks und durch die Verzögerung in der Truppenbeförderung gelangten die Operationen an der Nordfront auf einen toten Punkt.

Volkskommissär Eugen Landler, der schon im Frieden bedeutende Verdienste um die Organisierung der Eisenbahner hatte und unter ihnen tatsächlich populär war, versuchte den Eisenbahnerstreik persönlich beizulegen. Man war jedoch gar nicht geneigt mit ihm

---

[2] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

zu verhandeln. Man beschimpfte ihn auf die unflätigste Weise, es war klar, daß die ganze Bewegung einen politischen Charakter hatte und den Sturz der Diktatur herbeiführen wollte.

Der zur Kommunistenpartei gehörende Franz Rákos beantragte die Erfüllung sämtlicher Forderungen der Eisenbahner. Auf Grund dessen kam eine Einigung zwischen den Delegierten des Regierungsrates und den Eisenbahnern zustande. Bei Zusicherung der Straflosigkeit mußte man sich auch zu weiteren Zugeständnissen bequemen, indem die Streikenden drei Mitglieder in die mit der Überprüfung der Streikangelegenheit betraute Kommission entsendeten, um zu verhindern, daß den Streikenden etwas geschehe.

Dieser Ausbruch der Konterrevolution fiel einerseits der um die territoriale Integrität des Landes kämpfenden Roten Armee in den Rücken, anderseits schuf er alle Vorbedingungen einer gegenrevolutionären Stimmung. Seit diesem Zeitpunkt loderte das Feuer der Konterrevolution in immer helleren Flammen auf. In zahlreichen Gemeinden Transdanubiens und des Gebietes zwischen der Theiß und der Donau, in Csorna, Dunaföldvár, Dunapataj, Hajós, Kalocsa usw. waren nun bewaffnete konterrevolutionäre Aufstände, offene Revolten an der Tagesordnung.

Die Konterrevolution in Transdanubien wurde von konterrevolutionären Offizieren, die in den Grenzstädten Deutschösterreichs saßen, und sonstigen Emigranten geschürt. Geist und Seele der Konterrevolution war Oberst Craenenbrock, der Stabschef des überall Konterrevolutionen witternden Volkskommissärs Joseph Pogány. Der in der unmittelbarsten Umgebung Pogánys wirkende Craenenbrock, der dessen volles Vertrauen genoß, stand in enger Verbindung mit den Szegediner Konterrevolutionären, deren Weisungen er in jeder Hinsicht befolgte. Der naive Pogány schreibt noch in seiner vom 16. Mai datierten Meldung an das Armeeoberkommando über Craenenbrock, daß „er ein sehr verständiger und vorzüglicher Soldat zu sein scheint".

Diese Ansicht Pogánys wurde übrigens auch von den Konterrevolutionären geteilt, darauf scheint zumindest der denkwürdige Umstand hinzudeuten, daß am Tage nach dem Sturz der Diktatur Pogánys Stabschef ein hohes Militärkommando von den Konterrevolutionären erhielt.

b) Die Szegediner konterrevolutionäre Regierung und das Wiener Komitee.

Am südlichsten Rand des unter ungarischer Herrschaft belassenen Gebietes lag die zweitgrößte Stadt des Landes, Szegedin, mit 120 000 Einwohnern. Nach der Proklamation der Diktatur wurde die Stadt von französischen Truppen besetzt und die Macht in die Hand der Bürgerschaft gespielt. Es wurde ein bewaffneter Kordon gegen Ungarn errichtet und somit auch diese Stadt dem Gebiete des Landes entrissen. So konnte sich ein Teil der konterrevolutionären Offiziere und Emigranten hier zusammenrotten.

Ein zweiter Teil der konterrevolutionären Emigration versammelte sich in Wien. In allen Wiener Kaffeehäusern hauste je eine Gesellschaft, die sich konterrevolutionäre Regierung, Kommission usw. titulieren ließ. Jeder bekam eine Rolle zugewiesen, der irgendwelchen Anteil an der Katastrophe des alten Ungarn hatte. Überdies jeder — ohne Rücksicht auf Rasse und Religion —, der zur Bestreitung der Kosten ihrer Lebenshaltung und ihrer Schlemmerei Geld opferte. Dergestalt schloß sich ihnen eine ansehnliche Schar von Schiebern und Kettenhändlern an. Diese saßen allerdings in zwei Sätteln, indem sie den Konterrevolutionären Geld gaben, anderseits aber die ertragreichsten Geschäfte mit dem Warenverkehrsbureau der Räterepublik in Wien abschlossen.

Auch in der von Rumänen besetzten Stadt Arad bildete sich eine konterrevolutionäre Regierung unter dem Präsidium des Grafen Julius Károlyi. Sie setzte sich aus habsburgischen, reaktionären Elementen zusammen. Die antihabsburgische rumänische Regierung sympathisierte mit diesem Gebilde nicht, einmal wurden die Regierung spielenden Herren sogar verhaftet. Nach ihrer Enthaftung erachteten sie es für ratsamer, ihren Sitz nach der unter französischem Kommando stehenden, aber von Bürgerlichen geführten Stadt Szegedin zu verlegen.

Die konterrevolutionäre „Regierung" verstand sich vorzüglich auf die Kunst, Geld zu beschaffen. Sie beschlagnahmte und verausgabte die Einnahmen der Stadt, des Steueramtes, veräußerte den staatlichen Vorrat, die Produktion der Tabakregie, nahm Anleihen auf und scharrte so auf alle mögliche Weise fast 46 Millionen Kronen zusammen.

Doch der lebenslustigen Konterrevolution war das beileibe nicht genug. Man ließ sich in Verhandlungen mit Baron Louis Rotschild[3] in Wien ein. Die mit dem Programm der Judenausrottung gebildete Konterrevolution wendet sich an den Juden Rotschild um Geld. Und der sich seiner jüdischen Traditionen brüstende Rotschild macht gerne gute Geschäfte, leiht gegen Sicherstellung und hohe Wucherzinsen den Pogromleuten Geld. Nach Art tüchtiger Bankiers bestand er darauf, daß die Anleihe auf die in- und ausländischen Besitzungen des Grafen Schönborn und des Markgrafen Pallavicini intabuliert werde und ließ überdies enorme Zinssätze bestimmen.

Allein die Intabulierung und die Zinsen gingen schon über die Tragfähigkeit des um Anleihe ersuchenden Patriotismus hinaus. Man mußte eine neue Geldquelle ausfindig machen.

Am 2. Mai plünderten Oberst Takách-Tolvay und der Gesandtschaftssekretär Hajós mit Hilfe einiger Abenteurer die Wiener Gesandtschaft der Räteregierung. Sie verhafteten die Gesandten Bolgár und Fenyö und entwendeten Valuten und Bargeld im Betrage von 140 Millionen Kronen.

Die Wiener Polizei verhaftete einen Teil der Räuber, vom Geld konnten jedoch nur 63 Millionen zustandegebracht werden. Des Restbetrages bemächtigten sich die unter Georg Szmrecsányis Führung stehenden Konterrevolutionäre.

Um die ausgiebige Beute entbrannte ein scharfer Kampf. Das Wiener Komitee und die Szegediner „Regierung" forderten gleichermaßen gerechte Teilung. Schließlich schickt das Wiener Komitee von der mehr als 70 Millionen betragenden Summe 3 Millionen Kronen nach Szeged[4]. Doch konnte das den sich immer mehrenden Reflektanten nicht genügen. In der am 26. Juli abgehaltenen Sitzung der konterrevolutionären „Regierung" werden Szmrecsányi und Genossen auf Antrag des „Kriegsministers" aufgefordert, den

---

[3] Vgl. Béla Kelemen, Minister in der Szegediner Regierung, 1. Adatok a szegedi ellenforradalom és a szegedi kormány történetéhez. (Beiträge zur Geschichte der Szegediner Regierung), Seite 407.

[4] Vgl. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 502.

Betrag, der nach Abzug von 18 Millionen verbleibt, den Szegedinern auszufolgen[5].

Natürlich fiel es Szmrecsányi nicht ein, die Beute auszufolgen. Auch er mußte ja „repräsentieren".

Das kostspielige „Repräsentieren" war überhaupt ein gemeinsamer Charakterzug der Wiener und Szegediner Konterrevolutionen. Unsere Konfidenten wußten sich ins Lager der Szegediner und Wiener Einlaß zu verschaffen. Wir erhielten regelmäßige Meldungen darüber, daß, während die Soldaten der Revolution in schweren und harten Kämpfen um die territoriale Integrität des Landes standen, die Arbeiter und Bauern ihr Leben für das Vaterland opferten, die patentierten Patrioten in den Wiener und Szegediner Hotels bei Wein, Champagner, Zigeunermusik und Karten ihre Wühlarbeit betrieben. Unter der Führung Nikolaus Horthys, des „Kommandanten und Kriegsministers" der sogenannten Szegediner Armee, veranstalteten die Offiziere im Szegediner Hotel Kass wahre Orgien, die zum traurigsten Kapitel der Tätigkeit dieser Prachtmagyaren gehören. Die Anpassung an das Lebensniveau der Offiziere erwarb dem geistig armen, aber in Trinkgelagen zu führender Rolle berufenen Horthy die Anhänglichkeit der gleichgesinnten Offiziere sowie den Posten des Oberbefehlshabers und später den des Landesverwesers.

Die Wiener bummelten ihrerseits im Hotel Sacher und verspielten dort das Geld der Gesandtschaft. Sie lebten in Saus und Braus und brachten die Zeit mit Kaffeehausunterhaltungen und persönlichen Geplänkeln zu.

Allerdings „amtierten" sie dabei auch. Die Szegediner delegierten „Gesandte" nach Wien und der Schweiz. Obwohl sie nirgends anerkannt wurden, setzten sie im Ausland vermöge ihrer aristokratischen Verbindungen die Wühlarbeit gegen die Revolution fort. Sie organisierten „Armeen", ernannten Minister, Staatssekretäre, Regierungskommissäre.

Diese wurden dann entsprechend honoriert. Baron Julius Bornemissza — der übrigens auch mit den revolutionären Regierungen Geschäfte abwickelte — erhielt für die Schweizer Reise 70 000 Schweizer Franken, Dionys Pázmándy, ein aus dem politi-

[5] Vgl. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 404.

schen Leben seit Jahren verbannter Journalist von mehr als zweifelhaftem Charakter, für die Reise nach Paris 10 000 Francs[6].

Julius Gömbös wird vom französischen Kommando aus Szegedin abgeschafft, er fährt nach Wien, jedoch erst, nachdem er im Ministerrat vom 28. Juli zum Staatssekretär ernannt und in die Zivilgehaltklasse eingereiht wird, eine Verfügung, deren Zweck war, ihm die höheren Bezüge eines Staatssekretärs zu sichern[7].

Schließlich wird am 19. August, nach dem Umsturz, als bereits eine andere konterrevolutionäre Regierung in Budapest amtierte, in einer Resolution des Szegediner „Ministerrates" erklärt, daß die Mitglieder der Szegediner Regierung (für ihre zweimonatige Privattätigkeit) zum Ministertitel und zu Ruhegenüssen berechtigt sind. So war es um die Selbstlosigkeit der Konterrevolution bestellt[8].

Indessen organisierten die Szegediner zum Schein auch eine „Armee". Sie hatten 1300 Soldaten, hauptsächlich aktive Offiziere. Diese Armee bestand aus den später unter den Namen Prónay-, Moravek - Ostenburg-, Bárdossbataillon und Simonyihusaren berüchtigt gewordenen Militärformationen[9]. Lauter Helden gegenüber unbewaffneten Arbeitern und Juden, die aber nie zu bewegen waren, bewaffneten Truppen entgegenzutreten.

Über eine ernstzunehmende Kraft verfügten die Szegediner wohl nie. Sie leiteten eine Werbung ein: das Ergebnis betrug 4869 Mann, von denen 3500 in der „Reserve" bleiben, besser gesagt nicht einrücken. Sie haben 1250 Mannlichergewehre, 260 Karabiner, 1500 deutsche Gewehre, 1500 russische Gewehre, 800 Weradlegewehre und 18 Kanonen, die ihnen von den Franzosen zur Verfügung gestellt wurden[10].

Dessenungeachtet ist Belitska, der „Kriegsminister" der Szegediner, nur mit 30 000 Mann und entsprechender Artillerie geneigt, eine „Offensive" gegen die Rote Armee zu riskieren. Er wußte wohl, daß er soviel Soldaten nie haben werde, deshalb stellte er diese Forderung.

---

[6] Vgl. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 502.
[7] Vgl. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 411—412.
[8] Vgl. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 511.
[9] Vgl. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 494—497.
[10] Vgl. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 451.

Horthy war ein noch größerer Held. Ein Milderungsgrund für ihn ist, daß er von der Kriegstechnik auf dem Festland keine Ahnung hatte. In einem „Ministerrat" erklärte er sich bereit, die Rote Armee mit 10 000 Mann zu vernichten, wenn ihm die Franzosen und Serben einen freien Weg über die Ententelinie einräumen. Soviel verstand selbst er von militärischen Dingen, daß die Franzosen und Serben im Interesse der eigenen Sicherheit unmöglich damit einverstanden sein würden, die Ententelinie von ungarischen Truppen passieren zu lassen.

Über die militärische Schwäche der Szegediner war der Regierungsrat genau informiert — diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß er den Fehler beging, die selbst ohne Armee eine nicht unbeträchtliche Kraft darstellende Konterrevolution zu unterschätzen. Diese hatte zwar keine Armee, verfügte aber über außenpolitische Verbindungen. Bei den aristokratischen Diplomaten des Szegediner französischen Kommandos, bei den Wiener französischen, englischen und italienischen Missionen fand die Konterrevolution der Grafen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft hilfreiche Hand.

Was ihre Mittel anbelangt, so waren sie nicht allzu wählerisch. Von der Plünderung der Gesandtschaft über den Friedensantrag an die Räteregierung bis zum schwerwiegendsten Hochverrat war ihnen jegliches Mittel willkommen, um die Macht der Arbeiterschaft zu brechen, ihre alten Grundbesitze und Privilegien zurückzuerlangen.

Der erste Schritt war ein Einigungsversuch. Am 19. Mai wenden sie sich, einem Antrag Julius Gömbös' folgend, in nachstehendem Schreiben an die Räteregierung:

Vom Vollzugsausschuß der ungarischen Landesregierungskommission.

An die ungarische Räteregierung!

Szeged, am 22. Mai 1919.

Unterfertigter Vollzugsausschuß der in Szegedin gebildeten „Ungarischen Landesregierungskommission" erachtet es für seine vornehmste Pflicht, sich mit der ungarischen Räteregierung ins Einvernehmen zu setzen, um eine Möglichkeit der friedlichen, im

Interesse des Landes und des ungarischen Volkes liegenden brüderlichen Einigung zu finden.

Wir sind — frei von jeder Gehässigkeit, lediglich auf Grund einer objektiven Betrachtung der Lage der ungarischen Räteregierung und der ungarischen Roten Armee — zu der Überzeugung gelangt, daß diese Lage für Sie vollkommen aussichtslos ist. Die wirtschaftliche Kraft des Landes erschöpft sich von Tag zu Tag und Ihre militärische Kraft verliert ebensoviel an Wert, wie sie an Zahl zunimmt, da es klar ist, daß die Mehrzahl der Einrückenden und die Offiziere innerlich erbitterte Feinde der in Ungarn gegenwärtig herrschenden Ordnung sind. Doch abgesehen davon ist Ungarns Lage auch vom strategischen Standpunkt aus aussichtslos. Die Rote Armee ist von Gruppen des Feindes umzingelt, die ihr nicht nur zahlenmäßig, sondern auch an materieller Ausrüstung weit überlegen sind. Der Kampf wird daher mit einer vollkommenen Niederlage der ungarischen Roten Armee und zugleich mit dem endgültigen Zusammenbruch Ungarns enden. Jeder Widerstand ist vergeblich! Die Besonnenheit und das patriotische Gewissen verlangen die Kapitulation.

Daher wenden wir uns, bevor wir im vollen Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit auch das ungarische Volk zum Sturz des ungarischen Bolschewismus zu den Waffen rufen, an Sie.

Meine Herren, vermeiden Sie den Bürgerkrieg, vermeiden Sie aber auch die Notwendigkeit, das rote Ungarn einer mit Waffengewalt erzwungenen, von verhängnisvollen außenpolitischen Folgen begleiteten, und das Ehrgefühl des ungarischen Volkes aufs äußerste verletzenden Kapitulation zuzuführen, da Sie imstande sind, dies durch einfache Übergabe der Regierung des Landes und der Heeresleitung zu verhüten.

Legen Sie die Regierung auf Grund einer vorherigen Einigung in unsere Hände. Diese Art Kapitulation wird vom praktischen Standpunkt aus unserer Meinung nach Ungarn, die ungarische Armee und auch die Räteregierung am wenigsten erniedrigen. Brüder würden das Land Brüdern übergeben.

Wir erwarten Sie zur vertraulichen Rücksprache in Dorozsma.

In Abwesenheit des Präsidenten Graf Paul Teleki,

Julius Gömbös. Bela Kelemen. Ludwig Varjassy.
Karl Hencz. Béla Fülöp.

Der Macht zuliebe reden sie selbst die tief verhaßten Kommunisten mit dem Wort Bruder an. Die im Brief erbetene Zusammenkunft kam nie zustande.

Dabei aber flehten sie um Intervention, überschwemmten die Entente, die Rumänen und Serben mit Denkschriften.

Nikolaus Horthy, Alexander Belitska, Aladár Balla sprachen bei der Belgrader Regierung vor und antichambrierten, um eine militärische Intervention durchzusetzen. Der ehemalige Abgeordnete Julius Muzsa bat den rumänischen Ministerpräsidenten Julius Maniu um Hilfe, wurde jedoch abgewiesen, da der aus Siebenbürgen stammende Maniu die ungarische Gentry nur zu gut kannte. Er schenkte den in bedrängter Lage gemachten demutsvollen Verheißungen keinen Glauben und war nicht geneigt, sich mit den Herren in Verhandlungen einzulassen.

Graf Paul Teleki und Graf Julius Károlyi in Szegedin, Graf Stephan Bethlen in Wien legten sich für eine französische militärische Hilfe ins Mittel. Sie wollten der um das Territorium ihres Vaterlandes kämpfenden Roten Armee in den Rücken fallen.

General Franchet d'Esperay war es, der am 26. Juni die in Szegedin bei ihm vorsprechenden Konterrevolutionäre über das Unmögliche ihres Vorhabens folgenderweise belehrte:

„Wie stellen Sie es sich vor, daß in Ungarn französisches Blut um die Herstellung der Ordnung vergossen wird[11]?"

Natürlich stellten sich die Herren der ungarischen Gentry das alles recht einfach vor. Mit eigenem Blut und eigenem Geld wäre ihnen das Wohl des Vaterlandes doch zu teuer erkauft worden. Mit staatlichem Geld, mit rumänischen und französischen Soldaten wären sie um so lieber in den Kampf gezogen, allerdings hinter der Front und gegen die ungarischen Soldaten.

---

[11] Vgl. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 303.

Sie überschwemmen die Regierungen der Entente und der Verbündeten mit einer Menge von „Noten". Sie versprechen alles. Die Franzosen werfen den Szegediner Konterrevolutionären ihre reaktionäre, habsburgistische und germanophile Vergangenheit vor. Im „Ministerrat" vom 12. Juli gebärdet sich der loyalste Admiral des Kaisers, Nikolaus Horthy, bereits als Vertreter der frankophilen und demokratischen Richtung.

Doch aller Demut und alles Umsattlungstalentes ungeachtet konnten sie sich das Vertrauen der Entente nicht erschleichen. Ihre Regierung wurde nicht anerkannt, da man wußte, daß sie im Lande keine Kraft und keine Wurzel hatten.

So entschädigten sie sich denn für das außenpolitische Fiasko mit der Schürung der inneren Konterrevolution. Dieses Unternehmen war weit ungefährlicher, da sie ihr üppiges Dasein außerhalb der Grenzen führten, mithin gefährdeten sie nur das Leben einer Menge unbekannter Bauern und Bürger, indem sie den Schrecken des Bürgerkrieges heraufbeschworen. Im Fall eines Mißerfolges ging nur der im Stich gelassene Plebejer zugrunde, wogegen sie im Fall eines Erfolges die Machtpositionen höchsteigen besetzen konnten.

Sie entsandten Emissäre ins Land, die ihr Leben aufs Spiel setzten, die Führer selbst benahmen sich jedoch auf das feigste. Stephan Bethlen bezog in Wien — also außerhalb der Grenzen — täglich eine andere Wohnung, da er angeblich haufenweise anonyme Drohbriefe erhielt. Markgraf Pallavicini suchte ihn einmal im Auftrag der Szegediner, konnte ihn aber tagelang nicht ausfindig machen, da der heldenmütige Bolschewikenbesieger Bethlen sich feige verzog. Der unerschrockene Julius Gömbös weigert sich bei einer Wiener Mission seinen Posten anzutreten, da man dort dem Vernehmen nach „mit Chloroform arbeite".

So verhielt es sich mit den Führern. Um so gewissenloser schickten sie aber die irregeleiteten Malkontenten in den Tod.

c) Der 24. Juni.

Der Kampf gegen die Konterrevolution geriet bereits in den ersten Tagen auf ein falsches Geleise. Irregeführte, unbedeutende Mitläufer wurden verfolgt, gleichzeitig aber antichambrierten die Führer der

Konterrevolution bei Haubrich, Kun, Pogány und anderen Volkskommissären.

Am 24. Juni, als die zunehmende Verstimmung der Arbeiterregimenter und ihr Rückzug bereits allgemein bekannt war, erfolgte auch in Budapest der erste offene bewaffnete Versuch der Konterrevolution.

Hauptmann Eugen Lemberkovits, ein exaltierter Offizier, der mit den Szegedinern und mit Craenenbrock gemeinsames Spiel trieb, besuchte um die Mitte Juni Haubrichs Adjutanten, Hauptmann Lajtos, und berichtete ihm, daß er für einen Putsch, der in der zweiten Junihälfte ausbrechen solle, über 30 000 Metallarbeiter verfüge. Er verfolge den Zweck, mit der bolschewistischen Regierung aufzuräumen und eine sozialdemokratische Regierung zu proklamieren. Er ersuchte Lajtos, den Stadtkommandanten Joseph Haubrich, einen Führer der Metallarbeiter, zu bewegen, sich an die Spitze der Konterrevolution zu stellen.

Lajtos erfüllte die Bitte Lemberkovits' n i c h t, sagte ihm jedoch, daß er die Sache vorbereiten könne, Haubrich werde sich schon im Fall des Putsches an die Spitze der Bewegung stellen. Haubrich selbst sagte er darüber kein Wort. Er nahm aber an, daß Haubrich, der mit dem damaligen Regime auch unzufrieden war, im Falle eines Erfolges die Führung tatsächlich übernehmen werde.

Was Lemberkovits von den Metallarbeitern behauptete, war natürlich eine Ausgeburt seiner Phantasie. An dem ganzen Märchen war nur so viel wahr, daß er mit e i n e m zum Metallarbeiterverband gehörigen und bei der Donauflotille dienenden Eisendreher namens Joseph Arkner, in Verbindung stand, der ihm im Laufe einer Unterredung über die Unzufriedenheit der Metallarbeiter berichtete. Der Putsch wurde mit Arkner vorbereitet. Man gab sich dem naiven Glauben hin, daß die Unzufriedenheit der Metallarbeiter genügen mußte, um diese mit den alten Unterdrückern des Proletariats, den Offizieren, zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Regierung zu veranlassen.

Arkner gelang es durch Verbreitung des Märchens, daß seine Aktion auch von Haubrich unterstützt werde, einige Dutzend Arbeiter einer Budapester Lederfabrik und die roten Soldaten einer aus Metallarbeitern bestehenden Artilleriekaserne für sein Vorhaben zu gewinnen.

Am 24. Juni gaben die Artilleristen der Engelskaserne mit einigen Schüssen das Signal zum bewaffneten Aufstand. Man beschoß die Margaretheninsel. Darauf liefen zwei Donaumonitore mit nationalen Farben beflaggt unter Arkners Führung vom Stapel, die aus 30 bis 40 Mann bestehende Mannschaft brachte Hochrufe auf die sozialdemokratische Partei aus und eröffnete ein Kanonenfeuer auf den Aufenthaltsort der Volkskommissäre, das Hotel Hungaria, das unter dem Namen Sowjethaus bekannt war.

Die der Konterrevolution gewonnenen Kadettenschüler besetzten eine Telephonzentrale, schlugen ihr Hauptquartier in der Ludovika-Militärakademie auf und verbarrikadierten sich dort unter verzweifelter Schießerei.

Die Nachricht von dem bewaffneten Aufstand rief in der Hauptstadt enorme Erregung wach. Arbeiterschaft und Militär stellte sich wie ein Mann in den Dienst der Räterepublik.

Die Metallarbeiterbrigade und die Budapester Truppen schlugen die Konterrevolution in einigen Stunden nieder, eroberten die Josephstädter Telephonzentrale und die Militärakademie zurück. Die Monitoren schweiften noch einige Tage um die Hauptstadt, endlich zogen sie sich auch zurück und ergaben sich den Serben.

Der zweck- und sinnlose Aufruhr kostete 24 Tote und fast 60 Verwundete, die aber größtenteils auf der Seite der Räterepublik kämpften.

Während des Putsches in der Hauptstadt erschien um 8 Uhr abends Béla Kun mit der Nachricht von der Konterrevolution im Hauptquartier. Wir versuchten es, eine telephonische Verbindung mit Budapest herzustellen, was aber mißlang, da die Konterrevolutionäre auch die Telephonzentrale besetzt hatten. Um 7 Uhr wurde Stromfeld bereits aus der Josephstädter Zentrale angerufen und vom Ausbruch der Revolution verständigt. Man hoffte, daß auch die Offiziere des Generalstabs sich der Konterrevolution anschließen würden, diese Erwartung aber erwies sich als unbegründet.

Nach dem Eintreffen der Nachricht über die Konterrevolution ließen wir die Arbeiterschaft der naheliegenden Fabrik in Kistarcsa ins Hauptquartier rufen. Ich brach die telephonische Verbindung mit der Front ab, um zu verhindern, daß beunruhigende Gerüchte die Kriegsoperationen stören, endlich verbot ich, daß Militärzüge ohne meine Erlaubnis in die Hauptstadt gelassen werden. Damit

wurde verhindert, daß eventuelle konterrevolutionäre Truppen von der Front den Aufständischen Hilfe bringen könnten.

Kun war aber kaum zu beruhigen. Anstatt im Augenblick der Gefahr an der Spitze der regierungstreuen Truppen in der Hauptstadt zu bleiben, ließ er seine Stelle eiligst im Stich und suchte Zuflucht beim Armeeoberkommando. Um 10 Uhr erhielten wir eine Hughesverbindung mit dem Sowjethaus, von wo Alpári über die Ereignisse Bericht erstattete. Dem Bericht war zu entnehmen, daß Kun auf den ersten Schuß den Kopf verlor, selbst seine Dokumente Alpári übergab und seinen Posten verließ.

Unter dem Eindruck der aus der Stadt erhaltenen beruhigenden Nachrichten schickten wir Kun unter starkem Geleit in die Stadt zurück.

Hand in Hand mit dem Budapester Putsch entflammte die bewaffnete Konterrevolution auch in der Provinz. Truppen mit Gewehren und Kanonen ausgerüstet, griffen die rote Wache und die Funktionäre der Räterepublik an. Es war klar, daß das ganze Land unterminiert sei. Bauern und Bürger standen im Lager der Konterrevolution, die Arbeiterschaft war überall unzufrieden und verhielt sich der Konterrevolution gegenüber mit Ausnahme der Hauptstadt fast durchgehends passiv.

In dem kleinen, vom Feind umlauerten Land bedeutete eine so übermäßige Verbreitung der konterrevolutionären Stimmung bei der wirtschaftlichen Blockade und der militärischen Isolierung mehr als eine einfache Krise der Revolution.

XLI.

Der revolutionäre Terror.

Im Stadium des bewaffneten Klassenkampfes sind die blutigen Mittel des Bürgerkrieges: bewaffnete Aufstände, Strafexpeditionen und deren Folgeerscheinungen, die Hinrichtungen, unvermeidlich. Gesteigert wird der blutige Terror, wenn die Revolution nicht nur gegen die innere Gegenrevolution, sondern auch gegen einen äußeren Feind kämpfen muß. Sowohl in der großen französischen Revolution wie in der französischen Kommune und in der russischen Revolution erreichte der Terror seinen Höhepunkt, als die innere Gegenrevolution durch die bewaffnete Intervention äußerer Mächte unterstützt wurde.

Bezüglich des in der Revolution anzuwendenden Terrors war am 21. März zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten keine Einigung erzielt worden. Die Frage wurde überhaupt nicht erörtert. Die Triebfeder der Diktatur war die Abwehr des Ententeangriffes, das Mittel zum Zweck bestand darin, zu verhindern, daß der bewaffnete Widerstand im Falle eines Krieges durch Revolten oder innere Gegenrevolutionen gestört werde.

Jede Diktatur aber bleibt ohne Anwendung terroristischer Mittel illusorisch. Ob Bourgeoisdiktatur oder Proletarierdiktatur: sobald sie sich der Mittel der Diktatur bedient, ist sie gezwungen, auch den Terror anzuwenden. Allein in der Proletarierdiktatur kann der Terror kein Selbstzweck, sondern lediglich ein im letzten Notfall anzuwendendes Abwehrmittel zur Sicherung der revolutionären Ordnung sein, von dem erst dann Gebrauch gemacht werden darf, wenn die Bourgeoisie die Macht des Proletariats mit bewaffneten Aufständen stürzen und vernichten will.

Der Terror aber ist nie ein Mittel der Überzeugung. Seine Anwendung entfremdet die großen Massen dem Regierungssystem, das ihn anwendet, fast unvermeidlich.

Im großen und ganzen nahmen die Sozialdemokraten während der Diktatur den hier angedeuteten Standpunkt ein. Sie verwahrten sich dagegen, daß Diktatur und Terror nach Paragraphen und Schablonen angewendet werden. Des Terrors dürfe man sich nur dort bedienen, wo alle übrigen Mittel versagen, und er dürfe nur im äußersten Notfall ein Opfer an Menschenleben zur Folge haben. Das Wesen der Diktatur sei zwar Gewalt, sadistische Grausamkeiten aber oder grundlose Peinigungen seien überflüssig. Das sozialistische Prinzip und die sozialistische Auffassung müsse jeden wie immer gearteten Barbarismus auch während der Diktatur bekämpfen.

Die sozialistische Arbeiterschaft vertrat während der Diktatur denselben Standpunkt. Nur zwei Gruppen setzten sich ihm entgegen. Die eine bestand aus Bolschewiken, die aus der russischen Revolution zurückgekehrt und eifrig bestrebt waren, das Schulbeispiel eines unter wesentlich anderen Zuständen entstandenen Terrors nachzuahmen, während die andere Gruppe aus Individuen bestand, die ins Fahrwasser der Revolution geraten waren und ohne jede sozialistische Vorbildung nur im Radikalismus schwelgten. Diese der Lumpenbourgeoisie entstammenden Ultrarevolutionären waren es, die das blutiggrausame Unterdrückungssystem der Bourgeoisie zum Gewaltmittel der Proletarierrevolution machen wollten.

a) Die Revolutionsgerichte.

Die Gerichtsorgane der Räterepublik waren die Revolutionsgerichte. Sie setzten sich aus zwei Mitgliedern und einem Vorsitzenden zusammen, die vom revolutionären Regierungsrat ernannt wurden. Das Verfahren war auf kontradiktorischer Basis durchzuführen. Die Funktion des durch Ernennung beigestellten Anklagekommissärs sowie der Verteidiger war an keine Qualifikation gebunden. Ein Todesurteil konnte lediglich durch einstimmigen Beschluß des Vorsitzenden und der Richter gefällt werden. Gegen das Urteil des revolutionären Gerichtes konnte an das revolutionäre Landesobergericht rekurriert werden. Im Falle eines Todesurteils hatte der Rekurs aufschiebende Wirkung.

Nach einigen Tagen verfügte der Regierungsrat, daß die Todesurteile vor der Vollstreckung ohne Ausnahme dem Regierungsrat zu unterbreiten seien und nur nach dessen Zustimmung vollstreckt werden können.

Diese Maßnahmen beweisen, daß die Bestimmungen, die das Verfahren der revolutionären Gerichte zu regeln hatten, nicht allzustreng waren, insbesondere, wenn man bedenkt, daß diese Gerichte die Delikte des bewaffneten Bürgerkrieges abzuurteilen hatten. Vielleicht wird der Umstand, daß die Verordnung auch das Richteramt von keiner Qualifikation abhängig macht, sogar manchem Revolutionären widersinnig erscheinen. Die Praxis aber erbrachte den Beweis, daß qualifizierte Richter — gewöhnlich um ihre „revolutionäre Verläßlichkeit" zu beweisen — weit strengere Urteile fällten als der Laie, der seine Pflicht in der Regel sehr gewissenhaft und äußerst besonnen erfüllte.

Betreffs der Tätigkeit der Revolutionsgerichte standen einander von allem Anfang an zwei starke Parteien gegenüber. Die eine forderte die Durchführung der sogenannten rücksichtslosen Diktatur. Auf der anderen Seite standen diejenigen — nicht nur Sozialdemokraten, sondern unter der Führung Karl Vántus' auch einige Kommunisten —, die, in der alten sozialistischen Schule erzogen, sich den Sinn für Humanität und Ehrfurcht vor dem Menschenleben bewahrt hatten und den Terror nur im äußersten Notfall anwenden wollten, selbst dann nur gegen diejenigen, die die Macht des Proletariats bewaffnet angegriffen hatten. Die sozialistisch geschulte organisierte Arbeiterschaft teilte ausnahmslos diesen letzteren Standpunkt. Sie bestand darauf, daß über Freiheit und Leben der einzelnen nicht willkürlich, sondern auf Grund der bestehenden gesetzlichen Verfügungen durch die Institutionen der Revolution, die Revolutionsgerichte, entschieden werde. Die Diktatur des Proletariats sei nicht die Diktatur einzelner, und die diktatorischen Rechte dürfen nur durch die Institutionen des Proletariats ausgeübt werden.

Bei der Errichtung der Revolutionsgerichte hatten wir es darauf abgesehen, die über sozialistische Schulung verfügenden, humanen und organisierten Arbeiter für die Revolutionsgerichte als Richter zu gewinnen. Es muß anerkannt werden, daß sich auch Béla Kun lebhaft darum bemühte. Allein, diese Bemühung schei-

terte an den inneren Gefühlen der Arbeiterschaft. Sie konnten und wollten keine derartige Rolle übernehmen. Die sozialistische Erziehung, insbesondere aber die tiefsittliche Achtung vor dem menschlichen Leben zwang die gesetzte, verläßliche und besonnene Arbeiterschaft zur Zurückhaltung. So nachteilig dieser Umstand die Reinheit der revolutionären Ideen beeinträchtigte, zeigt er doch die edle Denkungsart der Arbeiterschaft, die das Menschenleben selbst in ihrem bewaffnet gegen sie kämpfenden Feinde ehrt und außerstande ist, die Rolle des grausam strafenden Richters zu übernehmen.

Die Urteile der auf gesetzlicher Basis konstituierten Revolutionsgerichte, die ja inmitten des inneren und äußeren Krieges und des Standrechtes gefällt wurden, stellen dem Rechtsgefühl des Proletariats kein schlechtes Zeugnis aus. Bei den Delikten gegen Vermögen, körperliche Sicherheit und Menschenleben wurde von den Laienmitgliedern der Gerichte durchgehends Achtung vor den Gesetzen und die Humanität bekundet. Der objektive Geschichtsschreiber wird den nach dem Sturz der Revolution unverdient verleumdeten, verfolgten und in einzelnen Fällen des Märtyrertodes gestorbenen Revolutionsrichtern zweifellos Genugtuung geben.

b) Die Cserny-Gruppe.

In ein anderes Kapitel gehört die Tätigkeit gewisser Gruppen und Organisationen, die sich trotz allen revolutionären Gesetzen gerichtliche und exekutive Rechte anmaßten. Die gegen die bestehenden Gesetze und Verordnungen vollstreckten Todesurteile, vor allem aber die unqualifizierbaren Morde, die durch Freischaren oder Verbrecher begangen wurden, die der Armee wie der roten Wache gleich fern standen, verletzten in erster Linie die Gesetze der Revolution, besudelten deren Reinheit, und weder die Revolution noch die Revolutionäre können die Verantwortung für diese Verbrechen übernehmen.

Der überwiegende Teil der Führer der Revolution kämpfte ununterbrochen gegen die Willkür einzelner. Unglücklicherweise fanden einige gewissenlose Führer trotz der überwiegenden Mehrheit der Andersdenkenden einen Vorwand, um manche, das Interesse

der Revolution gefährdenden Willkürakte, zu fördern. Innerhalb des Regierungsrates und soweit es bei der gegebenen Lage möglich war, sogar außerhalb desselben wurde ein beharrlicher Kampf gegen diese Bestrebungen geführt. Die Ehre der revolutionären Fahne fordert, daß die Einzelheiten dieses Kampfes der Geschichte überliefert werden. Man soll die Schlacke der Revolution vom edlen Metall der Kämpfe des Proletariats scheiden können.

In den ersten Tagen nach Proklamierung der Rätediktatur wird der im verkehrsreichsten Zentrum der Hauptstadt befindliche Palast der Grafen Batthyány von einer bewaffneten Truppe besetzt, deren Führer ein in der Arbeiterbewegung durchaus unbekannter, seit fünf Jahren in der Armee dienender und aus der russischen Gefangenschaft heimgekehrter 26jähriger junger Mann namens Joseph Cserny war, der vor der Märzrevolution zur bewaffneten Garde der Kommunistenpartei gehörte.

Ein gewaltiger Autopark, einige leichte Kanonen, Maschinengewehre, Handgranaten, eine Torwache machen den Batthyány-Palast unheimlich, und das Tor wird mit einer großen Tafel verunziert, die die Aufschrift trägt: „Terrortruppe des revolutionären Regierungsrates."

Die Mitglieder des Regierungsrates nehmen den Vorfall mit Bestürzung zur Kenntnis. Nie ist es dem Regierungsrat eingefallen, die Errichtung einer derartigen Truppe zu beschließen, niemand wußte, in wessen Auftrag und aus welchen Mitteln die „Cserny-Buben" bewaffnet wurden.

In der nächstfolgenden Sitzung des Regierungsrates zog Siegmund Kunfi die Volkskommissäre für Inneres mit scharfen Worten zur Verantwortung, und stellte die Frage, in wessen Auftrag und mit welchem Recht ohne Erlaubnis und Wissen des Regierungsrates die sogenannte Cserny-Truppe bewaffnet wurde. Einer der Volkskommissäre, Eugen Landler, erklärte in bestimmter Form, daß er von der Errichtung dieser Truppe keine Kenntnis besitze und diesbezüglich niemanden bevollmächtigt habe. Kun stotterte und wollte von der Errichtung der Truppe letzten Endes auch nichts wissen. Der andere Volkskommissär für Inneres, Vágó, gab zu, daß er zum „Schutz der Revolution" eine Truppe organisieren wollte, jedoch die im Batthyány-Palais unterge-

brachte gemeingefährliche Organisation auch seinerseits nicht aufrechtzuerhalten wünsche. Der Regierungsrat beschloß die Auflösung der Csernytruppe. Ein mehrere Wochen dauernder Kampf begann zwischen dem Beauftragten des Regierungsrates Haubrich und Cserny, um die Auflösung unblutig durchführen zu können.

Nur wenige wissen es, daß der als Märtyrer gestorbene Otto Korvin ein unerbittlicher Feind Csernys war. Mit allen Mitteln kämpfte er gegen ihn und wollte ihn durchaus unschädlich machen. Er fühlte die Gefahr, die der Revolution von dieser unbändigen, undisziplinierten, jeder revolutionären Autorität hohnsprechenden Truppe drohte.

Die Truppe ließ sich eine Reihe von Eigenmächtigkeiten zuschulden kommen. Sie requirierte Wohnungen, nahm Verhaftungen vor, opferte Menschenleben auf, und zur Begründung ihrer Gewaltakte witterte oder erdichtete sie überall Gegenrevolutionen, wobei aber Menschen umgebracht wurden, die nichts mit einer Gegenrevolution zu tun hatten. Sie traten die Verfügungen und Gesetze der Räterepublik mit Füßen. Sie hatten eine einzige Rechtsbasis: Sie waren vom Scheitel bis zur Sohle bewaffnet. Ihre Tätigkeit war nur danach angetan, die konterrevolutionäre Unzufriedenheit zu schüren, und damit wurden sie, wenn auch unbewußt, zu Helfershelfern der Konterrevolutionäre. Sie schadeten der Revolution unmäßig viel, begingen entsetzliche Verbrechen gegen sie, und so mußte ihnen die Revolution entgegentreten. Leider vermochten wir einen beträchtlichen Teil der Verbrechen, die gegen die Revolution begangen wurden, erst nach dem Sturz der Revolution zu erfahren.

Der Beschluß des Regierungsrates wurde von Cserny und Genossen einfach sabotiert. Nach mehrwöchentlichen Verhandlungen wurde Haubrich der aussichtslosen Methode überdrüssig und beschloß, die Csernyleute mit bewaffneter Macht unschädlich zu machen. Zu diesem Behuf wollte er sich der bewaffneten Truppe organisierter Metallarbeiter bedienen. Ein in seinen Folgen unabsehbarer Kampf hätte sich im verkehrsreichsten Zentrum der Hauptstadt entwickelt.

Kun schrak vor diesem Versuch im letzten Augenblick zurück. Er forderte das Armeeoberkommando auf, Csernys Truppe außer-

halb des Gebietes der Hauptstadt zu entwaffnen. Das Armeeoberkommando erklärte sich zu der prekären Aufgabe bereit.

Schon in den ersten Tagen nach erfolgter Übernahme des Oberkommandos am 30. April erließen wir sub Zahl 49 A.O.K. nachstehende Verordnung zur Auflösung der Terrortruppen:

> Es wurde mir wiederholt gemeldet, daß auf dem Operationsgebiet teils von einigen Kommandos, teils von verschiedenen Arbeiter- und Soldatenräten Truppen errichtet werden, die dann als politische Terrortruppen, lokale rote Truppen usw. bezeichnet und als Brachialgewalt stellenweise sogar zu Zwecken gebraucht werden, die über die Verordnungen des revolutionären Regierungsrates hinausgehen. Laut Verordnung des revolutionären Regierungsrates ist niemand berechtigt, im Lande Truppen anzuwerben, mit Ausnahme der Volkskommissariate für Kriegswesen und Inneres. Alle anderen Truppenwerbungen, selbst wenn sie in der besten Absicht erfolgen, können leicht den konterrevolutionären Bestrebungen zugute kommen. Demzufolge wird angeordnet, sämtliche auf dem Kriegsoperationsgebiet befindliche, dem ordnungsmäßigen Stand der Armee oder der roten Wache und den Formationen der Kampftruppen nicht zugeteilte sogenannte politische Terrortruppen oder unter sonstigen Namen tätige Sondertruppen unverzüglich aufzulösen und die ihnen angehörenden Soldaten in den Verband der Roten Armee aufnehmen zu lassen. In Hinkunft sind alle Personen, die derart eigenmächtige polische Terrortruppen organisieren, führen oder sich an denselben beteiligen, sofort vor das Standgericht zu stellen. Mit der Durchführung gegenwärtiger Verordnung werden die politischen Beauftragten der Divisionskommandos betraut[1].

Auf Grund dieser Verordnung forderten wir Cserny auf, sich im Hauptquartier zu melden. Ich legte ihm ausführlich dar, daß das Armeeoberkommando darauf bestehen müsse, daß die Befehle überall befolgt werden, und wenn er die Durchführung derselben verweigern sollte, er sich auf schwere Folgen gefaßt

[1] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

machen könne. Wir scheuen auch davor nicht zurück, seine Truppe mit Waffengewalt unschädlich zu machen. Wolle er kämpfen, so habe er sich an die Front zu begeben und gegen den bewaffneten Feind zu kämpfen, anstatt in der Hauptstadt gegen Unbewaffnete den Helden zu spielen. Ohne weitere Verhandlungen stellte ich die Forderung, daß die ganze Truppe sich binnen acht Tagen mit sämtlichen Autos, Kanonen, Maschinengewehren und mit voller Rüstung in Gödöllö melde.

Am 19. Mai meldete sich Cserny tatsächlich mit seiner Truppe. Wir rückten mit zwei Bataillonen und einer Batterie zu ihrem Empfang aus. Der Führer der politischen Abteilung des Oberkommandos, Paul Moor, forderte Cserny und Genossen auf, ihre Waffen innerhalb einer Stunde abzuliefern, widrigenfalls wir gesonnen seien, sie mit den in Bereitschaft gesetzten Truppen hierzu zu zwingen. Nach halbstündiger Beratung rüsteten die Csernyleute ab.

Die Truppe repräsentierte eine gefährliche Macht. Wir beschlagnahmten folgende Ausrüstungsartikel und Waffen:

6 Stück Minenwerfer, Kaliber 14 cm,
6 Stück Minenwerfer, Kaliber 9 cm,
3 Stück Panzerkanonen, Kaliber 7½ cm,
7 Stück Infanteriekanonen,
7 Stück Maschinengewehre,
64 Kisten Bomben,
130 Kisten Handgranaten,
41 Kisten Maschinengewehrgeschosse,
115 Kisten Geschosse für Infanteriekanonen,
807 Kisten Minenwerfer- und Kanonengeschosse,
7 Stück Personenautos und
6 Lastautos[2].

Ein Auto wurde versteckt, das wir aber nach einigen Tagen ebenfalls beschlagnahmen konnten.

Vier Waggons wurden mit den beschlagnahmten Waffen und Geschützen gefüllt. Die entwaffnete Mannschaft schickten wir zur sechsten Division an die Front. Der kommunistisch gesinnte politische Beauftragte Minnich meldete über sie — und von der Wahrheit dieser Meldung konnte ich mich an der Front persönlich

[2] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

überzeugen —, daß die Unbewaffneten gegenüber so heldenhaften Gesellen die niederträchtigsten Feiglinge waren. Sie gingen ihren Truppenteilen allmählich durch.

Csernys Abrüstung wurde bald auf verblüffende Weise beantwortet. Am 23. Mai begab ich mich mit dem Chauffeur Eugen Kis und dem Soldaten Ladislaus Orgovany von Stromfeld in der Nacht zum Gödöllöer Bahnhof. In der Allee empfing mich ein scharfer Revolverschuß. Die Soldaten erkannten in dem flüchtigen Attentäter einen Freischärler der Csernytruppe im berüchtigten Lederrock. In der stockfinsteren Nacht mußte von einer Verfolgung abgesehen werden. Kun erfuhr den Vorfall eine Stunde später. Er heuchelte Entrüstung — untersagte es den Blättern, die Nachricht über das Attentat zu veröffentlichen, ließ aber auch die Untersuchung nicht in die Wege leiten.

Der alle Übereinkommen methodisch brechende Béla Kun benahm sich auch in der Frage der Entwaffnung heimtückisch. Unter Csernys Führung kommandierte er vierzig Mitglieder der entwaffneten Truppe zu Otto Korvin als „Rechercheure des Volkskommissariats für Inneres". Korvin erhob scharfen Protest gegen die Heranziehung Csernys und beschwerte sich in einer Zuschrift an das Armeeoberkommando über Kuns Vorgehen.

Als Rechercheur hatte Cserny wiederholt Gelegenheit, mit seinen eigenmächtigen Handlungen die Interessen der Räterepublik zu gefährden.

Nach der Konterrevolution vom 24. Juli machte er einen neuerlichen Versuch, um seine Truppen und Waffen wiederzuerlangen. Er richtete eine Eingabe an Kun und an das Armeeoberkommando, worin er mit hochtrabenden Worten der eigenen Verdienste gedachte:

> Die Diktatur des Proletariats ist in Gefahr! In Budapest wütet die Gegenrevolution — schreibt er —, und konnte sie den Sieg nicht erkämpfen, so ist das einzig und allein meinen Leuten zu verdanken... Die letzten drei Tage haben gezeigt, daß man jede Konterrevolution unbarmherzig niedertreten und im Blut ersticken müsse. Eine Artillerieabteilung der roten Wache muß organisiert werden. Zu diesem Behuf verlange ich eine 200köpfige Mannschaft, 80 Rechercheure und

ein Wachpersonal von 35 Mann sowie einen aus 25 Mitgliedern bestehenden Stab. Diese sollen mit 16 Kanonen, 12 Maschinengewehren und anderen Geschützen ausgerüstet werden. Es ist ihnen ein entsprechendes Gebäude zur Verfügung zu stellen. Ich übernehme das Kommando und werde auch für die Zusammenstellung der Mannschaft Sorge tragen. Nach Errichtung der Abteilung ist uns auch die Donauflottille zu überlassen. Sein oder Nichtsein, das ist jetzt die Frage! Fort mit dem Zögern, die Zügel müssen straff angespannt werden[3]!

Der unverläßliche Cserny und seine Freischärler mit dem blutrünstigen Schlachtruf stellten kein geeignetes Mittel zur Beseitigung der Gegenrevolution dar. In Budapest hielt sich die aus 26 Bataillonen bestehende Metallarbeiterbrigade auf, außerdem konnte man über die Rote Wache und die Rote Armee verfügen; reichten diese nicht hin, um die Konterrevolution niederzuhalten, so waren die Umtriebe der Csernytruppen noch weniger geeignet, sie zu bezwingen. Mit ihrer Zügellosigkeit hätten sie viel eher der Konterrevolution als der Revolution einen Dienst erwiesen.

Diese Erwägung leitete uns, als wir die machtgierigen Forderungen Csernys abwiesen. Hinter den Kulissen aber hatte Cserny hohe Gönner. Einige Tage nach der Abweisung wurde das Oberkommando der Armee bereits von Landler übernommen. — Durch einen Zufall konnte ich mich ebenso wie Landler persönlich überzeugen, daß das Volkskommissariat für Heereswesen die Errichtung der Csernytruppe trotz des Verbotes des Armeeoberkommandos bewilligte und ihr ein größeres Quantum Waffen und Autos zuweisen ließ. Landler schickte in seiner Entrüstung ein unreproduzierbar rohes Telegramm an Szántó, worin er gegen die Bewaffnung der Czernytruppe protestierte und die Forderung nach Bestrafung derjenigen erhob, die den Umtrieben Csernys abermals freien Lauf lassen wollten.

Es ist bezeichnend für den Charakter Csernys, daß er nach dem Sturze der Revolution seine Kameraden im Gefängnis mit wahrhaft sadistischer Wollust verriet und mit seinen Denunziationen auch Unschuldige an den Galgen brachte.

[3] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

c) Die Umtriebe der „Unverantwortlichen".

Die Diktatur des Proletariats sollte ein dem Willen der Mehrheit des Proletariats entsprungenes, nach von ihm selbst geschaffenen Regeln zu handhabendes Regime bedeuten. Selbst die fanatischesten Anhänger der Diktatur geben zu, daß die Diktatur lediglich nach den vom Proletariat geschaffenen Gesetzen und Verordnungen und nur durch regelrecht erwählte Vertreter des Proletariats ausgeübt werden kann, und daß sie sich niemals gegen den einzelnen Bourgeois, sondern immer nur gegen die Bourgeoisie als Klasse wenden darf.

Diese Tatsache verurteilt eine diktatorische Staatsform, die sich zwar Diktatur des Proletariats nennt, eigentlich aber nur die Diktatur der Minderheit zur Geltung gelangen läßt, von vornherein zur Erfolglosigkeit. In diesem Falle sind Willkürlichkeiten, individuelle Aktionen unausbleiblich, diese wieder bringen das System der Diktatur in Mißkredit, steigern die Unzufriedenheit, stärken die Konterrevolution.

Der Schmutz, mit dem die Gegenrevolution die gefallene ungarische Proletarierrevolution zu besudeln bestrebt ist, die Anklagen und Antipathien, auf die die ungarische Proletarierrevolution bei den Sozialisten des In- und Auslandes stößt, schöpfen ihre Quellen insgesamt aus diesen, wider Willen der Führer und der Massen erfolgten Gewalttaten. Und daß die Gewalttaten in einer verhältnismäßig großen Anzahl vorkamen, hat seinen Grund zunächst in jener Kriegsmentalität, die die großen Massen durch viereinhalb Jahre systematisch zur Barbarei, zur Willkür, zur Verachtung des Menschenlebens erzogen hatte, zweitens aber auch im Beispiel der ungarischen herrschenden Klassen, die die Herrschaft einer verschwindenden Minorität Jahrhunderte hindurch auf Gewalt und auf Bajonetten aufbauten.

Unter solchen Umständen und in der revolutionären Lage nahm die Zahl derjenigen täglich zu, die die Diktatur des Proletariats so auffaßten, daß einzelne nun in den Stand gesetzt seien, ihren Willen dem einzelnen Bourgeois gegenüber gewaltsam geltend zu machen. Der Kampf gegen diese Erscheinungen wurde einerseits durch die allgemeine Anarchie erschwert, anderseits aber wurde jede Aktion dadurch ergebnislos gemacht, daß gewisse kommuni-

stische Führer die Wurzeln aller Mißstände in der Gegenrevolution suchten und als Generalmittel gegen jede Erfolglosigkeit des Systems den Terror verherrlichten. Und selbst als ihnen die Gefahr bereits über den Kopf wuchs, waren sie unschlüssig, trafen halbe Maßregeln, trauten sich nicht, den Mißdeutern und Nutznießern des Terrors entgegenzutreten.

Am 3. Mai erfuhren wir durch einen bei der roten Wache bediensteten Metallarbeiter vom Mord an Ludwig Návay, seinem Bruder, den Brüdern Hollán und dem Ehepaar Vándoy. Aus dem Hauptquartier forderte ich den Präsidenten des Regierungsrates telephonisch auf, die Regierung zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen. Die Einzelheiten der Aktion wurden mit Weltner, Kunfi und anderen im voraus verabredet. In der Sitzung des Regierungsrates erhoben wir scharfen Protest gegen das eigenmächtige Vorgehen gewisser Leute und forderten ihre sofortige exemplarische Bestrafung, widrigenfalls wir aus der Regierung zurücktreten wollten.

Wir betonten nachdrücklich, daß wir nicht geneigt seien, die Verantwortung für diese Taten zu tragen und als Führer von Räubern und Mördern zu gelten. Wir verstünden unter Diktatur eine moralisch höhere Auffassung und Praxis als die Bourgeoisie.

Der Regierungsrat faßte einstimmig den Beschluß, die Mörder ermitteln und exemplarisch bestrafen zu lassen. Nach einigen Tagen wurde der eine Mörder, der Wachmann Ludwig Vince, verhaftet, vom Revolutionstribunal zum Tode verurteilt und auf dem Parlamentsplatz öffentlich hingerichtet. Mit Recht nahmen wir an, daß auch die übrigen Mittäter an die Reihe kommen und die Willkürlichkeiten durch exemplarische Vergeltungen aus der Welt geschafft würden.

Allein diese Zuversicht war verfrüht, und völlige Beruhigung trat nicht ein. Wir forschten dem Mörder Návays auch im eigenen Wirkungskreis nach. Dieser Mord hatte uns besonders erregt, da wir von dem für die ungarische Gentry ungewöhnlich gebildeten und demokratisch gesinnten Návay wohl wissen konnten, daß er keine aktive Rolle in der Gegenrevolution übernehmen würde und seine Ermordung daher ein beispielloses Verbrechen darstellte.

Am 5. Mai richtete das Hauptquartier folgendes Telegramm an das Direktorium von Kiskunfélegyháza:

51/khp. Es ist sofort Meldung an das Oberkommando der Armee zu erstatten, 1. wer Ludwig Návay, seinen jüngeren Bruder und einen dritten Unbekannten erschoß; 2. auf wessen Befehl die Hinrichtung erfolgte, ob diesbezüglich eine Untersuchung eingeleitet wurde, bejahendenfalls, wer diese leitete, und wo sich die Personen befinden, die Ludwig Návays Hinrichtung angeordnet bzw. durchgeführt haben[4].

Einer der Täter konnte ermittelt werden. Leider flüchtete er inzwischen nach Jugoslawien, und so konnten wir das Verbrechen an ihm nicht ahnden. Im Interesse der historischen Wahrheit aber muß festgestellt werden, daß der von der Konterrevolution wegen des Mordes an Návay hingerichtete Ludwig Engi nichts mit dem Morde zu tun hatte.

Im Zusammenhang mit diesem Vorfall sowie mit den drei Hinrichtungen im Hajduszoboszló erließ das Armeeoberkommando eine Verordnung, worin verboten wird, wen immer ohne regelrechte Verhandlung der Revolutionsgerichte zu verurteilen, geschweige denn hinzurichten. Der sub Zahl 53/khp. erschienene Erlaß hatte folgenden Wortlaut:

Befehl. Es gelangte zu meiner Kenntnis, daß Leute, konterrevolutionärer Umtriebe verdächtigt oder beschuldigt, ohne jede Verhandlung des hierzu berufenen Revolutionsgerichtes hingerichtet wurden. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch mit den diesbezüglichen Verordnungen des revolutionären Regierungsrates und im schärfsten Gegensatz mit den Regierungsprinzipien der Räterepublik, kann also nur als gemeines Verbrechen betrachtet werden. Sämtliche Personen, die sich solche Handlungen zuschulden kommen lassen, bringen die Räteregierung und die Proletarierrevolution in Mißkredit, sind daher Feinde des Proletariats und der Proletarierherrschaft. Deshalb verbiete ich auch bei diesem Anlaß aufs strengste, daß irgendeine militärische Behörde oder irgendein auf dem Operationsgebiet befindlicher Soldaten- und Arbeiterrat Urteile ohne gerichtliche Handlungen vollstrecke. Es wird verordnet, jedes verhaftete und verdächtigte Individuum in je-

[4] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

dem einzelnen Fall vor das zuständige Revolutionsgericht zu stellen und es kann nur das laut den Verordnungen des revolutionären Regierungsrates gefällte regelrechte Urteil Anwendung finden. Diejenigen Personen, die gegen diese Verordnung verstoßen, jemanden bestrafen oder hinrichten, begehen ein gemeines Verbrechen, sind dem Standgericht zu überantworten und der strengsten Bestrafung zuzuführen. Diejenigen, die das Urteil vollstrecken, werden als gemeine Verbrecher betrachtet und als solche behandelt. Gegenwärtiger Befehl ist im breitesten Kreise durch Zeitungen und Maueranschläge zu verlautbaren. Den Arbeiter- und Soldatenräten lege ich nahe, die auf dem Operationsgebiet eventuell vorkommenden, in der Verordnung erwähnten Verbrechen mir unverzüglich telegraphisch zu melden, die Täter zu verhaften und dem Standgerichte des Armeeoberkommandos zu übergeben[5].

In Budapest nahm der neuernannte Stadtkommandant Josef Haubrich mit eiserner Energie den Kampf gegen die Missetäter auf. Er ging mit drakonischer Strenge gegen alle vor, die wohl im Namen der Revolution, aber auf eigene Faust und meist aus egoistischen Gründen, ihr Unwesen trieben und der Sache der Revolution mit individuellen Aktionen einen Dienst zu erweisen vermeinten.

Um den manchmal unschlüssigen Haubrich zur Ausdauer zu ermutigen, ließ ihm das Armeeoberkommando nachstehendes Telegramm zukommen, worin unser Standpunkt, bereits im Regierungsrat fixiert, deutlich zum Ausdruck gelangte:

79/hfp. Anläßlich deiner täglichen wahrhaft energischen, klugen und zielbewußten Verordnungen begrüße ich dich wärmstens. Deine Politik entspricht meinen Intentionen vollkommen, so können und müssen wir arbeiten. Bei dieser Gelegenheit lenke ich deine Aufmerksamkeit darauf hin, daß wiederholt Meldungen bei mir über das gewalttätige, verbrecherische Vorgehen einzelner einlaufen.

---

[5] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

Einzelheiten will ich hier nicht mitteilen. Erkundige dich bei Kunfi. Ich ersuche dich, energische Recherchen einzuleiten und die Verbrechen um so mehr zu ahnden, als wir gesonnen sind, gegen alle Konterrevolutionäre innerhalb der Grenzen der Verordnungen des revolutionären Regierungsrates auf das energischeste vorzugehen, ohne daß ich, du oder jedes beliebige Mitglied des Regierungsrates geneigt wäre, eine Banditenrolle zu übernehmen oder ähnliche Handlungen mit unserer revolutionären Ehre zu decken.

Zur Verhinderung der Willkürakte hoben wir auf Antrag des Volkskommissärs für Justiz, Zoltán Rónai, die Institution der Stadtkommandos mit der Verordnung sub 934 A.O.K. auf, da diese ihren Wirkungskreis in mehreren Fällen überschritten, Urteile gefällt und vollstreckt hatten.

Die strengen Verordnungen blieben nicht ohne Wirkung. Auf dem Operationsgebiet nahm die Zahl der Gewaltakte ab, ja sie hörten in einigen Wochen vollkommen auf. Konnten wir mitunter eines Ruhestörers habhaft werden, so entfernten wir ihn sofort aus dem Verband der Armee oder stellten ihn in schweren Fällen vor das Standgericht. Ein politischer Beauftragter, namens Ungar, der seinen unter dem Verdacht konterrevolutionärer Verschwörung stehenden Divisionskommandanten eigenmächtig tötete, wurde vom Gericht zum Tode verurteilt. Nur die ärztliche Untersuchung, derzufolge er in einer Irrenanstalt untergebracht wurde, vermochte ihn vor der Strafe zu retten.

So gut es uns aber auch gelang, die Seuche der Willkürlichkeiten innerhalb der Armee zu beheben, so verbreitete sich diese Epidemie doch im Lande, wo die Besitzer der Macht weder die Entschlossenheit noch den Willen hatten, die Gewaltakte zu bekämpfen.

d) Die Geiseln.

Die Ergreifung von Geiseln ist in der Geschichte der Revolutionen kein unbekannter Vorgang. Nach den anerkannten barbarischen

Regeln der kriegführenden Bourgeoisstaaten werden sowohl im bewaffneten Klassenkampf wie bei feindlichen Invasionen Geiseln aus dem feindlichen Lager verhaftet. Die Methode verfolgt den Zweck, die Soldaten der Revolution im Falle ihrer Gefangennahme vor dem Schicksal der Hinrichtung zu retten oder den Angriff der Konterrevolution mit Rücksicht auf die Geiseln zu erschweren. Die französische Kommune, die bayerische Räterepublik und die russische Revolution waren gleichermaßen bestrebt, ihren Schutz durch Aushebung von Geiseln aus der Bourgeoisie zu fördern.

Das erwähnte System stellt im Kriege wie im Bürgerkriege eine barbarische und zwecklose Verfügung dar. Weder die Konterrevolution noch der äußere Feind lassen sich durch die Gefangennahme von Geiseln stören. Überdies ist dieser Barbarismus auch unmoralisch, da die Revolution zwar berechtigt ist, diejenigen zu bestrafen, die ihr bewaffnet entgegentreten oder eine Konterrevolution schüren, doch kein moralisches Recht dazu hat, unschuldige Menschen als Geiseln zu verhaften und ihr Leben zu gefährden.

In der ungarischen Revolution machte die Ergreifung von Geiseln eine verblüffende Wirkung und richtete nur Schaden an. Die Revolution hatte von dieser Maßnahme keine wie immer gearteten Vorteile. Sie war nur danach angetan, die inneren Gegensätze zu verschärfen.

Der Regierungsrat hatte diese Maßnahme nie beschlossen. Sie war ebenfalls nur die individuelle Aktion einiger Führer. Am 19. April, da wir gegen den rumänischen Angriff das ganze Proletariat zu den Waffen riefen und ein Teil der Volkskommissäre sich an die Front begab, ordneten einige Hyperrevolutionäre des Sowjethauses die Verhaftung der Geiseln an. Die als solche bezeichneten Personen wurden gleichsam aufs Geratewohl herausgegriffen. Mit der Vornahme der Verhaftung wurden Csernys Gesellen betraut, denen der „amtliche“ Auftrag bald in den Kopf stieg. Sie begnügten sich nicht mit der Verhaftung einiger Geiseln, sondern ermordeten zugleich einige vollkommen unschuldige Menschen.

Im Regierungsrat plädierte Kunfi gegen die eigenmächtige Aushebung von Geiseln. Die Regierung faßte zweimal den Beschluß, die Geiseln sofort auf freien Fuß zu setzen, bis der Beschluß end-

lich am 24. Mai unter dem Eindruck der Siege an der Front durchgeführt wurde. Die Blätter vom 25. Mai veröffentlichten diesbezüglich nachstehendes offizielles Kommuniqué:

> Die Ungarländische Räterepublik setzt ihren Angreifern einen ruhmreichen Widerstand entgegen. Die Flut der einströmenden Horden brach sich am Felsen der Proletariermassen der Roten Armee. Die Räterepublik ergriff die Geiseln im Augenblick der unmittelbaren Gefahr. Bei diesem Schritte wurde sie nicht vom Gedanken der Rache geleitet. Da der Räterepublik gegenwärtig keine unmittelbare Gefahr droht, veranlaßte der revolutionäre Regierungsrat die Freilassung sämtlicher Geiseln.

Die gegenrevolutionären Legenden erzählen der leichtgläubigen Welt gruselige Einzelheiten über die Behandlung, die den Geiseln zuteil wurde. Wekerle und einige andere Politiker waren im vornehmsten Sanatorium des Landes, im Park-Sanatorium, als Geiseln gefangen. Sie lebten vorzüglich und wurden erstklassig versorgt. Die revolutionäre Arbeiterschaft hungerte, während die Herren Geiseln üppig verpflegt wurden. Sie empfingen sogar Besuche. Das tapfere und humane Mitglied des Pressedirektoriums, Franz Göndör, und andere sprachen regelmäßig bei den Geiseln vor, erledigten ihre Angelegenheiten, so daß die Gefangenen Bettzeug, Zigarren und Lebensmittel in Hülle und Fülle hatten und nur in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt waren. Auch dauerte dieser Zustand kaum mehr als einige Wochen.

Diese Aktion war in der Provinz viel gefährlicher als in der Hauptstadt. Einige Direktorien, ermutigt durch den „Erfolg“ der eigenmächtigen Einhebung von Geiseln in Budapest, leiteten eine ähnliche Aktion ein. Unbedeutende Menschen wurden verhaftet, was große Entrüstung und gegenrevolutionäre Unzufriedenheit auslöste. Indessen wurde jeder, der Einfluß hatte oder mit einem der Volkskommissäre bekannt war, ohne Umstände freigelassen oder in ein erstklassiges Sanatorium befördert, ob sein Wohnsitz in Budapest oder in der Provinz war. Die Institution der Ergreifung von Geiseln geriet insbesondere durch die Möglichkeit der individuellen Befreiung in Mißkredit. Der „große Geiselbefreier“ — das war bald der Spitzname Béla Kuns, da sein Vorzimmer

von früh bis abends mit den Angehörigen der Geiseln überfüllt war, die sich mit dem größten Vertrauen an ihn wandten. Im Gegensatz zu den von ihm verkündeten Prinzipien war er in Wirklichkeit eine in Bourgeoiskreisen durchaus beliebte Persönlichkeit. Aus sehr einleuchtenden Gründen. Der politisch und vor der Öffentlichkeit intransigente Kun war ein weichherziger Mensch, der kaum einer flehentlichen Bitte und sicherlich niemals Tränen widerstehen konnte.

Die Grafen, Magnaten, Bourgeois, Bankiers wandten sich mit ebenso großer Zuversicht an die bolschewistischen Funktionäre wie an die alten guten Gentryregierungen. Sie hatten eine Ablehnung selten zu gewärtigen.

Fürst Odescalchi ersucht um Reisepaß. Ein Führer des Volkskommissariats, Ernst Landler — der Bruder des Volkskommissärs —, stellt ihm den Reisepaß mit Umgehung aller Formalitäten aus. Cserny bringt die Sache in Erfahrung, nimmt Odescalchi den Reisepaß ab, worauf Ernst Landler ihm einen neuen Paß ausstellt.

Gräfin Apponyi steigt mit einem regelrecht ausgestellten Reisepaß, mit ihrem ganzen Schmuck und ihren Wertpapieren in den Zug. Sie wird am Ostbahnhof von roten Wachleuten verhaftet. Man nimmt ihr den Reisepaß ab, der ihr jedoch in einigen Stunden auf Kuns Intervention zurückerstattet wird. Nach einer Woche fährt die Gräfin bereits mit einem von Kun signierten italienischen Diplomatenpaß.

Bankdirektor Simon Krausz bekommt dank der Protektion Béla Kuns seinen Reisepaß nach Wien. Béla Kun läßt den Namen Simon Krausz in der Namenliste der Geiseln streichen.

Stefan Rakovszky, ein Führer der klerikalen Volkspartei, wird im Gefangenenhaus vom Kommandanten der roten Wache, Johann Guzi, in Schutz genommen, mit dessen Hilfe er auch befreit wird.

Bei Ritter Eugen Freystädtler, dem reichsten Bürger Ungarns, nehmen Requirierungskommissäre eine Hausdurchsuchung vor. Inmitten derselben trifft ein Befehl Béla Kuns ein, der die weitere Hausdurchsuchung untersagt.

Für Graf Edelsheim erwirkt Volkskommissär Eugen Landler mit Vermittlung des tschechoslowakischen Konsulats einen Platz in einem tschechoslowakischen Transport.

Die Mutter des Grafen Georg Károlyi bestürmte den Volkskommissär Zoltán Rónai solange, bis ihr Sohn freigelassen war.

Graf Wenkheim war im Interesse der Befreiung seiner eingekerkerten Genossen ein täglicher Gast bei Rónai. Seine Intervention war in der Regel erfolgreich. Einmal verlangte er sogar eine Entschädigung, da seine Prothese zerbrach.

Alexander Wekerle junior war ein fast täglicher Gast des Volkskommissariats für Justiz. Er wollte seinen Vater, der als Geisel gefangen war, aus dem Parksanatorium nach Dános überführen lassen.

Alexander Simonyi-Semadam, der spätere Ministerpräsident, sprach im Interesse der Geiseln oft bei Rónai vor. Als Advokat verschmähte er auch diesen Broterwerb nicht.

Géza Polonyi beglückte die Volkskommissäre mit seinen Kanalisierungsplänen. Man konnte ihn mit Mühe und Not los werden. Als er aus der Gefangenschaft als Geisel entlassen wurde, bat er Rónai um eine Geldanleihe, da seine Besitzungen sich auf tschechoslowakischem Gebiete befänden und er kein Einkommen habe.

Stephan Friedrich, der erste und blutrünstigste Ministerpräsident des Weißen Terrors, richtete aus dem Sammelgefängnis einen Brief an den Redakteur der Roten Zeitung, Karl Jancsó, worin er mit seinen revolutionären Verdiensten prahlte. Und der Redakteur des den Terror verkündenden Blattes befreit Herrn Friedrich richtig aus dem Gefängnis...

Béla Kun war bei der Befreiung von Aristokraten mit besonderer Vorliebe behilflich, aus „prinzipiellen Gründen" aber trat er der Freilassung der Juden aus der Geiselgefangenschaft konsequent entgegen. Hingegen nahm sich Volkskommissär Alexander Szabados besonders der Juden an.

Der Standpunkt der Sozialdemokraten, die die baldigste Einstellung der Geiselparodie forderten, war also vollkommen berechtigt.

e) Das Standgericht. Tibor Szamuely.

Gleichzeitig mit dem Armeeoberkommando rief der Regierungsrat am 21. April eine Kommission zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der Disziplin im Etappenraum sowie zur Leitung der gegen konterrevolutionäre Umtriebe gerichteten Aktionen ins Leben. Zum Kommandanten dieser Kommissionen wurde Tibor Szamuely ernannt.

Szamuely leitete früher die Propaganda-Abteilung des Volkskommissariates für Unterricht. Der Regierungsrat nahm seine Energie beim Ordnen der chaotischen Wohnungsangelegenheiten wie auch der Invalidenfrage in Anspruch. In seiner bisherigen Tätigkeit offenbarte sich keine Spur jenes blutrünstigen Geistes, der ihm im ganzen Lande zu einem unheilvollen Ruf verhalf.

Bei der Errichtung der scheinbar unschuldigen, als Etappenkommission bezeichneten Körperschaft begingen wir allerdings einen schwerwiegenden Fehler. Der Regierungsrat ernannte den Vorsitzenden der Kommission, unterließ es jedoch, die Mitglieder derselben zu ernennen und den Rechts- und Wirkungskreis der Kommission zu regeln.

In Ermangelung solcher Verfügungen organisierte Szamuely im eigenen Wirkungskreis eine Truppe aus Soldaten, denen die Kommissionsmitglieder entnommen wurden. Unbekannte, halbgebildete, gelegentlich sogar analphabetische Leute erlangten wichtige Positionen, ohne daß sich unter ihnen Männer aus der alten Arbeiterbewegung befunden hätten. Sie waren willenlose Werkzeuge Szamuelys und gefielen sich in der abenteuerlichen neuen Rolle.

Szamuelys Tätigkeit wandte sich nach und nach der Bekämpfung konterrevolutionärer Bewegungen zu. Seine Truppe war geraume Zeit lang nur zum Kampfe gegen die bewaffnet auftretende Gegenrevolution da. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das gegen organisierte Truppen kämpfende Revolutionsorgan in dieser Lage, da die mit Kanonen und Maschinengewehren ausgerüsteten Konterrevolutionäre einzelne Dörfer angriffen und der um das Landesgebiet kämpfenden Armee in den Rücken fielen, eine überaus schwere Rolle hatte. Es ist in solchen Fällen immer schwer, scharfe Grenzen zwischen Unbefangenheit, Humanität,

Recht und Billigkeit einerseits und Barbarei und Grausamkeit anderseits zu ziehen. Energie kann unter solchen Umständen nur schwer von überflüssiger Gewalt unterschieden werden. Zu dieser Rolle war nur ein gemäßigter, überlegter Mensch geeignet. Szamuely war weit davon entfernt, ein solcher zu sein.

Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß Szamuely und seine Truppen in den Kämpfen gegen die Konterrevolution eine Reihe überflüssiger Grausamkeiten begingen, die der Revolution nur schadeten. Es steht fest, daß mit Höflichkeit gegen die bewaffneten Aufstände der Konterrevolution nichts auszurichten war. In Dunapataj und Kalocsa schlug die Konterrevolution mit Kanonen und Maschinengewehren, am 24. Juni gar mit Monitoren los. Die Antwort der Revolution konnte nur bewaffneter Gegenangriff und bewaffnete Niederwerfung sein. Dieses Teiles der Aufgabe entledigte sich Szamuely mit persönlichem Mut. Immer kämpfte er in den ersten Reihen. Nach der Niederlage der Konterrevolution aber überließ er das Terrain seinen vom Blute berauschten und nach Rache für die gefallenen Genossen lechzenden Soldaten, oder aber er urteilte selbst gewöhnlich unmittelbar nach Abschluß der Kämpfe mit Umgehung aller Formalitäten über Leben und Tod. Erklärlicherweise führte das in vielen Fällen zu unverzeihlichen Ungerechtigkeiten.

Solche Rechtssprüche empörten die Bevölkerung ganzer Dörfer und Gebiete, lösten eine Erbitterung in den Massen aus, die sich gegen die Revolution wendete und zuletzt eine allgemeine Verbreitung der gegenrevolutionären Stimmung herbeiführte.

Szamuelys Machtübergriffe hatten nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei den Kommunisten scharfe Opposition zur Folge. Ihn zu stürzen war allerdings keine leichte Aufgabe. Einerseits war er einer der einflußreichsten Mitglieder der Kommunistenpartei, anderseits verkörperte er als Kommandant einer inzwischen gut ausgerüsteten Truppe eine beträchtliche Macht. Kun wollte ihn bereits im April loswerden, woran ihn aber die inneren Kräfte der kommunistischen Partei hinderten. In den darauffolgenden Wochen kommt Szamuelys Tätigkeit kaum in Betracht. Seine grausamen Urteile entfallen auf die Zeit des Aufflammens der Konterrevolution, auf die zwei letzten Monate der Revolution.

Dem Armeeoberkommando wurde bereits im Monat Mai berichtet, daß Szamuelys Kommissionen eine den Gesetzen und Verordnungen der Räterepublik widerlaufende Tätigkeit entfalten. Sub. 923 A.O.K. richteten wir ein Telegramm an den Volkskommissär für Justiz, worin wir um die Regelung des Wirkungskreises aller Etappenkommissionen und Standgerichte im Verordnungswege ersuchten.

Anläßlich des Eisenbahnerstreiks im Monat Juni entsendet der Regierungsrat eine dreiköpfige Kommission zur Niederwerfung der Konterrevolution in Transdanubien. Szamuely gehörte mit zu der Kommission, obwohl seine Betrauung selbst den einflußreichen Landler, der sich den Kommunisten anschloß, so gewaltig einschüchterte, daß er sich in einem Telegramm an das Armeeoberkommando wandte, worin er

> um Einstellung aller Verfolgungen wegen früherer Delikte und um Begnadigung der zum Tode Verurteilten bat. Auch forderte er zur Erlassung einer Verordnung auf, derzufolge die nach Transdanubien entsendete Kommission in Zukunft in Eisenbahnerangelegenheiten lediglich im Einverständnis mit dem unter Zustimmung des Regierungsrates delegierten Genossen Weishaus vorgehen und ohne seine Zustimmung keinen Beschluß fassen dürfe[6].

Auf Grund des Telegrammes Landlers erläßt das Armeeoberkommando eine Verordnung an Szamuely mit folgendem Wortlaut:

> Die über Eisenbahner verhängten Todesurteile sind aufzuheben, die Verurteilten zu begnadigen. Die vom Regierungsrat entsendete Kommission darf künftighin in Eisenbahnerangelegenheiten nur im Einverständnis mit Genossen Weishaus vorgehen, ohne seine Zustimmung darf die Kommission in solchen Angelegenheiten keinen Beschluß fassen[7].

Solche Verfügungen konnten allerdings nur in besonderen Fällen zur Geltung gelangen. Gegen Szamuely nahm die Unzufrie-

---

[6] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.
[7] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

denheit selbst in der Kommunistenpartei immer drohendere Formen an. Im Regierungsrat und in der Sowjetkommission leitete der Sozialdemokrat Rónai eine Kampagne gegen die Grausamkeiten ein. In der am 17. Juli abgehaltenen Sitzung des Regierungsrates rollt Zoltán Rónai, Volkskommissär für Justiz, die Frage der rechtswidrigen Tätigkeit Szamuelys auf, der nun auch vor Brandschatzungen nicht zurückscheue. Rónai bestand darauf, daß der Regierungsrat Szamuely auffordern solle, über seine Tätigkeit regelmäßig Rechenschaft abzulegen. Auch Georg Lukács und Eugen Varga, die beide zu den Kommunisten gehörten, schlossen sich dem Antrag Rónais an, der schon über die Bekämpfung der Kalocsaer Gegenrevolution einen Bericht fordert, da über die dortigen Grausamkeiten und Bluttaten verschiedene Gerüchte in Umlauf waren.

Béla Szántó verwahrte sich als einziger dagegen, daß Szamuely zur Verantwortung gezogen werde, wobei er sich auf den nichtigen Grund berief, daß Szamuely den Auftrag zur Niederwerfung der Gegenrevolution nicht vom Regierungsrat, sondern vom Armeeoberkommando erhalten habe. Die Majorität des Regierungsrates stellte sich indessen auf Rónais Standpunkt und damit wurde dem Kampfe zwischen dem Regierungsrat und Tibor Szamuely Tür und Tor geöffnet.

Mit Recht drängt sich die Frage auf, warum die Sozialdemokraten, die doch den Bluttaten und der Barbarei entgegentraten, diese für die Revolution schädliche Tätigkeit Szamuelys duldeten. Es sei hier nur kurz bemerkt, daß die Sozialdemokraten in dieser Angelegenheit mehrere Aktionen einleiteten, die in einem anderen Zusammenhang noch erwähnt werden sollen. Bedauerlicherweise fielen diese alle ergebnislos aus. Wir konnten nicht einheitlich auftreten, und so war den Aktionen kein Erfolg beschieden.

Welche unheilvolle Bewegungen jedoch durch diese Gegenaktionen entfesselt wurden, mag nachstehendem Beispiel entnommen werden: Im Monat Juni trafen zwei ukrainische Offiziere — Effinov Grigory und Jukelsohn Isay — aus der russischen Sowjetrepublik in Budapest ein, die Konfidenten des Präsidenten der ukrainischen Sowjetrepublik, Rakowski, gewesen sein sollen. Als offiziellen Vorwand ihrer Reise gaben sie vor, die russischen Kriegsgefangenen für die Rote Armee organisieren zu wollen. Sie fuhren

im Salonzug kreuz und quer durch das Land, wobei sie jedoch — wie sich später herausstellte — ganz andere Zwecke verfolgten.

Sie pflogen Verhandlungen mit den linksradikalen Elementen und den Extremisten der aufgelösten sogenannten revolutionären Arbeiterräte, die mit der Diktatur unzufrieden waren, und sie gaben immer lauter ihrer Meinung Ausdruck, derzufolge in Ungarn keine Proletarier-, vielmehr eine Bourgeoisdiktatur herrsche. Es müßten die Sozialdemokraten aus der Leitung der Revolution ausgeschaltet, verläßliche Kommunisten an die Spitze gestellt, die Bourgeoisie ausgerottet werden, um die Herrschaft des Proletariats zu sichern — das war das Leitmotiv ihrer Agitation.

Der Kriegsplan bestand darin: in der Nacht auf den 21. Juli müssen Jakob Weltner, Siegmund Kunfi und Wilhelm Böhm, die der Entwicklung der Proletarierdiktatur im Wege stehen, verhaftet und niedergemacht werden, Béla Kun sei zum Rücktritt zu zwingen, an seiner Stelle Tibor Szamuely zum Führer der Räterepublik zu ernennen, in Budapest eine St. Bartholomäusnacht zu veranstalten und die Diktatur des Proletariats mit „befreiten Kräften“ zu sichern.

Im letzten Augenblick erhielt Kun Kenntnis von dem Plane. In der Nacht auf den 20. Juli, in der letzten Generalverhandlung, der 150 Anhänger der ukrainischen Offiziere beiwohnten, wurden diese im Auftrag Kuns von Szamuely verhaftet und an Ort und Stelle niedergemetzelt. Hätte Kun das Attentat im allerletzten Moment nicht vereitelt, so wäre Budapest zum Schauplatz eines Blutvergießens von unabsehbaren Folgen geworden.

Nebenbei bemerkt, wird Béla Kun wegen dieser Tat von der Konterrevolution eines doppelten Totschlags geziehen. In dem gegen Kun angestrengten konterrevolutionären Prozeß wurde das Vorhaben der zwei ukrainischen Offiziere ebenso verschwiegen wie die Tatsache, daß Kun mit dieser Tat das Bürgertum vor einem Massengemetzel rettete.

f) Die Opfer des Terrors.

Jedes Blutvergießen, jedes Menschenopfer ist eine schwere Belastung, eine bedauerliche Begleiterscheinung der Revolution. Die überwiegende Mehrheit der Führer der ungarischen Proletarier-

revolution stand dem zwecklosen Blutvergießen feindlich gegenüber. Anfangs verwahrte sich auch Szamuely dagegen, daß seine Person in der Gestalt eines blutrünstigen und rachgierigen Teufels vor die Welt gestellt werde. Er kämpfte im russischen Bürgerkriege bewaffnet in den Feldzügen gegen die Konterrevolution und lernte dort den rücksichtslosesten Terror anwenden. Er war ein revolutionäres Naturell, jung und unerfahren, in seinen Handlungen subjektiven Gefühlen unterworfen. Wegen Mangel an Praxis in der Arbeiterbewegung und an sozialistischer Theorie (er war bürgerlicher Journalist) stellte er sich einen Sieg des Sozialismus durch die Allmacht der Gewalt und des Willens vor. Seine Rücksichtslosigkeit trieb ihn immer weiter vorwärts. Bei einem kränklichen Organismus neigte er von vornherein zum Menschenhaß, und der blinde Fanatisums, der bei ihm auch die sozialistische Bildung ersetzen sollte, spornte ihn zu einer Schonungslosigkeit an, die er allen Gegnern gegenüber an den Tag legte. An einer geeigneten Stelle hätte er der Revolution wertvolle Dienste geleistet, auf dem ihm anvertrauten Posten jedoch war er trotz seiner revolutionären Gefühle ein Ballast der Diktatur.

Doch er handelte wenigstens so, wie er sprach. Um so schwerer ist die Verantwortlichkeit derjenigen, die fortwährend Rücksichtslosigkeit und Terror im Munde führten, in Wirklichkeit jedoch nachgiebig und kompromißbereit waren. Es muß ihnen um so schwerer angerechnet werden, als sie dem Umstand keine Rechnung trugen, daß die zur Gewalttätigkeit geneigten ungeschulten Gruppen, die Menge der in allen Revolutionen auf die Bildfläche geworfenen Unverläßlichen ihren Ruf zur Gewalt, ihre Aufwieglung zum Terror ernst nehmen, in die Tat umsetzen und hierdurch eine Reihe von Gewalttätigkeiten und Roheitsakten heraufbeschwören mußten.

Der bei jedem Anlaß einen intransigenten Terror verkündende Béla Kun erfüllt alle Bitten der an ihn herantretenden Bourgeois mit schranzenhafter Bereitwilligkeit. Den Sohn Erzherzog Josefs läßt er durch eigens ausgewählte verläßliche Soldaten bewachen, damit ihm ja nichts geschehe. Dem Erzherzog selbst wird dank seiner Abstammung ganz besondere Fürsorge zuteil. Eine Reihe von Aristokraten verdankt ihre Befreiung aus der Gefangenschaft dem Diktator Béla Kun.

Béla Vágó, der zweite Kommunistenführer, steht jedem bereitwilligst zu Diensten, obwohl er in Worten ebenfalls den Terror verherrlicht. Der größte Teil der Kecskeméter Konterrevolutionäre wurde von ihm enthaftet. Ein Bruder des später so blutrünstigen Iván Héjjas, der Kurier der Szegediner Gegenrevolution war, verdankt sein Leben der Intervention Vágós. Im allgemeinen war er ängstlich darauf bedacht, daß in seinem Machtbereich keine Gewalttätigkeit vorkomme.

Eugen Landler, der trotz seiner kommunistischen Gesinnung nicht bestrebt war, vor der Öffentlichkeit als Apostel der Rücksichtslosigkeit zu erscheinen, war auch in Wirklichkeit der Schutzengel einer Menge Grafen und Bourgeois. Er war es, der den Grafen Albert Apponyi verkleidet über die Landesgrenzen schmuggelte und seinen Töchtern zu Arbeit und Verdienst verhalf.

Fälle, in denen überzeugungstreue Kommunisten ihren Mitmenschen zu Hilfe eilten, gehörten zu den alltäglichsten Erscheinungen. Um so größer ist die Verantwortlichkeit, die diejenigen trifft, die trotzdem mit der ununterbrochenen Anpreisung des Terrors und der Verteidigung der Gewalttätigkeiten den Roheitsakten immer neue Nahrung zuführten. Die Reinheit der Revolution, die Reputation der Proletarierrevolution macht es unumgänglich notwendig, diesen Umstand zu betonen. Namentlich sind alle Willkürlichkeiten und Gewaltakte, die während der Revolutionsperiode zu verzeichnen waren, dem Machtübergriff einzelner zuzuschreiben. Der Revolutionsterror im edlen Sinne traf nur diejenigen — und deren Zahl ist immerhin nicht groß —, die die Macht des Proletariats mit Waffen anzugreifen unternahmen.

Die Geschichte wird dereinst die Verdienste derjenigen Personen verewigen, die in den Tagen des revolutionären Wirrwarrs nur auf die Reinheit der Revolution bedacht waren und alle anderen Interessen unberücksichtigt ließen, die einen systematischen und mitunter recht gefährlichen Kampf gegen die unrichtige Auffassung des revolutionären Terrors und die Mißwirtschaft der einzelnen Terroristen eingeleitet hatten. Zoltán Rónai, Siegmund Kunfi, Jakob Weltner, Alexander Garbai und Josef Haubrich führten fast ohne alle Machtmittel in der Presse, im Regierungsrat, in den offenen Sitzungen des Arbeiterrates einen wahren Kreuzzug gegen die Gewalttätigkeiten. Wäre nicht der jeder Bar-

barei energisch entgegentretende Zoltán Rónai an die Spitze des Justizressorts gestellt und mit der Leitung der Revolutionsgerichte betraut worden, hätten die Posten der Kunfi und Weltner andere bekleidet, so wäre die Bilanz des revolutionären Terrors wesentlich anders ausgefallen.

Und wenn man keine größeren Erfolge erzielen konnte, wenn die Gewalttätigkeiten nicht vollständig zu beseitigen waren, so ist dies hauptsächlich dem bewaffneten Widerstand der Konterrevolution zuzuschreiben, dessen Erscheinen immer wieder einen Beweis für die Notwendigkeit des Terrors erbrachte, den Standpunkt der Anhänger des Terrorismus stärkte und den Kampf gegen die Gewalttätigkeiten entwaffnete. Mit berechtigtem Stolz können auch die sozialdemokratischen Arbeiter darauf verweisen, daß sie in diesem Kampfe immer wieder für die Anwälte der revolutionären Ordnung und gegen die Mißbraucher derselben Stellung nahmen. Die sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratischen Massen nahmen sich begreiflicherweise nicht der bewaffneten Rebellen an, sie wollten nur dem *zwecklosen* Blutvergießen, der Willkürherrschaft und dem Barbarismus steuern.

An dieser Stelle muß ich einer Episode gedenken, deren Pointe geeignet erscheint, dem durchaus nicht einwandfrei begründeten Ruf des italienischen Obersten Romanelli, der sich wiederholt in der Rolle eines Schutzengels gefiel, einigermaßen Abbruch zu tun.

In der Nacht der Gegenrevolution vom 24. Juni langte beim Hauptquartier eine Meldung ein, derzufolge die belagerten Zöglinge der Ludovika-Militärakademie der Zwecklosigkeit des Widerstandes Rechnung tragen und kapitulieren wollen. In diesem Augenblick bat mich der stets humane Stromfeld, der früher selbst Kommandant der Ludovika-Akademie war und das Schicksal seiner ehemaligen Zöglinge mildern wollte, nachdrücklichst, bei Béla Kun vorzusprechen und die irregeführten Jünglinge nicht mit der bei bewaffneten Konterrevolutionären anwendbaren größten Strafe belegen zu lassen, sondern darauf hinzuwirken, daß sie im Wege der Erziehung eines Besseren belehrt werden. Nach einigen Minuten versprach Kun, daß den verhafteten Offizierszöglingen kein Leid geschehen werde. Somit ist die Intervention erfolgreich ausgefallen. Die Revolution benahm sich den im bewaff-

neten Aufstand verhafteten Jungen gegenüber wirklich großmütig. Sie wurden in einer Erziehungsanstalt untergebracht.

Nach dem Sturz der Gegenrevolution schmückte sich der italienische Oberst Romanelli mit den Federn Stromfelds. Er verbreitete das Gerücht, daß er es war, der die Ludovika-Zöglinge rettete. Die dankbaren Konterrevolutionäre steckten Stromfeld ins Gefängnis, überreichten hingegen Romanelli einen Ehrensäbel, den er annahm, ohne zu erröten und ohne zu erklären, daß er noch ruhig in seinem Zimmer schlief, als die irregeleiteten Jungen bereits auf Stromfelds Intervention gerettet waren. Romanelli sprach bei Kun in dieser Angelegenheit erst am nächstfolgenden Tage vor. Später intervenierte er auch in der Affäre der zum Tode verurteilten Offiziere, kam jedoch auch hier zu spät, indem der Regierungsrat auf Alexander Garbais Initiative beschlossen hatte, das Todesurteil der Offiziere, die keine Urheber der Konterrevolution waren, in eine Gefängnisstrafe abzuändern. Indessen nimmt Herr Romanelli keinen Anstand, den ihm für fremde Verdienste bescherten Ehrensäbel auch heute noch stolz zu tragen.

Die Arbeiterklasse hat selbst angesichts der nach dem Sturz gegen sie eingeleiteten blutigen Hetzjagd keinen Grund, ihre während der Revolution bekundete Humanität zu bereuen. Die sozialistischen Massen vertreten gegenüber dem grausamen Barbarismus der Bourgeoisie die höheren Sitten und den Geist der Humanität. Dieser ist kein Merkmal der Schwäche, vielmehr ein Ausdruck der Zivilisation, der Moral und des revolutionären Zielbewußtseins.

Nach dem Sturz der Revolution weiß die Konterrevolution über 234 Opfer des revolutionären Terrors zu berichten. Hingegen ermordete die Gegenrevolution in wenigen Monaten 5000 Revolutionäre. Sie selbst mußten es fühlen, daß ihre Rache, ihr Wüten in keinem Verhältnis zur Zahl der Opfer jener Revolution stand.

So suchten sie denn ihre bestialischen Verbrechen, so gut es ging, zu rechtfertigen. Im Wege der Proklamationen, Kundmachungen, amtlichen militärischen und polizeilichen Recherchen forschten sie sämtliche während der Revolution gestorbenen oder ermordeten Personen aus. Nach dreijährigen, unter Aufwand des ganzen offiziellen Apparates betriebenen Forschungen melden sie

über 587 Menschenopfer der Revolution. Diese Zahl aber umfaßt beinahe alle Personen, die während der Revolution eines natürlichen Todes gestorben sind. Die Opfer von Handgemengen, Messerstechereien, Liebesmorden figurieren in dieser Statistik vollzählig. Ob Friede, Republik oder Monarchie, gemeine Verbrechen sind vorderhand nicht zu beseitigen. Nun aber möchte die Gegenrevolution all diese Missetaten der Proletarierrevolution auf das Kerbholz schreiben. Die Konterrevolution rückte mit Kanonen und Maschinengewehren gegen die revolutionären Truppen heran, die in diesen Kämpfen Gefallenen aber werden in die Statistik der revolutionären Morde aufgenommen.

Nachfolgend einige Daten der amtlichen Statistik über die „Mordtaten der Revolution[8]" zum Beweise dessen, wie ungerecht und tendenziös die Revolution beschuldigt wird.

> 18 unbekannte Personen sind auf unbekannte Weise gestorben. Am 4. Mai ist ein unbekannter Zigeuner von unbekannten Tätern ermordet worden. Der in Budapest wohnhafte Zimmermann Julius Bodnár ließ seine Frau am 3. Mai abends aus Eifersucht ermorden. Die Vizehausbesorgerin Rosa Kiss wurde in Budapest am 24. Juni von zwei roten Soldaten infolge eines Streites erschossen. Der Förster Johann Szaszovszka wurde in Diósjenő am 25. Juni von unbekannten Wilddieben erschossen. Magdalene Elzőg stürzte während einer Schifffahrt bei Dunabogdány, von einer verirrten Kugel getroffen, tot zusammen. Ludwig Kovács wurde in Diósgyőr während des Wachdienstes von einem anderen Soldaten getötet, dessen Gewehr sich infolge einer Unvorsichtigkeit entlud. Die roten Soldaten Jánis Godor und Paul Gerhard wurden von einem alten Feinde in Fót nach einer Rauferei am 14. Juni erschossen. Tibor Kovács wurde in Göd am 23. März bei einem Einbruch ertappt, er leistete Widerstand, worauf die Wache ihn erschoß. In Rácalmás gaben betrunkene Soldaten auf der Durchreise Schüsse aufs Geratewohl ab: zwei Tote. Desider Héthy verwickelte sich in Sajólevez bei einer Verlobung in betrunkenem Zustande in einen erregten Wortwechsel mit

[8] Vgl. Albert Váry: Die Opfer der roten Herrschaft in Ungarn. Auf Grund amtlicher und gerichtlicher Urteile herausgegeben von Albert Váry, Kronanwaltstellvertreter.

einigen Gästen, in dessen Verlauf er getötet wird. Johann Vörös wurde in Neukomorn am 8. Juni hingerichtet, da er das eigene Kind auf bestialische Weise umgebracht hatte. Sämtliche obgenannte Fälle werden als revolutionäre Morde bezeichnet. Andreas Becker beteiligt sich in Sárospatak am 7. April an einem gegenrevolutionären Aufstand, bei der Gefangennahme streckte er einige rote Soldaten mit Gewehrschüssen nieder, von denen mehrere verwundet wurden und einer starb. All diese Hinrichtungen figurieren in der Statistik der Konterrevolution als „revolutionäre Delikte“. Johann Puskás wird in Szegszárd wegen Raubes hingerichtet, Karl Takács holt sich in Neupest bei einem Wortwechsel eine tödliche Wunde — auch diese sind Opfer der Revolution; Johann Szombati wurde in Zagyvarékás von Franz Pásthy, dessen Mutter er beleidigte, erschossen, auch er ist ein Opfer der Revolution. Nach dem am 1. August erfolgten Sturze der Diktatur sind am 4. und 13. August Morde in verschiedenen Teilen des Landes begangen worden, die amtliche Statistik nimmt keinen Anstand, auch diese der Revolution in die Schuhe zu schieben. Als revolutionäre Morde werden auch die in den konterrevolutionären Kämpfen Gefallenen behandelt. In den bewaffneten Kämpfen fielen in Dunapataj 48, in Hajós 9, in Harka 6, in Iglau 5, in Kecel 19, in Soltvadkert 9, in Solt 8 Personen, in den Szolnoker Kämpfen blieben 32 Tote auf dem Schlachtfeld zurück. Die Tolnatamáser Konterrevolution figuriert mit 3 Gefallenen.

Diese Daten werden insgesamt einer der Revolution feindlich gesinnten Statistik entnommen. In Wirklichkeit stellt sich die Zahl der in der bewaffneten Gegenrevolution Gefallenen weit höher, sie ist zumindest um zwei Drittel zu niedrig gegriffen, doch führt die offizielle Statistik den größten Teil der Gefallenen unter den Hingerichteten an, um den revolutionären Terror in um so schwärzeren Farben erscheinen zu lassen. Alle Achtung vor dem gefallenen Gegner, soviel aber steht fest, daß derjenige, der einen bewaffneten Angriff eröffnet, auch darauf gefaßt sein muß, daß er dabei umkommen kann. Keine Achtung aber gebührt den Hyänen der Konterrevolution, die das Andenken der Gefallenen zu eigennützigen Zwecken ausbeuten.

Die Opfer an Menschenleben bleiben immerhin zu bedauern. Erwägt man jedoch, daß die Gesamtzahl der Opfer des revolutionären Terrors ausschließlich der in den konterrevolutionären Zusammenstößen Gefallenen höchstens 200 beträgt, und teilweise auch diese der in jeder Revolution unvermeidlichen Gewalttätigkeit zur Last geschrieben werden muß, so kann man nicht umhin, festzustellen, daß der eigentliche revolutionäre Terror kaum mehr als drei Dutzend Opfer geheischt hat. Rechnet man aber alle Opfer, mithin auch die in den bewaffneten Kämpfen gefallenen, zusammen, selbst dann ist eine Revolution, die in viereinhalb Monaten inmitten ununterbrochener Kämpfe mit Feinden in und außerhalb des Landes bei einer Einwohnerzahl von 9½ Millionen kaum mehr als 400 Menschenopfer aufzuweisen hat, sicherlich nicht blutig zu nennen.

Wenn man die verlorenen Menschenleben an und für sich betrachtet, so ist deren Zahl groß, doch bei den fieberhaft mörderischen Unruhen der Revolutionsepochen gehört diese Revolution keineswegs zu den blutigen der Weltgeschichte.

Angesichts der 17 000 Opfer der finnischen Konterrevolution, der 376 Morde der friedlichen und unblutigen deutschen Revolution[9] und ihren zahlreichen Opfern anläßlich der Straßenkämpfe, bei den mehr als 5000 Morden der ungarischen Konterrevolution ist die Zahl der Opfer, die im Bürgerkriege der ungarischen Proletarierrevolution fielen, verhältnismäßig gering zu nennen.

---

[9] Vgl. S.E.J. Gumbel: Vier Jahre politischer Mord. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Friedenau.

XLII.

Auflösung der Roten Armee.

a) Die Ursache der Auflösung.

In jedem kriegführenden Lande reagiert die Armee auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände des Hinterlandes mit der Empfindlichkeit eines Seismographen. Noch stärker ist dies bei der Armee eines revolutionären Landes der Fall.

Im Weltkrieg bezog die Armeeleitung ihre Kenntnisse von der Stimmung der Armee aus den bureaukratischen Meldungen serviler Offiziere. Das Bild, das so gewonnen wurde, war notgedrungen falsch und verlogen. Das Oberkommando der Roten Armee hielt eine unmittelbare Verbindung mit den an der Front befindlichen Truppen aufrecht. Außer den amtlichen Meldungen informierten wir uns persönlich über Kampfbereitschaft, Beschwerden, Auffassung und Stimmung der Armee sowie über die Wirkung der allgemeinen Zustände des Landes auf die Truppen.

In der Roten Armee herrschte, ihrer heterogenen Zusammensetzung entsprechend, kein einheitlicher Geist. Die Soldaten gingen aus den Reihen der Landarbeiter und der industriellen Arbeiterschaft hervor. Die Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter wurden hauptsächlich vom Nationalismus, vom Gedanken der Integrität und von der Irredenta geleitet. Das innere Wesen der Revolution, ihre Zielsetzungen blieben ihnen unbekannt. Das unmittelbare Ideal ihres Enthusiasmus war die Zurückeroberung der besetzten Gebiete mit Waffengewalt.

Die industriellen Arbeiter schlossen sich dem Schutze der Revolution zwar selbstbewußt, in der flammenden Begeisterung des 2. Mai an, der bewußte oder rein instinktive Nationalismus war jedoch auch bei ihnen nicht weniger stark als die revolutionäre Opferwilligkeit und Begeisterung.

Der sieghafte Feldzug der Roten Armee ließ die in allen Seelen versteckten Funken des Nationalismus zu hellen Flammen auf-

lodern. Jedes Dorf oder Städtchen, das man dem Feinde entrang, steigerte die nationalistische Stimmung sowohl unter den Soldaten aus der landwirtschaftlichen oder der industriellen Arbeiterschaft wie auch unter den Offizieren. Dieser Nationalismus verlieh der Armee neue Kräfte, spornte sie zu neuen Siegen an, und ihre Widerstandsfähigkeit hätte sich von Tag zu Tag gesteigert, wären die Kriegserfolge nicht durch einen Zusammenbruch im Innern zunichte geworden.

Die politische, wirtschaftliche und soziale Anarchie des Landes steckte blitzschnell auch die Armee an, die dann Schritt für Schritt mit den öffentlichen Zuständen des Landes zusammenbrach. So falsch die nachträgliche Negerwäsche der Feldherren im Weltkrieg ist, die von einem Dolchstoß in den Rücken der deutschen und der k. k. Armee faseln, ebenso naiv und gekünstelt sind die Argumente der bolschewistischen Schiffbrüchigen der Revolution, die die Auflösung der Roten Armee nur der zielbewußt betriebenen Konterrevolution in die Schuhe schieben. Wäre das Hinterland nicht zusammengebrochen, der Bankrott des Bolschewikenregimes nicht offenbar geworden, so hätte die konterrevolutionäre Agitation im Innern des Landes der Armee herzlich wenig Schaden zugefügt.

Allein das Hinterland knickte viel früher zusammen, als es selbst von sehr schwarz sehendem Pessimismus erwartet werden konnte.

Die Ernährungsschwierigkeiten, der Mangel an den primitivsten Bedarfsartikeln, die vollständige Anarchie der Verwaltung, die jeder Kritik hohnsprechende Versorgung der Angehörigen von Arbeitern und roten Soldaten, die entsetzliche Wirtschaft und Mißwirtschaft der neuen Bureaukratie, der beispiellose Bankrott der Armee-Ergänzung, der katastrophale Rückgang der Produktion in den Fabriken und der Landwirtschaft, die zunehmende Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern beschleunigte den Auflösungsprozeß der Roten Armee verhängnisvoller, als es alle konterrevolutionären Agitationen vermochten.

Die brennendste Wunde der Roten Armee war das einer Sabotage gleichkommende Versagen des Ersatzes an Menschen- und Kriegsmaterial. Die Armee bat, flehte, drohte von Woche zu Woche, verlangte Nachschub und verwies auf den unvermeidlichen Zerfall der Truppen, doch war jede Vorstellung unnütz. Man könnte mit den Telegrammen, die diesbezüglich an das Kommissariat für

Heerwesen gerichtet worden sind, ein dickleibiges Buch füllen. So schickten wir u. a. am 28. Mai sub Zahl 655 afo. folgendes Telegramm an Szántó:

> Der Mangel an Kommandanten täglich fühlbarer, wir sind schon so weit, daß er bei einzelnen Truppenkorps einen katastrophalen Charakter annimmt. Ein Teil unserer Truppen ist teils mit vollkommen unfähigen Kommandanten, teils mit gar keinen versehen. Unter solchen Umständen ist die Kriegführung außerordentlich erschwert. Anderseits aber gefährden wir das Leben unserer Elitegarden, wenn wir sie ohne entsprechende fachkundige Kommandanten an die Front werfen. Sie werden daher ersucht, uns mit allen Mitteln und auf alle Fälle Kommandanten in entsprechender Anzahl zur Verfügung zu stellen[1].

Am 1. Juni melden wir sub Zahl 739 hfp.

> daß einzelne Truppenkorps infolge der Verluste als Kriegseinheiten überhaupt nicht mehr in Betracht kommen ...

Die unzähligen Telegramme, Urgenzen und Besprechungen werden vom Kommissariat für Heerwesen schließlich gar keiner Antwort mehr gewürdigt, mitunter werden wir von Kun anstandshalber beruhigt, von nennenswerter Ergänzung ist jedoch nichts zu spüren.

Das Land der Revolution kämpft auf Leben und Tod, tausende Proletarier verbluten an der Front, die Truppen drängen auf Ergänzung, und Szántó, der Mann, der die Ergänzung in höchster Instanz zu besorgen hätte, vergeudet seine Zeit und die des Armeeoberkommandos in kleinlichen Debatten über Zuständigkeitsfragen. Sub Zahl 108 richtet er ein Telegramm an das Armeeoberkommando, da dieses einen zum Frontdienst bestimmten politischen Beauftragten namens Stephan Tóth seines Amtes enthob:

> Genannter Stephan Tóth war ein politischer Beauftragter im Ersatzkorps der 32er Budapester Brigadegruppe, kann daher einzig und allein dem Volkskommissariat für Heerwesen

[1] Sämtliche in diesem Kapitel angeführten Telegramme und Meldungen entstammen dem politischen Archiv des Oberkommandos der Roten Armee.

untergeordnet sein. Auch seine Enthebung kann nur seitens des Kommissariates verfügt werden. Um Empfangsbestätigung dieses Telegramms wird ersucht.

Bei solcher Leitung des Heerwesens ist es erklärlich, wenn die Truppen sich täglich beschweren, daß der Armee mangels Ergänzung der Zusammenbruch drohe.

Das 3. Armeekorps (Landler) meldet sub Zahl 620/27:

Das Ausmaß der infolge der Operationen im Kampfe und im natürlichen Wege sich einstellenden Verluste, die Saumseligkeit des Nachschubes, das unbefriedigende Ergebnis der Ergänzungen im Wege der Assentierung und Werbung lassen befürchten, daß unsere Armee sowohl in ihrem Stande wie in ihrer Stimmung binnen kürzester Zeit einem Zusammenbruch entgegengeht.

Die 39. Brigade verfügt über 280 Gewehre, somit über 10 Prozent des vorgeschriebenen Standes; der Abgang beträgt 90 Prozent. Auch die übrigen Truppen, bei denen das Verhältnis nicht ganz so trostlos ist, verlieren immer mehr von ihrem Stande.

In der verzweifelten Anstrengung, der letzten Katastrophe zu entgehen, ist das Armeeoberkommando bemüßigt, eine durchaus ungewöhnliche Methode zu ergreifen, und da von Budapest keine Ergänzung zu gewärtigen ist, erteilt es den Korpskommandos die Vollmacht,

in den befreiten Gebieten im Wege der einzelnen Divisionen oder Brigaden rote Soldaten zu assentieren oder zu werben, und zwar auf Grund der aussichtsreichsten, den lokalen Verhältnissen fallweise angepaßten Methode.

Es war in der Natur der Dinge begründet, daß die Werbearbeit der mit Kriegsoperationen überlasteten Korpskommandos kein großes Ergebnis zeitigen konnte, bei der Sabotage Szántós bot sich jedoch keine andere Möglichkeit zur Rettung der Armee.

Der Mangel an Ergänzung verminderte die Reihen der Truppen, der Gemüter der Soldaten bemächtigte sich nach und nach ein Gefühl der Unsicherheit. Sie fühlten instinktiv, daß die Daheimgebliebenen nicht geneigt seien, an die Front zu kommen, und so

wuchs auch ihre Sehnsucht nach Heimkehr und Abbruch des Kampfes. Gesteigert wurde dieses Gefühl noch durch den Umstand, daß die einzelnen Truppenkörper imstande waren, die Daheimgebliebenen selbst zu kontrollieren, indem die Bataillone bei dem Aufgebot vom 2. Mai nach Betrieben und Branchen zusammengestellt waren. Die begeistertsten, opferwilligsten klassenbewußten Arbeiter eilten im Augenblick des revolutionären Eifers an die Front, mußten aber zu ihrer größten Bestürzung sehen, daß die Daheimgebliebenen ihre Opferwilligkeit nicht schätzten, ihnen keine Hilfe brachten. Die Soldaten wußten es fast dem Namen nach, wer daheim in der Fabrik zurückgeblieben war, von Fall zu Fall stellten sie fest, daß junge, kraftstrotzende, zu Hause als radikale Revolutionäre geltende Personen in bequemen Bureaus untergebracht wurden, während sie, die mehrfachen Familienväter, ihr Leben nach reifer Überlegung aufs Spiel setzten. Überdies verlautete, daß seit Abzug der selbstbewußten Vertrauensmänner und der gewerkschaftlich geschulten klassenbewußten Arbeiter an die Front auch die Produktion der Betriebe einen erheblichen Rückgang aufweise. Während also die roten Soldaten ihr Leben für die Revolution in die Schanze schlugen, wollte der Afterradikalismus nicht einmal eine energische, erfolgreichere Arbeit und Produktion auf sich nehmen.

> Die Soldaten des 8./3. Bataillons melden, daß sie nicht weiter kämpfen wollen, da aus dem Hinterland kein Nachschub eintrifft. Das 32./3. Bataillon sendet eine gleichlautende Meldung. Sie hätten mit ihrem Gewissen abgerechnet und seien nicht geneigt, weiterzukämpfen, wenn die Arbeiter daheim nicht einmal arbeiten wollen. Das Bataillon des Mémosz (Bauarbeitergewerkschaft) fordert seine Ablösung, da man die Stimmung der in Budapest gebliebenen Soldaten nicht bessern könne. Man verhöhne den Soldaten, der an die Front gehe und jede Opferbereitschaft und Hingebung sei unter solchen Umständen von vornherein vergeblich. Das 7. Regiment erklärt, seine Pflicht erfüllt zu haben und den Kampf angesichts der Teilnahmslosigkeit der Daheimgebliebenen aufgeben zu wollen.

All diese Meldungen werden von verläßlichen, alten, klassenbewußten Arbeitern und Vertrauensmännern erstattet. Und die sturmgeprüften Kommunisten halten zwar radikale Ansprachen,

machen aber durch kurzsichtige Nörgeleien und Rangstreitigkeiten die Ergänzung der Armee unmöglich.

Ich greife aus dem zur Verfügung stehenden Material ein einziges Beispiel heraus.

Volkskommissär Georg Lukács richtet zwei Briefe an das Armeeoberkommando, worin er um die Enthebung der Hörer der medizinischen und der philosophischen Fakultät sowie der Polytechnik vom Militärdienst ersucht, um „die Kontinuität des Unterrichtswesens nicht zu gefährden" und „das Land auf Jahre hinaus nicht um gebildete Fachmänner zu bringen".

Die Argumente sind zweifellos stichhaltig, und doch kam dieser Vorschlag im Todeskampf des Proletariats, beim katastrophalen Mangel an Kommandanten, Ärzten und Soldaten einer Mißachtung der revolutionären Interessen gleich.

Die Unzufriedenheit und die Kriegsmüdigkeit der Soldaten wurde außerdem durch die aus Budapest und dem Hinterlande einlangenden Nachrichten verstärkt. Die vorsichtigen Revolutionäre der verschiedenen Ämter und Bureaus hielten sich nicht nur von der gefährlichen Front ferne, sondern machten die Macht der Bureaukratie auch gegenüber den Angehörigen der roten Soldaten auf die roheste Weise geltend. Statt der unheimlichen Kriegsfront zogen sie sich an die bequeme und angenehme Bureaufront zurück — allerdings hieß es hier nicht gegen den mit Kanonen heranrückenden Feind, sondern gegen arme, wehrlose Proletarierfrauen kämpfen.

Der politische Beauftragte der 1. Division meldet über diese Frage sub Zahl 239/P. nachstehendes:

> Frauen, Mütter und Schwestern schleichen trotz der strengsten Befehle zu ihren Angehörigen, wobei sie jeder Kontrolle auszuweichen verstehen, um mit diesen sprechen und sie mit ihren Klagen entmutigen, erbittern zu können. Ihre Nachrichten und Beschwerden sind gewöhnlich die folgenden:
>
> Die Familienangehörigen der Eingerückten werden überall zurückgesetzt, trotz allen Legitimationen in den Hintergrund gedrängt, ja verhöhnt. Man wirft ihnen vor, daß die Soldaten sich aus Habgier, aus Furcht vor der Arbeit an die Front begaben und nicht aus Überzeugung. Es soll ihnen an der Front

vorzüglich gehen, während die Daheimgebliebenen hungern müssen. Man läßt ihnen an Haushaltungsartikeln, Heizmaterial und Lebensmitteln unverhältnismäßig weniger zukommen als den Familien der Daheimgebliebenen. Die Familien der Gefallenen werden mit allen ihren Bitten abgewiesen. Verlangen sie Remedur, so wird ihre Forderung glatt abgelehnt, mitunter werden sie sogar brutalisiert usw. (Ich deute hier die Nachrichten, die die Unzufriedenheit schürten, nur ganz kurz an.)

Die Truppen machen, insbesondere beim Bataillon 1./8. kein Hehl daraus, daß sie sich betrogen fühlen und die Schwarmlinie zu verlassen gedenken: zum Patrouillendienst sind sie überhaupt nicht zu haben.

Sie wollen kein Blut vergießen oder verlieren. Sie meinen, es sei kein Malheur, wenn die Tschechen das Land besetzen, dann werden ihre Familien zumindest Brot und Fleisch haben. Die politischen Beauftragten können sich bei ihnen kein Gehör verschaffen, sprechen sie zu ihnen, so werden sie ausgelacht; Drohungen mit dem Revolutionsgericht verfangen nicht. Sie berufen sich darauf, daß sie insgesamt solidarisch seien, mitunter bedrohen sie die Beauftragten und die Kommandanten in lebensgefährlicher Weise.

Die Landstraßen, Wälder und die der Schwarmlinie naheliegenden Dörfer wimmeln von Flüchtlingen, und selbst wenn es gelingt, einzelne Teile einzufangen und zu ihren Truppenkorps zu befördern, desertieren sie tags darauf wieder.

Bei einigen Regimentern greift die Selbstverstümmelung trotz den strengsten Gegenmaßnahmen epidemisch um sich. Besonders fühlbar ist dies beim 8. Regimente, das sich bis jetzt fast mustergültig benahm. Die Auflösung geht ihren Weg . . .

Ein überaus interessanter Beitrag zu dieser Krankheitsgeschichte ist die Meldung des politischen Beauftragten beim 3./11. Jägerbataillon:

Die Soldaten bemängeln, daß die Lebensmittel, die ihre Frauen oder sonstigen Angehörigen in der Provinz hamstern, von den Wachmännern in den Budapester Bahnhöfen trotz

allen Legitimationen, durch die sie sich als Angehörige von Frontsoldaten ausweisen, beschlagnahmt werden. Zugleich werden ihnen auch die Legitimationen weggenommen, ohne daß man ihnen bekanntgäbe, was mit den beschlagnahmten Lebensmitteln geschehe, mit einem Worte, sie werden mit einer Roheit behandelt, die selbst das Vorgehen der hahnenfedergeschmückten Helden des ehemaligen Regimes[2] weit übertrifft. Nicht anders soll es anläßlich der Besorgung von Einkäufen bei den Fabriks- und sonstigen Einkaufsgenossenschaften zugehen.

Sie beschweren sich darüber, daß die Bureaus der Volkskommissariate mit Elementen überfüllt sind, deren größter Teil keine seelische Gemeinschaft mit den Idealen hat, für die wir unser Leben aufs Spiel setzen, und die ihre bisherigen Lebenserfahrungen, ihre Arbeitskraft und ihre Kenntnisse nicht dem Proletariat zugute kommen lassen, vielmehr gegen sein Interesse verwenden. Die Parteien, die sich an sie wenden, behandeln sie mit der Rücksichtslosigkeit und Roheit des alten Regimes. Sie sind erst kürzlich organisiert und weder zum Ausbau noch zur Leitung der Organe eines Proletarierstaates befähigt, obwohl Unterfertigte sich im klaren darüber sind, daß die Bestandteile eines so großen Apparats, wie der Staat, nicht von heute auf morgen ersetzt werden können, doch hätten sich in drei Monaten bereits manche Änderungen zeigen sollen. In der kleinen erprobten und über den gehörigen sozialen Sinn verfügenden Beamtenschaft sowie in der intelligenten organisierten Arbeiterschaft müßten sich genug Genossen finden — die sich reiche Verdienste erworben haben und der Aufgabe in jeder Beziehung gewachsen sind —, denen das vergangene verfluchte Regime es gerade wegen ihrer sozialen Gesinnung unmöglich machte, sich entsprechend zu betätigen. Und Unterfertigte stellen zu ihrem Leidwesen fest, daß die Volkskommissariate minderjährige, unreife, unqualifizierte Jünglinge zu den verschiedenen Funktionen heranziehen, deren beschämendes Vorgehen nur durch ihre Unwissen-

[2] Der königl. ung. Gendarm trug Hahnenfedern auf dem Hut.

heit und Unerfahrenheit übertroffen wird. Im allgemeinen wird eine entschiedene Bevorzugung der Arbeiterschaft, der werktätigen Bevölkerung, der Soldaten und armen Landwirte vor den Arbeitsscheuen, Schmarotzern und Ausgehaltenen gefordert, um dem Ausbau des Proletarierstaates möglichst zahlreiche und wertvolle Kräfte zu gewinnen und den Schmarotzern und Konterrevolutionären auch hierdurch das Handwerk zu legen. Die drakonische Durchführung dieser Maßnahmen muß zum Gegenstand einer eminenten Tätigkeit gemacht werden, denn jeder Tag bedeutet einen nicht gutzumachenden Verlust in der gewaltigen Arbeit, die geboten erscheint.

Ähnliche Beschwerden treffen von fast allen Arbeiterregimentern ein. Doch nicht nur unter den Soldaten der Front gärt es, auch die in den Fabriken betätigten Arbeiter treten mit ihren Beschwerden an das Armeekommando heran. Die Arbeiter der Fabrik Schlick, der Ungarisch-Belgischen Fabrik, der Fabrik Nikolaus Fehér, Frau Anton Weiß, der Wagefabrik Fuchs und der Akkumulatorenfabrik teilen mir am 6. Juni das Protokoll einer Versammlung telegraphisch mit:

> Die Angehörigen und Frauen der roten Soldaten müssen sich vor den Kasernen stundenlang anstellen, anderseits sind sie dort in mehreren Fällen Grobheiten ausgesetzt gewesen, wodurch in den Kreisen der unaufgeklärten Elemente eine der Proletarierrevolution ungünstige Stimmung entsteht.

Ungeachtet zahlreicher im Namen der Armee an das Volkskommissariat für Kriegswesen, an den Regierungsrat und sonstige Sowjetbehörden gerichteten Beschwerden hörte die verhängnisvolle, an Schädlichkeit keiner Konterrevolution vergleichbare Brutalität nicht auf. Gegen die Indolenz der Kompetenten wendete sich das Armeeoberkommando an die revolutionäre Öffentlichkeit. Ich richtete ein Telegramm an den Regierungsrat und veröffentlichte dessen Text in den Blättern:

> Unsere Soldaten an der Front beschweren sich wiederholt schriftlich und mündlich darüber, daß gewisse Bureaukraten oder andere Personen unsere opferwilligen, darbenden Proletarierfrauen in Budapest sowohl wie in der Provinz unwirsch

behandeln. Entrüstet und bestürzt nehme ich diese Beschwerde unserer heldenmütig kämpfenden, verdienstvollen roten Soldaten zur Kenntnis und ergreife die Gelegenheit, dieses niederträchtige Vorgehen vor der Öffentlichkeit zu brandmarken. Die Proletarierherrschaft ist bestrebt, ihrer Liebe und Dankbarkeit für die selbstbewußten roten Soldaten in Taten Ausdruck zu verleihen. Diese Taten werden indes von gewissen Konjunkturrittern schändlich vereitelt, von denen die besten Intentionen des Regierungsrates und der Volkskommissariate sabotiert und die Proletarierfrauen bei der Durchführung der Verordnungen auf das schnödeste erbittert, ja mißhandelt werden. Als Oberbefehlshaber der Roten Armee ersuche ich die der Sache der Proletarierrevolution treu ergebenen Arbeiter- und Soldatenräte sowie die daheimgebliebenen, für uns arbeitenden, begeisterten und selbstbewußten Arbeiter die Sache der Proletarierfrauen mit regem Interesse zu verfolgen und überall, wo unsere Frauen beleidigt oder gar mißhandelt, wo ihre Angelegenheiten nicht erledigt werden, sich ins Mittel zu legen und die Schuldigen beim zuständigen Volkskommissär zur Anzeige zu bringen, damit er die ihre Macht Mißbrauchenden an den Pranger stelle, die Feinde der Proletarierfrau aus den Ämtern weise und die Unterwühler der Proletariereinheit vor das Revolutionsgericht stelle.

Das Armeeoberkommando war übrigens auch im eigenen Wirkungskreis bestrebt, den Beschwerden der Soldaten abzuhelfen und die Versorgung ihrer Angehörigen, die allgemeine Quelle der Unzufriedenheit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bessern. Es kaufte Lebendvieh und sonstige Viktualien an, ließ sie unter Kontrolle in die Fabriken befördern und unter den Angehörigen der von dort eingerückten Arbeiter verteilen.

Im Interesse der gerechten Verteilung der knappen Lebensmittelvorräte verbot der Regierungsrat das Hamstern. Er schaffte den Mißbrauch ab, der darin bestand, daß gewisse bemittelte Händler in der Provinz die Lebensmittelvorräte zusammenkauften und die Städte aushungerten. Mit dieser Verfügung büßten aber auch die Soldaten das Recht ein, bei Urlaubsantritt ihren Angehörigen Lebensmittel mitzubringen. Unter der Wirkung der Beschwerden

aus den Kreisen der Truppenkommandos und der Soldaten hob das Armeekommando die Verordnung, soferne sie sich auf Soldaten bezog, auf, um die Angehörigen der Soldaten auch dadurch zu beruhigen.

Nach dem Sturz der Diktatur griffen Landler und andere im Kommunistenblatt das unter sozialdemokratischer Führung stehende Armeeoberkommando wegen dieses Schrittes wiederholt an. Sie warfen ihm vor, die Auflösung der Armee durch diese Verfügung beschleunigt zu haben. Im Interesse der historischen Wahrheit und zur Charakterisierung der Objektivität kommunistischer Angriffe stelle ich fest, daß das Armeeoberkommando diese Verordnung auf Grund der Meldung 146/57 des vom Kommunisten Béla Vágó befehligten ersten Armeekorps und des Telegramms 620/72 des von Eugen Landler befehligten 3. Korps erließ.

Der Meldung Vágós zufolge habe

> die Verordnung, die die bisher zu Recht bestandene Bewilligung zur Beförderung eines Lebensmittelquantums bis 25 Kilogramm in der Form von Handgepäck nach Budapest untersagt, eine außerordentliche Erbitterung wachgerufen. Ich bitte um Intervention des Armeekommandos, daß genannte, die Kriegslust in großem Maße beeinträchtigende Verordnung bezüglich der beurlaubten roten Soldaten außer Kraft gesetzt werde.

Landler:

> Die Truppen der 1. Division befinden sich infolge des Elends und der Hintansetzung ihrer Angehörigen in Budapest sowie infolge anderer Gründe in einer bis aufs äußerste erregten Stimmung . . . Ich bitte um sofortige Maßnahme, um den Betreffenden zu ermöglichen, die verfügbaren Lebensmittel ungehindert an ihre Familien gelangen zu lassen.

Kommentar überflüssig.

Alle Bemühungen des Armeekommandos erwiesen sich als vergeblich. Da die Frage nicht in seinen Wirkungskreis gehörte, vermochte es dem Unfug nicht zu steuern. Bei der unvernünftigen, der Revolution und der Armee gegenüber indolenten Bureaukratie steuerte die Revolution unrettbar dem administrativen, wirtschaftlichen und politischen Bankerott entgegen, das Traumschiff des

Bolschewismus zerschellte an den Klippen der sozialen und wirtschaftlichen Kräfte. Die sieghaft vorwärtsstürmende Rote Armee geriet ins Stocken, der revolutionären Soldaten bemächtigte sich das Gefühl der Enttäuschung, sie verloren ihren Glauben an den Sieg der Revolution, sie verließen ihre Posten, desertierten von der Front. Das war der Anfang vom Ende . . .

Die Auflösung der Roten Armee und deren Folgen stellen das bedeutungsvollste Kapitel der Revolution dar. Die Ursachen des fatalen Sturzes treten hier am deutlichsten hervor. Wir wollen diese Auflösung an Hand genauer Daten näher betrachten.

b) Die Lawine der Auflösung.

Die ersten Zeichen der Auflösung zeigten sich bei den Soldaten des aus der staatlichen Maschinenfabrik rekrutierten 8. Arbeiterregimentes. Das Regiment ließ Ende Mai seine Frontstellung bei Horopkó eigenmächtig im Stich, die meisten Soldaten kehrten nach Budapest zurück und wollten den Frontdienst auf keinen Fall wieder antreten. Die Unzufriedenheit steckte nach und nach auch die übrigen Truppenkörper an.

Beschleunigt wurde der Auflösungsprozeß durch das Verhalten Béla Kuns in der Frage des tschechischen Rückzuges. Darauf kommen wir in einem anderen Zusammenhang noch zurück.

Das unter Landlers Kommando stehende 3. Armeekorps meldet Anfang Juni über die einzelnen Tuppenkorps wie folgt:

> Das Beispiel des 8. Arbeiterregimentes fängt an, die übrigen Regimenter anzustecken. Der Befehlshaber der 2. Brigade meldet, daß von den vor Kluknó stehenden Truppen der sechsten Division nur 10 Kommandanten und die Artilleriebeobachter an ihrer Stelle verblieben, alle übrigen durchgegangen sind. Die Bataillone des 23. und 24. Regiments mußten von den Széklern bewacht werden, damit ihre Flucht verhindert wird. Der Kommandant der 2. Brigade wagt es nicht, den Vormarsch anzuordnen, da alle Soldaten, mit Ausnahme der Székler, zurückbleiben. Die Kommandanten sind bestrebt, die Soldaten zu beruhigen, was vorübergehend auch gelingt, doch bricht die Unzufriedenheit dann um so heftiger aus. Unsere Soldaten behaupten, daß die Regierung nichts gegen die Tatsache ver-

möge, daß die Grenzen bereits festgestellt wurden, und daß es deshalb das beste sei, den Rückzug anzutreten. Das Beispiel des 8. Regiments übt deshalb eine so unheilvolle Wirkung aus, weil es für seinen Aufruhr belohnt wurde. Die Truppe wurde zur Rast, d. h. hinter die gesicherte Theißlinie zurückkommandiert.

Bei den Truppen der 6. Division ist die Stimmung gleichfalls gedrückt. Der Mut, der bis jetzt mit vorzüglichem Schwung angreifenden Truppen läßt sichtbar nach. Das der Schwarmlinie entwichene und nach Abos kommandierte 46. Regiment ist mit nur einem Bataillon in Abos eingetroffen, die übrigen zwei Bataillone haben sich in Kaschau eigenmächtig auswaggoniert und wollen Kaschau nicht verlassen.

Eine höchst nachteilige Wirkung übt der Umstand aus, daß die führenden Männer des Regierungsrates sich fern von der Front in Budapest aufhalten . . .

Ähnliche Meldungen treffen über das 2., 7., 11. Mémosz- und andere Arbeiterregimenter, sowie die 4./24., 32./3. Bataillone ein. Überall erachten die Arbeiter die Fortsetzung des ihr Leben gefährdenden Kampfes unter Hinweis auf die Verhältnisse des Hinterlandes für zwecklos. Die Auflösung nimmt immer größeren Umfang an. Nachstehend einige Meldungen im Wortlaut:

Soldaten des 14. Arbeiterregimentes entfernten sich anläßlich der Durchreise durch Budapest eigenmächtig von ihrem Regiment. Nach einer Meldung von gestern, abends 11 Uhr, beträgt der Stand des ganzen Regimentes 280 Mann. Im ersten Bataillon — Nordwerkstatt — fehlen 60 Prozent, im zweiten — Nordwerkstatt und Waggonfabrik Ganz — gar 85. Vom dritten Bataillon — Waggonfabrik Ganz — fehlen 30 Prozent. Der Meldung des Divisionskommandos zufolge ist der Grund der Fahnenflucht gewöhnlich in der Agitation der Frauen zu suchen. Um entsprechende Maßnahmen wird ersucht. 1079/hfp.

P. 3, Kommando, Zahl 797. Antwortlich Ihres Telegramms 1310/A.O.K. melde ich, daß das in einer Entfernung von 15 Kilometern von der Front lagernde 11. Arbeiterregiment seinen Posten verließ und nach der Eisenbahnstation Ipolyság floh. Als ich hiervon verständigt wurde, folgte ich den Sol-

daten und war bestrebt, sie über die gefährlichen Folgen ihres ungerechtfertigten Vorgehens aufzuklären. Als ich aber sah, daß sie sich in einer selbstbewußter Proletarier unwürdigen Weise benahmen und die Räteregierung in einer selbst bei konterrevolutionären Banditen ungewöhnlichen Weise verleumdeten, verlor ich die Geduld und warf ihnen ihr unqualifizierbares Vorgehen heftig vor. Bei diesem Anlaß gab ein undisziplinierter Soldat des 11. Arbeiterregiments, der sicherlich kein Genosse war, einen Schuß auf mich ab, ohne mich zu treffen. Nach diesem Zwischenfall setzte ich meine Rede fort, und auch der stellvertretende politische Beauftragte des 3. Divisionskommandos hielt eine Ansprache an die Soldaten, die aber dessenungeachtet eigenmächtig Eisenbahnwaggons bestellten und sich einwaggonierten. Ich habe es unterlassen, über den Vorfall Meldung zu erstatten, weil ich damit keine Konsternation erregen wollte.

—

Unterfertigte erklären, daß wir nachstehend angeführte Kommandanten angehalten haben, mit uns nach Diósgyör zu kommen und sich dem dortigen Bataillon anzuschließen.

2006. K.O. Eigenhändige Unterschriften der Soldaten des Bataillons.

—

Auf Grund der Verordnung des Volkskommissärs für Inneres forderte ich die hier eingetroffenen Bataillone Jakab und Kiß von Kleinpest und der Waffenfabrik auf, sich an der Offensive gegen die Tschechen zu beteiligen, was sie jedoch ablehnten und unter dem Vorwand, sie seien mangelhaft ausgerüstet, nach Budapest zurückkehrten. Vor der Einwaggonierung überzeugte ich mich persönlich, daß sie über weit bessere Ausrüstung verfügten als die draußen kämpfenden Truppen.

637. pol. Abteil. des Volkskommissariats für Kriegswesen.

—

Die Armee- und Korpskommandos an der Front waren mit allen möglichen Mitteln bestrebt, den Auflösungsprozeß aufzuhalten. Hinter der Front aber hatten Kun und Genossen den Kopf ver-

loren. In ihrer Kurzsichtigkeit und Naivität versuchten sie es, die katastrophalen Folgen ihrer eigenen Ohnmacht der Gegenrevolution in die Schuhe zu schieben. Die Angehörigen der Soldaten improvisierten stellenweise eine förmliche Revolte, worauf Kun trotz den Verfügungen des Armeeoberkommandos in seinem Telegramm F. 37 den Frauen die Bewilligung erteilte, sich zu ihren Männern an der Front zu begeben, um sich „von der vorzüglichen Lage der Front persönlich zu überzeugen.“

Man kann sich denken, welche verhängnisvolle Wirkung das Gezeter der Frauen an der Front und nach ihrer Rückkehr unter den Arbeitern zeitigte . . .

Den in Auflösung begriffenen Truppen war jede Ausrede willkommen, um sich dem vom Masseninstinkt als überflüssig und verloren erachteten Kampf zu entziehen. Außer der Forderung von Rast und neuerlicher Ausrüstung figurieren dabei immer auch Familienangelegenheiten, da das Volkskommissariat für Kriegswesen sich bei der Anweisung von Kriegsunterstützungen und von Zuwendungen an die Angehörigen der Gefallenen Verbrechen zuschulden kommen ließ, wie sie unter dem alten k. u. k. Regime kaum vorgekommen waren.

Die Arbeiterbataillone entfernten sich bis auf einige Ausnahmen nach und nach von der Front. Zuletzt blieben nur noch die Verbände der nationalistischen Bauernregimenter zurück. Diese hatten aber keine Spur sozialistischen Selbstbewußtseins und hatten nur in ihrem extremen Nationalismus den Dienst in der Armee angetreten. Da der Druck der Arbeiterwaffen nach Rückzug der Arbeiterbataillone von der Front nicht mehr drohte, konnte sich unter der Führung konterrevolutionärer Offiziere eine verkappte, mit Nationalismus übertünchte konterrevolutionäre Agitation ausbreiten.

Um dieser die Wage zu halten, schlug Landler gewisse unwesentliche, rein formelle Zugeständnisse vor. Er warf die Idee auf, den Truppen zu erlauben, neben der roten auch die rotweißgrüne Fahne zu gebrauchen, wodurch der immer mehr erschlaffende Kampfesmut der Soldaten gesteigert werden könnte. Nach Landlers Auffassung hätten die im Banne des Nationalismus erzogenen Bauern unter den nationalen Farben viel lieber in der Armee des um seine territoriale Integrität kämpfenden Räteungarn gekämpft, auch wären die mangelnden Arbeiterregimenter viel leichter zu ergänzen

und die nationale Aufreizung der Offiziere leichter zu unterdrücken gewesen.

Landler macht in seinem Telegramm 620/27 vom 20. Juni über diese Frage folgende Proposition:

> Unseren Eindrücken und Erfahrungen zufolge wäre die Mobilisierung nach der Ententenote neben der roten auch unter der nationalen Fahne zu verfügen . . .

Drei Tage später meldet er über dieselbe Frage in einem Telegramm 623/8 nachstehendes:

> Ich kann nicht umhin, zu melden, daß die Inanspruchnahme des nationalen Gefühls im gegenwärtigen Augenblick unumgänglich notwendig wurde. Die um Sátoraljaujhely geworbenen Soldaten fordern die Bewilligung, die nationalen Farben tragen zu dürfen. Ähnliche Erscheinungen gibt es bei den kombattanten Truppen. Sollte der Regierungsrat diesem Umstande nicht binnen kurzem Rechnung tragen, so wird die Auflösung unvermeidlich sein.

Die Aktion Landlers wurde auch meinerseits unterstützt. Das an die Herrschaft gelangte Proletariat betrachtete das durch Jahrhunderte von den usurpatorischen Herrscherklassen enteignete Vaterland als sein Eigentum. Wollen die befreiten Massen die ihnen geraubten, gegen sie verwendeten nationalen Symbole — die in Ungarn mit den Farben des Herrscherhauses nicht identisch waren — zurückerobern, so darf die Revolution diese praktische Frage nicht vom prinzipiellen Standpunkt aus betrachten und in zwecklose Konflikte ausarten lassen. Von dieser Erwägung geleitet schlugen wir vor, das Verlangen der Soldaten zu erfüllen. Wir schlugen die Einführung der roten Fahne mit rotweißgrünem Saum oder der rotweißgrünen Fahne mit rotem Saum vor. Kun aber lehnte ab, er wollte keine „grundsätzlichen Konzessionen“ zubilligen, insbesondere unter Hinweis darauf, daß auch in der russischen Roten Armee nur rote Fahnen eingeführt seien. Kun hat uns auch diesmal falsch informiert, indem die Sowjettruppen der russischen Roten Armee auch unter rotumsäumten nationalen Fahnen kämpften

Die am 24. Juli unter den nationalen Farben ausgebrochene Konterrevolution machte es unmöglich, die Frage der Fahne auch

weiter auf der Tagesordnung zu halten, obwohl Landler für die Einführung der nationalen Farben in der Armee nach wie vor energisch eintrat.

Nach dem Sturz der Revolution leugneten die Kommunisten mit pharisäerischer Hinterlistigkeit die Tatsache der Auflösung der Armee und wollten sich der Verantwortlichkeit durch Fälschung der Geschichte entziehen. Für den Historiker der Zukunft möge hier eine Meldung des gegenwärtig zur Kommunistenpartei gehörenden Eugen Landler, des Kommandanten des 3. Armeekorps, über die im stärksten kombattanten Truppenkorps herrschenden Zustände mitgeteilt werden:

> Chef des Generalstabs Gödöllö. Ich teile nachstehende Meldung des 1. Divisionskommandos, von deren Richtigkeit ich mich an Ort und Stelle persönlich überzeugt habe, vollinhaltlich mit: Heute besuchte ich in Gegenwart des Genossen Minnich ein Bataillon des 7. Arbeiterregiments und überzeugte mich davon, daß mit dem 7. Regiment kein Kampf möglich sei. Die Soldaten erklärten, bei der ersten Mobilisierung des Proletariats nur einem Drucke nachgegeben zu haben, da sie dem Versprechen der Volkskommissäre Glauben schenkten. Sie stünden seither unaufhörlich im Feuer. Die Volkskommissäre stellten ihnen monatlich zwei Wochen Urlaub in Aussicht. Sie fordern ihre Beurlaubung und Abrüstung, wie dies bei den Postangestellten, den Arbeitern der Schiffswerft und der Mannschaft des 8. und 14. Regiments der Fall war. Die Abgerüsteten seien in bequemen Stellungen bei der Post und in den Betrieben untergebracht worden, während sie noch immer an der Front darben müßten. Die Gewerkschaften ließen ihren Familienangehörigen eine schlechte Behandlung zuteil werden, einige Familien bekämen überhaupt keine Lebensmittelkarten, die Frau eines gefallenen Kameraden habe bis jetzt keine Unterstützung erhalten. Man versuchte die Frau zu zwingen, eine Erklärung zu unterfertigen, derzufolge ihr Gatte freiwillig eingerückt sei. Die Legitimationen der roten Soldaten würden bei den Einkäufen der Frauen in Budapest keiner Beachtung gewürdigt, da die Männer, ihre Beschützer, nicht daheim seien. Die Soldaten werden infolge der Aufreizung in den Gewerkschaften in zahlreichen Briefen ihrer Angehörigen bestürmt,

nach Hause zu kommen, da niemand an der Front sein soll, mit Ausnahme derer, die sich freiwillig dazu bereit erklärten. Es ist sprichwörtlich geworden, daß es in Budapest längst keine Esel mehr gäbe, da sich bereits alle an die Front treiben ließen. Die Soldaten wollen an Übungen und militärischen Ausbildungen nicht teilnehmen, ja, sie machen kein Hehl daraus, daß sie nicht weiter zu kämpfen gedenken. Auf meine Frage, wer dann die Interessen des Proletariats schützen werde, erklärten sie achselzuckend, sich darum nicht kümmern zu wollen. Das Gesehene machte es mir klar, daß die Arbeiterregimenter eine Fortsetzung der Gewerkschaftsbewegungen bilden und dieselbe Gewerkschaftspolitik der Sabotage und der Opposition betreiben. Ich bemerke, daß diese Unterhandlung mit den Arbeiterregimentern der 1. Division bereits am Anfang eingeleitet wurde, die Versprechungen jedoch unerfüllbar waren, und da weder Fahnenflucht, noch Verweigern des Gehorsams einer exemplarischen Bestrafung zugeführt und den Mängeln nicht abgeholfen worden ist, besonders aber, da die Arbeiterregimenter die bisherigen Kämpfe ohne jedwede Ablösung absolviert haben, stehen wir vor der Tatsache, daß der militärische Geist der Arbeiterregimenter vollkommen gelockert und ihre Organisation aufgelöst ist. Infolgedessen schlage ich vor, 1. die Ergänzungen ausschließlich aus einer Gewerkschaft oder Fabrik einzustellen, 2. die Fahnenflüchtigen exemplarisch zu bestrafen und aus den Gewerkschaften auszustoßen (in Hinkunft wäre Dienstverweigerung, besonders im Kampfe, exemplarisch, unter Umständen selbst mit dem Tode, zu ahnden), 3. die städtischen und landwirtschaftlichen Elemente auszuheben, 4. den zwangsweise Assentierten keine Arbeitslohnvergütung zu zahlen, 5. die militärischen Delikte nicht von den Revolutionsgerichten der einzelnen Regimenter und Bataillone, sondern von Divisionsgerichten aburteilen zu lassen, die sich aus unparteiischen und die Interessen der Diktatur vertretenden Elementen zusammensetzen sollen, 6. die politischen Beauftragten nicht der betreffenden Fabrik oder Gewerkschaft, sondern fremden Verbänden zu entnehmen, 7. die Reise der Frauen an die Front mit allen Mitteln zu verhindern, 8. die Briefzensur mit größerer Strenge zu handhaben, 9. die Hinterlassenen der Gefallenen mit mehr Liebe

und ohne Bureaukratismus zu versorgen (sofortige Unterstützungen usw.), 10. für die Angehörigen der Frontsoldaten in Budapest besondere Einkaufs- bzw. Warenverteilungsgeschäfte zu organisieren und sie allen anderen Proletariern gegenüber in der Warenverteilung zu bevorzugen, 11. vom Kampfeswillen des Proletariers ist wenig zu erwarten; das Gewicht ist einzig und allein auf eine unbedingte Disziplin in Händen des Vorgesetzten und politischen Beauftragten sowie auf die gute militärische Ausbildung zu legen, wobei auch das proletarische Bewußtsein und die Steigerung der Kampfbereitschaft zu berücksichtigen sind, 12. die Arbeiterregimenter brachten allerlei unmögliche Zugs- und Kompagniekommandanten mit sich, die weder über Ansehen, noch über militärische Bildung verfügen. Die Pfeiler der kämpfenden Truppe sind die Zugs- und Kompagniekommandanten; um diese scharen sich die Kombattanten im Feuer, deren Beispiel entscheidet den Kampf. Das Niveau dieser Kommandanten muß durch Heranziehung ehemaliger subalterner Offiziere und anderer moralisch hochstehender Persönlichkeiten erhöht werden. Nicht nur im Zug und in der Kompagnie, sondern auch im Schwarm müssen die Kommandantenposten durch die Erhöhung der Kommandantenbezüge sowie andere Vorteile (z. B. verhältnismäßiges Gehalt) zum Gegenstand der Ambition gemacht werden.

Die bei der Inspizierung erschienenen Kommandanten und politischen Beauftragten gelangten zur Überzeugung, daß das 7. Regiment in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht verwendet werden könne. Beim Bataillon III./9 des Memosz herrschen fast ähnliche Zustände. Die I. und II./9. Bataillone sind noch frisch, man muß jedoch mit der Möglichkeit rechnen, daß sie vom ersten Gefecht entmutigt werden. Das 32. Regiment repräsentiert einen äußerst geringen Kampfwert. Das 13. Jägerbataillon ist ziemlich gut. Das 32. Artillerieregiment ebenfalls. Ich halte die Armee in dieser Zusammensetzung zu weiteren Gefechten, hauptsächlich zur Forcierung der Theißlinie durchwegs ungeeignet. Ich beantrage daher, 1. dem 32. Regiment eine erhebliche, ausschließlich aus Landarbeitern bestehende Ergänzung zukommen zu lassen, 2. die Mannschaft des 7. Regiments auf andere Regimenter zu verteilen. Aus den

vorhandenen Kommandanten- und Materialrahmen des 7. Regiments ein neues Regiment zu organisieren, 3. anstatt des 8. Regiments der Division ein vollkommen neu zu errichtendes Regiment zukommen zu lassen, insoferne wir die Kampftauglichkeit der Armee sichern oder aufrechterhalten wollen. Von entscheidender Bedeutung ist, daß das Gesagte keine Theorie bleibt, sondern unverzüglich in die Tat umgesetzt wird. — 3. Armeekorpskommando 711/6.

Die in der Meldung enthaltenen Vorschläge entsprangen nicht mehr dem Geiste des Proletariats, sondern der in der k. u. k. Armee vorherrschenden Minderheitsdiktatur. Von diesen Mitteln wollte ich keinen Gebrauch machen.

Durch diese so durchgreifende Auflösung der Armee wurde die Räterepublik einer verhängnisvollen Lage zugeführt. Der Aufstand: der ursprüngliche Zweck der Revolution, die Märzkonzeption: der bewaffnete Schutz der Landesgrenzen geriet durch die Ausscheidung der revolutionären Arbeitertruppen in eine schwere Krise, die heranziehenden Schwierigkeiten brachten das soziale Ziel der Revolution zum Fall, und so drängte sich wider Willen die Notwendigkeit einer Anpassung an die neugeschaffene Lage in den Vordergrund. Die Diktatur des Proletariats ist in Gefahr — lautete Béla Kuns Alarmruf —, allein seine Folgerungen und seine Handlungen beschleunigten die Entwicklung dieser Krise und führten zu einem entsetzlichen Sturz.

c) Der Rückzug der Roten Armee.

Die imposanten Siege der Roten Armee befestigten die Lage der Räterepublik nach außen in beträchtlichem Maße. Innerhalb des Landes wurde ein Teil der Bürgerschaft von Angst befallen. Die Kraft imponierte, man fing an, sein Glück mit einer Anpassung an die Lage zu versuchen. Ladislaus Lukács, Ministerpräsident a. D., eine hervorragende Persönlichkeit der ehemaligen Tiszapartei, befaßte sich bereits unter dem Eindruck der Siege mit dem merkwürdigen Gedanken, die alte Arbeitspartei an der Rettungsarbeit der Räterepublik beteiligen zu lassen.

In der Außenpolitik machten sich die Erfolge in zwei Richtungen fühlbar: einerseits wurde die Räterepublik von der Entente als ver-

handelnde Partei anerkannt, anderseits wurde der hartbedrängte russische Verbündete durch den Vormarsch der Roten Armee entlastet. Der im Zentrum Europas gefährlich herannahende Feind mahnte die Großmächte zur Vorsicht. Sie wagten es nicht, ihre Kräfte zu zersplittern. Provisorisch stellten sie die militärische Unterstützung Koltschaks, Denikins und Judenitsch' ein und überließen die gedungenen Truppen der russischen Gegenrevolution ihrem Schicksal. In dieser günstigen Situation erholte sich die russische Revolution und rieb die Armeen der Gegenrevolution auf.

Das ganze schön ausgeheckte Friedenswerk der Pariser Machthaber war gefährdet, wenn die besiegten Völker unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse mit revolutionärer Kraft den Weg des Widerstandes einschlügen. So versuchten sie es, statt mit der Methode der Vernichtung, mit den aussichtsreicheren friedlichen Verhandlungen.

Am 8. Juni lief eine Note vom Vorsitzenden des Pariser Viererrates Clémenceau ein, die folgendes besagte:

> Die verbündeten und alliierten Regierungen sind im Begriff, die Vertreter der ungarischen Regierung zur Friedenskonferenz einzuladen ... Die Verbündeten haben bereits ihrem festen Willen Ausdruck gegeben, dem unnützen Blutvergießen ein Ziel zu setzen, indem sie den rumänischen Truppen, die die im Waffenstillstand festgesetzten Grenzen sowie die der neutralen Zone überschritten hatten, zweimal Halt geboten, die Fortsetzung ihres Vormarsches nach Budapest untersagt, endlich auch die serbischen und französischen Truppen an der südlichen Grenze Ungarns zum Stillstand gebracht haben.
>
> Unter solchen Umständen wird die Budapester Regierung auch förmlich aufgefordert, die Angriffe gegen die Tschechoslowaken unverzüglich einzustellen, widrigenfalls die verbündeten Regierungen entschlossen sind, ohne Verzug zu den äußersten Maßregeln zu greifen[8] ...

Dieses Telegramm wurde von Kun im Auftrag der Regierung mit einer gesetzten, den weiteren Verhandlungen keineswegs vorgreifenden Note beantwortet, die den Standpunkt der Räterepublik enthielt.

---

[8] Vgl. „Népszava" vom 11. Juni 1919.

Die ungarische Räterepublik hat gegen kein Volk der Welt feindliche Absichten, sie will mit allen in Freundschaft und Frieden leben . . . Sie griff demgemäß auch die tschechoslowakische Republik nicht an, da sie mit deren Bevölkerung immer in Frieden und Freundschaft leben will . . .

Bezüglich der Einstellung der Kriegsoperationen, der Durchführung der Beschlüsse der Militärkonvention vom 13. November sowie zur provisorischen Lösung der damit zusammenhängenden Fragen erachten wir es für notwendig, daß von den interessierten Staaten Beauftragte entsendet werden und die aus diesen zusammenzustellende Kommission unter Vorsitz des Vertreters eines interalliierten Staates ihre Verhandlungen in Wien unverzüglich aufnehme[4].

Der obenangeführte Telegrammwechsel gelangte gleichzeitig mit den Siegen bei Kaschau vor die Öffentlichkeit. Die politisch ungeschulten Massen waren nicht imstande, die feine diplomatische Distinktion zu begreifen, und das Detail in der Note Kuns, worin darauf verwiesen wurde, daß die ungarische Räteregierung nicht auf der Basis der territorialen Integrität stehe, löste bei den ohnehin unzufriedenen Soldaten der Armee eine verstimmende, der konterrevolutionären Agitation günstige Wirkung aus.

Die Konterrevolution des In- und Auslandes nahm den Befehl Clémenceaus zum Rückzug mit einem jedem Patriotismus hohnsprechenden Freudenrausch auf. Sie hätte die territoriale Integrität des Landes gerne preisgegeben, um nur die verhaßte Revolution loszuwerden. Leider war die Schadenfreude nicht unbegründet.

Schritt für Schritt mit den Siegen der Roten Armee nahm die innere Zerrüttung des Landes überhand und die katastrophale Auflösung der Arbeitertruppen der Roten Armee nahm ihren Anfang.

In dieser Lage kam das zweite Telegramm des Pariser Viererrates vom 13. Juni an. Darin wird die ungarische Regierung verständigt, daß die verbündeten und alliierten Mächte die endgültigen Grenzen Ungarns festgestellt hätten und Ungarn, die Tschechoslowakei und Rumänien auffordern, die Feindseligkeiten sofort einzustellen.

Kein einziger Staat wird mit territorialen Zugeständnissen belohnt, nur weil er die Greuel des Krieges verlängerte . . .

---

[4] Vgl. „Népszava" vom 11. Juni 1919.

Die auf tschechoslowakischem Gebiet kämpfende ungarische Armee wird aufgefordert, sich sofort hinter die bestimmten Grenzen zurückzuziehen, ebenso wie alle anderen ungarischen Truppen hinter denselben zu bleiben haben. Sollten wir durch Informationen der an Ort und Stelle befindlichen Vertreter der verbündeten und alliierten Truppen innerhalb vier Tagen nach dem 14. Juni mittags nicht von der Durchführung dieser Verordnung verständigt werden, so behalten sich diese Vertreter das Recht vor, eine bewaffnete Offensive einzuleiten oder anderweitige Verfügungen zu treffen, die zur Sicherung des gerechten Friedens geeignet erscheinen. Die rumänischen Truppen werden in demselben Augenblick zurückgezogen, in dem die ungarischen Truppen die Tschechoslowakei geräumt haben werden[8].

Am 15. Juni erschien Kun im Hauptquartier mit dem Telegramm Clémenceaus und erklärte sich aus außenpolitischen Gründen bereit, unsere sieghaften Truppen hinter die festgesetzte Grenze zurückzurufen. Auch ich billigte Kuns Standpunkt, wenngleich aus wesentlich anderen Gründen.

Um diese Zeit trafen nämlich die Meldungen über die Auflösung der Arbeitertruppen im Hauptquartier ein, und ich fand es für zweckmäßiger, die in ihren Rahmen noch intakte Armee zurückzuziehen als die Anarchie abzuwarten. Gleichzeitig aber machte ich Kun den Vorschlag, vor unserer endgültigen Stellungnahme den verantwortlichen Stabschef Stromfeld anzuhören.

Wir wollten Stromfeld in seiner Stellungnahme nicht beeinflussen und unterließen es, ihm den Inhalt unserer vorhergehenden Konferenz mitzuteilen. Stromfeld stellte sich unter der Wirkung der seit Tagen einlangenden Krisenmeldungen im ersten Augenblick auf den Standpunkt, daß wir gezwungen seien, unsere Truppen infolge der innenpolitischen und der in der Armee herrschenden Verhältnisse zurückzuziehen.

Am selben Nachmittag unterbreitete Kun die Note der Entente zur Stellungnahme der Parteileitung. Warum der Parteileitung und nicht dem verantwortlichen Regierungsrat, ist mir

---

[8] Vgl. „Népszava" vom 19. Juni 1919.

heute noch ein Rätsel. Zur Sitzung der Parteileitung wurde auch Stromfeld eingeladen. Kun trat für den Rückzug ein. Stromfeld nahm im Gegensatz zu seiner früheren Auffassung gegen die Annahme der Note Stellung. In ihm erwachte der siegreiche Soldat, der besorgte Patriot, der die Erfolge seines großen Werkes durch den Rückzug gefährdet sah. Er erklärte, lieber eine Niederlage an der Front erleiden als die territoriale Integrität des Landes preisgeben zu wollen. In der Mehrheit der Parteileitung aber siegte die politische Überlegung, und diese legte uns nahe, den Krieg mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage und die Auflösung der politisch verläßlichen Arbeitertruppen nicht fortzusetzen, da sonst aus Mangel an Nachschub ein Zusammenbruch der sich vom Innern des Landes immer mehr entfernenden Armee und eine katastrophale Anarchie zu gewärtigen sei, die die Revolution in Blut ersticken werde.

Für den Rückzug stimmte die überwiegende Mehrheit der Parteileitung, gegen ihn — die Tatsache verdient hervorgehoben zu werden — der auf dem extremsten rechten Flügel der Partei stehende Johann Vanczák, der extremradikale Ladislaus Rudas und endlich der Stabschef Stromfeld.

Dieser Resolution kam übrigens lediglich eine theoretische Bedeutung zu. In der Frage der Durchführung faßte der Parteivorstand den Beschluß, das Armeeoberkommando zwar zur Einstellung des Kampfes im geeigneten Augenblick zu ermächtigen, den Rückzug aber nicht zu verfügen, um Zeit zu gewinnen und weitere Zugeständnisse durchzusetzen.

Am 19. Juni veröffentlichte Béla Kun in den Blättern Clémenceaus Telegramm sowie die Antwortnote des Regierungsrates an Clémenceau, in der Erstgenannter seiner Bereitwilligkeit Ausdruck gibt, das Blutvergießen einzustellen, und dem Viererrat mitteilt, daß er seinen Truppen die Einstellung der Feindseligkeiten befahl. Am selben Tage erschien in den Blättern ein zweites Telegramm Kuns an Clémenceau, worin diesem mitgeteilt wird, daß einer Meldung des Armeeoberkommandos zufolge die Kriegsoperationen zwar eingestellt würden, da aber die tschechoslowakische Armee unsere Truppen dessenungeachtet angreife, seien wir gezwungen, den Kampf so lange fortzusetzen, als die feindliche Armee die Kriegsoperationen nicht abbricht.

Dieses Telegramm des Armeeoberkommandos beruhte auf vorheriger Besprechung. Noch immer zögerten wir, den Rückzug anzuordnen.

Die Veröffentlichung dieser diplomatischen Noten, insbesondere aber die Tatsache, daß die Note Clémenceaus eine endgültige Feststellung der Grenzen verkündete und diese auch genau angeführt worden war, beschleunigte den Auflösungsprozeß der Armee in unaufhaltbarem Tempo. Die ohnehin entmutigten Truppen betrachteten von nun an jedes Blutvergießen als zwecklos. Überall bemächtigt sich der Gemüter die verzweifelte Gewißheit: warum weiter kämpfen, wenn wir uns unserer Ansprüche auf territoriale Integrität von vornherein ausdrücklich begeben und auch die Grenzen unerschütterlich feststehen? Gegen die ganze Welt kann das kleine Ungarn nicht kämpfen, wozu die überflüssigen Menschenopfer? Die Ziele des Kampfes wurden unklar, es bestand keine Hoffnung auf Sieg, das Gefühl der Unsicherheit und der Verlassenheit wurde immer stärker. Es wiederholte sich die massenpsychologische Erscheinung des letzten Kriegsjahres. Die Auflösung war nicht mehr aufzuhalten.

Am Tage der Veröffentlichung der Noten unterbreitete Kun dem Rätekongreß den in der Frage des Rückzuges gefaßten Beschluß.

Bei dieser Frage wurde die unüberbrückbare Kluft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in allen außenpolitischen Dingen erst recht sichtbar.

Kun begründete die Notwendigkeit des Rückzuges damit, daß er jetzt zu machen gedenke, was er anläßlich der Aktion General Smuts' ablehnte: den Brester Frieden.

> Was heute richtig ist, wäre damals unrichtig gewesen. Auf Clémenceaus Note können wir keine andere Antwort geben, als die Betonung unserer Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über den Frieden...
>
> Wir wollen den Frieden schließen, rechnen auf Revolutionierung des tschechoslowakischen, rumänischen und jugoslawischen Proletariats, das dann den Frieden umwerfen wird[*] ...

Der Standpunkt der Sozialdemokraten — der übrigens mit dem der überwiegenden Kongreßmehrheit übereinstimmte — wurde in einer brillanten Rede von Siegmund Kunfi dargelegt.

[*] Protokoll über die Sitzung des Rätekongresses vom 19. Juni 1919.

Ich halte es für notwendig, meinerseits der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Massen des ungarischen Proletariats, und zwar sowohl die Daheimgebliebenen wie auch die in der Roten Armee, in erster Linie den Frieden wollen . . .

. . . der kriegerischen Auffassung des sozialistischen Messianismus, die da glaubt, daß wir den Krieg so lange fortsetzen müssen, bis sämtliche Unterdrückte der Welt mit Waffenmacht befreit sind . . . dieser Auffassung des sozialistischen Messianismus setze ich die Behauptung entgegen, daß wir dem Weltproletariat und der internationalen Revolution gegenüber einzig die Pflicht haben, dieses Land der sozialen Revolution, der Räterepublik, der Diktatur des Proletariats zu erhalten. Der Messianismus ist unseren Kräften weit überlegen, anderseits aber das Zeichen eines latenten, im Unterbewußtsein der Betreffenden liegenden Nationalismus.

. . . Mir ist nicht am Frieden, sondern an der Einstellung des Kampfes gelegen, damit wir alle Kräfte in den Dienst des inneren Ausbaues der Räterepublik, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, der Hebung der Produktion stellen können[7] . . .

Kun wollte den Frieden, um einen neuen Krieg zu schüren. Der Friede der Sozialdemokraten sollte die Macht der Arbeiterklasse befestigen. Die mit Blindheit geschlagenen Kommunisten konnten von ihrem Hirngespinst, die Revolution sei ein auf Bajonettenspitzen zu exportierender Artikel, selbst unter dem Eindruck der ungarischen Verhältnisse nicht geheilt werden. Hingegen waren die Sozialdemokraten, und vor allem die Massen, nicht geneigt, die ungarische Arbeiterklasse der Fata Morgana einer kommenden Weltrevolution zuliebe niedermetzeln zu lassen, um zuletzt an Stelle der geschlagenen, entwaffneten Revolution der Konterrevolution in den Sattel zu helfen. Man mußte, so man offene Augen hatte, damit rechnen, daß es nur auf den Willen der Entente ankomme, das kleine Ungarn mit militärischer Macht niederzuwerfen. Man dürfte das ganze Proletariat, das kleine Land einem Hirngespinst, ja selbst den vermeintlichen Interessen Rußlands nicht aufopfern. Rußland

[7] Protokoll über die Sitzung des Rätekongresses vom 19. Juni 1919.

habe uns — so lautete eine geistreiche Feststellung Kunfis — bis heute nichts anderes als die Lehren eines erhabenen Beispiels gegeben. Die ungarische Arbeiterklasse hat ihre Pflicht ebenfalls erfüllt, wenn sie ein Beispiel gab — und in der eroberten Machtposition, mit Waffen in der Hand, wartete, daß die Proletarier anderer Länder ihrem Beispiel folgen.

Ungeachtet der Einwendungen Szamuelys, Pogánys und anderer gegen den Rückzug nahm der Arbeiterrat den Antrag des Regierungsrates auf Rückzug der Truppen einstimmig an.

Stromfeld konnte sich nicht einmal dem rein taktischen Beschluß fügen. Er demissionierte und legte die Gründe seiner Demission in einem an die Volkskommissäre gerichteten Schreiben dar:

> Die Annahme des Ultimatums bedeutet Kapitulation. Die Folge ist ein lebensunfähiger Staat, dessen Einwohner vom Säugling bis zum Greis jämmerlich verkümmern müssen. Das bedeutet einen sicheren Tod.
>
> Militärisch sind Grenzen festgestellt worden, die eine Abwehr, die Maßnahmen gegen die Abschnürung unmöglich erscheinen lassen. Der Rückzug der sieghaft fortschreitenden Truppen führt zu einer Auflösung, deren Folge Anarchie sein wird.
>
> Nehmen wir das Ultimatum nicht an, so gehen wir ungemein kritischen Tagen entgegen. Bleibt sich das Proletariat seiner historischen Bestimmung bewußt, so ist sogar die Möglichkeit des Sieges da und selbst im Falle einer Niederlage wird es nur vorübergehend überwältigt[8].

In dem von glühendem Patriotismus durchdrungenen Stromfeld besiegte dieses Gefühl das stolze Selbstbewußtsein des Soldaten. Er will lieber mit seiner Armee untergehen, als das zurückeroberte Gebiet dem Feinde ohne Schwertschlag überlassen. Stromfeld war ein Chauvinist vom Scheitel bis zur Sohle und Soldat. Die praktische Politik spielte bei ihm eine bloß untergeordnete Rolle; er kannte die Stimmung, die Gesinnung, die Unzufriedenheit der Soldaten nicht so gut wie wir, und selbst wenn er sie gekannt hätte, fühlte er deren Bedeutung nicht; dies mag zur Begründung seines Standpunktes dienen.

---

[8] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

Nichtsdestoweniger behielt er bis zur endgültigen Durchführung des Rückzuges seinen Posten, um so mehr, als die Rote Armee vorderhand ihren Vormarsch fortsetzte. Wir zögerten, den Befehl zum Rückzug zu erteilen, solange von der Entente die entsprechende Garantie zur Räumung der von den Rumänen besetzten Gebiete nicht eintraf.

Innerhalb des Regierungsrates machte sich eine Agitation geltend, die den Rückzug der Truppen im allgemeinen ablehnte. Der Vertreter dieses Standpunktes ist derselbe Eugen Landler, der die Lage der Armee genau kannte. Die zahlreichen, im vorletzten Kapitel angeführten Telegramme über die Auflösung der Armee rühren von ihm her. Landlers Auffassung wurde auch von seinem Stabschef Julier unterstützt. Ich schlug Landler wiederholt vor, für den Fall, daß er der Überzeugung sei, den Kampf mit Erfolg und ohne Auflösung weiterführen zu können, die Konsequenzen seines Standpunktes zu ziehen, das Armeeoberkommando zu übernehmen und den Kampf in dieser verantwortlichen Stellung fortzusetzen.

Noch vor der endgültigen Beschlußfassung hielten wir im Amtszimmer Stromfelds eine Sonderberatung ab, an der sich Stromfeld, Landler und Julier beteiligten. Hier forderte ich Landler und Julier wiederholt auf, vor dem entscheidenden Beschluß, die Führung der Armee zu übernehmen, da es ihre revolutionäre Pflicht sei, den Versuch zu machen, insoferne sie ernstlich an die Durchführbarkeit ihres Planes glauben. Auch Stromfeld schloß sich meiner Auffassung an. Um selbst den Schein zu vermeiden, als wollte ich Landler mit meiner Stellungnahme vor eine unangenehme Lage stellen, machte ich ihm den Vorschlag, daß ich der Räterepublik in jeder beliebigen, durch ihn zu bestimmenden Stellung, eventuell auch als Volkskommissär für Kriegswesen, weiter dienen, weiter arbeiten und ihn nach Kräften unterstützen werde, wenn es mir auch unmöglich sei, als verantwortlicher Armeeoberkommandant eine Politik zu machen, die das ungarische Proletariat meinem Gefühl nach in die Katastrophe stürzen müsse.

Landler beharrte auf seinem Standpunkt, daß der Krieg fortzusetzen sei, war aber unter keinen Umständen geneigt, die Verantwortung als Armeeoberkommandant zu übernehmen.

Übrigens wurde mein Vorschlag, betreffend die Übernahme meines Postens durch Landler bereits früher von Béla Kun abgelehnt, der mit allen Mitteln für den Rückzug der Truppen zur Grenze eintrat.

Am 23. Juni erkundigten wir uns in einem Telegramm an den Prager Beauftragten Feldmarschall Fochs, General Pelée, im Namen der Regierung,

> welche Garantien uns dafür geboten werden können, daß die rumänischen Truppen die in der Note Clémenceaus mitgeteilten Gebiete wirklich räumen werden.

Béla Kun beantwortet das vom 22. Juni datierte Telegramm Clémenceaus am selben Tage, wobei er ihm das an Pelée gerichtete Telegramm mitteilt und ihn um die Garantie ersucht, daß die Rumänen im Falle des Rückzuges unserer Truppen die uns zuerkannten Gebiete räumen würden. Im Zusammenhange damit verlangten wir von General Pelée die Verlängerung des für den Rückzug der Truppen festgesetzten Termins, um den Abschluß der die Garantie betreffenden Verhandlungen zu ermöglichen.

General Pelée erklärt in seiner Antwort über die Garantie:

> Ihre Anfrage, betreffend die Räumung der Ihnen zugewiesenen Gebiete seitens der rumänischen Truppen leite ich — da die Räumung durch den Beschluß der Friedenskonferenz gewährleistet erscheint — an den Präsidenten der Friedenskonferenz weiter.

Nachdem es Clémenceau bestätigte, daß die rumänische Räumung nach Rückzug der Roten Armee vom tschechoslowakischen Gebiet unverzüglich erfolgen werde, ordneten wir am 30. Juni auf Grund eingehender Verhandlungen mit Pelée den Rückzug an. Schon früher, am 24. Juni, stellten wir die Kämpfe ein.

Die Anordnung des Rückzuges wurde den Truppen im Wege der an die Front entsendeten Volkskommissäre mitgeteilt. Die Truppen besetzten die neubestimmten Linien in vollkommener Ordnung, ohne jeden Zwischenfall.

Über die Aufnahme des Rückzugbefehls bei den Truppen meldet das Armeekorps Landlers Nachstehendes:

Die 6. Division gab im Zusammenhang mit dem Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten folgenden Stimmungsbericht:

> Der Waffenstillstandsbefehl wurde vom 101. Regiment mit Freude aufgenommen, da es der Meinung ist, daß Békéscsaba nicht zum besetzten Gebiet gehöre und die Soldaten heimkehren können. Die Soldaten des 31. Regiments freuten sich des Waffenstillstandes ebenfalls, da sie hoffen, rasten, dann aber weitergehen zu dürfen. Im 33. Regiment ist die Stimmung ruhig, eine südöstlich von Korompa auf die Kote 882 entsendete Patrouille begegnete dort einer tschechischen Patrouille. Die Tschechen verständigten unsere Patrouille vom Waffenstillstand und schickten sie nach einer Bewirtung nach Turzó zurück. Im 46. Regiment herrscht eine unruhige Stimmung, die Soldaten wollen nach Hause. Über die Stimmung der 3. Brigade und der Truppen der 1. Division langt die Meldung im Laufe des Nachmittags ein.
>
> III. Korpskommando 624/2.

Das 1. Divisionskommando erstattet anläßlich der Einstellung der Feindseligkeiten nachstehenden Bericht:

> Die Soldaten nahmen die Ankündigung des Waffenstillstandes mit Freude zur Kenntnis. Mit den Folgen des Waffenstillstandes rechneten sie wegen Übermüdung insoferne noch nicht, als sie zu den zu gewärtigenden Ereignissen bis jetzt nicht Stellung nehmen konnten. Sie sehnen sich einzig und allein nach Rast, ersuchen uns daher, sie zur Rast in das nahegelegene Dorf zurückzuziehen. Der Feind brach den Waffenstillstand nicht.
>
> III. Korpskommando 627/2.

Wer Augen hatte, der sah: die Soldaten waren kampfesmüde. Genug vom Krieg! Heraus mit der Revolution des Friedens . . .

* *

*

Die Rote Armee hatte seit dem Anfang der am 19. Mai eingeleiteten Offensive ein Gebiet im Umfang von 2835 Quadratkilometern zurückerobert.

Im Sinne des Telegramms Clémenceaus war ein Gebiet von 1251 Quadratkilometern zu räumen, mithin betrug das Gebiet, um das die Räterepublik durch die Offensive erweitert wurde, 1584 Quadratkilometer. Ferner wären die Rumänen verpflichtet gewesen, weitere 2655 Quadratkilometer zu räumen, was einen weiteren Erfolg der bewaffneten Offensive dargestellt hätte, wenn die Übernahme des letztgenannten Gebietes durch unsere ungeschickte und böswillige Diplomatie nicht verhindert worden wäre.

XLIII.

Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der Kompromiß vom 21. März schuf die Organisationseinheit der sozialistisch-kommunistischen Partei. Eine Einheit der Prinzipien und der Gefühle kam nie zustande.

Bis auf den Kampf zur Rückeroberung der besetzten Gebiete erneuerten sich die Gegensätze in sämtlichen Fragen. In den Fragen der Sozialisierung, der Bodenreform, der Handhabung der Außenpolitik, der Armeeorganisation, der im Kampfe gegen die Konterrevolution zu befolgenden Methoden, in den Fragen der Handhabung der Diktatur und ihrer Methoden, der Anstellung von Fachkräften, der Beseitigung der Nutznießer und Ausbeuter der Revolution, endlich in allen kulturellen Fragen geriet die grundsätzliche Auffassung und Tradition der Sozialdemokraten in scharfen Gegensatz zur praktischen Politik der Kommunisten.

Die Richtlinie der Sozialdemokratie war in der Vorgeschichte des 21. März gegeben: Befreiung der entrissenen Gebiete mit Waffengewalt, Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes der dort wohnhaften Völker, Verhinderung des Sieges der Konterrevolution, Bodenreform und, im Besitz der politischen Macht, die ersten Schritte zur Schaffung der Vorbedingungen eines wirtschaftlichen Sozialismus: darin bestand ihr Programm. Zur Erreichung dieser Zwecke mußte in dem in Auflösung begriffenen Land von der Macht der Diktatur Gebrauch gemacht werden. Die Diktatur aber sollte eine Diktatur des Proletariats sein, sich den ungarischen Verhältnissen anpassen und nicht in eine Willkürherrschaft der Minderheit ausarten.

Die sozialistische Bildung, die Anwendung der Methode des historischen Materialismus, die grenzbestimmenden Möglichkeiten der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse drückten den Sozialdemokraten den Leitfaden in die

Hand und zeigten ihnen die Mittel und Methoden, mit denen eine gefährdete Revolution noch zu retten war.

Demgegenüber waren die Kommunisten ohne Berücksichtigung der ungarischen Verhältnisse darauf bedacht, ihr Ziel durch eine unmethodische, sklavische Nachahmung der russischen Bolschewikenrevolution zu erreichen. Das vornehmste Ziel der Sozialdemokraten war, die politische Macht des Proletariats und seinen Einfluß um jeden Preis zu sichern; die Kommunisten weihten das Mittel zum Zweck und trachteten lediglich nach Steigerung der Diktatur. Ob Sozialisierung, Wareneinfuhr, Warenverteilung, ob wirtschaftliche Fragen, Kultur, Kunst, kurz, was auch immer zur Erörterung stand, leierten sie immer konsequent ihr altes Lied von der Diktatur. Doch nicht die Diktatur des Proletariats, nicht die Proletarierherrschaft war es, was sie wollten, sondern die Diktatur einer zur Herrschaft gelangten Minderheit.

In diesem Punkte spitzten sich die Gegensätze am meisten zu. Die Kommunisten vertraten die Diktatur der Sowjetbureaukratie, die Sozialdemokraten den Standpunkt der auf Proletarierdemokratie beruhenden Diktatur.

Mit Recht will man die Frage beantwortet wissen, was die Sozialdemokraten bewog, viereinhalb Monate lang ruhig zu dulden, daß die Diktatur des Proletariats mit Füßen getreten wurde? Warum sie dieser Mißwirtschaft nicht entgegentraten und die Revolution mit ihren eigenen Methoden zu retten versuchten?

Den Sozialdemokraten fehlte es weder an Willen noch an Entschlossenheit, um den Ereignissen eine andere Wendung zu geben. Doch ihre entscheidenden Handlungen blieben immer innerhalb der Grenzen einer ihrem sittlichen Ernst entspringenden Besonnenheit. Stets schwebte ihnen die Frage vor, welchen Einfluß ihr Auftreten auf den weiteren Verlauf der Revolution, auf die Stimmung der Proletariersoldaten an der Front und auf deren Kampfbereitschaft ausüben werde? Ob eine Spaltung nicht den mit den Außenmächten geführten Freiheitskampf gefährde? Ob der Kampf der revolutionären Parteien untereinander nicht der Konterrevolution zugute kommen oder einen bewaffneten Bürger- und Bruderkrieg entfesseln könne, deren Frucht dem weißen Terror

zufallen müsse? Auf Grund dieser Erwägungen wurde immer wieder der Versuch gemacht, die Konflikte innerhalb der Partei beizulegen, bevor man einen Schritt zur Heraufbeschwörung des Bruches unternommen hätte.

Von den Kommunisten hätten sich mehrere gerne den Sozialdemokraten angeschlossen. Karl Vántus und sein Anhang verwendeten sich häufig in dieser Richtung.

Manchmal schwankte sogar Béla Kun selbst. In Privatgesprächen gab er die Richtigkeit unseres Standpunktes mehr als einmal zu. Er leugnete nicht, daß der Hyperradikalismus der Mehrheit seiner kommunistischen Parteigenossen die Revolution ins Verderben stürze und die Sozialdemokraten die Grundpfeiler der Revolution darstellen. In gefährlichen Lagen trat er mit seiner Besorgnis selbst vor die Öffentlichkeit.

> Eines Teiles der Massen bemächtigte sich die Resignation, einer ganzen Reihe von Leuten, die zur Führung berufen wären — sagt er in der Sitzung des 150er-Komitees vom 15. Juli. — Diejenigen, die der Ansicht waren, daß sich die internationale Revolution auf Tag und Stunde voraussagen ließe, waren nicht nur schlechte Marxisten, sondern unterschieden sich — wie das durch die Folgen bewiesen wurde — in ihrem Vorgehen in nichts von dem Pöbel, der sich leider vom 21. März an die Diktatur des Proletariats anklammerte.

Allein es fehlte ihm an fester Folgerichtigkeit. Der Hyperradikalismus riß ihn mit sich fort. Er wollte immer als der Radikalste erscheinen. Und deshalb erstickte er jede seiner inneren Überzeugung entsprungene Mäßigung in der ersten Stunde in einem Schwall von Kraftausdrücken.

Der parlamentarischen Erledigung der Konflikte war daher kein Erfolg beschieden. Der Kompromiß vom 21. März, die Organisationseinheit der zwei Parteien, lastete auch zentnerschwer auf der Handlungsfreiheit der sozialdemokratischen Partei.

Béla Kun und Genossen posaunten es nach dem Sturz der Revolution in die Welt, daß sie die Fusion der zwei Parteien von vornherein befehdet hätten und diese nur von den Sozialdemokraten erzwungen wurde.

Das Gegenteil davon ist wahr. Sozialdemokratischerseits wurden Versuche unternommen, die Selbständigkeit der Parteien aufrechtzuerhalten.

Siegmund Kunfi wollte die grundsätzliche und organische Selbständigkeit der sozialdemokratischen Partei trotz der Kapitulation retten. Er schlug vor, beiden Parteien ihre eigenen Organisationen zu belassen, sich auf ein Aktionsprogramm zu einigen und die Regierung auf Grund dieses Programms zu unterstützen. Dieser Plan wurde von Béla Kun gestürzt. Dieser forderte am energischsten die Vereinigung beider Parteien. Sein Antrag war, daß die bisherigen Organe aufzulösen seien und die neue Partei auf der Basis eines gemeinsamen Vorstandes, gemeinsamer Parteiorganisationen und gemeinsamer Parteiblätter die Führung der Revolution übernehme.

Diese Fusion entriß der Sozialdemokratie ihre stärkste Waffe, die Selbständigkeit ihrer Organisation. Man führte auch eine Hetzjagd gegen die Gewerkschaften. Aus Parteirücksichten, um die verhaßten Sozialdemokraten auch ihrer wirtschaftlichen Organisationen zu berauben, lähmte man die Tätigkeit der einzigen lebensfähigen Organisation der neuen wirtschaftlichen Einrichtung. Die Möglichkeit des einheitlichen Vorgehens hörte auf zu existieren.

Außer der entscheidenden Organisationsfrage trugen auch persönliche Rücksichten zum Übergewicht der Kommunisten bei. In den Regierungsrat wurden unter dem Titel von stellvertretenden Volkskommissären eine Unzahl Kommunisten hineingeschmuggelt, um den Einfluß der leitenden Volkskommissäre zu schwächen, die bis auf Béla Kun ausnahmslos der sozialdemokratischen Partei entnommen waren. Aber auch von den sozialdemokratischen Volkskommissären ließen einige ihre alte Fahne bald im Stich. Dr. Eugen Hamburger, Dr. Eugen Varga, Dr. Eugen Landler und Dr. Joseph Pogány beeilten sich, im Sinne der kommunistischen Übertreibungen umzusatteln. Varga war oft unschlüssig, Pogány und Landler waren unter vier Augen mit Erbitterung gegen die Kommunisten erfüllt, aber im entscheidenden Augenblick blieben sie immer an deren Seite.

Selbst einer der ältesten und eine geraume Zeitlang populärsten Führer der Sozialdemokratie, Desider Bokányi, büßte seinen Orientierungssinn vollständig ein. In gewissen Fragen vertrat er

einen ausgesprochen reaktionär-konservativen Standpunkt, in anderen überbot er hinwieder den bolschewistischen Radikalismus. In einer der ersten Sitzungen des Regierungsrates machte er Weltner bereits Vorwürfe darüber, daß dieser noch immer einen „sozialdemokratischen Gedankengang" habe. Allein Mitte Juli betonte er bereits die Notwendigkeit eines bewaffneten Vorgehens gegen die Kommunisten.

Es blieben kaum mehr als einige Männer, die in den Regierungskörperschaften und in ihren Handlungen konsequent und unumwunden den Standpunkt des rein marxistischen Sozialismus einnahmen. Unter der geistigen Führung Kunfis waren es unter den Volkskommissären der Vorsitzende des Regierungsrates Alexander Garbai, Peter Ágoston, Zoltán Rónai, eine Zeitlang Franz Bajáki, zeitweise auch Joseph Haubrich, außerhalb des Regierungsrates, in der Presse und im Arbeiterrate Jakob Weltner, die die Übertreibungen und Extremitäten schonungslos bekrittelten und geißelten.

Die Massen der sozialdemokratischen Partei, die alten, im stillen aber um so fleißiger arbeitenden Vertrauensmänner schlugen die sozialdemokratische Richtung ein. Es war aber kein Organisationsverband vorhanden, der die Anhänger dieser Richtung zu einer gemeinsamen Handlung zusammengefaßt hätte. Dazu wurde die Freiheit der Kritik von dem um seine Macht besorgten Despotismus auch innerhalb der Partei unterdrückt. Jede Kritik und jedes oppositionelle Verhalten wurde als konterrevolutionäres Unternehmen gebrandmarkt, mit einem dummen Spitzelsystem baute man selbst in der Partei unter den Führern eine Ochrana aus.

Anfang Juni berief ich einige alte Führer der Sozialdemokratie zu einer Beratung, um gegen die die Revolution gefährdenden Symptome Stellung zu nehmen. Ich bat Kunfi, Weltner sowie den Führer der Holzarbeiter, Gabriel Horovitz, und Josef Haubrich telephonisch ins Hauptquartier nach Gödöllö.

Zu meiner Überraschung erschien Szántó einige Stunden vor der für die Beratung anberaumten Zeit bei mir und wich nicht von mir. Dergestalt wurde die Beratung vereitelt.

Die Geschichte des Ausflugs Szántós wurde mir später kurzerhand bekannt. Kun und sein Anhang ließen die Telephongespräche des Armeeoberkommandos durch einen Zensor überwachen,

der verpflichtet war, den Inhalt aller Gespräche Béla Kun zu melden. Auf diese Weise wurde man von der Konferenz unterrichtet . . .

Auch die Führer der Gewerkschaften befaßten sich mit der gefährlichen Lage der Diktatur. Sie suchten einen Ausweg aus der Sackgasse. Zu diesem Behuf wurde in der Schule in der Abonyistraße eine Reihe von Konferenzen abgehalten. Den Verhandlungen wohnten aber Béla Kun oder seine Beauftragten ebenfalls bei.

Bei den bestehenden Kraftverhältnissen und infolge der falschen Beurteilung der außenpolitischen Lage konnten auch diese Entwirrungsversuche keinen Erfolg zeitigen. Karl Payer, der mit zu den Führern dieser Bewegung gehörte, war so naiv, seine Informationen über die Absichten der Entente von dem unbedeutenden Marinekapitän Freeman einzuziehen, vor dem auch Béla Kun in Ehrfurcht erstarb. Er merkte nicht, daß Freeman eine belanglose Person war, die ihn ebenso wie Béla Kun nasführte.

Die Unzufriedenheit nahm von Tag zu Tag zu. Die Gewerkschaften, Metallarbeiter, Setzer, Holzarbeiter, die Arbeiter der Nahrungsindustrie und andere Organisationen befaßten sich bereits in offenen Verhandlungen mit der Frage der Entwirrung aus der unhaltbaren Lage. Aber alle energischeren Aktionen wurden vom gemeinsamen Feind, der Konterrevolution, vereitelt, der man einheitlich entgegentreten mußte, sowie von der Sowjetbureaukratie und den neuen Massen, die überall Konterrevolution witterten und jede Kritik oder Opposition unsauberer Absichten bezichtigten. Endlich wurde jede Aktion auch von der nüchternen Erwägung gelähmt: die ernsten Elemente der Arbeiterschaft schreckten vor der Verantwortlichkeit zurück, sie wollten die kämpfende Rote Armee nicht auflösen, geschweige denn ihr in den Rücken fallen.

Indessen wurde es bei der in den Beratungen immer mehr geltend gemachten antibolschewistischen Stimmung offenbar, daß die Arbeiterschaft sich von diesen Methoden der Diktatur allmählich abwandte.

Am Parteikongreß war die Kluft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht mehr zu überbrücken. In der Debatte um die Benennung der Partei wollten die Kommunisten der neuen Partei um jeden Preis den Namen kommunistische Partei auf-

zwingen. Um diese Frage entbrannte der Kampf, dessen Wurzeln aber viel tiefer lagen. Der Standpunkt der Sozialdemokraten wurde von Kunfi vertreten, der seine Konzeption in folgender Rede darstellte:

„Ich glaube annehmen zu dürfen, daß wir uns alle im klaren darüber sind, daß es unmöglich ist, eine kommunistische Insel mitten im Meere der kapitalistischen und imperialistischen Staaten aufrechtzuerhalten. Wir wissen aber auch, daß die Tatsache, daß es eine Insel gibt, wo diese Revolution vorhanden ist, wo die Diktatur des Proletariats verwirklicht wurde, diese Tatsache allein eine höchst wichtige Ermunterung zur Verbreitung der internationalen Revolution darstellt. Wer also die internationale soziale Revolution will, der muß alles daransetzen, um diese Insel, auf welcher Sozialismus geschaffen wurde, zu erhalten, die Möglichkeit ihres Bestandes zu sichern. Denjenigen, die so leicht mit der Anklage der Kleinmütigkeit, der Brunnenvergiftung und der Unentschlossenheit bei der Hand sind, sage ich nur, daß die von ihnen Angeklagten dem Schicksal des Sozialismus zumindest dieselbe sorgenvolle Liebe entgegenbringen, wie sie, und daß, wenn wir eine Kritik üben und in einer gewissen Richtung tatsächlich eine Revision der bisherigen Anwendung der Diktatur anstreben, dies nicht darauf zurückzuführen ist, daß wir etwa diese Diktatur aufgeben möchten, sondern darauf, daß die weitere konsequente Anwendung derselben Methode das Proletariat unserer Ansicht nach ins Verderben stürzen muß. Doch die Richtigkeit der Idee, die den Umstand, daß die internationale Revolution sich zwar auf dem Wege der Entwicklung befindet, jedoch noch nicht erfolgt ist, nicht als Anlaß dazu empfindet, die Diktatur selbst zwar unberührt zu lassen, doch ihre Taktik und ihre Methoden umzugestalten, die Richtigkeit dieser Idee kann ich unmöglich anerkennen. Und ich möchte die Sache in einer theoretischen Formel ausdrücken und sagen, daß, solange die internationale Revolution in mehreren Staaten nicht

so weit erstarkt ist, daß die Proletarier dieser Staaten eine Konterrevolution hintanhalten können, von einer Anwendung des vollen Programms der Diktatur nicht gesprochen werden könne, sich vielmehr die Notwendigkeit ergebe, der Diktatur bis zur Verwirklichung der internationalen Revolution ein Übergangsprogramm zu geben, wie es auch bei der früheren sozialdemokratischen und bei jeder Arbeiterpartei neben dem endgültigen Programm immer zu finden war, also ein Übergangsprogramm, das bei vollständiger Beibehaltung aller wesentlichen Punkte der bisherigen Verfügungen mit einer gemäßigteren, den Verhältnissen in weit größerem Ausmaß Rechnung tragenden, der Entwicklung der Konterrevolution mit vernünftigen Maßnahmen und nicht mit terroristischen Mitteln vorbeugenden Politik arbeitet. In dieser Frage bedarf man der weitestgehenden Kritik, gegenseitiger Aufklärung und Überzeugung, und es muß klargelegt werden, was die Konterrevolution ist, die eine notwendige Folge der Diktatur des Proletariats und des Ausbaues des Sozialismus darstellt, und worin das konterrevolutionäre Plus besteht, das nur unsere Position schwächt, und nicht der Notwendigkeit der Diktatur, nicht dem Aufbau des Sozialismus, sondern den unrichtigen Methoden und deren ungeeigneter Anwendung entspringt[1].

Dieses hier nur in den wichtigeren Zügen angedeutete Programm bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als was von Lenin zwei Jahre später nach einer Menge überflüssiger Opfer und Experimente verwirklicht wurde. Und dieses Programm trug den Sozialdemokraten von den Fetischanbetern den Namen „Verräter" ein. — Als Milderungsgrund mag allerdings geltend gemacht werden, daß die Nachbeter Moskaus damals noch nicht wissen konnten, daß das Programm des „Verrates" einst auch im Kreml angenommen werden würde.

Kunfis Konzeption, die sich den Verhältnissen anpassen wollte, konnte wegen der Blindheit der Bolschewiken nicht durch-

[1] Vgl. „Népszava" vom 13. Juni 1919.

dringen. Damit war das Schicksal der sterbenden Revolution besiegelt.

Die Mehrheit des Kongresses schloß sich in der Frage der Namensänderung der Partei sowie in allen übrigen Fragen dem Standpunkt Kunfis an. Zur Vermeidung des offenen Bruches schlug Weltner in der Frage der Parteibezeichnung einen Kompromiß vor, demzufolge die Partei den Namen „sozialistisch-kommunistische Partei" erhielt.

Der Kompromiß beschränkte sich übrigens nur auf die Bezeichnung der Partei. Bei der Wahl der Parteileitung warfen die prinzipiellen und persönlichen Gegensätze noch höhere Wellen. Die sozialdemokratische Kongreßmehrheit schaltete die hyperradikalen Bolschewiken aus der Parteileitung aus, von den Kommunisten wurden nur Béla Kun und einige seiner gemäßigten Anhänger gewählt. Sogar einer der alten sozialdemokratischen Parteiführer, Desider Bokányi, wurde aus dem Parteivorstand entfernt, da er im Kongreß für die Kommunisten Stellung genommen hatte.

Die Abstimmung rief unter den Kommunisten eine ungeheure Konsternation hervor. Béla Kun und seine erwählten kommunistischen Genossen meldeten dem Vorsitzenden des Kongresses, Alexander Garbai, schriftlich, daß sie die Wahl infolge der Niederlage ihrer übrigen Parteigenossen ablehnen. Innerhalb der Partei und des Regierungsrates behalten sie sich ihre Aktionsfreiheit vor. Dieser Schritt bedeutete den offenen Bruch.

Nach Abschluß der Wahl einigte ich mich mit Kunfi darauf, daß wir keinen Versuch unternehmen würden, Kun von seinem Entschluß abzubringen, uns jedoch auf die Möglichkeit gefaßt machen müßten, daß die Kommunisten — wie das von Béla Kun in drohendem Ton angedeutet wurde — die in ihrer Hand befindlichen Waffen gegen die aus Sozialdemokraten bestehende Parteileitung führen würden. Wir mußten uns also gegen diese Möglichkeit rüsten.

Die Lage der Front war augenblicklich vorzüglich. Unsere Truppen drangen vor. Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft drohte den Höhepunkt zu erreichen, der psychologische Augenblick zum Bruch war also gekommen. Wir stellten die einzige Bedingung, daß die Budapester Arbeiterschaft sich neben uns

stelle, die Ordnung der Revolution nötigenfalls auch gegen die gedungenen Truppen Kuns verteidige und verhindere, daß der Kampf in einen Sieg der Konterrevolution ausarte.

Zur Sicherung dieser Vorbedingung luden wir den Kommandanten der aus Budapester Arbeitern gebildeten Brachialgewalt, Josef Haubrich, zu einer Beratung ein. Haubrich nahm vor der Proklamierung der Diktatur einen ungewissen Standpunkt ein. In den ersten Wochen der Diktatur gehörte er bereits sowohl im Regierungsrat wie auch außerhalb desselben unter den Sozialdemokraten zum äußersten Flügel der Rechten. Er war kein gebildeter Arbeiter, stand aber im Rufe eines energischen Organisators, und wir glaubten, auf seine Mitwirkung auch diesmal rechnen zu können.

In den Couloirs des Abgeordnetenhauses berieten wir, ich und Kunfi, mit Haubrich. Wir legten ihm dar, daß es eine Pflicht der Sozialdemokraten sei, den von Kun hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Den gedungenen bewaffneten Truppen treten wir entgegen, wollen aber keinen Bruderkrieg entfesseln. Demgemäß forderten wir ihn auf, sich als Führer der bewaffneten Arbeiterschaft Budapests uns anzuschließen.

Zu unserer größten Bestürzung erklärte Haubrich, solidarisch mit den Kommunisten vorgehen zu wollen. Eine Solidaritätserklärung habe er bereits unterfertigt und Garbai überreicht.

Die entscheidende Bedeutung dieser Stellungnahme war, daß ein Teil der Arbeiterschaft im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes unter der Führung des damals populären Haubrich eventuell auf Seite der Kommunisten gekämpft hätte; dieser Möglichkeit des Bruderkrieges wollte sich keiner von uns aussetzen. Die Proletarierherrschaft *mit der Arbeiterschaft* unter sozialdemokratischer Führung zu sichern, um diesen Zweck hätten wir den Kampf aufgenommen. Jeden anderen Versuch wiesen wir von der Hand.

Die Lage blieb also ungelöst. Schließlich traten die Führer der Kommunisten und Sozialdemokraten auf Intervention Landlers zu einer Konferenz zusammen. Kommunistischerseits nahmen an der Konferenz, soweit ich mich erinnern kann, Béla Kun, Ladislaus Rudas, Béla Szántó, Béla Vágó, von den Sozialdemokraten

Kunfi, Weltner, Bajáki und andere, endlich als Vermittler Eugen Landler teil.

Im Laufe der leidenschaftlichen Debatte, während welcher Kun in Weinkrämpfe verfiel, ließ sich dieser so weit hinreißen, daß er Kunfi drohte, ihn aus dem Wege schaffen zu lassen.

Dieser unqualifizierbare Ton sprengte die Konferenz. Man war nahe daran, zu Tätlichkeiten zu greifen. Ich wollte hinter gepolsterten, geschlossenen Türen keine diplomatischen Verhandlungen mehr führen. Mein Standpunkt war, daß die ganze Angelegenheit — samt der Drohung Béla Kuns — vor das oberste Forum der Arbeiterschaft, vor den Kongreß, gehöre. Ich stürzte aus dem Saal, um die ganze Angelegenheit dem Kongreß vorzulegen. Landler, Bajáki und andere hielten mich zurück, schleppten mich mit Gewalt in den Verhandlungssaal zurück und beschworen mich, die Sache mit Rücksicht a u f d i e L a g e d e r F r o n t nicht vor die Öffentlichkeit zu tragen, da daraus ein Bruderkrieg und die Auflösung der Front entstehen müsse.

Kun erklärte seine Worte mit tränenerstickter Stimme. Wieder einmal kam ein Kompromiß zustande. Der wesentliche Inhalt dieses Kompromisses bestand darin, daß der Kongreß die soeben beendete Abstimmung aufhebe, die offizielle Kandidatenliste für erwählt erkläre und dadurch dem Bruch vorbeuge. Die Konferenzteilnehmer gaben mir einmütig den Auftrag, das Material des Kompromisses dem Kongreß zu unterbreiten, mit der Begründung, daß, wenn ich als Oberbefehlshaber der Roten Armee den Kongreß unter Berufung auf die Lage der Front um dessen Genehmigung ersuche, jeder sich diesem Argument beugen werde.

Ich erfüllte den Auftrag nach schweren inneren Kämpfen mit der Niedergeschlagenheit der Erbitterung. Der Kongreß nahm die Kompromißwahl auf meinen Vorschlag einstimmig an.

Wir mußten uns eine neuerliche Demütigung gefallen lassen, wir mußten abermals den Rückzug antreten, da das Interesse der Revolution jetzt auch dieses Opfer von uns verlangte.

* *
*

Die immer häufigeren Äußerungen der Konterrevolution verhinderten uns auch in der Folge, den Bruch offen zutage treten zu

lassen, innerhalb der Partei aber spitzten sich die Gegensätze stetig zu.

Im Parteivorstand hatten die Sozialdemokraten das Übergewicht, hingegen nahm ein Teil der exponierten Sozialdemokraten (Kunfi, Böhm, Erdelyi usw.) im neuen Regierungsrat bereits — auf Grund vorheriger Vereinbarung — keine Stelle an. Weltner verließ die Redaktion der „Népszava" und ging auf Urlaub. Jeder — ob er einen Posten hatte oder nicht — arbeitete pflichtgemäß im Interesse der Revolution weiter, wir wollten aber mit der Ablehnung der Ämter zeigen, daß wir mit der die Revolution lähmenden Politik nicht solidarisch wären.

* *

*

Nach dem Zusammenbruch der Konterrevolution im Juni wurde ein neuer Versuch zur Rettung der Lage angestellt. Stromfeld zog sich am 4. Juli vom Hauptquartier, dem Schauplatz seiner Erfolge, zurück. Die Stelle meines verdienstvollen Mitarbeiters wurde mit Franz Julier besetzt.

Zwei Tage vorher teilte ich Béla Kun vertraulich mit, daß ich auch die Stelle des Oberkommandanten niederlegen werde, der Regierungsrat möge für die Besetzung meines Postens sorgen.

Am 3. Juli verständigte mich Kun, daß der italienische Militärbeauftragte, Oberst Romanelli, mit mir zu sprechen wünsche. Ich weigerte mich, mit Romanelli, den ich nicht einmal kannte, zusammenzukommen. Kun bat mich aber nachdrücklich, keine Verwicklungen verursachen zu wollen, sondern Romanelli auf seinen ausgesprochenen Wunsch die Verhandlung mit mir zu ermöglichen.

Romanelli suchte mich wirklich auf und ersuchte mich zu meiner größten Überraschung, das Armeekommando mit Stromfeld zu behalten. (Stromfeld hatte er in dieser Angelegenheit ebenfalls persönlich aufgesucht.) Ich erfuhr mit Bestürzung, daß meine Demissionsabsicht, die ich Kun im Vertrauen mitgeteilt hatte, auch Romanelli schon bekannt war. Noch weniger konnte ich begreifen, warum Kun mich durch den mir unbekannten Romanelli von meiner Absicht abbringen wollte, und warum er nicht einen einfachen und unter Sozialisten vielleicht weniger un-

gewöhnlichen Weg dazu wählte. Dieses Rätsel vermag ich heute noch nicht zu lösen.

Romanelli bat mich gleichzeitig, in der Kalocsaer Angelegenheit intervenieren zu wollen, wo seinen Informationen zufolge nicht nur Konterrevolutionäre bestraft, sondern auch Unschuldige zwecklos niedergemetzelt werden. Er erwähnte, daß er diesbezüglich auch bei Kun interveniert habe.

Tags darauf meldete Haubrich von Amts wegen, daß Szamuely in Kalocsa die Bauernschaft durch unerhörtes Blutvergießen zum Haß gegen die Regierung erziehe. Er überreichte an Ort und Stelle aufgenommene Protokolle, denen zufolge die Soldaten der zum Niederbrechen der Konterrevolution entsendeten, aus Metallarbeitern bestehenden 40. und 2. roten Regimenter empört die Maßregelung Szamuelys forderten. Die bewaffneten Männer Szamuelys' mißhandelten Arbeiter, schlugen mit Gewehrkolben auf sie los, drohten sogar mit Handgranaten. Die Soldaten des 3. Bataillons beschwerten sich außerdem auch darüber, daß die Szamuely begleitende bewaffnete Truppe auch auf die roten Metallarbeiter Schüsse abgab, ein Soldat sei schwer verwundet, und man habe die ihre Haut gegen die Konterrevolution zu Markt tragenden organisierten Arbeiter zuletzt als Huligane beschimpft.

Mit Haubrichs Meldung, der das vollständige Beweismaterial beigelegt war, war das Maß voll. Der Augenblick war gekommen, da die Sozialdemokraten handeln mußten. Man mußte sich der Strömung entgegenstemmen, die statt der Diktatur des Proletariats die Diktatur einzelner war und mit ihrer Ohnmacht und zwecklosen Brutalität die Bauern- und Arbeiterschaft des ganzen Landes gegen die Revolution aufreizte.

Doch auch andere, immer zahlreicher hervortretende Erscheinungen beschleunigten diesen Entschluß. Die Verordnungen des verantwortlichen Regierungsrates blieben unbeachtet. Ein unsichtbares Organ terrorisierte auch die Arbeiterklasse. Cserny droht einem Mitglied des Parteivorstandes, Johann Vanczák, offen mit Verhaftung und Ermordung. Der Regierungsrat administriert und der unverantwortliche Rat des Sowjethauses regiert. Entgegen den Verordnungen des Regierungsrates und der Volkskommissariate randalieren unreife, unerfahrene Buben unter dem Schutz der geheimen Mächte im Sowjethaus.

In dieser Angelegenheit berief ich einige einflußreiche Führer der Sozialdemokraten für den 5. Juli zu einer Beratung ein. Wir trafen im Amtslokal Pogánys zusammen. Anwesend waren Pogány, Landler, Weltner und Haubrich. Kunfi war nicht in Budapest.

In der Konferenz berichtete ich von den Vorgängen in Kalocsa alles, was ich von Haubrich wußte. Ich wies auf meine Besorgnisse und die Stimmung der Arbeiterschaft hin, deren Gefährlichkeit durch eingelangte schriftliche und mündliche Meldungen bewiesen war. Die Arbeiter der Front und der Fabriken seien nicht nur unzufrieden, das ganze Regime sei ihnen verhaßt. Man müsse befürchten, daß die ganze Arbeiterschaft unter seinen Trümmern begraben werde. Heute sei noch die Armee in unserer Hand. Kun und Szamuely verfügen im ganzen über einige Hunderte bewaffneter Individuen. Treten wir diesen mit Waffengewalt entgegen, so unterliege unser Sieg keinem Zweifel. Trotz meiner Krankheit sei ich geneigt, die militärische Leitung der Bewegung zu übernehmen, aber nur für den Fall, daß die Sozialdemokraten mich dazu ermächtigten, sich mir anschlössen, die politische Führung und Verantwortung übernähmen. Wenn ich die Aktion individuell durchführe, so habe sie den Charakter einer Konterrevolution. Erheben sich aber die eine überwiegende Majorität darstellenden sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Minderheitsdiktatur, so bedeute das nur, daß die selbstbewußten, die Interessen der Revolution verteidigenden Sozialdemokraten die Revolution vor Anarchie und Zusammenbruch retten wollen.

Es sei unzweifelhaft, daß sich uns die Arbeiterklasse und die großen Massen mit freudiger Begeisterung anschließen würden. Die Aktion werde einer Befreiung gleichkommen, indem die bewaffnete Macht in unseren Händen verbleibe. Mit Waffen in der Hand könnten wir die Macht der Arbeiterschaft innerhalb des Landes sichern, den Sieg der Konterrevolution und des weißen Terrors vereiteln, und verhandeln wir so mit der Entente, so sei der Friede nach außen zu sichern und von den getroffenen Maßnahmen soviel aufrechtzuerhalten, als zur Sicherung der Wirtschaft und der außenpolitischen Machtverhältnisse nötig sei, ohne

die Arbeiterschaft im Elend und in überflüssigen Opfern untergehen zu lassen.

Pogány erklärte kurz und bündig, daß er meine Antipathie gegen das Regime der Kommunisten vollständig teile. Er teile auch meine Auffassung, daß ihre Führung die Revolution ins Verderben stürze. Er persönlich sei jedoch nicht gesonnen, das Unternehmen zu unterstützen, da er keine Hoffnung auf Erfolg sehe. Indessen lege er der Aktion auch kein Hindernis in den Weg. Er werde einfach beiseite stehen. (Nach 15 Tagen, am 20. Juli, erörterte Pogány vor Kunfi bereits die Frage, daß man Kun mit Waffengewalt entgegentreten müsse, sonst sei die Revolution verloren.) Pogánys Standpunkt war auch der Landlers. Er wollte die Aktion nicht unterstützen, aber auch nicht verhindern.

Haubrich erklärte sich d i e s m a l bereit, mit den von ihm befehligten, aus Budapester organisierten Arbeitern bestehenden Ordnerbataillonen für die Aktion einzutreten. Der Anschluß der bewaffneten Arbeiterschaft entschied die Frage des militärischen Erfolges des Planes. Die Arbeiterbataillone hätten die aus einigen hundert Mann bestehenden Renitenten ohne jedwede Schwierigkeit überwältigt und waren stark genug, um den Aufstand der rechten Konterrevolution unmöglich zu machen.

Weltner aber trat meinem Plan energisch entgegen. Er hatte kein Vertrauen zum Erfolg. Das System der Anarchie war ihm am meisten verhaßt. Er betrachtete die Unruhestifter mit großer Unzufriedenheit. Er wußte, daß die Revolution ihrem Verderben entgegensteuere, wollte aber die Aktion nicht unterstützen, da sie seiner Meinung nach keinen anderen Ausgang haben könnte als einen Sieg der Konterrevolution. Die Sozialisten seien zwar imstande, in diesem Stadium der Revolution die Umtriebe der Parasiten zu unterdrücken, nicht aber die Macht der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten. Die aus wirtschaftlichen Gründen unzufriedene Arbeiterschaft würde sich gegen die sozialdemokratische Partei auflehnen, die Ereignisse der Oktoberrevolution würden sich wiederholen, zum Schluß aber müsse der Weiße Terror die Oberhand gewinnen.

Für den Fall einer Schlappe — eine solche glaubte ich auf Grund meiner Kenntnis der militärischen und Arbeiterverhältnisse

nicht befürchten zu müssen — wären Weltners Besorgnisse allerdings begründet gewesen.

Die Stellungnahme des seit zwanzig Jahren einflußreichsten Führers der sozialdemokratischen Partei und der organisierten Arbeiter, Weltner, entschied dennoch das Schicksal der Aktion. Ein Vorstoß ohne Weltner hätte unter den gegebenen Verhältnissen zur Lockerung, ja zur Auflösung des an sich schwachen Lagers der Sozialdemokraten geführt, hätte den Charakter einer individuellen Aktion gehabt. Das konnten wir eben nicht riskieren, da es nur der Konterrevolution zugute gekommen wäre.

Die Stellungnahme der Konferenz beraubte mich des letzten Funkens Hoffnung auf eine Entwirrung. Ich sah zur Rettung der Revolution und der Arbeiterklasse keinen Ausweg mehr. Ich gab sofort meine unabänderliche Absicht kund, meinen Posten verlassen und für die Mißgriffe der kommunistischen Führung vor der Arbeiterschaft weiterhin keine Verantwortung übernehmen zu wollen.

XLIV.

Bei der Wiener Gesandtschaft.

Am 10. Juli verließ ich meinen Posten als Armeeoberkommandant. Obwohl Landler, Pogány, Vágó, Paul Feldmann und andere Militärfunktionäre auf Kuns Anregung in einer zwei Nächte lang andauernden Konferenz mich zum weiteren Verbleiben zu bewegen suchten, setzte ich durch, daß meine Demission dem Regierungsrat unterbreitet wurde.

Der Regierungsrat wollte zwar meine Demission nicht genehmigen, billigte mir jedoch einen Erholungsurlaub zu.

In derselben Sitzung wurde zuerst der Gedanke aufgeworfen, mich zum Wiener Gesandten zu ernennen. Da diese Ernennung im Laufe der weiteren Ereignisse eine wichtige Rolle spielte und von kommunistischer Seite in unwahrer Darstellung vor die Öffentlichkeit gebracht wurde, muß ich mich mit dieser sonst unwesentlichen persönlichen Angelegenheit in einigen Sätzen befassen.

Während der Sitzung des Regierungsrates, die über die Frage meiner Abdankung zu entscheiden hatte, forderte mich Volkskommissär Eugen Varga in der Form eines Privatgespräches auf, den vakanten Posten des Wiener Gesandten mit Rücksicht auf wichtige außenpolitische und wirtschaftliche Interessen zu übernehmen. Der bisherige Gesandte mußte auf Wunsch der österreichischen Regierung zurückberufen werden. Varga meinte, daß wir der Unterstützung Österreichs bedürfen und ich bei dem freundschaftlichen Verhältnis, das ich zu einigen Führern der österreichischen Sozialdemokraten hatte, der Sache Ungarns viel nützen könnte.

Vargas Plan wurde auch von Kun und Landler unterstützt. Anfangs lehnte ich jeden Gedanken um so mehr ab, als ich bereits mit einer Heilanstalt vereinbart hatte, am 20. Juni meine Erholungskur zu beginnen, anderseits aber wollte ich überhaupt keine öffentliche Funktion übernehmen. Nach langer Überredung

erbat ich mir zuletzt eine Bedenkzeit von 48 Stunden, um mich zu orientieren und die Sache mit meinen engeren Genossen zu besprechen.

Nach einer Beratung mit Kunfi, Garbai, Weltner und anderen beschloß ich dann, den neuen Posten anzunehmen. Wir alle wurden dabei von der Erwägung geleitet, daß dem Lande an der Auffrischung des guten Verhältnisses mit Österreich und an einem verläßlichen Informationsdienst ungemein viel liege. Zu dieser Rolle hielten mich meine Freunde vermöge meiner Verbindungen für geeignet. Überdies machte mir Kun den Vorschlag, mich in Wien ärztlich behandeln zu lassen und versicherte mir, daß ich wesentlich weniger zu tun haben werde als beim Armeekommando, ohne der Revolution einen kleineren Dienst zu erweisen. Die Annahme des Postens bei der Wiener Gesandtschaft machte ich aber von folgenden Bedingungen abhängig:

1. Die vorherigen Agrements der österreichischen Regierung bzw. des Staatssekretärs für Äußeres, Otto Bauer, sind einzuholen, da ich die Führung der Gesandtschaft nur für den Fall übernehmen kann, daß die österreichischen Sozialdemokraten meine Ernennung gern sehen würden.

2. In Österreich ist jede von Ungarn aus genährte Propaganda und die materielle Unterstützung der Propaganda einzustellen, um das reibungslose gute Verhältnis mit der österreichischen sozialdemokratischen Partei vertiefen zu können.

3. Als Wiener Gesandter müsse ich berechtigt sein, mich über die Absichten der Entente informieren zu lassen und im Notfall mit den Ententevertretern zu verhandeln. Demgegenüber verpflichte ich mich, das Volkskommissariat für Äußeres über meine diesbezüglichen Verhandlungen auf dem laufenden zu halten.

Kun nahm meine Bedingungen anläßlich der Beratung im Hauptquartier — in Anwesenheit Landlers — mit der größten Freude an. Als Leiter der außenpolitischen Agenden ermächtigte er mich, eine Verbindung mit den Ententevertretern anzubahnen und fand die pünktliche Durchführung meiner Bedingungen in jeder Beziehung für richtig und zweckmäßig.

Auf Grund dessen teilte ich den Plan meiner Ernennung am 14. Juli dem außenpolitischen Leiter der deutschösterreichischen

Regierung, Otto Bauer, mit. Ich berichtete ihm im Namen Kuns über die Bedingungen, unter denen ich die Stelle anzunehmen gedenke. Bauer nahm die Ernennung in seinem Namen mit Sympathie auf, betonte aber, daß es die Vorbedingung des gutnachbarlichen Verhältnisses zwischen beiden Staaten sei, daß die ungarische Regierung sich jeder Propaganda enthalte und sich in die internen Angelegenheiten Österreichs und der österreichischen Arbeiterklasse nicht einmenge. Nach dieser Verhandlung nahm ich das Mandat endgültig an.

Mit der Führung der Agenden des Armeeoberkommandos wurde vom Regierungsrat Eugen Landler betraut.

Bei der Besetzung aller Posten machte sich der Mangel an führenden Personen geltend. Landler leitete das Volkskommissariat für Inneres, das Eisenbahnressort und bekleidete außerdem eine wichtige leitende Stelle bei der Armee. Alle diese Funktionen fordern selbst unter normalen Verhältnissen, geschweige denn in einer Revolution, einen ganzen Mann. Landler kann sich, da er sich fern von der Hauptstadt aufhält, nur zeitweise seinen Ressorts widmen. Natürlich ist das auf der Basis der Proletarierverwaltung errichtete revolutionäre Kommissariat für Inneres bei der wochenlangen Abwesenheit seines verantwortlichen Führers ein Brutnest der Anarchie im ganzen Lande. Wo so wichtige Fragen, wie Eisenbahnverkehr und Heeresleitung wegen der Überbürdung Landlers nur halbwegs erledigt werden konnten — dort konnte es nicht wundernehmen, daß statt eines organisierten Aufbaues überall Desorganisation eintrat.

* *
*

Am 21. Juli, am Tage des für die ungarische und russische Sowjetrepublik proklamierten internationalen politischen Massenstreiks, trat ich meinen Posten an. Der Streik nahm in Wien einen mustergültigen Verlauf. Deutschösterreichs Proletariat demonstrierte mit glänzender Solidarität für die Idee der internationalen Solidarität des Proletariats.

Leider hatte der Streik in den übrigen Staaten Europas keinen ähnlichen Erfolg. Die zertrümmerte Arbeiterinternationale war noch nicht stark genug, um mit internationalen Handlungen in die Schranken zu treten.

In Wien galt damals noch Ernst Bettelheim als bevollmächtigter Beauftragter der III. Internationale, obwohl er weder von Moskau noch von Béla Kun mit einer derartigen Mission betraut worden war. Der Gesandtschaftssekretär Zoltán Rudas teilte mir mit, daß Bettelheim von Kun bereits vor meiner Ankunft nach Budapest zurückberufen war, der „Diktator" aber sich weigerte, dem Befehl zu gehorchen.

Das Personal der Gesandtschaft nahm nach meinem Dienstantritt auf österreichischem Gebiet weder mittelbar noch unmittelbar an irgendeiner politischen Propaganda teil. Unsere diesbezüglichen Verfügungen meldete ich mit Kuns Zustimmung als Maßnahmen der Räteregierung auch den österreichischen Ministern, die zur sozialdemokratischen Partei gehörten.

Unter den sozialdemokratischen Führern suchte ich auch in amtlichem Charakter den Präsidenten der Nationalversammlung, Seitz, Otto Bauer, den Staatssekretär für Inneres, Eldersch und den Staatssekretär für Heerwesen, Julius Deutsch, auf.

Unsere Genossen waren hinsichtlich der ungarischen Lage zum Pessimismus geneigt. Sie sahen die ungarischen Ereignisse nicht ohne Besorgnis. Fällt die Revolution, so stelle der Sieg der Konterrevolution die Arbeiterschaft Österreichs und Ungarns vor große innere Schwierigkeiten. Man war fast einmütig der Ansicht, daß die Mittel und Methoden, mit denen das ungarische Proletariat seinen Kampf führe, zwar nicht gebilligt, jedoch keine Aktionen auf österreichischem Gebiete geduldet werden könnten, die sich gegen die ungarische Räterepublik richten. Anderseits verlange man aber mit Recht, daß auch Ungarn sich jedes Eingriffes in die inneren Angelegenheiten Österreichs und des österreichischen Proletariats enthalte.

Übrigens förderten fast alle, Otto Bauer voran, mit der größten Bereitwilligkeit unsere Bestrebung, den Sieg der Konterrevolution in Ungarn zu verhüten und die politische Macht der Arbeiterschaft zu retten.

Die Wiener Beauftragten der Entente suchten sich noch vor meiner Ankunft in Wien mit österreichischen Sozialdemokraten ins Einvernehmen zu setzen und sie zu bewegen, eine Verbindung mit mir anzubahnen. Da ich von Béla Kun die ausdrückliche Vollmacht und den Auftrag hatte, in allen

Schritten der Entente gegenüber der ungarischen Räterepublik mit dieser zu verhandeln, nahm ich die Einladung des Obersten Cunningham, des englischen Beauftragten in Wien, zu einer *unverbindlichen* Verhandlung an.

Am 23. Juli sprach ich zum erstenmal mit Cunningham, der die Notwendigkeit eines friedlichen Abkommens mit der Entente betonte, da Ungarns Lage widrigenfalls zu einer unhaltbaren werden könne. Auf meine Vorstellungen, daß die Kriegsoperationen gegen die Rumänen für uns erfolgreich seien, suchte er seine neuesten Telegramme hervor und teilte mir mit, daß die Rote Armee bei Kisujszállás von den Rumänen geschlagen worden sei.

Zu meiner größten Bestürzung erblickte ich auf seinem Schreibtisch ein Ordre de bataille der Roten Armee mit Anführung der Namen aller Truppenkommandanten und folgerte daraus mit Recht, daß die Spionage der Entente bis zu unserem Generalstab heranreiche.

Zum Schluß ließ mich Cunningham wissen, daß er in einigen Tagen im Einverständnis mit den übrigen Ententevertretern einen halbamtlichen Antrag in der Angelegenheit des Friedensschlusses mit der Entente stellen werde.

Ich legte Béla Kun telephonisch und schriftlich Rechenschaft über meine Verhandlungen ab, die ich detailliert wiedergab. Ich teilte ihm gleichzeitig mit, daß unsere Operationspläne sich in der Hand Cunninghams befänden, daß er also Sorge dafür tragen müsse, daß der von dieser Seite drohenden Gefahr vorgebeugt werde.

Am ersten Verhandlungstag brachte mir Kuns Stellvertreter, Julius Alpári, in Kuns Auftrag zur Kenntnis, daß Jakob Weltner und Karl Peyer, zwei sozialdemokratische Führer, mit diplomatischen Pässen zur weiteren Betreibung der Verhandlungen mit der Entente nach Wien kämen.

Von mir befragt, erzählte mir Kun später die Vorgeschichte dieser Mission. Die italienische Mission in Budapest ersuchte Kun im Auftrag der Wiener Ententemission einige Wochen *vor meiner Entsendung nach Wien*, die sozialdemokratischen Führer Jakob Weltner, Karl Peyer, Julius Peidl und Emanuel Buchinger zur Verhandlung mit den Ententevertretern zu delegieren. Kun hatte diese Bitte seinerzeit nicht erfüllt.

Jetzt, da dem Vormarsch der Roten Armee an der rumänischen Front Einhalt geboten wurde und an gewissen Frontteilen sich bereits Zeichen der Auflösung bemerkbar machten, beschloß Kun, Weltner und Peyer zu entsenden, um im Falle eines immerhin möglichen Fiaskos den Abschluß des Friedens rasch bewerkstelligen zu können. Die Entsendung Peidls und Buchingers hatte er verweigert, da sie seinerzeit dem Kompromiß mit den Kommunisten entgegentraten und sich während des Rätesystems der Arbeiterbewegung fernhielten, nicht einmal öffentliche Funktionen angenommen hatten.

Weltner und Peyer trafen am 24. in Wien ein. Vor ihrer Ankunft bat mich Cunningham wiederholt zu sich und überreichte mir die unten angeführten Bedingungen, unter welchen die Wiener Beauftragten der Ententestaaten in Paris den Abschluß eines Friedens mit der Räteregierung beantragt hatten:

1. Eine diktatorische Regierung hat die Macht zu übernehmen. Es wäre zweckmäßig, wenn sich folgende Männer in der Regierung befinden würden: Haubrich, Ágoston und Garami. (Mit einem Personenwechsel hatte sich Kun bereits im April einverstanden erklärt. D. Verf.)

2. Kuns Kommunistenregierung ist zu entfernen, der Bolschewismus zu beseitigen; die bolschewistische Propaganda muß auf der ganzen Linie eingestellt werden. (Die Bedingung bezüglich der Propaganda wurde von Kun bereits anläßlich der Verhandlungen mit Professor Brown im April angenommen. D. Verf.)

3. Die Diktatur soll nur den Übergang zur Bildung einer aus den Vertretern sämtlicher Klassen zusammengestellten Regierung darstellen.

4. Alle terroristischen Handlungen, Konfiskationen und Beschlagnahmen sind sofort einzustellen. (Den Abbau des Terrors hatte Kun im April ebenfalls zugesagt. D. Verf.)

5. Ein Ententerat ist zur Unterstützung der neuen Regierung heranzuziehen.

6. Die Blockade wird aufgehoben, von der Entente werden sofortige Verfügungen zur Lieferung von Lebensmitteln und Kohle und zur Unterstützung der Eröffnung des Donauverkehrs getroffen.

7. Alle politischen Verfolgungen sind einzustellen.
8. In der Frage der Sozialisierung bleibt die endgültige Beschlußfassung der ständigen Regierung vorbehalten.

Dieser Erklärung fügte Cunningham noch hinzu — und das wiederholte er vor Weltner und Peyer abermals —, daß man unter der Einstellung aller politischen Verfolgungen die Einstellung aller Verfolgungen, ob von rechts oder links, verstehe.

Am 25. vormittags besuchte ich Cunningham mit Weltner und Peyer; der Oberst wiederholte vor uns seine Vorschläge und erklärte, daß sie bereits die Zustimmung des französischen Beauftragten Allizé und des italienischen Vertreters Fürsten Borghese gefunden haben. Er ersuche uns also im Namen der Ententestaaten, den Frieden baldmöglichst herbeiführen zu helfen.

Über diese Verhandlung referierte ich Kun in meinem dritten Bericht vom 25. Juli, dessen wichtigere Details nachstehend folgen:

Ich kam mit Ihnen bereits in Budapest und unlängst telephonisch darin überein, daß wir alle Propositionen anhören. Ich war mir bereits damals, hauptsächlich aber infolge der später eingelangten Frontmeldungen der Wichtigkeit der rumänischen Offensive bewußt und stellte mich daher um so lieber auf den für uns wichtigen Standpunkt, Zeit zu gewinnen.

Mit Cunningham verhandelten wir am 25. Juli. Er verwies auf die schon berichteten Tatsachen, deren Bedeutung er mit der Bemerkung verstärkte, daß die Lage außerordentlich kritisch sei, da starke Einflüsse sich geltend machen, die eine gemeinsame Offensive der Rumänen und Tschechen gegen Sowjetungarn anstreben. Er betonte wiederholt, daß diese Offensive für uns weit ungünstiger sei, als wenn die Entente mit den eigenen Truppen vorrücke. Er ließ durchblicken, daß es ihm nicht angenehm wäre, wenn diese Offensive zustande käme. Ich schöpfte aus seinen Worten die Überzeugung, daß der Angriffswille sich bei den Franzosen geltend macht, während man englischer-, amerikanischer- und italienischerseits die Intervention vermeiden möchte.

Zur Basis der Entwirrung sei seiner Meinung nach ein Regierungswechsel angebracht, bzw. müsse diese Regierung zu-

rücktreten. Auf Grund meiner Angaben sehe er ein, daß nur mit Arbeiterräten regiert werden könne, und er hätte nichts dagegen, wenn die neue Regierung sich auf die Arbeiterräte stützte bzw. diese im Besitz der Macht verbleiben würden. Neben den Arbeiterräten legte er großes Gewicht auf die Bauernräte, worauf wir ihm erklärten, daß wir in der Provinz Bauernräte haben. Er erklärte, daß die Hauptbedingung der Entente darin bestehe, daß die ausländische Propaganda, der Terror und die politische Verfolgung von rechts und von links eingestellt werde. In der Frage der Sozialisierung könne der gegenwärtige Zustand bei späterer Feststellung der Betriebsgrenzen der Sozialisierung aufrechterhalten werden.

Demgegenüber sei man geneigt, die Blockade aufzuheben, Kohle, Lebensmittel, Textilwaren und Rohstoffe zu liefern und eine Anleihe zu gewähren. Dies alles hänge jedoch von der Rekonstruktion der Regierung ab. Natürlich werden hier bei auch persönliche Rücksichten in Betracht gezogen werden müssen. Man wünsche Garami, Ágoston und Haubrich.

Nach langwierigen Verhandlungen kamen wir endlich darin überein, daß er in Paris bezüglich der Friedensbedingungen sondieren und anfragen werde, ob er uns dieselben mitteilen dürfe. Wir versprachen, unserseits gleichfalls Informationen einziehen zu wollen, ein Versprechen, dem ich hiermit nachkomme, indem ich den Verlauf der Verhandlungen genau wiedergebe.

Am selben Tage bat uns der italienische Vertreter, Fürst Borghese, zu sich. Er bestätigte in allem Cunninghams Angaben und die Konferenz zeitigte dasselbe Ergebnis. Sowohl sie wie wir hatten ihrer Regierung Rechenschaft abzulegen, um die Verhandlungen den erhaltenen Weisungen gemäß fortsetzen zu können. Im Laufe unserer Verhandlung mit Borghese wurde eine zweite merkwürdige Frage aufgerollt. Graf Stephan Bethlen bat um eine Zusammenkunft mit uns. Über diese Einzelheit der Unterredung meldete ich Kun nachstehendes:

Zum Schluß des Gespräches ersuchte er (Borghese) uns ganz unerwartet, zu ermöglichen, daß Stephan Bethlen mit Weltner oder mit uns dreien zusammenkomme und uns be-

weise, daß er nicht mehr der einstige Reaktionär sei, und die Antipathie, die man ihm entgegenbringe, durchwegs unbegründet sei. Wir erklärten einmütig, daß die Bitte unerfüllbar und zwecklos sei. Wir bezweifeln nicht, daß Bethlen von seinem bisherigen reaktionären Standpunkt abgekommen sei, allein eine Verhandlung mit ihm erübrige sich. Wir betonten, daß im politischen Leben weder Bethlen noch der Szegediner Regierung eine Bedeutung zukomme, wir seien sogar überzeugt, daß diese Politiker selbst in der Bourgeoisie bis auf einige Großgrundbesitzer verhaßt seien.

Borghese verstand die energische Zurückweisung und forcierte die Sache nicht weiter[1].

Der Pariser Viererrat beantwortete Cunninghams Vorschlag am 28. Juli in einem Funkentelegramm folgenden Inhalts:

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben nachstehende Erklärung veröffentlicht:

Den alliierten und assoziierten Regierungen wäre es sehr erwünscht, mit dem ungarischen Volke Frieden zu schließen und dadurch einen Zustand zu beenden, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas unmöglich macht und der Verpflegung der Bevölkerung unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Jedoch ist es unmöglich, das Verpflegungswerk zu beginnen, bevor nicht in Ungarn eine Regierung besteht, die den Volkswillen darstellt und die mit den alliierten und assoziierten Regierungen eingegangenen Verpflichtungen dem Buchstaben und dem Geiste nach erfüllt. Die Regierung Béla Kuns entspricht diesen Bedingungen in keiner Weise. Nicht nur, daß sie nicht das ungarische Volk darstellt, greift sie gegenwärtig auch eine befreundete Macht an. Die alliierten und assoziierten Regierungen werden unter eigener Verantwortung jene Maßregeln ergreifen, die diese besondere Frage notwendig macht. Wenn Lebensmittel geliefert, die Blockade aufgehoben, der wirtschaftliche Wiederaufbau begonnen und der Friede hergestellt werden soll, muß das ungarische Volk durch eine tatsächlich repräsentierende Regierung und nicht durch eine solche, deren Autorität auf dem

[1] Bericht Nr. 3 der Wiener ung. Gesandtschaft der Räterepublik.

Schrecken beruht, vertreten sein. Selbstverständlich wird jede Besetzung ungarischen Territoriums, insofern dieses von der Friedenskonferenz als solches bezeichnet wurde, durch fremde Truppen sogleich ein Ende nehmen, wenn der Kommandierende der alliierten Truppen von der richtigen Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen überzeugt sein wird.

Bei den Verhandlungen mit den Ententevertretern verfolgten wir natürlich bestimmte Zwecke. Vor allem wünschten wir, uns über den Standpunkt und die künftigen Pläne der Entente zu informieren. Der Erfolg der Rumänen und die Niederlage der Roten Armee erweiterte diese Zielsetzung. Wir mußten uns auf alle Eventualitäten gefaßt machen, um den vollständigen Zusammenbruch, die gänzliche Vernichtung der politischen Macht der Arbeiterschaft und den Sieg der Konterrevolution hintanzuhalten. Gleichzeitig mit unseren Bemühungen wurde allem Anschein nach auch Béla Kun bei der Entsendung Peyers und Weltners von derselben Absicht geleitet, im entscheidenden Augenblick war er aber wieder unentschlossen, der sogenannte radikale Einfluß bemächtigte sich seiner und er getraute sich nicht, die Konsequenzen seines Schrittes zu ziehen.

Obwohl wir der Unschlüssigkeit Kuns gegenüber für den Gedanken der friedlichen Einigung eintraten, waren wir nicht geneigt, mit Umgehung Kuns und der Budapester Regierung ein Übereinkommen zu treffen. In der gegebenen Lage wäre das auch zweck- und ergebnislos gewesen, und hätte Kun eine Handhabe geboten, um uns für den Sturz seiner törichten und für die Arbeiterschaft katastrophalen Politik verantwortlich zu machen.

Die Verhandlungen mit der Entente gelangten auf einige Tage an einen toten Punkt, indem Béla Kun nach Erhalt der Berichte beschloß, auch persönlich mit uns verhandeln zu wollen und zu diesem Zweck am 30. Juli früh in der ungarischen Grenzstation Királyhida eintraf.

* *
*

Die wirtschaftliche und politische Geschäftsgebarung der Gesandtschaft war ebenso anarchistisch wie die innere Lage. Meine Bestrebung, das gutnachbarliche Verhältnis mit Deutschösterreich,

dem einzigen Gebiete, von wo wir uns mit dem Ausland verständigen konnten, unbedingt aufrecht zu erhalten, fand Kuns Zustimmung, er selbst aber tat von Tag zu Tag das Gegenteil davon, worauf er sich mit mir einigte. Am 25. Juli richtete ich im Einvernehmen mit Kun und Alpári eine Note an den Staatssekretär für Äußeres, Otto Bauer, worin ich im Namen der ungarischen Regierung beruhigende Auskünfte in der Frage der Inanspruchnahme deutschösterreichischer Wertpapiere erteilte. Zwei Tage später erscheint in den Blättern eine Note der ungarischen Regierung, die das Gegenteil davon besagt, was in meiner Äußerung behauptet wurde.

Vor eine noch eigentümlichere Lage wurden wir in den Tagen nach Veröffentlichung des Entwurfes des St. Germainer Friedensvertrages gestellt. Die Entente hatte Westungarn Österreich zuerkannt. In dieser Angelegenheit trifft aus Budapest ein chiffriertes Telegramm ein: ich möge verfügen, daß Bettelheim die in seinem Besitz befindlichen 400 000 Kronen der österreichischen Kommunistenpartei übergebe, und

> daß man Tomann verständige, daß das österreichische Proletariat alles ohne Schwertschlag bekommen könne, was die Entente ihm verhieß, sonst auf keinen Fall: der einzige Weg sei die Proklamierung der Räterepublik.

Drei Tage vor dem Sturz der ungarischen Revolution betrügt Kun sich selbst und das Land mit derart naiven Experimenten. In seiner Naivität glaubt er annehmen zu dürfen, daß man die Arbeiterklasse des hungernden Österreichs mit 400 000 Kronen und einem kindischen Versprechen nach dem erschreckenden Beispiel Ungarns bewegen könnte, sich in die neue Revolution, in die Proklamierung der Räterepublik, zu stürzen.

Da ich so informiert war, daß Kun Bettelheim bereits zurückberief, und wir uns außerdem geeinigt haben, jede Agitation und Propaganda auf österreichischem Gebiet einzustellen, verständigte ich das Volkskommissariat für Äußeres in Telephontelegramm, daß ich solche Weisungen nicht durchführe. Sie widerspreche unserem Übereinkommen, und ich fordere, daß man es fortan unterlasse, ähnliche Weisungen zu geben. Am nächstfolgenden Tag wurde der Auftrag revoziert . . .

Diese Fahrigkeit bietet ein trauriges Bild davon, wie die äußeren Angelegenheiten des hart bedrängten Ungarns vier Monate lang geführt worden sind.

* *
*

Auch bürgerlicherseits wurden Versuche angestellt, um die Aufnahme der Verhandlungen zu erwirken. Diese haben wir konsequent zurückgewiesen. Graf Stephan Bethlen, später ein Graf Apponyi und andere waren bestrebt, sich in halbamtliche und private Verhandlungen mit uns einzulassen. Einmal suchte mich der Finanzmann Simon Krausz mit phantastischen Wirtschaftsplänen auf und entwickelte vor mir die Möglichkeiten einer Entwirrung. All diese Schritte waren unbedeutende Privataktionen, es wäre eine Unbesonnenheit gewesen, ihnen irgendwelche Bedeutung beizumessen.

* *
*

Am 31. Juli begegneten wir in Királyhida Kun. In der Anwesenheit Weltners und Peyers wiederholte ich vor ihm den Verlauf der mit Cunningham geführten Unterredungen. Wir machten ihn nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die Lage an der Front tatsächlich schlecht sei, und es zweckmäßig wäre, der Entente eine ernste Antwort zu geben, anstatt die Sache in die Länge zu ziehen. Kun erklärte *aufs bestimmteste, daß die Stimmung in Budapest und unter den Truppen noch nie so begeistert war wie gerade jetzt. Unsere Lage an der Front sei vorzüglich, die Scharte sei ausgewetzt, die Rumänen geschlagen und der Sieg könne gar nicht zweifelhaft sein.*

Kuns Zuversicht erschien durch ein Telegramm, das noch während der Beratungen in Királyhida eintraf, in höchst zweifelhaftem Lichte. In Raab sei eine Revolte der Frauen ausgebrochen, ein Teil der Arbeiterschaft schloß sich ihnen an, von der Front

treffen Hiobsposten ein: dies alles trug sehr wenig dazu bei, uns die „begeisterte Stimmung“ glaubwürdig zu machen.

Vor seiner Abreise wies uns Kun im Namen des Volkskommissariats für Äußeres an, die Verhandlungen mit der Entente fortzusetzen, ihn von den einzelnen Momenten zu verständigen, jedoch keine Vereinbarung zu treffen, *da die Sache der Räterepublik so gut stehe, daß eine Notwendigkeit dazu nicht vorhanden sei ...*

XLV.

Die Kämpfe an der Theiß. Die Hochverräter: Nikolaus Horthy, Stephan Bethlen und Stabschef Julier.

In der vom 13. Juni datierten Note des Viererrates an die Räteregierung übernahm Clémenceau feierlichst die Verpflichtung,

> die rumänischen Truppen im selben Augenblick zurückziehen zu wollen, da die ungarischen Truppen die Tschechoslowakei geräumt haben würden.

Die ungarische Regierung setzte ihrerseits alles daran, die unter rumänischer Herrschaft befindlichen ungarischen Gebiete ehestens dem Land anzuschließen. Clémenceau und der Viererrat der Entente aber brachen ihr Wort und ihr öffentlich abgelegtes Versprechen. Trotz aller Aufforderungen wurden die von der Friedenskonferenz Ungarn zugesprochenen Gebiete auch nach dem Rückzug der Roten Armee nicht geräumt.

Zu Clémenceaus Wortbruch wurde die „Rechtsbasis" in Stephan Bethlens Hochverrat gefunden.

Als Vertreter der Szegediner ungarischen „Regierung" richtete dieser am 26. Juni eine demütige, in äußerst servilem Ton gehaltene Note an die Ententestaaten, worin er u. a. erklärt:

> Auf diesen geräumten Gebieten wurde die Verwaltung bis zu diesem Augenblick im Namen des Kommandos der rumänischen Armee von ungarischen Beamten gehandhabt, was den Wünschen der Bevölkerung der in Rede stehenden Gebiete vollkommen entspreche[1].

Demgemäß wünscht er, daß man das zu räumende Gebiet der Szegediner Regierung übergibt. Herr Bethlen wußte, daß die Ru-

[1] Vgl. Dr. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 305.

mänen diese Lösung schon deshalb nicht annehmen würden, da die Szegediner ja über gar keine bewaffnete Macht verfügten und schon deshalb außerstande gewesen wären, das in Rede stehende Gebiet zu übernehmen — ihm aber war die rumänische Besetzung noch immer lieber als die Herrschaft des ungarischen Proletariats.

> Würden die hohen Mächte trotz alledem der Bitte der Szegediner Regierung nicht willfahren, so legt letztgenannte förmlichen Einspruch gegen Übergabe dieser Territorien an die Budapester Räteregierung ein[2].

Um ihren Worten Nachdruck zu verleihen, drohte die Szegediner Regierung, im Falle einer Übergabe den Einzug der roten Truppen in das besetzte Gebiet „mit allen Mitteln zu verhindern". Eine prahlerische Großtuerei, die keinen anderen Zweck hatte, als den Rückzug der Rumänen zu vereiteln. Darauf deuten auch die weiteren Ereignisse hin.

Am 20. Juli rücken die roten Truppen in das Gebiet jenseits der Theiß ein — und die tapfere Szegediner „Armee", Oberkommandant Horthy voran, bummelt unter dem Schutz serbischer und französischer Truppen im Szegediner Hotel Kass und will den Vormarsch der Roten Armee offenbar auf diese Weise „vereiteln".

Bethlens Schreiben aber verfehlte seine Wirkung nicht. Die Rumänen hielten das Theißgebiet weiter besetzt.

* *
*

Am 11. Juli richtet Béla Kun im Namen der ungarischen Regierung eine neue Note an Clémenceau,

> worin er auf dessen Versprechen verweist. Die Rote Armee habe die Feindseligkeiten am 24. Juni eingestellt. Am 30. Juni zog sie sich auf die durch die Entente bestimmte Linie zurück. Man habe also mit Recht erwartet, daß auch die königlich rumänischen Truppen, entsprechend dem Inhalt seines Telegrammes vom 13. Juni, auf Befehl der verbündeten und alliierten Mächte hinter die für sie festgesetzten Grenzen sich zurückziehen würden.

---

[2] Vgl. Dr. Béla Kelemen, a. a. O.

Es sei unmöglich, daß die von lauter Ungarn bewohnten Gebiete unter rumänischer Herrschaft gehalten würden. Kun fordert daher den sofortigen Rückzug der rumänischen Truppen, da das Vorgehen der ungarischen Regierung, die Clémenceaus Wort als Garantie betrachtete, nur damit gerechtfertigt werden könne.

In der Note verweist er zwischen den Zeilen auch darauf, daß er der Bestimmung der Friedenskonferenz im Notfall auch mit Waffen Geltung verschaffen werde, bittet aber wiederholt um die Räumung des Theißgebietes, um überflüssigem Blutvergießen vorzubeugen.

* *
*

Inzwischen wurden auch die Vorbereitungen zum friedlichen oder bewaffneten Übertritt der Theißlinie beendet. Der Plan der Kriegsoperationen wurde vom Nachfolger Stromfelds, Generalstabschef Julier ausgearbeitet. Er entwarf eine alternative Lösung: der Hauptübersetzungspunkt sollte Tiszafüred oder Szolnok sein. Mein Nachfolger Landler entschied sich für Szolnok, kleinere Streitkräfte sollten die Theiß bei Tiszafüred und Csongrád passieren.

Was ihre Zahl anbelangt, war die damalige Lage der Roten Armee vortrefflich. Zu ihrem Verbande gehörten[3] mit den im Hinterland befindlichen Formationen 284 742 Mann. Der Verpflegsstand der kombattanten Truppen betrug 111 089 Mann, der Gewehrstand 56 084. An Truppen waren vorhanden: 166 Infanteriebataillone, 14 Maschinengewehrkompagnien, 3 betriebsfähige Panzerzüge, 2 Kavalleriekompagnien und 9 Fliegerkompagnien, überdies standen bei Szolnok 210 und bei Tiszafüred 70 Geschütze zur Deckung des Vormarsches bereit. Die technische Ausrüstung der Armee wurde durch Brückenmaterial sowie gut ausgebildete, entsprechende Pioniertruppen vervollständigt.

Demgegenüber verfügte die rumänische Armee über nicht ganz 6 Divisionen; die Überlegenheit der Roten Armee war verbürgt.

* *
*

[3] Archiv des Armeeoberkommandos der Roten Armee.

Am 14. Juli traf die Antwort der Friedenskonferenz ein.

Béla Kun, Budapest. Antwortlich des Radiotelegrammes, daß Sie am 11. Juli an den Präsidenten richteten, erklärt die Friedenskonferenz, mit Ihnen solange nicht verhandeln zu können, als Sie den Waffenstillstandsvertrag nicht einhalten[4].

Ein Wortbruch, der auch in der anrüchigen europäischen Diplomatie seinesgleichen suchen dürfte!

Der Hochverräter Bethlen trug also den Sieg davon. Die Entente räumte das Gebiet jenseits der Theiß nicht, die Szegediner konnten nicht einrücken — das rein ungarische Gebiet sollte unter rumänischer Besetzung bleiben.

So lange die Rote Armee einen Sieg dem anderen folgen ließ, verhandelte Herr Clémenceau, wechselte Noten, traf Vereinbarungen mit der Räteregierung. Nach Räumung des tschechoslowakischen Gebietes, nachdem das Pfand dieses Besitzes aufgegeben wurde, bricht der europäische Vertreter der hochgepriesenen bürgerlichen Ehre die Heiligkeit des gegebenen Wortes, er findet plötzlich ein Haar in der Suppe. Jetzt fordert er auf einmal die Einhaltung des Waffenstillstandabkommens, eines Abkommens, dessen sämtliche Punkte von der Entente vom Tage der Unterfertigung stündlich mit Füßen getreten werden.

Kuns energische Antwort und die Aufrechterhaltung seiner Forderung nach Räumung konnte nur mehr wenig frommen. Die Entente will die Gebiete jenseits der Theiß schlechthin nicht räumen. Man mußte sich entscheiden, ob man die Zurücknahme des zu Ungarn gehörenden Gebietes mit Waffengewalt versuchen solle.

Einen entscheidenden Einfluß übte auf die weiteren Beschlüsse die Stimmung der Armee aus. Der größte Teil der aus industriellen Arbeitern bestehenden Truppen stob auseinander. Die schlagfertigsten und besten Truppen sind die aus dem besetzten Gebiet. Diese verlangen stürmisch den Vormarsch in dieses Gebiet, in ihre Heimat.

* *
*

In der Nacht vom 19. auf den 20. Juli überschritt die Rote Armee die Theiß an drei Punkten, bei Szolnok, Tiszafüred und Csongrád.

---

[4] Vgl. „Népszava“ vom 15. Juli 1919.

Am selben Tage richtete Kun ein kurzes Telegramm an Clémenceau:

> Dem offensiven Verhalten der Rumänen gegenüber, das auch der Intention der Entente widerspricht, waren wir genötigt, die Theißlinie zu überschreiten und zu versuchen, dem Willen der Entente gegenüber den Rumänen Geltung zu verschaffen[5].

Die Kriegsoperationen gingen in den ersten drei Tagen programmgemäß vonstatten. Die Hauptkräfte — die Divisionen Nr. 3, 5, 6 und 7 — setzten ihren Vormarsch in zwei Richtungen fort: der südliche Flügel nach Turkeve—Mezőtur, der nördliche Flügel nach Kisujszállás—Karczag. Die Kräfte bei Tiszafüred und Csongrád konnten nur zögernd vorwärts schreiten. Bei Csongrád wurden die Kriegsoperationen von Oberst Politovsky, dem Stabschef des Korpskommandanten Béla Vágó, infolge eines Übereinkommens mit Horthy sabotiert.

Am 24. geriet der Vormarsch auch im Zentrum ins Stocken. Den linken Flügel der nordwärts vordringenden Truppen bedrohte von Fegyvernek her die Gefahr der Umzingelung. Der linke Flügel der 6. Division blieb vollständig ungedeckt, den nach Fegyvernek bestimmten Truppen wurden teils falsche Weisungen erteilt, teils konnten die Befehle wegen geflissentlicher Sabotage nicht rechtzeitig an ihrem Bestimmungsort einlangen.

Die von der Gefahr der Umarmung bedrohten Truppen mußten zurückgezogen werden. Mit dem Rückzug der Hauptkräfte hielten plötzlich auch die Verbände bei Tiszafüred und Csongrád ein, sie strömten zurück.

In ungeordneten Reihen schlenderten die von ihren Verbänden losgelösten Truppen auf den verschiedenen Landstraßen ohne jegliche oder mit falschen Weisungen umher. Die sich zurückziehenden Trainwagen verrammelten die Wege, Kopflosigkeit und Verwirrung bemächtigte sich der ganzen Armee, die zuletzt genötigt war, eine Menge Kriegsmaterial zurückzulassen und sich am 26. Juli auf einer improvisierten Brücke hinter die Theißlinie zurückzuziehen. Viele Gefangene blieben in der Hand der Rumänen, ein Teil der verfolgten roten Soldaten verblutete unter dem

[5] Vgl. „Népszava“ vom 23. Juli 1919.

Feuer der rumänischen Kanonen, eine zweite Gruppe ertrank in der Theiß.

Am 29. Juli übersetzten die Rumänen die Theiß und verfolgten die aufgelösten Truppen der Roten Armee in der Richtung von Czegléd, Abony und Budapest.

* *
*

Die an Zahl den Rumänen überlegene Rote Armee, die ihre Offensive in einer strategisch günstigen Lage eröffnet hatte, verdankt ihre Katastrophe dem niederträchtigen Verrat des Generalstabschefs Franz Julier.

Die „ordre de bataille“ wurde von Julier auf dem Wege der Wiener Pokorny-Gruppe an Bethlen und mit Craenenbrocks Vermittlung an die Szegediner verkauft. Bethlen und Genossen übergeben das verhängnisvolle Militärgeheimnis unverzüglich dem englischen Oberst Cunningham, unter dessen Siegel bringt es Graf Alfons Pallavicini mit englischer Kurierlegitimation nach Szegedin[6] und händigt es am 18. Juli, 36 Stunden vor der Offensive, dem englischen Admiral Troubridge ein. Die rumänische Heeresleitung erhielt den Plan noch vor Beginn der Offensive, mithin war ihr unsere „ordre de bataille“ in allen Einzelheiten bekannt.

Doch der einfache Verrat war Julier nicht genug. Mit seinen Befehlen, mit der Leitung der Kriegsoperation erleichterte er die Lage der Rumänen und trieb die ungarischen Soldaten gewissenlos ins Verderben. Den linken Flügel der Hauptkräfte ließ er absichtlich ungedeckt, und da die rumänische Heeresleitung den Plan des Aufmarsches kannte, war es ihr ein leichtes, die ahnungslos angreifende Rote Armee zu umzingeln.

Der Stabschef Béla Vágós, der Führer der Operationen am südlichen Flügel, Oberst Politovszky[7], verkehrte auch unmittelbar mit Horthy. Julier ließ nämlich Horthy die Nachricht zukommen, daß er „seinen Vormarsch nicht aufhalten werde“. Die Durchführung dieser Aufgabe stellte er dem am südlichen Flügel tätigen Politovszky anheim. Natürlich fällt es dem sich so heldenmütig ge-

---

[6] Vgl. Dr. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 395.
[7] Vgl. Dr. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 401.

bärdenden Horthy nicht im Traume ein, gegen bewaffnete Truppen ins Feld zu ziehen. Er zog sich wohlweislich zurück und wählte lieber den weit gangbareren Weg der Spionage im Interesse der Rumänen und des Landesverrates.

Auf Horthys Initiative[6] setzt Graf Paul Teleky die Entente vor dem Angriff über seine von Julier erhaltenen Informationen in nachstehendem, an den französischen General Charpi gerichtetem Briefe in Kenntnis, wobei er mittelbar der rumänischen Heeresleitung einen Dienst erweist und den um die Freiheit des Landes kämpfenden ungarischen Soldaten in den Rücken fällt. Der den Tatbestand des Hochverrates vollständig erschöpfende Brief hat folgenden Wortlaut:

Herr General!

Ich beehre mich, Ihnen, Herr General, zur Kenntnis zu bringen, daß laut verläßlichen Informationen drei bolschewistische Divisionen sich nördlich von Szeged zwischen der Donau und der Theiß befinden und sich auf eine Offensive vorbereiten, die am 20. Juli gegen die rumänische Front eingeleitet werden soll. Von diesen drei Divisionen ist die erste rot, die zweite zur Hälfte rot, zur Hälfte weiß, die dritte, die 7. Division, voll und ganz konterrevolutionär gesinnt. Diese Division ersuchte die Szegediner Regierung um Weisungen betreffs ihres Verhaltens für den Fall der Eröffnung einer Offensive. Die zuständigen Behörden verfügten, daß sie eine Seitenbewegung vollziehe und sich nach Südwest im westlichen Teil des Gebietes zwischen der Donau und der Theiß verschiebe, dort einen Streifen in etwa von 40 bis 50 Kilometer vor der Demarkationslinie einnehme und sich unter allen Umständen halte. Die notwendigen Befehle werden im Laufe der Kriegsoperationen erteilt.

Ich beehre mich, Herrn General zu ersuchen, die nötigen Maßnahmen zu treffen, damit die Truppen der verbündeten und alliierten Mächte kein Feuer auf diese Division abgeben, sobald diese in Durchführung der notwendigen Bewegungen sich der Demarkationslinie nähert. Die Absicht der besagten Division wird um so leichter zu erkennen sein, da sie in der

[6] Vgl. Dr. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 482.

Nähe der Donau in südlicher und westlicher Richtung vordringen und nicht nach Osten, in der Richtung der rumänischen Stellungen, marschieren wird. Insoferne obgenannte Division zum Übertritt der Demarkationslinie gezwungen wäre, erlaube ich mir Herrn General zu ersuchen, sie nicht zu entwaffnen, vielmehr ihr zu ermöglichen, die erhaltenen Befehle gruppenweise durchzuführen. Mit Rücksicht auf die besondere Wichtigkeit, die dem Anschluß einer ganzen Division zugebilligt werden muß, der das Ende des Bolschewismus bedeuten kann, um so mehr als sich ihr auch gewisse Einheiten der anderen Division anschließen können, erlaube ich mir, meine Bitte an Sie, Herr General, nachdrücklichst zu wiederholen[9].

Szegedin, am 19. Juli 1919.

Julier lockte die Rote Armee mit diesem Verrat in die Falle. Die Niederlage war also unvermeidlich.

Nach dem Gesagten werden wohl nur alberne Kinder oder naive Phantasten dem von Selbstlob strotzenden, tendenziös verbreiteten Lügenmärchen Landlers und Pogánys Glauben schenken, demzufolge

Szolnok noch am nächstfolgenden Tage von einzelnen Teilen der Roten Armee zurückerobert

und der rumänische Vormarsch lediglich „durch das feige und verräterische Verhalten der Sozialdemokraten" ermöglicht wurde. Durch den Verrat des obersten kriegführenden Generalstabschefs war die Vernichtung der Armee besiegelt.

Übrigens war das Werkzeug des ehrlosen Verrates, Oberst Julier, nicht von Haus aus Konterrevolutionär. Er stellte sich um materieller Vorteile willen in den Dienst der Roten Armee. Solange die Diktatur fest ist, kennt sein Servilismus keine Grenze. Dafür sprechen schriftliche Dokumente ... Man wollte Landler, als Volkskommissär für Inneres, zur Regelung wichtiger Verwaltungsfragen seines Dienstes als Korpskommandanten entheben. Julier richtet in dieser Angelegenheit am 5. Juni folgendes Telegramm Nr. 1056 an das Armeeoberkommando:

[9] Vgl. Dr. Béla Kelemen, a. a. O., Seite 482.

Die Kommandanten und Soldaten des III. Armeekorps nehmen mit tiefer Bestürzung zur Kenntnis, daß ihr geliebter Führer, Genosse Landler, der mit seiner flammenden Begeisterung und unbegrenzten Siegesgewißheit das Armeekorps von Sieg zu Sieg führte und mit dessen Namen die Zurückeroberung von Szerencs, Tokaj, Sárospatak, Szendrő usw. unzertrennlich verknüpft ist, seinen Kommandantenposten möglicherweise verläßt. Obwohl die Soldaten des III. Armeekorps ausnahmslos entschlossen sind, ihren Kampf für die Räterepublik bis zum letzten Blutstropfen fortzusetzen und einen eventuell neu zu ernennenden Korpskommandanten mit Vertrauen aufzunehmen, muß doch betont werden, daß der Name Landler im III. Korps bereits zu einem Begriff wurde, dessen begeisternde Wirkung selbst durch die fachmäßigste militärische Führung nicht ersetzt werden kann. Der Sieg ist nur dann sicher, wenn wir von Genossen Landler geführt werden.

III. Armeekommando[10].

Dieser enthusiastische Anhänger des Kommunisten Landler bietet seine „letzten Blutstropfen" für den Kampf um die Räterepublik an, im Augenblick der Gefahr aber verrät er seine Brüder und gibt Tausende von ungarischen Soldaten dem Verderben preis.

Und sein Lohn —? Stromfeld wurde von den Blutgerichten der Konterrevolution zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, der Verräter Julier aber freigesprochen.

Die jede Schuld den Sozialdemokraten in die Schuhe schiebenden Kommunisten Eugen Landler, Josef Pogány, Béla Vágó und die übrigen mögen ihre Beschuldigungen ruhig fortsetzen. Ihr Generalstabschef Julier, Craenenbrock und Politovsky waren die Verräter der Roten Armee. Ich will immerhin objektiv bleiben. Ich gebe zu, daß Landler, Pogány und Vágó für die Handlungen der Verräter nicht zu hundert Prozent verantwortlich sind.

Wo blieb aber die gewissenhafte Kontrolle?

[10] Dokumentensammlung des Oberkommandos der Roten Armee.

Und hier wirft sich eine Frage auf. Wurde die siegreich heranstürmende Rote Armee durch den Verrat der Sozialdemokraten oder durch die unverzeihliche Gewissenlosigkeit der Kommunisten der Katastrophe zugeführt?

* *
*

Die Geschichte wird ihr Urteil fällen: Nikolaus Horthy, die Grafen Stephan Bethlen und Paul Teleki, Franz Julier und Genossen sind würdige Nachfolger der adeligen Russenführer der 48er Freiheitskämpfe.

Ungarische Mütter, die ihr jetzt euere an der Theiß in den Tod gejagten ungarischen Söhne beweint, gedenket mit dem Fluch des unlöschbaren Hasses, mit Zorn und Verachtung der Verderber unseres Landes, der Hochverräter Horthy, Bethlen, Teleki und Julier.

XLVI.

Rücktritt der Räteregierung. Die Regierung Peidl.

Auf die Nachricht von der katastrophalen Niederlage der Roten Armee begaben sich die leitenden Volkskommissäre am 31. Juli zu den nach Cegléd zurückströmenden Truppen. Sie überzeugten sich an Ort und Stelle von der vollständigen Auflösung der Armee. Der Augenblick war gekommen, da man über die politischen Folgen entscheiden mußte.

Kun fuhr noch in den Nachtstunden nach Budapest, und die Lage wurde in einer improvisierten Verhandlung, an der sich außer Kun die Volkskommissäre Hamburger, Haubrich, Bajáki, Szamuely, ferner Weltner und andere beteiligten, erörtert.

Kun berichtete über seine Erfahrungen an der Front. Die Lage sei hoffnungslos. Die beste Truppe, die sechste Division — die vorwiegend aus Bauernsoldaten bestand — sei gleichfalls aufgelöst. Die Rumänen befänden sich in Szolnok und würden allem Anschein nach widerstandslos nach Budapest ziehen. Er stelle den Antrag, den Arbeiterrat zu alarmieren und die Entsendung der Arbeitertruppen an die Front zu versuchen. Hamburger, der die Front in der Begleitung Kuns besuchte, hielt die Lage nicht für so hoffnungslos. Natürlich wußte noch niemand um den Verrat der Julier, Craenenbrock und Politovszky.

Weltner trat der zwecklosen Aufopferung weiterer Zehntausende von Proletariern entgegen. Ohne Armee, aufs Geratewohl, mit in einigen Stunden einberufenen Arbeitern, ohne Kriegsmaterial könne man die organisierte, gut ausgerüstete rumänische Armee nicht aufhalten. Mit prahlerischen Abenteuern dürfe man die Arbeiterschaft nicht einer gesteigerten Katastrophe aussetzen. Man müsse vielmehr alles daransetzen, den Einzug der Rumänen in Budapest unmöglich zu machen, da der Weiße Terror sich unter ihrem Schutze organisieren könnte, außerdem würden die feind-

lichen Truppen die Arbeiterklasse entwaffnen, brandschatzen und die Fabriken plündern. Die ungarische Arbeiterschaft werde auf diese Art brotlos und vogelfrei. Sei die Lage wirklich so gefährlich, wie sie von Kun geschildert werde, so schlage er vor, zu retten, was noch zu retten sei: die Regierung habe die Propositionen der Wiener Beauftragten der Entente anzunehmen, um so der vollständigen Niederlage zu entgehen.

Haubrich trat für den Standpunkt Weltners ein, Szamuely und andere empfahlen einen neuerlichen Versuch mit den Waffen.

Ein Übereinkommen kam nicht zustande.

Im Augenblick der letzten Katastrophe trat in dem als Staatsmann verkappten Poseur Béla Kun der fahrige, auf „Gemütsberuhigung" hinarbeitende naive Propagandist wieder einmal zutage. Die feindlichen Streitkräfte überschreiten die Theiß an drei Punkten, aus einer Entfernung von achtzig Kilometer dringen geordnete feindliche Armeeverbände nach Budapest vor, die Rote Armee strömt, verraten, aufgelöst, ohne jeden Widerstand zurück — in diesem Augenblick kommt demselben Béla Kun, der einige Stunden zuvor den Antrag auf eine friedliche Verständigung mit der Entente schroff abgelehnt hatte, ein neuer „rettender" Einfall; er richtete ein Telegramm an Lenin, worin er um militärische Hilfe bittet. Rußland soll eine starke Offensive gegen die Rumänen einleiten. Und er glaubt, seiner Pflicht dem in die Katastrophe gestürzten Lande und Proletariat gegenüber nachgekommen zu sein...

Dieses Telegramm bewies natürlich nur, daß Béla Kun die militärische Lage Rußlands ebensowenig kannte wie die Ungarns. In seiner Naivität und Unverantwortlichkeit stellte er sich die Sache etwa so vor, daß Rußland imstande sei, seine Armee innerhalb einiger Stunden nach Bessarabien umzugruppieren. Wußte er, daß dies unmöglich sei, so wollte er seiner Gewohnheit gemäß lediglich einen demagogischen Alibibeweis erbringen. Lenin konnte auch in diesem Falle nichts als eine „telegraphische Hilfe" bieten; sie versicherten Béla Kun des Interesses und der Sympathien Rußlands. Natürlich erreichte das Antworttelegramm Béla Kun auch nicht mehr in Budapest, da die Räterepublik inzwischen verendet war...

Am 1. August, vormittags, sah sich die gemeinsame Sitzung der Parteileitung und des Regierungsrates bereits vor eine neue Lage gestellt. Unter dem Eindruck der im Laufe der Nacht eingetroffenen Nachrichten sah selbst der für den letzten Widerstand eintretende Szamuely die Unhaltbarkeit der Lage ein. Auf Grund dessen wurde auf Kuns Antrag einstimmig der am vorhergehenden Abend gemachte Vorschlag Weltners angenommen: der Regierungsrat habe zu demissionieren, die Macht einer aus Gewerkschaftsmännern bestehenden Regierung zu übergeben, die auf Grund der Wiener Verhandlungen eine Vereinbarung mit der Entente zu treffen und so den Frieden und die Entwirrung zustande zu bringen habe.

Nachmittags, in der historischen Sitzung des Arbeiterrates, ging der vorletzte Akt der großen Tragödie zu Ende. Der Standpunkt der Parteileitung und des Regierungsrates wurde von Zoltán Rónai auseinandergesetzt. Den der Arbeiterklasse aufgezwungenen Entschluß unterbreitete er mit einer edlen und ermutigenden Ruhe, ohne übertriebene Hoffnungen erwecken zu wollen. Aller Gemüter bemächtigte sich tödliche Beklemmung. Die aufschimmernden Hoffnungen einer besseren Zukunft wurden von der rauhen Wirklichkeit zerstört: aus den vollgestopften Bänkereihen vernahm man Schluchzen und Weinen. Jeder fühlte es: der Befreiungskampf der Arbeiterklasse brach zusammen, neue Kämpfe, eine unendliche Reihe von Opfern und Leiden harren des hartgeprüften ungarischen Proletariats.

Zum Schluß sprach Béla Kun:

> „Das Proletariat ließ nicht seine Führer, sondern sich selbst im Stich. Ich erwog, ich überlegte lange, was ich tun solle. Kalt und ruhig muß ich es feststellen: Die Diktatur des Proletariats ist gestürzt. Gestürzt sowohl wirtschaftlich, wie politisch und militärisch.
>
> Nicht so hätte sie stürzen können, wenn hier alles in Ordnung geht. Wäre der Übergang zum Sozialismus und Kommunismus vorderhand in wirtschaftlicher oder politischer Beziehung auch unmöglich gewesen, auch dann hätte die Diktatur des Proletariats ein anderes Ende nehmen müssen, wenn wir über selbstbewußte und revolutionäre Proletariermassen verfügt hätten.

Ich hätte ein anderes Ende gewünscht. Ich hätte es gewünscht, daß das Proletariat auf den Barrikaden kämpfe, daß es erkläre, lieber sterben, als seine Herrschaft aufgeben zu wollen. Aber ich besann mich: wir allein sollen uns ohne Massen auf die Barrikaden begeben? Wir opfern uns gerne, es frägt sich aber, ob das Opfer vom Standpunkt der internationalen Proletarierrevolution aus einen Sinn habe, ob es gerade in ihrem Interesse nicht nützlicher sei, zu vermeiden, daß hier über Nacht ein neues Finnland entstehe.

Was mich bewogen hat, dem Regierungswechsel zuzustimmen, den ich übrigens nur für einen kurzen Übergang halte, was mir nahelegte, keinen bewaffneten Widerstand wachzurufen, war, daß ich die Sicherung von Produktionsmöglichkeiten sehe, daß ich es für möglich halte, eine Verschleppung der Produktionsmittel vielleicht zu vereiteln.

Meinem Gefühl nach kann es in diesem Lande keine ständige Institution geben, alles kann nur von provisorischem Charakter sein. Hier wird es niemandem mehr gelingen, zu regieren. Das Proletariat, das mit unserem Regiment unzufrieden war, das bereits in den Fabriken aller Agitation ungeachtet laut schrie: „Nieder mit der Diktatur!", dieses Proletariat wird mit allen anderen Regierungen noch weit unzufriedener sein.

Es folgt ein sehr harter, fortwährend revolutionärer Zustand. Ich verkündete oft, daß man den Aufbau des Sozialismus nicht von außen her erlernen könne, er müsse vom Proletariat selbst während des Aufbaues des Sozialismus in ständiger Berührung mit der Realität erlernt werden. Jetzt sehe ich, daß wir es umsonst versucht haben, die Proletariermassen dieses Landes zu selbstbewußten Revolutionären zu erziehen. Dieses Proletariat bedarf der rücksichtslosesten, grausamsten Diktatur der Bourgeoisie, um revolutionär zu werden.

Eine bittere Arbeit harrt der Genossen, die es unternommen haben, diesen Übergangszustand zu Ende zu führen. Ich glaube, daß die Diktatur der Bourgeoisie sie nicht mehr scho-

nen wird als uns, aber sie sind die Werkzeuge einer historischen Notwendigkeit in einem Augenblick, den man nicht gut, nur ehrlich machen kann. Gutmachen kann man nichts, denn wenn auch unschuldig, arbeitet man doch nicht am Wohl des Proletariats, aber man kann es ehrlich machen. Wir ziehen uns für die Zeit dieses Überganges zurück, halten die Klasseneinheit, wenn möglich, aufrecht, wenn nicht, so kämpfen wir auf andere Weise, um einst mit erneuter Kraft, reicher an Erfahrungen und unter besseren Umständen mit einem reiferen Proletariat einen neuen Kampf um die Diktatur des Proletariats anzufangen, eine neue Phase der internationalen Proletarierrevolution anzutreten[1].

So sprach Béla Kun im Augenblick des Zusammenbruches. Jedes Wort seiner am schwarzen Tag des ungarischen Proletariats gehaltenen Rede ist eine Widerlegung der Verleumdungen, mit denen die Kommunisten später die sozialdemokratische Partei herabzusetzen suchten.

Der Arbeiterrat wählte eine neue Regierung. Ministerpräsident: Julius Peidl, ein alter Führer der Buchdrucker, gewesener Volkswohlfahrtsminister der Károlyi-Regierung, der sich am 21. März zurückzog. Im gegebenen Augenblick war er der geeignetste Mann zur Führung der Regierung. Die übrigen Regierungsmitglieder: Peter Ágoston, Minister für Äußeres; Anton Dovcsák, Handelsminister; Alexander Garbai, Unterrichtsminister; Ernst Garami, Justizminister; Győző Knaller, Minister für nationale Minderheiten; Franz Knittelhoffer, Volksernährungsminister; Franz Miakits, Finanzminister; Karl Peyer, Minister für Inneres, Emmerich Szabó, Minister für Volkswohlfahrt; Joseph Takács, Ackerbauminister; Joseph Haubrich, Kriegsminister.

Die neue Regierung stellt in ihrer Proklamation fest, daß die Räteregierung auf das Ultimatum der Entente zurücktrat und die provisorische Gewerkschaftsregierung auf Wunsch der Entente gebildet wurde.

* *
*

[1] Stenographischer Bericht über die Sitzung des Arbeiterrates vom 2. August 1919.

In den Abendstunden rief mich Béla Kun telephonisch an und mit schluchzender Stimme (es ist merkwürdig, aber wahr, daß Kun oft weinte) teilte er mir die Vorgeschichte des Rücktrittes mit.

Er behauptete, daß sein Leben bedroht sei und bat mich flehentlich, für ihn sowie für Eugen Landler und Ernst Pór von der österreichischen Regierung bzw. den Sozialdemokraten die Einreisebewilligung nach Österreich zu verschaffen. Sonst bleibe jeder in Budapest an seinem Posten; das war die Parole — mit diesen Worten schloß Kun sein Gespräch mit mir.

Noch in derselben Nacht wurden die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung zur Erteilung der Einreisebewilligung nach Österreich für die Volkskommissäre eingeleitet. Am nächsten Vormittag wurden weitere Flüchtlinge avisiert, so daß wir diese noch im letzten Augenblick bei den Verhandlungen berücksichtigen konnten. Die österreichische Regierung zog Informationen bei den Wiener Beauftragten der Entente ein. Im allgemeinen erhob man keinen Einwand gegen die Zusicherung des Asylrechtes. Mein Anliegen wurde von der englischen Mission sogar unterstützt, und zwar vor allem deshalb, weil die Engländer auch von Bethlen und Genossen ersucht wurden, die Einreise der gewesenen Volkskommissäre in österreichisches Gebiet zur Sicherung des f r i e d l i c h e n Überganges zu bewilligen.

Das Ergebnis der mit der österreichischen Regierung geführten Verhandlungen teilte ich dem Außenminister Peter Ágoston mit, der mich ermächtigte, nachfolgendes mit dem Charakter eines internationalen Vertrages ausgerüstete Abkommen im Namen des Außenministers bzw. der Regierung zu unterfertigen:

> „Vereinbarung der deutschösterreichischen Regierung mit der ungarischen Regierung über die Aufnahme der kommunistischen Volksbeauftragten auf deutschösterreichisches Staatsgebiet.
>
> Die deutschösterreichische Regierung erklärt sich bereit, um die neue Regierung Ungarns in ihren Bestrebungen zu unterstützen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, den der bisherigen Regierung der Räterepublik Ungarn angehörigen kommunistischen Volkskommissären und ihren Untergebenen, Béla Kun, Eugen Landler, Ernst Pór, Béla Vágó, Joseph Pogány, Franz Rákos, Emil Madarász, Johann Hirosak,

Eugen Varga, Julius Lengyel auf deutschösterreichischem Staatsgebiet Asyl zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß sich die Genannten hier in keiner Weise politisch betätigen. Die Bewilligung des Aufenthalts kann nur so lange gewährt werden, als der Deutschösterreichischen Republik hierdurch keine inneren oder äußeren Schwierigkeiten erwachsen. Für diesen Fall behält sich die Regierung freie Hand vor. Die Genannten werden nach Ungarn zurückzukehren haben, sobald die dortige innere Lage es erlaubt, ihnen den Aufenthalt in Ungarn zu gewähren. Die deutschösterreichische Regierung ist genötigt, sowohl im eigenen Interesse als auch zum Schutze der persönlichen Sicherheit der Genannten diese in ihrer Bewegungsfreiheit zu beschränken und sie an von ihr auszuwählenden Orten zu konfinieren.

Wien, am 2. August 1919.

Für das Staatsamt für Äußeres:

Ippen m. p.

Im Namen der ungarischen Regierung:

W. Böhm m. p., Gesandter[2].

Leider gelang es anläßlich der ersten Verhandlungen nur in bezug auf die im Abkommen Genannten, die Einreisebewilligung nach Österreich zu erhalten, da das Asylrecht von Budapest aus nur für diese erbeten worden war. Die Volkskommissäre nahmen nämlich nur ihre nächste Umgebung in den Zug der Flüchtlinge auf, und so blieb eine Reihe von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Krallen des weißen Terrors zurück. Nach dem ersten Abkommen waren wir bestrebt, die Namensliste zu erweitern, bedauerlicherweise erwuchsen aber auch der österreichischen Regierung verschiedene Schwierigkeiten, so daß die Sache um einige Tage verzögert wurde. Einige waren gezwungen, tagelang zu warten, oder aber sie wählten einen anderen Weg, um ins Ausland zu gelangen.

Von den führenden Sozialdemokraten versuchten auch diejenigen, denen in der neuen Regierung keine Rolle zufiel und deren Leben gefährdet war, auf ihrem Posten auszuharren. Am 3. August

[2] Archiv der Wiener Gesandtschaft der ungarischen Volksrepublik.

abends ließ ich Kunfi zum Telephon rufen und verständigte ihn, daß wir ihn, Bokányi, Zoltán Rónai, Varjas, Bajáki und alle gefährdeten Personen, die keine Mitglieder der Regierung seien, in die neue Liste aufgenommén haben. Die österreichische Regierung erklärte sich bereit, auch diesen die Einreise nach Österreich zu ermöglichen. Kunfi erklärte jedoch, bis zum letzten Augenblick in Budapest bleiben zu wollen. Er wolle der neuen Regierung bei der Herstellung der Ordnung mitten im Wirrwarr und in der Kopflosigkeit der Arbeiterschaft behilflich sein.

* *
*

In einer schweren, bedrückenden, fast unmöglichen Lage, ohne jede Hoffnung auf Erfolg übernahm das Kabinett Peidl die Regierung des Landes.

Das in Auflösung begriffene Land wäre im Blutmeer der Erbitterung ertrunken, hätten die sozialdemokratischen Führer der ausbrechenden Anarchie mit der augenblicklich noch bewaffneten inneren Macht der Organisation und mit ihrem Ansehen nicht Einhalt geboten.

Dieser Schritt war mehr als Selbstaufopferung.

Die Bourgeoisie vergalt ihn mit dem grausamsten weißen Terror.

Die Regierung verliert täglich an Macht. Die Armee wurde bei der Theiß von den Rumänen geschlagen. Die noch verbliebenen Verbände wurden entwaffnet, ein unbeträchtlicher Teil schließt sich unter französischer Protektion Horthy an. In den ohnehin verwirrten Reihen der Arbeiterschaft nehmen unter dem Eindruck der feindlichen Waffen Schüchternheit, Angst, Anarchie überhand. Es fehlt an konsequenter Führung. Nach den zwei Revolutionen verliert das Proletariat sein Selbstvertrauen, die Konjunkturhelden scheiden aus seinen Reihen und orientieren sich nach der zur Offensive übergehenden Konterrevolution, es verliert den Halt, es hört auf, für die Regierung eine verläßliche Stütze darzustellen.

Die Beamten sabotieren und insultieren die Regierungsfunktionäre. Ein Teil der Minister wagt es nicht mehr, sich in seinem Amte aufzuhalten. In der Provinz nimmt die Anarchie in noch gefährlicherem Maße zu als in Budapest. Die bürgerliche Klasse ist feindlich gesinnt, die Ententestaaten unterstützen die Regierung bloß mit Verheißungen, überall erhebt die Anarchie ihr Haupt.

In der Verlegenheit der Gefahr begeht man natürlich einen Fehler nach dem anderen. Die laute Konterrevolution droht mit Vergeltung, Haubrich und Peyer lassen erschrocken die flüchtigen Funktionäre der Räteregierung verhaften und geben dadurch Beispiel und Rechtsbasis zu weiteren Verfolgungen. Überdies läßt Haubrich die Rote Wache noch vor dem rumänischen Einmarsch entwaffnen und bewaffnet die Weiße Polizei.

Die unbewaffnete Arbeiterklasse ist im Augenblick der Entwirrung keine ebenbürtige Partei mehr. Die Regierung macht noch Versuche, die aber mangels Waffen erfolglos bleiben.

Sie war bestrebt, vor allem die außenpolitische Lage zu klären. Vom Ministerpräsidenten Peidl und Außenminister Agoston wurde mir die Weisung erteilt, der Entente zu berichten, daß die Regierung die vom Obersten Cunningham im Namen der Entente überreichten Friedensbedingungen erfüllt habe.

Im Sinne des Auftrags meldete ich die Schritte der neuen Regierung dem englischen Beauftragten Cunningham, dem italienischen Fürst Borghese und dem französischen Beauftragten Allizé.

Die ungarische Regierung habe

1. die politischen Verfolgungen eingestellt und die politischen Gefangenen enthaftet,

2. sich auf die Basis der Demokratie und der demokratischen Freiheitsrechte gestellt,

3. sie werde die Wahlen in die Nationalversammlung binnen kurzer Zeit bei freier Meinungsäußerung vornehmen,

4. sie erkennt die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom 13. November an und führt dieselben durch,

5. die ungarische Regierung stellt jede Verbindung mit der gegenwärtigen russischen Regierung ein,

6. sie stellt jede bolschewistische Agitation innerhalb und außerhalb des Landes ein,

7. sie ruft alle terroristischen Verordnungen zurück,

8. die ungarische Regierung verfolgt keinen anderen Zweck, als Ordnung und Ruhe im Lande herzustellen, das wirtschaftliche Leben in normaler Weise weiterzuführen und bittet zu diesem Zweck um die Hilfe der Entente, vor allem

auf politischem Gebiete um Anerkennung der Regierung und auf wirtschaftlichem um Aufhebung der Blockade[3].

Allizé und Cunningham beförderten — wie ich mich überzeugen konnte — ein Telegramm in diesem Sinne nach Paris.

Bei dem Wiener Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Hauptmann Gregori, sprach ich in der Begleitung Weltners vor. Mit ihm führten wir keine politischen Verhandlungen. Wir ersuchten ihn nur, Ungarn in der Frage der Aufhebung der Blockade zu unterstützen und der neuen Regierung bei der Versorgung des Landes behilflich zu sein. Gregori legte diesbezüglich auch ein Versprechen ab und erbat von der Regierung die Entsendung eines bevollmächtigten, wirtschaftlichen Beauftragten.

Am 3. August traf ein Telegramm Clémenceaus beim Obersten Romanelli ein, worin die Bedingungen namhaft gemacht werden, die die Anbahnung normaler Verhältnisse mit Ungarn ermöglichen können. Clémenceau stellte sich überaus hinterlistig auf den Standpunkt, daß er sich mit den Vorschlägen der Wiener Ententemissionen nicht befassen könne, da er sich in die internen Angelegenheiten Ungarns n i c h t einmengen wolle und nur die Durchführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes vom 13. November fordre.

Dafür verspricht er, daß der Rat der Verbündeten die rumänische Regierung veranlassen werde, ihre Truppen an der Linie, die sie gegenwärtig einnehmen, halten zu lassen, und sobald die Meldung über die Durchführung des Waffenstillstandsvertrages eintreffe, würden die rumänischen Truppen hinter die in der Note Clémenceaus vom 13. Juni festgesetzte Linie zurückgezogen werden.

Das rumänische Kommando ließ seine Truppen vor den Toren Budapests halten. Es leistete somit dem Befehl der Friedenskonferenz Folge.

Im Auftrag der Regierung verhandelten Kriegsminister Haubrich und der Bürgermeister der Stadt, Franz Harrer, mit dem Kommando der rumänischen Armee. Sie einigten sich mit General Holban in der Frage der Entwaffnung und der Dislozierung der

---

[3] Bericht der Wiener Gesandtschaft der ungarischen Volksrepublik vom 3. August 1919.

ungarischen Truppen. Im Sinne der Vereinbarung wären die rumänischen Truppen in Budapest n i c h t eingezogen.

Aber die Konterrevolution kümmerte sich nicht um die Interessen des Landes. Sie wollte die Arbeiterschaft vollständig brechen. Mit der eigenen Kraft wagte sie nicht gegen die Arbeiterschaft aufzutreten. Sie benötigte dazu den Schutz der rumänischen Waffen, koste es auch die Besetzung und den materiellen Ruin des Landes.

General Franz Schnetzer übernahm die Rolle des Hochverräters. Unter seiner Führung erschien eine Abordnung beim rumänischen Oberkommando, und ohne dazu ermächtigt worden zu sein, bat er im Namen der Bürgerschaft, mit den Truppen in Budapest einzuziehen, „da dort noch immer die Bolschewisten am Ruder seien". Das Oberkommando der rumänischen Truppen marschierte am 4. August auf Grund dieser Aufforderung in Budapest ein, um den „gefährlichen Bolschewismus" zu unterdrükken. Dieser war jedoch längst nicht mehr vorhanden.

In der Regierung erfolgte vorderhand keine Änderung. Die öffentlichen Gebäude wurden besetzt, Militär und Polizei entwaffnet.

Außenminister Ágoston verständigte mich sofort von den Ereignissen und gab mir die Weisung, die Wiener Beauftragten der Entente um Intervention zu ersuchen.

Fürst Borghese fuhr in einem Flugzeug nach Budapest, gab mir aber vor seiner Abreise bekannt, daß Stephan Bethlen ihn wiederholt aufgesucht und ihm den Wunsch ausgedrückt habe, mit mir verhandeln zu wollen. Borghese empfahl jetzt mit Nachdruck, mich mit Bethlen in verbindliche Verhandlungen einzulassen.

Ministerpräsident Peidl und Außenminister Ágoston erteilten mir die diesbezügliche Vollmacht.

* * *

Am 4. August, abends 10 Uhr, kamen wir mit Bethlen im Amt Cunninghams zusammen. Der Besprechung wohnten außer Cunningham General Gorton, der Führer der neuorganisierten Budapester Generalmission (der sich noch in derselben Nacht nach Budapest begab, um sein Amt anzutreten) sowie der politische Konsul der englischen Mission bei.

Über die Verhandlung schickte ich an Außenminister Ágoston einen ausführlichen Bericht, dessen wichtigste Details nachstehend folgen:

Zu Beginn der Verhandlung referierte Cunningham über den wesentlichen Inhalt der mit mir bis jetzt gepflogenen Verhandlungen. Er teilte uns mit, daß die Entente den Standpunkt ihres Telegrammes vom 27. Juli einnehme, demzufolge die Blockade nur dann aufgehoben werden könne, wenn die ungarische Regierung die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom 13. November 1918 annehme und die neue Regierung so zusammengestellt werde, daß der „repräsentative" Charakter gesichert erscheint, d. h. wenn alle Klassen der Gesellschaft in der neuen Regierung vertreten sind. Er, Cunningham, meine, daß die Entente keine ungarische Regierung anerkennen könne, solange zwei Regierungen existierten. Sie erkenne weder die Szegediner noch die Budapester Regierung an, da keine der Forderung nach repräsentativem Charakter entspreche. Jetzt müssen seiner Meinung nach alle Kräfte konzentriert werden, um die Rumänen aus dem Lande zu entfernen. Solange es zwei Regierungen gebe, sei das unmöglich. Wollen wir also im Ernst, daß die Rumänen das Land räumen, daß sie sich im Sinne der Ententenote vom 27. Juli bis zu den von der Friedenskonferenz bezeichneten Grenzen zurückziehen, so müssen beide Regierungen ein Kompromiß schließen. General Gorton schloß sich in jeder Beziehung den Ausführungen Cunninghams an und verwies wiederholt darauf, daß die Lösung der Frage mit Rücksicht auf die bedrängte Lage des Landes äußerst dringend sei.

Stephan Bethlen warf die Frage auf, in wessen Namen ich verhandle, ob im Namen der ungarländischen sozialdemokratischen Partei oder in dem der Bolschewistenpartei. Ich antwortete, daß ich nie den Versuch unternahm, mit dem Grafen Bethlen zu verhandeln, stelle hingegen fest, daß Graf Bethlen mich zweimal aufforderte, mit ihm zu verhandeln, was auch die Anwesenden bezeugen können. Zuerst lehnten wir eine Verhandlung ab und reagierten erst zum zweitenmal. Ich sei schon aus diesem Grunde nicht gewillt, seine Frage zu beantworten. Cunningham stimmte meiner Auffassung zu

und erklärte, daß er es seinerseits für unzulässig erachte, diese Frage erörtern zu wollen, da ich mit demselben Recht fragen könnte, ob die reaktionäre Vergangenheit Graf Bethlens ihn geeignet erscheinen lasse, in der Angelegenheit einer demokratischen Regierungsbildung in Ungarn zu verhandeln. Dieser Auffassung schloß sich auch General Gorton an. Im allgemeinen begegneten sie Herrn Bethlen äußerst schroff, so daß die kalte Douche, mit der er überschüttet wurde, mir selbst peinlich war. Nach diesem Zwischenfall, der bei den scharfen politischen Gegensätzen fast natürlich war, gingen wir auf die eigentliche Frage über. Bethlen erklärte, daß die Bürgerschaft sich in Ungarn in der Mehrheit befinde und deshalb folgende Forderungen stelle:

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien und die sozialdemokratische Partei haben sich in den großen prinzipiellen Fragen zu einigen. Auf Grund dessen ist eine provisorische Regierung zu bilden, die die neuen Wahlen durchführen soll. Er stelle sich die Sache seinerseits so vor, daß in der neuen Regierung zu einem Drittel die Bürgerschaft, zu einem Drittel die landwirtschaftliche Bevölkerung, zu einem Drittel die Arbeiterschaft vertreten sei. Was mich betraf, so konnte ich mich mit diesem Vorschlag unmöglich einverstanden erklären, da ich den Mehrheitsstandpunkt vor Durchführung der Wahlen nicht akzeptieren konnte. Man könne erst nach den Wahlen feststellen, welche Klasse die Mehrheit bilde.

General Gorton war derselben Meinung und schlug vor, zwei Mitglieder der Szegediner Regierung mögen der Regierung Peidl beitreten und diese Regierung möge die Staatsgeschäfte bis zur Durchführung der Wahlen führen. Bethlen wollte diesen Vorschlag nicht annehmen, worauf Gorton sich an ihn wendete und nachstehende höchst interessante Äußerung tat:

Sie wollen also die Rumänen wegen eines oder zwei Portefeuilles weiter in Ungarn und in Budapest behalten, was auch Ihrer Meinung nach den politischen und wirtschaftlichen Ruin des Landes bedeutet.

Die an mich gerichteten Fragen konnte ich daher nicht anders beantworten, als indem ich erklärte, daß ich den Vorschlag General Gortons meinerseits für annehmbar halte. Der General bemerkte darauf, daß Herr Böhm wirklich den Auszug der Rumänen aus dem Lande zu wollen scheine.

Diese Bemerkung richtete sich gegen Bethlen.

Ich will dem Gesagten nur so viel hinzufügen, daß ich mich mit dem Vorschlag um so eher einverstanden erklären konnte, als wir alle wiederholt betonten, daß die gegenwärtige Besprechung einen rein privaten Charakter habe und für keine Partei bindend sei, die Teilnehmer der Konferenz machen lediglich Vorschläge. Ich betonte ausdrücklich, daß in allen Einzelfragen nur die Entscheidung meiner Regierung maßgebend sein werde.

Nach meiner Antwort hatte ich so gut wie keine Rolle mehr, da die zwei englischen Missionsleiter bestrebt waren, Bethlen zu überreden, der gewissen Zugeständnissen nicht abgeneigt war, doch bestand General Gorton auf seinem ursprünglichen Vorschlag.

Ich stellte den Antrag, die Szegediner Regierung solle versuchen, die öffentliche Macht zu übernehmen. Bethlen fragte mich, welchen Standpunkt die Partei in diesem Falle einnehmen würde, und ich entgegnete, daß sie dann in die Opposition ginge. Darauf fragte er, ob ich das im Sinne einer parlamentarischen oder revolutionären Opposition meine. Meine Antwort konnte keine andere sein, als daß darüber nicht ich, sondern die Massen der Arbeiterschaft entscheiden würden. Unter rumänischen Bajonetten könne aber dieses Verhalten keineswegs revolutionär sein. Will man mit rumänischen Bajonetten regieren, so sei die Macht leicht zu übernehmen.

Da keine Aussicht auf eine Einigung vorhanden war und Gortons Abreise nicht aufgeschoben werden konnte, schlug ich folgendes vor:

Wir ersuchen General Gorton, nach Budapest zu fahren, die rumänischen Atrozitäten zu verhindern, Budapests Ernährung, die ungestörte Erhaltung der Eisenbahnlinien und des telegraphischen Verkehrs zu sichern.

Die Szegediner Regierung hält ihre Truppen zurück, um einem nutzlosen Bürgerkrieg vorzubeugen.

Sobald Garami eintrifft, längstens aber innerhalb 72 Stunden, werden die Teilnehmer der heutigen Konferenz, einerseits mit Garami, andererseits mit einem zweiten Bürgerlichen ergänzt, wieder zusammentreten, und wir werden bestrebt sein, uns auf einer gemeinsamen Plattform zu einigen. Dieser Antrag wurde von Bethlen dahin erweitert, daß er General Gorton auch seinerseits ersuchen werde, abzureisen und zu erledigen, worum ich ihn gebeten habe; Cunningham fügte hingegen meinem Vorschlag hinzu, daß der neuen Konferenz auch die Leiter der italienischen und französischen Missionen, Fürst Borghese und Minister Allizé, beiwohnen sollen.

Mit der Annahme des Antrages wurde die Konferenz geschlossen[4].

General Gorton traf den Nagel auf den Kopf. Bethlen wollte keine Einigung. Er wußte damals bereits um die vorbereitete Aktion General Schnetzers.

Peidl verhandelte auch in Budapest. Aber die bürgerlichen Politiker betrieben auch hier Sabotage. Unterdessen antichambrierten die Konterrevolutionäre beim rumänischen Kommando und denunzierten so lange, bis Schnetzer und Friedrich endlich durchzusetzen verstanden, daß man ihnen zu einem konterrevolutionären Putsch rumänische Brachialgewalt zur Verfügung stellte..

---

[4] Bericht der Wiener Gesandtschaft der ungarischen Volksrepublik vom 5. August 1919.

XLVII.

Die Schreckensherrschaft.

Am 6. August wurden die Verhandlungen General Franz Schnetzers und Stephan Friedrichs mit dem rumänischen Kommando zum Abschluß gebracht.

Abends 6 Uhr zogen die Beauftragten der Konterrevolution, General Franz Schnetzer, Oberpolizeirat Alois Wolkenberg, der ehemalige Detektivchef der Károlyiregierung, Karl Kormos, und der Zahnarzt Andreas Csilléry von zwei rumänischen Kompagnien begleitet in die Burg, drangen in den Beratungssaal des versammelten Ministeriums ein, zwangen die Regierung zum Rücktritt und internierten die einzelnen Minister unter rumänischer Bewachung in ihren Wohnungen. Im Namen der Konterrevolutionäre gab General Schnetzer sein Ehrenwort, daß den verhafteten Ministern nichts geschehen werde. Es ist überflüssig zu bemerken, daß General Schnetzer sein Ehrenwort mit derselben Gewissenlosigkeit brach, wie seinen der Revolution geleisteten Treueid.

Die siegreiche Konterrevolution proklamierte „Joseph Habsburg" (wie sich Erzherzog Joseph während der Revolution nennen ließ) zum Gouverneur, Stephan Friedrich und gewisse andere Abenteurer ließen sich zu Ministern ernennen, um die auch von ihnen als Operetteregierung bezeichneten Szegediner Konterrevolutionäre aus dem Sattel zu heben.

* *

*

An die Macht gelangten diejenigen, die während der Revolution nichts unversucht ließen, um der Macht teilhaftig zu werden, die aber ins Paradies der Revolution keinen Einlaß fanden und sich deshalb als Konterrevolutionäre zu gebärden anfingen. Vorläufig blieb der Großgrundbesitz und das Finanzkapital als Strohmann im Hintergrund. Das Quartiermachen überließen sie den habgie-

rigen, gewissenlosen und unbedeutenden Strebern, um die Macht im richtigen Moment an sich zu bringen. Bei der großzügigen Rollenverteilung gerieten nun aus dem „Salon der Refüsierten" Folgende auf den Kampfplatz der aktiven Politik:

Stefan Friedrich, der als Bolschewist verschriene Staatssekretär der Károlyiregierung, der mit dem Redakteur der Roten Zeitung in vertraulichem Verhältnis stand;

Oberst Viktor Lorx, Abteilungschef im Kriegsministerium der Károlyiregierung;

General Franz Schnetzer, der von mir im Beisein des Direktors Hugo Csergő seine Ernennung zum Staatssekretär erflehte;

Stefan Szabó aus Nagyatád, der ehemalige Ackerbauminister Károlyis, der während der Kommune Sendboten zu uns schickt und uns ersucht, ihm eine Stelle zu geben;

General Hegedüs, der anläßlich der Besetzung Kaschaus den Korpskommandanten, Volkskommissär Landler als erster begrüßte. Hegedüs forderte die Kaschauer Offiziere auf, unverzüglich der Roten Armee beizutreten; auf seine Aktion ließen sich 400 neue Offiziere assentieren. In Anerkennung seiner Verdienste betraut ihn Volkskommissär Landler mit der Vertretung der Räteregierung gegenüber dem tschechoslowakischen Kommando. Diesen Posten übernahm und bekleidete er;

Staatssekretär Ludwig Hegyeshalmy, der während der Diktatur Landler wiederholt um verschiedene Aufträge anbettelte;

Stefan Vicián, der im Volkskommissariat für Inneres der beliebte und hervorragendste Referent der Volkskommissäre Landler und Vágó war. Er belästigte sie fortwährend mit radikalen Reformentwürfen, seine Verordnungsvorlagen bezeichnete er immer als von kommunistischem Geiste durchdrungene Arbeiten. In der Angelegenheit seiner Beförderung ließ er sich bei Landler durch Eugen László protegieren;

Universitätsprofessor Karl Kmetty, der sich vor dem Volkskommissär Georg Lukács mehrmals als überzeugter Kommu-

nist und Marxist bekannte, und durchaus der Leiter der Arbeiteruniversität werden wollte;

Ladislaus Fehérpataky, der eine Abordnung in das Sekretariat der Kommunistenpartei zu Hirosik führte, sich als überzeugten Kommunisten bezeichnete und seine Dienste der Räteregierung anbot;

Oberpolizeirat Karl Andrejka, der Otto Korvin wiederholt seine Dienste antrug. Mit der Vermittlung Georg Pálls bat er Landler um Erteilung eines Auftrages und versprach, der Räteregierung in kommunistischem Geiste gute Dienste zu erweisen;

Graf Emerich Károlyi, der seine Dienste dem Volkskommissär Eugen Hamburger mehr als einmal empfahl, und zum Beweis seiner radikalen Gesinnung darauf verwies, daß er bereits im schicksalsschweren Prozeß Deési-Lukács trotz des Terrors gegen Tisza aussagte;

Staatsbahndirektor Dyonis Kelety, der an der Spitze einer Abordnung bei Volkskommissär Landler vorsprach und dem „hochverehrten Genossen" seine Dienste anbot;

der spätere Ministerpräsident Alexander Simonyi-Semadam, der seine Bekanntschaft mit den Volkskommissären als ertragreiches Kapital ansah und während der Kommune dem rentablen Geschäft der Befreiung der Geisel oblag;

der klerikale Baron Alexander Barkóczy, der als verläßlich kommunistischer Produktionskommissär eines enteigneten Großgrundbesitzes tätig war;

Karl Huszár, Stefan Haller, Matthias Frühwirth und die übrigen bekannten und unbekannten Ritter, die während der Kommune Gehälter von der Räterepublik bezogen und nachher zu blutrünstigen, revolutionären Verhetzern wurden.

Generäle, Offiziere, Staatsbeamte, Politiker, Journalisten: alle, die in den zwei Revolutionen eine Rolle spielen wollten, doch wegen ihrer Unfähigkeit und Unverläßlichkeit übergangen wurden, sind nach dem Sieg der Konterrevolution als Märtyrer, als patriotische Verfolger und Richter der unpatriotischen Revolutionäre aufgetreten.

Und bald rottete sich auch die johlende Menge der Konterrevolution zusammen.

Die Eisenbahnbeamten, Staats- und Stadtbeamten, Gendarmen, Polizisten, abgerüstete Offiziere, Soldaten: sämtliche Schichten, die während der Revolution die anspruchvollsten und radikalsten waren, schlossen sich jetzt unter dem Eindruck der Konjunktur dem Lager der Konterrevolution an.

Ihre bewaffnete Macht stützte sich auf die beutehungrige Söldnerarmee der nach dem Kriege brotlos gewordenen, massenhaft darbenden unterstandslosen Offiziere und der haufenweise schmarotzenden flüchtigen Beamten. Auf eine Armee, die nur mit den treffenden Worten Marxens über das „Lumpenproletariat" gekennzeichnet werden kann:

> „Neben zerrütteten Roués mit zweideutigen Subsistenzmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie, Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Maquereaus, Bordellhalter, Lastträger, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin und her geworfene Masse, die die Franzosen la Bohème nennen ..."

Aus diesen und ähnlichen Elementen bildete Horthy den Stock der nationalen Armee.

Diese bewaffnete Macht führt eine gegen die ganze Bevölkerung, gegen Bürgerschaft, Bauernschaft und Arbeiterschaft gerichtete neue Diktatur ein. Eine unvergleichlich blutigere und grausamere als die vorhergehende. Die Diktatur des Proletariats, die im Dienste eines höheren Zieles — wenn auch mit ungeeigneten Mitteln — die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung bezweckt, wird nun von einer Diktatur des Lumpenproletariats abgelöst, deren einziger Zweck Brandschatzung, barbarischer Guerillakampf und die Enteignung des Vermögens zugunsten einzelner ist.

* * *

Mit Hilfe der rumänischen Soldaten wurde die Arbeiterregierung in Budapest beseitigt. Der Held Nikolaus Horthy sieht jetzt den

Augenblick gekommen, um mit seiner Armee den „Eroberungsweg“ anzutreten.

Aber die „Armee der Helden“ zog keineswegs gegen die feindliche Armee ins Feld. Am 12. August, da längst keine Spur einer bewaffneten Arbeiterschaft mehr vorhanden war, und die Regierung der Konterrevolution seit fünf Tagen sicher im Sattel saß, zog Horthy mit den in Szegedin organisierten Offiziersbanden und den konterrevolutionären Truppen der Politovszkydivision, die sich ihnen anschlossen, über Baja und Báttaszék nach Transdanubien, also nach dem Gebiet, in dem sich kein einziger rumänischer Soldat befand und die Rote Armee bereits spurlos verschwunden war. Er führt Krieg mit der friedlichen, unbewaffneten Bevölkerung.

Er schlägt sein Lager in Siófok auf und entsendet seine bewaffneten Truppen gegen wehr- und waffenlose Arbeiter und Bauern.

Die Schreckensherrschaft der Horthybanden in Transdanubien ist und bleibt für immer eines der schändlichsten Kapitel der ungarischen Geschichte.

Hunderte von Unschuldigen wurden ermordet. Hunderte und Tausende wurden verhaftet, weil sie irgend einen Anteil an der Revolution und der Arbeiterbewegung gehabt hatten.

Mehr als 5000 Revolutionäre wurden ermordet. Mehr als 100 Massengräber decken die Gebeine der Märtyrer, die haufenweise niedergemetzelt wurden. Unbewaffnete wurden erschossen, erhängt, entmannt, verstümmelt, geblendet, unschuldige, wehrlose Frauen vergewaltigt, ahnungslose Kinder umgebracht, — das waren die Kampfmittel der siegreichen Horthyarmee in Transdanubien. Man richtete Eltern vor ihren Kindern, den Gatten vor seiner Frau, die Braut vor ihrem Bräutigam unter raffinierten und unmenschlichen Qualen hin.

Baron Prónay, Graf Salm, Dionys Bibó, Baron Nopcsa, Andreas Lukács, Franz Huttya, Dobokay, Cseresnyés, Görgey, Perczel, Ivan Héjjas, Ostenburg-Moravek, Magasházy sind die Namen der bestialischen Henkersknechte, der besten Offiziere Horthys, der Helden der Kriegsoperationen, deren Ergebnis nur in Hinrichtungen und Kastrationen bestand. Es sind dieselben, die während des Krieges ihr Vaterland hinter der Front verteidigten, jetzt aber, da es sich um Unbewaffnete handelte, die Helden in sich

entdeckten. So verdienten sie sich in Siófok bei Zigeunermusik die Anerkennung des „Landesbefreiers“, Oberbefehlshabers Horthy.

70 000 Männer, Frauen und Kinder wurden in den jämmerlichen Kerkern und Internierungslagern des Landes zusammengepfercht. Mit Blutgerichten, die nach einem sogenannten beschleunigten Verfahren ihre Urteile fällten, ließ man die dem Befehl der Revolutionen nachkommenden Soldaten mit mehr als 5000 Jahren Gefängnis belegen.

100 000 Emigranten verließen das Land des weißen Wahnsinns. Jeder, der an der Revolution beteiligt war, ergreift die Flucht vor den Henkern der Konterrevolution. Arbeiter, Bürger, Beamte, Lehrer, Bauern, Männer, Frauen und Kinder wimmeln auf den Wegen, die von den Grenzstädten ins Ausland führen.

Tausende von Familien werden zerstört, gleich gehetztem Wild strömen die flüchtigen Opfer Horthys in die freien Staaten, nachdem sie ihr Hab und Gut zurückgelassen haben. Und jeder ist glücklich, der dem Land des Schreckens entweichen und den fremden Boden betreten darf . . .

* * *

Was wurde aus der revolutionären Entschlossenheit, aus dem Elan der Arbeiterklasse?

Das Fiasko der Revolutionen brach sie seelisch, die Entwaffnung brach ihre physische Kraft.

Und die Bauernschaft?

Die Revolution hob ihr soziales und wirtschaftliches Niveau nicht. Sie erhielt keinen Boden, hatte daher kein Interesse an der Revolution. Nach dem Umsturz kehrte der Gutsherr zurück, der Grundbesitz hatte seine alte Einheit nie verloren, der Bauer hinderte seinen Sklavenhälter an der Besitzergreifung weder mit Waffen noch mit der Faust, weil die Lage sich ja äußerlich für ihn nicht geändert hatte.

Darum stieß die Konterrevolution auf kein Hindernis, das ihr den Sieg streitig gemacht hätte.

* * *

Die große Vandalenherrschaft versuchte es, die Arbeiterbewegung in Ungarn bis zu den Wurzeln auszurotten. Die Arbeiterpresse wurde gedrosselt, zwei ihrer Redakteure Béla Somogyi und Béla Bacsó ermordet, die Arbeiterorganisationen aufgelöst, jede Äußerung des Sozialismus mit blutigem Terror unterdrückt und unmöglich gemacht.

Sie verrieten alles, sie brachen jeden Schwur, sie betrogen alle Welt.

Sie proklamieren das Habsburgerkönigtum und jagen dann ihren gekrönten Monarch mit Waffen aus dem Land; sie verkünden einen großen, nationalen Widerstand im Interesse der territorialen Integrität, um dann einen weit schlechteren Friedensvertrag zu unterfertigen, als es jener war, dessen Wirkung den Protest der Märzrevolution auslöste; in Wort und Schrift hetzen sie gegen die Judenherrschaft, in Wirklichkeit aber schafft ihre Herrschaft in Ungarn ein Dorado des jüdischen Großkapitals; sie versprechen den Bauern Grund und Boden, statt dessen stärken sie den Grundbesitz und verschenken Heldenlatifundien — nicht an die Landbevölkerung, sondern an die konterrevolutionären Offiziere. Sie versprachen ein Paradies und stürzten das bedauernswerte Ungarvolk in Sklaverei und Elend.

Jeder Verrat und Wortbruch, den sie begangen, hat seine einzige Begründung im krampfhaften Festhalten an der Macht. Sie opfern Volk und Land, um, auf die Bajonette des Lumpenproletariats gestützt, das arme, gepeinigte Ungarn, das ungarische Volk und die ungarische Arbeiterklasse beherrschen zu können, jene Arbeiterklasse, die schon seit vier Jahren den Weg eines blutigen Golgathas wandelt . . .

Rückblicke — Ausblicke.

DIE GESCHICHTE ist der größte und wirksamste Lehrmeister der Völker und Klassen. Nichts prägt sich so tief in das Seelenleben der Generationen ein wie die Ereignisse bewegter Zeiten, die Lehren der Revolutionen und Gegenrevolutionen. Sie lösen bei den Massen Tatendrang, stählerne Widerstandskraft und kritischen Geist aus.

Unter dem unmittelbaren Eindruck historischer Ereignisse entwickelt eine gescheiterte Revolution bei ihren aktiven und passiven Teilnehmern in lebendigster Form kritischen Geist. Und es liegt in der Natur der Sache, daß diese Kritik sich bei mangelnder Kenntnis der Geschehnisse und der treibenden sozialen und wirtschaftlichen Kräfte im allgemeinen von subjektiven Gefühlen lenken läßt.

Auch die Tragödie der ungarischen Revolution löste diese Art von Kritik aus. Die Fehler der Revolution und ihrer Regierungen, ihre Sünden, ihre Unsicherheit, ihre Schwäche, die Taten einzelner, der Mangel an Aktivität, dies alles wird individueller Unzulänglichkeit zugeschrieben; die Sünden der Vergangenheit und ihre Folgen werden nicht auf die Wagschale gelegt. Gewiß ist das Tun einzelner — besonders das der führenden Persönlichkeiten — bei sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen von Bedeutung. Allein mögen diese einzelnen zur Zeit noch so viel geistiges Gewicht und Einfluß repräsentieren — die entscheidenden Faktoren bleiben dennoch die sozialen Ereignisse, die Massentriebe und die Taten versunkener Generationen und abgeschaffter Regierungssysteme.

*

DIE KRITIKER DER UNGARISCHEN REVOLUTION, die ständig einen Sündenbock suchen, glauben den Grund der Niederlage darin gefunden zu haben, daß die Oktoberrevolution den Bolschewiken gegenüber nicht genügend Energie und Kraft auf-

brachte, ihnen nicht mit Waffengewalt entgegentrat, mit einem Wort zauderte, als letztes Rettungsmittel den „Noskeismus“ anzuwenden. Nach dem Sturz trat sogar die bolschewistische Demagogie mit dieser Anklage auf. An der scheinbaren Berechtigung dieser Kritik ändert es nichts, daß nachher selbst jene den Noskeismus forderten, die im entscheidenden Augenblick seine heftigsten Gegner waren.

Ich glaube auch heute nicht, daß der Noskeismus die Revolution gerettet hätte. Gewiß steht das Recht, die Revolution auch mit den Waffen zu verteidigen, außer allem Zweifel; doch in Ermangelung einer verläßlichen Revolutionsarmee wird solche Verteidigung leicht zu einem zweischneidigen Schwert. Die Frage der bewaffneten Verteidigung wurde allein von dem — menschlich begreiflichen, vom Revolutionsstandpunkt unverzeihlichen — Horror entschieden, den die selbstbewußte Arbeiterschaft nach einem fünfjährigen Kriege vor jeglichem Waffengebrauch empfand. In Ermangelung einer Revolutionsarmee aus Arbeitern aber hätte der Schutz der Revolution nur einer Prätorianerarmee anvertraut werden können. Das Wesen des Noskeismus ist ja die aus Offizierssöldnern bestehende Truppe. Diese wäre zweifellos mit den Bolschewiken fertig geworden, doch nachher hätte sie die ihr liebgewordene und gewohnte Arbeit nicht eingestellt und hätte sich gegen die Revolution gewandt. Und bei der den Bürgerkrieg entfachenden Flamme des Noskeismus hätte sich früher oder später triumphierend der Horthysmus an den Tisch gesetzt.

In einem Lande, das nur in einer einzigen widerstandsfähigen Stadt nennenswerte Massen revolutionärer Arbeiter aufweist, hätten wenige Bataillone einer Söldnertruppe die Revolution niederzuringen vermocht. In Deutschland brach der von Reichswehrtruppen unterstützte gegenrevolutionäre Aufstand am Widerstand von fünfzehn Millionen revolutionärer Arbeiter in mehr als hundert Industriezentren zusammen: Die bewaffnete Eroberung von Berlin bedeutete noch nicht die Herrschaft über Deutschland.

In Ungarn aber ist Budapest das einzige Zentrum aller wirtschaftlichen, kulturellen, bureaukratischen und bewaffneten Kräfte. Die Einnahme von Budapest ist gleichbedeutend mit der Einnahme des Landes. Am 31. Oktober ergriff wenige Stunden nach der Budapester Revolution diese das ganze Land. Am 21. März trieb der

Budapester Proletarieraufstand das ganze Land binnen Stunden der Proletarierdiktatur in die Arme. Und am 6. August verwandelte sich der Budapester Sieg der Gegenrevolution sofort in einen Sieg über das ganze Land. Deshalb hätte ein Sieg des Noskeismus früher oder später zur Erdrosselung der Revolution führen müssen.

Doch von manch anderem abgesehen: Nicht das Fehlen des Noskeismus war es, was die Revolution zu Fall brachte. In der Heimat des Feudalismus und der Kulturlosigkeit, nach einem vierjährigen, verlorenen Kriege, angesichts der — wütendsten Nationalismus entfachenden — Zerstückelung des Landes bei völliger Unorganisiertheit des Bürger- wie des Bauerntums und mangelnder parlamentarischer Schulung der führenden Proletarierpartei, der als einzige revolutionäre Kraft Proletariermassen zur Verfügung standen, die in revolutionären Dingen weder vorbereitet noch erfahren waren, und bei der tatkräftigen Sympathie der Entente für die Gegenrevolution, hatte die auf den nationalen Bolschewismus spekulierende Gegenrevolution von vornherein mehr Siegeschancen, als die Revolution der Demokratie und des Pazifismus.

Auch der Noskeismus hätte die allzu passive Bilanz der Kraftverhältnisse der einzelnen Klassen nicht ins Gleichgewicht bringen können.

*

DIE MACHT DER EINZELNEN KLASSEN im Klassenkampfe definiert Otto Bauer in seinem Buch „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“ mit glänzender Logik folgendermaßen:

„Die Macht einer Klasse ist bestimmt: erstens durch die *sozialen* Machtfaktoren, zweitens durch die Mittel *materieller* Gewalt, über die sie verfügt.

Die *sozialen* Machtfaktoren, die die Macht einer Klasse bestimmen, sind vornehmlich: erstens die Zahl der Klassenangehörigen; zweitens die Art, Stärke, Leistungsfähigkeit ihrer Organisation; drittens ihre Stellung im Produktions- und Verteilungsprozeß, die die wirtschaftlichen Machtmittel bestimmt, über die sie verfügt; viertens die Stärke ihres politischen Interesses, ihrer Beweglichkeit, Aktivität, Opferfähigkeit; fünftens die Höhe ihrer Bildung, der Grad ihrer Fähigkeit, ihre eigenen Klassenangehörigen und andere Klassen mit geistigen Mitteln zu beeinflussen, die Anziehungskraft ihrer Ideologie.

Die Mittel der *materiellen Gewalt,* über die eine Klasse verfügt, sind die Masse der wehrfähigen Arme, über die sie kommandiert, die Masse und die Vollkommenheit der Waffen, mit denen sie diese Arme ausrüsten kann, die Güte der Führung und Organisation, die sie ihrer bewaffneten Macht zu geben fähig ist."

In der ungarischen Revolution waren die sozialen Machtfaktoren des Proletariates primitiv, unvollkommen und schwankend, ihre materielle Macht unverläßlich. Wer die Gründe des Sturzes sucht, mag die Ereignisse und Massenbewegungen der Revolution mit der felsenfest fundierten Methode Bauers untersuchen, und er wird die Ursachen der Niederlage und des gegenrevolutionären Sieges finden.

*

DER MIT FREMDEN WAFFEN errungene, zeitweise Sieg der Gegenrevolution ist eher geeignet, das außenpolitische, soziale und wirtschaftliche Problem der Revolution zu vertiefen, als es zu lösen. Die Dialektik der Geschichte wird auch die Gegenrevolution mit dem Schuldfluche nicht verschonen. Die pazifistische Revolution wird von der Explosion des Nationalismus erschüttert. In noch drohenderer Weise meldet sich dieser explosive Geist unter der Herrschaft derjenigen, die den Frieden unterschrieben, der Ungarns Zerstückelung besiegelt. Allen Friedensverträgen zum Trotz wird der Revanchekrieg verkündet, ein säbelrasselnder Nationalismus schürt die Leidenschaften, ganz Mitteleuropa wird dem Rüstungswahnsinn zugetrieben, das mazedonische Brandnest in das Donaubecken verlegt: Das alles nur, um sich bewaffnen zu können, denn ihr Wesen ist die bewaffnete Macht, ohne sie müßte ihre nur auf die Kraft der Bajonette gestützte Gegenrevolution rettungslos zusammenbrechen.

Der militärische Horthysmus, die ungarische Gegenrevolution ist zur europäischen Frage gediehen. Die friedliche Entwicklung und der Fortschritt Mitteleuropas, das Schicksal der neuen Nationalstaaten, Sozialismus und Revolution im Donaubecken, dies alles wird heute vom ungarischen Horthysmus bestimmt.

*

DIESER HORTHYSMUS kann niemals von einer außenpolitischen Spannung, sondern nur von inneren Kräften zu Fall gebracht werden. Seine Herrschaft stützt sich hauptsächlich auf materielle

Machtmittel. Mit Bajonetten aber kann man stets nur eine Weile lang regieren. Der Militarismus, der wühlerische Pseudonationalismus, die Reibung der extremsten Gegensätze treiben das Land mit Eilzugsgeschwindigkeit in den wirtschaftlichen und sozialen Bankerott. Das Versagen der Produktion, die Arbeitslosigkeit, die antisozialen Steuern, die unausgesetzt wachsende Teuerung, die ständigen wirtschaftlichen und politischen Krisen, die Verfolgung jedes fortschrittlichen Gedankens haben die Massen der Bürger- wie der Bauernschaft, der Land- wie der Industriearbeiter bereits zu trotzigen Feinden des gehaßten Horthysmus zusammengeschmiedet.

Dessen Macht nur noch auf dem Terror der Offiziersdetachements, jener aus feilen Desperados und gierigem Lumpenproletariat bestehenden Truppen ruht. Der einzige, verlogene Vorwand seiner Existenzberechtigung ist das Schreckgespenst des Bolschewismus. Doch auch diese Legende hat kurze Beine.

*

DENN DER BOLSCHEWISMUS hat in Ungarn die Schlacht endgültig verloren. Die ungarische Arbeiterschaft ist desillusioniert. Sie wurde es nicht durch die brutalen Verfolgungen der Gegenrevolution, nicht durch Kerker, Bajonette und Unterdrückung. Diese Mittel verlangsamten sogar den Prozeß der Ernüchterung. Und wenn der Bolschewismus heute noch einige bedeutungslose Rudimente zurückließ, so ist dies nur auf eine natürliche, von der gegenrevolutionären Brutalität ausgelöste Reaktion zurückzuführen.

Die 133 Tage währende Herrschaft der Proletarierdiktatur und ihre das Gefühl- und Seelenleben umwälzenden Ereignisse haben die Menge gelehrt, daß der Bolschewismus nicht der Weg und nicht die Methode ist, um dem großen Sehnsuchtsideal, der Verwirklichung des Sozialismus nahezukommen. Die wirksame Schule der Revolution hat die Sympathien der Menge vom Bolschewismus abgekehrt und diese in das Lager der marxistischen, revolutionären Sozialdemokratie zurückgeführt. Die internationale Arbeiterbewegung besitzt heute keine gegen den Bolschewismus immunere Truppe als die gebrochene, doch seelisch gestählte ungarische Arbeiterklasse.

Dennoch wird die sozialdemokratische, ungarische Arbeiterklasse ihre revolutionären Traditionen nie verleugnen. Sie wird die Mittel, die Taktik, die Demagogie des Bolschewismus von sich weisen, doch sie wird das Ideal jener revolutionären Kraft, die sich in der Märzrevolution äußerte, treu im Gedächtnis bewahren. Diese Revolution, dieser aus der augenblicklichen Situation erwachsene, von erbitterter Entschlossenheit durchglühte, heroische Aufstand, in dem geschichtliche Kräfte zur Explosion kamen — er war zwar eine „verzweifelte Torheit", dennoch der Freiheitskampf der ungarischen Arbeiterklasse —, war eine Revolution, die an ihrer sozialen und wirtschaftlichen Ungerüstetheit zugrunde gehen mußte, die unermeßliches Leid und Elend im Gefolge führte, die von bolschewistischen Dogmen, von Unfähigkeit und Unwissenheit entheiligt wurde, deren erhebende Momente aber: Die bewaffnete Selbstverteidigung, die Sehnsucht nach Verwirklichung des Sozialismus, der kriegerische Trotz, der entschlossene, wenngleich an unüberwindbaren Hindernissen scheiternde Kampf um die Lösung der größten Aufgaben, stets der Stolz der ungarischen Arbeiterklasse bleiben werden.

„In jeder Revolution — sagt Marx in seiner Studie ‚Der Bürgerkrieg in Frankreich' — drängen sich, neben ihren wirklichen Vertretern, Leute anderen Gepräges vor." Einige sind Leute mit Mut und Charakter. Andere sind Schreier, die „sich in den Ruf von Revolutionären des reinsten Wassers eingeschlichen haben" . . . „Sie sind ein unvermeidliches Übel; mit der Zeit schüttelt man sie ab; aber gerade diese Zeit wurde der Kommune nicht gelassen."

Ihretwegen darf man sich nicht gegen die Revolution selbst wenden.

Kampf dem Bolschewismus — doch Achtung für den Freiheitskampf der Arbeiterklasse, für seine Traditionen, seine Lehren! Das Andenken der in diesem Kampf gefallenen Märtyrer hat sich unauslöschbar in die Seele der ungarischen Arbeiterschaft geprägt.

*

DIE ARBEITENDE KLASSE in Ungarn wird zum Ausgangspunkt der Oktoberrevolution zurückkehren müssen. Diese ist nicht das Endziel — die Arbeiterschaft drängt dem Sozialismus entgegen. Doch der Weg dorthin führt nur über den Oktober. „Auch wenn

eine Gesellschaft — schreibt Marx im Vorwort seines ‚Kapital' — dem Naturgesetz ihrer Entwicklung auf die Spur gekommen ist, kann sie naturgemäß Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren." Das feudale Ungarn muß über den Oktober hinweg, um auf das Geleise des Sozialismus zu gelangen.

Der Oktober bedeutet die Republik, er bedeutet menschliche und politische Rechte, die unbeschränkte Demokratie, die Bezwingung des Feudalismus, Bodenzuteilung an die Bauernschaft, soziale Gesetzgebung, Frieden und Einordnung in die Gesellschaft der Völker. Der Oktober löst für Ungarn das Problem der Vereinbarung mit den Nachfolgestaaten, die Exstirpation aller Revanchepolitik mäßigt die imperalistischen Rüstungen der mitteleuropäischen Staaten, ist von günstigem Einfluß auf deren demokratische Entwicklung, bringt das Problem der nationalen Minderheiten seiner Lösung näher und fördert in Mitteleuropa die sozialistische Bewegung. Die tatkräftigen, gestärkten sozialistischen Parteien Ungarns und der Nachfolgestaaten können dann im Zeichen des Sozialismus die schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen des Donaubeckens lösen — der mazedonische Zustand Mitteleuropas hört auf und vom Körper Europas wird die gefährliche „ungarische Frage" entfernt.

*

DER NATÜRLICHE DEPOSITÄR und Erbe der Oktobergedanken ist die Arbeiterklasse. Die reichen Erfahrungen zweier Revolutionen, die revolutionäre Geschultheit des Proletariats und dessen Organisiertheit, die wichtige Rolle, die sie in der Produktion einnimmt, ihr steigender kultureller Fortschritt prädestinieren sie nun dazu, die Führerrolle zu übernehmen. Doch in dieser Rolle wird sie sich die Lehren der Revolution zunutze machen müssen. Sie wird jedwede Gemeinschaft mit dem säbelrasselnden, revanchelustigen Pseudonationalismus abzulehnen haben. Das Nationalgefühl der Arbeiterschaft baut sich auf der Solidarität der Unterdrückten auf, die Arbeiterklasse ist der Feind aller Unterdrücker und kämpft gegen sie alle, auch wenn sie sich in ein nationales Gewand hüllen. Der nationalistischen Hetze stellen wir den Klassenkampf gegenüber. In diesem Kampfe ist die höchste revolutionäre Tugend die Opferbereitschaft. Und die führende Klasse muß auf dem Altar

der Revolution das größte Opfer bringen. Für die Revolution muß gearbeitet, geduldet, entbehrt und gelitten werden können.

Das Element des marxistischen Sozialismus ist der Kampf. Der stählende Kampf um die wirtschaftliche und politische Befreiung der Arbeiterklasse und um die Umformung der gesellschaftlichen Produktion — doch unter steter Beachtung des Entwicklungsgrades dieser Produktion.

In einem Agrarlande wie Ungarn ist das brennendste Problem des kommenden, neuen Oktobers die Bodenfrage. Diese müssen wir vor allem lösen. Die industrielle Arbeiterschaft wird mehr als eine Sehnsucht, mehr als einen Wunsch in den Hintergrund drängen müssen, damit die vom revolutionären Standpunkt so dringende und wichtige Bodenfrage ihrer Lösung zugeführt werden könne. Es wird der schönste Lohn ihrer Opferwilligkeit sein, daß sie auf diese Weise zum natürlichen Verbündeten der führungsbedürftigen Bauernschaft und des landwirtschaftlichen Proletariats und mit diesem zusammen ein gleichberechtigter Teilhaber an der politischen und gesellschaftlichen Macht wird.

*

Der besitz der politischen Macht ist der erste Schritt auf dem Wege zum Sozialismus. Doch genügt nicht, diese Macht zu erobern. Der mit den Waffen des Geistes und der Organisation erworbene Besitzstand muß auch erhalten und weiterentwickelt werden — hier liegt das wesentliche Problem.

Um die Macht zu erhalten, müssen wieder Opfer gebracht werden. Nicht Sehnsüchte dürfen alles Tun bestimmen, sondern das Erkennen der jeweiligen Möglichkeiten, die sich aus den gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen ergeben. Anderseits muß die gereifte, bewußt revolutionäre Arbeiterschaft für die Organisation der materiellen Macht sorgen, d. h. die Armee mit Soldaten versehen, damit sich die Revolution gegen jeden Angriff verteidigen könne.

Die unverfälschte Demokratie ist immer der Ausdruck der Majoritätsherrschaft. Das Proletariat sucht nach Maßgabe der sozialen Machtverhältnisse die Demokratie so zu beeinflußen, daß der Herrschaftcharakter der Bourgeoisklasse gebrochen wird. Von welcher Seite immer sich die bewaffnete Minorität gegen die Herr-

schaft der Mehrheit auflehnt — die auf das Proletariat gestützte Demokratie hat die Pflicht, ihre Macht — wenn es sein muß, mit diktatorischen Mitteln — auch mit der Waffe zu verteidigen und ihren Willen, ihre Gesetze mit allen Mitteln und Waffen der Macht auch gewaltsam durchzusetzen.

Dies ist eine der bedeutungsvollsten Lehren der unterlegenen ungarischen Revolution.

*

DER MORGEN DÄMMERT . . . das Gebäude der Gegenrevolution kracht in allen Fugen. Die revolutionären Kräfte drängen mit unwiderstehlicher Kraft vorwärts. Die Arbeiterklasse ist klassenbewußter, kampfbereiter und besser organisiert als je vorher. Die bis ins letzte Bauerngehöft gedrungene Propaganda der beiden Revolutionen trägt jetzt ihre Früchte. Die Bauernschaft beginnt zu denken, ist unzufrieden, ersehnt den Oktober, den Sozialismus. Unterirdisch reifen die Ideen — die Seele des ungarischen Agrarproletariats wendet sich dem Agrarsozialismus zu. Im Ungarn der Gegenrevolution bereitet sich das künftige Heim des Agrarsozialismus vor.

Das Volk Ungarns wartet, duldet, trottet weiter seinen Kalvarienweg und harrt des erlösenden Augenblicks. Seine Befreiung bedeutet eine Reihe neuer Kämpfe im Zeichen der Demokratie, für die Republik, für die politische Freiheit der unterjochten Klassen und darüber hinaus für die wirtschaftliche und politische Befreiung des ganzen, arbeitenden Volkes — für den Sozialismus!

INHALT

Die Räterepublik:

IEN

K:

)

70

g
n-
le
d
e
ei
h
n

